Politiken der Sicherheit | Politics of Security | 3

Kampmann | Marciniak | Meteling [Hrsg.]

„Security turns its eye exclusively to the future“

Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Politiken der Sicherheit | Politics of Security

herausgegeben von

Thorsten Bonacker
Horst Carl
Eckart Conze
Christoph Kampmann
Regina Kreide
Angela Marciniak

Band 3

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Christoph Kampmann | Angela Marciniak
Wencke Meteling [Hrsg.]

„Security turns its eye exclusively to the future“

Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte

Nomos

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

© Titelbild: Michelangelo da Caravaggio, Die Wahrsagerin (um 1594), Musée du Louvre. Die Wahrsagerin liest dem jungen Edelmann die Zukunft aus der Hand. In seiner Faszination bemerkt er nicht, wie sie ihm gleichzeitig den Ring vom Finger zieht (Bildausschnitt). Das Titelzitat stammt vom englischen Philosophen und Sozialreformer Jeremy Bentham (1748–1832) (Fundort: Manuskripte des University College London, LXI, S. 47).

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available on the Internet at http://dnb.d-nb.de

ISBN 978-3-8487-4463-3 (Print)
978-3-8452-8673-0 (ePDF)

British Library Cataloguing-in-Publication Data
A catalogue record for this book is available from the British Library.

ISBN 978-3-8487-4463-3 (Print)
978-3-8452-8673-0 (ePDF)

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data
Kampmann, Christoph / Marciniak, Angela / Meteling, Wencke
"Security turns its eye exclusively to the future"
Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte
Christoph Kampmann / Angela Marciniak / Wencke Meteling (eds.)
421 p.
Includes bibliographic references.

ISBN 978-3-8487-4463-3 (Print)
978-3-8452-8673-0 (ePDF)

1. Auflage 2017
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

This work is subject to copyright. All rights reserved. No part of this publication may be reproduced or transmitted in any form or by any means, electronic or mechanical, including photocopying, recording, or any information storage or retrieval system, without prior permission in writing from the publishers. Under § 54 of the German Copyright Law where copies are made for other than private use a fee is payable to "Verwertungsgesellschaft Wort", Munich.

No responsibility for loss caused to any individual or organization acting on or refraining from action as a result of the material in this publication can be accepted by Nomos or the editors.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Danksagung

Der vorliegende Band geht auf die Tagung „Zukunft – Sicherheit – Politische Kommunikation: Relationen und Bedingtheiten in historischer Perspektive“ zurück, welche die Konzeptgruppe 2 „Sicherheit und Zukunft“ des SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“ am 29. und 30. Juni 2016 auf dem Marburger Schloss veranstaltet hat. Wir danken allen Vortragenden, Moderatoren und Moderatorinnen, Teilnehmenden und Hilfskräften, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben. Den Autoren und Autorinnen danken wir herzlich für ihre Aufsätze und die gute Zusammenarbeit bei der Fertigstellung des Bandes. Großer Dank gebührt unseren Kollegen und Kolleginnen aus der Konzeptgruppe, für die wir diesen Band stellvertretend herausgeben, namentlich Bengt Büttner, Tilmann Grabbe, Steffen Henne, Iwan Iwanov, Konstantin Rometsch, Marie-Christin Stenzel, Rebecca Valerius, Sascha Weber, Anna Veronika Wendland und Christian Wenzel. Mehr als drei Jahre lang haben wir in diesem Kreis Ansätze der Sicherheits- und der Zukunftsforschung diskutiert und bei verschiedenen Gelegenheiten unsere Überlegungen im SFB-Plenum und in den anderen Konzeptgruppen vorgestellt, woraufhin wir wertvolle Kritik und Anregungen erhielten. Am 16. und 17. März 2015 haben wir in Marburg gemeinsam mit Stefan Brakensiek und weiteren Kollegen und Kolleginnen des Duisburg-Essener DFG-Graduiertenkollegs 1919 „Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage: Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln“ den Workshop „Sicherheit und Zukunft“ durchgeführt und schließlich Ende Juni 2016 die Tagung veranstaltet, aus welcher der vorliegende Band hervorgegangen ist. Ohne die gemeinsame intellektuelle Vorarbeit in der Konzeptgruppe und im SFB sowie die logistische Unterstützung durch die SFB-Geschäftsstelle wäre dies nicht möglich gewesen. Wertvollen Rat gab überdies Anuschka Tischer, der wir dafür herzlich danken. Bei der Fertigstellung des Bandes hat Stephanie Bode, unterstützt von Laura-Marie Mork, einmal mehr großartige Lektoratsarbeit geleistet. Wir freuen uns, dass unser Band in der Reihe „Politics of Security“ erscheint, und danken Volker Daiber vom Nomos Verlag für die gute Kooperation sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die großzügige Finanzierung.

Marburg, im Juli 2017 *C. Kampmann, A. Marciniak und W. Meteling*

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Inhalt

„Security turns its eye exclusively to the future“. Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte 9
Steffen Henne, Christoph Kampmann, Angela Marciniak, Wencke Meteling

Zukunft – Sicherheit – Moderne. Betrachtungen zu einem unklaren Verhältnis 37
Achim Landwehr

„Vorbestimmt, das zu sein, was wir sein wollen“ – Nachdenken über politische Sicherheit anhand von Thomas Morus und Utopia 57
Angela Marciniak

„Die Zukunftslosigkeit hat schon begonnen.“ / „À la fin du temps.“ Endzeitdiagnosen des Kalten Kriegs und der Französischen Religionskriege im transepochalen Vergleich 83
Steffen Henne und Christian Wenzel

„… contra pericula futura“: Prävention und Zukunftshandeln in der Frühen Neuzeit am Beispiel dynastischer Ehepolitik 133
Christoph Kampmann

Der Augsburger Religionsfriede zwischen Apokalyptik und Landfriedenswahrung. Sicherheit und Zukunft in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts 161
Sascha Weber

Im Schlaf der Sicherheit. Die Endlichkeit des Religionsfriedens und die Zukunft des Reiches (1608-1618) 189
Hannes Ziegler

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Postponing the Future: Observations on Early 19th Century International Law between Prevention and Positive Creation 207
Marie-Christin Stenzel

1878 als sicherheitskulturelle Wende in der deutschen Geschichte 233
Tobias Bruns

Sicherheit vor Seuchen: Zum Spannungsverhältnis von Zukunftsentwürfen, Sicherheit und Staatlichkeit im Deutschen Kaiserreich 259
Malte Thießen, Andrea Wiegeshoff

Eine unerkennbare Zukunft regieren: Recht, Ausnahme und die Logik der präventiven Überwachung 285
Larry Frohman

Reaktorsicherheit als Zukunftskommunikation: Nuklearpolitik, Atomdebatten und kerntechnische Entwicklungen in Westdeutschland und Osteuropa 1970-2015 305
Anna Veronika Wendland

Globale Sicherheit: Die Wurzeln des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses und die Wahrnehmung globaler Interdependenz der 1970er und 1980er Jahre 353
Elke Seefried

Standortsicherung = Zukunftssicherung. Zur angebotsökonomischen Modellierung von Zukunft in der Standortdebatte 389
Wencke Meteling

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Security turns its eye exclusively to the future".
Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte

Steffen Henne, Christoph Kampmann, Angela Marciniak, Wencke Meteling

„Security turns its eye exclusively to the future."[1] Es war der englische Philosoph und Sozialreformer Jeremy Bentham (1748-1832), der mit diesen prägnanten Worten darauf hinwies, dass Sicherheit und Zukunft stets in Bezug zueinander, also in einem notwendigen Zusammenhang stehen. Geht man davon aus, dass das Konzept Sicherheit als individuelle wie kollektive Zuschreibung einen Zustand meint, der frei von Gefahr und Bedrohung, von Sorge und Furcht ist, wird der immanente Zukunftsbezug offensichtlich. Sicherheit ist nicht nur die normative Deutung einer gegenwärtigen (bzw. einer vergangenen Situation), sondern ganz wesentlich auch Bezugsgröße einer auf das Zukünftige gerichteten Erwartungshaltung. Anders gesprochen: Subjektive Erfahrung von Sicherheit leitet sich immer auch aus der Erwartung und der Vorstellung zukünftiger Ereignisse ab.[2] Dies galt und gilt unabhängig davon, um welche Art von Sicherheit (politische, religiöse, militärische, etc.) es sich handelt und wie diese ausgestaltet ist, auch unabhängig davon, wer eine bestimmte Sicherheitskonzeption formuliert und teilt. Im Gegensatz zu anderen Begriffen impliziert der deutsche Begriff 'Sicherheit' die Bedeutung zukunftsbezogener Gewissheit, die etwa im Englischen als *certainty* neben *security* steht. Niklas Luhmann hat in den 1980er Jahren die Herstellung von „Erwartungssicherheit" – gemeint ist die „sichere Erwartbarkeit von Erwartungen"[3] – als entscheidend für den Umgang moderner Gesellschaften mit Unsicherheit(en) beschrieben.

Der Anspruch, Zukunft zu gestalten und für Sicherheit zu sorgen, fungierte – und das gilt nicht nur für die sogenannte Moderne – als ein wesentlicher Legitimationsgrund politischen Handelns und politischer Herr-

1 Jeremy Bentham, Manuskripte des University College London, LXI, S. 47.
2 Vgl. Marciniak (2015), S. 26.
3 Luhmann (1984), S. 412.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schaft. Als Legitimationsressource politischer Akteure zielt das Versprechen zukünftiger Sicherheit und entsprechendes sicherheitspolitisches Handeln auf die Herstellung bzw. die Stabilisierung von Verbindlichkeitsstrukturen und normativen Ordnungsvorstellungen. Zu diesem Zweck sind sicherheitspolitische Prozesse und Handlungsansätze darauf ausgerichtet, Zukünftiges handhabbar zu machen, und sie stützen sich dazu auf spezifische Techniken zur Einhegung von Bedrohungen, sei es durch Prognosen oder Planung, sei es durch Prophezeiungen oder Prävention. Die Frage, was jeweils als wirksames Zukunftshandeln zu verstehen sei, was als ‘sicher‘ (im dreifachen Sinne von *safe*, *secure* und *certain*) bzw. ‘unsicher’ galt, wer oder was jeweils Objekt und Subjekt von Sicherheit sei, war immer Gegenstand politischer Aushandlungs- und Kommunikationsprozesse. In ihnen traten variierende Sicherheitskonzeptionen in ein je spezifisches Bezugsverhältnis zu Zukunftsentwürfen und Formen des Zukunftswissens.

Erkenntnisinteresse und Leitfrage

Das komplexe Verhältnis zwischen Sicherheits- und Zukunftsentwürfen, zwischen sicherheits- und zukunftsbezogenem Handeln in der Geschichte näher auszuloten, ist das Anliegen des vorliegenden Bandes. Im Zentrum steht die Frage nach den wechselseitigen Bezügen und Bedingtheiten, durch die Zukunft bzw. Zukünfte und (Un-)Sicherheiten in der historischen politischen Kommunikation miteinander verknüpft waren, und nach der denk- und handlungsleitenden Dynamik bei der politischen Aushandlung von Sicherheit und Zukunft. Als politisch kann eine Kommunikation nach unserem Verständnis dann gelten, wenn sie auf die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen zielt.[4] Wir gehen davon aus, dass Konzepte und Vorstellungen von Sicherheit, Unsicherheit und Zukunft gesellschaftliche Konstrukte sind und als solche der kommunikativen Aushandlung historischer Akteure unterliegen, somit im historischen Prozess variieren und, das ist entscheidend, in engem Bezug zueinander stehen.

4 Unser Begriff des Politischen ist damit etwas enger gefasst als derjenige des Bielefelder SFB 584 „Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte”, dessen Arbeiten zu historischer politischer Kommunikation einschlägig sind: Steinmetz u. a. (2013); Gusy / Haupt (2005); zur Theoriediskussion um die „Neue Politikgeschichte” die Synthese von Weidner (2012).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nicht nur die Bedeutung von Sicherheit, auch jene von Zukunft ist demnach variabel und hat sich im Verlauf der Zeiten gewandelt. Darüber sollte der gängige Kollektivsingular ‘Zukunft’ bzw. ‘Sicherheit’ nicht hinwegtäuschen. Imaginationen des Künftigen reflektierten in unterschiedlicher Weise Erfahrungen wie Erwartungen von Sicherheit bzw. Unsicherheit. Zukunft konnte als offen oder geschlossen, wünschenswert oder bedrohlich, in ihrer temporalen Verortung von der Gegenwart wegführend oder auf die Gegenwart zukommend erscheinen. Nicht nur wechselte die Bedeutung der Zukunft diachron, so dass sie als Zeitdimension mal künftige Sicherheit, mal kommende Gefahren bergen konnte. Auch synchron konnten sich je nach den sozialen oder politischen Standpunkten der historischen Akteure einander widersprechende Bedeutungsschichten überlappen: Die Zukunft, die jene herbeisehnten, ja aktiv herbeiführen wollten, fürchteten andere und versuchten sie deshalb zu verhindern. Angesichts einer schier unerschöpflichen Bandbreite an Zukunftsbezügen klassifiziert die Forschung derzeit vier Grundmodi des Zukunftsbezugs: Utopie, Prophetie, Prognose und Planung,[5] die sich weiter ausdifferenzieren lassen (Vorhersage, Voraussicht, Vorsorge, Prävention, *precaution*, etc.). Dabei sind die Übergänge zwischen sprachlichem Zukunftsbezug und Formen des Zukunftshandelns fließend, zumal wenn es um Sprechakte geht. Gleiches gilt in Bezug auf Sicherheit; indem ein Akteur ein Phänomen als Sicherheitsproblem adressierte, *machte* er es zu einem solchen. So tangierten Sicherheit und Zeitlichkeit immer auch Fragen der Macht, denn wer über Sicherheit und Unsicherheit sowie das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft befand, wer die temporalen Verhältnisse beeinflusste und es schaffte, sie zu regulieren, der eröffnete und schloss politische Handlungsoptionen und Möglichkeitsräume zur Gestaltung der Zukunft.

Der historisierende Blick auf vergangene Zukünfte deckt die Vielzeitigkeit und die Parallelität sehr unterschiedlicher Zeitmodalisierungen auf, die zu einem bestimmten historischen Moment möglich waren. Vergangene Zukunftsvorstellungen, ihre sprachliche Artikulation und zukunftsbezogene Praktiken geben uns Aufschluss über bestimmte Konzeptionen von Sicherheit und Unsicherheit, was auch im Umkehrschluss gilt: Verschiede-

5 Hier nach Graf / Herzog (2016), S. 502. Ihr eigener Typologievorschlag zu Zukunftserschließungen im 20. Jahrhundert (ebd., S. 504-513) unterscheidet zwischen „Erwartungs-”, „Gestaltungs-”, „Risiko-” und „Erhaltungszukünften”, die gleichsam interrelierten und konkurrierten. Grundlegend zu Zukünften im 20. Jahrhundert Seefried (2015c); Hölscher (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ne Sicherheitsvorstellungen bieten uns Erkenntnis über zugrunde liegende Zukunftsentwürfe und ihre Träger. Wenn Konservative im späten 19. Jahrhundert die Sicherheit des Deutschen Reiches durch revolutionäre Umtriebe bedroht wähnten, dann schwebten ihnen andere Sicherheitsmaßnahmen und eine andere Zukunft vor als Gesundheitsexperten, die zur gleichen Zeit auf internationalem Parkett für die Sicherheit vor Seuchen in Europa eintraten.

Sicherheit und Zukunft sind jeweils relationale Begriffe, geht es doch stets um die Sicherheit in einem bestimmten Bereich, für bestimmte Personengruppen, so wie es auch immer um eine bestimmte Zukunft geht, weshalb die jüngere Forschung sinnvoller im Plural von Zukünften spricht. Erkenntnisse über bestimmte Formen des Zukunftsmanagements – denn darum geht es letztlich in der Praxis, sobald politische Entscheidungsfindung dazu dient, Erwartungssicherheit zu generieren – können dazu beitragen, dem Konzept der Sicherheit verwandte Konzepte akkurater zu fassen und ins Verhältnis zu Sicherheit zu setzen, etwa Risiko und Prävention, die sich im Unterschied zu Sicherheit per se schon auf Zukunftsmanagement beziehen.[6]

Zum Forschungsstand

Der Forschungsansatz unseres Bandes liegt an der Schnittstelle zweier Forschungsfelder, die seit einiger Zeit große Aufmerksamkeit in der historischen Wissenschaft finden: der Sicherheits- und der Zukunftsforschung. Unübersehbar ist das erheblich gewachsene geschichtswissenschaftliche Interesse an Sicherheitsforschung: Neuere Synthesen haben gezeigt, wie stark dieses Forschungsfeld in den vergangen Jahren gewachsen und inzwischen in inhaltlicher wie methodischer Hinsicht kaum noch überschaubar ist; entsprechend ist es als eine zentrale Aufgabe der Geschichtswissenschaften identifiziert worden, hier in engem Austausch mit den sozialwissenschaftlichen *Security Studies* epochenübergreifende und methodisch verbindende Frageperspektiven zu entwickeln. Dieser Aufga-

6 Hierbei bezieht sich Risiko als abstraktes Kalkulationsmodell auf die Qualität einer Entscheidungsfindung angesichts einer offenen Zukunft, wohingegen das Konzept der Prävention nur in konkreten Maßnahmen zu denken ist.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

be ist auch und gerade der SFB-TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit" verpflichtet.[7]

Nicht nur im klassischen Feld der *Security Studies*, den Internationalen Beziehungen, wird der Zusammenhang von Sicherheit und Zukunft zunehmend diskutiert.[8] Auch das geschichtswissenschaftliche Interesse an der Zukunft, an historischen Formen des Zukunftswissens und der Zukunftsaneignung, hat Hochkonjunktur.[9] Dabei lassen sich auch explizit auf 'Zukunft' Bezug nehmende Darstellungen im Rahmen einer umfassenderen Zeitlichkeitsforschung verorten, die einander ablösende Zeitregime und deren jeweilige temporale Charakteristika historisiert.[10] Fragen nach dem Verhältnis von Zukunft und Sicherheit tauchen dabei etwa mit Blick auf die Dynamiken kollektiver Deutungsmuster des geschichtlichen bzw. gesellschaftlichen Fortschrittsdenkens oder Dispositionen eines utopischen Bewusstseins auf.

Das Problemfeld Sicherheit und Zukunft spielt weiterhin in jenen Darstellungen eine Rolle, die sich mit den ideen- und begriffsgeschichtlichen Topoi der 'Krise' und der 'Katastrophe' auseinandersetzen und damit Zeiträume bzw. Zeitpunkte fundamentaler Unsicherheit thematisieren.[11] Auch zukunftsbezogene und auf die Herstellung von Sicherheit gerichtete Praktiken und Handlungsmodi der 'Prognostik', 'Planung' und 'Prävention' sind Gegenstand intensiver geschichts- wie auch kulturwissenschaftlicher Forschung.[12] Ergänzt werden diese Forschungsfelder durch Untersuchun-

---

7 Synthesen: Conze (2009); Zwierlein (2012); Kampmann / Niggemann (2013). Zum Forschungsprogramm des SFB-TRR 138: http://www.sfb138.de/index.php.

8 Vgl. Colonomos (2016); Mazarr (2016).

9 Vgl. Hölscher (2017); ders. (2016); Radkau (2017); Graf / Herzog (2016); Seefried (2015c); in einer komplementär auf die Zeitdimension der Gegenwart fokussierten Perspektive Landwehr (2014).

10 Vgl. Hartog (2015); ders. (2003); Esposito (2017); Henne (2016). Historiographische, insbesondere zeitgeschichtliche Darstellungen sind dabei durch sozialwissenschaftliche Thesen – etwa Rosa (2005) – motiviert und werden von literatur-/kulturwissenschaftlichen Untersuchungen flankiert, Assmann (2013). Die Historisierung geschichtlicher Zeit hat zunehmend auch geschichtstheoretische Reflexionen zur Folge. So etwa bei Landwehr (2016).

11 Vgl. Graf (2008); Meyer u. a. (2013); in literaturwissenschaftlicher Perspektive Horn (2011); dies. (2014).

12 Vgl. Weidner / Willer (2013); Hartmann / Vogel (2010); van Laak (2008); ders. (2010); Schulze Wessel (2010); Bröckling (2016); ders. (2008); Schenk u. a. (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gen zu Konzepten der ‘Kontingenz’ und des ‘Risikos’, die sich eher auf die (Un-)Verfügbarkeit von Zukunft beziehen.[13]

Explizit und institutionell gestützt ist der Problemkomplex Sicherheit und Zukunft bisher vor allem innerhalb der Literatur- und Kulturwissenschaften diskutiert worden.[14] Der vorliegende Band schließt hier an und vertieft die Thematik in ihrer historischen Dimension. Epochenübergreifend, von der Vormoderne bis zur jüngsten Zeitgeschichte, beleuchtet er die sich gegenseitig beeinflussenden bzw. einander bedingenden Vorstellungen von Zukunft und Sicherheit ebenso wie mögliche Gründe für (Dis-)Kontinuitäten im Verhältnis der Zukunfts- und Sicherheitsbezüge.

Zur Konzeption: Drei Untersuchungsdimensionen

Die Konzeption des Bandes wie auch der vorangegangenen Tagung umfasst drei Untersuchungsdimensionen, die das Verhältnis zwischen Sicherheit und Zukunft in der historischen politischen Kommunikation ausloten sollen: 1) *Semantik und Epistemologie von Sicherheit und Zukunft*; 2) *Akteure und Sicherheits- und Zukunftshandeln*; 3) *Bedrohungskommunikation und Versicherheitlichung (securitization)*. Zwischen diesen Untersuchungsdimensionen bestehen keine trennscharfen analytischen Grenzen. Vielmehr greifen sie ineinander. Sie sind auch nicht auf Vollständigkeit angelegt, sondern bilden ausgesuchte heuristische Schwerpunkte, die die gemeinsame Diskussion strukturiert haben und als Gerüst für die Einzelbeiträge dienen.

Erstens ist die Ebene der *Semantik*, des semantischen Feldes von Sicherheit bzw. Unsicherheit und Zukunft sowie ihrer *Epistemologie* in der historischen politischen Kommunikation zu nennen. Von Interesse sind zum einen zeitgenössische Synonyme bzw. eng verwandte Begriffe zu Sicherheit wie Frieden, Ruhe und Ordnung, etc., zum anderen Antonyme wie Furcht, Bedrohung, Gefahr. Wir fragen nach dem jeweiligen semantischen Gehalt der begrifflichen Konfiguration von Sicherheit und Zukunft,

13 Vgl. die Publikationen des DFG-Graduiertenkolleg 1919: „Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage. Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln“: Becker u. a. (2016); Bernhardt u. a. (2016); Brakensiek u. a. (2017).

14 Vgl. den literatur- bzw. kulturwissenschaftlich orientierten Forschungsverbund: Sicherheit und Zukunft. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Security Studies, http://www.zfl-berlin.org/projekt/sicherheit-und-zukunft.html.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dem semantischen Wandel der Begriffe selbst und nach den enthaltenen Modalisierungen von Zukunft. Heuristisch lassen sich verschiedene Modalisierungen von Zukunft unterscheiden: wahrscheinliche/erwartbare, realisierbare/mögliche und erwünschte/erhoffte Zukünfte bzw. ihre negativen Entsprechungen: unwahrscheinliche, nicht zu verwirklichende/unmögliche sowie unerwünschte/gefürchtete Zukünfte. Ferner kann man differenzieren zwischen (gestaltungs-)offenen und geschlossenen/determinierten, zwischen nahen und fernen Zukünften, und man kann fragen, welche Zukunft und Zukünfte für die Zeitgenossen noch nicht oder nicht mehr denkbar war(en). Die Frage nach der Epistemologie richtet sich auf das jeweils zugrunde liegende Wissen und die Wissensbestände (astrologische, ökonomische, medizinische, juristische, klimatologische u.v.m.), welche bei der politischen Aushandlung von Sicherheit und Zukunft zum Tragen kamen bzw. diese strukturierten.

Zweitens gilt es, Ausdifferenzierungen und Wandlungsprozesse im Sicherheits- und Zukunfts*handeln* zu untersuchen, geht es doch nicht nur um Sicherheits- und Zukunftsvorstellungen, sondern auch um Maßnahmen zur Herstellung und Bewahrung von Sicherheit und zur Gestaltung von Zukunft, mithin um Sicherheits- und Zukunftsproduktion. Durch welche Handlungsweisen wurden Sicherheit und Zukünfte generiert? Können Aussagen zur spezifischen Rolle bestimmter *Akteure* und *Akteursgruppen* getroffen werden? Wer waren die entscheidenden Akteure und warum? Wie entfalteten sie Sprach- und Handlungsmacht in Bezug auf (Un-)Sicherheit und Zukunft?

Drittens betrachten wir – auf der Basis des methodisch-theoretischen Grundansatzes des SFB-TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit. Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive“ – Vorstellungen von Sicherheit und Zukunft bzw. ihrer wechselseitigen Bedingtheit in *Bedrohungskommunikationen*[15]. Welche Bedeutung hatte die Adressierung von Zukunft in Prozessen der *Versicherheitlichung*, wenn also etwas zu einem kollektiven Sicherheitsproblem erklärt wurde und Maßnahmen eingeleitet wurden, um die Bedrohung einzuhegen oder auszuschalten? Welche Machteffekte zeitigte Versicherheitlichung?[16] Wie hingen Versicherheitlichung und Verzeitlichung zusammen? Wurden Sicherheitsprobleme und Bedrohungslagen andererseits auch entdramatisiert, aufgehoben, neutrali-

15 Vgl. Frie / Meier (2014b); Fechner u. a. (2014).

16 Vgl. die Typologie von Machteffekten der Versicherheitlichung bei Langenohl (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

siert – kurz: *ent*sicherheitlicht? Die temporale Dimension in Prozessen der Ver- und Entsicherheitlichung ist in den *Security Studies* so gut wie unerforscht. Inwieweit kann eine historische Untersuchung dieser Fragen zu der methodisch-theoretischen Diskussion und Fortentwicklung sozialwissenschaftlicher Konzepte beitragen?

Die Beiträge im Einzelnen

Der Band versammelt elf geschichtswissenschaftliche Aufsätze, einen Beitrag aus Perspektive der Politischen Theorie und Ideengeschichte und einen völkerrechtshistorischen Beitrag. Zeitlich spannen sie den Bogen vom 16. Jahrhundert bis in die allerjüngste Zeitgeschichte. Den Anfang macht der Beitrag von *Achim Landwehr* zum Verhältnis von Zukunft, Sicherheit und Moderne und historischen Pluritemporalitäten. Ausgangspunkt seiner begrifflich-konzeptionellen Überlegungen ist die Diskussion der einflussreichen, auf Reinhart Koselleck zurückgehenden Zeit- bzw. Epochenmodelle, die einer stärker am „Erfahrungsraum", an der Vergangenheit orientierten Vormoderne eine durch die Bereitschaft zur Gestaltung einer offenen Zukunft geprägte Epoche nach der „Sattelzeit", die Moderne, gegenüberstellen. Landwehr hinterfragt diese strukturelle Unterscheidung zwischen einer 'vormodernen' Vergangenheitsorientierung mit einer geschlossenen, determinierten Zukunft und einer 'modernen' Orientierung der Gegenwart an einer offenen, gestaltbaren Zukunft. Möglicherweise würden wir damit der Selbsterzählung der Neuzeit aufsitzen, die ihre eigene Neuzeitlichkeit hervorhebe und den Bruch mit der Vergangenheit dramatisiere. Landwehr sieht Vergangenheit und Zukunft als „temporale Projektionsflächen" einer jeweiligen Gegenwart. Auch die Vergangenheit sei ein „Pluriversum". So wie die Zukunft unvorsehbar sei, sei auch die Vergangenheit nicht „nachhersehbar", jeder Zukunftsentwurf verändere auch die Vergangenheit. Deshalb solle sich die Perspektive stärker auf die sich wandelnden unterschiedlichen Modalisierungen der Zeiten richten. In modernisierungstheoretischer Perspektive spreche zwar einiges dafür, dass politische Akteure der Vormoderne Sicherheit eher in einer idealisierten Vergangenheit suchten, während sie sie in der Moderne stärker in die Zukunft hineinprojiziert hätten. Landwehr findet es aber weniger ergiebig, klären zu wollen, ob es besonders 'modern' oder 'vormodern' war, sich auf Vergangenheit oder Zukunft zu beziehen, als zu fragen, welche Gegenwart durch eine bestimmte Modalisierung der Zeiten konsti-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tuiert wurde und welches Verständnis von Sicherheit damit einherging. Er weist auf die Paradoxien hin, die durch „die narrative Zusammenhängung von Zukunft, Vergangenheit, Sicherheit und Politik" permanent provoziert werden. So lege der politische Versuch, für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen (ob nach dem ‚vormodernen' Vorbild einer idealisierten Vergangenheit oder dem ‚modernen' Leitbild einer besseren Zukunft) stets das Unsichere in der eigenen Gegenwart bloß. Das größte Problem politischer Sicherheit sei nicht Sicherheit, sondern Zeitlichkeit: Erst wenn die Zeit stillgestellt würde, könnten Sicherheitsphantasien Wirklichkeit werden.

Angela Marciniak bringt in „Nachdenken über politische Sicherheit anhand von Thomas Morus und Utopia" politische Sicherheit und politische Utopie zusammen und untersucht aus der Perspektive normativer Politischer Theorie, welchen Beitrag Morus und Utopia zur ideengeschichtlichen Rekonstruktion des Konzepts politischer Sicherheit leisten können. Sie arbeitet heraus, dass am Beispiel von Thomas Morus und seinem wichtigsten Werk etliche Dimensionen des Konzepts politischer Sicherheit zu identifizieren sind, die weitaus mehr Übereinstimmungen zu unseren sogenannten ‘modernen' Sicherheitsverständnissen aufweisen als erwartet. Dass politische Konzepte historisch einem Bedeutungswandel unterliegen, ist ein Gemeinplatz. Marciniak argumentiert aber, dass es sich lohnt, nicht allein den Wandel des Konzepts politischer Sicherheit in den Blick zu nehmen, sondern auch dessen Kontinuitäten. Ihr Anliegen ist die Rekonstruktion eines Konzepts politischer Sicherheit, das variabel genug ist, verschiedene politisch-soziale Ausformungen zu ermöglichen, um unterschiedlich gesellschaftlich implementiert zu werden, aber doch in sich geschlossen und hinreichend stabil, um Substanz in sich zu tragen und nicht beliebig mit Inhalten gefüllt zu werden oder lediglich dazu zu dienen, politische Sicherheitsmaßnahmen kommunikativ zu transportieren. In normativer Absicht möchte sie damit einen Beitrag leisten, gegenwärtige Sicherheitsdiskurse im politisch-sozialen Alltag neu akzentuieren zu können.

Im transepochalen Zugriff vergleichen *Steffen Henne* und *Christian Wenzel* Endzeitdiagnosen des Kalten Kriegs und der Französischen Religionskriege – zweier existenzieller, universeller Antagonismen also –, in denen es um das Ende der Welt und des Menschen sowie die Legitimität des jeweiligen Welt- und Menschenbildes ging. Die Leitfrage nach dem Zusammenhang zwischen der zeitlichen Struktur, besonders dem Zukunftsverständnis der diagnostizierten Endzeit, und den (Un-)Sicherheitsvorstellungen untersuchen sie anhand dreier analytischer Schneisen: Kosmologie

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

(Weltbild), Anthropologie (Menschenbild) und Temporalität. Konservative Intellektuelle der 1950er- und 1960er-Jahre diagnostizierten eine nuklear-technologisch bedingte Endzeit angesichts eines drohenden atomaren Weltkriegs. Die Fähigkeit des Menschen zur atomaren Selbst- und Weltvernichtung hob das anthropozentrische Weltbild mitsamt seiner temporalen Ordnung aus den Angeln und löste bei den Intellektuellen lähmende Ohnmachtsgefühle aus. Durchaus ähnlich betrachteten die Apokalyptiker der Französischen Religionskriege den (durch Gottes Zorn auf die Menschen ausgelösten) Weltuntergang als Fakt, der jedoch biblisch angekündigt und göttlich vorherbestimmt war. Sie leiteten daraus aber keine menschliche Ohnmacht ab. Im Gegenteil war jeder Einzelne für den bevorstehenden Moment des Jüngsten Gerichts dringend aufgerufen, die Restzeit auf Erden gottgefällig zu nutzen, um sein Seelenheil zu retten.

Sodann beschäftigen sich drei Beiträge mit dem Verhältnis von Sicherheit und Zukunft anhand von Fallbeispielen aus der Frühen Neuzeit. *Christoph Kampmann* richtet den Blick auf eine spezielle Form des Zukunftsmanagements, die Prävention. In der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur wird die Auffassung vertreten, dass die Prävention – die vorbeugende Abwehr von Unsicherheit und Gefahren – die charakteristische Form des Zukunftshandelns unserer Gegenwart sei.[17] Das gibt den Anstoß für Kampmann, sich auf der Basis dynastischer Ehepolitik, konkret des prominenten Falls der Ehe der ersten regierenden englischen Königin Maria Tudor (1553-1558) mit Philipp von Spanien, mit präventivem Zukunftshandeln in der Frühen Neuzeit auseinanderzusetzen. Die Abwehr künftiger Gefahren, auch solcher in einer mehrere Jahrzehnte vorausliegenden Zukunft, war zentraler Bestandteil dynastischer Ehepolitik und -verträge. Dabei ging es um die Abwehr strukturell bekannter, im politischen „Erfahrungsraum“ liegender Gefahren, aber auch als neuartig wahrgenommener, noch unbekannter Bedrohungen. So galt es, die Regierungsausübung einer weiblichen Herrscherin mit Hilfe ständischer, völkerrechtlicher und massenmedialer Instrumente gegen dominierende Vorstellungen männlicher Königsherrschaft zu sichern.

Der Beitrag von *Sascha Weber* lenkt den Blick auf einen anderen Aspekt der Thematik, der gleichfalls zuweilen als modernes Phänomen eingeordnet wird: die Pluralität bzw. Konkurrenz von Zukunftsentwürfen bzw. Zukünften. Am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Religi-

17 Sehr prononciert in dieser Richtung Bröckling (2008).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

onsfrieden von 1555 legt Weber dar, dass sie auch als Ringen um die Deutungshoheit über die Zukunft zu verstehen sind. Trotz des enormen Einflusses apokalyptischer Konzeptionen, die *Henne/Wenzel* eingehend analysieren, setzten sich im 16. Jahrhundert schließlich jene Akteure durch, die auf eine langfristige Gestaltung der Zukunft bauten, und eben nicht auf „Armageddon". Weber kann zeigen, wie eng die Konkurrenz der Zukünfte mit der erfolgreichen Versicherheitlichung der Religionsfrage verknüpft war, wurde doch beim Friedensschluss die religiöse Wahrheitsfrage bewusst ausgeklammert bzw. zeitlich aufgeschoben und dadurch politisch handhabbar, zumindest für zwei bis drei Generationen.

Komplementär zu Webers Beitrag verhält sich – in Hinblick auf das Verhältnis von Sicherheit und Zukunft – jener von *Hannes Ziegler*, der den Zusammenbruch des Religionsfriedens im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs (1608 bis 1618) analysiert. Auch Ziegler konstatiert in der von ihm untersuchten Zeit eine Versicherheitlichung der Religionsfrage, allerdings mit völlig andersartigen Konsequenzen für das Zukunftshandeln der Akteure. Die seit der Wende zum 17. Jahrhundert allenthalben beschworene Kriegsgefahr führte dazu, dass Sicherheit nur noch militärisch verstanden wurde und sich die Sicherheitslage im Reich weiter zuspitzte – bis zu dem Punkt, an dem das Vertrauen in die politische Handhabbarkeit der Religionsfrage, überhaupt in politische Lösungen, verloren ging und der allseits gefürchtete Konfessionskrieg tatsächlich ausbrach.

Mit dem völkerrechtlichen bzw. völkerrechtshistorischen Beitrag von *Marie-Christine Stenzel* „Postponing the Future. Observations on early 19th century law between prevention and positive creation" wird die Grenze zur „Sattelzeit" überschritten, die als Epochenschwelle im Anschluss an Koselleck eine so zentrale Rolle spielt. Der Beitrag greift dies auf, indem er danach fragt, ob und inwieweit der seit dem Wiener Kongress (1814/15) aufkommende völkerrechtliche Multilateralismus mit einem Wandel von Zukunftsvorstellungen korrespondierte. Stenzel bejaht dies insofern, als die Konzeption einer „gemeinsamen Zukunft" (*common future*) unter den Völkerrechtssubjekten seit 1815 beträchtlich an Bedeutung gewann. Entscheidend war aber weniger der Übergang von geschlossenen zu offenen Zukunftshorizonten, der überhaupt im Bereich des europäischen Vertragsrechts semantisch schwer zu greifen ist. Wichtiger war die Erfahrung einer fundamental bedrohten Ordnung in der Ära der Revolution und der Napoleonischen Kriege. Die Völkerrechtssubjekte begriffen sich fortan nicht mehr als Einzelakteure, sondern als „risk commu-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nity“ – mit deutlichen Auswirkungen auf ihr Zukunftsverständnis, fassten sie völkerrechtliche Zukunft fortan doch stärker multilateral: als gemeinsame Zukunft auf.

Tobias Bruns deutet in seinem Beitrag das Jahr 1878, das die Kaiserreichsforschung als „konservative Wende” breit diskutiert hat, als eine sicherheitskulturelle Wende in der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs. Nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. wandelte sich schlagartig das Sicherheitsgefühl der politischen Akteure. Konservative, staatszentrierte und aktionistische Sicherheitsargumente und -maßnahmen wurden plausibler, Schutz und Ordnung lösten Freiheit und Fortschritt als entscheidende Dispositive ab. Zu den wahrgenommenen Bedrohungen zählten soziale Unruhen, revolutionäre Umstürze und ausländische Wirtschaftskonkurrenz. Als Sicherheitsmaßnahmen wurden etwa das Sozialistengesetz und Schutzzölle zum „Schutz der nationalen Arbeit” verabschiedet. Im Zuge einer weitreichenden Bedrohungskommunikation gelang es den Konservativen, bestimmte Themen zu politischen Zwecken als sicherheitsrelevant darzustellen (zu versicherheitlichen) und die Liberalen mitsamt ihres Zukunftsbildes und Fortschrittsglaubens zu diskreditieren. Bruns analysiert, wie sich zeitliche Erwartungshorizonte politischen Handelns markant verkürzten und sich räumliche Bedrohungshorizonte verschoben. Von nun an erschien die innere Ordnung des Reiches, nicht sein äußerer Bestand, als „bedrohte Ordnung”[18].

Malte Thießen und *Andrea Wiegeshoff* widmen sich in ihrem Beitrag einem anders gelagerten Sicherheits- und Zukunftsversprechen des Staates, der „Sicherheit vor Seuchen”. Sie arbeiten das Spannungsverhältnis zwischen Zukunfts-, Sicherheits- und Staatlichkeitsentwürfen, zwischen Nationalisierung und Internationalisierung in der deutschen und europäischen Bedrohungskommunikation über Seuchen heraus. Als transnationale Bedrohung forderten Epidemien wie Pest und Cholera den Sicherheitsanspruch des modernen Nationalstaates heraus, seine Bürger angemessen zu schützen. Angestoßen durch akute Seuchenausbrüche wurden seit Mitte des 19. Jahrhunderts internationale Gesundheitskonferenzen abgehalten, wodurch ein internationaler, eurozentrischer Referenzrahmen der Seuchenbekämpfung entstand. Die Delegierten strebten einen effektiven Umgang mit Seuchen, ein präventives Seuchenmanagement an, nicht deren völlige Ausrottung, die sie für unrealistisch hielten, zumal Handelsinteres-

18 Vgl. Frie / Meier (2014a); dies. (2014b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen schwerer wogen als totale Sicherheit vor Seuchen. Auf nationaler Bühne jedoch verhießen sie als Repräsentanten des modernen Leistungs- und Interventionsstaates eine „seuchenfreie Zukunft". Thießen und Wiegeshoff legen dar, wie gerade das Kaiserreich mit der globalen Seuchengefahr 'Staat zu machen' verstand, wie Interventionsfelder abgesteckt, 'Problemgruppen' (etwa muslimische Pilger) markiert und mittels Seuchenstatistiken europäische Prestigekonkurrenzen ausgetragen und Kulturmissionen legitimiert wurden.

Die folgenden vier zeitgeschichtlichen Beiträge behandeln große öffentlich-politische Auseinandersetzungen um Sicherheit seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, als sich der Sicherheitsbegriff inhaltlich signifikant erweiterte,[19] namentlich die Kontroversen um Datenschutz, Reaktorsicherheit, Nachhaltigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit. In seinem Aufsatz „Eine unerkennbare Zukunft regieren: Recht, Ausnahme und die Logik der präventiven Überwachung" legt *Larry Frohman* dar, wie Entwürfe zu neuen Überwachungspraktiken und der Diskurs der Ausnahme in den 1970er- und 1980er-Jahren einem postliberalen *precautionary state* den Weg ebneten. Anhand zweier Vordenker der präventiven Überwachung arbeitet er zwei Varianten von Gouvernementalität heraus: eine liberale und eine illiberale. Das paradoxe Ziel beider Varianten bestand darin, eine Zukunft regieren zu wollen, die sie als ungewiss, unerkennbar, bedrohlich und unregierbar einstuften. Sicherheit wurde zu etwas, das nur in einer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobenen Zukunft erreichbar schien.

Anna Veronika Wendland befasst sich mit „Reaktorsicherheit als Zukunftskommunikation: Nuklearpolitik, Atomdebatten und kerntechnischen Entwicklungen in Westdeutschland und Osteuropa 1970-2015". Kerntechnik wurde öffentlich immer unter der Leitfrage ihrer Sicherheit verhandelt. Sicherheits- und Zukunftsvorstellungen, überhaupt spezifische Zeitvorstellungen spielten bei der öffentlichen Verhandlung der Kernenergie seit ihren Anfängen eine beherrschende Rolle. Während im Sozialismus eine optimistische Imagologie und Zukunftskommunikation vorherrschten, rangen Nuklearexperten, Politiker, Industrievertreter sowie eine atomkritische Öffentlichkeit im Westen um konkurrierende Zukünfte und Reaktorsicherheiten zwischen den Polen 'Optimierung der Kerntechnik' und 'Abschaf-

19 Vgl. zu „erweiterter Sicherheit" Daase (2009); ders. (2010); ders. (2012); Conze (2012).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fung des Kernreaktors'. In den 1970er- und 1980er-Jahren wichen die einstigen kerntechnischen Erlösungshoffnungen zunehmend einem apokalyptischen Denken, das in der Bundesrepublik bis zur Umkehrung der Diskurshoheit zwischen Nuklearexperten und der Gegenexpertise aus den neuen sozialen Bewegungen reichte. Wendland legt dar, wie in der Debatte um Reaktorsicherheit Erfahrungsnutzung, Vergangenheitsbewältigung und Zukunftskommunikation ineinander griffen, sich komplexe Zeitregime ausbildeten und welche politischen Zielsetzungen die Akteure dabei verfolgten.

Elke Seefried zeichnet die Genese des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses im Zuge eines neuen globalen Interdepenzbewusstseins in den 1970er- und 1980er-Jahren nach, einer Phase, als hergebrachte politische Zukunfts- und Fortschrittsverständnisse der westlichen Industriestaaten in die Krise gerieten. Das Konzept „Nachhaltigkeit" zeugte von einer erheblichen Erweiterung des Sicherheitsverständnisses: inhaltlich hin zu Umwelt-, ökonomischer, sozialer und humanitärer Sicherheit, räumlich hin zu globaler Sicherheit. Im Nachhaltigkeitsdiskurs, den die deutsche und die skandinavische Sozialdemokratie maßgeblich vorantrieben, griffen Aufbruchs- und Gefährdungskommunikation, Zukunftsversprechen und Bedrohungswahrnehmungen ineinander: „Sustainable development" verhieß die Sicherung der Zukunft der Menschheit und war zugleich eine Warnung vor der Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlagen durch weltweite Umwelt-, Entwicklungs- und Hochrüstungsrisiken im Kalten Krieg. In den 1990er-Jahren geriet das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung schließlich in den Sog neoliberaler Ökonomisierung.

Damit näherte sich der Nachhaltigkeitsdiskurs dem Diskurs über „internationale Wettbewerbsfähigkeit" an, mit dem sich *Wencke Meteling* in ihrem Aufsatz „Standortsicherung = Zukunftssicherung" auseinandersetzt. Darin untersucht sie die angebotsökonomische Modellierung von Zukunft und Sicherheit im Kontext der Debatte um den „Wirtschaftsstandort Deutschland". Das Bedrohungsnarrativ des „gefährdeten Standorts" kolonisierte die Gegenwart im Zeichen angebotsökonomischer Prämissen, zielte „Standortsicherung" doch auf die Bedürfnisstrukturen von Unternehmen und Investitionen. Dadurch verengten sich politische Denk- und Handlungsräume. Je stärker gesellschaftliche Zukunftsfähigkeit mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit in eins gesetzt wurde, desto mehr ökonomisierte sich auch das Verständnis sozialer und nationaler Sicherheit. Die Maxime der Zukunftssicherung durch Standortsicherung war eingebettet in den Weltentwurf eines sich ständig verschärfenden und beschleunigen-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den Wettbewerbs der Staaten um Kapital und Unternehmen. Sie gehorchte einem neoliberalen Zeitregime, das permanent Unsicherheit, Ungewissheit und eine Verknappung von Zeit evozierte.

Übergreifende Befunde

Historisch haben wir es immer mit Pluritemporalitäten, mit komplexen Geflechten aus Vergangenheits-, Gegenwarts- und Zukunftsentwürfen zu tun, mit denen die Zeitgenossen der Welt – ihrer Welt – Sinn verliehen und historische Wirklichkeit schufen. Zeitmodalisierungen spielten in der politischen Kommunikation über Sicherheit und Unsicherheit eine maßgebende Rolle. Denn wenn es um Sicherheit ging, adressierten und arrangierten die Zeitgenossen auch die Zeiten gemäß ihrer Sicherheitsvorstellungen und griffen durch ihr Handeln auf die Zukunft aus, ja generierten Zukünfte. Häufig wurden Sicherheit und Zukunft zum strategischen Argument und zur Legitimationsressource für interessengeleitetes Handeln. Einige Teilergebnisse sowie übergreifende Befunde zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der historischen politischen Kommunikation von der Frühneuzeit bis zur Zeitgeschichte seien hier abschließend festgehalten. Dabei orientieren wir uns an den zuvor genannten drei Untersuchungsdimensionen (1) *Semantik und Epistemologie von Sicherheit und Zukunft*, (2) *Akteure und sicherheits- und zukunftsbezogenes Handeln*, (3) *Bedrohungskommunikation und Versicherheitlichung.*

1.) Semantik und Epistemologie von Sicherheit und Zukunft

Die Spannbreite der in den Beiträgen behandelten, zeitgenössisch verwendeten Synonyme, Alternativ- und Komplementärbegriffe zu Sicherheit reicht von „Frieden”, „Ruhe und Ordnung”, „Gewissheit”, über „Gesundheit” und „seuchenfreie Zukunft/Zeiten”, „Schutz”, „Stabilität” und „Wohlstand” bis zu „Nachhaltigkeit” und „internationaler Wettbewerbsfähigkeit”. Der semantische Gehalt von Sicherheit variierte beträchtlich je nachdem, welche Art von und wessen Sicherheit garantiert bzw. hergestellt werden sollte und um welche schützenswerte Ordnung es den Akteuren jeweils ging. Als relationalen Wertbegriff bezogen die Akteure Sicherheit auf ganz verschiedene Phänomene und Sachgegenstände, Denk- und Handlungsfelder. Dass häufig die Sicherheit in einem bestimmten Sektor

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gemeint war, drückten Sicherheitskomposita wie Reaktorsicherheit besonders deutlich aus; Synonyme für Sicherheit wie Schutz oder Nachhaltigkeit bezogen sich aber ebenfalls auf (mehr oder minder) konkrete politische Handlungsfelder, Nachhaltigkeit anfangs vor allem auf Umwelt- und Entwicklungspolitik, später zunehmend auf Wirtschaft. Wie das Beispiel der Reaktorsicherheit veranschaulicht, war die in Komposita angezeigte Sicherheit zwar sektoral abgesteckt, aber beileibe nicht eindeutig oder weniger umstritten. Reaktorsicherheit umfasste die Filiationen Proliferations-, Terrorismus- und Entsorgungssicherheit; Nuklearexperten differenzierten zwischen *nuclear safety* (kerntechnischer Anlagen- und Systemsicherheit als Reaktorsicherheit im engeren Sinne) und *nuclear security* (Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und der von ihnen produzierten oder genutzten radioaktiven Stoffe vor böswilligen An- und Eingriffen). In der zeitgenössischen Debatte rangen Fürsprecher und Gegner der Kerntechnik um denkbar unterschiedliche Reaktorsicherheiten – und redeten häufig aneinander vorbei. Der politische Handlungsimpuls, der von Sicherheitssemantiken ausgeht, ist insbesondere bei Prozessbegriffen wie „Standortsicherung" gut zu greifen – einem Begriff, der im engeren Sinne die Optimierung der Angebotsbedingungen in Deutschland bezeichnete, im weiteren Sinne aber ein politisches Großprojekt betitelte, genauer: eine nationale Sicherheitsstrategie in der wirtschaftlichen Globalisierung.

Begriffliche Kombinationen konkretisierten jeweilige Bedrohungen und Sicherheitsbezüge: Eine sichere Zukunft war etwa eine „seuchenfreie Zukunft" bzw. „seuchenfreie Zeiten". Die spezifische Modalität dieser Zukunft hing jedoch von den jeweiligen sozialen Orten und kommunikativen Situationen (Expertenpublikum internationaler Gesundheitskonferenzen oder laienhafter Öffentlichkeit) ab, in denen sie adressiert wurde. Auch die normative Konnotation des Zukunftsbegriffs schwankte: Innenpolitisch erschien die seuchenfreie Zukunft erstrebenswert, möglich und realisierbar, sie war ein Sicherheitsversprechen des modernen Nationalstaates. Delegierten auf internationalen Gesundheitskonferenzen erschienen seuchenfreie Zeiten dagegen zeitlich eher fern, wenn nicht gar utopisch, zumal der Weg dorthin von weiteren Faktoren abhing und über erhebliche Einschränkungen des internationalen Verkehrs, Handels und Austauschs hätte führen müssen. Geradezu konträre politische Sicherheitsverständnisse und Gefahrenwahrnehmungen prallten in der Auseinandersetzung um den „Schutz der nationalen Arbeit" und den „Arbeiterschutz" im Kaiserreich aufeinander. Der vom Unternehmerlager propagierte „Schutz der nationalen Arbeit" vor ausländischer Konkurrenz sollte Schutzzölle legitimieren, gleich-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zeitig dienten das Bedrohungsszenario und das Schutzversprechen jedoch dazu, die Ablehnung des Arbeiterschutzes zu rechtfertigen.

Was die Semantiken von Zukunft anbelangt, so spiegelte der Wandel im Sprachgebrauch auch einen Wandel der bezeichneten Zukünfte, wie die Forschung dies für den Übergang vom Mittelalter zur Frühneuzeit herausgearbeitet hat: Im europäischen Mittelalter war meist die Rede von *futura* im Plural, seltener von *futurum* im Singular. *Futurum* meinte eine Zukunft der Erkenntnis und Voraussicht, festgelegt durch die eschatologische Zeit der Kirche und die zyklische Zeit der Liturgie und des Rituals. Im Übergang zur Frühneuzeit tauchte neben *futurum* der Begriff der *avenir* als einer offenen, nicht vorhersehbaren Zukunft auf, die kommen wird.[20] Die Zukunft des präaufgeklärten christlichen Weltbildes in der Vormoderne schien geschlossen, weil sie göttlich vorherbestimmt war, wohingegen Zukunft als temporaler Bestandteil des aufgeklärten anthropozentrischen Weltbildes der Moderne durch den Menschen beeinflussbar und daher offen für Gestaltung schien.[21] Gleichwohl hüte man sich vor dem historischen Kurzschluss, dass eine göttlich vorherbestimmte, apokalyptische Zukunft den Zeitgenossen der Frühneuzeit als grundsätzlich nicht gestaltbar erschienen sei. *Christian Wenzels* und *Steffen Hennes* vergleichender Beitrag zu Endzeitdiagnosen der Französischen Religionskriege und des Kalten Krieges zeigt eindrücklich, dass die Beschwörung der christlichen Apokalyptik und des „ire de dieu” enorme Handlungsimpulse zur Rettung des eigenen Seelenheils freisetzte, während konservative Intellektuelle angesichts des unabänderlich auf sie zukommenden, düster in die Gegenwart hinein ragenden nuklearen Weltuntergangs eine lähmende Ohnmacht empfanden.

Epochenübergreifend oszillierten Zukunftsentwürfe und Endzeitprophetien zwischen Heilsversprechen und Untergangsängsten, ob in christlichem oder säkularisiertem Gewande. Der interepochale Vergleich von Semantiken der Endzeit zeigt, dass es durchaus große Parallelen zwischen den stark religiös geprägten Eschatologien (und ihren Konsequenzen in Hinblick auf das politische Verhalten der Akteure) in der Vormoderne und ‘modernen‘ Eschatologien der jüngeren und jüngsten Vergangenheit mit ihren säkularen Weltuntergangsszenarien gab.

---

20 Vgl. Landwehr in diesem Band unter Bezugnahme auf Schmitt (2000), S. 6.
21 Vgl. Hölscher (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Apokalyptische Semantiken verweisen auf die existenzielle Tragweite einer Bedrohung und eine absehbare Erfüllung der Zeit. In der säkularen postaufgeklärten Apokalyptik, so wie konservative Intellektuelle der 1950er- und 1960er-Jahre diese deuteten, war die Endzeit technologisch determiniert. Sprachlich gefasst als katastrophischer Futur II war die Zukunft gewissermaßen bereits da, ja sie war immer schon da gewesen.[22] Für die temporale Struktur einer solchen katastrophisch präformierten und determinierten Zukunft, die auf einen definitiven Endpunkt zulief, fanden Intellektuelle die temporale Metapher der 'Frist'. Anders als die biblische Apokalyptik negierte die „kupierte Apokalyptik"[23] in den nuklearen Endzeiterwartungen konservativer Intellektueller eine Zukunft als Möglichkeitsraum und damit die Möglichkeit jenseitiger Erlösung. Stattdessen drohte blanke Zukunftslosigkeit.

Gerade das Phänomen der Kerntechnik zeigt exemplarisch die Ambivalenzen des neuzeitlichen Zukunftsbegriffs auf. Kerntechnik stand im Sinne einer Ermöglichungstechnologie nicht nur für die Möglichkeit des Weltuntergangs und damit paradoxerweise für die Unmöglichkeit jeder weiteren Zukunft, sondern, wie *Anna Veronika Wendland* hervorhebt, parallel auch für Hoffnungen auf eine sorgenfreie, da energetisch unerschöpfliche Zukunft. Solche Formen optimistischer oder sogar euphorischer Zukunftsaneignung waren in den 1950er- und 1960er-Jahren stark ausgeprägt, als Zukunft zu sichern meinte, sie in ihrer Aufwärtsbewegung zu stabilisieren.[24] Der Überschuss an Erwartungen an die Kernkraft kippte später in der Bundesrepublik – im Unterschied zu anderen Industriestaaten – ins Gegenteil um, als die Kernkraftgegner öffentliche Diskurshoheit erlangten. Dies geschah im Kontext weitreichender Lücken-, Risiko- und (Un-)sicherheitsdiskurse.[25] Zu den Dystopien des Nuklearen zählten Vorstellungen vom zukünftigen Massensterben als „Atomtod", deren Semantik sich auch aus der Krebstod-Angst westlicher Konsumgesellschaften speiste.[26]

Der Begriff und die Vorstellung der „Zukunftslosigkeit", die in mehreren zeitgeschichtlichen Beiträgen eine wichtige Rolle spielen, zeugen von der kritischen und krisenhaften Bewusstwerdung der globalen Selbstge-

22 So Henne / Wenzel im vorliegenden Band unter Bezug auf Anders (1960), S. 211; Henne (2016), S. 179; Horn (2014), S. 12.
23 Henne nach Vondung (1988), S. 11 f. und 106.
24 Conze (2005); ders. (2009).
25 Dazu Geyer (2016).
26 So Wendland mit Verweis auf Radkau (2011), S. 299-313.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fährdung des Menschen. Mit der Frage, ob die Menschheit und der Planet Erde überhaupt noch eine Zukunft haben würden, stand nicht nur ein spezifisches Zukunftsverständnis, sondern die formale Existenzbedingung (irgend-)einer zu erreichenden Zukunft insgesamt zur Disposition. Überlebens- und Aussterbensmetaphern konterkarierten Fortschritts- und Modernisierungssemantiken. In den Sicherheits- und Zukunftsdebatten um Kerntechnik und Nachhaltigkeit ging es immer auch um umfassendere historische Deutungen und Sinngebungen wie die Selbstverortung des Menschen in der industriellen bzw. kerntechnischen Moderne. Die Beiträge von *Steffen Henne*, *Anna Veronika Wendland* und *Elke Seefried* verweisen auf die grundlegende epistemische Unsicherheit und Verstörung im Angesicht der menschlichen Macht zur kollektiven Selbstzerstörung, die das moderne Menschen- und Weltbild und dessen linear-progressive Temporalität massiv in Frage stellte. 'Zukunft' diente dabei als offene Reflexionsfläche, die sowohl Imaginationen technologischer Selbstermächtigung wie Selbstentmachtung, der Ermöglichung neuer Möglichkeiten wie auch der Möglichkeit des eigentlich Unmöglichen zuließ.

2.) Akteure und sicherheits- und zukunftsbezogenes Handeln

In Bezug auf die Akteure und ihr Zukunftshandeln demonstrieren die Beiträge, dass verschiedene Akteursgruppen zu ein- und derselben Zeit heterogene, oftmals konkurrierende Zukunftsentwürfe vertraten. Entsprechend unterschiedlich war auch ihr Sicherheits- und Zukunftshandeln.[27] Für eine angemessene Rekonstruktion des Verhältnisses von Sicherheit und Zukunft lassen sich prinzipiell unterschiedliche Arten des Zukunftshandelns differenzieren bzw. kategorisieren. Im Rahmen der gemeinsamen Forschungstätigkeit und in der Zusammenschau der Beiträge hat sich gezeigt, wie unterschiedlich das Vorgehen der Akteure beim Versuch war, Sicherheit herzustellen und dabei auf die Zukunft zuzugreifen – je nachdem, ob es um *präventive Gefahrenabwehr*, um die (planerische) Gestaltung einer *offenen Zukunft*, um *Risikomanagement* oder aber um Zukunftshandeln ging, das durch *eschatologische/apokalyptische Erwartungen einer (göttlich oder säkular) vorbestimmten Endzeit* geprägt war. Entscheidend ist,

27 Hinweise schon bei Koselleck ([2]1984), S. 9 f.; Burke (2010), S. XII-XVII; Landwehr (2010), S. 248-254.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dass die von unterschiedlichen Gruppen getragenen Zukunftskonzeptionen in unmittelbare Konkurrenz treten konnten, in der es letztlich um die Diskurshoheit über das rechte Verständnis von Zukunft und die Legitimation zum Handeln ging. Um sich in diesen Auseinandersetzungen durchzusetzen, spielte der Rekurs auf (Un-)Sicherheit bzw. spielten variierende Vorstellungen von Sicherheit und Unsicherheit eine zentrale Rolle.

Zum einen wurde epochenübergreifend mit je unterschiedlichen, (angeblich) „sicheren" Ordnungen in der Vergangenheit argumentiert, die nun auch als erstrebenswerte Zukunftsprojektionen dargestellt wurden. Zum anderen versuchten die Akteure die Diskurshoheit dadurch zu erlangen, dass sie betonten, durch das von ihnen vertretene Handeln könne man künftige Gefahren und Unsicherheiten weitgehend oder vollständig ausschließen. Der Verweis auf eine bedrohliche Zukunft diente auch dazu, die bestehende Ordnung in Frage zu stellen und dringenden Handlungsbedarf abzuleiten. So sah beispielsweise die argumentative Grundstruktur politischer Diskurse im Heiligen Römischen Reich spätestens seit dem Regensburger Reichstag 1608 aus, so *Hannes Ziegler*, als die Reichsstände die Ordnung des Augsburger Religionsfriedens immer massiver anzweifelten. Die Warnungen vor einem drohenden Konfessionskrieg zielten dabei auf die eigene politische und konfessionelle Partei, die auf die bestehende Ordnung vertraue und sich im gefährlichen „Schlaff der Sicherheit" wiege, anstatt Maßnahmen zu ihrer eigenen Sicherheit zu ergreifen.

Dadurch bestätigen sich Ansätze der jüngeren Forschung, die darauf hinweist, dass Zukunftsverständnis und zukunftsgerichtetes Handeln in engem Zusammenhang mit einem jeweiligen Gegenwarts- und Vergangenheitsverständnis standen.[28] Wie die Beiträge deutlich machen, fußten Sicherheitsentwürfe und Sicherheitshandeln immer auf einer Modalisierung der Zeiten, auf spezifischer Verzeitlichung. Zeitbezüge waren ihnen inhärent. Epochenübergreifend war in der politischen Kommunikation die Voraussage einer bestimmten Zukunft (einer wünschenswerten oder auch gefürchteten) ein stechendes Argument, um bestimmte Sicherheitsmaßnahmen zu initiieren und zu rechtfertigen. Umgekehrt war das Versprechen, für mehr Sicherheit zu sorgen, ein wichtiges Argument in der Auseinandersetzung um konkurrierende Zukunftsentwürfe und zukunftsbezogenes Handeln.

28 Landwehr (2010), S. 171-181; Graf (2012).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dass die „Sattelzeit”, wie im Anschluss an Thesen Reinhart Kosellecks immer wieder behauptet worden ist, einen so umfassenden Bruch zwischen verschiedenen Formen von Zukunftshandeln markierte,[29] erscheint fraglich. Präventives, künftige Gefahren ausschließendes politisches Zukunftshandeln war schon weit früher zu beobachten, und zwar auch gegenüber Gefahren, die die Akteure bisher so noch nicht erlebt hatten, die also jenseits ihres „Erfahrungsraums” lagen. Im politischen Kalkül dynastischer Eheverträge des 16. Jahrhunderts spielte die Prävention – die Verhinderung und Vorbeugung unerwünschter, noch unbekannter, aber denkbarer Zukünfte – bereits eine zentrale Rolle.

3.) Bedrohungskommunikation und Versicherheitlichung

Zukunftsbezüge – und weiter gefasst Zeitmodalisierungen – spielten in Bedrohungskommunikationen und Prozessen der Versicherheitlichung eine eminente Rolle. So wie Versicherheitlichung nicht ohne Bedrohung funktionierte, kam sie auch nicht ohne Verzeitlichung aus. Es musste Dringlichkeit evoziert werden, damit ein Phänomen versicherheitlicht wurde, und zwar Dringlichkeit in der Sache (eine ernst zu nehmende Bedrohung gegenüber einer schützenswerten Ordnung) und in Bezug auf die Zeit, insbesondere das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft. Nur wenn diese beiden Zeitdimensionen in eine Relation der Dringlichkeit, ja Bedrohlichkeit gesetzt wurden, war Versicherheitlichung möglich. Für Bedrohungskommunikationen und Versicherheitlichungsprozesse war nicht unbedingt entscheidend, ob eine gefürchtete Zukunft zeitlich (oder auch räumlich) nah oder fern lag und wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich sie war: Super-GAUs waren höchst unwahrscheinlich, aber deswegen im Empfinden der Kernkraftgegner nicht weniger bedrohlich. Endlager für Atommüll mochten zwar hunderte Jahre ‘sicher’ sein, aber Kernkraftgegner orientierten sich an den Halbwertszeiten der einzulagernden Radionuklide und sorgten sich um Zeitspannen von bis zu einer Million Jahre. Der Vorwurf, ein Risiko „in die Zukunft“ zu verlagern, war ein wichtiges Element der Bedrohungskommunikation über Kernenergie, schwindende Ölreserven, Umwelt und Klima im späten 20. Jahrhundert. Bei Prozessen der

29 Koselleck (^{2}1984); Hölscher (2016); so auch Landwehr (2014), S. 322 f.; Mathieu (2010), S. 1144 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Versicherheitlichung kam es darauf an, ob und wie eine Zukunft in die Gegenwart hineinragte und imminent wurde, sich bedrohlich auf sie zubewegte oder auch drohend von ihr fortbewegte (wenn es eine ersehnte Zukunft war, die verloren zu gehen bzw. verspielt zu werden drohte). Da der Band auf Zukunft und Zukünfte konzentriert ist, liegt hierauf auch der Schwerpunkt der Einzelbeiträge, doch gehen sie individuell auch auf die Zeitdimension der Vergangenheit ein.

Wie Verzeitlichung, so zeitigte auch Versicherheitlichung immer Machteffekte.[30] Akteure setzten Macht *zur* Versicherheitlichung ein, d.h. sie versuchten Deutungsmacht herzustellen, um ein Phänomen oder eine soziale Gruppe (eine religiöse oder ethnische Minderheit, politische Gegner, etc.) als Sicherheitsproblem zu markieren. Ob dies gelang, hing von der Position des politischen Akteurs ab, ebenso vom Kontext, in dem bestimmte Sicherheitsargumente Plausibilität erlangten und Resonanz fanden oder eben nicht. Die deutsche Kernkraftdebatte ist ebenso wie die Debatte um den bedrohten Wirtschaftsstandort Deutschland ein Beispiel dafür, wie sich Deutungshoheiten verlagerten – und mit ihnen die Macht zur Versicherheitlichung. Während die Versuche der „Standortkassandras", den „internationalen Standortwettbewerb" zu dramatisieren, Ende der 1980er-Jahre noch verpufften, fruchteten sie in den 1990er-Jahren umso mehr (*Wencke Meteling*). Die Macht zur Versicherheitlichung bewirkte, dass Maßnahmen gegen das als solches definierte Sicherheitsproblem legitimiert, autorisiert und ergriffen werden konnten, teilweise am normalen politischen Procedere vorbei, etwa in Fällen des Ausnahmezustands. Die Macht *der* Versicherheitlichung zeigte sich dann in den Folgen, also zum Beispiel darin, dass eine als bedrohlich eingestufte Gruppe aus dem politischen Kollektiv ausgegrenzt wurde, wie dies den Sozialisten im Zuge der konservativen sicherheitskulturellen Wende im Kaiserreich widerfuhr (*Tobias Bruns*), oder muslimischen Pilgern, die die europäischen Delegierten auf den internationalen Gesundheitskonferenzen im späten 19. Jahrhundert zu vermeintlichen Seuchenträgern erklärten (*Malte Thießen/Andrea Wiegeshoff*).

Die stark an westlich-liberalen Gesellschaften der Gegenwart orientierte *Copenhagen School* der *Security Studies* geht davon aus, dass Versicherheitlichung regelmäßig darauf ziele, Gegenstandsbereiche den normalen politischen Verfahren zu entziehen, ja dass dies das zentrale Ziel von

30 Vgl. Langenohl (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Versicherheitlichung sei, dessen Erreichen darüber entscheide, ob von einer erfolgreichen Versicherheitlichung gesprochen werden könne. Zu diesem Zweck werde eine existenzielle Bedrohung beschworen.[31] Die Antworten, die verschiedene Beiträge dieses Bandes auf die Frage nach den historischen Zusammenhängen von Versicherheitlichung und politischer Zukunftsgestaltung geben, vermitteln jedoch ein anderes, differenzierteres Bild. Es werden zwar Fälle erörtert, in denen Versicherheitlichung im skizzierten Sinne dazu führte, dass Themen der ‚normalen' Sphäre des Politischen entzogen wurden. Dies zeigt etwa die von *Hannes Ziegler* erörterte Entpolitisierung und Militarisierung der Religionsfrage im Jahrzehnt vor Ausbruch des Dreißigjährigen Kriegs, die Folge der omnipräsenten Beschwörung der Gefahr des Religionskriegs war. Auch der Diskurs der Exzeptionalität und der Ausnahmemaßnahmen, den leitende Beamte der bundesdeutschen Verbrechensbekämpfung seit den 1970er-Jahren beschworen (*Larry Frohman*), ließe sich hier einordnen. Doch gab es durchaus gegenläufige Entwicklungen, in denen die Versicherheitlichung von Sachverhalten dazu führte, dass zuvor politisch unlösbare Probleme überhaupt erst politisch handhabbar gemacht wurden, und zwar im Rahmen der üblichen Verfahren. Dies galt für die Konfessionsfrage, die im Artikel von *Sascha Weber* behandelt wird; dies war aber auch zu beobachten bei der Herausbildung eines völkerrechtlichen Multilateralismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts, also der Vorstellung einer gemeinsamen politischen Zukunft, die *Marie-Christin Stenzel* analysiert. Neue, innovative, aber an traditionellen völkerrechtlichen Vorstellungen orientierte politische Lösungsmechanismen konnten erst vor dem Hintergrund der Beschwörung einer alle bedrohenden Kriegskatastrophe ihre Wirksamkeit entfalten. Für viele historische Fallbeispiele gilt wohl, dass die Beschwörung einer existenziellen Bedrohung sowohl Ausnahmemaßnahmen rechtfertigte als auch dazu diente, dauerhafte Sicherheitsroutinen zu etablieren, im Sinne eines präventiven Gefahren- und Risikomanagements. Dies lässt sich an Prozessen der Versicherheitlichung im Zuge der sicherheitskulturellen Wende im Deutschen Kaiserreich ebenso festmachen wie bei der Seuchenbekämpfung im späten 19. Jahrhundert oder bei der AIDS-Prävention im späten 20. Jahrhundert.[32]

---

31 Vgl. z. B. Buzan u. a. (1998), S. 24 f.: „… when a securitizing actor uses a rhetoric of existential threat and thereby takes an issue out of what under those conditions is ‚normal politics', we have a case of securitization."

32 Vgl. Haus (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Auf die inhärenten Ambivalenzen, die Paradoxien und unintendierten Nebeneffekte von Versicherheitlichung und das Dilemma jeder Sicherheitskommunikation machen *Hannes Ziegler* und *Larry Frohman* in ihren Beiträgen zur Endlichkeit des Religionsfriedens resp. zur Logik der präventiven Überwachung in der Bundesrepublik aufmerksam. Je intensiver leitende Beamte der Verbrechensbekämpfung versuchten, allen denkbaren kriminellen Handlungen der Zukunft durch die Ausweitung präventiver Überwachung in der Gegenwart beizukommen, desto mehr unterspülten sie den liberalen Rechtsstaat und verschoben Sicherheit in eine unbestimmte Zukunft. Je mehr die Reichsstände zu Beginn des 17. Jahrhundert die Sicherheit des Augsburger Religionsfriedens in Zweifel zogen, je mehr alternative Sicherheitskonzepte sie ventilierten und die Handlungen ihrer Kontrahenten zu antizipieren versuchten, desto mehr Sicherheitslücken schienen sich aufzutun. Indem die Reichsstände das *Worst-case*-Szenario des Konfessionskriegs in Rechnung stellten, um für den Ernstfall gewappnet zu sein, machten sie just dessen Eintreten wahrscheinlicher. Dies ist ein markantes Beispiel dafür, wie das Sicherheitshandeln unterschiedlicher Parteien die Dynamik verschärfte und zu mehr politischer Unsicherheit anstatt Stabilität führte. Eine antizipierte bedrohliche, für möglich und wahrscheinlich gehaltene Zukunft, die eigentlich als *self-destroying prophecy* hätte wirken sollen, verdichtete sich zur *self-fulfilling prophecy*: Mit dem Dreißigjährigen Krieg wurde der Konfessionskrieg Wirklichkeit.

Ein erhellendes Beispiel für das Ineinandergreifen von Bedrohungs- und Aufbruchskommunikation, von Prozessen der Ver- und der Entsicherheitlichung liefert *Elke Seefried* mit dem modernen Nachhaltigkeitsdiskurs. Einerseits spiegelte der Diskurs ein neues, krisenhaftes Bewusstsein für die Risiken und Gefahren globaler Interdependenz in der Umwelt-, Entwicklungs- und Rüstungspolitik; ein erschüttertes modernes Fortschrittsbewusstsein, als dessen Trägerin sich die Sozialdemokratie als Partei der industriellen Moderne verstanden hatte. Andererseits, und hierin gründete die Aufbruchskommunikation, transportierte das Konzept der Nachhaltigkeit ein neues idealistisches Gesellschaftsbild – die Weltgesellschaft – und ein neues ethisch aufgeladenes Weltbild – die „eine Welt"[33] – mit neuen Möglichkeiten politischen Handelns. Fortschritt verschwand nicht, sondern er wurde neu gedacht und rekonzipiert.[34] In den späten

33 Zur glokalen Ethik im Diskurs über die „eine Welt" Kuchenbuch (2012).

34 Vgl. außerdem Seefried (2015a); dies. (2015b); dies (2015c); dies. (2017); Graf (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1990er-Jahren kam es dann im Nachhaltigkeitsdiskurs zu einer *Ent*sicherheitlichung von Ökonomie, bedeutete Nachhaltigkeit doch nunmehr ökonomische Modernisierung.

Literaturverzeichnis

Assmann, Aleida (2013), Ist die Zeit aus den Fugen? Aufstieg und Fall des Zeitregimes der Moderne, München.

Becker, Frank u. a. (Hg.) (2016), Die Ungewissheit des Zukünftigen: Kontingenz in der Geschichte, Frankfurt/M.

Bernhardt, Markus u. a. (Hg.) (2016), Ermöglichen und Verhindern: Vom Umgang mit Kontingenz, Frankfurt/M.

Brakensiek, Stefan u. a. (Hg.) (2017), Wagnisse: Risiken eingehen, Risiken analysieren, von Risiken erzählen, Frankfurt/M.

Bröckling, Ulrich (2008), Vorbeugen ist besser… Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth 1, S. 38-48.

Bröckling, Ulrich (2016), Zukunftsmanagement zwischen Planung, Selbstorganisation und Prävention, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 269-280.

Burke, Peter (2010), Foreword. The History of the Future, 1350-2000, in: Andrea Brady / Emily Butterworth (Hg.), The Uses of the Future in Early Modern Europe, New York u. a., S.IX-XX.

Buzan, Barry u. a. (1998), Security. A New Framework of Analysis, London.

Colonomos, Ariel (2016), Selling the future: the paradoxes of predicting global politics, London.

Conze, Eckart (2005), Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte“ der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53, S. 357-380.

Conze, Eckart (2009), Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart, München.

Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 453-467.

Daase, Christopher (2009), Der erweiterte Sicherheitsbegriff, in: Mir A. Ferdowski (Hg.), Internationale Politik als Überlebensstrategie, München, S. 137-153.

Daase, Christopher (2010), National, Societal and Human Security. On the Transformation of Political Language, in: Historical Social Research 35, S. 24-39.

Daase, Christopher (2012), Die Historisierung der Sicherheit. Anmerkungen zur historischen Sicherheitsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 387-405.

DFG-Graduiertenkolleg 1919 „Vorsorge, Voraussicht, Vorhersage: Kontingenzbewältigung durch Zukunftshandeln“, https://www.uni-due.de/graduiertenkolleg_1919/grako1919-start.php

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Esposito, Fernando (2017), Zeitenwandel, Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom – eine Einführung, in: ders. (Hg.), Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom, Göttingen, S. 7-62.

Frie, Ewald / Meier, Mischa (Hg.) (2014a), Aufruhr − Katastrophe − Konkurrenz − Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften, Tübingen.

Frie, Ewald / Meier, Mischa (2014b), Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich, in: dies. (Hg.), Aufruhr, S. 1-27.

Fechner, Fabian u. a. (2014), 'We are gambling with our survival'. Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen, in: Frie / Meier (Hg.), Aufruhr, S. 141-174.

Geyer, Martin H. (2016), Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 281-315.

Graf, Rüdiger (2008): Die Zukunft der Weimarer Republik: Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933. München.

Graf, Rüdiger (2012), Zeit und Zeitkonzeptionen in der Zeitgeschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/Zeit_und_Zeitkonzeptionen_Version_2.0_Rüdiger_Graf.

Graf, Rüdiger / Herzog, Benjamin (2016), Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 42, S. 497-515.

Graf, Rüdiger (2016), Totgesagt und nicht gestorben. Zur Persistenz des Fortschritts im 20. und 21. Jahrhundert, in: traverse 3, S. 91-103.

Gusy, Christoph / Haupt, Heinz-Gerhard (Hg.) (2005), Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt/M.

Hartmann, Heinrich / Vogel, Jakob (Hg.) (2010), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt/M.

Hartog, François (2003), Régimes d'historicité. Présentisme et expériences du temps, Paris.

Hartog, François (2015), Regimes of Historicity. Presentism and Experiences of Time, New York.

Haus, Sebastian (2016), Risky Sex – Risky Language. HIV/AIDS and the West German Gay Scene in the 1980s, in: Historical Social Research 41/1, S. 111-134.

Henne, Steffen (2016), Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit: Zur Formierung der temporalen Ordnung unseren Gegenwart in den 1980er-Jahren, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 155-188.

Hölscher, Lucian (2016), Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen.

Hölscher, Lucian (Hg.) (2017), Die Zukunft des 20. Jahrhunderts. Dimensionen einer historischen Zukunftsforschung, Frankfurt/M.

Horn, Eva (2011), Die Zukunft der Dinge. Imaginationen von Unfall und Sicherheit, in: Behemoth 4, S. 26-57.

Horn, Eva (2014), Zukunft als Katastrophe, Frankfurt/M.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kampmann, Christoph / Niggemann, Ulrich (Hg.) (2013), Sicherheit in der Frühen Neuzeit: Norm – Praxis – Repräsentation, Köln u. a.

Koselleck, Reinhart ([2]1984), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M.

Kuchenbuch, David (2012), „Eine Welt”. Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 158-184.

Landwehr, Achim (2014), Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt/M.

Landwehr, Achim (2016), Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie, Frankfurt/M.

Langenohl, Andreas (2017), Dynamics of Power in Securitization: Towards a Relational Understanding, in: Regina Kreide / ders. (Hg.), Conceptualizing Power In Dynamics Of Securitization: Beyond State and International System, Baden-Baden (im Erscheinen).

Leendertz, Ariane / Meteling, Wencke (Hg.) (2016), Die neue Wirklichkeit: Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt/M u. a.

Luhmann, Niklas (1984), Soziale Systeme: Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M.

Marciniak, Angela (2015), Politische Sicherheit. Zur Geschichte eines umstrittenen Konzepts, Frankfurt/M u. a.

Mathieu, Christian (2010), Sicherheit. 2. Mentalitäten, in: Friedrich Jäger (Hg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 11, S. 1143-1145.

Mazarr, Michael J. (2016), Rethinking Risk in National Security: Lessons of the Financial Crisis for Risk Management, New York.

Meyer, Carla u. a. (Hg.) (2013), Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive, Stuttgart.

Radkau, Joachim (2011), Die Ära der Ökologie – Eine Weltgeschichte, München.

Radkau, Joachim (2017), Geschichte der Zukunft: Prognosen, Visionen, Irrungen in Deutschland von 1945 bis heute, München.

Rosa, Hartmut (2005), Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne, Frankfurt/M.

Schenk, Britta-Marie u. a. (Hg.) (2013), Zeitgeschichte der Vorsorge. Themenheft von Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 10/3.

Schmitt, Jean-Claude (2000), Appropriating the future, in: John A. Burrow / Ian P. Wie (Hg.), Medieval futures. Attitudes to the future in the Middle Ages, Woodbridge, S. 3-17.

Schulze Wessel, Martin (2010), Zukunftsentwürfe und Planungspraktiken in der Sowjetunion und der sozialistischen Tschechoslowakei. Zur Einleitung, in: ders. / Christiane Brenner (Hg.), Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischem Kontext 1945-1989, München, S. 1-18.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Seefried, Elke (Hg.) (2015a), Reconfiguring the Future? Politics and Time from the 1960s to the 1980s – Introduction, in: Journal of Modern European History 13/3, S. 306-316.

Seefried, Elke (2015b), Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, 1970–2000, in: Journal of Modern European History 13/3, S. 377-400.

Seefried, Elke (2015c), Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980, Berlin u. a.

Seefried, Elke (2017), Partei der Zukunft? Der Wandel des sozialdemokratischen Fortschrittsverständnisses 1960-2000, in: Esposito (Hg.), Zeitenwandel, S. 195-226.

Steinmetz, Willibald u. a. (Hg.) (2013), Writing Political History Today, Frankfurt/M.

van Laak, Dirk (2008), Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34, S. 305-326.

van Laak, Dirk (2010), Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 16.02.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Planung.

Vondung, Klaus (1988), Die Apokalypse in Deutschland, München.

Weidner, Daniel (2012), Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen.

Weidner, Daniel / Willer, Stefan (Hg.) (2013), Prophetie und Prognostik. Verfügungen über Zukunft in Wissenschaften, Religionen und Künsten, München.

Zwierlein, Cornel (2012), Sicherheitsgeschichte. Ein neues Feld der Geschichtswissenschaft, in: ders. (Hg.) Geschichte und Gesellschaft 38.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zukunft – Sicherheit – Moderne.
Betrachtungen zu einem unklaren Verhältnis

Achim Landwehr

> „Wenn die Zukunft konkret und individuell existierte, als etwas, das einem überlegenen Hirn erkennbar wäre, dann vielleicht wäre die Vergangenheit nicht derart verlockend: Ihre Ansprüche würden von denen der Zukunft aufgewogen. Jede Person könnte dann mit gespreizten Beinen auf dem Mittelteil der Wippe stehen und kippeln, um diesen oder jenen Gegenstand in Augenschein zu nehmen. Es könnte Spaß machen. Doch die Zukunft hat keine solche Realität (wie sie die erinnerte Vergangenheit und die wahrgenommene Gegenwart besitzen); die Zukunft ist nur eine Redensart, ein Gedankenphantom."[1]
> Vladimir Nabokov

Die Zeit der Neuzeit

Das Politische mit Fragen der ominösen Sicherheit und der nicht minder ominösen Zukunft zu verknüpfen, kann kaum überraschen. Man dürfte viel eher dazu neigen, es geradezu als ein wesentliches Kriterium herrschaftlich-staatlichen Handelns zu bestimmen, dass eben dieses Handeln die Zeit und die Zeiten adressiert. Schließlich ist kaum eine Form politischer Organisation denkbar, die nicht auf die eine oder andere Art versucht, die temporalen Verhältnisse zu beeinflussen und zu regulieren. Und damit sind bei weitem nicht nur Formen der Kalenderorganisation gemeint.[2] Vielmehr haben wir es zu tun mit der Politisierung von Vergangenheiten, die mittels Mythisierung, Traditionsbildung oder Historisierung zur Legitimation (oder auch Delegitimation) bestehender Zustände herhalten müssen; mit Gegenwarten, die als Möglichkeitsräume sich immer so weit ausdehnen respektive zusammenziehen (lassen), wie die anstehenden Probleme noch als umkehrbar gelten, bevor sie also in der (vermeintlichen oder tatsächlichen) Irreversibilität entschwinden; und wir haben es immer

1 Nabokov (1986), S. 7.
2 Vgl. Gasparini (1988); Hanisch (1989); Richards (1998); Duncan (1999).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wieder zu tun mit der politischen Aufgabe schlechthin, nämlich der (zur Floskel verkommenen) ‚Gestaltung' von Zukünften, die allenthalben eingefordert wird. Es trifft daher nicht nur fast immer der Satz zu, dass jede politische Organisationsform auch die Zeiten zu organisieren versucht, sondern es gilt ebenso, dass es kaum eine Form der Verzeitung gibt, die nicht (auch) von Machtfragen tangiert wäre.[3]

Insofern ist es nicht verwunderlich, wenn Staaten und andere politische Gebilde sich gerade um diese enigmatische Zukunft kümmern. Wie sollten sie das auch nicht tun? Eine der historisch interessanten Fragen, die seit einiger Zeit auch intensiver bearbeitet wird, zielt unter diesen Vorzeichen auf die spezifischen Formen von Prävention, Vorsorge und Versicherheitlichung, mit denen wir es unter bestimmten politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und technischen Bedingungen zu tun haben.[4]

Damit ist zugleich ein allgemeiner Gegenstand aufgerufen, der nach meinem Dafürhalten ein echtes Surplus historischen Arbeitens darstellt, nämlich die Probleme zu thematisieren, die uns die Zeit stellt (das ist allerdings ein Surplus, das die Geschichtswissenschaft meines Erachtens zu wenig nutzt).[5] Es wäre nun eine naheliegende Möglichkeit, mit Blick auf Sicherheit und Vorsorge die unterschiedlichen vergangenen Zukünfte daraufhin abzuklopfen, wie adäquat oder auch inadäquat sie mit Blick auf eine dann tatsächlich eingetretene Zukunft agiert haben. Allerdings wäre ein solcher Zugang wenig ertragreich, weil er der grundsätzlichen Einsicht hinterherhinkte, dass diese Zukunft Bestandteil eines Phänomens namens ‚Zeit' ist, das es bekanntlich gar nicht gibt – es sei denn als Unterscheidung zwischen einer Vergangenheit, die es nicht mehr gibt, und eben einer Zukunft, die es noch nicht gibt.[6] Wenn daher, laut Niklas Luhmann, alles, was geschieht, gleichzeitig geschieht,[7] dann gilt das selbstredend auch für die Zeit und für die Zeiten. Dann geschieht auch Zukunft gleichzeitig (und nicht erst zukünftig).

Das ist nun, zugegebenermaßen, eine etwas umständliche Herleitung der an sich trivialen Erkenntnis, dass uns vergangene Zukünfte vor allem etwas über die Gegenwarten verraten, in denen sie entworfen wurden. Vor

3 Geißler (1999); Osborne (1995).
4 Bonß (1995); Kampmann/Niggemann (2013); Melville u. a. (2015).
5 Vgl. jedoch Landwehr (2012a); Geppert / Kössler (2015).
6 Esposito (2006), S. 335.
7 Luhmann (1993), S. 98

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

eben diesem Hintergrund konnte sich ja auch eine eigene Geschichtsschreibung zu vergangenen Zukünften entwickeln.[8] Nicht zuletzt die unterschiedlichen Ausformungen der Utopie-Literatur bieten für solche Fragen ein ideales Tummelfeld, weil sie entweder erst gar nicht in eine zeitliche Zukunft hinein entworfen worden sind, sondern politisch-soziale Alternativen in der eigenen Gegenwart behandeln (was grosso modo für die Utopien bis weit in das 18. Jahrhundert hinein zutrifft), oder weil sie als Zukunftsentwürfe schon mit ein wenig zeitlichem Abstand sehr antiquiert wirken können.[9]

Der Blick auf vergangene Zukünfte offenbart daher andere temporale Möglichkeiten: Sie verraten uns etwas über die Vielzeitigkeit von Gegenwarten, mithin über die Parallelität teils sehr unterschiedlicher Zeiten und Zeitmodalisierungen zu einer kalendarisch identischen Zeit.[10] Das gilt nicht nur, aber in besonderem Maße für die gegenwärtig jeweils verhandelten Zukünfte, die eine sehr große Spreizung aufweisen können und von denen man eigentlich nur eines mit großer Gewissheit sagen kann: dass sie nicht so eintreffen werden, wie jeweils aktuell imaginiert. Dieser Umstand sollte unser Verständnis von Neuzeitlichkeit zumindest ein wenig erschüttern. Denn das Neuzeitliche bestimmt sich selbst ganz wesentlich dadurch, dass es eine neue Form der Zeitlichkeit setzt beziehungsweise postuliert. ‚Neuzeit' zu installieren gelingt nicht dadurch, dass man (aber wer bloß?) objektiv und distanziert feststellen könnte, dass sich ‚etwas Neues' getan hat, sondern Neuzeit ist ein Projekt, das seine eigentliche Neuzeitlichkeit zum Gegenstand und zum Vehikel macht. Das kann nur erfolgreich gelingen, wenn sich damit eine andere, eine ‚neue Zeit' verbindet.[11]

Das Zeitwissen der Neuzeit ist durch verschiedene Bestandteile gekennzeichnet. Es wendet sich von älteren Zeitkonzepten ab, die vor allem darauf aus waren, Kontinuitäten sicherzustellen und die Verbindungen der Vergangenheit mit der Gegenwart nicht abreißen zu lassen. Die Neuzeit hingegen setzt auf Bruch und Diskontinuität, auf die Musealisierung des Vergangenen, das nun tatsächlich vergangen sein soll. Die Neuzeit setzt auf den Wandel, um die Differenz zwischen Vergangenheit und Zukunft zu dramatisieren. Eng damit verbunden ist der Pathos des Anfangs, den die Neuzeit explizit nicht mehr in unvordenklichen Urzeiten zu verorten

8 Hölscher (1999); Minois (1998).
9 Houston (2010); Claeys (2011); Schölderle (2012).
10 Zum Begriff der Pluritemporalität vgl. Landwehr (2012b); Landwehr (2012c).
11 Koselleck (1990); Jaeger (2011).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sucht, sondern im Hier und Jetzt verankert. Die Neuzeit ist sich selbst Ursprung genug. Mit der Verabschiedung mythischer Uranfänge wird eine scharfe Zäsur gesetzt zwischen Einst und Jetzt. Besonders deutlich wird das in der Geste der Revolution, die den Zeitbruch forciert und das Neue in geradezu vorbildlicher Weise installiert. In der neuzeitlichen Zeit muss sich das Neue also kategorial vom Alten abtrennen, muss das Antiquierte verwerfen, um als Neues überhaupt sichtbar zu werden. Das zentrale Charakteristikum der Vergangenheit ist dann nicht mehr ihre Vorbildlichkeit für die Gegenwart, sondern ihr Vergangensein. Aber trotz – oder gerade wegen – dieser Distanzierung bleiben Altes und Neues doch untrennbar aufeinander verwiesen, weil das Neue sich ja nur als neu gerieren kann, solange das Alte als Referenz bestehen bleibt.[12]

Mit Blick auf das Verständnis des Historischen hat Reinhart Koselleck diese Neuzeitlichkeit bekanntermaßen mit den Stichworten der ‚Sattelzeit' und des ‚Kollektivsingulars Geschichte' in Verbindung gebracht.[13] Hierbei sollen sich zwischen dem späten 18. und dem frühen 19. Jahrhundert in Europa zwei zeitliche Vorstellungswelten grundsätzlich voneinander abgelöst haben, die der niederländische Geschichtstheoretiker Chris Lorenz folgendermaßen charakterisiert:

> „In traditionalen Gesellschaften ist man so ‚in die Vergangenheit versunken', daß man keinen deutlichen Unterschied zwischen Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft erfährt und daher auch nicht auf die Vergangenheit als Objekt *gegenüber* dem Subjekt reflektieren kann. Die Tradition bietet dem handelnden Menschen dann ausreichend Orientierung in der Zeit. Der traditionelle Umgang mit der Vergangenheit ist darum – im Gegensatz zur historischen, reflexiven Umgangsweise – *präreflexiv*. Solange die Kraft der Tradition ungebrochen ist, werden die *Vorfahren* in Wirklichkeit als Zeitgenossen gesehen, weil eine *ungebrochene Kontinuität* zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft besteht."[14]

Mit Hilfe der doppelten Revolution des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts[15] wurde dann jedoch einer ‚modernen' Geschichtsauffassung der Weg geebnet. Denn es waren laut Lorenz vor allem die Französische und die Industrielle Revolution, die zu einem fundamentalen Bruch in der historischen Erfahrung wurden und damit Aufmerksamkeit für die Diskontinuität erzeugten. Die Gegenwart wurde dadurch unweigerlich von der Ver-

12 Assmann (2006), S. 475-480.
13 Koselleck (1975); Koselleck (1989).
14 Lorenz (1997), S. 362 (Hervorhebung im Original).
15 Wehler (2007).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gangenheit abgeschnitten, beide standen sich als fremde temporale Kulturen gegenüber.[16] Nach dem Einzug von ‚der Geschichte' in ‚die Geschichte' war es dann auch möglich, eben diese ‚Geschichte' nicht mehr als eine „rückwärtsgewandte Verlängerung der Gegenwart"[17] zu verstehen, sondern als einen Zeitraum, der sich von der eigenen Gegenwart grundlegend unterschied.

Derartig vereindeutigende Modernisierungsnarrative sehen sich schon seit Längerem der Kritik ausgesetzt. Man traut der selbst ernannten Moderne schon seit geraumer Zeit nicht mehr über den Weg. Dass wir niemals modern gewesen sind,[18] hat schon den Status einer gern wiederholten Spruchweisheit angenommen. Nur, wenn wir niemals modern waren, was waren wir dann?[19] Man wird wohl nicht ganz fehlgehen, einen wichtigen Teil der Antwort im Bereich der Zeitlichkeit suchen zu müssen.

Könnte es beispielsweise sein, dass bei all unseren eurozentrischen und westernisierten Bestimmungen von Neuzeitlichkeit gegenüber den vergangenen Anderen, also den traditionalen Gesellschaften der so genannten ‚Vormoderne', ein Lapsus aufgetreten ist, den man in der Ethnologie sehr gut kennt: der Glaube des (modernen) Beobachters an den Glauben der (vormodernen) Beobachteten? Was ist, wenn die seltsame Metapher des Sattels in der Sattelzeit[20] einen fundamentalen Unterschied zu markieren versucht, der nur deswegen so grundlegend erscheint, weil das zugrunde gelegte Zeitmodell zu unterkomplex geraten ist, indem es nämlich der nicht minder modernistischen Vorstellung eines unilinearen, homogenen, geschlossenen und kontinuierlichen Zeitstrahls folgt? Und was bedeutet das alles für das Verständnis von Zukunft?[21]

Man kann die Entstehung des Kollektivsingulars Geschichte mitsamt der damit einhergehenden Trennung der Zeithorizonte Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf einer eher empirischen Ebene anzweifeln. Man

16 Lorenz (1997), S. 362 f.
17 Lorenz (1997), S. 362.
18 Latour (2002).
19 Die Antwort, die Bruno Latour auf seine eigene Diagnose, dass wir niemals modern gewesen sind, in dem Buch „Existenzweisen" gibt, kann nicht so recht überzeugen, weil sie zwar die Pluralität der Ontologien propagiert, aber den wesentlichen zeitlichen bzw. historischem Aspekt der Modernisierungstheorien weitgehend außer Acht lässt: Latour (2014).
20 Jordan (2012).
21 Eine kritische Diskussion des Kollektivsingulars Geschichte findet sich in Landwehr (2016a), S. 293-299.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kann fragen, ob denn der Kontinuitätsbruch um 1800, auf den allenthalben referiert wird, tatsächlich von derart solitärer Bedeutung war. Stellten die Französischen und Industriellen Revolutionen (und die damit einhergehende Soziale Revolution) tatsächlich die erste derartige Wende dar, die andere Auffassungen von Zeit und Zeitlichkeit möglich werden ließ? Ermöglichte das – um bei ausschließlich europäischen Beispielen zu bleiben – nicht auch schon der Dreißigjährige Krieg, diese von Menschen gemachte historische Apokalypse? Oder die zeitgleich in England stattfindende Abschaffung der Monarchie inklusive der Hinrichtung eines angeblich von Gott eingesetzten Monarchen? Oder das Auseinanderbrechen der abendländischen Christenheit durch die Reformation? Oder der Ausbruch der Pest Mitte des 14. Jahrhunderts mit seinen fundamental erschütternden Folgen? Die Reihe ließe sich fortsetzen. Nur weil diese Ereignisse uns zeitlich ferner liegen und daher nicht mehr gar so unmittelbar unser Selbstverständnis zu prägen scheinen, bedeutet das nicht, dass sie für die Zeitgenossen und ihre Nachfahren keine Kontinuitätsbrüche mit entsprechenden Auswirkungen in der Zeitorganisation nach sich gezogen hätten. (Und hat nicht möglicherweise ein anderer Kontinuitätsbruch, nämlich derjenige der Jahre 1989/90, dazu geführt, einen solchen anderen Blick auf die Geschichte wieder zu ermöglichen?)

Man könnte auch sagen, dass mit der monokausalen und monotonen Konzentration auf die Revolutionen des späten 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts sämtliche alternativen Sichtweisen systematisch ausgeblendet wurden und damit der ganze Schlammassel einer vorausgesetzten temporalen Einheitlichkeit überhaupt erst begann.

Zukünfte und Freiheit

Dafür, dass es auch anders geht, dass man die Zeiten und Zukünfte auch anders konzipieren kann, genügen einige wenige Beispiele. So wurde während des europäischen Mittelalters das lateinische Wort für Zukunft, *futurum*, meistens in der Pluralform verwendet, als *futura*. Möglicherweise sollte man in dieser grammatikalischen Besonderheit – im Deutschen existiert der Plural der Zukünfte gemäß offizieller sprachlicher Regulierung nicht – die Anerkennung der Komplexität der Zukunft durch den mittelalterlichen Menschen sehen. Und für diese Pluralform spricht ja durchaus einiges, denn was wissen wir schon über die Zukunft? Wir kennen nicht den Tag unseres Todes, nicht den Zeitpunkt für das Ende der Welt, wie wir

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

überhaupt nicht den Verlauf der näheren oder weiteren Zukunft kennen können. Was vor uns liegt, kann sich in vielfacher Weise konkretisieren, kann die Form vieler Zukünfte annehmen.[22]

Ein solcher Blick auf mittelalterliche Zukunftsmodelle sollte weniger die Frage aufwerfen, welches Zeitverständnis denn nun zutreffend ist, ob also eher eine bereits vorherbestimmte oder eine durch den Menschen gestaltbare Zukunft den Umständen gerecht wird. Eher sollte es darum gehen, die Aufmerksamkeit dafür zu schärfen, dass eine recht große Variationsbreite solcher Zukünfte existiert. So hat Jean-Claude Schmitt mit Blick auf den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit zwei unterschiedliche Zukunftskonzepte gegenübergestellt. Das eine, ältere Modell wird durch das lateinische Wort *futurum* repräsentiert. Diese Zukunft kann nicht in einem umfassenden Sinn gewusst werden, aber sie ist eingebettet in einen fixierten Zusammenhang der Erkenntnis und der Voraussicht, wie er vor allem durch die eschatologische Zeit der Kirche und die zyklische Zeit des Rituals und der Liturgie repräsentiert wird. Auch wenn man diese Zukunft nicht kennt, kann man sich doch zumindest der göttlichen Vorsehung versichern. Das andere, jüngere Konzept ist die Zeit, die kommen wird und sich mit dem lateinischen *avenir* fassen lässt. Dabei handelt es sich um eine offene Zukunft, die nicht vorhersehbar und irreversibel ist, eine Zukunft ohne Gott.[23] Da lässt sich getrost mit Robert Lembke fragen: Welche Zukunft hätten's denn gern?[24]

Aber auch die Beziehung von Vergangenheit und Zukunft muss keineswegs so ausgestaltet sein, wie man das nach einem europäisch-westlichen Verständnis für selbstverständlich erachtet. Demgemäß läge die Vergangenheit hinter einem, die Zukunft aber vor einem. Dass es sich selbst bei dieser so ‚natürlich' anmutenden Vorstellung um einen kulturellen Entwurf handelt, der keineswegs zwingend sein muss, kann einmal mehr der Blick über den europäischen Tellerrand erweisen.[25] Die Aymara, eine in den Anden lebende ethnische Gruppe, folgt exakt umgekehrten Vorstellungen von Vergangenheit und Zukunft. Wenn die Aymara der Vergangenheit eine räumliche Richtung zuweisen wollen, so zeigen sie nach vorn, denn das Vergangene haben sie bereits einmal gesehen. Für die Zukunft

22 Schmitt (2000), S. 5.
23 Schmitt (2000), S. 6.
24 Vgl. Uerz (2006).
25 Ethnologische Untersuchungen zu Modellierungen von Zukunft finden sich bei Wallman (1992).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hingegen ist der Mensch in der Vorstellung der Aymara blind, deswegen wird sie hinter dem Rücken der Menschen verortet. Diese Konzeptionen von Vergangenheit und Zukunft haben konkrete lebenspraktische Auswirkungen: Weil die Zukunft unsichtbar erscheint, lohnt es sich nach Auffassung der Aymara nicht, daran auch nur einen Gedanken zu verschwenden.[26]

Zeitverständnisse in ihren jeweiligen historischen und kulturellen Gegebenheiten lassen sich also dadurch deutlich machen, dass man sie gestisch zum Ausdruck bringt. So deutet in der Gebärdensprache der Gehörlosen der euro-amerikanischen Welt die Gebärde, die für die Zukunft steht, nach vorne. Wahrscheinlich würden im westlichen Kulturraum wohl alle, nicht nur Gehörlose, die Zukunft mit einer solchen nach vorne weisenden Bewegung zum Ausdruck bringen. In Afrika wird in der Gehörlosensprache hingegen nach hinten gewiesen, um das Abstraktum ‚Zukunft' zum Ausdruck zu bringen. Als Begründung wird angegeben, dass die Vergangenheit ‚vor uns' liegt, weil nur sie bekannt ist. Hingegen liege die Zukunft hinter unserem Rücken, denn sie könnten wir nicht sehen.[27]

Bereits diese wenigen Hinweise können deutlich machen, dass ‚die Zeit' nicht der unveränderliche Container ist, in dem sich nur noch die Ereignisse ereignen und die Geschehnisse geschehen müssen. Vielmehr ist der Einsicht Niklas Luhmanns zu folgen, dass sich die Zeit mit der Zeit ändert. „Was sich in der Zeit bewegt, sind Vergangenheit/Gegenwart/Zukunft *zusammen*, ist, mit anderen Worten, die Gegenwart *mit* ihren Zeithorizonten Vergangenheit und Zukunft."[28]

Systemtheoretische Überlegungen zu Zeit, insbesondere von Elena Esposito, können helfen, ein anderes, komplexeres Verständnis von Zukunft zu gewinnen.[29] Demnach orientieren sich Kollektive zunächst einmal an der eigenen Gegenwart. Sie können auch gar nichts anderes tun, weil die dazu relationierten Horizonte der Vergangenheit und der Zukunft nur als Erfahrungen und Voraussagen zur Verfügung stehen. Dass der Bezug auf solche Herkünfte und Zukünfte kontingent ist, also in der Vergangenheit anders ausgestaltet war und in Zukunft auch anders ausgestaltet sein wird, ist den Kollektiven üblicherweise bewusst.

---

26 Klein (2008), S. 13.
27 Nowotny (2005), S. 9.
28 Luhmann (1975), S. 114 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch Cassirer (1992), S. 83 f.
29 Vgl. hierzu auch Landwehr (2014), S. 171-181.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

> „Das System orientiert sich also an der Unvorhersehbarkeit der Zukunft, aber auf keineswegs zufälliger [sic!] Weise: Es weiß nicht, was künftig gedacht und entschieden wird, es weiß aber, dass es von der heute getroffenen Entscheidung abhängig sein wird, welche die Zukunft produziert, mit der man sich auseinandersetzen wird. Die Unerkennbarkeit der Zukunft ist keineswegs beliebig, sondern hängt mit der sich gegenwärtig realisierten Bestimmung zusammen und ergibt sich daraus.“[30]

Mit anderen Worten: Vergangenheit und Zukunft sind keine fixierten oder fixierbaren Zeit-Räume, sondern sind temporale Projektionsflächen jeweiliger Gegenwarten, die mehrfach aufeinander verweisen. Mit Blick auf die Zukunft geht man wie selbstverständlich davon aus, dass sie nicht feststehend und von Unsicherheiten dominiert ist, so dass sich dort hinein offene Möglichkeiten entwerfen lassen, von denen man noch nicht weiß, wie diese sich verwirklichen werden. Aber auch die Vergangenheit bietet solche Projektionsmöglichkeiten, und zwar nicht nur, weil sie trotz ihrer vermeintlichen Bestimmtheit immer neue Deutungsmöglichkeiten offeriert, sondern weil auch jeder neue Zukunftsentwurf eine veränderte Vergangenheit erfordert. Damit deutet sich eine temporale Komplexität insofern an, als die verschiedenen Zeithorizonte jeweils gegenseitig aufeinander verweisen und sich auch gegenseitig beeinflussen. Denn nicht nur erfordert jede neue Zukunft eine neue Vergangenheit, sondern jede Vergangenheit hat auch immer schon auf die Zukünfte eingewirkt, die erst noch stattfinden werden, weil zum Beispiel Differenzierungen etabliert worden sind, die auch zukünftig noch Verwendung finden.

> „Berücksichtigt man auch, dass die Vergangenheit alle Zukünfte der vergangenen Gegenwarten einschließt, während die Zukunft die Vergangenheiten und die Zukünfte der kommenden Gegenwarten einbezieht, versteht man, welches Netzwerk von Konditionierungen sich daraus ergibt, und auch welche Komplexität von Verbindungen gleichzeitig in jeder Gegenwart existiert.“[31]

Mit einem solchen Zeitmodell umzugehen, ist insofern eine beeindruckende Leistung, als Zeit keine einheitliche Dimension mehr darstellt, sondern ein vielfach relationiertes kulturelles Schema, das Unsicherheiten zwar thematisieren, aber nicht mehr beherrschen kann. In welche Paradoxien man sich damit begibt, wird nicht zuletzt anhand ‚der Zukunft‘ sichtbar. Denn diese ‚Zukunft‘ ist immer schon Ergebnis vergangener Handlungen

30 Esposito (2006), S. 331.
31 Esposito (2006), S. 335.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und daher bereits determiniert. Man trifft in einer Gegenwart (als vergangener Zukunft) also Entscheidungen – die schon längst getroffen worden sind.[32] Kollektive, die solcherart mit Zeit umgehen, können sich nicht auf den feststehenden Rahmen einer fixierten Zeit verlassen, sondern müssen beständig wechselnde Zeitbindungen eingehen.

Wie schon der knappe Verweis auf die Zukünfte des Mittelalters gezeigt hat, sind solche komplexen Relationierungen der Zeit kein exklusives Phänomen der Moderne – und ist das Denken in einer fixierten Vergangenheit und einer vorherbestimmten Zukunft kein Reservat der ‚Vormoderne'. Vielmehr kann man zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche (Modellierungen von) Zeiten ausmachen.

Um an dieser Stelle ein häufig herangezogenes Argument aufzugreifen, mit dem versucht wird, einen Unterschied zwischen ‚Moderne' und ‚Vormoderne' zu markieren: Angeblich sei die ‚Vormoderne' dadurch gekennzeichnet gewesen, dass sie mit einer geschlossenen, determinierten Zukunft umgegangen sei, während es als eine Errungenschaft der ‚Moderne' gilt, dass sie mit den Unsicherheiten und Möglichkeiten einer offenen Zukunft zu hantieren gelernt habe. Aber ist unsere Zukunft angesichts niemals abreißender Katastrophenszenarien – von der malthusianischen Überbevölkerung über den Atomtod bis zur Klimakatastrophe – denn wirklich so offen?[33] Und ist die Zukunft der ‚Vormodernen' denn tatsächlich so geschlossen? Bei traditionalen Gesellschaften mag das ja für eine diesseitige Zukunft samt Tod und erwarteter Apokalypse gelten, aber danach wartete zum Beispiel in christlich dominierten Kollektiven immerhin eine Zukunft, die so offen war, das sie als Ewigkeit sogar die Zeit selbst zu überwinden vermochte: Jenseitigkeit als Jenzeitigkeit. Und es behaupte niemand, dass solche Jenseitsvorstellungen in der Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts ausgestorben seien.

Auf diese Weise allzu simple Vorstellungen der Relationierung von Vergangenheit und Zukunft zurückzuweisen oder allzu schlichte Vorher-Nachher-Schemata zu negieren, bedeutet natürlich nicht, alles im unterschiedslosen temporalen Einheitsbrei verschwinden zu lassen. Das Gegenteil ist eben auch nicht richtig, dass sich in den Auffassungen über die Zeiten nichts geändert haben soll. Es kann nicht darum gehen, eine modernisierungstheoretische Sicht auf Konzepte von Zeit und Geschichte durch

32 Esposito (2002), S. 181.
33 Vgl. Gumbrecht (2010); Landwehr (2016b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

eine antimodernistische zu ersetzen und damit nur die Vorzeichen zu vertauschen. Es geht vielmehr darum, einen anderen Blick auf den Gegenstand zu gewinnen und ihm in seiner Komplexität zumindest ein wenig gerechter zu werden.

Der Begriff der Freiheit könnte dabei helfen, diese Komplexität angemessener zu behandeln. Der finnische Historiker Hannu Salmi hat die Vermutung geäußert, dass der Begriff der Freiheit immer und unvermeidlicher Weise im Zentrum der Kulturgeschichte steht.[34] Mit diesem Gedanken kommt man einer empirisch konkretisierbaren Historisierung von Wirklichkeit ein gutes Stück näher. Denn worum geht es beim Umgang des Menschen mit all den Zusammenhängen, in die er verstrickt ist (unabhängig davon, ob man sie sozial, politisch, kulturell, wirtschaftlich oder sonst wie verstehen will)? Worum geht es bei all den Beziehungen unterschiedlichster Art (zu Menschen, Dingen, Artefakten, Ideen etc.), die er eingeht und aufbauen muss? Es geht um Fragen der Ermöglichung und der Verhinderung, es geht um das Verfangen-Sein in Strukturen und das Herstellen von Strukturen, es geht um Formen von Passivität und Aktivität, es geht um Denkoptionen und Denkunmöglichkeiten, es geht um die Nutzung von Freiheiten und die Einschränkung von Freiheiten.

Freiheit könnte sich auf diese Art und Weise als eine zentrale Frage einer kulturwissenschaftlich inspirierten Geschichtstheorie erweisen. Denn Freiheit nicht in einem idealistischen und damit vor allem politiktheoretischen Sinn verstanden, könnte eine Richtschnur für entsprechende historische Arbeiten sein. Von diesen theoretischen Überlegungen ausgehend, könnten auch Übergänge zu empirischen Arbeiten gelegt werden: Wenn man Freiheit als ein Raster anlegt, wie findet es sich in spezifischen historischen Situationen ermöglicht oder verunmöglicht? Hatte – um die Frage von Lucien Febvre aufzugreifen – ein Mensch des 16. Jahrhunderts die Freiheit, nicht an Gott zu glauben? Oder tut sich hier eine Denkunmöglichkeit, eine strukturell und diskursiv etablierte Unfreiheit auf?[35]

Um eines klarzustellen: Es geht nicht um Freiheit in einem juristischen, aufklärerischen oder politischen Sinn (obwohl diese Freiheitsformen auch damit gefasst werden könnten), sondern in einem kultur- und diskurshistorischen Sinn. Welche Freiheiten sind einem Menschen in einer bestimmten historischen Situation gegeben und welche sind ihm verwehrt? Mit einem

34 Salmi (2011).
35 Febvre (2002).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

solchen Freiheitsbegriff ergeben sich Anschlussmöglichkeiten an andere zentrale Begriffe, die für eine Theorie der Kulturgeschichte von Bedeutung sein könnten, beispielsweise für die Geschichte des Möglichen (und nicht mehr nur des Faktischen) oder für das Verständnis der Vergangenheit als einem Pluriversum, soll heißen: Nicht nur die Zukunft erweist sich als offener Zeitraum, der unterschiedliche Möglichkeiten zulässt, sondern auch die Vergangenheit ist ein solcher Zeitraum mit diversen vergangenen Möglichkeiten. Es stellt sich mithin die Frage, welche Freiheiten die historischen Akteure hatten, um bestimmte Wirklichkeiten zu entwerfen oder auch nicht zu entwerfen, und welche Freiheiten ihnen im Rahmen dieser Wirklichkeiten zugestanden wurden oder auch nicht zugestanden wurden.

Man könnte aber auch andere Lösungen heranziehen. Um deutlich zu machen, dass der Umgang mit der Zeit weniger linear zu verstehen ist, sondern sich eher wie eine rotierende Achse verhält, bei der sich unterschiedliche Zeiten um die Gegenwart drehen, könnte man von dem Begriffspaar Herkunft und Zukunft sprechen. Von beiden Seiten kommen diese Zeiten auf die Gegenwart zu und bilden Beziehungen zur Gegenwart aus. Man muss sowohl ‚Herkunft' als auch ‚Zukunft' nur in ihrem ursprünglichen Wortsinn verstehen, dann bewegen wir uns nicht mehr in der Zeit, sondern dann kommen diese Zeiten auf uns zu (nichts anderes bezeichnet das Suffix -kunft). So wie sich die Zukunft auf die Gegenwart zubewegt (und nicht umgekehrt), so bewegt sich auch die Herkunft auf die Gegenwart zu. Denn wir ‚kommen' zeitlich gesehen nicht aus der Vergangenheit, sind nicht das linear logische Ergebnis vergangener Entwicklungen, sondern wir stellen in einer Gegenwart Beziehungen zu anderen Zeiten her – Beziehungen, die auch darauf hinauslaufen können, dass wir uns in einem linearen Zeitverständnis als Ergebnis vergangener Entwicklungen begreifen.

Diese Spannung der Zeitschichten führt dazu, dass nicht nur die Zukunft unvorhersehbar ist – auch die Vergangenheit ist nicht nachhersehbar.

Zeit stillstellen

In theoretischer Hinsicht ist die Vorstellung einer offenen Zukunft eng mit dem Begriff der Erwartung verknüpft. Erst wenn Erwartungen gehegt werden, geraten von diesem Standpunkt auch die Zeithorizonte der Vergangenheit und der Zukunft in Bewegung. Über Erwartungen wird Zeit dyna-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

misch, insofern sie Wenn-dann-Kausalitäten ermöglicht. Dadurch wird es für soziale Gruppen unterschiedlichen Ausmaßes möglich, sich auf Umweltereignisse vorzubereiten, die noch gar nicht eingetroffen sind. Sehr unsicher erwartete Ereignisse lassen sich mit sicheren Erwartungen kompensieren. Es macht also Sinn, für den Fall eines Brandes einen Feuerlöscher parat zu haben.[36]

Für die jeweilige historische Situation ist dabei von entscheidender Bedeutung, wo die Erwartungen verortet werden, wer gewissermaßen als ihr Autor identifiziert wird. Im Kontext einer christlichen Theologie gibt es zwar kurzfristige und längerfristige Erwartungen, die aber nur zum Teil von den Gläubigen selbst gesetzt, sondern häufig dem Schöpfergott zugeschrieben werden. Man kann dann bestimmte Ereignisse oder die Apokalypse zwar erwarten, aber nur im Sinne einer passiven Vorherbestimmung, die sich der menschlichen Verfügungsgewalt entzieht. Zumindest gilt das für diesseitige Gegebenheiten. Für jenseitige Verhältnisse lohnt es sich in religiös bestimmten Gesellschaften sehr wohl, mit Erwartungen zu hantieren und Vorsorge zu treffen, wenn man das eigene Seelenheil garantieren möchte. Insofern sind ein christlicher Lebenswandel, eine Pilgerreise oder ein Ablasskauf fraglos lohnende Zukunftsinvestitionen. Gänzlich anders sieht dies aus, wenn die diesseitige Zukunft mehr und mehr mit eigenen, individuellen oder gesellschaftlichen Erwartungen verknüpft werden kann. Und das ist die Situation, in der es historisch interessant wird: Wann tritt eine solche Umstellung der Erwartungen und damit auch der Zukunftsmodellierung ein? Insbesondere anhand von Diskussionen um Sicherheit und Planung kann man derartige historische Verschiebungen beobachten. In einer Welt, in der die göttliche Vorsehung noch in den kleinsten Bereich hineinwirkt, machen beispielsweise diesseitige Sicherheitsvorkehrungen keinen Sinn, weil Gottes Wege ohnehin unergründlich sind. Wenn hingegen zunehmend Sicherheitsdispositive um sich greifen und Planbarkeit immer stärker ins Spiel kommt, dann muss dies mit einer Verschiebung im Bereich der Erwartungen und der Zukunftsmodellierung zu tun haben. Gleichzeitig wird aber das Jenseits in höchstem Maße unsicherheitsbesetzt, und zwar nicht nur, weil man nicht mehr weiß, wie man sich darauf vorbereiten soll, sondern weil gar nicht mehr klar ist, ob oder in welcher Form ein solches Jenseits existieren könnte. Eine angemessene Behand-

36 Luhmann (1987), S. 419.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lung von Zukunftsfragen kommt also nicht ohne die Problematisierung des Todes aus.

Die ungewisse Gewissheit des Todes war und ist daher nicht ganz unwesentlich daran beteiligt, die Frage der Sicherheit auf immer neue Weise mit bestimmten Zukunftsmodellen zu verknüpfen. Das lässt sich ersehen an der wachsenden Bedeutung der Prognose als Möglichkeit der Zukunftsgestaltung im Verlauf der Frühen Neuzeit, wie Reinhart Koselleck festgestellt hat. Gemeint ist damit vor allem die rationale Prognose, die sich als politische Kunstfertigkeit seit dem 15. Jahrhundert ausbildete. Sie ist eingebunden in konkrete politische Situationen, so dass eine Prognose zu erstellen zugleich bedeutet, diese Situation zu verändern – sie wird zu einem Moment politscher Aktion. Prognosen produzieren also die Zeit, in die hinein sie entworfen wurden. Die politisch-rationale Prognostik macht damit einen gänzlich anderen Umgang mit Zukunft möglich. Sie bescheidet sich in ihre innerweltlichen Möglichkeiten, versucht im Gegensatz zur Prophetie nicht auf das Ende der Welt zu blicken, erzeugt vielmehr einen Überschuss an möglicher Weltbeherrschung. Denn Prognosen müssen sich immer wieder erneuern, müssen immer wieder aus neuen politischen Situationen heraus neue Zukunftsentwürfe produzieren. Die ständig entlaufende Zeit wird immer wieder neu prognostisch eingefangen.[37]

Aber auch wenn in der Frühen Neuzeit die Bedeutung von Prognosen im Vergleich zur Prophetie allmählich anwächst, könnte man – gerade vor einem modernisierungstheoretischen Hintergrund – mehr als genug Gründe dafür finden, dass ‚vormoderne' Konzepte die politische Sicherheit eher in der Vergangenheit als in der Zukunft suchten. Das wird besonders deutlich am Exempel der frühneuzeitlichen Policey, also an der Idee einer allumfassenden, guten Ordnung des Gemeinwesens, die man mit zunehmender Intensität mittels obrigkeitlicher Normen während der Frühen Neuzeit sicherzustellen versuchte.[38] Denn die Begründungen entsprechender Policeyordnungen kaprizieren sich üblicherweise nicht darauf, normativ einen bestimmten Zustand in der Zukunft herstellen zu wollen, sondern verorten Sicherheit und Ordnung zumeist in einer idealisierten Vergangenheit. Und weil dieser einstige Zustand von Sicherheit und Ordnung inzwischen verloren gegangen ist, müssen Obrigkeiten (eigentlich gegen ihren Willen) normativ eingreifen, um ihn wiederherzustellen. Es geht nach dem

37 Koselleck (1989), S. 29 f.
38 Härter (2000); Iseli (2009).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Selbstverständnis frühneuzeitlicher Normgeber also gerade nicht um die Gestaltung von Zukunft, sondern um die Wiederherstellung von Vergangenheit.

Wollte man einem modernisierungshistorischen Narrativ folgen, läge mit den Policeyordnungen eine politische und versicherheitlichende Variante für den Wechsel von geschlossener zu offener Zukunft vor. Die historisch sich verändernden Verortungen von politischen Idealzuständen würden demnach eine klare Trennung zwischen modernen und vormodernen Modellen anzeigen: Während für die einen das Ideal von Sicherheit und Ordnung immer erst noch ein zu verwirklichendes ist, stellt es sich für die anderen als einstmals besessener, inzwischen aber verlorener Zustand dar.

Wenn meine bisherigen Ausführungen aber halbwegs stichhaltig gewesen sein sollten, dass sich nämlich jede Gegenwart mit den jeweils von ihr entworfenen Zeithorizonten Vergangenheit und Zukunft durch die Zeit bewegt, dann kann sich keine Policey/Polizei, weder die frühneuzeitliche noch die diejenige des 20. oder 21. Jahrhunderts, verlässlich auf Vergangenheit oder Zukunft beziehen. Denn da ist nichts, worauf man sich ‚sicher' beziehen kann. Schließlich besitzen wir nur *eine* Sicherheit mit Blick auf Vergangenheit und Zukunft: dass sie nicht so waren und nicht so sein werden, wie wir sie gegenwärtig imaginieren. Daher wäre vielleicht nicht zuerst die Kategorisierung vorzunehmen, ob es besonders modern oder vormodern ist, sich entweder auf Vergangenheit oder Zukunft zu beziehen, sondern die Frage zu stellen, welche Gegenwart durch eine bestimmte Modalisierung der Zeiten konstituiert wird – und wie diese Modalisierungen der Zukunft mit Verständnissen von Sicherheit zusammenhängen.

Und da kann ein Blick in die eigene Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts schon den einen oder anderen Zweifel aufkommen lassen, ob die Zeiten, in denen wir leben, denn tatsächlich so modern sind. Historische Einordnungen über die Unsicherheiten in vergangenen, ‚vormodernen' Zeiten führen offenbar nicht zwangsläufig dazu, gegenwärtig ein Gefühl von mehr Sicherheit aufkommen zu lassen. Die Tatsache also, dass Lebenserwartungen steigen, medizinische Versorgung verbessert wird, Versicherungen die Folgen von Schadensfällen abwenden (wenn auch nicht die Schäden selbst) und zumindest die sogenannte westliche Welt von sich behaupten kann, so sicher zu leben wie es wohl noch keiner anderen Gesellschaft auf diesem Planeten vergönnt war – all das führt nicht dazu, dass wir uns sicherer fühlen: Schließlich haben wie zu viel zu verlieren.

Ein bekannter Sponti-Spruch verkündete einst: Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie einmal war. Auf nahezu dramatische Weise müs-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen wir miterleben, wie diese Aussage zur Realität wird. Man kann wohl – ohne apokalyptisch werden zu müssen – sagen, dass der Fortschritt gealtert ist, dass die Zukunft schrumpft und in dieser Bewegung immer näher an die Gegenwart heranrückt, um zu dem zu werden, was Helga Nowotny als „erstreckte Gegenwart“[39] bezeichnet hat. Am Beispiel der Umwelt- und Klimadebatten lässt sich das am ehesten veranschaulichen. Hier zeigt sich, dass das Hinausschieben einschneidender Maßnahmen und notwendiger Entscheidungen auf eine entfernte Zukunft sich als trügerische Hoffnung erweisen kann. Die Zeitskalen, innerhalb derer fatale Folgen gegenwärtigen Tuns zu gewärtigen sind, haben sich deutlich verkürzt. Die Zukunft des klimatischen Wandels, ja gar der Klimakatastrophe ist nicht erst in einer oder mehreren Generationen zu erwarten, sondern ist schon längst da. Der Druck, den die unmittelbare Zukunft auf die Gegenwart ausübt, wächst enorm. Durch die mehr als plausiblen Annahmen, gemäß derer negative Folgewirkungen unseres heutigen oder gestrigen Handelns zu gewärtigen sind, rückt die einst in ein weit entferntes Kontinuum gerückte Zukunft bedrohlich nah an uns heran. Lösungsmöglichkeiten lassen sich daher auch gar nicht mehr in diese Zukunft verschieben, sondern müssen unmittelbar umgesetzt werden. Die Zukunft wird also zunehmend überschattet von den Problemen der Gegenwart. Dadurch verliert die Zukunft ihre Funktion, Projektionsraum für Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen zu sein. Sie ist einfach nicht mehr weit genug entfernt, um all das aufnehmen zu können, was das Fortschrittsdenken lange Zeit in ihr unterzubringen vermochte.[40]

Dass die Zukunft ein schwieriges Geschäft ist und von der Gegenwart zuweilen in Windeseile eingeholt werden kann, machen manche historische Situationen zum Teil auf drastische Weise deutlich. 1989 erschien bei der University of Chicago Press ein Buch von Warren Wagar, der an der State University in New York Geschichte lehrte. Darin prophezeite er den Zusammenbruch des Weltkapitalismus sowie den Sieg des proletarischen Sozialismus und schließlich des Kommunismus. Das Erscheinungsjahr 1989 war für eine solche Prognose selbstredend fatal. Der eigentliche Clou war jedoch der Titel des Buchs: „A Short History of the Future“. In der Tat die wohl kürzeste Geschichte der Zukunft, die man sich vorstellen

39 Nowotny (1990), S. 53.
40 Nowotny (1990), S. 51 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kann, denn zum Erscheinungstermin des Buchs war diese Zukunft bereits Vergangenheit.[41]

Solche Beispiele führen weniger zu der Frage, wie adäquat oder ungenügend ein Zukunftsszenario im Abgleich mit der dann tatsächlich eingetretenen Zukunft war. Diese Frage kann schon deswegen nicht vollständig überzeugen, weil jedes Zukunftsszenario ja daran beteiligt ist, die Zukunft hervorzubringen, die es imaginiert (ohne dass ihm das jemals umfänglich gelingen könnte). Die Aufmerksamkeit müsste sich also wohl eher auf die Narrative richten, die jeweils zur Verfügung stehen, um Zukunft (mitsamt ihrer Un-/Sicherheit) zu behandeln. Und solche Narrative haben die eindeutige Tendenz, das Unbekannte und das Nicht-Gewusste als Problem zu begreifen, weniger als Chance.

Durch die narrative Zusammenhängung von Zukunft, Vergangenheit, Sicherheit und Politik werden nahezu unausweichlich Paradoxien provoziert – Paradoxien, die ohnehin immer lauern, wenn es um Fragen der Zeit geht. Und bei dieser Paradoxienproduktion in Sachen politischer Sicherheit sind vermeintlich vormoderne und vermeintlich moderne Zustände in mancherlei Hinsicht gar nicht mehr so weit voneinander entfernt. Man könnte nun rein zynisch argumentieren und behaupten, dass politische Sicherheit nur deswegen immer wieder in abwesende Zeiten (in Vergangenheiten und Zukünfte) verschoben wird, damit die Gegenwart möglichst unsicher erscheinen möge und somit auch politisch kontrollierbar bleibe. Will man sich mit einem solchen Zynismus aber nicht zufrieden geben, dann können sowohl auf die Vergangenheit ausgerichtete frühneuzeitliche Policeyordnungen als auch das zukunftsfixierte Versicherungswesen oder die mit neuesten technischen Mitteln ausgestatteten Datenerfassungsmaßnahmen eine temporale Gemeinsamkeit offenbaren. Sie zeigen nämlich, wie der permanente politische Versuch, für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen (egal ob man diese in der Vergangenheit wieder aufzufinden versucht oder in der Zukunft erst herzustellen gedenkt), immer neue Leerstellen des Nicht-Überwachten, Unsicheren und Ungeordneten offenbart. Als paradoxal erweist sich dieser Zusammenhang, weil die Verschiebungen des Zustands der Sicherheit in abwesende Zeiten den Verdacht nahelegen, dass die Gegenwart durch eine permanente Unsicherheit geprägt ist – und dass gleichzeitig die Sicherheit zu einem unerreichbaren, weil immer verschobenen Zielzustand wird.

41 Schäfer (1994), S. 133.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Problem ist also weniger die Sicherheit, sondern eher die Zeit – oder besser: das zugrundeliegende Zeitmodell. Was Idealvorstellungen politischer Ordnung (aus der Vergangenheit oder für die Zukunft) einerseits so erstrebenswert, andererseits aber auch so erschreckend machen kann, ist deren inhärenter posthistorischer Zustand. Diese Ordnungsvorstellungen verbinden sich unweigerlich mit historischer Statik – als Idealzustand, nach dessen Erreichen sich nichts mehr verändern darf. Und genau das wäre der einzige Zustand, in dem Sicherheitsphantasien Wirklichkeit werden könnten: wenn die Zeit und die Veränderung ausgetrieben wären. Die Aufhebung der Zeit wäre auch die Aufhebung der Paradoxien und damit die Aufhebung der Unsicherheit.

Das größte Problem politischer Sicherheit ist also nicht, dass sie erst in der Zukunft verwirklicht werden soll oder sich in eine idealisierte Vergangenheit zurückwünscht. Der größte Horror all der Verantwortlichen in Sachen politischer Sicherheit ist vielmehr, dass sich überhaupt noch etwas verändern könnte. Der politische Traum hingegen – der die vermeintlichen Unterschiede zwischen ‚Moderne' und ‚Vormoderne' unklar werden lässt – besteht in einem impliziten Wunsch, der Sicherheit einerseits gewährleisten soll, der aber aufgrund seiner Unmöglichkeit zugleich jede Sicherheitsphantasie permanent unterläuft: die Zeit stillzustellen.

Literaturverzeichnis

Assmann, Aleida (2006), Kulturelle Zeitgestalten, in: Friedrich Stadler / Michael Stöltzner (Hg.), Time and history, Frankfurt/M. u. a., S. 469-487.

Bonss, Wolfgang (1995), Vom Risiko. Unsicherheit und Ungewissheit in der Moderne, Hamburg.

Cassirer, Ernst ([2]1992), Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur, Frankfurt/M.

Claeys, Gregory (2011), Ideale Welten. Die Geschichte der Utopie, Stuttgart.

Duncan, David Ewing (1999), Der Kalender. Auf der Suche nach der richtigen Zeit, München.

Esposito, Elena (2002), Soziales Vergessen. Formen und Medien des Gedächtnisses der Gesellschaft, Frankfurt/M.

Esposito, Elena (2006), Zeitmodi, in: Soziale Systeme 12, S. 328-344.

Febvre, Lucien (2002), Das Problem des Unglaubens im 16. Jahrhundert. Die Religion des Rabelais, Stuttgart.

Gasparini, Giovanni (1988), Le temps et le pouvoir. Quelques jalons pour une perspective humaniste sur le temps, in: Information sur les Sciences Sociales 4, S. 623-645.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Geissler, Karlheinz A. (1999), Die Zeiten ändern sich. Vom Umgang mit der Zeit in unterschiedlichen Epochen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/99, S. 3-10.

Geppert, Alexander C.T. / Kössler, Till (Hg.) (2015), Obsession der Gegenwart. Zeit im 20. Jahrhundert, Göttingen.

Gumbrecht, Hans Ulrich (2010), Unsere breite Gegenwart, Frankfurt/M.

Hanisch, Manfred (1989), Politik in und mit Kalendern (1500-1800). Eine Studie zur Endterschen Kalendersammlung in Nürnberg, in: Jahrbuch für Fränkische Landesforschung 49, S. 59-76.

Härter, Karl (Hg.) (2000), Policey und frühneuzeitliche Gesellschaft. Frankfurt/M.

Hölscher, Lucian (1999), Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt/M.

Houston, Chloë (Hg.) (2010), New worlds reflected. Travel and utopia in the early modern period, Farnham/Burlington.

Iseli, Andrea (2009), Gute Policey. Öffentliche Ordnung in der Frühen Neuzeit, Stuttgart.

Jaeger, Friedrich (2011), Neuzeit als kulturelles Sinnkonzept, in: ders. / Burkhard Liebsch (Hg.), Handbuch der Kulturwissenschaften, Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe, Stuttgart u. a., S. 506-532.

Jordan, Stefan (2012), Die Sattelzeit. Transformation des Denkens oder revolutionärer Paradigmenwechsel?, in: Landwehr (2012a), S. 373-388.

Kampmann, Christoph / Niggemann, Ulrich (Hg.) (2013), Sicherheit in der Frühen Neuzeit. Norm – Praxis – Repräsentation, Köln u. a.

Klein, Stefan (2008), Zeit. Der Stoff aus dem das Leben ist. Eine Gebrauchsanleitung, Frankfurt/M.

Koselleck, Reinhart (1975), Geschichte V-VII, in: Otto Brunner u. a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 2, Stuttgart, S. 647-717.

Koselleck, Reinhart (1989), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt/M.

Koselleck, Reinhart (1990), Wie neu ist die Neuzeit? In: Historische Zeitschrift 251, S. 539-553.

Landwehr, Achim (2012a), Frühe Neue Zeiten. Zeitwissen zwischen Reformation und Revolution, Bielefeld.

Landwehr, Achim (2012b), Alte Zeiten, Neue Zeiten. Aussichten auf die ‚Zeit-Geschichte', in: Landwehr (2012a), S. 9-40.

Landwehr, Achim (2012c), Von der ‚Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen', in: Historische Zeitschrift 295, S. 1-34.

Landwehr, Achim (2014), Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt/M.

Landwehr, Achim (2016a), Die anwesende Abwesenheit der Vergangenheit. Essay zur Geschichtstheorie, Frankfurt/M.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Landwehr, Achim (2016b), Die endlose Geschichte vom Ende der Geschichte. Stationen endzeitlichen Denkens seit dem 17. Jahrhundert, in: Michael Meyer-Blanck (Hg.), Geschichte und Gott. XV. Europäischer Kongress für Theologie, Leipzig, S. 128-156.

Latour, Bruno ([2]2002), Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie, Frankfurt/M.

Latour, Bruno (2014), Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen, Berlin.

Lorenz, Chris (1997), Konstruktion der Vergangenheit. Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Köln u. a.

Luhmann, Niklas (1975), Weltzeit und Systemgeschichte. Über Beziehungen zwischen Zeithorizonten und sozialen Strukturen gesellschaftlicher Systeme, in: ders., Soziologische Aufklärung 2. Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft, Opladen, S. 103-133.

Luhmann, Niklas (1987), Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M.

Luhmann, Niklas ([2]1993), Soziologische Aufklärung, Bd. 5: Konstruktivistische Perspektiven, Opladen.

Melville, Gert u. a. (Hg.) (2015), Sorge, Köln u. a.

Minois, Georges (1998), Geschichte der Zukunft. Orakel, Prophezeiungen, Utopien, Prognosen, Düsseldorf u. a.

Nabokov, Vladimir (1986), Durchsichtige Dinge, Reinbek bei Hamburg.

Nowotny, Helga ([3]1990), Eigenzeit. Entstehung und Strukturierung eines Zeitgefühls, Frankfurt/M.

Nowotny, Helga (2005), Unersättliche Neugier. Innovation in einer fragilen Zukunft, Berlin.

Osborne, Peter (1995), Politics of time. Modernity and avant-garde, London u. a.

Richards, E. G. (1998), Mapping time. The calendar and its history, Oxford.

Salmi, Hannu (2011), Cultural history, the possible and the plenitude, in: History and Theory 50, S. 171-188.

Schmitt, Jean-Claude (2000), Appropriating the future, in: J. A. Burrow u. a. (Hg.), Medieval futures. Attitudes to the future in the Middle Ages, Woodbridge, S. 3-17.

Schäfer, Wolf (1994), Ungleichzeitigkeit als Ideologie. Beiträge zur historischen Aufklärung, Frankfurt/M.

Schölderle, Thomas (2012), Geschichte der Utopie. Eine Einführung, Köln u. a.

Uerz, Gereon (2006), ÜberMorgen. Zukunftsvorstellungen als Elemente der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, München.

Wallman, Sandra (Hg.) (1992), Contemporary futures. Perspectives from social anthropology, London u. a.

Wehler, Hans-Ulrich ([2]2007), Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der Deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Vorbestimmt, das zu sein, was wir sein wollen“ – Nachdenken über politische Sicherheit anhand von Thomas Morus und Utopia

Angela Marciniak

1. Ausgangspunkte; ein Gedankenspiel?

Sicherheit hat in diesen Zeiten Hochkonjunktur.[1] Allenthalben herrscht eine laute Sprachlosigkeit angesichts besorgniserregender politischer Krisensituationen auf internationaler wie auf supranationaler Ebene, aber auch innerhalb der liberal-demokratischen Nationalstaaten westlicher Prägung – eine Entwicklung, die in ihrer sich rasch zuspitzenden Dramatik große Teile von Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit überrascht und verstört hat. Zeit und Energie werden nun darauf verwendet, hektisch und oftmals unreflektiert einen *status quo* zu verteidigen, und – nicht ohne zu dramatisieren – das zu retten, was noch zu retten ist von unseren Vorstellungen internationalen Miteinanders und Austauschs, von unseren nationalen Belangen, aber auch unseren westlichen liberal-demokratischen Werten, die wir jahrzehntelang für ungefährdet, weil für nachkriegserprobt und, warum auch immer, für selbstverständlich hielten.[2] „Sicherheit“ wird heutzutage ihrer Bedeutung als „catch-all Begriff der modernen Welt“[3] voll gerecht, fungiert einmal mehr als „wirkmächtiger Topos, der nahezu jedes politische Handeln legitimieren kann.“[4] Nicht erst seit heute warnen Vertreter der sogenannten *critical security studies* davor, dass mittlerweile

1 Eva-Maria Nitz und Max Philip Wehn danke ich sehr für ihre ausgezeichnete Forschungsassistenz. Ohne sie wäre dieser Beitrag so nicht zustande gekommen. Zudem war Max Philip Wehn am Verfassen einer früheren Vortragsversion dieses Aufsatzes und an der Präsentation derselben beteiligt; einige Passagen daraus sind in diesen Artikel mit eingeflossen. Christian Wenzel danke ich für den wertvollen Hinweis zum *bon governement*.

2 Bedroht wurden diese Werte im Kalten Krieg freilich zumindest durch die Blockkonfrontation, jedoch hielt die westliche Welt sie – aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus – nie für moralisch gefährdet.

3 Münkler (2010), S. 22 f.

4 Marciniak (2015), S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nahezu jedes Thema seitens politischer Akteure zu einem Sicherheitsthema aufgewertet werden kann, wenn es nur gelingt, eine Öffentlichkeit von der Existenz einer Bedrohung zu überzeugen, unabhängig davon, ob diese real existiert oder nicht.[5] Kaum jemand wird anzweifeln, dass die aktuelle Präsenz, man ist geneigt zu sagen Dominanz von Sicherheit in Alltagswelt und Alltagssprache, in politischer Kommunikation und politischem Handeln Auswirkungen auf diese Kommunikation, dieses Handeln zeitigt; Auswirkungen auch auf das Verständnis von gesellschaftlichem Miteinander und individueller Freiheit. Nicht wenige sehen diese Auswirkungen mit Sorge. Dennoch gilt die Staatszielbestimmung Sicherheit als unanfechtbar, und Sicherheit – ein so wesentliches Bedürfnis von Individuen – ist als bedeutsames politisches Konzept aus der gesellschaftlich-politischen Realität nicht wegzudenken. Ich habe deshalb an anderer Stelle schon die Frage aufgeworfen, ob es nicht intensiverer Bemühungen bedürfte, Sicherheit neu oder einmal anders zu diskutieren, und versuche zu einer dringenden Öffnung von Diskursen zum Thema Sicherheit beizutragen, indem ich das Konzept politische Sicherheit ideengeschichtlich rekonstruiere.[6]

Politische Utopien hingegen haben momentan keinerlei Konjunktur.[7] Utopische Ideen scheinen sich verflüchtigt zu haben, Nachdenken über

5 Um nur ein sehr prominentes Beispiel unter vielen zu nennen: Buzan u. a. (1998).

6 Marciniak (2017) und (2015). Mein Verständnis politischer Sicherheit ist dabei zugleich bestimmter als auch umfassender als das beispielsweise in den Sicherheitsdiskursen der Disziplin der Internationalen Beziehungen beschriebene Phänomen (Marciniak (2017), S. 284). Unter politischer Sicherheit verstehe ich „erst einmal potentiell jegliche Form von Sicherheit [ ], die in irgendeiner Art und Weise innerhalb und mittels politisch-sozialer Ordnungen generiert (oder verhindert wird) bzw. die in irgendeiner Art und Weise auf politisch-soziale Ordnungen Einfluss nimmt. Politische Sicherheit bezieht sich in diesem Sinn also nicht allein auf Sicherheit im klassischen politikwissenschaftlichen Verständnis von äußerer Sicherheit eines Staates und innerer Sicherheit als der Einhaltung öffentlicher Ordnung; sie fokussiert nicht lediglich auf Staaten als politische Akteure, sondern auch auf Individuen, die sich zu einem Gemeinwesen zusammengeschlossen haben bzw. eine – wie auch immer geartete – Öffentlichkeit bilden, der die Möglichkeit politischer Partizipation gegeben ist“ (ebd., S. 283). Letztlich geht es somit um alle einer Institutionalisierung zugänglichen Facetten von Sicherheit (ebd., S. 291).

7 Bereits seit Ende des Kalten Krieges war ein Niedergang der Utopieforschung zu verzeichnen, gab es seit dem Untergang des „real existierenden Sozialismus“ doch nichts mehr, was man „gegen die Ansprüche seiner geistigen Väter als Utopie entweder denunzieren oder aber um seines positiv-utopischen Ideals willen verteidigen“ konnte (Arnswald (2010), S. 1). Die Utopie galt vielen als überwunden, als

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dieselben wird nicht mehr als notwendig erachtet oder ist nur noch von geringem Interesse in Zeiten, da die vermeintlich altvertraute Welt vielen aus den Fugen geraten zu sein scheint und die politischen Verhältnisse für große, ganz unterschiedliche Gruppen nicht länger Sicherheit garantieren, sondern vielfältige, vielschichtige Unsicherheiten manifestieren. Zeit und Energie werden, zugespitzt formuliert, in das Sichern von Sicherheit(en) investiert, nicht in Utopien als kritisch-ironische Gedankenspiele, die über Jahrhunderte hinweg „innerweltlich greifbare Möglichkeiten des auch anders sein Könnens“ ausloteten, aktuell aber häufig als realitätsfern und damit als unsinnig betrachtet werden.[8] Möglicherweise liegt jedoch genau da ein Problem: „Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Banalität und Ratlosigkeit aus“[9], warnte Jürgen Habermas schon Mitte der achtziger Jahre und verwies auf die untrennbaren Interdependenzen von historischem und utopischem Denken in der Moderne:

> „Auf den ersten Blick schließen sich diese beiden Denkweisen aus. Das erfahrungsgesättigte *historische Denken* scheint dazu berufen zu sein, die utopischen Entwürfe zu kritisieren; das überschwengliche *utopische Denken* scheint die Funktion zu haben, Handlungsalternativen und Möglichkeitsspielräume zu erschließen, die über die geschichtlichen Kontinuitäten hinausschießen. Tatsächlich hat aber das moderne Zeitbewußtsein einen Horizont eröffnet, in dem das utopische mit dem geschichtlichen Denken verschmilzt.“[10]

Es sei eben diese „utopische Dimension von Geschichtsbewusstsein und politischer Auseinandersetzung“, die zur Selbstvergewisserung der Moderne von zentraler Bedeutung sei.[11]

Sicherheit gilt gemeinhin als ein Konzept, das „zukünftige Verfügungsmöglichkeiten“ bereitstellt,[12] das Erwartungen – die stets an Zukunft ge-

---

glücklich überwunden gar, da die Verwirklichung von Utopien – in Gestalt von Nationalsozialismus und Kommunismus – stets zu „totalitären oder jedenfalls inhumanen Zuständen“ (Fest (1991), S. 94) geführt habe. In seinem Buch „Vom Ende des utopischen Zeitalters“ konstatierte Joachim Fest gar, dass ein Leben ohne Utopie eben zum Preis der Modernität gehöre (Fest (1991), S. 98). Die Utopiekritik, die nur auf zeitliche, nicht räumliche Utopien und deren Verwirklichung fokussiert und „bis auf unsere Tage das Menetekel des Jakobinismus an die Wand malt, denunziert [jedoch] zu Unrecht die angeblich unvermeidliche Verschwisterung der Utopie mit dem Terror“ (Habermas (1985), S. 14).

8 Saage (1991), S. 2.
9 Habermas (1985), S. 14.
10 Habermas (1985), S. 1.
11 Habermas (1985), S. 14.
12 Kaufmann (1973), S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bunden sind – „absichert“, und so habe ich, ausgehend von dieser hier nur knapp skizzierten Standpunktverortung, begonnen, politische Sicherheit und politische Utopie aus verschiedenen Perspektiven zusammenzudenken – anfangs eher als Gedankenspiel denn aus konkreter Forschungsabsicht. Der Schritt zu Thomas Morus und Utopia ergab sich da fast zwangsläufig, ist doch Utopia das Werk, das nicht nur der Utopie ihren Namen gab, sondern das für all jene, die hier einen Idealstaat beschrieben sahen, seit jeher auf ein Gesellschaftsmodell verwies, in dessen Rahmen größtmögliche politische Sicherheit realisiert worden war. (Ein Übermaß an politischer Unsicherheit wiederum bedeutete Morus' Utopia denjenigen Nachgeborenen, die die politisch-soziale Organisation des fernen Inselstaates später als Vorläufer totalitärer Systeme interpretierten.)

Die folgenden mit Absicht lose zusammengestellten und immer wieder auch überlappenden Überlegungen widmen sich, meinem Erkenntnisinteresse entsprechend, in erster Linie der Frage, welchen Beitrag Morus und Utopia zur ideengeschichtlichen Rekonstruktion des Konzepts politischer Sicherheit leisten können. Eine Frage, die umso interessanter ist, da Thomas Morus im Gegensatz zu Thomas Hobbes, der oftmals als Ausgangspunkt des Nachdenkens über politische Sicherheit in der Moderne genommen wird, noch auf der Schwelle zwischen Mittelalter und Früher Neuzeit verortet werden kann. Ich werde anhand der verschiedenen Untersuchungssplitter argumentieren, dass am Beispiel von Morus und Utopia etliche Dimensionen des Konzepts politischer Sicherheit zu identifizieren sind, die – entgegen zahlreicher Annahmen der Forschungsliteratur zum Thema[13] – weitaus mehr Übereinstimmungen zu unseren so genannten ‚modernen' Sicherheitsverständnissen aufweisen mögen als erwartet. Daran knüpft sich einmal mehr die Hoffnung, über Sicherheit vielleicht gelassener streiten zu können, wenn aufgezeigt werden kann, dass der aktuelle Status der Sicherheit als hoch normative politische Werteidee der Moderne möglicherweise als nicht gar so „modern“ einzustufen ist und dass besondere Charakteristika der vermeintlich „modernen“ Sicherheit immer schon von Besonderheit gewesen sind. Dass politische Konzepte historisch einem Bedeutungswandel unterliegen, ist ein Gemeinplatz. Ich argumentiere aber, dass es sich lohnt, nicht nur den Wandel des Konzepts poli-

13 Besonders prominent in der deutschsprachigen Literatur ist immer noch Kaufmann (1973), dessen Untersuchung „Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem“ die Sicherheitsforschung im deutschsprachigen Raum über Dekaden beeinflusst hat.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tischer Sicherheit allein herauszuarbeiten, sondern auch auf dessen Kontinuitäten zu fokussieren.[14]

Im Rahmen meiner Überlegungen berücksichtige ich Einzelaspekte verschiedener Ansätze der umfangreichen Forschung zu Morus und Utopia, übernehme aber keine der vorherrschenden Deutungen in Gänze und erhebe keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.[15] Auch nehme ich Morus und Utopia aus verschiedenen Perspektiven in den Blick, hier textimmanent, da kontextbezogen, mal biographisch. In gewisser Weise bleibt somit das Gedankenspiel – als Zusammenspiel verschiedener Perspektiven und Überlegungen – von vorneherein und beabsichtigt als ein Bestandteil meiner Vorgehensweise präsent. Morus betrachte ich dabei auch nicht als einen politischen Philosophen jener Art, mit der sich politische Theoretiker gemeinhin befassen – er entwickelte keine politische Theorie, und seine Utopia ist ein literarisches Werk.[16] Als einflussreicher, intellektuell herausragender, politisch denkender Autor, der mit Nachdruck die politischen Verwerfungen seiner Zeit reflektierte und kritisierte, kann aber gerade er möglicherweise als Beispiel für eine Art der notwendigen kritischen aka-

14 Vgl. Marciniak (2017), S. 284. An dieser Stelle möchte ich auch auf zahlreiche Diskussionen im Kontext des Marburger/Gießener Sonderforschungsbereichs „Dynamiken der Sicherheit“ zum unterschiedlichen Verständnis von Sicherheit in Zeiten der so genannten Vormoderne und der Moderne verweisen, von denen ich sehr profitiert habe, die aber oftmals primär den Wandel von Sicherheit in den Blick nehmen.

15 Die Forschung greift seit jeher interdisziplinär auf das Werk zu (Geschichtswissenschaften, Literaturwissenschaften, politische Philosophie etc.), dazu gesellen sich die unterschiedlichsten Interpretationsansätze. Biographische Deutungen sind ebenso zahlreich wie textimmanente Interpretationen, und es gibt sowohl Auslegungen, die ganz auf Utopias Bezüge zum Mittelalter verweisen, als auch solche, die rein auf den neuzeitlichen Charakter des Werkes fokussieren. Ein guter Überblick über den Stand der Forschung findet sich beispielsweise bei Schölderle (2011), S. 58-70.

16 Dazu Baker-Smith (2011), S. 157: „Here it is essential to remember that he was engaged in a work of fiction, not in a philosophical treatise: it is a mistake, in other words, to look for systematic coherence in all its features.” Oder auch Hankins (2007), S. 46: „The humanist movement greatly enriched the study of philosophy in the Renaissance as it did many other aspects of European culture. (…) But it did not produce great philosophers. At its best, in the case of writers like Valla, Machiavelli, More, and Montaigne, it produced witty subversives and incisive provocateurs who, in Cassirer’s phrase, ‘determined the problem’ to be considered, ‘[handing] it down in a new form to the following centuries, the centuries of exact science and systematic philosophy’.”

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

demisch-politischen Einmischung dienen, an der es heute – und das merke ich selbstkritisch an – hier und da mangelt. Jenseits der ideengeschichtlichen Analyse geht es mir also auch um ein Nachdenken über das Verhältnis von politischer Sicherheit und utopischem Denken, um dessen Bedeutung für die politische Auseinandersetzung und eben jene gesellschaftliche Selbstvergewisserung, von der Habermas schreibt.

2. Die Sicherheit der Utopier

Utopia ist eines der bis heute einflussreichsten Bücher des politischen Denkens. Der Inselstaat in der Ferne – der griechische Name Utopia, aus *où* und *topos* zusammengesetzt, bezeichnet ein Nirgendwo, einen Nirgend-Ort – kreierte eben nicht nur ein neues Wort (Utopia), sondern wurde der Archetyp aller positiven Staatsutopien, lieferte die Vorlage für ein schillerndes literarisches Genre (die Utopie), entwickelte sich zu einem wirkmächtigen Topos in der politischen Rhetorik und zu einem Allerweltsbegriff gleichermaßen („das ist doch utopisch"). Zugleich handelt es sich bei Utopia um ein außergewöhnliches und beeindruckendes Buch des politischen Denkens, nicht nur, aber auch weil seine Aussage stets alles andere als eindeutig war. Das trieb Rezipienten seit Erscheinen des Buches durch die Jahrhunderte hinweg um und gab immer wieder Anlass zu verschiedensten Interpretationen, aber auch Emotionen. Christlich-konservative Rezipienten sahen Utopia als reine Spielerei oder unterstellten Morus lobend die didaktische Absicht, Christen einmal mehr an ihre Kardinaltugenden zu erinnern.[17] Sozialistische Interpretationen priesen die Utopia als kommunistischen Idealstaat, feierten sie als „Traktat neuzeitlicher Freiheit und Demokratie",[18] andere sahen in ihr einen Wegbereiter für Radikalismus und Totalitarismus und warnten mit Nachdruck vor Realisierungsversuchen utopischer Idealmodelle.[19] In der Tat bleibt das Werk ambivalent, das liegt unter anderem an der Fülle ironischer Anspielungen und humanistischer Feinsinnigkeiten wie auch an der schillernden Persönlichkeit des Autors Morus, erfolgreicher Politiker, Humanist und Kirchenmensch

17 Für den ersten Ansatz siehe z. B. Berglar (1981), für den zweiten – sehr prominent – Chambers (1935).

18 Forst (2006), S. 95. Siehe dazu auch Schölderle (2011), S. 62 f.

19 Als eines der bekanntesten Werke dieser liberalen Utopiekritik gilt Karl Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde", siehe Popper (1992).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

in einer Person, dessen Intentionen vage geblieben sind. Zwei Annahmen lege ich meinen Ausführungen zugrunde: Die klassische Utopie „Utopia“ ist ein Gedankenexperiment,[20] und sie ist politisch.[21] Utopia ist ein Nachdenken über die bestmögliche Staats- und Gesellschaftsform, nicht unüblich in den humanistischen Zirkeln der Renaissance.[22] Mit ihr liefert Morus erstens eine harsche Kritik an der „zeitgenössischen politischen Organisationsform [seiner] Gesellschaft, indem [er] dieser ein Gerechtigkeitsdefizit“ unterstellt.[23] So richtet sich die Kritik von Morus‘ fiktivem Gesprächspartner Raphael Hythlodaeus in Buch 1 mit Wut und Wucht gegen das politisch-soziale System im England der Tudor-Zeit, vor allem gegen die Kirche sowie den ausbeuterischen Adel und in diesem Kontext gegen die strukturellen Ursachen für steigende (deutlich zu hart sanktionierte) Kriminalität.[24] Diese Kritik antwortet auf „die Herausforderung einer fundamentalen Krise“, um mit Thomas Nipperdey zu sprechen, sie ist „weltimmanent, institutionell und radikal“.[25] Zweitens wird eben dieser „Sozialkritik an den Verelendungstendenzen im England des 16. Jahrhunderts“[26] dann im zweiten Buch eine „durchdachte und rational nachvollziehbare Alternative gegenüberstellt“,[27] die davon ausgeht, dass individuelles Glück und gesellschaftlicher Frieden institutionell realisiert werden können. Wenden wir uns an dieser Stelle nun der Frage zu, wie das Konzept politische Sicherheit in dieser Alternative, in Utopia verfasst ist.

Demokratisch-partizipatorische und wirtschaftlich-egalitäre Komponenten bilden einen wesentlichen Bestandteil politischer Sicherheit für die Utopier. Auf politischer Ebene wählen je dreißig Familien jährlich einen Vertreter, den sogenannten Syphogranten. Diese Vertreter wiederum, zweihundert an der Zahl, bestimmen in geheimer Wahl den Fürsten. Alle öffentlichen Angelegenheiten müssen im Senat oder den Volksversammlun-

20 Siehe dazu z. B. Nipperdey (1975) oder Arnswald (2012), aber auch Skinner (2002).
21 Auch diese Annahmen sind in der Forschung – je nach Disziplin und Ansatz – nicht unumstritten, für meine Beschäftigung mit Utopia aus politiktheoretischer Perspektive nehme ich sie hier aber als gesetzt an.
22 Vgl. Skinner (2002), S. 214.
23 Mieth (2007), S. 80.
24 Morus (2003), S. 24-31, im Folgenden zitiert als „Utopia“.
25 Nipperdey (1975), S. 115.
26 Saage (1997), S. 134.
27 Saage (1991), S. 3.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gen beraten und entschieden werden.[28] Was die Wirtschaft betrifft, so gibt es bekanntlich keinerlei Privateigentum. Alle lebensnotwendigen Güter stehen jedem kostenlos zur Verfügung, denn es gibt keinen „größeren Reichtum als befreit von jeder Sorge, fröhlichen und ruhigen Herzens zu leben, ohne um seinen Lebensunterhalt zittern zu müssen, […]“[29]. Diese beiden Charakteristika der Staatsorganisation Utopias weisen auf wichtige Bestandteile so genannter „moderner“ Konzeptionen politischer Sicherheit hin, die Fragen nach Machtverteilung und politischer wie gesellschaftlicher Teilhabe genauso zu beantworten suchen wie Fragen zu Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit. Auch die weitgehende religiöse Toleranz und Wissenschaftsfreiheit in Utopia muten „modern“ an, ebenso eine relativ weit entwickelte Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Tatsache, dass eine Art Solidarprinzip vorherrscht: Ob krank oder alt, die Gesellschaft lässt keinen Utopier fallen.[30] Man muss nicht so weit gehen wie George M. Logan, der konstatiert, hier würde der moderne Wohlfahrtsstaat bereits vorweggenommen. Festzuhalten aber ist, dass Morus einen Zustand sozialer Sicherheit zeichnet, der einmal mehr illustriert, dass auch das Konzept sozialer Sicherheit – eine wichtige Errungenschaft und heutzutage ein bedeutender Bestandteil politischer Sicherheit in den liberal-demokratischen Staaten Europas – eben doch *avant la lettre* existierte, und zwar in Utopia nicht aus Gründen religiöser Caritas, sondern aus Gründen der Vernunft.[31]

Doch das Idyll enthält Brüche, so ist es – um hier nur zwei Beispiele zu nennen – den Utopiern untersagt, ohne Erlaubnis der Obrigkeit auf Reisen zu gehen,[32] und diejenigen, die sich entgegen aller Vernunft dennoch eines Verbrechens schuldig machen, werden in den Sklavenstand verbannt.[33] Sehen wir einmal genauer hin: Soziales und verfassungskonformes Verhalten wird größtenteils nicht mittels Gesetzen geregelt, sondern funktioniert durch gegenseitige Kontrolle der Utopier untereinander. „Dahinter steht die Überzeugung von der Eindeutigkeit der Rangfolge ethischer Ziele, der Eindeutigkeit der politischen Lösungen, steht die Überzeugung von der Eindeutigkeit der Vernunft und der Gewissensforderung, von der un-

28 Utopia, S. 65 f.
29 Utopia, S. 142.
30 Siehe z. B. Utopia, S. 106.
31 Logan (1983), S. 259.
32 Utopia, S. 79 f.
33 Utopia, S. 109.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dialektischen konfliktlosen Harmonie des vernunftbegründeten Gemeinwesens.“[34] In der Tat, Utopia ist als „konfliktfreies, egalitäres und zugleich rational durchkonstruiertes Gesellschaftsmodell“ gestaltet und zugleich „auf strikte Funktionalität festgelegt“.[35] In Utopia schaffen vernünftige Institutionen, geschaffen von vernünftigen Menschen (anstelle von göttlicher Vernunft!),[36] wiederum den vernünftigen und auch den guten Menschen. „Moral und Politik werden dabei enggeführt“, schreibt Corinna Mieth: „Das richtige Moralprinzip ist auch das richtige politische Prinzip für die Gemeinschaft (…).“ Utopias „Ideale sind in legitimatorischer Hinsicht kollektivistisch und in ihrer Ausrichtung perfektionistisch“.[37]

Begreifen wir Sicherheit unter anderem als eine „Deutung von Realität“,[38] die darauf abzielt, dass die nach Sicherheit Strebenden die Unsicherheiten der Zukunft ausschalten möchten, verbirgt sich dahinter immer auch der Verweis auf eine notwendige gewisse Berechenbarkeit der Zukunft. Eine solche Berechenbarkeit, diese „sichere Erwartbarkeit von Erwartungen“[39] kennen wir als „Erwartungssicherheit“, deren Herstellung Niklas Luhmann in den 1980er Jahren als entscheidend für den Umgang moderner Gesellschaften mit Unsicherheit(en) beschrieben hat. Das Konzept der Erwartungssicherheit kennen wir aber schon länger. Anders als mitunter angenommen, galt politische Sicherheit tatsächlich auch schon im beginnenden 16. Jahrhundert sowohl als Bedingung für individuelles Glück und für gesellschaftlichen Frieden wie auch als Bestandteil von beidem.[40] Die Sicherheit, als Individuum erwarten zu dürfen, in Ruhe sein Leben entwerfen und leben zu können, wie auch die Sicherheit eines Gemeinwesens, sich ungestört und autonom um seine Geschicke zu kümmern, wurde gerade in den zeitgenössischen republikanischen Kreisen allerdings noch mit *libertas* bezeichnet: Sicherheit als gesicherte Freiheit, Sicherheit vor politischer Willkür der Herrschenden als Bedingung der

34 Nipperdey (1975), S. 129.
35 Saage (1997), S. 137.
36 In diesem Sinne bezeugt Utopia ein neuzeitliches Weltverständnis: „Die Welt ist dem Menschen aufgegeben. Der Mensch soll eine Ordnung produzieren (Nipperdey (1975), S. 125).“
37 Mieth (2007), S. 80.
38 Lippert (1997), S. 14. Vgl. auch Conze (2005), S. 363.
39 Luhmann (1984), S. 412.
40 Siehe dazu auch Punkt 3.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Möglichkeit, seine Freiheiten nutzen zu können.[41] Thomas Morus selbst beschreibt 1506 in seiner Deklamation als Erwiderung auf Lukian diese Art von Sicherheit, die *libertas* als „a 'most cherished' condition of the *humanitas*".[42] Im Gegensatz zu anderen republikanischen Autoren räumte er aber immer der Sicherheit/*libertas* der Republik erste Priorität ein. So weist Wegemer darauf hin, dass Morus in der Deklamation seinen Orator besonderen Wert darauf legen lässt, auf „ the need for civic care, resourcefulness, prudence, and especially faith and reverence for the gods and the laws" hinzuweisen, all dies „ in the interests of the republic's *libertas*, safety, and prosperity; all as necessary elements of the *humanitas* endorsed by this republic. The Orator appeals frequently to the interconnectedness of respect for the gods, observance of the laws, *libertas*, and the safety and prosperity of *respublica*". [43] Dieser Fokus auf die dringende Notwendigkeit von „consensus and union, expressed through what is held in common" war zentral für Morus' Denken und spiegelt sich auch in der Utopia wider.[44]

Bedeutsame und zum Teil sehr modern anmutende Bestandteile politischer Sicherheit finden wir, wie wir gesehen haben, in Utopia bereits vor – und wir sollten nicht müde werden, auf deren Radikalität hinzuweisen –, die eben auch als nachdrückliche Antwort auf die Wahrnehmung zeitgenössischer radikaler Krisen zu sehen ist, eine Reaktion auf extreme Unsicherheit. „Unsicherheit ist die Mangellage, aus der sich die Wertschätzung von Sicherheit ergibt", konstatiert Kaufmann und hält diese Mangellage erst im 20. Jahrhundert für bedeutungsvoll.[45] Thomas Morus' Utopia ist ein weiterer Beweis dafür, dass Kaufmanns Annahme übereilt und möglicherweise von (Un-)Sicherheitsdiskursen des 20. Jahrhunderts selbst beeinflusst gewesen ist.[46]

Im Gegensatz zu späteren Ansätzen des klassischen Liberalismus jedoch, angefangen bei Thomas Hobbes, ist der Legitimationscharakter von Morus' Utopia eben kollektivistisch, nicht individualistisch. Muss man sich Utopia nicht grau vorstellen? Alles ist gleich und gleichgemacht, an-

41 Hierzu sind zahlreiche neuere geschichtswissenschaftliche Arbeiten erschienen. Einen guten Einstieg bietet der Artikel „Freiheit" von Georg Schmidt (2006).
42 Zitiert nach Wegemer (2011), S. 60.
43 Wegemer (2011), S. 61 f.
44 Paul (2017), Kindle E-Book-Version, Position 2366
45 Kaufmann (1973), S. 14.
46 Siehe dazu auch Marciniak (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gefangen von der Architektur über die Kleidung seiner Bewohner bis hin zu den Vergnügungen, denen diese nachgehen dürfen; vieles mutet klösterlich an.[47] Individuelle Selbstverwirklichung, unterschiedliche Vorstellungen und eigene Pläne vom Glück sind hier nicht möglich und nicht vorgesehen.[48] Aus liberaler Perspektive würden wir, wenn diverse politische Akteure heutzutage die so genannten „Interessen der Gemeinschaft“ lautstark als ihre oberste Handlungsanleitung präsentieren, nachfragen, was *die* Interessen der Gemeinschaft überhaupt sind, wer diese definiert,[49] und was dies für unsere politische Sicherheit verheißt, die immer auch eine die individuelle Freiheit ermöglichende Sicherheit sein sollte. In Utopia stehen die Gemeinschaftsinteressen fest, zementiert durch vernünftige Institutionen, die letztlich nicht mehr darauf hin befragt werden, ob sie auch gerecht sind. So „wird bei Morus die Organisation der gesellschaftlichen Ordnung moralisch neutral“.[50] Und doch ist Utopia weitaus mehr als eine wenn auch nutzbringende Negativfolie, will man das Konzept politische Sicherheit genauer durchleuchten und erforschen. Dazu müssen wir sie noch stärker als Gedankenexperiment lesen, als ein humanistisches Vexierbild, welches uns auf kritisch-ironische Weise darauf aufmerksam macht, dass unsere eigene Welt nicht perfekt, ihr utopisches Gegenbild aber zu perfekt und deshalb auch nicht perfekt ist.[51]

---

47 Dazu auch Baker-Smith (2011), S. 150, die auf Morus’ Biographie anspielt: „Monastic observance is never far from the surface in his account of Utopian life.”

48 Saage (1997), S. 144 merkt dazu an: Wer Utopia „vom Standpunkt eines freiheitlichen Individualismus kritisiert, sollte freilich bedenken, dass Utopias Angebot für die verelendeten Unterschichten des 16. Jahrhunderts nicht von vornherein unattraktiv war. Unterhalb der Ebene des Existenzminimums vegetierend, konnte für sie das Opfer persönlicher Freiheit für eine Welt materieller Sicherheit in dem Maße zumutbar erscheinen, wie die Entfaltung ihrer Individualität in den elenden Verhältnissen, in die sie verstrickt waren, ohnehin kein Thema war.“ Das mag nicht von der Hand zu weisen sein, ist aber für das gegenwärtige Erkenntnisinteresse dieses Artikels nicht von Interesse.

49 Siehe dazu den Artikel von Christian Volk, Es ist immer auch Sprachpolitik, in: taz vom 25.2.2017, S. 11.

50 Habermas (1982), S. 60.

51 Vgl. Forst (2011), S. 96.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3. Sicherheit und die Lehre vom guten Regieren

Wie eingangs angeführt, versuche ich darzulegen, dass das Konzept politische Sicherheit nicht nur ein variables ist, sondern zugleich auch als ein einheitliches gefasst werden kann und sollte. In diesem Sinne dient mir die ideengeschichtliche Rekonstruktion auch dazu aufzuzeigen, dass politische Sicherheit in der von mir beschriebenen Ausformung durchaus ein Konzept ist, das auf festen Grundlagen steht. Ich rekonstruiere also ein Konzept politischer Sicherheit, „das variabel genug ist, um verschiedene politisch-soziale Ausformungen zu ermöglichen und unterschiedlich gesellschaftlich implementiert zu werden, aber doch in sich geschlossen und hinreichend stabil, um Substanz in sich zu tragen und nicht beliebig mit Inhalten gefüllt zu werden oder lediglich dazu zu dienen, politische Sicherheitsmaßnahmen kommunikativ zu transportieren". [52] Entgegen der Perspektive eines Großteils der Forschungsliteratur, die in der Regel auf den Wandel des Konzeptes fokussiert, sind – ich wiederhole es noch einmal – Wandel und Kontinuität des Konzepts gleichermaßen von Bedeutung für die ideengeschichtliche Rekonstruktion politischer Sicherheit. Eine weitere dieser Kontinuitäten, die meines Erachtens bislang von der Forschung zu Sicherheit weitestgehend vernachlässigt worden ist, möchte ich im Folgenden in den Blick nehmen. Es handelt sich um Sicherheit und die Debatte über das gute Regieren. Um diese rekonstruieren zu können, müssen wir uns der Ära der Renaissance-Humanisten an dieser Stelle von der Antike aus annähern.

Obwohl Kaufmann und andere, wie angeführt, generell davon ausgehen, dass eine Wertbesetzung des Konzepts Sicherheit erst mit fortschreitender Moderne und in erster Linie im vergangenen Jahrhundert emergierte,[53] stellt Kaufmann einschränkend fest, dass in der römischen Antike eine Wertbesetzung für das lateinische *securitas* ebenfalls nachzuweisen ist, da das „ursprüngliche, auf das als politisch stabil und glücklich gepriesene augusteische Zeitalter verweisende Attribut ‚securitas Augusti' [..] den politischen Hintergrund der Personifikation und ihres Entstehens ahnen" lässt.[54] Eine der *Securitas Augusti* analoge Verwendung macht Kauf-

52 Marciniak (2017), S. 284.

53 Eine prominente Unterstützung hat diese Annahme durch den Artikel „Sicherheit, Schutz" gefunden, den Werner Conze in den Geschichtlichen Grundbegriffen publizierte (Conze (1984), S. 831 f.).

54 Kaufmann (1973), S. 52.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mann dann jedoch erst wieder im 17. Jahrhundert aus,[55] für das gesamte Mittelalter unterstellt er der Sicherheit rein hedonistische Grundzüge: „Sicher war stets schon derjenige, der sich auf die Verfügbarkeiten der Welt auch Gott gegenüber verließ.“[56] Konzeptionen politischer Sicherheit nach meinem Verständnis derselben (Kaufmann fasst politische Sicherheit klassisch rein als äußere nationale und als innere öffentliche Sicherheit)[57] kann Kaufmann für diesen Zeitraum nicht identifizieren. Gleichermaßen argumentiert Andrea Schrimm-Heins. Auch sie versteht die *Securitas Augusti* als „die auf den Kaiser ausgerichtete Erwartung, für die öffentliche und private, die innere und die äußere Sicherheit Sorge zu tragen (…)“, als „die Personifikation der politischen Stabilität schlechthin“ und wesentlichen Bestandteil der *Pax Romana*.[58] *Securitas* in diesem Sinne jedoch – untrennbar mit *pax* verbunden und ohne Frage einige der wesentlichen Dimensionen dessen beinhaltend, was ich unter politischer Sicherheit fasse – sei, so Schrimm-Heins, „im Mittelalter nirgendwo mehr zu greifen.“[59] Mittelalterliche *securitas* sei „für spezielle Sicherheiten reserviert, [als Begriff] in seiner Bandbreite eingeengt und in seiner Bedeutung überhaupt deutlich geschwächt“.[60] Von einem Wertsymbol könne man hier auf keinen Fall sprechen.[61] Wie Kaufmann verweist Schrimm-Heins dann auch auf den ambivalenten Charakter der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Sicherheit,[62] die sowohl für positive Glaubensgewissheit als auch für verwerfliche, anmaßende Sicherheit in Heilsfragen habe stehen können.[63]

Hier liegen Kaufmann und Schrimm-Heins jedoch beide falsch. Zwar ist es durchaus korrekt, dass ein bedeutender zeitgenössischer Diskursstrang rein die hedonistischen Grundzüge der Sicherheit abhandelte und in diesem Zusammenhang sehr wohl immer auf die Ambivalenzen des Konzepts verwiesen wurde, jedoch übersehen Kaufmann und Schrimm-Heins beide eine bedeutsame weitere Variante des Sicherheitsdiskurses: Es han-

55 Kaufmann (1973), S. 55.
56 Kaufmann (1973), S. 71.
57 Kaufmann (1973), S. 57 ff.
58 Schrimm-Heins (1991), S. 139.
59 Schrimm-Heins (1991), S. 151.
60 Schrimm-Heins (1991), S. 151.
61 Vgl. Schrimm-Heins (1991), S. 151.
62 Hier muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass weder Kaufmann noch Schrimm-Heins (und mit ihnen etliche weitere) klar abgrenzen, was sie überhaupt unter „mittelalterlich“ und „frühneuzeitlich“ verstehen.
63 Vgl. Schrimm-Heins (1991), S. 151 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

delt sich um die Fragen des guten Regierens und des gesellschaftlichen Friedens, eine über die Zeiten hinweg dauerhaft politisch-gesellschaftlich präsente Debatte. In dieser hatten die verschiedenen Dimensionen der *Securitas Augusti* über die Jahrhunderte Bestand, und die enge Verbindung von Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit (unverzichtbar für das gute Regieren, das dem Gemeinwohl und den Individuen dient) blieb stets gewahrt und kann als Exempel für eine ebenso elaborierte wie höchst normative Konzeption politischer Sicherheit herangezogen werden.[64] Ein eindrückliches Fallbeispiel für das Fortbestehen eben dieses Diskurses finden wir in der außergewöhnlichen Fresco-Serie, die Ambrogio Lorenzetti 1339 in der *Sala di Nove* im Rathaus von Siena fertigstellte: „a large allegorical representation of Good and Bad Government".[65] Dargestellt werden zwei Allegorien des guten Regierens. Auf dem einen Fresco (Nordwand) ist das Regieren in Friedenszeiten zu sehen (*sença guerre*); hier nimmt eine personifizierte Pax im Kreise anderer Tugenden eine entspannte Mittlerrolle zwischen Justitia und dem Souverän ein;[66] das ausgewogene Zusammenspiel aller Drei ermöglicht erst *the good government*. Auf dem anderen Fresco (Ostwand) schwebt und steht Securitas über der gut regierten Stadt und dem gut regierten Land, in der Hand trägt sie ein großes Banner mit dem Versprechen, dass ein jeder ohne Furcht (*sença paura*) sein Leben leben könne, solange nur die Sicherheit im Gemeinwesen herrsche. Securitas ist hier, wie Hamilton akkurat aufzeigt, ebenfalls zweierlei: die Bedingung für gesellschaftlichen Frieden und zugleich Bestandteil desselben als Wächterin über die Stadt.[67] Als letztere verkörpert sie weitaus mehr als nur den instrumentellen Charakter, der der „vormodernen Sicherheit" so oft zugesprochen wird.[68] Ein drittes Fresco (Westwand) zeigt Stadt und Land unter schlechter Regierung, die Stadt im Krieg, dominiert von Timor, der personifizierten Furcht; hier kann – so die Inschrift – niemand ohne Todesfurcht seiner Wege gehen (*non… sença dubbio di morte*). Ha-

64 Vgl. Delumeau (1989) zum „bon governement": 21 ff., Schenk (2010) und Hamilton (2013).
65 Hamilton (2013), S. 138.
66 Hamilton (2013), S. 153 ff.
67 Vgl. Hamilton (2013), S. 139.
68 Siehe z. B. Kaufmann (1973), S. 60, oder implizit Conze (1984), S. 834 ff. Kaufmann liegt hier – Lorenzettis Fresci und die Debatte um das gute Regieren zeigen es deutlich – übrigens auch darin falsch, dass der werthafte Aspekt über Jahrhunderte hinweg rein durch das Wortsymbol „Friede" abgedeckt wurde (Kaufmann (1973), ebd.).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

milton arbeitet die „ deep affinity between Pax and Securitas” bei Lorenzetti heraus,[69] und auch Schenk führt dazu aus:

> „Ambrogio Lorenzetti's frescoes provide information – maybe exceptionally – about late medieval perceptions of salus publica, which can be described as public welfare or good social ‘configuration of order’. Securitas plays an important part in this configuration of order. The frescoes convey messages almost propagandistically, such as, for example, the statement that security in the Middle Ages is primarily connected with peace and justice, which are guaranteed internally by good jurisdiction and government, and that this security is based on the models of the above-mentioned virtues.”[70]

Ruft man sich ins Bewusstsein, dass die italienischen Stadtstaaten auch den späteren Renaissance-Humanisten nördlich der Alpen ein ausgezeichnet bekanntes und hoch anerkanntes Vorbild waren, so ist der Weg von Siena 1339 nach London 1516 alles andere als weit, und Morus’ Utopia ist nicht mehr und nicht weniger als ein wichtiger Beitrag zu eben jener Debatte um das *good government*, um Sicherheit und Frieden. Dazu auch Skinner, ganz selbstverständlich: „More’s text is sometimes approached as if he introduced a completely new topic into Renaissance political thought. But in fact the question of what constitutes the best state of a commonwealth had been a standard subject of debate throughout the era of the Renaissance.”[71] Damals wie heute ging es um Fragen politischer Sicherheit, letztlich um die Frage, in was für einem Gemeinwesen Menschen leben wollen und wie sie leben wollen:[72]

---

69 Hamilton (2013), S. 157.

70 Schenk (2010), S. 212 f.

71 Skinner (2002), S. 214.

72 Schenk und Zwierlein / Graf untersuchen diese Fragen aus Perspektive der so genannten *Human Security*, die aus ihrer Sicht nach etlichen Jahrhunderten als Alternative zum staatenfokussierten Sicherheitsdenken des Westfälischen Systems entwickelt worden sei. Hier muss man allerdings kritisch anmerken, dass politische Sicherheit – möglicherweise bis nach Ende des zweiten Weltkrieges, als die Sicherheitsdefinition der Disziplin der Internationalen Beziehungen vorherrschend wurde – immer auch die Sicherheit von Individuen mit einbezog. *Human Security* ist ein rein artifizielles Konzept der 90er Jahre, mittels dessen angestrebt wurde, Alternativen zur vom so genannten Realismus geprägten Sicherheitskonzeption der IB zur Geltung zu verhelfen. Weder kann die Konzeption von *Human Security* allerdings die Frage beantworten, welche Gemeinschaft für welche Sicherheit von welchen Individuen verantwortlich zeichnen soll, noch Auskunft darüber geben, wer sich auf welche Weise über den Bedeutungsgehalt von Sicherheit verständigt. Insofern sei vor einer undifferenzierten Anwendung auf die Vormoderne gewarnt.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

> „A state will be in its best state, it was widely agreed, if and only if two claims can appropriately be made about it. One is that its laws are just and thereby serve to promote the common good of its citizens. The other is that its citizens are in consequence able to pursue their own happiness, 'living and living well' in the manner most befitting the nature and dignity of mankind."[73]

Zum einen verweist dies auf eine weitere fehlerhafte Annahme Kaufmanns, der davon ausgeht, dass Sicherheit erst in Zeiten eines Weltverständnisses zum Wertbegriff werden konnte, „in dem der Mensch und nicht mehr Gott als der eigentlich Handelnde, als der ‚Geschichte Machende' verstanden wird."[74] Zwar galten politische Sicherheit und Frieden zeitgenössisch letztlich als Geschenk von Gott; das verantwortungsvolle weltlich-politische Handeln wurde davon aber oftmals weniger beeinflusst als angenommen, ebenso wenig die Diskussionen darüber, wie Sicherheit und gutes Regieren beschaffen sein sollten.[75] Zum anderen sehen wir hier eine bedeutsame Dimension politischer Sicherheit, die sich eben nicht erst in der so genannten Moderne entwickelte, sondern kontinuierlich im Zentrum öffentlicher und politischer Debatten stand. Letztlich ist es eben gerade diese Debatte gewesen, die zu anderer Zeit dann zur schrittweisen Etablierung der modernen liberalen Demokratien führte, zu möglichst gerechten, nicht utopisch-vernünftigen Institutionen als Ausgestaltung und Umsetzung dessen, was im Zeitalter der Aufklärung als gutes Regieren diskutiert wurde, lang vergangene Ausformungen dieser Diskussion immer abrufbar haltend.

Dies mag uns gegenwärtig auf zweierlei Weise zum Nachdenken anregen: Wenn wir aktuell über eine Erosion von Sicherheit reden, über emergierende Bedrohungen und allgemeinen Sicherheitsmangel, dann gilt es doch auch, sich stets aufs Neue bewusst zu machen, welche Errungenschaften über die Zeiten hinweg erstritten wurden, welche Sicherheit(en) wir heute unser gesellschaftliches Eigen nennen dürfen, ja, welchen hohen Standard politischer Sicherheit wir schätzen dürfen. Andererseits legt die fortwährende Debatte um gutes Regieren zugleich jedoch auch die Einsicht nahe, dass es hier um Fragen geht, die eben nicht abschließend verhandelt, sondern immer und immer wieder reflektiert werden müssen, über die heute genauso gestritten werden muss wie zu vergangenen Zeiten. Die-

73 Skinner (2002), S. 215.
74 Vgl. und siehe Kaufmann (1973), S. 54.
75 Hamilton (2013), S. 193, s. auch Anm. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen Streit im demokratischen Rahmen zu führen und ihn rechtsstaatlich eingehegt zu wissen, ist geradezu ein Luxus politischer Sicherheit, für den wir stärker einstehen sollten, wenn er uns wichtig ist.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, was Hamilton zum Verhältnis von Sicherheit, Frieden, Unsicherheit und Furcht anmerkt. Ähnlich wie ich an anderer Stelle argumentiere, dass das Verständnis und die Erfahrbarkeit von Sicherheit sich immer aus Unsicherheit(en) ableiten, und zudem Furcht als notwendiges Komplementärkonzept zu Sicherheit identifiziere,[76] so arbeitet auch Hamilton die Interdependenzen der vier Konzepte – Frieden, Sicherheit, Unsicherheit, Furcht – heraus: „To specify both peace and security as processes of removal (*sença guerre* and *sença paura*, respectively) is to identify the negative object of removal as a prerequisite. (…) There could be no security without care for the simple reason that security, precisely as a negation, must have something to negate.”[77] Dann folgt eine weitere für die Rekonstruktion politischer Sicherheit interessante Feststellung: „Political and theological theories from late antiquity into the medieval period consistently recognized this logic, which essentially belongs to a common understanding of ‘peace’. In classical Latin usage, the word *pax* rarely denoted a simple absence of disorder or disturbance but rather a specific triumph over the privative events of war or discord.”[78] Gerade aus einem gegenwartsbezogenen Erkenntnisinteresse heraus sollte die Einsicht, dass Unsicherheiten und Ängste zu einem gewissen Maße und mit einer gewissen Besonnenheit als selbstverständlich hingenommen werden müssen, um Sicherheit überhaupt verhandeln zu können, stärker fruchtbar gemacht werden. Zumindest denen, die um das gute Regieren stritten und bis heute streiten, ging (und geht) es also gar nicht so sehr um das Widerherstellen von Sicherheit und Ordnung nach dem Vorbild einer oftmals idealisierten Vergangenheit, wie Achim Landwehr

76 Marciniak (2015), S. 26 u. 28.

77 Hamilton (2013), S. 157.

78 Hamilton (2013), S. 157. Hier scheint mir ein interessanter Ansatzpunkt für weitere Überlegungen und Forschung zu liegen. So identifizieren z. B. Christoph Kampmann und Ulrich Niggemann die Universalität des Friedens und die raum- und zeitgebundene Begrenztheit der Sicherheit als einen wesentlichen Unterschied der beiden frühneuzeitlichen Konzepte Sicherheit und Frieden – eine kluge Argumentation, die ich, vom religiösen Heilsfrieden einmal abgesehen, anhand der hier betrachteten Debatte um das gute Regieren und der Rolle sowie Beziehung beider Konzepte im Rahmen dieser Debatte jedoch für diskutabel halte (vgl. Kampmann/Niggemann (2013), S. 14-17).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schreibt.[79] Im Zentrum ihres Denkens und Handelns stand das Bestreben, theoretisch zu reflektieren, wie man in der politischen Praxis der jeweiligen Gegenwart am besten mit Unsicherheiten umzugehen vermag. Stabil blieb der Diskurs zum guten Regieren hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Präsenz; die Antworten, die gefunden wurden, variierten jedoch, Kontinuität und Wandel gingen miteinander einher. Wenn Landwehr also (durchaus kritisch) anführt, dass „Verschiebungen des Zustands der Sicherheit in abwesende Zeiten den Verdacht nahelegen, dass die Gegenwart durch eine permanente Unsicherheit geprägt ist – und dass gleichzeitig die Sicherheit zu einem unerreichbaren, weil immer verschobenen Zielzustand wird“,[80] dann folgt er damit unbewusst Interpretationen, die das Konzept Sicherheit politisch instrumentalisieren und aus diesem Grunde einen Gegensatz zwischen Sicherheit und Unsicherheit, Sicherheit und Furcht konstruieren. Die Kritik muss nicht an die zeitliche Verschiebung gerichtet werden, sondern generell an den Versuch, Sicherheit von Unsicherheit zu isolieren. Denn uns lehrt schon die uralte Debatte um das gute Regieren, dass sich alle drei Konzepte – Sicherheit, Unsicherheit, Furcht – bedingen. Sicherheit ist nicht zu haben ohne ihre verpönten Geschwister, sie war und ist nie absolut oder auf Dauer gestellt.

Hierzu gesellt sich ein weiterer Aspekt, der für die Rekonstruktion des Konzepts politischer Sicherheit von Interesse ist und sich anhand der Debatte um das gute Regieren in den Blick nehmen lässt. Es handelt sich um die Frage der Teilhabe an politischen Prozessen, um die Partizipation an Herrschaft oder zumindest an der Auseinandersetzung um Herrschaft. Gesellen wir uns dazu noch einmal zum fiktiven Thomas Morus und seinem Gesprächspartner Raphael Hythlodaeus. Im Rahmen ihrer Unterhaltung und in Zusammenhang mit ihrem Zorn über und ihrer Kritik an dem ausbeuterischen Adel und der sozialen Verelendung im England zur Zeit Heinrich VIII. diskutieren Hythlodaeus, Morus und sein Gast Peter Aegid in Buch 1 von Utopia auch die Möglichkeiten oder gar Pflichten Intellektueller, sich in Politik einzubringen, sich gewissermaßen als „Fürstenberater“ zu engagieren. Hythlodaeus lehnt dieses Ansinnen Morus’ und Aegids mit klaren Worten ab, für zu verdorben hält er Adel und Politik. Morus widerspricht mehrfach entschieden: „Indessen scheint mir, du würdest durchaus deiner selbst und deiner edlen Gesinnung, ja eines wahren Philoso-

79 Landwehr (2017), S. 54.
80 Landwehr (2017), S. 53.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

phen würdig handeln, wenn du dich entschließen könntest (…), deine Begabung und deinen Eifer dem öffentlichen Wohl zu widmen.“[81] Durch die ganze Utopia zieht sich dieser Streit um die Partizipation an politisch-gesellschaftlicher Gestaltung, und wiederum bildet sich hier ein weiterer wichtiger Strang der Debatte um das gute Regieren ab, der die Jahrhunderte überdauerte und von den Renaissance-Humanisten weiter rezipiert und bedacht wurde. Da geht es zum einen um die Frage, wie der „gute Regent“ beschaffen sein muss, welche Eigenschaften ihn auszeichnen müssen, gleichwohl aber auch – so im Dialog zwischen Morus und Hythlodaeus – um die Frage, wie der Einzelne sich nicht nur in die Gesellschaft einbringen *kann*,[82] sondern einbringen *muss*. Morus' Utopia ist ein ausgezeichnetes Exempel für diesen anderen zentralen Punkt der Debatte und dessen Kontinuität, rekurriert Morus doch nahezu wörtlich auf Cicero und dessen *De Officiis*. „Jede Pflicht, die die Gemeinschaft und Gesellschaft der Menschen zu wahren vermag, ist jener Pflicht voranzustellen, die in der Erkenntnis und dem Wissen gründet“,[83] schreibt Cicero, und an anderer Stelle: „Alle diese Künste haben ihren Ort im Aufspüren der Wahrheit. Im Eifer für sie aber sich vom Handeln abbringen zu lassen, ist gegen die Pflicht. Alles Lob nämlich der Tugend besteht im Handeln.“[84] Das ist genau das Plädoyer für die Bedeutung der *vita activa*, das nicht nur der fiktive Morus in Utopia, sondern auch sein reales *alter ego* und viele andere Humanisten teilen und energisch kommunizieren. Kurz gesagt, Ciceros „De Officiis furnished virtually the whole framework for civic humanist discussions of the active life”.[85] Derjenige, der sich einbringen möchte und muss, sollte allerdings die gleichen Qualitäten haben wie der gute Regent selbst, so Cicero: „Frei muß man aber sein von jeder Verwirrung des Geistes, sowohl von Begierde und Furcht, als auch besonders von Kummer, zu großer Lust und Zorn, auf daß Ruhe der Seele und Ungestörtheit

81 Utopia, S. 21.
82 Der Einzelne, der – das muss angefügt werden – immer ein gebildetes Individuum ist, es handelt sich hier ausschließlich um Debatten in Intellektuellenkreisen.
83 Cicero (2001), I. XLIV, 158, S. 135.
84 Cicero (2001), I.VI, 19, S. 19.
85 Skinner (2002), S. 218. Skinner unterstreicht anschließend noch einmal, dass „by More's time the argument had become part of the common currency of humanist debate” (Skinner (2002), S. 221, Anm. 58).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

herrsche, die Beständigkeit und Würde mit sich bringt."[86] Um *tranquillitas animi et securitas* geht es da, welche die Forschung in diesem Kontext überwiegend als rein individuelle Gemütsruhe und ein positives Gefühl identifiziert.[87] Dahinter verbirgt sich jedoch weit mehr als das. Die von Cicero angepriesene und als notwendig erachtete Gemütsruhe ist eben nicht nur individuell von Bedeutung. Angesichts der Pflicht der dazu Befähigten, sich politisch einzubringen, ist sie von vorneherein an Öffentlichkeit und politisches Handeln, an die *vita activa*, geknüpft, wird somit zum Teil des guten Regierens und zu einer Dimension nicht nur individueller, sondern politischer Sicherheit. Dies umso mehr, wenn man Hamiltons Argument mitdenkt, dass Sicherheit in erster Linie immer den angemessenen Umgang mit Unsicherheiten bedeutete, eine Fähigkeit, die dem guten Herrschenden gegeben sein muss. In diesem Sinne bildet die Auseinandersetzung der Renaissance-Humanisten um die Charakteristika, die „the virtue of true nobility" auszeichnen, ohne die kein Regent ein guter sein kann – und mit Skinner kann man Morus' Utopia zweifelsohne als Einlassung in diese Auseinandersetzung werten[88] –, eine weitere Dimension der Aushandlung politischer Sicherheit, die über die Zeiten hinweg Bestand hatte. Selbst das Nachdenken über gerechte Institutionen und demokratische Herrschaft kann als Weiterentwicklung dieser Debatte bis heute

86 Cicero (2001), XX, 69, S. 61. Lateinische Version, ebd.: S. 60: „ Vacandum autem omni est animi perturbatione, cum cupiditate et metu tum etiam aegritudine et voluptate nimia et iracundia, ut *tranquillitas animi et securitas* adsit, quae affert cum constantiam tum etiam dignitatem." Und später: „Aber die, welche von Natur Hilfsquellen zum Handeln haben, müssen alles Zaudern von sich werfen, die Ämter zu erlangen suchen und sich im Gemeinwesen betätigen. Denn anders kann kein Staat gelenkt werden, keine Seelengröße bewiesen werden. Die aber, die das gemeine Wesen in die Hand nehmen, müssen ebenso sehr wie die Philosophen, vielleicht sogar noch mehr, hohen Sinn und die oft genannte Verachtung der menschlichen Dinge mit sich bringen und die Ruhe der Seele und Ungestörtheit, sofern sie nicht beklommen sein wollen, und mit Ernst und Beständigkeit leben (Cicero 2001), XXI, 72, S. 63." Lateinische Version: „Sed iis, qui habent a natura adiumenta rerum gerendarum, abiecta omni cunctatione dipiscendi magistratus et gerenda res publica est; nec enim aliter aut regi civitas aut declarari animi magnitudo potest. Capessentibus autem rem publicam nihil minus quam philosophis, haud scio an magis etiam, et magnificentia et despicientia adhibenda sit rerum humanarum, quam saepe dico, et *tranquillitas animi atque securitas*, si quidem nec anxii future sunt et cum gravitate constantiaque victuri" (Ebd.: S. 62). (Hervorhebungen durch die Verfasserin.)

87 Siehe z. B. Conze (1984), S. 832.

88 Siehe Skinner (2002).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

verstanden werden, bedeutet Demokratie, jenseits der von in westlich-liberalen Staaten geschätzten so genannten demokratischen Werte wie Freiheit und Gleichheit, doch immer auch die legitimierte Institutionalisierung von Misstrauen, d.h. den angemessenen Umgang mit der tiefen Unsicherheit, dass den Herrschenden *the virtue of true nobility* möglicherweise nicht gegeben sein mag, die Etablierung und Institutionalisierung von *securities against misrule*.[89]

4. Utopisches Denken als politische Sicherheit

Wie politische Sicherheit beschaffen sein kann oder sollte, darüber sollte in einem Gemeinwesen nicht leichtfertig verfügt werden, und das regelt sich – angesichts der Bedeutung subjektiver Sicherheit, d.h. dem Gefühl von Individuen, sicher zu sein – auch nicht nur über gerechtfertigte legale Ordnungen. Ein angemessener Umgang mit Sicherheit und Unsicherheit muss das gegenseitige Versprechen in sich bergen, den Bedeutungsgehalt von politischer Sicherheit immer aufs Neue auszuhandeln – und zwar nicht nur ausgehend vom Wandel, sondern auch von den Kontinuitäten, denen das Konzept seit der Antike unterworfen gewesen ist und die es als ein substanzielles und in gewisser Weise eben auch konsistentes Konzept auszeichnen.[90] Wird diese Perspektive des Aushandelns stark gemacht, so wird das oftmals in Zusammenhang gestellt mit einem als „enlightened understanding“ bezeichneten Verständnis politischer Sicherheit. Sicherheit wird dann als gemeinsame Unternehmung von gesellschaftlichem Kollektiv und Individuum aufgefasst: „Individual security, in the liberal thought of the Enlightenment, is thus both an individual and a collective good. It is a condition, and an objective, of individuals. But it is one that can only be achieved in some sort of collective enterprise.”[91] Die Untersuchung von Thomas Morus’ Utopia und das Nachdenken darüber aus verschiedenen Blickwinkeln konnte deutlich machen, dass solche Aushandlungsprozesse bereits in so genannten vormodernen und vordemokratischen Zeiten statt-

89 Bentham (1990).

90 Hier wiederhole ich mich zum einen bewusst (vgl. Marciniak (2015), S. 351), halte aber zum anderen den in diesem Beitrag noch einmal intensiver und aus anderer Perspektive angedachten Aspekt der Kontinuität für einen wesentlichen, dem weiter nachgegangen werden sollte.

91 Rothschild (1995), S. 63.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fanden: Da ist das textimmanente Gespräch, das Morus als platonischen Dialog mit Hythlodaeus führt. Da ist der Austausch mit einer intellektuellen Öffentlichkeit, eben jenem zeitgenössischen humanistischen Zirkel, der sich (niemals nur, aber immer auch) mit Bedingungen und Möglichkeiten des guten Regierens auseinandersetzt.[92] Und da ist Utopia selbst, der Inselstaat in der Ferne, der als Gedankenexperiment jeden Leser zur Diskussion aufruft. Als Gedankenexperiment eröffnet Utopia neue Denk- und Vorstellungsräume. Ganz gleich, wie der Leser zu Utopia steht, er wird dazu provoziert, „die Wirklichkeit (…) vergleichend und kritisch zu prüfen."[93] Dahinter verbirgt sich aber weit mehr: Die Gesamtaussage Utopias lehrt uns bis heute, dass diese unsere bestehende Welt nicht nur kritisiert, sondern auch verändert werden kann. Und, mehr noch, dass sie verändert werden soll. Morus sieht die Menschen in der Lage, ihre Gesellschaft zu gestalten, und er fordert sie dazu auf. Im Inselstaat Utopia ist nicht alles optimal, der fiktive Morus macht uns Leser am Ende selbst darauf aufmerksam, wenn er seiner Hoffnung Ausdruck verleiht, das Gespräch mit Hythlodaeus bei anderer Gelegenheit fortsetzen und intensivieren zu können: „Möchte es doch noch einmal dazu kommen! Bis dahin kann ich gewiß nicht allem zustimmen, was er sagte."[94] Und doch kann anhand dieses nicht perfekten, weil eben zu perfekten Gesellschaftsmodells Utopia über ein anderes bestehendes Gesellschaftsmodell diskutiert werden, können möglicherweise andere Modelle erdacht und entwickelt werden. Eine angemessene Ordnung erfüllt sich schon bei Morus nicht erst in der Heilsordnung Gottes, sondern ist durch ein Nachdenken und die Auseinandersetzung über Vergangenheit und Gegenwart und über denkbare gesellschaftliche und politische Alternativen sowie durch vernünftiges Handeln herbeizuführen. Politisch-gesellschaftliche Vorstellungen können, ja sollen hier ausgehandelt werden, darunter eben auch das, was eine Gesellschaft unter Sicherheit verstehen will, welche Erwartungen gesichert werden müssen oder sollen und welche Unsicherheiten ausgehalten werden wollen oder müssen. In eben dieser Hinsicht brauchen wir Utopia auch fünfhundert Jahre nach ihrem Entstehen, bedürfen wir utopischen Denkens weiterhin, und zwar dringend – gerade in der reziproken Verbindung mit historischem Denken, die Habermas anmahnt: um alternative Denkräume zu öffnen wie offen zu halten und um schlechterdings die not-

92 Siehe z. B. Hankins (1996), S. 124 oder auch Skinner (2002).
93 Nipperdey (1975), S. 123.
94 Utopia, S. 147.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wendige Debatte um politische Sicherheit und gutes Regieren weiterzuführen. Im Gegensatz zu den Utopiern würden viele von uns heutzutage „den besseren Zustand [ ] denken als den, in dem man ohne Angst verschieden sein kann“.[95] Unser Gut ist, dass wir ihn so denken dürfen und dafür streiten können, denn wir waren und sind, wie Pico della Mirandola, den Morus so verehrte, uns bereits mit auf den Weg gab, „[v]orbestimmt, das zu sein, was wir sein wollen.“[96]

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (1980), Minima Moralia, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/M.

Arnswald, Ulrich (2010), Einführung: Zum Utopie-Begriff und seiner Bedeutung in der Politischen Philosophie, in: Ulrich Arnswald / Hans-Peter Schütt (Hg.), Thomas Morus' Utopia und das Genre der Utopie in der Politischen Philosophie, Karlsruhe, S. 1-36.

Baker-Smith, Dominic (2011), Reading *Utopia*, in: George M. Logan (Hg.), The Cambridge Companion to Thomas More, Cambridge, S. 141-167.

Bentham, Jeremy (1990), Securities against Misrule and other Constitutional Writings for Tripoli and Greece, in: Schofield, Philip (Hg.), The Collected Works of Jeremy Bentham, Oxford.

Berglar, Peter (1981), Die Stunde des Thomas Morus. Einer gegen die Macht, Freiburg.

Buzan, Barry u. a. (1998), Security Analysis: Conceptual apparatus, in: Ders. u. a. (Hg.), Security: A New Framework for Analysis, London, S. 21-47.

Chambers, Raymond Wilson (1935), Thomas More, London.

Cicero, Marcus Tullius (2001), De officiis / Vom rechten Handeln, Lateinisch und Deutsch (hrsg. und übersetzt von Karl Büchner), Düsseldorf u. a.

Conze, Eckart (2005), Sicherheit als Kultur: Überlegungen zu einer ›modernen Politikgeschichte‹ der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 53/3, S. 357-380.

Conze, Werner (1984), Sicherheit, Schutz, in: Otto Brunner u. a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, Historisches Lexikon zur politisch sozialen Sprache in Deutschland, Stuttgart, S. 831-862.

Delumeau, Jean (1989), Rassurer et protéger. Le sentiment de sécurité dans l'Occident d'autrefois, Paris.

95 Adorno (1980), S. 114.
96 Pico della Mirandola (1983), S. 68.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Fest, Joachim C. (1991), Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin.

Forst, Rainer (2006), Utopie und Ironie: Zur Normativität der Politischen Philosophie des „Nirgendwo“, in: Günter Abel (Hg.), Kreativität, XX. Deutscher Kongress für Philosophie, 26.-30. September 2005 an der Technischen Universität Berlin, Kolloquienbeiträge, Hamburg, S. 92-103.

Habermas, Jürgen (1982), Theorie und Praxis, Frankfurt/M.

Habermas, Jürgen (1985), Die Neue Unübersichtlichkeit. Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien, in: Merkur 39, S. 1-14.

Hamilton, John T. (2013), Security. Politics, Humanity, and the Philology of Care, Princeton.

Hankins, James (1996), Humanism and the origins of modern political thought, in: Jill Kraye (Hg.), The Cambridge companion to Renaissance Humanism, Cambridge, S. 118-141.

Hankins, James (2007), Humanism, scholasticism, and Renaissance philosophy, in: Ders. (Hg.), The Cambridge Companion to Renaissance Philosophy, Cambridge, S. 30-48.

Kampmann, Christoph / Niggemann, Ulrich (2013), Sicherheit in der Frühen Neuzeit – Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Sicherheit in der Frühen Neuzeit. Norm – Praxis – Repräsentation, Köln u. a., S. 12-27.

Kaufmann, Franz-Xaver (1973), Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Stuttgart.

Landwehr, Achim (2017), Zukunft – Sicherheit – Moderne. Betrachtungen zu einem unklaren Verhältnis, in: Christoph Kampmann u.a. (Hg.), "Security turns its eye exclusively to the future". Zum Verhältnis von Sicherheit und Zukunft in der Geschichte, Baden-Baden, S. 37-56.

Lippert, Ekkehart (1997), Einleitung, in: Andreas Prüfert u. a. (Hg.), Sicherheit in der unsicheren Gesellschaft, Opladen, S. 7-20.

Logan, George M. (1983), Epilogue: “Utopia“ and Renaissance Humanism, in: Ders., The Meaning of More’s Utopia, Princeton, S. 254-270.

Luhmann, Niklas (1984), Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie, Frankfurt/M.

Marciniak, Angela (2015), Politische Sicherheit. Zur Geschichte eines umstrittenen Konzepts, Frankfurt/M.

Marciniak, Angela (2017), Skizze eines Forschungsprojekts: Politische Sicherheit. Die Rekonstruktion eines umstrittenen Konzepts, in: Martin H. W. Möllers / Robert C. van Ooyen (Hg.), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2016/2017, Frankfurt/M, S. 281-294.

Mieth, Corinna (2007), Liberalismus und Utopie – ein Widerspruch?, in: Beat Sitter-Liver (Hg.), Utopie heute, Bd. 1, Freiburg u. a., S. 79-110.

Morus, Thomas (2003), Utopia, übers. von Gerhard Ritter, Stuttgart.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Münkler, Herfried (2010), Strategien der Sicherung: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven, in: ders. u. a. (Hg.), Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert, Bielefeld, S. 11-34.

Nipperdey, Thomas (1975), Reformation, Revolution, Utopie. Studien zum 16. Jahrhundert, Göttingen.

Paul, Joanne (2017), Thomas More, Cambridge (Kindle E-Book-Version).

Pico della Mirandola, Giovanni (1983), Über die Würde des Menschen, in: Dora Baker, Giovanni Picodella Mirandola, 1463-1494, Sein Leben und sein Werk, Dornach.

Popper, Karl (1992), Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1 und 2, Tübingen.

Rothschild, Emma (1995), What is Security?, in: Daedalus 124/3, S. 53-98.

Saage, Richard (1991), Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt.

Saage, Richard (1997), Zum Verhältnis von Individuum und Staat in Thomas Morus Utopia, in: UTOPIE kreativ, 85/86, S. 134-145.

Schenk, Gerrit Jaspers (2010), "Human Security" in the Renaissance? "Securitas", Infrastructure, Collective Goods and Natural Hazards in Tuscany and the Upper Rhine Valley, in: Historical Research 35/4, S. 209-233.

Schmidt, George (2006), Art. Freiheit, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 3, Stuttgart, S. 1146-1164.

Schölderle, Thomas (2011), Utopia und Utopie. Thomas Morus, die Geschichte der Utopie und die Kontroverse um ihren Begriff, Baden-Baden.

Schrimm-Heins, Andrea (1991), Gewissheit und Sicherheit. Geschichte und Bedeutungswandel der Begriffe certitudo und securitas (Teil I), in: Archiv für Begriffsgeschichte 34, S. 123-213.

Skinner, Quentin (2002), Thomas More’s Utopia and the virtue of true nobility, in: Ders., Renaissance virtues (Visions of Politics, 2), Cambridge, S. 213-244.

Wegemer, Gerard B. (2011), More’s Earliest Views of Humanitas, Libertas, and Respublica, 1500-1506, in: Ders., Young Thomas More and the Arts of Liberty, Cambridge, S. 53-69.

Zwierlein, Cornel / Graf, Rüdiger (2010), The Production of Human Security in Premodern and Contemporary History / Die Produktion von Human Security in Vormoderne und Zeitgeschichte, in: Historical Social Research / Historische Sozialforschung Vol. 35/4, S. 7-21.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Die Zukunftslosigkeit hat schon begonnen.“ / „À la fin du temps.“ Endzeitdiagnosen des Kalten Kriegs und der Französischen Religionskriege im transepochalen Vergleich

Steffen Henne und Christian Wenzel

Den apokalyptischen Moment des 20. Jahrhunderts konnte der österreichische Philosoph Günther Anders minutengenau datieren: Seit dem 6. August 1945 um 8:16 Uhr, so eine seiner *Thesen zum Atomzeitalter* aus dem Jahr 1959, lebten er und seine Mitmenschen in der Endzeit.[1] Der erste Kampfeinsatz einer Kernwaffe seitens der USA hatte nicht nur bis dahin unbekannte Zerstörungskräfte enthüllt, sondern auch offenbart, dass sich die Menschheit fortan in ständiger existenzieller Gefahr befand. Die Zukunft war ungewiss, ja es war nicht einmal sicher, ob die Menschheit langfristig noch eine Zukunft haben würde. Bedeutete doch die Erfindung der Atombombe, so der Philosoph Hans Blumenberg bereits 1946, nichts weniger als „die universalste Gefährdung, die der Menschheit bisher entstanden ist und wohl überhaupt entstehen konnte.“[2] Universal war die atomare Gefahr nicht nur in ihrer räumlich umfassenden, planetarischen Zerstörungskraft, sondern auch in ihrer Auswirkung auf die zeitgenössische Temporalordnung – insbesondere auf das hergebrachte Zukunftsverständnis.[3] Günther Anders‘ akademischer Lehrer, Martin Heidegger, machte in diesem Sinne um 1950 eine „bestürzende denkerische Erfahrung“, die seine Lebensthemen – die Beziehung von Sein und Zeit, das Wesen der modernen Technik und das Leben als Sorge – berührten und zugleich herausforderten. Denn „[a]ngesichts der technischen Gewalt der Bombe stießen

1 Anders [1959b].

2 Blumenberg [1946], S. 127.

3 Zur für diesen Beitrag bedeutsamen ideen- und kulturgeschichtlichen Perspektive auf den Kalten Krieg vgl. Bernhard/Nehring (2014); Eugster/Marti (2015); Brandstetter (2010); Stölken-Fitschen (1995); Boyer (1994). Explizit zur Endzeit-Thematik vgl. Henne (2016); Stöver (2010), S. 256-269; und – aus literaturwissenschaftlicher Warte – Horn (2014a); dies. (2014b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

[…] die temporären Kategorien (Zukunft, Vergangenheit, Geschichte) […] an eine Grenze.“[4]

Die Tatsache, dass Intellektuelle Mitte des 20. Jahrhunderts überhaupt den drohenden Weltuntergang prophezeiten, stellt für den vorliegenden Beitrag insofern einen Ansatzpunkt dar, als dass schon die Gegenwart des 20. Jahrhunderts als Zukunft des 16. Jahrhunderts überaus unwahrscheinlich gewesen war. Gut 400 Jahre vor Günther Anders, Martin Heidegger und Hans Blumenberg stellte Artus Desiré, einer der einflussreichsten katholischen Autoren der Französischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts[5], mit seinem Werk über *Les quinze signes advenuz és parties d'Occident* eine Endzeitdiagnose[6], deren Überzeugtheit den Diagnosen der Zeitgenossen des 20. Jahrhunderts in nichts nachstand. Im Duktus des Endzeitpropheten schrieb Desiré, er und seine Zeitgenossen seien „tous bien de nostre fin“[7] und das „fin du Monde […] plus pres qu'on ne pense.“[8] Als Desiré das bevorstehende Ende der Welt diagnostizierte, konnte er sich auf das Interesse einer breiten Leserschaft verlassen: Seit Beginn des 16. Jahrhunderts, vor allem jedoch seit Mitte der 1550er Jahre erschienen in Frankreich unzählige Veröffentlichungen, die sich mit dem nahenden Ende der Welt auseinandersetzten; ein apokalyptischer Denkrahmen, der die Französischen Religionskriege des 16. Jahrhunderts katalysierte und radikalisierte.[9]

Der vorliegende transepochale Vergleich untersucht Endzeitdiagnosen, die intellektuelle Akteure im Kontext umfassender, existenzieller Konflikte formulierten: Sowohl die Französischen Religionskriege des 16. Jahr-

4 Heidegger zit. n. Raulff (2008), S. 78.
5 Zu Desiré monographisch Giese (1971), vgl. auch Crouzet (1990), S. 191 ff.
6 Desiré (1587).
7 Desiré (1587), S. 22.
8 Desiré (1587), S. 15.
9 Zu den Endzeitdiagnosen der Französischen Religionskriege und den Auswirkungen apokalyptischer Denkrahmen auf Entstehung und Eskalation der konfessionellen Konflikte Crouzet (1990) und Diefendorf (1991). Vgl. darüber hinaus Crouzet (1983); Crouzet (2008); Crouzet (2011) und Diefendorf (1985). Zum historiographischen Einfluss dieser Ansätze, die zu einer grundlegenden Neubewertung und Reakzentuierung der Ursachen der Französischen Religionskriege geführt haben, siehe die Kontroverse zwischen Holt (1993) und Heller (1994). Zuletzt hat Victoria (2009) eine umfassende Analyse apokalyptischer Texte des 16. Jahrhunderts aus literaturwissenschaftlicher Perspektive vorgelegt, die auf Basis einer breiten Quellengrundlage den gegenwärtigen Forschungsstand repräsentiert, vgl. ergänzend auch Victoria (2007).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

hunderts als auch der Kalte Krieg des 20. Jahrhunderts waren universelle Antagonismen, die sich um nicht weniger als die Legitimität des jeweiligen Weltbildes, d.h. die konfessionellen (katholisch/protestantisch) und gesellschaftspolitischen (liberaldemokratisch-kapitalistisch/sozialistisch-planwirtschaftlich) ‚Wahrheiten' drehten.[10] Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht der Zusammenhang zwischen der temporalen Struktur der diagnostizierten Endzeit – insbesondere mit Blick auf ihr Zukunftsverständnis – und den jeweils artikulierten Sicherheits- bzw. Unsicherheitsvorstellungen.[11] ‚Sicherheit' wird in Endzeitdiagnosen auf zweifache Weise zum Thema:

Erstens verweisen Endzeitdiagnosen auf die existenziellste Bedrohung, die das Verhältnis von Zukunft und Gegenwart, von Erwartungshaltung und Erfahrungsreservoire betrifft: das Ende der Welt und des Menschen. Unsicherheit meint in diesem Zusammenhang also die Wahrnehmung einer fundamentalen, existenziellen Gefahr für den Fortbestand von Mensch und Welt.

Zweitens zeigen Endzeitdiagnosen eine epistemische Unsicherheit im Sinne einer fundamentalen Ungewissheit hergebrachter Wissensbestände

10 Vgl. auch Reynolds (2010), S. 378.

11 Während des Kalten Krieges fächert der Begriff der ‚Sicherheit' aus und umfasst militärische Bedrohungen im Sinne äußerer bzw. nationaler und internationaler Sicherheit ebenso wie solche der ökonomischen und sozialen Sicherheit; vgl. Conze (2005); Daase (2009); vgl. auch Marciniak (2015), S. 260-346. Als ‚Politiken der Sicherheit' untersucht die Zeitgeschichte die Protest- und Friedensbewegungen als ein wichtiges Forschungsthema, vgl. Conze (2010); Nehring (2013); Wiechmann (2017). Zu den Komplementärbegriffen der „Angst" vgl. Conze u.a. (2016); Greiner u. a. (2009); Geyer (2001), und der „Krise" vgl. Greiner u.a. (2008). Zu Sicherheitserwartungen im Zusammenhang mit den mentalen Dispositionen des Vertrauens und der Ungewissheit vgl. Klimke u.a. (2016). Im Zusammenhang mit den Französischen Religionskriegen ist Sicherheit bislang weder systematisch noch heuristisch thematisiert worden. Ausgehend von Febvre (1956) haben zwar Muchembled (1978) und Delumeau (1989) Sicherheit in den Französischen Religionskriegen bzw. dem 16. und 17. Jahrhundert allgemein thematisiert, sind dabei jedoch von einem alltagssprachlich-essentialistischen Sicherheitsbegriff, bzw. von Sicherheit als negativer Kontrastfolie zur emotionsgeschichtlichen Thematisierung von Angst ausgegangen, anschaulich etwa an der von Muchembled (1978) eröffneten Trennung zwischen „peurs réelles" und „peurs irréelles" als Gegenbegriff zu Sicherheit. Auch Delumeau (1989) konzentriert sich, abgesehen von einigen einführenden Überlegungen zur Etymologie von „sécurité" und „sûreté" im französischen Sprachraum, primär auf eine essentialistische Retroprojektion.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

an, die sich als zeitgenössisches Welt- und Menschenbild stabilisieren.[12] Die in Endzeitbeschreibungen artikulierte Unsicherheit verweist in diesem Sinne auf eine die Erwartungen strukturierende Dissonanz von gegenwärtiger Situation und zukünftigem Zustand. Zukunft fungiert dabei als eine „epistemische Zeitlichkeit“[13], als eine Projektions- und Reflexionsfläche für Vergewisserungs- und Stabilisierungsversuche, die auf die Erosion evidenter Gewissheiten und prekär werdender epistemischer Kategorien und Wissensordnungen reagieren.

Wenn Intellektuelle des 20. wie des 16. Jahrhunderts die Erfahrung der Gegenwart als Endzeit beschrieben und damit den nahenden Weltuntergang prophezeiten, nahmen sie auf unterschiedliche Konzepte von ‚Zeitlichkeit' und ‚Welt' Bezug: Beide Kategorien können sich nicht, so die Prämisse des folgenden Vergleichs, auf überhistorische, konstante Bedeutungs- und Sinngehalte berufen, sondern sind selbst Gegenstände diskursiver Aushandlungsprozesse und geschichtlichen Wandels.

Jeweils in Form von Zwillingskapiteln fragt der Beitrag vor diesem Hintergrund zunächst nach den konstitutiven Wissensbeständen, die die jeweiligen zeitgenössischen ‚Welten' des 16. und des 20. Jahrhunderts als Denkrahmen und Bezugsgröße der entsprechenden Endzeitdiagnose konstituierten (Kap. 1). Das zeitgenössische Weltwissen strukturierte stets auch das Wissen um ein mögliches Ende der Welt und plausibilisierte die Möglichkeit eines drohenden Weltuntergangs. Gefragt wird also nach den bestehenden ‚Welt'-Bildern, die sich in einer spezifischen sprachlichen Verfasstheit, etwa im Gebrauch bestimmter Metaphern und Motive niederschlugen. Komplementär stellt sich die historisch-anthropologische Frage nach dem jeweiligen epochenspezifischen Menschenbild (Kap. 2): Welches Menschenbild lag der Vorstellung des Weltuntergangs zu Grunde? Lässt sich im Vergleich der prä- und postaufgeklärten Endzeitdiagnosen eine säkularisierende/säkularisierte Argumentation feststellen – und wenn ja, mit welchen Folgen für die Zuschreibung von Autonomie, der sich Handlungsoptionen eröffneten? Schließlich stellt sich die Frage nach dem jeweiligen Verständnis von Zeit und der Temporalstruktur, die in den unterschiedlichen Endzeitdiagnosen zum Ausdruck kam (Kap. 3). Wurde Zukunft als ein offener oder geschlossener Zeitraum imaginiert, bot sich die

12 Mit Gros (2015), S. 15, problematisieren sicherheitsbezogene Formen politischer Kommunikation die erodierende „Übereinstimmung der Dinge mit sich selbst und die sich davon herleitende“ Dissonanz von Erfahrung und Erwartung.

13 Bühler / Willer (2016), S. 9.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Möglichkeit seiner Gestaltung oder war er bereits ausgestaltet? Inwiefern gingen diese Vorstellungen von Zukunft mit Artikulationen von Sicherheit und Unsicherheit einher – wirkte die Zukunft bedrohlich oder verheißungsvoll?

1. Kosmologien – „Welten" vor dem Untergang

Der Bedeutungsgehalt des Weltbegriffs variiert in seiner inhaltlichen Füllung und Reichweite. Mit den sich wandelnden Referenzen und Rationalitäten verändern sich auch die jeweiligen Endzeitdiagnosen. Die „Welt", deren Untergang etwa Günther Anders im 20. Jahrhundert prophezeite, meinte etwas anderes als die „monde", deren Ende Artus Desiré im 16. Jahrhundert nahe sah. Zu Beginn des transepochalen Vergleichs von Endzeitdiagnosen soll zunächst die Frage gestellt werden, was die „Welt" ausmachte, deren Untergang prophezeit wurde. Welches Wissen strukturierte, welche Existenzweisen, Sinnformen und Evidenzen prägten sie? An welche Wissensbestände konnten Endzeitdiagnosen also anschließen? Worauf konnten die jeweiligen Überzeugungen gründen, in einer Endzeit zu leben?

Die Welt des Kalten Krieges

Intellektuelle Beobachter der 1950er und 1960er Jahre beschrieben sich und ihre Zeitgenossen als Bewohner einer Welt, die in zweifacher Weise von Katastrophen betroffen war. Die Gegenwart war einerseits gerahmt durch die unmittelbare Erfahrung verhängnisvoller Ereignisse, andererseits durch die Erwartung imminenter Bedrohungen. In der nahen Vergangenheit lagen die Schrecken des Zweiten Weltkriegs und die für den zeitgenössischen Endzeitdiskurs besonders einflussreichen Kampfeinsätze von Kernwaffen gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki durch der USA. Schon die vorangegangenen Tests und Forschungsunternehmungen hatten *points of no return* markiert, indem sie jenes technische Wissen unwiderruflich in die Welt gebracht hatten, das den Menschen mit einer nie dagewesenen Zerstörungsmacht ausstattete. Aber nicht nur der Erfahrungsraum der 1950er und 1960er Jahre, auch ihr Erwartungshorizont war katastrophisch aufgeladen: Allem voran die mögliche Eskalation der Blockkonfrontation und der Ausbruch eines nuklear geführten Dritten

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Weltkriegs waren die imaginären Szenarien, die die Weltuntergangsbefürchtungen der Zeitgenossen nährten und die Prämissen der weltpolitischen Lage bis zum Ende des Kalten Krieges setzten sollten.[14] Als gleichsam technisches Apriori des Weltuntergangs füllte die neue Waffengattung nuklearer Sprengköpfe seit 1945 die Arsenale der USA und seit 1949 jene der UdSSR: Die Existenz von Kernwaffen war die Bedingung einer fatalen Möglichkeit, die bis dato nur als Phantasmagorie und Traum, als biblische Prophetie und – seit dem 19. Jahrhundert – als Plot von Science-Fiction-Literatur plausibel gewesen war: die Möglichkeit wenn nicht der vollständigen Vernichtung der Menschheit, so mindestens der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensbedingungen.[15]

Ihre Evidenz bezog die durch den nukleartechnologischen Untergang bedrohte Welt in den Zeitdiagnosen deutschsprachiger Intellektueller vor allem aus der wesentlichen Annahme, allein der Mensch als autonomes Subjekt und das Wissen um seine Geschichte bereiteten den stabilen Grund neuzeitlicher Welterfahrung und -erwartung. Als unhintergehbare Selbstverständlichkeit galt demnach *erstens*, dass die Gegenwart der 1950er und 1960er Bestandteil einer säkularisierten Epoche war, deren Weltbild *anthropozentrisch* und *historisch* geordnet war.[16] Der Mensch war demnach der stabile Orientierungspunkt für das Verständnis eines dynamischen (*welt*-)geschichtlichen Prozesses, der formal als kontinuierlicher und irreversibler Verlauf zwar nicht zu beeinflussen war, dessen Modus permanenten Wandels sich aber mit einem Versprechen von Gestaltbarkeit und neuartigen Autonomiepotenzialen verband. Geschichtliches Denken stiftete immanenten Sinn, der die Veränderung der Welt als Resultat menschlichen Denkens und Handelns, Wollens und Hoffens, Arbeitens

14 Vgl. zum Kalten Krieg als ‚Imaginarium' Kaldor (1990).

15 Vgl. Uerz (2006), S. 321 f.; Horn (2014a), S. 79; dies. (2014b), S. 43. Zu seinerzeit dezidiert ökologisch-biologisch fundierten Überlegungen über die Zerstörung der Biosphäre s. Mausbach (2016): „[…] biologists […] found it entirely possible – as Paul Ehrlich, Professor of Biological Sciences and Population Studies at Stanford University, explained at the Washington conference – that 'the biological impacts of a war, apart from those resulting directly from a blast, fire, and prompt radiation, could result in the end of civilization in the Northern Hemisphere.' […] 'A nuclear war just prior to or during the growing season would wipe out practically all land plants in those latitudes. […] Ehrlich did not hesitate to drive home the point: 'Without the photosynthetic activities of plants, virtually all animals, including human beings, would cease to exist.'" Vgl. auch Rubinson (2014).

16 Wiersing (2007), S. 11; Heuer (2012), S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und Produzierens begreifbar machte. Das neuzeitliche Wissen über die Phänomene der Welt – so die über Jahrhunderte eingeprägte Selbstverständlichkeit – war immer auch historisches Wissen. Sein sinnstiftendes Moment entfaltete historisches Denken vor allem dadurch, dass es die chaotische Vielheit der Ereignisse und Phänomene in einen linearen, die Zeitebenen verbindenden Geschehenszusammenhang – die Geschichte im Kollektivsingular – zu integrieren vermochte.[17] Die Kulturtechnik der Historisierung ermöglichte somit eine zeitliche Verortung, mit deren Hilfe Erfahrungen des ‚Neuen' und ‚Unbekannten' zu rationalisieren und zu bewältigen waren.

In den 1950er und 1960er Jahren fand diese Praxis der Historisierung des ‚Neuen' in der Auseinandersetzung mit der atomaren Bedrohung Anwendung, die als technik-, ja als welthistorische Zäsur beschrieben wurde.[18] Als ebenso bedeutsame wie folgenreiche Erfindung betteten Intellektuelle die Atombombe in den sinnhaften Geschehenszusammenhang einer Technik- und Wissenschaftsgeschichte ein, die den exzeptionellen Status des Menschen als denkendes und handfertiges Wesen hervorstellte. Bereits 1946 hatte Hans Blumenberg die Explosion der Atombombe zurückgeführt auf „die abstrakteste und diffizilste Denkleistung der Gegenwart, die theoretische Physik". Und die Durchführung des Trinity-Tests – die im neumexikanischen Niemandsland erfolgte Zündung des ersten nuklearen

17 Zum sinnstiftenden Konnex von Mensch und Geschichte Anders [1960], S. 173: „Für uns, die wir die Geschichte sind […]." Später ders. (1979), S. 412, zur Kontinuität des historischen Wandels: „Da unsere Welt, und nun mein ich ausschließlich die menschliche Welt […] eine geschichtliche ist, Geschichte aber per definitionem weitergeht, ist die ‚Gänze der Geschichte' niemals erreicht […]." Vgl. Freyer (1961), S. 73: „Es ist immer dasselbe Zeitschema, in das der Geschichtsstoff eingefüllt wird: immer ein Zielpunkt in der Zukunft, auf den hin oder von dem her die Vergangenheit gedeutet wird, und immer die Gegenwart als das Nadelöhr, durch das die Geschichte hindurch muß, um so deutbar zu werden." Vgl. zum geschichtlichen Zukunftsverständnis ebd., S. 216 f.: „Insofern gehört die Zukünftigkeit zur Grundfigur des geschichtlichen Geschehens. Aber diese Zukunft ist immer absehbar. Sie betrifft das Gegebene und was aus ihm zu machen ist. Sie existiert im Modus der Möglichkeit, der Aufgabe, des anstehenden Problems und der offenen Entscheidung […] jedenfalls handelt es sich auch hier immer um das Absehbare, Un-Endgültige, um die mit der Gegenwart gegebene Zukunft".

18 Am „6. August 1945, dem Hiroshimatage", so Günther Anders [1959b], S. 93, „hat ein neues Zeitalter begonnen". Und auch Karl Jaspers (1961), S. 14, beschrieb die Atombombe aufgrund ihrer unvorstellbaren Zerstörungskraft als „ein grundsätzlich neues Ereignis".

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sprengsatzes – bezeichnete er als einen „Kulminationspunkt der Entwicklung einer theoretischen Leistung".[19]

Auf den ersten Blick scheint sich die Erfindung der Nukleartechnik, als historisches Ereignis, als Bezugs- und Mittelpunkt eines ‚atomaren Zeitalters' in die anthropozentrische und geschichtlich legitimierte Ordnung einzufügen. Bei genauerer Betrachtung unterlief das weltenzerstörende Artefakt ‚Atombombe' jedoch diese Ordnung und stellte sie grundlegend in Frage. Die Deutung der Gegenwart als Endzeit kann dabei als Symptom dieser Irritation evidenten Wissens verstanden werden. In den Zeitdiagnosen der 1950er und 1960er Jahre lassen sich zwei dominante Deutungsmuster identifizieren, mit denen Intellektuelle die existenzielle wie epistemische Verunsicherung zugleich zu artikulieren und zu verarbeiten versuchten. So hatte das religiös-metaphysische Motiv der Apokalypse ebenso Konjunktur wie die geschichtsphilosophisch inspirierte Rede vom Posthistoire.

Beschreibungen der Gegenwart als Apokalypse erfüllten in der Hochphase des Kalten Krieges eine doppelte zeitdiagnostische Funktion: Sie zeigten ideengeschichtliche Kontinuitäten zu vergangenen Endzeiten auf und konturierten zugleich Spezifika der gegenwärtigen Endzeit. In der Tradition älterer Endzeitdiagnosen vermittelte die Verwendung einer apokalyptischen Semantik zunächst die existenzielle Tragweite der bevorstehenden Bedrohung, indem sie bestimmte Ereignisse als Offenbarung, d.h. als Zeichen einer nahen Erfüllung der Zeit darstellte. Hans Blumenberg etwa schilderte in diesem Sinne die Zerstörung Hiroshimas als „apokalyptische Uraufführung des Atomkrieges."[20] Der Philosoph schrieb der Auslöschung der japanischen Hafenstadt damit die Funktion einer militärtechnologischen Offenbarung zu, die das in der Wüste von New Mexico strengstens gehütete Geheimnis um die Existenz einer unheiligen Zerstörungskraft gelüftet hatte.

Spezifisch für die Apokalyptik der 1950er und 1960er Jahre war ein eigenartiger Realismus. Im Gegensatz zur biblischen Apokalypse kündigten zeitgenössische Beobachter den Weltuntergang als eine „reale[] Bedrohung" oder – tautologisch zugespitzt – als „reale Wirklichkeit" an.[21] Dieser apokalyptische Realismus speiste sich nicht zuletzt aus der Historizität der nuklearen Offenbarung: „Für die Möglichkeit [des Zeitenendes,

19 Blumenberg [1946], S. 127.
20 Blumenberg [1946], S. 125.
21 Anders [1966], S. 408; Blumenberg [1946], S. 127.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

S.H.]", so konstatierte Günther Anders, „gibt es geschichtliche Beispiele: die Fakten Hiroshima und Nagasaki und die von niemandem geheimgehaltenen Feststellungen über die ‚overkill'-Kapazitäten der heute lagernden Waffen".[22] Das historisch gesicherte Wissen um die Folgen der nuklearen Zerstörungskraft ließ Anders die „heutige Endzeit" von „‚massiverer' Art" erscheinen als alle vorherigen, noch mythisch oder fiktional beglaubigten Weltuntergangsszenarien. Auf dem scheinbar sicheren Boden historischen Wissens – zugleich jedoch in einer ironischerweise überaus ahistorischen Weise – qualifizierten Denker wie Günther Anders jede frühere „Untergangserwartung, die sich ja nicht verwirklicht hat", als „unfundiert" ab.[23] Die „apokalyptische Gefahr" sei, darin war sich Anders sicher, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts „ungleich ernster, als es frühere Apokalypse-Gefahren je gewesen sind. Ernster eben deshalb, weil nun Mittel zu deren Herstellung seit zwei Jahrzehnten bereitliegen und sich täglich (sofern von ‚Steigerung' zu reden überhaupt noch einen Sinn hat) noch steigern."[24] Ähnlich wie Anders bezeichnete auch Karl Jaspers ältere Apokalyptiken als „irreale Vorstellungen des Weltendes", von denen die zeitgenössischen „realen Möglichkeiten eines solchen Endes […] schon in naher Zukunft" zu unterscheiden waren.[25]

Neben der Apokalypse hatte in den 1950er und 1960er Jahren die (End-)Zeitdiagnose des Posthistoire Hochkonjunktur, die sich auch – aber bei weitem nicht ausschließlich – auf die nukleartechnologische Bedrohung bezog.[26] Während Diagnosen der Apokalypse eine Vielzahl von „tradierten Bildern, fiktiven Imaginationen" mobilisierten, deren Assoziati-

22 Anders [1966], S. 408.

23 Anders [1960], S. 218.

24 Anders [1966], 408. Ahistorische Hybris äußert sich auch in der Wertung, „das frühe Christentum" habe sich „mit seiner Erwartung des ‚jüngsten Tages' […] vor der Wirklichkeit blamiert" (ebd.).

25 Jaspers (1961), S. 14 f. Einen Kontrapunkt zu solchen vergangene Endzeitdiagnosen eher bagatellisierenden Stimmen setzte Helmut Schelsky [1960], S. 437 u. 438, der fragte, ob „unser Glaube an das ‚Atomzeitalter' so unreligiös" sei, „wie es scheint?" Für Schelsky stellte sich die Frage, warum „gerade die Europäer mit der Entwicklung der Atombombe apokalyptische Endzeitaltergefühle" verbänden, „denen wir in der historisch gewußten Form christlicher Tradition verständnislos gegenüberzustehen meinen? Wo stehen wir heute? Vor dem Weltuntergang? Oder ist dies nur die abstrakt-quantitative Form, in der wir heute das Totalrisiko des Menschen erleben müssen […]?"

26 Prominenter Vertreter der Posthistoire ist etwa Arnold Gehlen [1961], S. 309: „Ich exponiere mich also mit der Voraussage, […] daß wir im Posthistoire angekom-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

onsraum die jüdisch-christliche Mythologie einschloss, rekurrierte die Deutung der Endzeit als Posthistoire auf genuin neuzeitliche geschichtsphilosophische und historistische Ordnungsvorstellungen.[27] Arnold Gehlen, der den Begriff in den deutschen Sprachgebrauch eingeführt hatte, betonte explizit, ihm gehe es darum, „dem Thema ‚Das Ende der Geschichte' den drohenden sozusagen apokalyptischen Beiklang zu nehmen."[28] Wie andere Post-Ismen gewann auch das Posthistoire seinen zukunftsbezogenen Sinnbezug weniger aus einer Vision des Zukünftigen als vielmehr „aus der Revision des Vergangenen."[29] Einer Neubetrachtung unterzog es allem voran das geschichtliche Welt- und Menschenbild der Neuzeit und mit ihm ein bestimmtes Zeit- und insbesondere Zukunftsverständnis.

Apokalyptisches und posthistorisches Denken schlossen sich dabei nicht zwingend aus: Mit Blick auf den drohenden Atomkrieg zeigte sich Günther Anders nicht nur als Theoretiker der säkularen Apokalypse, sondern auch als prominenter posthistorischer Denker. So deutete er die nukleartechnologischen „Experimente" als „‚geschichtlich überschwellig'", d.h. als „so unberechenbar groß", „daß sie die Dimension dessen, was wir als geschichtlichen Zustand auch nur meinen können, hinter sich lassen". Zwar mochten die Vorbereitungen von Atomkriegen „der Dimension der Geschichte noch angehören, da deren Initiatoren diese ja in der Hoffnung treffen würden, damit bestimmte geschichtliche Zukunfts-Ziele zu erreichen", aber es wäre in dem „Augenblicke […], da sie an die Verwirklichung dieses Zieles gingen, also im Moment des Kriegsbeginns, […] mit der Geschichte aus. Am Tage der ersten Explosionen würde die Dimension der Geschichte mit-explodieren."[30] Anders' geschichtsphilosophische „Hauptthese" lautete denn auch, dass der Mensch nur noch „mit-geschichtlich" sei. Und das auch nur unter der Voraussetzung, dass „die Lage, in der wir nicht nur nicht mehr Herren der Geschichte, sondern noch nicht einmal Substrate der Geschichte sind", überhaupt „noch als ‚geschichtlich'" zu bezeichnen sei. Anders selbst hatte diesbezüglich seine

men sind." Vgl. auch Gehlen [1962a]. Vgl. ferner Freyer (1961), und hier insbesondere das Kapitel zur „Vollendbarkeit der Geschichte" (S. 63-78). Vgl. zur Ideengeschichte posthistorischen Denkens Anderson (1993); Fabeck (2007); Jung (1989); Niethammer (1989); Rotermundt (1994); in dezidiert zeithistorischer Perspektive zum Posthistoire bisher: Esposito (2016); Henne (2016).

27 Rauer (2013), S. 157.

28 Gehlen [1962a], S. 352.

29 Pethes (2016), S. 367.

30 Anders [1956], S. 262 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zweifel und glaubte, man würde die Situation „‚*posthistorisch*' nennen".[31] Zwar waren die ‚Post-Historismen' bei Anders und Gehlen in ihrer zeitdiagnostisch-thematischen Ausrichtung unterschiedlich gelagert. Sie ähnelten einander jedoch in ihrem grundsätzlichen diagnostischen Gehalt, der die epistemischen ‚Sicherungen' neuzeitlicher Welterfahrung betraf: Beide beriefen sich jeweils – wie unten gezeigt wird – auf eine Anthropologie, die den Menschen nicht mehr als Motor und Autor seiner eigenen Geschichte begriff, und auf eine entsprechende Temporalität, die sich signifikant von geschichtlichen Verlaufsformen verabschiedete.

Die Welt der Religionskriege

Aus der apokalyptischen Tradition des Mittelalters stammend, kursierten in Frankreich bereits seit Ende des 15. Jahrhunderts Vorstellungen des bevorstehenden Endes der Welt.[32] Nach einem ersten Höhepunkt endzeitlicher Erwartungen Mitte der 1520er Jahre[33] erreichte die Zahl apokalyptischer Veröffentlichungen ab ca. 1550 einen weiteren Höhepunkt.[34] Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts und darüber hinaus blieben endzeitliche Argumentationsmuster eine der zentralen Leitlinien der Debatte zwischen Katholiken und Hugenotten, die die Französischen Religionskriege begleitete und katalysierte.[35]

Die Endzeitpropheten der Religionskriege stützten sich dabei auf die Überzeugung, dass sich das Ende der Welt durch die Beobachtung be-

31 Anders (1980), S. 344 f.

32 Zu den mittelalterlichen Traditionen frühneuzeitlicher Apokalyptik in Frankreich grundlegend Crouzet (2008), S. 43-75 und Victoria (2011), S. 5-56, vgl. auch Barnes (1988), Fanlo und Tournon (2001) und Ashton (1993).

33 Als ein erster Höhepunkt dieser Endzeiterwartungen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kann dabei das Jahr 1524 gelten, das exemplarisch etwa durch De Fines (1524) als Zeitpunkt des Weltuntergangs ausgemacht wurde, wobei er das Ende der Welt für den 2. Februar 1524 um 10.18 Uhr vorhersagte, siehe Crouzet (1990), S. 103-134 und Victoria (2011), S. 253. De Fines war dabei nicht der einzige, der das Jahr 1524 für bedeutsam in Bezug auf die Apokalypse hielt, wie etwa auch La Forest (1524) und Anon. (1524) zeigen.

34 Einen umfassenden Überblick über die apokalyptische Literatur erlauben dabei die Quellenverzeichnisse von Crouzet (1990) und Victoria (2011), zur Entwicklung endzeitlicher Veröffentlichungen auch Crouzet (1983), S. 310-328.

35 Ein Aspekt, den Crouzet (1990); Diefendorf (1991) und Diefendorf (1985) ausführlich thematisieren.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

stimmter lebensweltlicher Phänomene im Vorhinein erkennen und somit empirisch fundieren lasse – eine Prämisse, die zugleich auf eine konfessionelle Wasserscheide hinweist: Während es, stark vereinfacht, vor allem Autoren aus dem katholischen Spektrum waren, die die Diagnose des nahenden Weltendes stellten, lehnten reformierte Autoren die Prämisse ab, der Weltuntergang lasse sich vor seinem Eintreten erkennen.[36]

Diese Wasserscheide verweist auf den grundsätzlichen endzeitdiagnostischen Mechanismus, der der Diagnose des Weltendes im 16. Jahrhundert in Frankreich zu Grunde lag: Die Herstellung einer Relation zwischen lebensweltlichen Beobachtungen durch katholische Autoren und einer spezifisch apokalyptischen Exegese der Offenbarung des Johannes.[37] Vor allem dieser biblischen Überlieferung kam erhebliche Bedeutung zu, da der als historisch-empirischer Erfahrungsraum verstandene Text zum zentralen Projektionsraum apokalyptischer Argumente wurde,[38] ganz ähnlich zur technologischen Verwurzelung bzw. Begründung von Endzeitdiagnosen im 20. Jahrhundert. Die Offenbarung des Johannes hielt, so die Überzeugung der Endzeitpropheten, nicht nur die Ankündigung des im göttlichen Plan vorgesehenen Weltuntergangs bereit, sondern erlaubte zudem – durch die genaue Beobachtung von in der Bibel offenbarten Endzeitindikatoren – die Vorhersage des Weltuntergangs. So stellte etwa Artus Desiré in *Les quinze signes advenuz és parties d'Occident* 1587 fest „[q]ue ce iourd'uy nous voyons tous les signes, / Qui sont predits du final iugement"[39] und betonte den Wert der biblischen Überlieferung für die Diagnose des bevorstehenden Endes: „Dont nous apert par ces sainct mots escrips / que sommes pres de la fin de noz iours."[40]

---

36 So etwa Calvin (1542) und Couillard (1560). Die Faktizität der Apokalypse als Element des göttlichen Heilsplanes wurde dabei gleichwohl nicht generell in Frage gestellt, siehe etwa Bullinger (1558) sowie Backus (1998); Backus (2000); Barnes (1999).

37 Siehe Barnes (2000), S. 160, der in Bezug auf Richard Roussat und Pierre Turrel konstatiert, „that a number of influential preachers and writers […] expressed the view that the last times had arrived, not hesitating to find countless correlations between current events and biblical prophecy[.]"

38 Exemplarisch, mit Bezug auf diese spezifisch endzeitliche Auslegung der Bibel, Desiré (1587), S. 18: „Il n'y a donc Evangile ne Pseaume / qui ne predise estre à la fin du temps", siehe auch Victoria (2011), S. 57-117, S. 252-258 und Fried (2016), S. 41-85.

39 Desiré (1587), S. 15.

40 Desiré (1587), S. 16, vgl. auch Chevalier (1584), S. aiii: „Les signes qui doivent preceder ce grand & redoutable changement sont amplement declarez aux saincts

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dabei lassen sich, um die jüngst von Thierry Victoria vorgeschlagene, sehr plausible Kategorisierung endzeitdiagnostischer Argumente aufzugreifen, vier unterschiedliche Gruppen von Endzeitindikatoren identifizieren, die zum Beweis für das nahende Ende der Welt bemüht wurden: astrologische, klimatische und gesellschaftliche Beobachtungen sowie Naturkatastrophen.[41] Nicht nur die Endzeitdiagnosen des 20. Jahrhunderts, sondern auch solche katholischer Autoren im Frankreich der Religionskriege waren also empirisch fundiert.[42]

Richard Roussat etwa, der als Stichwortgeber Michel de Notredames („Nostradamus") eine erhebliche Rolle als stilbildender Endzeitprophet spielte[43], hielt in seinem 1550 erschienenen *Livre de l'Estat et mutation des Temps* seine Beobachtung fest, dass das „fin du monde estre prochain"[44] – eine These, die er mit einer Vielzahl astrologischer Beobachtungen unterfütterte. Roussat argumentierte, die Beobachtung des Saturn habe ihn zu der Erkenntnis gebracht, dass eine göttlich offenbarte Anzahl von Umläufen des Planeten bald zu ihrem Abschluss komme, was zur Ausdehnung der Sonne und zur „cremation du monde"[45] führen werde. Ohnehin schrieb Roussat den Planetenkonstellationen, den von ihm postulierten „constellations destructives, anichilantes & ruineuses de toutes sortes"[46], eine zentrale Rolle beim Untergang der Welt zu, da die gegenwärtige Position der Planeten und Gestirne eines ganz deutlich zum Ausdruck

---

livres, & presque tout le Monde a senty les effects" Richard Roussat (1550), S. 80 f.

41 Zur Bildung und Ausdifferenzierung dieser Kategorien ausführlich Victoria (2007), S. 7-24; die von Victoria vorgeschlagene Binnendifferenzierung dient dabei auch im Folgenden als Grundlage für die Annäherung an die endzeitdiagnostischen Indikatoren.

42 Crouzet (1983), S. 331 spricht in diesem Kontext von einer „véritable science des signes, nourries de références bibliques ou historique, une théorisation du signe."

43 Zu Werk und Einfluss Roussats grundlegend Crouzet (1983), S. 309 f., Crouzet (1990), S. 120-134, gerade auch in Bezug auf die Traditionslinien zwischen Roussat und Nostradamus, daneben auch Crouzet (2008), S. 105-109 und Barnes (2000). Sehr plakativ äußert sich auch Minois (1998), S. 404 zum Ideentransfer von Roussat zu Nostradamus.

44 Eine Lesart, die der ausführliche Titel von Roussat (1550) nahe legt: „Livre de l'Estat et mutation des Temps, Prouvant par authorithez de l'Escripture saincte et par raisons astrologales, la fin du monde estre prochain."

45 Roussat (1550), S. 68.

46 Roussat (1550), S. 84.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bringe: „[L]a coniecture de la fin du Monde.“[47] Auch Artus Desiré nutzte astrologische Beobachtungen, etwa Kometen oder bestimmte Konstellationen, zur Untermauerung seiner These, dass das Ende der Welt nahe sei: „Nous sommes tous bien pres de nostre fin“[48], konstatierte er 1580. Die Gestirne seien von Gott geschaffen worden, der den Menschen über die Bewegung der Planeten und spektakuläre Phänomene wie Kometen Rückschlüsse auf seinen Willen und das beginnende Ende der Welt ermöglichen wolle – „c'est lors que Dieu nous veut advertir.“[49] Roussat und Desiré argumentierten, dass die Gestirne die Vorhersage des Weltendes nicht nur ermöglichen würden, sondern einzig zu diesem Zweck geschaffen worden seien.[50] Astrologische Beobachtungen waren damit eine zentrale,[51] aber interkonfessionell hoch umstrittene Grundlage der Endzeitdiagnose.[52]

Eine zweite Kategorie bildeten klimatische Argumente.[53] Roussat etwa postulierte, in Anlehnung an die Vier-Reiche-Lehre des Buches Daniel,[54] eine Abfolge von vier Jahreszeiten und setzte diese Abfolge in Relation

47 Roussat (1550), S. 34.
48 Desiré (1587), S. 15.
49 Desiré (1587), S. 7 f.
50 Roussat (1550), S. 39: „Dieu a faict les corps celestes pour servir à toutes gents estans soubz le Ciel“, vgl. auch Barnes (2000), S. 160 f.
51 So benutzten neben Roussat (1550) und Desiré (1587) auch Brohon (1568); Brohon (1571); Oronce (1551) und La Tayssonnière (1582) astrologische Beobachtungen. Zum grundsätzlichen Verhältnis von Astrologie und Apokalypse auch Fried (2001), S. 105-110 und Boudet (1992).
52 Als kritische Stimme gegenüber diesen astrologischen Endzeitargumenten exemplarisch Verdier (1583); siehe auch Racaut (2002), S. 154: „Astrology was not a monolithic whole, and there were deep divisions drawn between natural and superstitious astrology.“ Zur konfessionell unterschiedlichen Bewertung der Astrologie auch S. 157: „Prophecy, in the biblical sense, was handed down from God, whereas judicial astrology, or astrology turned to prediction of the future, was highly controversial and was associated with superstition and devil worship. Criticism of judicial astrology and Nostradamus did not come exclusively from reformers, as Crouzet argues, but also from many Catholics“; vgl. hierzu auch Fried (2016), S. 176-191.
53 Zu Argumenten, die im Kontext der von der Forschung seit längerem betonten Auswirkungen der sog. „Kleinen Eiszeit“ betrachtet werden müssen, siehe Lehmann (1986); Behringer (2005); Pfister (2005); aus einer dezidiert mentalitätsgeschichtlichen Perspektive auch Delumeau (1989).
54 Zur Vier-Reiche-Lehre, aufbauend auf Dan 2,31-35 und 7,2-7, grundlegend Wendehorst (2011) und Fried (2016), S. 177-181; mit Blick auf das Reich auch Seifert (1990).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zur klimatischen Situation seiner Gegenwart: „[L]'Yver de nostre an commun est froid et humide, aussi l'Yver du grand Monde sera froid."[55] Roussat sah dabei die Beobachtung meteorologischer Phänomene als Möglichkeit, Rückschlüsse auf den göttlichen Willen und das Ende der Welt ziehen zu können;[56] eine Ansicht, die Desiré teilte: Ihm zu Folge schien die Sonne nicht mehr so hell wie früher, was zu Missernten und Hungersnöten führe – ein klarer Beweis, dass das „fin du Monde"[57] nahe sei. Wie verbreitet diese Analogieschlüsse zwischen Klima und göttlichem Zorn bzw. Endzeiterwartung gewesen sein dürften[58], zeigt auch eine – in ihrer ironischen Distanz zwar keineswegs repräsentative, aber dennoch aufschlussreiche – Bemerkung Michel de Montaignes über die apokalyptische Vorstellungswelt seiner Zeitgenossen: „Quand les vignes gèlent en mon village, mon prestre en argumente l'ire de Dieu sur la race humaine[.]"[59]

Die dritte Kategorie, die Beobachtung gesellschaftlicher Veränderungen, verweist wie die astrologische und klimatische Untermauerung der Endzeitdiagnose auf eine spezifisch konfessionell geprägte Exegese der Offenbarung des Johannes: In diesem Themenkomplex waren es ganz überwiegend innergesellschaftliche Metamorphosen und Wandlungsprozesse, vor allem die Verbreitung religiöser Massendevianz, die katholische Autoren als Indikatoren des nahenden Endes deuteten. Dabei war an dieser Stelle die Grenze zwischen Ursache und Indikator des Weltenendes fließend: Einerseits manifestierte die religiöse Massendevianz den göttlichen Zorn, andererseits provozierte ihre Duldung durch den Menschen wiederum eine göttliche Reaktion, Roussat etwa konstatierte, die Reformierten seien als Häretiker seit jeher die „vrays messagers de l'Antechrist"[60] ge-

55 Roussat (1550), S. 65.

56 Roussat (1550), S. 80 f.: „Pource que, quand il [=Dieu, C.W.] veult corriger une region pecante, ou un Royaume, il advertit ceulx d'icelles, par signes, par prodiges, par guerre, par famine, par mortalité, par impressions metheorologiques."

57 Desiré (1587), S. 15.

58 Als weiteren Vertreter vgl. etwa auch Du Chesne (1587), S. 41: „Des diverses saisons les divers changemens / Content de l'univers le temps avec le temps. / Qui ne voit que l'hyver ores par sa froidure / Herrissonne les bois, & flestrit la verdure?"

59 Montaigne (1988), S. 157; vgl. auch Behringer (2003), S. 128.

60 Roussat (1550), S. 170, siehe ferner auch S. 125: „Par cy devant avons dit que lesdicts Succubes & malis Espritz estoyent, ou peu vent estre, moyen & cause de deffault, sterilité, et annichilation de genre humain, ou pourroyent & peuvent estre cause de generation: au moyen dequoy estoyent conceuz merveilleux hommes, changeans les loix, & inventeurs de nouvelles sectes."

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wesen; auch Desiré sah in der Reformation als einer „peste terrible“[61] einen Indikator für das baldige Eintreffen des Antichristen und damit für das Ende der Welt. Daneben postulierte etwa Roussat aber auch eine immer kürzer werdende Lebensspanne der Menschen, die, im Vergleich zur biblischen Offenbarung, gegenwärtig ein kaum noch relevantes Alter erreichen würden[62] – für Roussat ein Beweis für die schleichende, progressive Degeneration von Welt und Menschheit, im Einklang mit der als progressiv-degenerierend interpretierten Vorstellung der „quatre saisons du monde“[63]. Auch die Unfruchtbarkeit der Welt und der Menschen wurde damit zum Argument des Weltendes, ebenso wie die von Roussat beschriebenen Tode großer Könige, Untergänge von Reichen und Kriege auf der Erde.[64] Der Tod großer Herrscher erschien dabei auch Desiré als Argument des nahenden Endes.[65]

Als vierte und letzte Kategorie endzeitdiagnostischer Indikatoren tauchen Naturkatastrophen auf: Vor allem Flut- und Überschwemmungskatastrophen wurden – als Parallele zur alttestamentarischen Sintflut[66] – zum Argument göttlichen Zorns und des baldigen Weltuntergangs. Erfreute sich die Berichterstattung über Flutkatastrophen in Flugschriftform im 16. Jahrhundert generell großer Beliebtheit,[67] so betteten die Propheten der Endzeit diese Geschehnisse in ihre Argumente des bevorstehenden Endes der Welt ein. Roussat und Desiré sahen spektakuläre Naturereignisse als deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Welt ihrem Ende zuneige, und kombinierten diese vierte Kategorie in komplementärer Weise mit astrologischen und meteorologischen Argumenten.[68]

---

61 Desiré (1587), S. 18.

62 Roussat (1550), S. 84: „Ou, voyons nous maintenant les gens si longuement, si honnestement, si justement vivre, que du passe[?]“

63 Roussat (1550), S. 143.

64 Zum Gedanken der unfruchtbaren, sterilen Welt als Motiv endzeitdiagnostischer Denkmuster ausführlich Victoria (2007).

65 Desiré (1587), S. 10f.: „[O]rdinairement telles impressions, caracteres, figures & combatz qui se sont au Ciel, viennent à presager quelques signalees revolutions, mort de grands Seigneurs, mortalité de peuple, batailles & guerres sanglantes, incursions d’estrangers, ruine de plusieurs cités, & autres piteux evenemens.“

66 Exemplarisch dazu, aus dem Kontext der Endzeitdiagnosen der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts, Anon. (1521).

67 Desiré (1581); Anon. (1573); Anon. (1579); Anon. (1588).

68 Sehr anschaulich dazu auch Quillian (1597), S. 20: „Le deluge premier, qui par un prompt desbord / Des Celestes marests, et des pluyes du nord, / Se joignans à Naree, emplit presque le monde / Nous menace à patron, d’un deluge second, / Où,

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Letztendlich verweisen sämtliche Indikatoren auf das für den Weltuntergang zentrale Bedrohungsnarrativ: den Zorn Gottes bzw. das Wirken Gottes hinter dem Weltuntergang.[69] Das nahende Weltenende manifestierte sich in astrologischen, klimatischen, innergesellschaftlichen Indikatoren sowie in Naturkatastrophen, die sich vor dem Hintergrund einer spezifischen Lesart der Johannesoffenbarung als Endzeitindikatoren deuten ließen.[70] Das Fazit der Analogieschlüsse war dabei, wie Desiré festhielt, eindeutig: „La fin du Monde est plus pres qu'on ne pense[.]"[71]Auch Roussat konfrontierte seine Leserschaft am Ende seiner umfangreichen Abhandlung mit einer rhetorischen Frage, die keinerlei Zweifel an der Faktizität des baldigen Weltuntergangs zuließ: „Qui est doncques cestuy, qui à ceste heure & maintenant, doubte qu'il ne soit la fin du Monde?"[72]

2. *Anthropologien – Der Weltuntergang und das Ende des Menschen*

Der Mensch steht im Zentrum endzeitlicher Narrative. Die Welt, die zu Ende gehen wird, ist eine Ordnungsvorstellung, die ihn zum Mittelpunkt hat und sich mit seinen Geschicken verknüpft. Dabei sind die Menschenbilder und Wissensformen, in denen sich der Mensch in unterschiedlichen Epochen dachte, ebenso historisch variabel wie die jeweiligen komplementären Formen des Weltwissens.[73] Zwischen Kultur- und Naturwesen unentschieden steht dabei oft in Frage, was der Mensch ist, was er kann und was ihm unmöglich bleibt. Mit Jakob Tanner ist zu betonen, dass sich der Mensch zum Zweck der Selbstbeschreibung und Selbstvergewisserung

non comme en celuy, le ciel en pleurs se fond, / Mais qui rouge de feu, dard'ra sur nostre teste,/ Les funebres esclairs de sa dure tempeste", in Gänze zitiert auch bei Victoria (2007), S. 10.

69 Crouzet (1983), S. 336.

70 Barnes (2000), S. 160.

71 Desiré (1587), S. 15. Während einige der hier angerissenen Autoren nur einzelne Elemente aus dem breiteren Fundus endzeitdiagnostischer Indikatoren aufnahmen, postulierte etwa Michel Quillian auch eine aus der biblischen Überlieferung abgeleitete Abfolge unterschiedlicher Hinweise auf den nahenden Weltuntergang, die er in einem auf die Apokalypse hinweisenden wie –steuernden Stufenmodell verortete, siehe dazu Quillian (1597), S. 22 f.

72 Roussat (1550), S. 141.

73 Vgl. Tanner (2008).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

an seinem Gegenüber orientiert. „Das Wissen über den anthropos war und ist“, so Tanner,

> „immer auch ein Nachdenken über die Grenzziehungen und Übergänge zwischen Nichtmenschlichem, Menschlichem und Numinosem. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Maschinen, Automaten, Androiden, Cyborgs, Monstren, Tieren, Primaten, Barbaren, Menschen, Engeln, Teufeln und Göttern spielten zu unterschiedlichen Zeiten eine zentrale Rolle in den Diskursen, welche um den oder die Menschen oszillierten.“[74]

Im Folgenden soll näher betrachtet werden, welche Menschenbilder die endzeitlichen Vorstellungen in den beiden Untersuchungszeiträumen prägten und wie die Gefahr eines drohenden Weltendes das Selbstbild des Menschen veränderte.

Der Mensch des Kalten Krieges

Das anthropozentrische Weltbild der Neuzeit führte Ereignisse und Entwicklungen unmittelbar auf menschliches Denkens und Handeln zurück und suggerierte modernen Industriegesellschaften die eigene Modernität. ‚Geschichte‘ und ‚Mensch‘ bildeten die wechselseitig aufeinander verweisenden Letztinstanzen neuzeitlichen Wissens. Auch zu Beginn der 1960er Jahre bestand noch – etwa beim Sozialphilosophen Hans Freyer – die Gewissheit, „daß sich die Geschichte nicht wesentlich wandelt, weil sich der Mensch nicht wesentlich wandelt.“[75] Das Wissen um den eigenen unveränderlichen Status als autonom und rational handelndes Subjekt generiert der moderne Mensch – so die historisch-anthropologische und wissenssoziologische Prämisse – dadurch, dass er sich beständig vom Nicht-Menschlichen unterscheidet und distanziert.[76] Derartige Differenzierungs- und Distanzierungspraktiken durchzogen auch die intellektuellen Zeitdia-

74 Tanner (2008), S. 22.

75 Freyer (1961), S. 206.

76 Vgl. die von Latour (2008) beschriebene „Verfassung“ der Moderne, die den Zusammenhang zwischen einer asymmetrischen Anthropologie bzw. Ontologie und einer ebenso asymmetrischen Temporalität herstellt. Nach Latour trennt das moderne Denken komplementär zur Unterscheidung von Kultur und Natur stets ein Vorher von einem Nachher und ordne Ereignisse auf einem linearen Zeitstrahl an. Durch diese Ordnungsleistung konstituiere sich „eine besondere Form von Geschichtlichkeit“ (S. 92), die ebenso unhinterfragbar scheint wie die elementaren Unterschiede zwischen Mensch und Natur. Die epistemische Praxis der „Reini-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gnosen zur Hochzeit des Kalten Krieges. Zu Beginn der 1960er Jahre bestimmte etwa Helmut Schelsky auf seiner *Suche nach Wirklichkeit* die epistemische Lage des Menschen. Den Modus dieser anthropologischen Suchbewegung reflektierend stellte Schelsky fest, dass der Mensch „[s]einen geschichtlichen und sozialen Standort […] von zwei Polen her" deute: „von seinem Verhältnis zur Natur und von seinen Göttern, oder um es moderner zu sagen, […] von den Vorstellungsgehalten her, denen gegenüber er ‚das Gefühl der schlechthinnigen Abhängigkeit' zu empfinden vermochte."[77]

Es waren ebendiese mentalen Dispositionen der Abhängigkeit, der Überwältigung und der Ohnmacht des Menschen, die in der Sicht deutschsprachiger Intellektueller die Anthropologie des Kalten Kriegs prägten und das bestehende Menschenbild in Frage stellten.[78] Hier ist der von Jakob Tanner beschriebene historisch-anthropologische Effekt zu beobachten, nach dem neuartige „Maschinen" – in diesem Fall die Nuklearwaffentechnik – „neue Selbstrepräsentationen des Menschen generier[en]."[79] Der epistemische Standort des Menschen in den 1950er und 1960er Jahren wurde vor allem deshalb erschüttert, weil sich angesichts der Atombombe die Frage stellte, ob der nuklear aufgerüstete Mensch noch eindeutig vom Nicht-Menschlichen zu unterscheiden war. Die Gegenwartsbeschreibungen zeitgenössischer Intellektueller boten darauf zwei einander entgegengesetzte Antworten. *Einerseits* deuteten sie die Existenz von Kernwaffen wie oben beschrieben als *anthropozentrierenden* Faktor, d.h. als Artefakte, die die Sonderstellung des Menschen fundierten. Zugleich und *andererseits* wiesen sie der weltenzerstörenden Technologie aber eine *anthropofugale* Wirkung zu, die den Menschen dezentrierte.[80]

---

gung" ziele auf die „Trennung zwischen dem, was keine Geschichte hat, jedoch in der Geschichte auftaucht – die Dinge der Natur – und dem, was nie aus der Geschichte heraustritt – die Leidenschaften und Mühen der Menschen. Aus der Asymmetrie zwischen Natur und Kultur wird damit eine Asymmetrie zwischen Vergangenheit und Zukunft." (S. 96).

77 Schelsky [1960], S. 437.

78 Vgl. für die 1980er Jahre Henne (2016), S. 165-171.

79 Tanner (2008), S. 22.

80 Zum literaturtheoretischen Einsatz des Begriffes „anthropofugal" vgl. Büscher (2014): „Die anthropofugale Virulenz einzelner Gattungsmerkmale aus dem utopischen Fundus ergibt sich zunächst daraus, dass ein menschenleeres Gegenbild zu einer als mangelhaft empfundenen (anthropozentrischen) Wirklichkeit imaginiert wird." (S. 187). Den Kontext anthopofugaler Literatur bereitet eben jener „Diskurs

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Diese ambivalente Deutung war die Konsequenz aus der intellektuellen Auseinandersetzung mit der unerhörten historischen Neuigkeit, dass der Weltuntergang erstmals eine Folge der geistigen Leistungsfähigkeit bzw. der wissenschaftlichen Möglichkeiten des Menschen war. Die technologische *Herstellbarkeit* des Endes durch den Menschen selbst, so betonte Günther Anders, ging weit über die bloße *Schuld* hinaus, die den Menschen bisher mit der Apokalypse verbunden hatte.[81] Vielmehr etablierte sich in den 1950er und 1960er Jahren ein neues apokalyptisches Paradigma, „das die Auslöschung der Menschheit […] weder durch die Hand Gottes noch durch das Walten der Natur verursacht sieht, sondern durch die technologischen ‚Errungenschaften' des Menschen selbst."[82]

Die Nukleartechnik mag zeitgenössisch durchaus als Produkt wissenschaftlicher Spitzenforschung bewundert worden sein – die Tatsache, dass sich der Mensch durch die Entwicklung von Kernwaffen selbst zur Welt- und damit zur Selbstvernichtung befähigt hatte, verwies jedoch auf eine Kehrseite der anthropologischen Medaille. Technikphilosophen wie Gün-

---

in Wissenschaft, Kultur und Medien", der „im 20. Jahrhundert und insbesondere nach 1945 von imaginären und in den Bereich der technischen Möglichkeiten gerückten Bedrohungsszenarien bestimmt" wird (S. 11).

81 Bereits der in der Johannesoffenbarung enthüllte „jüngste Tag", so Anders [1966], S. 407 u. 408, habe zwar als „vom Menschen verschuldet", aber eben noch „nicht als von ihm hergestellt gegolten". Anders' zeitgenössische Deutung stellt sich damit diffenzierter dar als Johannes Frieds (2016), S. 257, Charakterisierung, die auch mit Blick auf die atomare Apokalypse den Aspekt der Schuld hervorhebt: „Die atomare Wende hat Untergangsängste nie gekannten Ausmaßes und nie gekannter Lebensnähe heraufgeführt. Selbstverschuldet." Siehe auch Jaspers (1961), S. 149: „Heute ist die neue, durch den Menschen selbst hervorgebrachte Situation, daß er die Fähigkeit erlangt hat, die Menschheit und alles Leben auf der Erde zu vernichten." Daniel Morat (2007), S. 518, hat dargestellt, dass sich auch Ernst Jünger explizit mit der „welthistorische[n] Neuigkeit" auseinandersetzte, die er darin erkannte, „dass mit der Erfindung der Wasserstoffbombe und ihrer massenhaften Produktion der Weltuntergang erstmals ‚als unmittelbare Folge menschlicher Arbeit, menschlichen Tuns' möglich werde". Siehe auch Schelsky [1961], S. 452: „Was bedeutet es, daß diese technische Macht, mit der der Mensch sich selbst und seine Umwelt ständig umarbeitet und verwandelt, bis zu einem Maße gediehen ist, das ihm erlaubt, sich als Art und seine Welt in einem Akt restlos zu zerstören? Was bedeutet diese totale Bedrohung des Menschen durch die vom Menschen selbst geschaffenen technisch-wissenschaftlichen Waffen, wenn sie zum normalen Selbstverständnis des Menschen in einer die ganze Erde umfassenden technischen Zivilisation wird?"

82 Weninger (2013), S. 89.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ther Anders diagnostizierten die Endzeit nicht nur als das mögliche Ende des empirischen Menschen – als Aussterben des *homo sapiens* –, sondern auch als Ende des Menschen im Sinne einer Erosion des *Humanen* und einer Erschütterung anthropologischer Gewissheiten. Die intellektuellen Endzeitdiagnosen leisten somit der Ausbreitung eines posthumanen Wissens Vorschub, das – so ist zu betonen – nicht den *anthropos* insgesamt in Frage stellte, sondern eben dessen neuzeitliche Interpretation als autonomes Subjekt der Geschichte.[83]

Symptomatisch für diese anthropologische Zäsur war eine zunehmende Durchlässigkeit jener epistemischen Grenzen, die das Menschliche vom Nicht-Menschlichen trennten. Dies ging so weit, den Menschen aufgrund seiner technologischen Quasi-Allmacht als gottgleich zu imaginieren. So verbreitete sich im intellektuellen Feld der 1950er und 1960er Jahre ein Narrativ, das dem Menschen durch den Besitz der Atombombe gleichsam göttliche Macht attestierte, genauer: die „‚Allmacht' […], apokalyptisch über das fernere Sein oder Nichtsein des Menschengeschlechts […] zu entscheiden."[84] Erstmals war die Endzeit „etwas vom Menschen direkt Gemachtes", war ein „direktes Ergebnis unseres Tuns, unser Produkt."[85] Eben diese Fähigkeit, den Weltuntergang selbst herstellen, das eigene Schicksal besiegeln zu können, markierte für Günther Anders einen „Sprung ins Absolute", den Übertritt in das Quasi-Göttliche.[86]

Die Selbstrepräsentation des Menschen als mit göttlicher Allmacht ausgestattetes Wesen war überaus ambivalent. So waren die zeitgenössischen

---

83 Vgl. Pethes (2016); Braidotti (2014); Zons (2001); sowie das Kapitel „Das technozentrische Zeitalter: Die Technologie und der Ubergang in die posthumane Gesellschaft" in Metz (2006), S. 447-539.

84 Anders [1958], S. 12. Er äußerte daher die These, der Mensch habe Mitte des 20. Jahrhunderts „durch den Besitz der ‚Atomwaffen' Omnipotenz gewonnen" und dadurch gleichsam „Gottes-Status" erlangt (ebd.).

85 Anders [1960], S. 219 f.

86 Anders [1958], S. 12. Technologisch begründete Allmachtphantasien und das Motiv des gottgleichen Menschen sollten zu Beginn der 1980er Jahre, 20 Jahre nach Anders' Diagnose und zu einer Zeit einer erneuten dramatischen Verschärfung des Ost-West-Konflikts in Folge der Nachrüstungskrise und des NATO-Doppelbeschlusses, eine erneute Konjunktur erleben. Der Mensch stand aber nun nicht mehr nur an der Schwelle vom „‚animal rationale' zum ‚deus qua machina'" (Kamper (1988), S. 82), weil er seinen kollektiven Tod herstellen konnte, sondern weil er inzwischen mit Hilfe der Gentechnik auch in den – bisher göttlicher Intervention vorbehaltenen – Schöpfungsakt eingreifen und die Entstehung des Lebens manipulieren konnte. Siehe auch Henne (2016), S. 169.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Allmachtphantasien – dem Motiv gotteslästerlicher Hybris folgend – eigenartig gebrochen und begründeten zugleich eine tiefe Ohnmacht.[87] Diese ergab sich unter anderem aus der unerbittlichen Einsicht in die Irreversibilität des eigenen Handelns: Selbst wenn sie wollte, so musste die Menschheit einsehen, dass sie unfähig war, das Wissen über ihre welt- und selbstzerstörerischen Fertigkeiten wieder zu vergessen und hinter den prometheischen Moment der Atomspaltung zurückzukehren.[88] Die dem *homo sapiens* vorbehaltene Anlage zur Erkenntnis war somit paradoxerweise zugleich die Grundlage quasi-göttlicher Allmacht *und* eine Bürde, die der Gattung die eigene Ohnmacht vor Augen führte.

Besonders offensichtlich wurde die „Ohnmacht des Allmächtigen" im Zusammenhang mit dem so genannten Castle-BRAVO-Test, den das US-Militär am 28. Februar 1954 um 18:45 Uhr Ortszeit vor der Insel Namu im pazifischen Bikini-Atoll durchführte.[89] Die vollkommen fehlkalkulierten Intensitäten der Sprengkraft und des folgenden radioaktiven Fallouts dieser bis dahin stärksten thermonuklearen Explosion machten nicht nur eingeweihten Militärs, Politikern und Wissenschaftlern, sondern erstmals auch medial informierten Öffentlichkeiten die unbeherrschbaren Nebenfolgen der Kernwaffentechnik bewusst.[90] Um das schier Unglaubliche begreifbar zu machen, setzte die Tageszeitung *Die Welt* in ihrer Berichterstattung über den Test der Wasserstoffbombe das inflationär gebrauchte Motiv des Zauberlehrlings ein. Der Kontrollverlust des magischen Novizen über seine selbsterschaffenen Geschöpfe versinnbildlichte den Kontrollverlust des Menschen über die von ihm konstruierte weltenvernichtende Maschinerie. Der *Rheinische Merkur* wiederum kritisierte den Zwischenfall im Pazifik als Zeichen einer unerhörten „Gotteslästerung" und Beweis für eine nie gesehene „menschliche Hybris". Damit bediente die Zeitung eine Semantik der Entgrenzung und der Durchmischung – der Hybridität –, die den Menschen als atomar ermächtigtes Wesen kennzeichnete.[91]

87 S. Anders [1962], 111 f.: „Ohnmächtiger und furchtbarer entwürdigt, als wir es durch die atomare Bedrohung sind, ist wohl noch nie eine Gruppe gewesen, die Menschheit als ganze gewiß nicht."

88 Vgl. Horn (2014a), S. 80.

89 Anders [1958], S. 16.

90 Vgl. Stöver (2007), S. 196 ff. Zitate dort. Vgl. Horn (2014a), S. 78.

91 Zit. n. Stöver (2007), S. 198. Zur Allegorie des Zauberlehrling siehe auch Conze/Klimke/Varon (2016), S. 11: „[…] fear that a strategic-technological-military apparatus could escape the control of its master to assert, in effect, a will of its own.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Deutung der Gegenwart der 1950er und 1960er Jahre als Endzeit meinte – so lässt sich aus Sicht einer historischen Anthropologie zusammenfassen – zum einen das Ende der Welt im Sinne der atomaren Zerstörung der natürlicher Lebensgrundlagen des Menschen, zum anderen in posthistorischer Bedeutung die Auslaufphase eines historisch gestifteten Sinnes menschlicher Existenz. Diagnosen des Autonomieverlusts des Menschen bezogen sich dementsprechend nicht nur auf das Machtpotenzial der Kernwaffen, sondern – allgemeiner – auf eine zunehmende Eigenlogik technologischer Systeme, die sich der Kontrolle des Menschen zu entziehen drohten. Die intellektuellen Reflexionen über die Nukleartechnik sind daher auch im Kontext einer umfassenden Technikkritik der 1950er und 1960er zu sehen. Insbesondere in den Nationalsozialismus verstrickte Rechtskonservative setzten sich intensiv mit der zeitgenössischen Dynamik technischer Entwicklungen, mit fortschreitenden Prozessen der Bürokratisierung und Rationalisierung, der Automation und Verwissenschaftlichung in den industrialisierten Nachkriegsgesellschaften auseinander.[92] Konzepte des ‚Ge-Stells' (Martin Heidegger), der ‚Superstruktur' (Arnold Gehlen), der ‚sekundären Systeme' (Hans Freyer) oder der „Sachgesetzlichkeiten" bzw. des „Sachzwang[s] der technischen Mittel" (Helmut Schelsky) verwiesen jeweils auf eine neue Qualität technologischer Phänomene, die sich unter anderem in der gegenseitigen Durchdringung von Naturwissenschaft, Ökonomie und Technik äußerte. Damit war eben jene Entwicklungstendenz benannt, für die das *Manhattan Project* und die Entwicklung der Atombombe emblematisch waren.[93]

Such fear has deep roots in modern consciousness, running from Goethe's 1797 tale of 'The Sorcerer's Apprentice' through the Frankfurt School's dystopian images of instrumental rationality run amok. Nuclear weapons made the stakes of control infinitely high."

92 Freyer (1961), S. 9, analysierte den „Aufbau der industriellen Gesellschaft auf der Basis einer neuartigen Technik", die er als „das Symbol und die konzentrierte Essenz des gegenwärtigen Zeitalters" (S. 167) deutete. Schelsky [1961], S. 465, beschrieb die „wissenschaftlich-technische Zivilisation", und Gehlen [1957] befasste sich mit „[Der] Seele im technischen Zeitalter" und „Sozialpsychologische[n] Probleme[n] in der industriellen Gesellschaft". Martin Heidegger [1953] stellte die *Die Frage nach der Technik*; vgl. auch ders. (1950).

93 Siehe Heidegger [1953], S. 20; Gehlen [1961], S. 306; Freyer (1961), S. 79-132; Schelsky [1961], S. 465 u. 469. Gehlen [1957], S. 12: „Heute ist der Zustand erreicht, in dem man die Naturwissenschaften, die Technik und das Industriesystem funktionell im Zusammenhang sehen muß." Siehe hiezu auch Gehlen [1975], S. 340: „Es besteht Einigkeit darüber, daß mit der Industriegesellschaft ein histo-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gemeinsamer Nenner der rechtskonservativen Kritik war eine Anthropologie, nach der der Mensch nicht mehr über ‚seine' Technik verfügte, sondern in seiner Sozialität selbst technologisch strukturiert und bedingt war. Martin Heidegger schilderte diesen Zustand 1955 in einer durchaus apokalyptisch intonierten Drastik. So würde die „Entwicklung der Technik […] immer schneller ablaufen und nirgends aufzuhalten sein."[94] „In allen Bereichen des Daseins", so Heidegger weiter, „wird der Mensch immer enger umstellt von den Kräften der technischen Apparaturen und der Automaten." Kernwaffen waren für Heidegger dabei allerdings nur ein Beispiel technischer Herrschaft neben anderen – ja insofern nur ein kleineres Übel, als sich „mit den Mitteln der Technik" gar „ein Angriff auf das Leben und das Wesen des Menschen vorbereitet, mit dem verglichen die Explosion der Wasserstoffbombe wenig bedeutet."

Der Mensch der Religionskriege

Die empirisch-lebensweltlichen Faktoren, die von den Endzeittheoretikern der Religionskriege zur Diagnose des nahenden Weltendes angeführt wurden, waren nicht die Ursache des drohenden Weltuntergangs, sondern lediglich Symptome. Das eigentliche Bedrohungsnarrativ des Weltuntergangs lag im „ire de Dieu", dem Zorn Gottes, der sich in den mannigfaltigen Naturerscheinungen, gesellschaftlichen Veränderungsprozessen und Himmelsphänomenen offenbarte – wenn man die göttlichen Zeichen zu lesen verstand. Die Endzeitpropheten der Religionskriege meinten, den Weltuntergang empirisch prognostizieren zu können, und sie waren überzeugt, dass er ganz wesentlich eine Strafe Gottes sei.[95]

In seiner Studie zum religiös-politischen Kalkül hat Damien Tricoire anschaulich gezeigt, „wie Akteure anhand einer zu erwartenden Reaktion des Allmächtigen auf ihr Handeln Erfolgschancen einer Politik oder den Nutzen einer Institution errechneten"[96], mehr noch: „dass Gott in der

---

risch neuer Typus der Kultur vorliegt, der sich dadurch charakterisiert, daß die Zusammenarbeit von Naturwissenschaft, Technik und industrieller Fertigung zur Basis des Zusammenlebens bisher unerhörter Menschenmengen geworden ist".

94 Heidegger zit. n. Morat (2007), S. 502. Dort auch das folgende Zitat.

95 Exemplarisch Roussat (1550), S. 80 f., ausführlich Crouzet (1990), S. 164-182 und Crouzet (1983), S. 328-356.

96 Tricoire (2013), S. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wahrnehmung der Zeitgenossen ein, ja vielleicht der wichtigste Akteur im politischen Spiel war."[97] Dieser Kausalzusammenhang zwischen menschlichem Handeln und göttlicher Reaktion muss für Endzeitdiagnosen mitgedacht und als konstitutiv verstanden werden.[98] Der „ire de Dieu" war ein zentrales Element der Endzeitdiagnose des 16. Jahrhunderts und bildet den Zugang zum Verständnis sich öffnender menschlicher Handlungsspielräume im Angesicht des göttlich präfigurierten Weltuntergangs.

Festzuhalten ist dabei zunächst der alles überragende Einfluss des „ire de Dieu" als Bedrohungsnarrativ des bevorstehenden Untergangs von Welt und Menschheit. Jacques de Billy etwa eröffnete seine *Six Livres du second advenement de nostre Seigneur* mit einer „description des vices et heresies qui doivent courir à la fin du monde."[99] Auch Jacques Bourlé betitelte eine antihugenottische Flugschrift 1568 *Brève adhortation au peuple de France de s'amender, pour appaiser l'ire de Dieu*[100] und verortete die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den konfessionellen Konfliktparteien sowie die Existenz der hugenottischen Minderheit als Strafen des zornigen Gottes. François de la Belleforest brachte 1579 die enge Verbindung zwischen dem „ire de Dieu" und den endzeitindikatorischen Phänomenen seiner eigenen Gegenwart zum Ausdruck, indem er in *Les Grandes annales et histoire générale de Francs en Gaule* über die Zeit

97 Tricoire (2013), S. 12.

98 Ein Zusammenhang, der sich im Übrigen nicht nur in Bezug auf die Apokalypse als ultimative Bedrohung zeigt, sondern ab Mitte der 1550er Jahre auch als eine konkrete Bedrohung auf kleinerer, individuell jedoch nicht weniger existentieller Ebene verargumentiert wurde. 1558 formulierte Antoine de Mouchy, der Rektor der theologischen Fakultät der Sorbonne, als Reaktion auf die Expansion der calvinistischen Kirchen, eine den direkten Einfluss Gottes auf innerweltliche Angelegenheiten unterstellenden Kausalmechanismus, siehe Mouchy (1558), S. 28v-29r: „Par telles exemples tant certaines & claires, que donnent ces quatorze Roys de Iuda, qui ont esté en tant de sortes persecutez, affligez & puniz pour avoir suivi les estrangers & n'avoir point gardé, ny fait garder aux subiects la loy de Dieu: De quelle diligence doivent les Roys Chrestiens garder, & faire garder la loy Chrestienne, & punir ceux qui dogmatisent au contraire, s'ilz veulent long temps regner en prosperité. Car certainement ceulx qui delaisseront la loy de Dieu, & permettront qu'elle soit delaissée, doivent grandement avoir crainte que Dieu ne les punisse & ruine comme les susdicts Roys de la lignée de Iuda & du peule de Dieu."

99 Billy (1576), fol. 12v., auch zitiert bei Victoria (2011), S. 248.

100 Bourlé (1568).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Johanns I. und in Analogie zu den gegenwärtigen Bürgerkriegen festhielt, dass

> „aussi on voit on le monde affligé sans cesse (comme nous le sentons à present) de guerres, famine, peste, orages, calamitez, maladies, bruslemens, deluges & autres desastres: sans que pour cela on veit le moindre signe du chastiement des hommes, pour appaiser l'ire de Dieu, qui envoyoit ces fleaux sur la terre."[101]

Damit waren die endzeitlichen Symptome zugleich Hinweise auf den „ire de Dieu". Das Bedrohungsnarrativ des nahenden Weltuntergangs handelte also im Wesentlichen vom die Menschheit strafenden Gott. Roussat sprach vom „Dieu qui veult corriger"[102], Chevalier diagnostizierte die „calamité de ce siécle"[103] und Desiré betrachtete die Indizien für das nahende Weltende als Beweis „que Dieu en sa colere / Viendra de brief iuger les vifs & mors."[104] Bis hinein in Guillaume de La Perrières 1567 erschienenen *Miroir Politique* findet sich die Argumentation, dass „[l]'Apocalypse fait recit des sept testes du dragons portans diademes. Au mesme livre est faicte mention des sept anges portans sept phioles pleines de l'ire de Dieu."[105] Endzeitdiagnostische Argumentationsmuster, denen der „ire de Dieu" als zentrales Bedrohungsnarrativ zugrunde lag, zogen sich also bis in dezidiert politische Abhandlungen hinein und finden sich zudem auch in Veröffentlichungen der Krone selbst.[106]

Der „ire de Dieu" war dabei jedoch, und hier eröffnet sich der Konnex zum menschlichen Einfluss auf das nahende Weltende, keine allein gottbedingte und durch ihn motivierte und initiierte Bedrohung, sondern Gottes Zorn war eine Reaktion auf *menschliches* Handeln: eine Strafe. Auch hier wird die oben bereits angerissene konfessionelle Wasserscheide zwischen den Endzeitdiagnostikern deutlich, da der ganz überwiegende Teil der Endzeitpropheten katholisch war und entsprechend die Reformation im Allgemeinen bzw. die Existenz einer hugenottischen Minderheit im Be-

101 Belleforest (1579), S. 872.
102 Roussat (1550), S. 80.
103 Chevalier (1584), S. aiir.
104 Desiré (1587), S. 16 f.
105 La Perrière (1560), S. 100.
106 Anon. (1560a), fol. aiiiir: „Nous puissions en premier lieu, appaiser l'ire de Dieu, que nous congnoissons par infinies demonstrations, estre concitee contre toute la chrestieté." Siehe Anon. (1560b), S. 8 mit dem Argument, es seit notwendig „concorde & union" aufrecht zu erhalten, „pour appaiser l'ire de Dieu[.]"

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sonderen zur Ursache des strafenden Gottes zu machen versuchte.[107] Wenn Desiré vom „Dieu en sa colere"[108] sprach, so war dieser die Welt und die Menschheit bedrohende Zorn Gottes eine Reaktion auf die Ausbreitung der ‚häretischen' Irrlehren;[109] auch Roussat betrachtete die Reformation als Ausgangspunkt einer gesamtgesellschaftlichen Zersetzung, die durch die göttliche Bestrafung zum Ende der Welt führen werde.[110] Die „sept phioles pleines de l'ire de Dieu"[111] La Perrières waren in seinen Augen ebenfalls ein Ergebnis der (sträflichen) Duldung religiöser Devianzbewegungen.[112]

Der Mensch hatte also durchaus Einfluss darauf, den „ire de Dieu" zu provozieren, und konnte durch die Duldung von Häresiebewegungen den Weltuntergang zumindest indirekt auslösen. Dieser Prozess war aber nicht umzukehren: Einmal ausgelöst, war das Ende der Welt nicht mehr aufzuhalten, zumal es als prädeterminiertes und in der Offenbarung des Johannes vorgesehenes Element des göttlichen Plans ohnehin einen konstitutiven Teil des eschatologischen Heilsplans bildete. Der Weltuntergang durch den „ire de Dieu" war ein feststehendes und in seiner Faktizität nicht zu leugnendes, mit absoluter Gewissheit bevorstehendes Ereignis.[113] Hier wird ein bemerkenswerter Unterschied zu den intellektuellen Endzeitdiagnosen des 20. Jahrhunderts offensichtlich: Während die „Quasi-Gottwerdung" des Menschen durch seine Selbstbefähigung zur (technologischen, selbstzerstörerischen) Allmacht zugleich Ohnmacht hervorrief, bedeutete die vom Allmächtigen vorgesehene und vorherbestimmte Apokalypse des 16. Jahrhunderts keineswegs eine Einschränkung oder gar Abschließung der Handlungsoptionen des Menschen – im Gegenteil: Gerade die Aussicht des unmittelbar bevorstehenden Jüngsten Gerichts wirkte als Katalysator individueller Handlungsmöglichkeiten.[114]

---

107 Crouzet (1990), S. 164-179.
108 Desiré (1587), S. 16 f.
109 Desiré (1587), S. 17 ff.
110 Roussat (1550), S. 70 ff.
111 La Perrière (1560), S. 100.
112 La Perrière (1560), S. 99 f.
113 Roussat (1550), S. 141: Qui est doncques cestuy, qui à ceste heure & maintenant, doubte qu'il ne soit la fin du Monde?"; Desiré (1587), S. 15: „La fin du monde est plus pres qu'on ne pense."
114 Ein Aspekt, der in Bezug auf die konfessionelle Gewalt der Religionskriege von Crouzet (1990) umfassend herausgearbeitet worden ist, vgl. auch Davis: (1973); Diefendorf (1991); Parrow (1993), S. 12; Kaplan (2007), S. 48-72 und Holt

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Jüngste Gericht wurde als eine binäre Schwelle verargumentiert, an der die Entscheidung über ewiges Seelenheil bzw. ewige Verdammnis gefällt werden würde: Guillaume de Salluste du Bartas etwa brachte diese Lesart des Weltuntergangs in seiner Auswirkung auf den Menschen auf den Punkt und argumentierte, dass von Gott, „qui, souverain, juge en dernier ressort / L'arret diffinitif ou de vie, ou de mort[.][115] ausginge. In seinem in den 1570er Jahren entstandenen Bilderzyklus *L'Apocalypse* ergänzte Guillaume Saulce Abbildungen vom Anbruch der Endzeit und dem Jüngsten Gericht mit kurzen poetischen Kommentaren über das Dargestellte und drückte dabei ebenfalls die Bedrohlichkeit der herannahenden Schwelle des Jüngsten Gerichtes aus: „Le nombre esleu en Dieu si bien conté / S'accomplira, pendant que l'un repose. / Mais en la fin le mal sera dompté / Et à pietié sera la porte close."[116] Damit stand nichts Geringeres auf dem Spiel als das Seelenheil der Gläubigen, das in der ewigen Perspektive der Apokalypse bedroht, aber – und hier öffnet sich der menschliche Handlungsspielraum – noch nicht verloren war. Artus Desiré formulierte nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Notwendigkeit zum Handeln im Angesicht des Weltuntergangs und forderte zu einer Bekämpfung der Reformation auf: „Amendes vous, car pour la verité / La fin du monde est plus pres qu'on ne pense."[117]

Die Endzeitdiagnosen des 16. Jahrhunderts offenbaren damit ein vielschichtigeres und komplexeres Zusammenspiel von ‚offener' und ‚geschlossener' Zukunft in Bezug auf menschliche Handlungsspielräume, als

(2012); präzise auch Crouzet (2008), S. 44 f., der den Zusammenhang von Endzeiterwartung und Handlungsoptionen am Beispiel der Inquisition illustriert: „L'inquisition, il faut suivre Pierre Chaunu sur ce point, est une institution populaire parmi ceux qui se reconnaissent comme vieux chrétiens, elle est une institution sécuritaire et sécurisante certifiant de la défense d'une appartenance collective à un dessein divin et donc d'un salut dans l'autre monde. […] [L]a recherche de la pureté chrétienne ne peut s'expliquer que dans un contexte de proximité de la fin des Temps. […] Le Jugement dernier approche et c'est pour cela qu'il faut demeurer obstinément en état de pureté."

115 Salluste du Bartas (1578), S. 13, zu einer späteren Edition auch Victoria (2007), S. 7.

116 Saulce (1572).

117 Desiré (1587), S. 15; zum Grundgedanken ausführlich Crouzet (1990), S. 164-182.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

es die ältere Forschung suggeriert hat,[118] und zeigen eine beachtenswerte Differenz zu den intellektuellen Endzeitdiagnosen der 1950er und 1960er Jahre: Während dort die Allmacht des Menschen durch die technische Möglichkeit zur atomaren Selbstvernichtung zu Gefühlen der Ohnmacht unter Intellektuellen führte, ließ die göttlich determinierte Endzeit des 16. Jahrhunderts den Menschen bemerkenswerterweise nicht als passiven Erdulder des nahenden Endes erscheinen, sondern als aktiven Gestalter der noch zur Verfügung stehenden Zeit bis zum Jüngsten Gericht. Die degenerierte, gegen den göttlichen Plan verstoßende Menschheit hatte den Zorn Gottes provoziert und damit den Weltuntergang eingeläutet,[119] nichtsdestotrotz ließ sich jedoch – auch im Angesicht des determinierten Endes – die Zukunft bis zum Jüngsten Gericht aktiv gestalten und der Zorn Gottes auf den Einzelnen wie das Kollektiv bis zu diesem Zeitpunkt besänftigen.[120]

3. Endzeitlichkeiten – Zum Zukunftsverständnis des Weltuntergangs

Endzeiten beziehen ihren Bedeutungsgehalt aus einer eigenartigen Zukünftigkeit. Einerseits wird Zukunft als Ende erwartet, andererseits negiert

118 In Anlehnung an Koselleck (1989) und Hölscher (2016), S. 41 ff.; jüngst noch einmal Fulda (2016), S. 23: „Die Frühe Neuzeit kannte diese offene Zukunft noch nicht, denn sie setzte die Vorherbestimmung aller Dinge und allen Geschehens durch den göttlichen Weltschöpfer voraus. Ganz der Wortherkunft entsprechend, war die Zukunft das Kommende, genauer: das Herankommende, und speziell: die Ankunft Christi, d. h. seine im Neuen Testament verheißene Wiederkehr, die ‚allerletzte Zukunft Christi zum Gerichte', wie es ganz typisch in einem 1712 erschienenen Schlüssel zur wahren Zeit-Rechnung und gewisser Auslegung der in der Offenbahrung des heiligen Johannes vorher verkündigten Kirchen-Geschichten heißt. Im vormodern-christlichen Weltbild stand diese Zukunft fest – unbekannt waren nur der Zeitpunkt sowie die Umstände ihres Eintretens, und dies auch bloß aus menschlicher Perspektive. Wann und wie wurde die providenziell festgelegte durch eine offene Zukunft abgelöst, die menschliche Gestaltung erlaubt, ja fordert?" Die Aufrufe zur ‚Vorbereitung' im 16. Jahrhundert zeigen dagegen, dass die Gestaltbarkeit von Zukunft und die vermeintlich ‚geschlossene' Zukunft der Apokalypse keine sich ausschließenden, sondern vielmehr komplementäre Konzepte waren.

119 Dazu Roussat (1550), S. 84, der konstatiert, dass „de iour en iour le humaine nature est debilitée minorée"; zum Gesamtmotiv der degenerierten, kranken Welt ausführlich Victoria (2007) und ders. (2011).

120 Bourlé (1568).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dieses Ende jede weitere Zukunft – jedenfalls eine erwartbare, vorstellbare Zukunft bzw. eine Zukunft, wie man sie bislang kannte. Unterschiedliche temporale Ordnungsvorstellungen und Metaphern bringen diese Paradoxie zum Ausdruck (Katastrophe, Krise, Apokalypse, Posthistoire). Dabei nehmen Endzeitnarrative strukturell auf zwei Ereignispole Bezug. Auf der einen Seite stehen Ereignisse, die vom Ende künden und als Zeichen des Unabwendbaren gelesen werden. Auf der anderen Seite steht das katastrophische Ereignis schlechthin, der – noch – einzutretende Weltuntergang selbst. Zwischen diesen Bezugspunkten erfolgen Diagnosen einer endzeitlichen Gegenwart, die im Spannungsverhältnis zu dominanten neuzeitlichen Konzepten stehen, dem Fortschritt etwa oder der Königin der Zeit: der Geschichte.

Die Zeit des Kalten Krieges

Zeitdiagnosen der 1950er und 1960er Jahre beschrieben eine temporale Ordnung, die angesichts der nuklearen Bedrohung ähnlich durcheinandergeraten war wie die zeitgenössische Anthropologie. Das vom Katastrophenszenario der atomaren Vernichtung abgeleitete Zeitverständnis des Kalten Krieges sollte sich ebenso paradox gestalten wie die intellektuellen Neuordnungsversuche des hybriden Menschenbildes.[121] Im Verständnis pessimistischer intellektueller Beobachter wie Günther Anders spannte sich Zukunft nicht mehr als eine Projektionsfläche motivierender Erwartungen auf, die gegenwärtige Handlungen mit zukünftigen Ereignissen in einen sinnhaften Zusammenhang brachten – im Gegenteil: Die bereits feststehende, technologisch determinierte, düstere Zukunft ragte drohend in die Gegenwart hinein und überschattete Hoffnungen und Erwartungen, die auf einem Verständnis von Zukunft als offenem Möglichkeitsfeld beruhten. Diese semantische Verschiebung verdeutlichte Anders mit Hilfe einer hydrologischen Metaphorik: An Stelle eines progressiven, vorwärts gerichteten Bewegungs-Begriffs von ‚Zukunft' sei, so Anders, „eine Art von Reservoire getreten, ein ‚time pool', aus dem uns [...] das Morgen und das Übermorgen zufließen."[122] Im Angesicht der atomaren Bedrohung hatte sich somit die Fließrichtung des Zeitenstroms umgekehrt, war doch

121 Vgl. für das Zeit- und Zukunftsverständnis des sog. Zweiten Kalten Krieges der frühen 1980er Jahre Henne (2016), S. 175-180; Esposito (2016), S. 406-410.

122 Anders [1962], S. 122.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

das neuzeitliche Zukunftsverständnis eher als verzweigtes, vielfältige Verlaufsmöglichkeiten auffächerndes Deltas zu versinnbildlichen, in das der Fluss der Zeit einmündete, nachdem er die Gegenwart passiert hatte.

Das Motiv eines temporalen Rückstaus verweist auf die im zeitgenössischen intellektuellen Feld verbreitete Erwartungshaltung, nach der die „Existenz" des Zukünftigen „immer schon technisch und administrativ" vorgefertigt war, Zukunft damit bereits ausgeformt zu sein schien und unveränderlich bevorstand.[123] Die Zukunft war gewissermaßen „schon da", mehr noch: „immer schon da gewesen".[124] Die temporale Struktur einer solchen katastrophisch präformierten und determinierte Zukunft hatte Günther Anders in einem 1960 publizierten Text auf den titelgebenden Begriff „Die Frist" gebracht. Dieser bezeichnete treffend die Struktur der Endzeit als einer auf einen definitiven Zeitpunkt zulaufenden Zeitspanne. Zugleich deutet sie auf eine emotionale Disposition des Unbehagens hin, die sich mit der Erfahrung dieses irreversiblen Zulaufens auf das Unabänderliche verband.[125] Das als Frist beschriebene Zeitverständnis implizierte auch ein eigenartiges Bezugsverhältnis von Gegenwart und Zukunft.

123 Anders [1960], S. 122.

124 Anders [1960], S. 211. Auch Martin Heidegger [1950], S. 158, stellte einen Zusammenhang zwischen einer katastrophisch (ab-)geschlossenen Zukunft und der nuklearen Bedrohung her: „Der Mensch sieht nicht, was lang schon angekommen ist und zwar geschehen ist als das, was nur noch als seinen letzten Auswurf die Atombombe und deren Explosion aus sich hinauswirft, um von der einen Wasserstoffbombe zu schweigen, deren Initialzündung, in der weitesten Möglichkeit gedacht, genügen könnte, um alles Leben auf der Erde auszulöschen. Worauf wartet diese ratlose Angst noch, wenn das Entsetzliche schon geschehen ist?" Ähnlich auch Freyer (1961), S. 217: „Im Banne des Chiliasmus wird jede Gegenwart zu einem ‚Noch nicht', bestenfalls zu einem ‚Immerhin schon' – zu einer Stufe, die möglichst bald überschritten werden muß […]." Vgl. zum Zeitmodus des katastrophischen Futur II auch Horn (2014), S. 12; Henne (2016), S. 179.

125 Anders [1960]. „Nicht in einem Zeitalter leben wir", so Anders, „sondern in einer Frist" (ebd., S. 203). Zur temporalen Metaphorik des Nuklearzeitalters gehört neben der Frist auch die Fristverlängerung, der Aufschub bzw. ein Katechon. In diesem Sinne lassen sich mit Hans von Fabeck (2007), S. 132, die „Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki […] als phantasmatischer Bezugspunkt für die Weltuntergangsvorstellung des unbegrenzten Atomkrieges" verstehen – als „‚Urszene', die alles weltpolitische Handeln fortan unter das Zeichen des bloßen Aufschubs stellt." Arnold Gehlen [1962b], S. 322, sah in Samuel Becketts Figuren Allegorien der Gegenwart, die sich in einem „Zustand des unheilvollen Wartens" befinden. Vgl. auch die Godot-Rezeption bei Anders [1956], S. 215-231. Mit Zygmunt Bauman (2003), S. 156, lässt sich die zur Frist verkehrte Zeitlich-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schon in seinem 1959 publizierten Aufsatz „Atomarer Mord" hatte Günther Anders das „Wesen der Zeit" als durch das Wissen um „Vergänglichkeit" und Endlichkeit bestimmt gesehen.[126] Diese Vergänglichkeit war aber nicht mehr – etwa im Sinne geschichtlichen Wandels – als Bedingung der Möglichkeit von Sinngebung denkbar. Sie erschien stattdessen ganz im Gegenteil als Bedingung der *Unmöglichkeit* von Wandel überhaupt. Die gegenwärtige Endzeit richtete ihr Schlaglicht als *eve of destruction* auf ein definitives Zeitenende. Komplementär zum Bedeutungswandel von „Endlichkeit" artikuliert sich in Anders Schrift „Die Frist" ein durchweg pessimistisches Konzept von „Ewigkeit", das sich von immanenten Unendlichkeitsvorstellungen geschichtlichen Denkens verabschiedete.[127] Gerade weil die Endzeit „immer am Ende ist", so Günther Anders, sei sie – und daraus ergab sich eine Aporie der atomaren Situation – „auch endlos im Sinne von ‚endgültig'".[128] Diese „merkwürdige Verbindung von Endnähe", dem Bewusstsein von Endlichkeit auf der einen und dem Eindruck der „Endlosigkeit" auf der anderen Seite, identifizierte Günther Anders als temporales Spezifikum, das seine atomar bedrohte Gegenwart „von allen anderen Zeitaltern" und auch von allen bisherigen Endzeiten unterschied.[129]

Diese pessimistische Qualität des bevorstehenden „Endes" stellte für Anders einen elementaren Unterschied zwischen der Apokalypse des 20. Jahrhunderts und deren ideengeschichtlichen Vorbildern dar. Denn während die Botschaft der biblischen Apokalypse vermeintlich noch „eine frohe gewesen" sei, weil sie den Anbruch der qualitativ andersartigen – und zwar besseren – Zukunft bedeutete, sei die gegenwärtige „Botschaft […]

---

keit wie folgt beschreiben: Während das geschichtliche Zeitverständnis auf der Annahme beruhte, „dass die ‚Zeit für uns arbeitet' und dass wir es sind, die ‚die Dinge geschehen machen'", arbeitet die befristete Zeit nun „gegen uns", da die „Dinge uns geschehen machen".

126 Anders [1959a], S. 60. Seit der Zündung der Atombombe, so Anders, schwebte die Welt „pausenlos in der Gefahr [...], ein Ende zu nehmen", die Gegenwart erschien als „die endgültig letzte Epoche" (ebd.).

127 S. Anders [1956], S. 278: „[…] für den Fortschrittsgläubigen war die Geschichte a priori Ende-los, da er in ihr ein fröhliches Verhängnis sah, einen unbeirrbar und unaufhaltsam vorwärtsgehenden Prozeß des immer-besser-Werdens."

128 Anders [1960], S. 204.

129 Anders [1960], S. 204 f. Eva Horn (2014), S. 78, verweist in dieser Hinsicht auch auf die ästhetische Qualität der Kernwaffen: „Die Bombe ist das Schönheit und Schrecken verbindende Unendliche, aber auch: das mögliche Ende."

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

die schlechthin schreckliche. Sie meint: ‚Die Zukunftslosigkeit hat schon begonnen'."[130] Diese von Klaus Vondung in den 1980er Jahren als „kupierte Apokalypse" bezeichnete Form der Endzeiterwartung hatte eine „Erlösung nicht mehr im Blick". Enthalten war in ihr somit „nur die erste Hälfte der herkömmlichen apokalyptischen Vision […]; die zweite Hälfte, die Errichtung der neuen, vollkommenen Welt, die früher dem Untergang Sinn und Ziel verlieh, hat sich verflüchtigt."[131]

Mit Metaphern wie „Stabilisierung" und „Verfestigung", „Kristallisation" und „Erstarrung" nahmen rechtskonservative Denker zur temporalen Verfasstheit der Gegenwart Stellung. In ihren posthistorischen Zeitdiagnosen vertraten sie die These, die Entwicklung der Industriegesellschaften habe gleichsam einen posthistorischen Endzustand, eine Art technologisch gesichertes Plateau erreicht, auf dem keine weitere Entwicklung möglich bzw. nötig sei – und somit auch keine Zukunft im Sinne eines offenen Erwartungshorizonts. In ihren Überlegungen verhandelten sie die gegenwärtige Endzeit nicht nur als Szenario einer gewaltvollen *Beendigung* menschlicher Existenz durch einen Atomkrieg, sondern auch als *Vollendung* der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, die in ihren „Grundstrukturen", so Arnold Gehlen, „zunehmend starr" werde.[132] Als symptomatisch für diesen Erstarrungsprozess nannte Gehlen den Zustand des westdeutschen Sozialversicherungssystems, das „nur Reformen, aber keine Änderungen der Grundpläne mehr" zulasse.[133]

Der rechtsintellektuelle Zweifel an einer ‚wesentlichen' Veränderung oder Veränderbarkeit der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse richtete sich auch gegen eine Vorstellung sozialen Wandels, die sich auf die Tradition aufklärerischer Fortschrittsvorstellungen bezog.[134] Was nach Hiroshima und Auschwitz, was insbesondere für Rechtsintellektuelle nach

130 Anders [1960], S. 219.

131 Vondung (1989), S. 11 f.; ebd. 106: „Die ‚kupierte' Apokalypse unserer Zeit beschränkt sich auf die Vision des Untergangs."

132 Gehlen [1962a], S. 253. Mit dem „Begriff der Kristallisation" meinte Gehlen [1967], S. 333, „daß die Wahrscheinlichkeit fundamentaler Veränderungen in den Prinzipien der Kultur abnimmt, wobei sehr wohl die Zahl und das Tempo oberflächlicher Variationen zunimmt, oder zunehmen kann."

133 Gehlen [1962a], S. 253.

134 Am Ende sah Gehlen [1975], S. 345, den Emanzipationsgedanken der Aufklärung in einer „ganz spezielle[n] Idee von ‚Ewigkeit'" gründen, „nämlich [in der] Vorstellung des niemals abbrechenden Besser-werdens der Welt". Ähnlich charakterisierte Anders [1956], S. 279, den aufklärerischen Glauben an eine ständige

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der – mal mehr, mal weniger läuternden – Einsicht in das Scheitern des eigenen totalitären Weltbildes überhaupt noch als Wandel denkbar war, waren die von einem tieferen moralischen Sinn und höheren humanen Zielen befreiten Prozesse technologischer Innovation und quantitativer Produktions- und Konsumsteigerung. Daher konnte, wie Arnold Gehlen betonte, „das kristallisierte System" posthistorischer Industriestaatlichkeit sehr wohl „das Bild einer erheblichen Beweglichkeit und Geschäftigkeit zeigen", da „die Techniken der Produktion, des Verkehrs, der sozialen Organisation […] selbst an allen Enden in Entwicklung" begriffen seien. In dieser Hinsicht gebe es „Neuerfindungen und Fortschritt auf jeder Seite."[135] Entscheidend war jedoch, dass „die allgemeine Linie dieses Prozesses" – seine Sinn- und Zweckgebung – unabänderlich fest-stehe."[136] „Neuigkeiten", „Überraschungen", „echte Produktivitäten" waren zwar möglich, aber eben „doch nur in dem schon abgesteckten Feld und auf der Basis der schon eingelebten Grundsätze, diese werden nicht mehr verlassen."[137] Diese Situation einer grundsätzlichen technologischen Verfasstheit und Stillstellung erkannte Gehlen auch in der geopolitischen Lage des Kalten Krieges: So sei es „wohl gleichgültig, ob man sich eine einzige Hegemonialmacht in Zukunft vorstellt oder die Verfestigung von zwei Machtblöcken, die auf etwas verschiedene Weise im wesentlichen dieselben Apparaturen ausbilden."[138]

Ähnlich wie die Metapher der ‚kupierten Apokalypse' implizierte auch die Diagnose eines posthistorischen Zustands eine paradoxe Deutung der Gegenwart als einer endlosen Endzeit, die von den Intellektuellen als Stillstand, als Ablauf ohne wirkliches Vorankommen erfahren und beschrieben

Verbesserung des Menschen durch die „Unfähigkeit", „ein Ende auch nur zu meinen". Zur Konjunktur eines posthistorischen Fortschrittsverständnisses in den 1980er Jahren vgl. Henne (2016), S. 171-175.

135 Gehlen [1961], S. 307; ders. (1962a) S. 353. Vgl. auch ders. (1975), S. 347: „Was die Bewegungsspielräume angeht, so ist der weitere Fortschritt der Naturwissenschaften, der Technik und auch der Medizin gesichert, ich sprach davon."

136 Gehlen [1962a], S. 353. Der Zweck des modernen Wohlfahrtsstaates bestehe nur noch darin, „immer mehr Menschen unter immer besseren Bedingungen am Leben zu erhalten."

137 Gehlen [1961], S. 307.

138 Gehlen [1962a], S. 353.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wurde.[139] Während das Motiv einer „kupierten säkularen Apokalyptik" jedoch tendenziell einen fatalistischen Pessimismus zum Ausdruck brachte, dem jegliche „wie auch immer geartete Hoffnung auf Erlösung" abhandengekommen war, enthielt die an geschichtsphilosophische Annahmen anknüpfende – und sich zugleich von diesen distanzierende – Rede vom Posthistoire neue Sinnangebote, wenngleich sie die Ideale der Aufklärung aufgab.[140] Die posthistorische Endzeit war eine absolute Gegenwart, deren Zukunft der Verfügung und Gestaltung des Menschen entzogen war. Im posthistorischen Zeitverständnis bestand kein offenes, motivierendes Spannungsverhältnis zwischen vergangenen Erfahrungen und Erwartungen an die Zukunft. Stattdessen präformierten technologisch hergestellte Erwartungen das Erfahrbare.[141]

Die Zeit der Religionskriege

Die Unsicherheit und Bedrohlichkeit des Weltuntergangs im 16. Jahrhundert resultierte aus einer temporalitätsgeschichtlichen Perspektive, mit der eng mit der Apokalypse verzahnten Frage nach Ewigkeit und Postapokalypse. Chevalier sprach die polydimensionale und als sicherheitsrelevant markierte Vielschichtigkeit apokalyptischer Temporalitätsvorstellungen im 16. Jahrhundert an:

> „Ceste heureuse fin se limite / Veu qu'au Tableau d'Eternité / Elle est par l'Eternel escrite. / Ton esprit celeste & divin / A faict ceste fin infinie / Et ta gloire par ceste fin / Immortelle la Mort dessie. / Voire, mais aussi qui croira / Que mesmes un decez produise / La vie qu'eternisera / La Mort qu'une mort Eternise?"[142]

Mit der Diagnose des Weltuntergangs ging also die Artikulation von Zeitlichkeitsvorstellungen einher, und zwar sowohl in Bezug auf die Frage nach der noch zur Verfügung stehenden Zeit bis zum Weltuntergang als auch der Frage nach der Ewigkeit der Postapokalypse und der Frage nach der generellen Zeitstruktur geschichtlicher Entwicklung. Gemeinsam ist

139 Zur technizistischen bzw. technomorphen Bildsprache eines Getriebes im stillstehenden Leerlauf siehe Freyer (1961), S. 103. Siehe auch Gehlens (1962a), S. 359, Hinweis: „Ein Leerlauf kann hochtourig erfolgen."
140 Tilly (2012), S. 133.
141 Vgl. Geulen (2010), S. 82.
142 Chevalier (1584), S. eiii.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

diesen Horizonten von Temporalität zunächst die Grundvorstellung von Zeit als etwas Vergänglichem, Veränderlichem in einer als progressiv-degenerierend verstandenen Entwicklung von Welt und Mensch.[143]

Bereits der ausführliche Titel von Roussats 1550 veröffentlichtem *Livre de l'Estat et mutation des temps* zeigt die Vorstellung an, eine gegenwärtige Ausgestaltung von Zeit zu denken und analysieren zu wollen, diese jedoch gleichzeitig in einer generellen Entwicklung und Veränderlichkeit von Zeit zu verorten. Roussat bediente sich bei der Analyse der Zeit zunächst der Vorstellung einer Abfolge von sieben Tausend-Jahres-Zyklen, an deren Ende das Jüngste Gericht und die Apokalypse stehen würden:

> „Saches dons, amys lecteurs, que prochain est le royaume de Dieu: c'est ascavoir au septieme miliare, ou ia de present nous sommes: auquel la huictieme Sphere (que est le hault altitudinaire Firmament, & le beauté de Dieu) accomplira une revolution: & les corps celeste, la ou ils ont commencé à eulx mouvoir, retourneront, & cesseront[.]"[144]

Im Gegensatz zu der von ihm als degeneriert und verdorben beschriebenen Welt seiner Gegenwart[145] entwarf Roussat mit dem postapokalyptischen „royaume de Dieu"[146] die Perspektive einer „beauté de Dieu"[147] nach der reinigenden Schwelle des Jüngsten Gerichts. Während die Gegenwart äußerst negativ konnotiert war, war die Zukunft als positiver Zeitraum ewiger Erlösung markiert. Auch unter Bezugnahme auf die wirkmächtige Vier-Reiche-Lehre aus dem Buch Daniel verlieh Roussat dieser Vorstellung einer sich immer weiter verschlechternden Gegenwart Ausdruck, die den Zeitraum bis zum Anbruch einer positiven Ewigkeit einläuten werde. Entsprechend konstatierte er die Abfolge von

> „troys principales mutations du Monde: c'est ascavoir le deluge universel, la ou tout le Monde fut perdu, fors Noel & et sa famille. […] L'autre mutation fut la submersion de l'exercite de Pharaon, Roy d'Egypte. […] La tierce mutation fut la perdition des Juifz, et mutation de la loy Iudaicque en la Chrestiente. La quatre mutation sera l'anichiliation, ou grande mutation du Monde, soubs Capricorne."[148]

143 Diesen topos apokalyptischer Literatur im 16. Jahrhundert hat Victoria (2007) ausführlich herausgearbeitet.
144 Roussat (1550), S. 139 f.
145 Roussat (1550), S. 84 ff.
146 Roussat (1550), S. 140.
147 Roussat (1550), S. 140.
148 Roussat (1550), S. 46.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Überzeugung einer progressiv-degenerativen Entwicklung von Welt und Zeit wurde dabei in der Folge Roussats weit geteilt: Auch Guillaume de Salluste du Bartas und Michel Quillian vertraten die Vorstellung, dass sich die Geschichte der Welt in einem siebenstufigen Schema vollziehe, an dessen Ende – analog zur Schöpfungswoche – das Jüngste Gericht und das Ende der Welt stünden.[149] Die eigene Gegenwart war ein negativ konnotierter Zeitraum, wie auch Pierre Viret 1561 in *Le Monde à l'empire et le monde demoniacle* ausdrückte – die Welt war alt und näherte sich ihrem Ende: „[L]e monde va tousjours en empirant, et principalement en ces derniers jours, ausquels il est parvenu à sa derniere vieillesse, et qu'il est prochain de sa fin."[150] Auch hier fungierte die Perspektive einer positiven Ewigkeit *nach* der Apokalypse als Kontrastfolie zur negativen Gegenwart vor dem Weltuntergang.[151]

Die Apokalypse – als Moment des Jüngsten Gerichts – wurde damit zu einem Moment ultimativer Ungewissheit und Unsicherheit zwischen einer negativ konnotierten Gegenwart und dem positiven Szenario ewiger Erlösung; an dieser binären Schwelle zwischen degenerierender Welt und goldenem „royaume de Dieu" lag der spezifische Ort der zeitgenössischen Unsicherheitszuschreibung.[152]

Das verweist auf die Bewertung von Zeit und Zeiträumen im Kontext der Endzeitdiagnosen: Die als erlebte Geschichte verstandene biblische Überlieferung wurde, etwa dort, wo Roussat die hohe menschliche Lebenserwartung in der Bibel mit den (ernüchternden) Erfahrungen seiner Gegenwart verglich[153], als etwas äußerst Positives wahrgenommen; als ein Höhepunkt menschlicher und weltlicher Entwicklung unmittelbar nach der Schöpfung, von dem es – mit zunehmender Distanz zur Erschaffung der Welt – sukzessive und in konsekutiven Phasen eine Entwicklung zum Schlechteren gegeben habe.[154] Das von Roussat angenommene und auf das zyklische Bild von Phasen der Weltgeschichte verweisende Szenario nicht nur einer „anichilation"[155], sondern vielleicht auch einer „future re-

149 Salluste du Bartas (1584); Quillian (1596); zur Vorstellung der Weltwoche Fried (2016), S. 21 u. 86 u. 220 und Victoria (2011).
150 Viret (1561), fol. Viiir; vgl. auch Victoria (2011), S. 245.
151 Viret (1561), S. 8 ff., zu einer in Gedichtform dargebotenen Auseinandersetzung mit der Vier-Reiche-Lehre und positiven sowie negativen Konnotationen.
152 Sehr eindringlich Saulce (1572).
153 Roussat (1550), S. 84.
154 Victoria (2011).
155 Roussat (1550), S. 86.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

novation du Monde“[156], fungierte dabei als positiver und sicherer Gegenpunkt zur negativen und gefährlichen Gegenwart.

Die Bedrohlichkeit der Gegenwart lag damit, wie etwa im Kontext der 1580er Jahre aus dem Umfeld der katholischen Liga argumentiert wurde, in ihrem Charakter als unmittelbare Vorzeit des Jüngsten Gerichts und der Apokalypse. Diese Gegenwart zeichnete sich nicht nur durch die generellen Anzeichen der Degeneration aus, sondern sie barg die manifeste Gefahr für jeden Menschen, während des Jüngsten Gerichts sein Seelenheil zu verlieren: „Par tels & semblables exemples l'on voit evidemment en telt danger, tant du corps que de l'ame sont les deux Hanris, avec tous leurs adherens, qui ne peuvent attendre sinon que quelque horrible iugement de Dieu[.]“[157]

Das Bild des Fortschritts, im Sinne eines Fortschreitens in der Zeit mit dem Endziel der Apokalypse, war damit in den Französischen Religionskriegen kein positives, das zu einer Verbesserung der Zustände führte, sondern es sehnte letztlich die goldene Vergangenheit der biblischen Überlieferung herbei, die – darauf zielten letztlich die Vorstellungen postapokalyptischer Ewigkeit – nach der großen ‚Reinigung' von Welt und Menschheit während des Jüngsten Gerichts auf Dauer gestellt werden würde:

> „Qu'un certain iour les glorieux Apostres / Benignement demanderert à Dieu, / Qu'el signe aurons en ce tereste lieu / pour le tesmoing de son advenement, / quand il viendra tenir son parlement / Que tout sera purgé du feu divin: / Lors il leur dit tres familierement / Ce qu'il s'enfuit denotant nostre fin.“[158]

Diese eher positive Deutung von Feuer und Vernichtung stand im Kontrast zur negativen Konnotation der Weltuntergangsvorstellungen im 20. Jahrhundert: Die Apokalypse des 16. Jahrhunderts wurde nicht als Ende menschlicher Entwicklung imaginiert, sondern – abgesehen von Roussats Vorstellung eines Neubeginns der Geschichte – als Erfüllung im „royaume de Dieu“. Als gefährlich und ungewiss erschienen damit nur die Gegenwart und das Jüngste Gericht selbst. Der Zeitraum nach der Apokalypse barg kaum Spielräume für Unsicherheiten und Ungewissheiten, weil sich seine Ausprägung innerhalb des Referenzrahmens der Johannesoffenbarung bewegte.

---

156 Roussat (1550), S. 86.

157 Anon. (1589), np.

158 Desiré (1587), S. 16; ein Aspekt, der eng im Kontext von Davis (1973) verstanden werden muss und von Crouzet (1990) detailliert ausformuliert worden ist.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Fazit

Sowohl für die Zeitgenossen der Französischen Religionskriege im 16. Jahrhundert als auch für deutschsprachige Intellektuelle der 1950er und 1960er Jahre war der nahende Weltuntergang gewiss. Und doch brachte gerade diese vermeintliche Gewissheit eine Bandbreite von Deutungsmustern hervor, die unterschiedliche Bezugsverhältnisse zwischen der Erwartung von Zukünftigkeit und der Erfahrung von Sicherheit bzw. Ungewissheit zum Ausdruck brachten. Anhand der drei analytischen Schneisen *Kosmologie*, *Anthropologie* und *Temporalität* hat der vorliegende Beitrag Endzeitdiagnosen des 16. und 20. Jahrhunderts miteinander in Bezug gesetzt und nach ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden gefragt. Dabei zeigt sich, dass die Endzeitdiagnosen prä- und postaufgeklärter Provenienz hinsichtlich ihrer doppelten Konnotation von Sicherheit – Abwesenheit von Gefahr einerseits und Erwartungssicherheit andererseits – epochenspezifische Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten aufweisen.

In den 1950er und 1960er Jahren, der ersten Hochzeit des Kalten Krieges, fungierte die Waffengattung nuklearer Sprengköpfe als technologisches Apriori intellektueller Endzeitdiagnosen und Weltuntergangsprophezeiungen. Vor allem zwei Deutungsmuster versinnbildlichten diese nukleartechnologische Endzeit und das zukünftige, als atomarer Weltkrieg imaginierte Zeitenende. Eher im Sinne eines metaphorischen Gebrauchs denn eines bedeutungsgetreuen systematisch-theologischen Anschlusses nahmen Denker des Kalten Krieges auf das Motiv der biblischen Offenbarung Bezug, indem sie die gleißenden Blitze der atomaren Explosionen als apokalyptische Zeichen lasen, die das drohende Weltenende anzeigten. Als Novum wurde der Umstand gesehen, dass die atomare Apokalypse insofern beschnitten oder unvollständig war, als das Versprechen einer jenseitigen Erlösung angesichts einer totalen diesseitigen Zerstörung nicht mehr denkbar war. Das geschichtsphilosophisch kontextualisierte Motiv des Posthistoire, das die Gegenwart am Ende der Geschichte und im Übergang in einen ungeschichtlichen Zustand verortete, artikulierte ebenfalls die Erwartung einer Zukunftslosigkeit. Posthistorische Diagnosen hinterfragten den hergebrachten Modus industriegesellschaftlicher Welterfahrung, der auf der säkularen Annahme beruhte, die Welt drehe sich nicht mehr um Gott, sondern um den aufgeklärt, autonom handelnden und Geschichte machenden Menschen. Während die „kupierte Apokalyptik" eine fundamental pessimistische Haltung zum Ausdruck brachte, die jegliche Hoff-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nung auf einen positiven Ausgang negierte, enthielt die an geschichtsphilosophische Konzepte anschließende Rede vom Posthistoire durchaus neue Sinnangebote. Allerdings beschränkten sich diese auf die Gewährleistung technischer Innovation und gesellschaftlich-politischer Administration und klammerten die moralischen Ideale der Aufklärung aus.

Für die Endzeitpropheten der Französischen Religionskriege bestand ebenfalls kein Zweifel an der Faktizität des nahenden Weltuntergangs – die biblische Offenbarung hielt den Fahrplan des Weltuntergangs bereit und erlaubte zudem, so Roussat, Desiré und weitere Diagnostiker der Endzeit, durch den Analogieschluss zwischen beobachteter Gegenwart und biblisch prophezeiter Zukunft die Vorhersage der Apokalypse. Die apokalyptischen Autoren der Religionskriege setzten damit ihre eigene Gegenwart in Relation zur biblisch überlieferten Vergangenheit und zumindest in postapokalyptischer Hinsicht durch die Offenbarung des Johannes, auch überlieferten Zukunft. Damit lag der Endzeitdiagnose stets auch eine Gegenwartsdiagnose inne; die Analyse des drohenden Endes geschah nicht im luftleeren Raum, sondern war konkret an die Gegenwart der Autoren gekoppelt. Das nahende Weltende meinten katholische Autoren anhand degenerativer innergesellschaftlicher oder klimatischer Veränderungen erkennen zu können. Hinter solch bedrohlichen irdischen Phänomen wähnten sie den Zorn Gottes auf die Menschen, die vom göttlichen Plan abgewichen waren und dafür mit dem Weltuntergang bezahlen würden.

Bemerkenswerterweise führte die deterministische Grundüberzeugung dieser apokalyptischen Diagnosen, die sowohl in der Faktizität des Weltuntergangs wie seiner grundsätzlich strafenden Funktion eine Manifestation des „ire de Dieu“ sahen, nicht zu Ohnmachtsgefühlen, sondern wurde vielmehr in katalysierender Absicht verargumentiert: Das ‚Danach’ der Apokalypse war durch die biblische Offenbarung bekannt und damit weder unsicher noch ungewiss. Das Bedrohungspotenzial der Apokalypse, das unsicher und ungewiss konnotiert war, lag im binären und ambivalenten Moment des Jüngsten Gerichts als Schwelle zwischen ewiger Erlösung und ewiger Verdammnis. Im Moment des Jüngsten Gerichts würde sich, so das Argument, in ewiger Perspektive die Zukunft entscheiden, und zwar für oder wider das Seelenheil jedes Einzelnen, das den Letztwert der Endzeitdiagnose darstellte. Genau dies machte individuelle Handlungsweisen im Angesicht der drohenden Apokalypse nicht nur möglich, sondern zwingend notwendig. Zwar war der Zukunftshorizont durch die Überzeugung einer göttlich vorherbestimmten Postapokalypse auf einer größeren Ebene geschlossen, auf einer kleineren Ebene aber war das

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jüngste Gericht eine Schwelle der Unsicherheit und Ungewissheit für jeden Einzelnen, der aufgerufen war, die ihm verbleibende Restzeit auf Erden möglichst gottgefällig zu nutzen.

Die im neuzeitlichen Geschichtsverständnis wirksame Zukunftsvorstellung eines offenen Horizonts, dessen Ausgestaltung Gegenstad menschlichen Wollens und Könnens war, erodierte nach Meinung deutschsprachiger Intellektueller der 1950er und 1960er Jahre im Anbetracht der existenziellen Bedrohung durch den atomaren Untergang. Die Struktur der Endzeit als Erwartung eines endgültigen Zeitenendes verweist im Kontext des Kalten Krieges auf die Erosion elementarer Wissensbestände, genauer: anthropologischer Gewissheiten. Die monströsen Möglichkeiten der Kernwaffentechnik stellten den Status des Menschen als historisches Subjekt und damit das anthropozentrische Weltbild mitsamt seiner temporalen Ordnung in Frage. Die Fähigkeit des Menschen zur Selbstvernichtung markierte für Intellektuelle der 1950er und 1960er Jahre gewissermaßen eine epistemische Entgrenzung zwischen den ontologischen Orten des Menschen und des Göttlichen. Die durch die Atombombe erlangte weltenzerstörende Fähigkeit und die damit einhergehende quasi-göttliche Allmacht hatten den paradoxalen Effekt eines fundamentalen Ohnmachtsgefühls der Intellektuellen gegenüber der modernen Technik. Die Entmachtung des Menschen durch die Technik und die sich daraus ergebende Leerstelle historischer Sinnbildung stellte für sie geradezu ein strukturelles Merkmal industrialisierter Gesellschaften dar. Wandel und Veränderung waren ihrer Meinung nach nur noch als sinnentleerter, rein technisch ablaufender Prozess denkbar, der sich in einer hermetischen Gegenwart vollzog. Die (End-)Zeitlichkeit der atomaren Situation zeichnete sich durch eine Vorstellung der Zukunft aus, die festzustehen schien und als unabänderliche Bedrohung in die Gegenwart ragte. Die Zeitspanne zwischen Gegenwart und unvermeidbarem Zeitenende erschien als „Frist", die paradoxerweise sowohl eine Erwartung des nahenden Endes als auch eine gegenwärtige Ewigkeit implizierte.

Literaturverzeichnis

Anders, Günther [1956] ([3]2010), Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. I: Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution, München.

Anders, Günther [1958], Der Sprung, in: ders. ([7]2003), Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München, S. 11-23.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Anders, Günther [1959a], Atomarer Mord – Kein Selbstmord, in: ders. ([7]2003), Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München, S. 55-66.

Anders, Günther [1959b], Thesen zum Atomzeitalter, in: ders. ([7]2003), Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München, S. 93-105.

Anders, Günther [1960], Die Frist, in: ders. ([7]2003), Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München, S. 170-221.

Anders, Günther [1962], Die Wurzeln der Apokalypse-Blindheit, in: ders. ([7]2003), Die atomare Drohung. Radikale Überlegungen, München, S. 106-125.

Anders, Günther [1966], Die Antiquiertheit der Bosheit, in: ders. ([3]2002), Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München, S. 396-410.

Anders, Günther [1979], Methodologische Nachgedanken, in: ders. ([3]2002), Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. II, München, S 412-429.

Anders, Günther (1980), Die Antiquiertheit der Geschichte, in: Merkur 34, S. 339-345.

Anderson, Perry (1993), Zum Ende der Geschichte, Berlin.

Anonym (1521), Le premier age du monde, lequel finira au deluge universal, Paris.

Anonym (1524), Traicte compose par ung grant astrologue d'Allemaigne pour adviser le monde du deluge espouventable qui est a doubter a venir l'an 1524, [s. l.].

Anonym (1560a), Lettres patentes du Roy à tous archevesques et évesques et autres prélats ecclésiastiques de résider en la principalle ville de leur diocèse, pour faire visitation sur les curez et vicaires, pour annoncer la parolle de Dieu, et ce dans le premier jour de septembre, Paris.

Anonym (1560b), Mandement du Roy nostre Sire, Pour l'assemblee des Estats de son Royaume, & Concile nationnal d'iceluy, Lyon.

Anonym (1573), Merveilleux deluge d'eaux et de foudres advenu à Constantinople, Lyon.

Anonym (1579), Deluge et innondation d'eaux fort effroyable advenu és faulxbourgs s. Marcel à Paris, Lyon.

Anonym (1588), Discours de deux deluges advenuz l'un à Rome, l'autre à Florence, Paris.

Anonym (1589), Advertissement aux catholiques, sur la bulle de nostre Sainct Pere, touchant l'excommunication de Henry de Valois, Troyes.

Ashton, Margaret (1993), Faith and Fire. Popular and Unpopular Religion 1350-1600, London u. a.

Backus, Irena (1998), The Church Fathers and the Canonicity of the Apocalypse in the Sixteenth Century: Erasmus, Frans Titelmans, and Theodore Beza, in: The Sixteenth Century Journal 29/3, S. 651-666.

Backus, Irena (2000), Reformation Readings of the Apocalypse, Geneva, Zurich, and Wittenberg, Oxford 2000.

Barnes, Robin Bruce (1988), Prophecy and Gnosis. Apocalypticism in the Wake of the Lutheran Reformatio, Stanford.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Barnes, Robin Bruce (1999), Der herabstürzende Himmel. Kosmos und Apokylapse unter Luthers Erben, in: Manfred Jakubowksi-Tiessen u. a. (Hg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 129-146.

Barnes, Robin Bruce (2000), Images of Hope and Despair, in: Bernard McGinn (Hg.), The Encyclopedia of Apocalypticism. Bd. 2, Apocalypticism in Western History and Culture. New York, S. 143-184.

Bauman, Zygmunt (2003), Flüchtige Moderne, Frankfurt/M.

Behringer, Wolfgang (2003), Die Krise von 1570. Ein Beitrag zur Krisengeschichte der Neuzeit, in: Manfred Jakubowski-Tiessen / Hartmut Lehmann (Hg.), Um Himmels Willen. Religion in Krisenzeiten. Göttingen, S. 51-156.

Behringer, Wolfgang (2005), 'Kleine Eiszeit' und Frühe Neuzeit, in: Ders. u. a. (Hg.): Kulturelle Konsequenzen der „Kleinen Eiszeit", Göttingen, S. 415-508.

Belleforest, François de la (1579), Les Grandes annales et histoire générale de Francs en Gaule jusques au règne du roy très-chrestien Henri III, Bd. 2, Paris.

Bernhard, Patrick / Nehring, Holger (Hg.) (2014), Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, Essen.

Billy, Jacques de (1576), Six Livres du second advenement de nostre Seigneur, Paris.

Blumenberg, Hans [1946] (2008), Atommoral. Gegenstück zur Atomstrategie, in: Helga Raulff (Hg.), Strahlungen. Atom und Literatur, Marbach am Neckar, S. 125-141.

Boudet, Jean-Patrice (1992), L'Astrologie, la recherche de la maîtrise du temps et les speculations sur la fin du monde au Moyen Âge, in: Bernard Ribémont (Hg.), Le Temps, sa mesure et sa perception au Moyen Âge. Actes du colloque d'Orléans, 12.-13. April 1991, Caen, S. 19-35.

Bourlé, Jacques (1568), Brève adhortation au peuple de France de s'amender, pour appaiser l'ire de Dieu, Paris.

Boyer, Paul (1994), By the Bomb's Early Light. American Thought and Culture at the Dawn of the Atomic Age, Durham, N.C.

Braidotti, Rosi (2014), Posthumanismus. Leben jenseits des Menschen, Frankfurt/M u. a.

Brandstetter, Thomas (2010), Wie man lernt die Bombe zu lieben. Zur diskursiven Konstruktion atomarer Gewalt, in: Günther Friesinger u. a. (Hg.), Schutzverletzungen. Legitimation medialer Gewalt, Berlin, S. 25-53.

Brohon, Jean (1568), La description d'une merveilleuse, horrible et prodigieuse commette et apparition effroyable d'hommes armez et combatans en l'air, sur nostre horison de Costenin en Normandie, Paris.

Brohon, Jean (1571), Almanach ou journal astrologique avec les jugemens prognostiques pour l'an 1572, Rouen.

Bühler, Benjamin / Willer, Stefan (2016), Einleitung, in: dies. (Hg.), Futurologien. Ordnungen des Zukunftswissens, Paderborn, S. 9–21.

Büscher, Nick (2014), Apokalypse als Utopie. Anthropofugalität in der österreichischen Nachkriegsliteratur, Würzburg.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bullinger, Heinrich (1558), Cent sermons sur l'Apocalypse de Jesus Christ, revelée par l'ange du Seigneur: veue et escrite par Jean Apostre et Evangeliste, Nouvellement mis en lumiere par Henri Bullinger ministre de l'Eglise de Zurich, pour manifester la vraye declaration de l'Apocalypse à tous fideles qui en ces derniers temps attendent le jugement du Seigneur. La preface demonstrera l'argument, l'excellence, l'utilité et usage de cest oeuvre, Genf.

Calvin, Jean (1542), Traité ou avertissement contre l'astrologie qu'on appelle judiciare et autres curiositez qui regnent aujourd'hui au monde, [s. l.].

Chevalier, Guillaume de (1584), Le decez, ou Fin du Monde, Paris.

Conze, Eckart (2005), Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer "modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53, S. 357-380.

Conze, Eckart (2010), Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History 7, S. 220-239.

Conze, Eckart u. a. (2016), Introduction: Between Accidental Armageddons and Winnable Wars: Nuclear Threats and Nuclear Fears in the 1980s, in: dies. (Hg.): Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, Cambridge, S. 1-23.

Couillard, Antoine (1560), Les Contredicts du Seigneur du Pavillon, les Lorriz, en Gastinois, aux faulses et abusives propheties de Nostradamus et autres astrologues, Adjousté quelques œuvres de Michel Marot, fils de feu Clement Marot, prince des poetes françois, Paris.

Crouzet, Denis (1983), La représentation du Temps à l'époque de la Ligue, in: Revue Historique CCLXX/2, S. 297-388. Histoire, Economie et Sociéte 4, S. 507-525.

Crouzet, Denis (1990), Les Guerrieurs de Dieu. La Violence au Temps des Troubles de Religion (vers 1525 – vers 1610), Seyssel.

Crouzet, Denis (2008), Dieu en ses Royaumes. Une histoire des guerres de religion, Seyssel.

Davis, Natalie Z. (1973), The Rites of Violence: Religious Riot in Sixteenth-Century France, in: Past & Present 59, S. 51-91.

Daase, Christopher (2009): Der erweiterte Sicherheitsbegriff, in: Mir A. Ferdowsi (Hg.): Internationale Politik als Überlebensstrategie, München, S. 137-153.

De Fines, Henry (1524), Prenostication nouvelle de Louvain pour l'an 1524, [s. l.].

Delumeau, Jean (1989), Rassurer et protéger. Le sentiment de sécurité dans l'Occident d'autrefois, Paris.

Desiré, Artus (1550): Les combatz du fidelle papiste, pélerin romain, contre l'apostat priapiste tirant à la synagogue de Genève, maison babilonicque des luthériens. Ensemble la description de la Cité de Dieu assiégée des hérétiques, Rouen.

Desiré, Artus (1581), Le ravage et deluge, [s. l.].

Desiré, Artus (1587), Les quinze signes advenuz és parties d'Occident, vers les Royaumes d'Escosse, & Angleterre, significatifz de la ruine, fin, & consommation du monde au peuple de France, Paris.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Diefendorf, Barbara (1985), Prologue to a Massacre: Popular Unrest in Paris, 1557-1572, in: The American Historical Review 90/5, S. 1067-1091.

Diefendorf, Barbara (1991), Beneath the Cross. Catholics and Huguenots in Sixteenth-Century France, Oxford.

Du Chesne, Joseph (1587), Le grand miroir du monde, Lyon.

Espostio, Fernando (2016), Von no future bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom, in: Anselm Doering-Manteuffel u. a. (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen, S. 393-423.

Eugster, David / Marti, Sibylle (Hg.) (2015), Das Imaginäre des Kalten Krieges. Beiträge zu einer Kulturgeschichte des Ost-West-Konfliktes in Europa, Essen.

Fabeck, Hans von (2007), Jenseits der Geschichte. Zur Dialektik des Posthistoire, München u. a.

Fanlo, Jean-Raymond / Tournon, André (2001), Formes du Millénarisme en Europe. À l'Aube des Temps Moderne, Paris.

Febvre, Lucien (1956), Pour l'histoire d'un sentiment: le besoin de sécurité, in: Annales. Économies, Sociétés, Civilisations 11, S. 244-247.

Freyer, Hans (1961), Theorie des gegenwärtigen Zeitalters, Stuttgart.

Fried, Johannes (2001), Aufstieg aus dem Untergang. Apokalyptisches Denken und die Entstehung der modernen Naturwissenschaft im Mittelalter, München.

Fried, Johannes (2016), Dies Irae. Eine Geschichte des Weltuntergangs, München.

Fulda, Daniel (2016), Um 1700 begann die ‚offene Zukunft'. Zum Ausgang der Aufklärung von einer allgemeinen Unsicherheitserfahrung, in: Jörn Steigerwald / Ders. (Hg.), Um 1700: Die Formierung der Europäischen Aufklärung: Zwischen Öffnung und neuerlicher Schließung, Berlin, S. 23-45.

Gamon, Christophe de (1599), La semaine ou creation du monde contre celle du sieur Bartas, Genf.

Gehlen, Arnold [1957] (2007), Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft, Frankfurt/M.

Gehlen, Arnold [1961], Über kulturelle Kristallisation, in: Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6 – Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt/M 2004, S. 298-314.

Gehlen, Arnold [1962a], Post-Histoire, in: Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6 – Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt/M 2004, S. 352-361.

Gehlen, Arnold [1962b], Über kulturelle Evolutionen, in: Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6 – Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt/M 2004, S. 315-329.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gehlen, Arnold [1967], Die gesellschaftliche Kristallisation und die Möglichkeiten des Fortschritts. In: Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6 – Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt/M 2004, S. 330-335.

Gehlen, Arnold [1975], Ende der Geschichte?, in: Arnold Gehlen Gesamtausgabe, Bd. 6 – Die Seele im technischen Zeitalter und andere sozialpsychologische, soziologische und kulturanalytische Schriften, hrsg. v. Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt/M 2004, S. 336-351.

Geyer, Michael (2001), Cold War Angst. The Case of West-German Opposition to Rearmament and Nuclear Weapons, in: Hanna Schissler (Hg.), The Miracle Years. A Cultural History of West Germany, 1949-1968, Princeton u. a., S. 376-408.

Giese, Frank S. (1971), Artus Desiré. Priest and Pamphleteer of the Sixteenth-Century, Chapel Hill.

Greiner, Bernd u. a. (Hg.) (2008), Krisen im Kalten Krieg, Hamburg.

Greiner, Bernd u. a. (Hg.) (2009), Angst im Kalten Krieg, Hamburg.

Gros, Frédéric (2015), Die Politisierung der Sicherheit. Vom inneren Frieden zur äußeren Bedrohung, Berlin.

Heidegger, Martin [1950], Das Ding, in: Martin Heidegger Gesamtausgabe, Bd. 7 – Vorträge und Aufsätze, Frankfurt/M 2000, S. 165-187.

Heidegger, Martin [1953], Die Frage nach der Technik, in: Martin Heidegger Gesamtausgabe, Bd. 7 – Vorträge und Aufsätze, Frankfurt/M 2000, S. 5-36.

Heller, Henry (1994), Putting History Back into the Religious Wars, in: French Historical Studies 19, S. 853-861.

Henne, Steffen (2016), Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit: Zur Formierung der temporalen Ordnung unseren Gegenwart in den 1980er-Jahren, in: Ariane Leendertz / Wencke Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren, Frankfurt/M, S. 155-188.

Hennequin, Jerome (1569), Regrets sur les misères advenues à la France par les guerres civiles, avec deux prières à Dieu, Paris.

Heuer, Andreas (2012), Die Geburt des modernen Geschichtsdenkens in Europa, Berlin.

Hölscher, Lucien (2016), Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen.

Holt, Mack P. (1993), Putting Religion Back into the French Wars of Religion, in: French Historical Studies 18, S. 524-551.

Holt, Mack P. (2012), Religious Violence in Sixteenth-Century France: Moving Beyond Pollution and Purification, in: Past and Present, S. 52-74.

Horn, Eva (2014a), Zukunft als Katastrophe, Frankfurt am Main.

Horn, Eva (2014b), Die apokalyptische Fiktion. Weltende und Zukunftsmodellierung im Kalten Krieg, in: Patrick Bernhard / Holger Nehring (Hg.), Den Kalten Krieg denken. Beiträge zur sozialen Ideengeschichte seit 1945, Essen, S. 43-61.

Jaspers, Karl (1961), Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, München.

Jung, Thomas (1989), Vom Ende der Geschichte. Rekonstruktionen zum Posthistoire in kritischer Absicht, Münster u.a.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kaldor, Mary (1990), The imaginary war. Understanding the East-West conflict, Oxford.

Kamper, Dietmar (1988), Hieroglyphen der Zeit. Texte vom Fremdwerden der Welt, München u. a.

Kaplan, Benjamin J. (2007), Divided by Faith. Religious Conflict and the Practice of Toleration in Early Modern Europe, Cambridge und London.

Klimke, Martin u. a. (Hg.) (2016), Trust, but Verify. The Politics of Uncertainty and the Transformation of the Cold War Order, 1969-1991, Redwood City, CA.

Koselleck, Reinhart (1989), ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt/M, S. 349-375.

La Forest, Bernard de (1524), La grande pronostication nouvelle pour l'an de l'incarnation, [s. l.].

La Perrière, Guillaume de (1567), Le miroir politique, contenant diverses manières de gouverner & policer les républiques qui sont, & ont esté par cy devant: Œuvre, non moins utile que necessaire à tous Monarches, Rois, Princes, Seigneurs, Magistrats & autres qui ont charge du gouvernement ou administration d'ocelles, Paris.

La Tayssonnière, Guillaume de (1582), Le grand horrible et espouvantable meteoire apparau au ciel le mardy, sixiesme jour du present mois de mars 1582. Par les menaces duquel cacun bon chrestien doibt penser à sa conscience et se reconcilier à Dieu, Lyon.

Latour, Bruno (2008), Wir sind nie modern gewesen, Frankfurt/M.

Lehmann, Hartmut (1986), Frömmigkeitsgeschichtliche Auswirkungen der ‚Kleinen Eiszeit, in: Wolfgang Schieder (Hg.): Volksreligiösität in der modernen Sozialgeschichte, Göttingen 1986, S. 31-50.

Marciniak, Angela (2015), Politische Sicherheit. Zur Geschichte eines umstrittenen Konzepts, Frankfurt u. a.

Mausbach, Wilfried (2016), Nuclear Winter. Prophecies of Doom and Images of Desolation during the Second Cold War, in: Eckart Conze u. a. (Hg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear and the Cold War of the 1980s, Cambridge, S. 27-54.

Minois, Georges (1998), Geschichte der Zukunft. Orakel, Prophezeiungen, Utopien, Prognosen, Düsseldorf u. a.

Montaigne, Michel (1988), De l'institution des enfants, in Ders., Les Essais. Band 1, Hg. von Pierry Villey. Paris, S. 145-177.

Morat, Daniel (2007), Von der Tat zur Gelassenheit. Konservativ es Denken bei Martin Heidegger, Ernst Jünger und Friedrich Georg Jünger 1920-1960, Göttingen.

Mouchy, Antoine de (1558), Response à quelque apologie que les heretiques ces iours passez ont mis en avant sous ce tiltre: Apologie ou deffense des bons Chrestiens contre les ennemis de l'Eglise catholique, Paris.

Muchembled, Robert (1976), Culture populaire et culture des élites dans la France moderne (XVe-XVIIIe siècles). Essai, Paris.

Niethammer, Lutz (1989), Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?, Reinbek bei Hamburg.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Oronce, Fine (1551), Les canons et documents Tres amples touchant l'usage et practique des communs Almanachz, que l'on nomme Ephemerides. Briesve et isagogique introduction, sur la judiciare Astrologie. pour scavoir prognostiquer des choses advenir, par le moyen desdictes Ephemerides. Avec un traicté d'Alcabine nouvellement adjousté, touchant les conjonctions des planetes en chascun des 12 signes, et de leurs prognostications es revolutions des années. Le tout fidelement et tres clerement redigé en langaige François, Paris.

Parrow, Kathleen Ann (1993), From Defense to Resistance: Justification of Violence during the French Wars of Religion, Philadelphia.

Pečar, Andreas (2016), Die Bibel als Drehbuch. Das Narrativ von Krise und Umkehr als handlungsgenerierendes Deutungsmuster zu Beginn des englischen Bürgerkrieges, in: Rudolf Schlögel u. a. (Hg.): Die Krise in der Frühen Neuzeit, Göttingen, S. 95-108.

Pethes, Nicolas (2016), Posthumanismus, in: Benjamin Bühler / Stefan Willer (Hg.), Futurologien. Ordnungen des Zukunftswissens, Paderborn, S. 363-373.

Pfister, Christian (2005), Weeping in the Snow. The Second Period of Little Ice Age-type Impacts, 1570-1630, in: Wolfgang Behringer u. a. (Hg.), Kulturelle Konsequenzen der „Kleinen Eiszeit", Göttingen, S. 31-86.

Quillian, Michel (1597), La Derniere Semaine, ou Consommation du monde, [s. l.].

Racaut, Luc (2002), A Protestant or Catholic Superstition? Astrology and Eschatology during the French Wars of Religion, in: Helen Parish / William G. Naphy (Hg.): Religion and Superstition in Reformation Europe. Manchester u. a., S. 154-169.

Rauer, Valentin (2013), Apokalyptische Verunsicherung. Zur Bedrohlichkeit des Ununterscheidbaren, in: Veronika Wieser u. a. (Hg.), Abendländische Apokalyptik. Kompendium zur Genealogie der Endzeit. Berlin, S. 157-174.

Raulff, Helga (2008), Die Bombe denken, in: dies. (Hg.), Strahlungen. Atom und Literatur, Marbach am Neckar, S. 67-81.

Reynolds, David (2010), Science, Technology, and the Cold War, in: Melvyn Leffler / Odd Arne Westad (Hg.), The Cambridge History of the Cold War, Bd. 3: Endings, Cambridge, S. 378-399.

Rotermundt, Rainer (1994), Jedes Ende ist ein Anfang. Auffassungen vom Ende der Geschichte, Darmstadt.

Roussat, Richard (1550), Livre de l'Estat et mutation des Temps, Prouvant par authorithez de l'Escripture saincte et par raisons astrologales, la fin du monde estre prochain, Lyon.

Rubinson, Paul (2014), The global effects of nuclear winter: science and antinuclear protest in the United States and the Soviet Union during the 1980s, in: Cold War History 14, S. 47-69.

Salluste du Bartas, Guillaume de (1578), Le Sepmaine, ou creation du monde, Paris 1578.

Saulce, Guillaume (1572), L'Apocalypse, Paris 1572.

Schelsky, Helmut [1960], Zur Standortbestimmung der Gegenwart, in: Ders. (1979), Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik. München, S. 432-448.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schelsky, Helmut [1961], Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation, in: ders. (1979), Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze zur Soziologie der Bundesrepublik. München, S. 449-486.

Seifert, Arno (1990), Der Rückzug der biblischen Prophetie von der neueren Geschichte. Studien zur Reichstheologie des frühneuzeitlichen deutschen Protestantismus. Köln und Wien.

Serclier, Jude (1606), Le Grand Tombeau du Monde, dans lequel, avec un merveilleux artifice, sont descriptes les principales circonstances de tout ce qui doit arriver au Iugement final, Paris.

Stölken-Fitschen, Ilona (1995), Atombombe und Geistesgeschichte. Eine Studie der fünfziger Jahre aus deutscher Sicht, Baden-Baden.

Stöver, Bernd (2007), Der Kalte Krieg 1947-1991: Geschichte eines radikalen Zeitalters, München.

Tanner, Jakob (^{2}2008), Historische Anthropologie zur Einführung, Hamburg.

Tricoire, Damien (2013), Mit Gott rechnen. Katholische Reform und Politisches Kalkül in Frankreich, Bayern und Polen-Litauen, Göttingen.

Uerz, Gereon (2006), ÜberMorgen. Zukunftsvorstellungen als Elemente der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, Paderborn u. a.

Verdier, Claude du (1583), Discours contre ceux qui par les grandes conjonctions des planettes qui se doivent faire ont voulu predire la fin du monde, Lyon.

Victoria, Thierry (2007), Les ‚Tombeaux du monde': Fin du monde et fins dernières au soir de la Renaissance, in: Réforme, Humanisme, Renaissance 65, S. 7-24.

Victoria, Thierry (2009), Un livre de feu dans un siècle de fer. Les lectures de l'apocalypse dans la littérature française de la Renaissance, Leuven.

Viret, Pierre (1561), Le Monde à l'empire et le monde demoniacle fait par Dialogues, Genf.

Wendehorst, Stephan (2011), Art. Vier-Reiche-Lehre, in: Friedrich Jäger u. a. (Hg.), Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 14, S. 324-328.

Weninger, Robert (2013), Letzte Menschen und der Tod Gottes. Eine philosophische und literarische Genealogie, in: Veronika Wieser (Hg.), Abendländische Apokalyptik, Kompendium zur Genealogie der Endzeit, Berlin, S. 75-100.

Wiechman, Jan Ole (2017), Sicherheit neu denken. Die christliche Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte 1977-1984, Baden-Baden.

Wiersing, Erhard (2007), Geschichte des historischen Denkens. Zugleich eine Einführung in die Theorie der Geschichte, Paderborn u. a.

Zons, Raimar (2001), Die Zeit des Menschen. Zur Kritik des Posthumanismus, Frankfurt/M.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„… contra pericula futura“: Prävention und Zukunftshandeln in der Frühen Neuzeit am Beispiel dynastischer Ehepolitik

Christoph Kampmann

1. Einleitung

„Können Ehen Frieden stiften?“ – so lautet der Titel eines Aufsatzes von Martin Peters, in dem der Verfasser energisch für eine intensivere Beschäftigung mit dynastischen Eheverträgen in der Frühen Neuzeit plädiert. Peters gelangt darin (jedenfalls von der Intention der Akteure her betrachtet) zu einer positiven Beantwortung seiner selbstgestellten Frage: Dynastische Ehen hätten durchaus das Ziel verfolgt, den fragilen politischen Beziehungen zwischen den dynastischen Staaten und Gemeinwesen zusätzliche Stabilität zu geben – wenn das auch in der Regel ein frommer Wunsch geblieben sei.[1] Auch in anderen einschlägigen Beiträgen ist die Auffassung vertreten worden, dass die dynastische Heiratspolitik von der Hoffnung bzw. der Erwartung geleitet worden sei, „den Frieden des eigenen Hauses und Europas zu sichern.“[2] Dynastische Heiratspolitik wäre demnach durchaus als planerisches politisches Zukunftshandeln zu verstehen, um den von Krieg und Instabilität geprägten auswärtigen politischen Beziehungen des frühneuzeitlichen Europa mehr Sicherheit zu verleihen.

Inzwischen ist die dynastische Ehepolitik Gegenstand gründlicher, quellenfundierter Studien geworden; zu nennen sind unter anderen die umfassenden Studien von Daniel Schönpflug und von Philip Haas.[3]

---

1 Peters (2007), S. 121: „Frühneuzeitliche Heiratsverträge sind dynastische Instrumente der europäischen Sicherheitspolitik, grenzüberschreitenden Kooperation sowie Steuerung und Sicherung von Herrschaft – wenn auch im Endeffekt ohne den gewünschten Erfolg.“

2 Knöfel (2009), S. 79. In diesem Sinne auch Spieß (1993), S. 78 ff.; Weber (1981), S. 13-17.

3 Vgl. neben den großen Arbeiten von Schönpflug (2013) und Haas (2017) – letztere ist jüngst im Rahmen des SFB-TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit entstanden – auch den Beitrag von Kägler (2014). Dazu gibt es noch zahlreiche weitere kürzere Studien, die Teilaspekte der Thematik in den Blick nehmen; vgl. z. B. Rüde (2007);

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Das Ergebnis dieser Forschungen ist, was die These vom friedens- und sicherheitsorientierten Charakter dynastischer Eheverbindungen betrifft, insgesamt eher ernüchternd. Sie deuten eigentlich nicht darauf hin, dass durch dynastische Ehepolitik zusätzliche kollektive Sicherheit (im Sinne von mehr Sicherheit für die Christenheit und Europa) hergestellt werden konnte und sollte.[4] Mehr noch: Es wird deutlich, dass mit der dynastischen Ehepolitik überhaupt nur in sehr geringem Maße „große" planerische politische Zukunftsentwürfe verbunden waren. „Als schlagkräftiges Instrument der internationalen Politik in der frühen Neuzeit" – so stellt Schönpflug in seiner umfassenden Untersuchung heraus – „waren Heiraten zu aufwändig, langwierig, vieldeutig und im Ergebnis zu unsicher."[5] Das sei im Übrigen auch den handelnden Politikern klar gewesen: „Die Quellen sprechen nicht dafür, dass die Akteure mit einer dauerhaften Wirkung von Familienverbindungen rechneten."[6]

Diese Ergebnisse scheinen darauf hinzudeuten, dass die Betrachtung dynastischer Ehepolitik nur recht wenig zur hier behandelten Gesamtthematik, der Interdependenz von Zukunfts- und Sicherheitsvorstellungen, beitragen kann. Doch dieser erste Eindruck täuscht. Vielmehr erlaubt die Analyse dynastischer Ehepolitik durchaus wichtige weiterführende Einblicke in Zukunftsvorstellungen und Zukunftshandeln in der Frühen Neuzeit, gerade in Hinblick auf den Umgang mit künftigen *Un*sicherheiten. Verweist sie doch auf die Notwendigkeit, bei der Untersuchung politischen Zukunftshandelns weit stärker zwischen positivem, planerischem Zukunftshandeln auf der einen und präventivem, Nachteile und Unsicherheiten vermeidendem Handeln auf der anderen Seite zu differenzieren, als es in der einschlägigen Literatur geschieht.

In der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur wird diese Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen von Zukunftshandeln seit eini-

---

Kérautret (2010). Zum neu erwachten Interesse hat der *cultural turn* gerade in der Frühneuzeitforschung zweifellos erheblich beigetragen.

4 Schönpflug (2013), S. 282: „Langfristige Beziehungsnetzwerke zwischen großen europäischen Häusern, die von Friedfertigkeit und gegenseitiger Unterstützung geprägt waren, entstanden in der von extremer Staatenkonkurrenz geprägten Zeit vom 17. bis zum 20. Jahrhundert nicht." In diesem Sinne auch Kägler (2014), S. 19 f.; Haas (2017), S. 325 f.

5 Schönpflug (2013), S. 191. So auch Haas (2017), S. 325, der die „bestenfalls mittelfristige Reichweite dynastischer Ehen" betont.

6 Schönpflug (2013), S. 160.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ger Zeit deutlich herausgestellt.[7] Aus Sicht von Autoren wie Ulrich Bröckling erscheint das präventive, künftige Nachteile und Gefahren nach Möglichkeit verhindernde Zukunftshandeln geradezu als Signum der Moderne, als spezifische Form von Zukunftshandeln unserer Zeit.[8] In ähnlicher Weise wird auch von politikwissenschaftlicher Seite argumentiert, etwa wenn Claudia Aradau und Rens van Munster die „Risk Society“ unserer Tage eigentlich als „Prevention Society“ beschreiben: „The onus of decision making is no longer on the production of ‚goods‘, but on the prevention of ‚bads‘.“[9]

Dagegen wird diese Unterscheidung zwischen planerisch-„positivem“ und präventiv-„negativem“ Zukunftshandeln in der breiten historischen Literatur zur „Geschichte der Zukunft“ bzw. „Geschichte der Temporalität“ bzw., soweit zu sehen ist, kaum thematisiert. Das zeigt sich schlaglichtartig bei der Art, wie in dieser Literatur das Thema des Wandels im Verhältnis der Menschen zur Zukunft und zur Zukunftsgestaltung behandelt wird. Überlegungen von Reinhart Koselleck und Lucian Hölscher aufgreifend wird auch in neueren einschlägigen Studien[10] herausgestellt, dass sich das Verhältnis der Menschen zur Zukunft im Verlauf der Frühen Neuzeit radikal verändert habe. Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, spätestens seit der Sattelzeit im 18. und frühen 19. Jahrhundert sei die Zukunft als Raum begriffen worden, der „als zwar unsicher, aber auch potentiell gestaltbar gedacht werden konnte.“[11] Die Zukunft sei auf diese Weise „zu einem Zeitraum“ geworden, „der der menschlichen Verfügungsgewalt offenstand.“[12]

---

7 Bröckling (2008); Gough (2015).

8 Bröckling (2008), S. 40.

9 Aradau / Munster (2007), S. 92.

10 Vgl. dazu neuerdings Hannig (2015), S. 34 f.; Landwehr (2014), S. 201 u. S. 322 f. und öfter.

11 Landwehr (2014), S. 201; in diesem Sinne auch ebda., S. 322 f. und öfter. Damit setzt Landwehr die von Koselleck eingeführte und danach vielfach aufgegriffene und modifizierte Zäsur im Zukunftsdenken und -handeln zwischen „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ deutlich, nämlich zwei Generationen, früher an als es in Anlehnung an Koselleck üblicherweise geschieht; vgl. in diesem Sinne auch Hannig (2015).

12 Vgl. Landwehr (2014), S. 322. Vgl. auch Hannig (2015), S. 34: „Mit der Wende zum 19. Jahrhundert waren im Umgang mit Naturgefahren daher bereits zwei grundlegende Praktiken bekannt: die Vorsorge und die Prävention. Beide sind, ganz ähnlich wie die Herstellung von Sicherheit oder die Suche nach Schutz als

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Für unseren Zusammenhang ist entscheidend, auf welche Weise diese These begründet wird. Denn hierzu verweisen die Autoren ausgerechnet auf Beispiele präventiven Zukunftshandelns, etwa – wie Achim Landwehr – auf den Wandel im Umgang mit Seuchen und der Seuchenbekämpfung. Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts seien die Menschen dazu übergegangen, Gefahren zu prognostizieren und ihnen vorzubeugen, bevor sie eingetreten waren – was auf einen geradezu revolutionären Bruch im Zukunftsdenken und -handeln hindeute.[13]

Diese Argumentation möchten die folgenden Ausführungen einer kritischen Revision unterziehen. Erscheint es doch zweifelhaft, dass sich gerade Beispiele der Gefahrenprognose und -prävention in der Frühen Neuzeit eignen, um die fundamentale Zäsur im Zukunftshandeln nachweisen zu können. Stattdessen spricht einiges dafür, viel stärker zwischen verschiedenen Formen von Zukunftshandeln zu unterscheiden, als es in der genannten historischen Literatur geschieht. Gefahrenprognose und -prävention waren – so die hier vertretene These – schon viel früher, weit vor dem 17. Jahrhundert, geläufig, und zwar auch in hochreflektierter und verfeinerter Form. Dabei ging es um die vorbeugende Abwehr von der Struktur nach bekannten Gefahren, aber auch von prinzipiell neuartigen Gefahrenkonstellationen, die es so noch nicht gegeben hatte, die also noch nicht zum allgemeinen „Erfahrungsraum“ gehörten. Und dies war nicht nur Sache kleiner, überschaubarer Expertenkreise; vielmehr wurde potentiell die gesamte Öffentlichkeit in diese Bemühungen einbezogen. Dagegen ist zu bezweifeln, ob dies in gleichem Maße auch für positiv-planerisches Zukunftshandeln, gerade in Hinblick auf „große“ Zukunftsentwürfe, zutrifft.

Variationen ein und derselben Haltung gegenüber der Zukunft zu denken, die man nicht mehr passiv auf sich zukommen ließ, sondern aktiv zu bearbeiten suchte.“

13 Landwehr (2014), S. 322: „Bis etwa Mitte des 17. Jahrhunderts kann man beobachten, dass Maßnahmen gegen die Pest immer erst ergriffen wurden, nachdem [Hervorhebung Landwehr] sie in einem Ort ausgebrochen war. Ab der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde in einem wesentlichen Punkt umgesteuert, insofern man immer häufiger versuchte, Maßnahmen zu ergreifen, noch bevor die Seuche einen Ort erreichte. Man prognostizierte also die Ausbreitungswege der Pest und versuchte diese zu unterbrechen – mit durchschlagendem Erfolg. […] Für das 17. Jahrhundert war das eine nahezu revolutionäre Idee, denn sie besagte nichts anderes, als dass die Zukunft zu einem Zeitraum wurde, der der menschlichen Verfügungsgewalt offenstand. Der Sieg über die Pest lehrte unter anderem, dass gegenwärtige Handlungen die Zukunft verändern können, und zwar unabhängig von göttlicher Allmacht.“

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hier scheinen tatsächlich deutlichere Zäsuren im Verlauf der Frühen Neuzeit erkennbar zu sein – auch wenn dies in den folgenden Ausführungen nicht detaillierter überprüft werden kann, sondern weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben muss.

Im Folgenden soll die These von der Präsenz präventiver Gefahrenabwehr vor dem 17. Jahrhundert exemplarisch anhand der Vertragspraxis bei dynastischen Heiraten erläutert und begründet werden.[14] Im Mittelpunkt steht dabei ein konkretes Fallbeispiel, die Eheschließung zwischen Königin Maria I. Tudor, die das Königreich England von 1553 bis zu ihrem frühen Tod 1558 regierte, und Prinz Philipp von Spanien, der mit der Ehe zum König von England, seit 1556 dann als Philipp II. bekanntlich auch zum König von Spanien aufstieg.

Dieser Fall einer dynastischen Ehe aus der Mitte des 16. Jahrhunderts scheint für unseren Kontext besonders geeignet, weil er zeitlich eindeutig *vor* den von der Literatur frühestens in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts verorteten Wandlungsprozessen im Umgang mit Zukunft (und Gegenwart) liegt. Zudem ist für unseren Zusammenhang wichtig, dass bei diesem Fallbeispiel auf der einen Seite die herkömmliche Form von Prognose und Prävention politischer Gefahren anzutreffen ist, die solche dynastischen Eheverträge regelmäßig kennzeichnete (also die üblichen elaborierten erbrechtlichen Schutzmechanismen bzw. die entsprechende erbrechtliche Schutzkasuistik). Das gewählte Beispiel ist also in dieser Hinsicht charakteristisch und kann als durchaus repräsentativ für den Bereich dynastischer Heiratspolitik betrachtet werden. Auf der anderen Seite versuchten die Akteure, sich vor künftigen politischen Gefahren zu schützen, die bis dahin strukturell unbekannt gewesen waren und daher nur tastend erahnt werden konnten, die also – um es mit der von Koselleck eingeführten Begrifflichkeit zu formulieren – nicht zum üblichen politischen „Erfahrungsraum“ solcher dynastischer Ehepolitik gehörten.[15] Wir haben es hier also mit einer sehr bemerkenswerten Verbindung von Tradition und Innovation zu tun.

Schließlich wurde das Fallbeispiel auch deshalb ausgewählt, weil diese hochbrisante und aufschlussreiche Eheschließung in mancherlei Hinsicht, vor allem in Hinblick auf das vorausschauende und innovative Handeln

14 Vgl. Teilprojekt A03 „Versicherheitlichung und dynastische Eheverträge“ im SFB-TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit“.

15 Zur wissenschaftsgeschichtlich bzw. historiographisch enorm einflussreichen Entfaltung dieser Begrifflichkeit vgl. Koselleck (1984).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der Regierung, von der einschlägigen Literatur noch nicht angemessen gewürdigt worden ist. Aus historiographischen Gründen gehört Maria I. eher zu den „Aschenbrödeln" der englischen Geschichtsschreibung. Ihr und ihren Räten traute die Historiographie jene politische und verfassungsrechtliche Innovationskraft gar nicht zu, die sie 1553/54 tatsächlich unter Beweis stellten.[16] Diese Unterschätzung hat lange Zeit zu einer recht deutlichen Vernachlässigung der Regierungszeit der ersten weiblichen englischen Herrscherin und des englischen Königtums Philipps von Spanien in der Frühneuzeitforschung beigetragen.[17] Im allgemeinen Geschichtsbewusstsein ist ohnehin kaum präsent, dass derselbe Philipp, der 1588 die berühmt-berüchtigte „Spanische Armada" gen England schickte, zuvor einmal friedlich in Westminster als englischer König residiert hatte.[18]

2. *Präventives politisches Zukunftshandeln am Beispiel der Ehe von 1553/54*

Am 17. April 1554 verabschiedete das englische Parlament den Ehevertrag zwischen Königin Maria I. und Prinz Philipp von Spanien, offenbar

16 Zu den bis in die jüngere Zeit wirksamen historiographischen, konfessionell bedingten Stereotypen zu Maria I. (der späteren „Bloody Mary"), die eine angemessene Würdigung der Leistungen ihrer Regierungszeit, gerade die bemerkenswert reibungslose Überwindung der Widerstände gegen die erste weibliche Königsherrschaft der englischen Geschichte, lange Zeit verhindert hat, vgl. Russell (1990). Zur erfolgreichen, häufig unterschätzten Arbeit des Council in der Frühphase Marias I. auch schon Weikel (1980).

17 Lange Zeit basierte die Erforschung der Regierungszeit Maria Tudors fast ausschließlich auf der reichen Forschungs- und Publikationstätigkeit von David Loades (1965, 1979, 1988, 2011). Erst in jüngerer Zeit hat sich dies geändert; dabei rückten auch die Herausforderungen der ersten „female monarchy" und die – lange Zeit kaum erforschte – Problematik der Spanischen Ehe und des englischen Königtums Philipps von Spanien verstärkt in den Fokus: vgl. Kelsey (2012); Redworth (1997); Richards (1997); Alsop (1994). Vgl. auch die unveröffentlichte Dissertation von Samson (1999). Bemerkenswert kurz abgehandelt wird Maria I. bei Valerius (2002), S. 59-65, der sich trotz der Fokussierung auf weibliche Herrschaft im 16. Jahrhundert in charakteristischer Weise fast ausschließlich mit Elisabeth I. beschäftigt und der ersten Tudor-Herrscherin nur wenige Seiten widmet.

18 Kelsey (2012) bezeichnet King Philip of England im Untertitel seiner Biographie nicht ohne Berechtigung als „The Forgotten Sovereign".

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ohne Debatte und jedenfalls ohne Widerspruch.[19] Damit erlangte der Ehevertrag den Rang eines „Statutes“, erhielt also im Rahmen der englischen Rechtsordnung die höchste Verbindlichkeit.[20] Das war ein Novum der englischen (Rechts-) Geschichte: Noch nie hatte ein englischer Monarch einen dynastischen Heiratsvertrag aus dem Arkanbereich dynastisch-familiären Handelns in dieser Weise herausgenommen und ins Zentrum der Politik gerückt bzw. parlamentarisch verbriefen lassen.[21] Auch in Hinblick auf seine inhaltlichen Festlegungen war der nun zum Statute erhobene Ehevertrag ungewöhnlich. Neben den üblichen erbrechtlichen Schutzbestimmungen enthielt er einschneidende Restriktionen für den kommenden Ehegemahl und den künftigen König – einschränkende Bestimmungen, die gleichfalls in dieser Form beispiellos waren, wie weiter unten noch darzulegen ist.

---

19 An Act touching the Articles of the Quenes most noble marriage (1554), gedruckt in: The Statutes of the Realm (1819). Vol. IV, Part 1, S. 221-226. Die Primärüberlieferung zur englischen Parlamentsgeschichte ist bekanntlich lückenhaft; mit Ausnahme der „Journals“ sind die Parlamentsakten im großen Brand von 1834 zerstört worden. Freilich gibt es zur Auseinandersetzung über die Spanische Ehe 1553/54 innerhalb wie außerhalb des Parlaments eine aufschlussreiche Sekundärüberlieferung. Die informativste Quelle über die entsprechenden Entwicklungen in England sind die Berichte des kaiserlichen Botschafters in England, Simon Renard, der selbst ein wichtiger Akteur in der Angelegenheit war; sie sind in den Calendar of State Papers, Spanish, Vol. 11-12 (1916/1949) abgedruckt und über die British History Online Plattform leicht zugänglich. Zur einstimmigen Annahme des Acts vgl. das Schreiben Renards an den Kaiser, 1554 April 11, ('Spain: April 1554, 11-20', in *Calendar of State Papers, Spain, Volume 12, 1554*, ed. Royall Tyler (London, 1949), S. 215-220. *British History Online* http://www.british-history.ac.uk/cal-state-papers/spain/vol12/pp215-220 [Zugriff 21. Juli 2016].) Auch für Königin Maria I. selbst scheint es wichtig gewesen zu sein, dass es im Parlament keinen Widerspruch gegen das Gesetz zum Ehevertrag gegeben hat; vgl. ihr Schreiben an Philipp von Spanien, in dem sie ausdrücklich hervorhebt, das Parlament habe die Artikel der Ehe *sans contradiction* angenommen; Maria an Philipp, (1554 April 20), (Entwurf) British Library Cotton Mss. Verspasian F III Nr. 24; vgl. auch Loach (1986), S. 94.

20 Vgl. zusammenfassend zur verfassungsrechtlichen Schlüsselbedeutung parlamentarischer, im Zusammenwirken von Krone, Lords und Commons zustande gekommener Statutes (mit weiterer Literatur) Kampmann (2009); grundlegend nach wie vor Elton (1969). Zur verschlungenen Forschungsgeschichte, die vor allem um das Verhältnis von Parlament und Krone zwischen Kooperation und Konfrontation kreiste, vgl. Asch (1993).

21 Russell (1990), S. 271.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Verabschiedung der Artikel des Ehevertrags als „Statute" bildete den Abschluss einer Politik, die seit Herbst 1553 das Ziel verfolgt hatte, das Königreich England mit einem sorgfältigen System präventiver Maßnahmen vor den mittel- und langfristig politisch schädlichen Folgen des „Spanish Match" zu schützen. In gleichem Maße war die Politik darauf ausgerichtet, die politische Führungsschicht des Landes und die gesamte politische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass dieses System von Präventionsmaßnahmen auch tatsächlich effektiv Schutz bieten würde. Im Folgenden soll zunächst die Entstehung und dann die Entfaltung dieser Politik skizziert werden.

2.1 Die Entstehung der Präventionspolitik

Anfang November 1553, ein Vierteljahr nach ihrer Thronbesteigung, hatte Königin Maria I. dem engsten Kreis ihrer Räte im Council mitgeteilt, dass sie entschlossen sei, Prinz Philipp von Spanien, den Sohn Kaiser Karls V. zu heiraten.[22] Philipp war zu diesem Zeitpunkt 26 Jahre alt, bereits früh verwitwet und hatte aus seiner ersten Ehe einen damals siebenjährigen Sohn, Carlos.[23]

Die Wahl gerade dieses künftigen Ehepartners war prinzipiell nicht überraschend, sondern entsprach den eingeführten Mustern dynastischer Ehepolitik. Die fürstlichen Häuser entschieden sich mit Vorliebe dafür, die Heiratspartner genau in jenen Familienkreisen zu suchen, zu denen ohnehin schon in der voraufgegangenen Generation, ja, zum Teil Generation*en* enge familiäre Beziehungen bestanden und in der Vergangenheit Ehen geschlossen worden waren. Schönpflug spricht von dem Typus der dynastischen „Traditionsheirat", den er an die erste Stelle seiner Typologie fürstlicher Heiraten stellt[24] und der auch schon beim Heiratsverhalten des mittelalterlichen Hochadels geläufig war.[25] Auch hier, bei der Auswahl der Ehepartner der dynastischen Ehen, ist jene für die Frühe Neuzeit charakte-

22 Zur Unterrichtung des Council am 8. November 1553 in Anwesenheit des kaiserlichen Botschafters vgl. Loades (1979), S. 119.

23 Zur ersten Ehe Philipps mit Maria Manuela von Portugal, die 1545 nach der Entbindung von Carlos im Kindbett verstorben war, Edelmayer (2009), S. 50-57. Philipps Erstgeborener, Don Carlos (1545-1568), wurde zum historischen Vorbild der Titelfigur von Friedrich Schillers Drama.

24 Schönpflug (2013), S. 157.

25 Weller (2004), S. 819 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ristische Tendenz der Akteure zu erkennen, sich bei ihrem politischen Handeln an historischen Modellen und einer (häufig) idealisierten Vergangenheit zu orientieren.[26]

In dem Falle des Eheplans von 1553/54 handelte es sich um die traditionelle Verbindung zwischen den Tudors und der Casa de Austria bzw. dem spanischen Königshaus: Maria I. war bekanntlich das einzige Kind aus der ersten Ehe ihres Vaters Heinrichs VIII. mit der spanischen Infantin Katharina von Aragon, stammte also selbst vom spanischen Königshaus ab.[27] Der Linie dieser Traditionsheirat entsprechend hatte Maria Tudor schon vor der Thronbesteigung ihren Willen kundgetan, sich bei der Auswahl ihres Ehepartners ganz ihrem Onkel Kaiser Karl V. bzw. dessen Botschafter in England, Simon Renard, anzuvertrauen,[28] wohl schon in Erwartung dessen, was der Kaiser (gleichfalls der Linie der Traditionsheirat folgend) dann empfahl, nämlich die Eheschließung mit seinem eigenen Sohn Philipp.[29] Es sollte sich als kluger Schachzug Marias erweisen, die Initiative Karl V. zu überlassen, da dies die englische Verhandlungsposition in den Ehevertragsdiskussionen beträchtlich stärkte.[30]

Über die langfristigen politischen Zukunftspläne, die er mit dieser Ehe verfolgte, schwieg sich der Kaiser aus – aussagekräftige Quellen dazu fehlen.[31] Das hat die einschlägige Literatur aber nicht gehindert, sich über die Motive Karls V. in zum Teil apodiktischer Weise zu äußern, wobei sehr unterschiedliche Vermutungen nebeneinander stehen, angefangen von innerdynastischen Erwägungen über eine politische Blockbildung in Nord-

26 Landwehr (2013), S. 101 f.; Kampmann u. a. (2012).
27 Körber (2002), S. 20 f.; Loades (2011), S. 141.
28 Loades (1979), S. 110.
29 Ebd., S. 114, der überzeugend herausstellt, dass auch für Karl V., indem er Maria I. seinen Sohn Philipp als Ehegemahl vorschlug, das Traditionsargument zentral war: „the emperor’s main object in initiating the marriage proposal was therefore to strengthen Philip’s position by resurrecting the earlier Anglo-Burgundian-Spanish alliance, which had been represented by Catherine of Aragon.“
30 Entsprechend erwies es sich auch als geschickt, die Initiative bei den Verhandlungen dem Kaiser zu überlassen; vgl. Kelsey (2012), S. 59.
31 Die Quellenlage über die Motive des Kaisers ist auch deshalb so dünn, weil der Kaiser selbst nur in sehr geringem Maß Einfluss auf die Verhandlungen genommen hat; Rodriguez-Salgado (1988), S. 181. Ihm ging es vor allem darum, die Eheverhandlungen so rasch wie möglich zum Anschluss zu bringen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

westeuropa bis hin zur Errichtung eines dynastischen Großreichs.[32] Angesichts fehlender eindeutiger Stellungnahmen von kaiserlicher Seite wird sich die Motivlage des Kaisers nicht klären lassen, wenn es überhaupt ein eindeutiges Kalkül gegeben hat, was zweifelhaft ist: Es ist nicht auszuschließen, dass der Kaiser mit dem Plan einer Verheiratung seines Sohnes mit der englischen Königin gar keine allzu festgefügten Zielvorstellungen verband, sondern sich und seinem Haus mit der englischen Ehe seines Sohnes langfristige politisch-dynastische Optionen unterschiedlicher Art offenhalten wollte.

Eindeutig widerlegbar ist dagegen die Annahme, dass es dem Kaiser darum gegangen sei, durch die Eheschließung konkrete kurzfristige Vorteile in dem seit 1552 andauernden, erbitterten Krieg zwischen Spanien und Frankreich zu erlangen. Wurde doch der Eintritt Englands in diesen Krieg – wie noch genauer zu zeigen sein wird – durch den Ehevertrag ausdrücklich ausgeschlossen,[33] wie überhaupt die gesamte Vereinbarung darauf gerichtet war, eine künftige Einflussnahme Habsburgs auf die konkrete Ausgestaltung der englischen Außen- und Innenpolitik so stark wie möglich zu begrenzen. Vor dem Hintergrund der neuesten Literatur ist dies eigentlich nicht überraschend, entspricht es doch den üblichen Bahnen dynastischer Heiratspolitik, in erster Linie vergangene familiär-dynastische Verbindungen der beteiligten Häuser fortzuschreiben und hinsichtlich der langfristigen politischen Zielplanungen eher vage Optionen und Potentiale

32 Loades vermutet, dass das vorrangige Ziel Karls V. war, die Position seines Sohns durch die Eheschließung mit Königin Maria langfristig im Wettstreit mit der österreichischen Linie des Hauses zu stärken; vgl. Loades (1979), S. 113 f.; entsprechend auch Kohler (1999), S. 340 f.; Rodriguez-Salgado (1988), S. 81, dagegen vertritt die Auffassung (gestützt auf Papiere des kaiserliches Ministers Granvelle), dass es dem Kaiser um die langfristige Herausbildung eines englisch-niederländischen Staatsgebildes ging, das wirksam Frankreich hätte Widerstand leisten können. Rabe (1989), S. 291, geht sogar noch weiter und vertritt (freilich ohne Beleg) die These, dass Karl V. – die gesundheitliche Schwäche und den frühen Tod von Don Carlos einkalkulierend – auf die Errichtung eines west- und südeuropäischen habsburgischen Großreichs gezielt habe, um Frankreich einzukreisen. Es ist durchaus charakteristisch für die historische Beurteilung dynastischer Ehepolitik, den Akteuren rückblickend sehr langfristige Zielvorstellungen zu unterstellen, auch wenn dafür keine konkreten Nachweise vorhanden sind.

33 Zum Krieg Karls V. mit Frankreich, der mit dem Angriff Frankreichs auf Lothringen und dem deutschen Fürstenaufstand im Frühjahr 1552 begonnen hatte und im Sommer 1553 dann auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz fortgeführt wurde, vgl. Rabe (1989), S. 284-291.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zu schaffen, denn auf lange Sicht ein eindeutiges politisches Kalkül zu verfolgen.[34] Folgte die geplante Verbindung in dieser Hinsicht also durchaus den bekannten und üblichen Mustern, so tat sie dies in anderer Hinsicht dezidiert nicht: Sie schien Bedrohungen und Gefahren zu bergen, die in dieser Form absolut neu und ungewohnt waren.

Diese neuartigen Bedrohungen hingen mit der Tatsache zusammen, dass mit Maria I. zum ersten Mal in der Geschichte der englischen Monarchie eine *weibliche* Herrscherin als regierende Königin den Thron bestiegen hatte.[35] Dies geschah aufgrund der unter König Heinrich VIII. beschlossenen parlamentarischen Thronfolgeordnung – also eines Statutes – von 1543 (des sogenannten „Third Succession Act“). Darin war festgelegt worden, dass zunächst Heinrichs Sohn Edward, dann – sollte er kinderlos sterben – Maria und auf diese – sollte auch sie keine Nachkommen hinterlassen – deren Halbschwester Elisabeth folgen sollte.[36]

Diese Risiken der neuartigen und ungewohnten weiblichen Königsherrschaft, die grundsätzlich[37] und nicht zuletzt in der englischen Rechtstradition[38] höchst umstritten war, schienen sich gerade im Gefolge einer königlichen Eheschließung zu zeigen. Denn entgegen den nicht nur im politisch-dynastischen Bereich, sondern darüber hinaus auch gesamtgesellschaftlich dominierenden Ehevorstellungen, die dem Ehemann einen

34 Schönpflug (2013), S. 157 u. 190 f.

35 Die Herrschaft von Mathilda (Maud) im 12. Jahrhundert konnte nicht als Präzedenz gelten: Sie blieb ungekrönt, ihr Versuch, ihren Herrschaftsanspruch als *Domina Angliae* durchzusetzen, scheiterte schließlich am Widerstand des englischen Adels, woraufhin sie England 1148 endgültig verlassen musste; Zielinski (1990).

36 Paradoxerweise war zugleich festgelegt worden, dass sowohl Maria als auch Elisabeth trotz ihrer Erbberechtigung illegitime Kinder Heinrichs seien – eine genealogisch höchst ungewöhnliche Festlegung, die zeigt, welche rechtlichen Spielräume King-in-Parliament in einem Statute besaß; vgl. An Act Fixing the Succession (1544), ed. Adams / Stephens (1901), S. 264-267.

37 Die bekannte Kampfschrift des schottischen Reformators John Knox, The First Blast of trumpet against the monstrous regiment of women, 1558, war insofern Ausdruck der herrschenden Denkweise; vgl. Redworth (1997), S. 597 f. mit weiteren Belegen. Vgl. insgesamt Valerius (2002), der kritische und affirmative Stellungnahmen zur weiblichen Königsherrschaft gegenüberstellt, insgesamt aber feststellt, dass auch die Verteidiger sie als „Ausnahme“ von der Regel männlicher Herrschaft sahen; ebda., S. 237.

38 Richards (1997), S. 902, zu der Tradition englischer Jurisprudenz, die die Übernahme der Regierungsgewalt durch weibliche Herrscherinnen prinzipiell ablehnte.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

selbstverständlichen, nicht weiter diskutierten Vorrang zuwiesen,[39] war es an Maria, als eigentliche Erbin des Throns und regierende Königin, die politische Führungsrolle in dieser Ehe einzunehmen. Der Ehemann hatte also politisch in den Hintergrund zu treten und sich *in politicis* unterzuordnen. Dies wäre zweifellos vor dem Hintergrund des vorherrschenden Eheverständnisses schon bei der Auswahl eines englischen Adligen, also eines Untertanen der Königin als Ehemann, nicht unproblematisch gewesen. Die Umkehrung der herkömmlichen Rollenverteilung musste aber gerade bei der Entscheidung zur Ehe mit einem ausländischen Fürsten als schwer zu meisternde Herausforderung erscheinen.[40] Und nun entschied sich Maria I. Tudor kurz nach ihrer Thronbesteigung auch noch dazu, nicht irgendeinen ausländischen Fürstensohn, sondern mit Philipp von Spanien ausgerechnet den Fürsten der Christenheit zu heiraten, der Erbe der größten und führenden Monarchie der Christenheit werden würde: Die „Composite Monarchy" (Elliott), die Karl V. in nicht allzu ferner Zukunft seinem Sohn hinterlassen würde, umfasste Spanien mitsamt seinen überseeischen Besitzungen, dazu noch den wirtschaftlich starken niederländisch-burgundischen Herrschaftskomplex sowie mit Mailand und Neapel-Sizilien umfassenden Besitz in Italien.[41] Aus der Perspektive zeitgenössischer Beobachter musste es daher als höchst fraglich gelten, ob es Maria gelingen könne, nach einer Eheschließung mit Philipp von Spanien ihre Führungsrolle und damit die politische Selbstständigkeit der englischen Monarchie zu behaupten.[42] Diese Befürchtungen wurden auch schon früh artikuliert: Die Commons verabschiedeten bereits im Oktober 1553 eine formelle Petition

39 Vgl. zusammenfassend und prägnant zu den frühneuzeitlichen Eherechtsvorstellungen Koch (1997), S. 79: „Die juristische Reglementierung der persönlichen Beziehung zwischen Mann und Frau während der Ehe war bestimmt von der Überzeugung der Überlegenheit des männlichen Geschlechts. Daraus leitete man die Führungsrolle des Manns her, der entsprechende Gehorsamspflichten der Frau entsprachen."

40 Richards (1997), S. 907.

41 Dazu kam noch die habsburgische Anwartschaft auf Portugal, die dann 1580 tatsächlich umgesetzt wurde; vgl. Körber (2002), S. 72 f.; Redworth (1997), S. 598, Anm. 2, weist zu Recht darauf hin, dass bei diesem Punkt, der Tatsache der spätestens mit der Erbfall eintretenden (potentiellen) machtpolitischen Überlegenheit Philipps gegenüber Maria, der zentrale Unterschied zwischen der Ehe Philipps und Marias gegenüber jener von Isabella von Kastilien mit Ferdinand von Aragon zwei Generationen zuvor liegt; bei letzterer repräsentierte die Königin von Kastilien den politisch überlegenen Teil.

42 Redworth (1997), S. 597 f.; Loades (1979), S. 119 f.; Mackie (1985), S. 536 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

an die Königin, mit dem dringenden Ersuchen, keinen ausländischen Fürsten, sondern einen Engländer zu heiraten.[43]

Angesichts dieser Lage regte sich im Council, im engsten Rat der Königin, Widerstand gegen den Eheplan.[44] Wichtigster Vertreter der Kritiker war der Lordkanzler, Bischof Stephen Gardiner.[45] Die Quellen zeigen sehr deutlich, dass Gardiner vor allem die Sorge umtrieb, das „Spanish Match“ könnte der (protestantischen) Opposition gegen Maria und ihrer (prinzipiell nicht unpopulären) Politik einer Rückkehr zur alten Kirche Auftrieb geben. Die Entstehung einer breiten Oppositionsbewegung könne – so Gardiners Sorge – letztlich Marias Herrschaft insgesamt gefährden.[46]

Doch Gardiner und die übrigen opponierenden Räte mussten schon bald einsehen, dass Maria eisern an ihrem Entschluss festhielt – nichts konnte sie von der Entscheidung für Philipp abbringen, der aus ihrer Sicht der einzige in Frage kommende Heiratskandidat war.[47] Entsprechend änderten die Räte Marias ihren Kurs. Ziel wurde nun, bei genereller Akzeptanz der spanischen Ehe deren befürchtete negative Konsequenzen abzuwehren – also Regelungen zu treffen, die eine spanisch-habsburgische Hegemonie über England und eine politische untergeordnete Rolle der Königin nach der Eheschließung sowie eine spanisch-habsburgische Erbfolge in England verhinderten. Darüber hinaus war all dies in solcher Weise im Königreich zu kommunizieren, dass die englische Führungsschicht auch von der langfristigen Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen überzeugt wurde. Diese Politik der Prävention, der Abwehr möglicher aus der Ehe für die beteiligten Monarchien hervorgehenden Gefahren, sollte von nun an, von der Aushandlung des Ehevertrags im November und Dezember 1553 bis zur Eheschließung von Philipp und Maria im Juli 1554, bestimmend werden.

---

43 Vgl. Loades (1965), S. 14 f.

44 Über die starke Opposition gegen die Ehe am Hof sind wir vor allem durch die Korrespondenz des Botschafters Renard informiert; vgl. Richards (1997), S. 905 f.; Loades (1979), S. 119 f.

45 Redworth (1990), S. 300-310; Muller (1926), S. 238-240; Tittler / Richards (2013), S. 23. Der einzige Rat, der sich entschieden für die Ehe mit Philipp von Spanien aussprach, war Lord William Paget, der dadurch zwischenzeitlich zum ernsthaften Rivalen Gardiners im Council aufstieg.

46 Entsprechend gibt Renard in seinem Schreiben an den Kaiser vom 17. November 1553 die Sorge Gardiners wieder; Cal. Span, XI, S. 364; vgl. auch Loades (1979), S. 120.

47 Kelsey (2012), S. 58.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2.2 Zur Entfaltung der Politik

Systematisch betrachtet entfaltete sich diese Präventionspolitik in drei Schritten. Im Mittelpunkt stand zunächst der Ehevertrag selbst. Sodann ging es der englischen Regierung darum, seine Ergebnisse der Öffentlichkeit zu kommunizieren, um sie von der Wirksamkeit der gewählten Schutzmaßnahmen zu überzeugen. Dritter Schritt der Präventionspolitik war schließlich die verbindliche parlamentarische Verankerung des Ehevertrags in einem „Statute".

a) Der Ehevertrag – Traditionelle und neue Elemente der Präventionspolitik 1553/54

Instrument der Präventionspolitik war also zunächst der dynastische Ehevertrag – und damit ein traditionelles, ja geradezu klassisches Medium dynastischer Heiratspolitik. Ehen dynastischer Häuser, insbesondere königlicher Häuser wurden regelmäßig von solchen Eheverträgen begleitet und durch sie begründet.[48] Üblicherweise dienten die Eheverträge zwei Zielen: Zum einen ging es darum, durch ein ausgeklügeltes, langfristiges System von Erbverzichtsregelungen unerwünschte Sukzessionen für die Zukunft nach Möglichkeit auszuschließen. Im Regelfall ließ die Familie der Braut im Ehevertrag festlegen, dass der Bräutigam und seine Familie niemals irgendwelche Erbansprüche auf das Stammland der Braut erheben würden – jedenfalls, solange dort noch männliche Thronerben vorhanden waren. Im Gegenzug für den anerkannten Erbverzicht der Braut sicherte die Brautfamilie eine Mitgift zu. Sie ist im Zusammenhang mit der adäquaten güterrechtlichen Absicherung der Braut zu sehen, die üblicherweise als das zweite Ziel des Ehevertrags anzusehen ist.

Der Ehevertrag, der die Grundlage der englisch-spanischen Ehe von 1554 bildete, wurde von Oktober bis Dezember 1553 zwischen den Räten Karls V. in Brüssel und der Londoner Regierung ausgehandelt. Die Verhandlungen fanden unter strengster Geheimhaltung und ohne jede Beteili-

48 Vgl. Peters (2007), S. 125 f., der zu Recht darauf hinweist, dass eine Untersuchung der dynastischen Eheverträge noch aussteht, weil die Quellenbasis bislang fehlt. Dieses Desiderat wird nun schrittweise eingelöst durch die Erstellung der entsprechenden Datenbank im Rahmen des TP A03 des SFB-TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit".

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gung des Bräutigams, Philipp von Spanien, statt, dem erst nach Vertragsabschluss das Ergebnis übermittelt wurde.[49] Im Hauptteil entspricht dieser Ehevertrag[50] – angewendet auf die spezifischen Bedingungen der englisch-spanischen Ehe – weitgehend dem genannten traditionellen Muster, also dem fein ausgearbeiteten, kasuistischen Ausschluss aller unerwünschten erbrechtlichen Konsequenzen.

Konkret wurde festgelegt, dass der erstgeborene Sohn der Ehe, – und in Ermangelung eines solchen – die erstgeborene Tochter das Königreich England erben sollte, und darüber hinaus auch die zum habsburgischen Besitz gehörenden Niederlande.[51] Wenn aus der Ehe Marias und Philipps Kinder hervorgegangen wären, wäre also eine neuartige territoriale Konstellation entstanden. Der Hauptteil des Erbes Philipps (also Spanien samt den Nebenländern außer den Niederlanden) sollte an den Sohn Philipps aus erster Ehe, Carlos, und dessen Nachkommen fallen. Sollte Carlos freilich vor der Zeit sterben (es war charakteristisch, dass keine Möglichkeit in einem solchen Ehevertrag unausgesprochen blieb), dann sollte der bzw. die Erstgeborene aus der Ehe Philipps und Marias das gesamte englisch-burgundisch-spanische (überseeische)-italienische Erbe erhalten.[52]

Es war zweifellos ein großer Verhandlungserfolg der englischen Räte, dass sich Karl V. bereit erklärte, einem möglichen Leibeserben Marias und Philipps auch die Niederlande zu überlassen. Die habsburgischen Räte knüpften allerdings dieses Zugeständnis an eine – in ihrem weiten Zeitho-

49 Zu den Verhandlungen Loades (1979), S. 120 f.; Rodriguez-Salgado (1988), S. 80 f. Nach der Zustimmung des Staatsrates in Brüssel am 27. November 1553 reisten vier vom Kaiser ernannte Räte nach London; dort erhielt der Entwurf am 7. Dezember 1553 die Zustimmung des Councils. Wie gut die Geheimhaltung funktionierte, zeigte sich auch daran, dass eine Deputation der Commons der Königin am 16. November 1553 die Petition zur Verheiratung innerhalb des Königreichs präsentierte, also zu einem Zeitpunkt, als die Heiratsverhandlungen längst begonnen hatten; vgl. Loades (1965), S. 14 f.

50 Ehevertrag, PRO E.30/1118. Der Ehevertrag wird im Folgenden nach der originalen Ratifikationsurkunde in den National Archives zitiert, da der Druck bei Rymer, Foedera XV, 377-381, dem auch die folgenden frühneuzeitlichen Druckausgaben (etwa DuMont) folgen, an zentralen Stellen fehlerhaft ist.

51 Treaty of Marriage PRO E.30/1118, fol. 5v.

52 Treaty of Marriage PRO E.30/1118, fol. 6. Ein solches dynastisches Großreich hätte in der Tat ein wahrhaftes „Atlantic Empire“ dargestellt, das die europäischen Mächteverhältnisse grundlegend revolutioniert hätte. Es gibt allerdings keinerlei Hinweis darauf, dass die Bildung eines solchen Großreichs das eigentliche Ziel der Verhandlungen gewesen sei, wie Rabe (1989), S. 291, angenommen hat.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rizont durchaus kennzeichnende – Bedingung: Sollte eine eventuelle weibliche Nachfolgerin Philipps und Marias dereinst England mitsamt der Niederlande erben, dann dürfe sie nur innerhalb ihres englisch-niederländischen Herrschaftsgebietes heiraten. Heirate sie den Angehörigen eines anderen Staatswesens, so sei ihr das nur gestattet, wenn der dann regierende König Carlos dieser Ehe zugestimmt habe. Auch wenn die politische Logik, die dahinter stand, nicht explizit gemacht wurde, war doch allen Beobachtern klar, dass es Habsburg auch hier um die Abwehr einer weit in der Zukunft liegenden Gefahr ging: dass nämlich die Erbin Philipps und Marias dereinst einen französischen Prinzen heirate und so die Niederlande und Frankreich verbunden würden – eine aus habsburgischer Sicht zweifellos gefährliche Konstellation. Dass genau diese Gefahr gemeint war, wurde durch eine Zusatzklausel deutlich: Sollte diese potentielle Erbin es wagen, entgegen dieser Klausel ohne Zustimmung Madrids zu heiraten, dann solle ihr burgundisch-niederländischer Erbanspruch erlöschen und alles an die spanische Linie zurückfallen. Es war nicht untypisch für dynastische Eheverträge, eine solch weit vorausschauende erbrechtliche Präventionspolitik zu verfolgen, also auf diese oder ähnliche Weise erst weit in der Zukunft liegende potentielle Gefahren abzuwehren. In diesem Falle handelt es sich um eine mögliche Bedrohung, die, wenn überhaupt, erst eine Generation später eintreten würde, zumal die Beteiligten noch gar nicht geboren oder dem Kindesalter entwachsen waren.

Die skizzierten erbrechtlichen Bestimmungen bildeten den einen, eher herkömmlichen Teil dieses Ehevertrags, der im Prinzip der üblichen Gestaltung solcher Eheverträge entsprach. Es ging um Abwehr von Gefahren für die Zukunft – und zwar nicht um die Minimierung von Risiken, sondern den Totalausschluss, weshalb alle denkbaren Konstellationen ins Auge gefasst wurden. Bei der Aushandlung dieser Klauseln des Ehevertrags bewegten sich die Räte Karls V. und Marias I. auf vertrautem Gelände; der Ausschluss von unerwünschten Erbkonstellationen für alle in der Zukunft denkbaren Konstellationen war sozusagen das Alltagsgeschäft bei dieser Art von Verträgen, gehörte zum „Erfahrungsraum".

Doch es gab noch einen zweiten Teil des Ehevertrags,[53] und hier betraten die verhandelnden Räte und Diplomaten prinzipiell Neuland, ging es doch um Gefahren, die strukturell neu, ungewohnt und viel schwerer zu

53 Treaty of Marriage, Separate Articles, hier zitiert nach der Originalfassung der Ratifikation, PRO E.30/1708.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fassen waren: Ziel der Bestimmungen des zweiten Teils des Ehevertrags (der sogenannten „clausula annexa“) war es, den Handlungsspielraum Philipps als künftiger englischer König möglichst zu begrenzen, und zwar in einer Weise, die der üblichen Rechtsstellung eines königlichen Ehegemahls, ja des männlichen Parts in einer Ehe überhaupt,[54] eindeutig widersprach. Dies betraf einerseits die Regierungspraxis während der gemeinsamen Königsherrschaft, andererseits aber auch die Position Philipps nach dem möglichen Tod seiner Ehefrau. Durch die die Zurücksetzung Philipps hinter seine Gemahlin sollte nach Möglichkeit die Gefahr eines faktischen spanischen Königtums über England gebannt werden. Der Ehevertrag reagierte mit diesen Bestimmungen eindeutig auf die durch das weibliche Königtum entstandene neuartige Situation.

Es waren einschneidende, die Ehre Philipps durchaus berührende und beeinträchtigende Bestimmungen, auf die sich beide Seiten in diesem Zusammenhang verständigten. Philipp, so wurde festgelegt, dürfe über keinen spanischen, selbstfinanzierten Hofstaat verfügen, sondern nur über Diener englischer Herkunft; und auch diese müssten bei der geringsten Unkorrektheit sofort bestraft und vom Hof verstoßen werden. Er müsse sich strikt an die Gesetze und Regeln des Königsreichs England halten, jede Abänderung wurde ihm untersagt. Die Königin selbst dürfe niemals gegen ihren Willen veranlasst werden, das Königreich zu verlassen. Das gelte auch für Kinder, die in England selbst heranwachsen und erzogen werden sollten, es sei denn, die Großen des Reichs (*Magnates*) wären ausdrücklich mit einer anderen Lösung einverstanden. Hier genügte also nicht einmal der Konsens der Königin, sondern der des englischen Adels war gefordert.[55]

In eine geradezu schizophrene Position kam der Prinz schließlich durch die außenpolitischen Regularien des Ehevertrags, durch die verhindert

54 Zur üblichen Rechtsstellung des Ehegemahls vgl. Koch (1997); es ist auffällig, dass in den „clausula annexa“ gerade jene Vorrechte des Ehemanns negiert wurden, die üblicherweise unbestritten waren (wie etwa auf der Anwesenheit der Ehefrau im gemeinsamen Haushalt und auf ihrer Begleitung – etwa im Falle von Reisen – bestehen zu können).

55 Treaty of Marriage, Separate Articles, PRO E.30/1708, fol. 2: *consensu magnatum*; oder in der englischen volkssprachlichen Fassung „by the consent and agreement of the nobility of England”. Verboten war Philipp nach der Eheschließung auch, irgendwelche Pretiosen oder irgendetwas aus dem Besitz der englischen Krone außer Landes zu bringen oder Kriegsschiffe oder irgendwelche Waffen woanders hin zu überführen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

werden sollte, dass England als Konsequenz der Spanischen Ehe in den Krieg zwischen Kaiser und Frankreich hineingezogen werden würde. Die Ehe dürfe, so wurde geregelt, keinesfalls zum Krieg zwischen England und Frankreich führen. Vielmehr habe der Prinz von Spanien als König von England darauf hinzuwirken, die friedlichen Beziehungen zwischen England und Frankreich auf der Basis der bestehenden Verträge aufrechtzuerhalten, während er mit seinen anderen Besitzungen seinem Vater im Krieg gegen Frankreich beistehen dürfe.[56]

Den vielleicht wichtigsten und größten Verhandlungserfolg erzielten die Räte in Hinblick auf den Status Philipps als Witwer nach einem möglichen kinderlosen Tod seiner englischen Ehefrau: In einem solchen Fall sollte England eben nicht an Philipp fallen, sondern die inner-englische (also durch das Parlament verbriefte) Thronfolgeordnung wieder Geltung erlangen. Faktisch bedeutete dies, dass Philipp in einem solchen Fall dann sein englisches Königtum verlieren würde, es auch nicht auf andere Nachkommen aus einer anderen ehelichen Verbindung vererben könne und genötigt wäre, England wieder zu verlassen.[57] Eine solche Regelung, die das Erbrecht des überlebenden Ehegemahls negierte, widersprach den herkömmlichen, erbrechtlich wirksamen Vorstellungen von Haus und Familie zutiefst.[58]

Insgesamt besitzen gerade diese Regelungen der „clausula annexa" des Ehevertrags von 1553/54 in unserem Zusammenhang besondere Aussagekraft: Was genau geschehen würde, wenn eine regierende Königin mit einem mächtigen ausländischen Fürsten verheiratet war, war unvorhersehbar – es gab dafür im Bereich der englischen Monarchie keine Erfahrungen. Welche Gefahren drohten, konnte allenfalls erahnt werden – der Text spricht in diesem Zusammenhang in einer aufschlussreichen Wendung von *pericula futura* (zukünftigen Gefahren). Das hinderte die Beteiligten aber nicht daran, auch hier detaillierte Vorkehrungen zu treffen, um das Eintreten möglicher, im Einzelnen überhaupt nicht absehbarer politischer Nach-

56 Treaty of Marriage, Separate Articles, PRO E.30/1708, fol. 2r-2v.

57 Treaty of Marriage, Separate Articles, PRO E.30/1708, fol. 2r: „et in casu quo nullis relictis liberis, Serenissima Domina Regina premoriatur, Dictus Dominus Princeps [Philippus] nullum sibi in dicto regno Ius Vendicabit, sed eius successionem ad eos, ad quos secundum Jura et leges eiusdem Regni spectabit pervenire, citra quod Impendimentum permittet." In der Ausgabe Rymers, Tom XV, 381, der die späteren Vertragsdrucke folgten, heißt es fehlerhafterweise "multis [!] relictis liberis", was den Sinn der Passage geradezu auf den Kopf stellt.

58 Vgl. auch Richards (1997), S. 908 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

teile und Schäden zu verhindern. Ziel war, Philipps Handlungsspielraum aufs Engste zu begrenzen und ihm auch langfristig die Möglichkeit zu nehmen, die Restriktionen abzuschütteln – und dies in einer möglichst präzisen, vertragsrechtlichen Form.

b) Präventionspolitik und Öffentlichkeit

Für unseren Zusammenhang ist aufschlussreich, dass das Verständnis für diese elaborierte Form der Gefahrenprognose und Prävention keineswegs auf einen kleinen Kreis diplomatischer Experten beschränkt blieb. Im Gegenteil: Schon rasch nach dem Vertragsabschluss wurde der Ehevertrag der gesamten politischen Öffentlichkeit kommuniziert, und zwar mit großer Wirksamkeit. Dies geschah in der eingangs so bezeichneten zweiten Phase der Präventionspolitik.

Hintergrund war, dass die von Teilen der Regierung bereits vorausgeahnte Opposition gegen den Ehevertrag sich schon bald nach Bekanntgabe des Eheplans formierte – viel schneller und viel gewaltsamer, als die Regierung wohl angenommen hatte.[59] Bereits wenige Tage nach Abschluss der Verhandlungen und Bekanntwerden des Eheplans schlossen sich in verschiedenen Grafschaften Angehörige der Gentry, also des landbesitzenden niederen Adels zusammen, mit dem Ziel, Maria I. noch vor der Ankunft Philipps in England zu stürzen, ihre Halbschwester Elisabeth mit einem englischen Adligen zu verheiraten und beide gemeinsam auf den Thon zu heben.[60] Eigentlich war der Aufstand für Ende März angesetzt, nachdem aber der Regierung Informationen über die geplante Rebellion zugetragen worden waren, beschlossen Angehörige der Gentry aus Kent unter dem protestantischen Gutsbesitzer Thomas Wyatt schon im Januar loszuschlagen.[61] Zur Legitimation ihres Aufstands argumentierten auch die Rebellen mit der Abwehr einer drohenden politischen Gefahr, allerdings einer unmittelbar bevorstehenden, nämlich damit, dass Philipp mit Truppenmacht landen und England unterjochen werde – bevor dies geschehe, müsse das Königtum Marias gewaltsam beendet werden.[62]

---

59 Dazu Clark (1977), S. 87-98; Loades (1965), S. 12-88; Simons (1964); Tittler / Richards (2013), S. 24-27.
60 Clark (1977), S. 88.
61 Kelsey (2012), S. 68.
62 Loades (2011), S. 144 f.; Loades (1979), S. 127.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Regierung Marias war durch die rasche Sammlung von bewaffneten Aufständischen überrumpelt worden. Da die Regierung selbst über keine nennenswerten Truppen verfügte, war eine Rettung nur von der Unterstützung königstreuer Bevölkerungskreise, insbesondere in London, zu erwarten. Um die Loyalität der Londoner Bevölkerung zu sichern, entschloss sich die Königin, gegen den Rat eines Teils des Councils, in London zu bleiben und Präsenz zu zeigen.[63] Zugleich ordnete sie an – und dies ist für unseren Zusammenhang entscheidend –, so rasch wie möglich die Bestimmungen des Ehevertrags bekannt zu machen, um zu demonstrieren, dass die spanische Ehe weit weniger gefährlich war als ihre Gegner behaupteten, ja, dass sie dem Königreich nütze.

Nachdem Bischof Gardiner bereits Mitte Januar 1554 in einer Rede vor einer Versammlung Londoner Bürger Details des Ehevertrags und seiner präventiven Schutzmaßnahmen bekannt gegeben hatte,[64] erteilte die Königin am 22. Januar 1554 explizit den Befehl, den Ehevertrag in englischer Sprache (Vertragssprache war Latein gewesen) zu publizieren und im gesamten Königreich zu verbreiten. In der Weisung wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass die Vertragsartikel, auf die sich beide Seiten verständigt hätten, der „preservation of the laws and surety of our realm" dienen würden. Daher habe sie, um allen Verleumdungen und Gerüchten Übelgesinnter den Boden zu entziehen, den Befehl erteilt, den Vertrag zu publizieren und überall im Königreich zu verteilen.[65] Tatsächlich wurden die *Articles*

63 Zur sehr charakteristischen Entscheidung der Königin, alle Ratschläge zu einer Flucht aus London zu verwerfen und stattdessen die Unterstützung der Londoner Bevölkerung zu suchen, vgl. Loades (2011), S. 145 f.

64 Vgl. zu dieser Rede Muller (1926), S. 242 f.

65 The Queen to the counties 1554 Januar 22, SP 11/2 No. , ed. C. S. Knighton, Calendar of State Papers „St. James's The queen to the counties. A treaty is concluded for marriage within this realm between the prince of Spain and us, with covenants for the preservation of the laws and surety of our realm, as appears by the articles herewith sent. Certain ill-disposed persons, meaning under pretence of misliking this marriage to rebel against the catholic religion and divine service restored in this realm, and to take from us that liberty which is not denied to the meanest woman in the choice of husband, spreading false reports of our cousin and others of that nation, stirring our subjects by those and other devilish ways to rebel. For redress, and that our subjects may better understand this false conspiracy, cause the articles to be published in all parts of our county by distributing copies and other means to think best."

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

of Marriage with Philipp of Spain kurze Zeit später in englischer Sprache in Umlauf gesetzt.[66]

Auf dem Höhepunkt des Aufstands, als Wyatt und seine Anhänger schon direkt vor London standen, entschloss sich die Königin in einer beeindruckenden Geste, sich selbst in einer Rede an die Bürger ihrer Stadt zu wenden, die Ehe bzw. den Ehevertrag zu verteidigen und die Bürger zum Gehorsam aufzurufen.[67]

Die Kommunikationsstrategie der Regierung erwies sich als erfolgreich: Der Versuch Wyatts und seiner Anhänger, die Königin mit dem Hinweis auf das „Spanish Match“ und eine angeblich unmittelbar bevorstehende spanische Invasion zu isolieren, scheiterte kläglich. Unterstützung innerhalb der Stadt fanden die Rebellen nicht, stattdessen stellten sich die städtische Obrigkeit und mit ihr zahlreiche Bürger den anrückenden Rebellen entgegen. Dies machte eine Einnahme der Hauptstadt unmöglich, das Schicksal des Aufstands war besiegelt. Anfang Februar 1554 mussten Wyatt und seine bewaffnete Schar vor den Toren Londons kapitulieren.[68]

Zweifellos war es nicht allein die Publikation des Ehevertrags, die die Loyalität der Londoner Bevölkerung zur Krone gesichert hatte.[69] Für unseren Zusammenhang ist aber aufschlussreich, dass die Regierung die Publikation des Ehevertrags mit seinen komplexen Schutzklauseln überhaupt für ein propagandistisch wirksames Mittel hielt, und das gegenüber der gesamten Öffentlichkeit. Die Regierung ging davon aus, dass in breiten Kreisen der Bevölkerung ein prinzipielles Verständnis für die in dem Vertrag entfaltete, sehr elaborierte Form von Gefahrenprognose und Präventionspolitik herrschte, auch in Hinblick auf noch unbekannte Bedrohungen, und dies offensichtlich nicht zu Unrecht: Diese Art von Prävention war keine Angelegenheit eines kleinen Kreises von Experten, sondern konnte Gegenstand breiter öffentlicher Kommunikation werden.

66 Announcing Articles of Marriage with Philip of Spain (1554), ed. Hughes / Larkin II, S. 21-26.

67 Vgl. zur berühmten Guildhall Speech der Königin, in der sie (für die Zuhörer offenbar glaubwürdig) beteuerte, die Ehe sei durch sie selbst auf Anraten ihres Rates ausgehandelt worden und werde das Wohl des Königreichs sehr fördern, Proctor (1554), ed. Pollard (1903), S. 239 f.; vgl. auch Simons (1964), S. 143-146.

68 Clark (1977), S. 88.

69 So spielten auch prinzipiell die Loyalität zur angestammten Dynastie und die Sorge vor Übergriffen der undisziplinierten Anhängerschaft Wyatts eine Rolle; Loades (1979), S. 128; Clark (1977), S. 88.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

c) Präventionspolitik in Gesetzesform: Das Statute von April 1554

Für langfristig bedrohlicher als die recht spontane populäre Aufstandsbewegung hielt die Regierung die hartnäckige Opposition in den Kreisen der engeren Führungsschichten des Königreichs gegen die spanische Ehe, die sich bereits im ersten Parlament Marias I. gezeigt hatte, das von Oktober bis Dezember 1553 getagt hatte.[70] Die ehevertraglichen Regelungen allein – dies war schon damals deutlich geworden – würden nicht ausreichen, um die Reihen der Nobility hinter der Ehe zu schließen, hegte man hier doch beträchtliche Zweifel, ob bilaterale Vereinbarungen zwischen zwei Fürsten wirklich dauerhaften, zuverlässigen Schutz bieten würden.[71] Im Parlament wurde kritisch nachgefragt, bei wem denn die Entscheidungsgewalt liege, wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt zwischen den beteiligten fürstlichen Regierungen ernsthafte Differenzen über die Auslegung des Abkommens ergäben: „Who shall be their [Marias und Philipps] Judges?“[72]

Nach den bisherigen Erfahrungen im Umgang mit Verträgen war evident, dass dieser Einwand durchaus ernst zu nehmen war. Und auch im konkreten Fall gab es Anhaltspunkte, dass von spanischer Seite, konkret jener des Bräutigams, geheim Vorbereitungen für eine mögliche spätere Anfechtung getroffen wurden. Philipp zeigte sich zwar, als ihm um den Jahreswechsel 1553/54 die Verhandlungsergebnisse als *fait accompli* präsentiert wurden, nach erstem Entsetzen bereit, sich dem Wunsch seines Vaters zu unterwerfen und den Vertrag zu ratifizieren, protestierte aber unter strengster Geheimhaltung vor einem Notar gegen den Vertrag.[73]

Die Bedenken innerhalb der englischen Oberschicht gegen die Zuverlässigkeit der Vereinbarung teilten auch nichtenglische Beobachter, etwa die französische Diplomatie. Dort hielt man es für unumgänglich, dass der

70 Zur kritischen Stimmung im ersten Parlament Marias gegen die spanische Ehe vgl. Loach (1986), S. 89.

71 Vgl. Loades (1965), S. 17 f. und Samson (1999), S. 91 f.

72 Vgl. Stellungnahme eines anonym gebliebenen Mitglieds der Commons, Dezember 1553, ed. Strype, S. 55.

73 Protest Philipps von Spanien (Protestatio ad cautelam), 4. Januar 1554, gegen den Ehevertrag CSP; vgl. auch Rodriguez-Salgado (1988), S. 82 f. Entsprechende Protesterklärungen vor Eheverträgen waren im Prinzip nicht unüblich; so hatte Heinrich VIII. heimlich gegen seinen Ehevertrag mit Katharina von Aragon protestiert, was bei den späteren Bemühungen um Nichtigkeit der Ehe eine gewisse Bedeutung erlangte; vgl. Thieme (1957), S. 7.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kaiser England als Sicherheit für die Einhaltung der Schutzklauseln Pfandbesitz an der Kanalküste, also niederländische Hafenstädte, überlassen müsse[74] und dass der Kaiser wiederum, trotz Ehevertrags, seinen einzigen Sohn und Erben nicht nach England reisen lassen würde, ohne dass im Gegenzug 40 bis 50 hochadlige Lords, darunter auch ein Mitglied des Königshauses, als Geiseln und Sicherheit („pour l'ostage et Seurete“) gestellt würden.[75]

Doch die englische Regierung ging einen anderen Weg, um das Vertrauen in die Haltbarkeit der Präventivklauseln zu sichern – einen Weg, der in England selbst die Reihen der hohen Nobilität vollkommen schloss und die Einigkeit im Königreich wiederherstellte. Im Februar 1554 entschied die Königin, ein weiteres Parlament einzuberufen, mit dem ausdrücklichen Auftrag, dem Ehevertrag den Charakter eines Statutes, eines parlamentarisch verbrieften Gesetzes, zu geben. Damit wurde ihm die höchste Form rechtlicher Verbindlichkeit zuerkannt und es war ein enormes Zugeständnis der Krone, weil damit eine Regelung, die zum engsten dynastischen Bereich gehörte, zum Gegenstand parlamentarischer Zustimmung gemacht wurde. Entscheidend war, dass der Ehevertrag damit quasi Verfassungsrang erhielt; auf diese Weise war geklärt, wer über Einhaltung und Auslegung zu wachen hatte: das Parlament bzw. Krone, Lords und Commons.[76]

Es ist für unseren Zusammenhang aufschlussreich, dass die Königin selbst keinen Moment lang daran zweifelte, die parlamentarische Zustimmung zum Ehevertrag bringe auch für ihren künftigen Gemahl die nötige Sicherheit. In einem Schreiben an Philipp vom Tag nach der Parlamentsentscheidung teilte sie ihrem „bon et perpetuel allié“ mit, seine Englandreise zur Hochzeit sei nun sicher („seure“), denn das Parlament habe die Artikel des Ehevertrags ohne Widerspruch angenommen und sie für eh-

74 Schreiben Selve an König Heinrich II. von Frankreich, Venedig, vom 08. Februar 1554, ed. E. Charrière, Négociations de la France dans le Levant ou Correspondence, mémoires et actes diplomatiques des Ambassadeurs de France à Constaninople [..,] Tome II (Imprimerie Nationale), Paris 1801, S. 303 ff., hier: S. 304.

75 Schreiben M. de Noailles [frz. Botschafter in England] au Roy [Heinrich II.], London, vom 08. Dezember 1553, ed. in Abbé de Vertot, Ambassades de Messieurs de Noailles en Angleterre, rédigées par feu M. l'Abbé de Vertot, Tome seconde, Leyde (et se trouve à Paris, Dessaint, Saillant, Durand) (1763), S. 321 ff., hier: S. 321.

76 Kampmann (2009), S. 861 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

renhaft, vorteilhaft und sehr klug erachtet.[77] Inwieweit Philipp wirklich die Tragweite dieser Aussage verstanden hat, ist nicht zu eruieren; jedenfalls ist er wenige Wochen später in England eingetroffen und hat sich von Bischof Gardiner mit Maria I. im Dom von Winchester trauen lassen. Die Erhebung des Ehevertrags zum parlamentarischen Statute stellte die letzte Stufe der Präventionspolitik dar. Damit war das verfassungsrechtlich Äußerste getan, um den Schutzbestimmungen Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit zu geben.

Angefügt sei noch eine Bemerkung, die nicht unbedingt in unseren Kontext der Analyse von Zukunftshandeln gehört. Obwohl die Räte mit den Gefahren abwehrenden Schutzbestimmungen des Ehevertrags, seiner Veröffentlichung und seiner parlamentarischen Bestätigung rechtlich völliges Neuland betraten (und diese kleine rechtliche Revolution in bemerkenswert kurzer Zeit umgesetzt hatten), erwies sich ihr Handeln im Prinzip als vorausschauend. In der Literatur besteht weitgehender Konsens, dass Philipps Handlungsspielraum in England nicht zuletzt wegen der Bestimmungen von 1554 extrem begrenzt geblieben ist. „As a result" – so formuliert der zweifellos beste Kenner der Regierungszeit Marias I. – „the prince found himself with little more than the title of king of England."[78] Auch nach dem kinderlosen Tod seiner Frau behielt der Vertrag seine Wirkung: Im Sinne der ursprünglichen, parlamentarisch verbrieften Erbfolgeordnung bestieg Marias Halbschwester Elisabeth den Thron, während Philipp nie wieder auf die Insel zurückkehrte.

Der Erfolg der Politik des Marian Council zum Schutz und zur Sicherung weiblicher Königsherrschaft hat zweifellos wesentlich dazu beigetragen, dass die präventiven Bestimmungen des Ehevertrags und des Statutes von 1554 paradigmatisch geworden sind[79] –bis weit ins 18. und 19. Jahrhundert hinein, in ständig abgewandelter und immer weiter verfeinerter

77 Schreiben Maria I. an Philipp von Spanien, London, 20. April 1554 (Entwurf, BL Cotton Mss. Verspasian F III, No. 24:): „Monsieur, mon bon et perpetuel allie […]Je […]vous mercie treshumblement tant de bons offices et joynctement vous advertiz que le parlement qui represente les estatz du mon royaume à apprennez les articles de nostre Marriage sans contradiction, comme prennant les condicions dicelluy honorables, advantaigeuses et plusque raisonnables, que me mect en entire confidence que vostre venue par deca sera seure et agreeable."

78 Loades (2007), S. 43; anderer Auffassung ist lediglich Redworth (1997), der wenigstens zwischenzeitlich von einem größeren Einfluss Philipps auf die Regierungsgeschäfte Englands ausgeht.

79 Erstmals geschah dies 1581 beim Eheplan Elisabeths mit dem Herzog von Anjou.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Form. Es lag durchaus in der Logik von 1554, dass man seit dem frühen 18. Jahrhundert dazu übergegangen ist, den Ehemännern regierender Königinnen nicht nur der Sache nach (wie 1554), sondern dem „Prinzgemahl“ auch der Form nach den Königstitel vorzuenthalten – was bis zu jenem Philipp, der in unseren Tagen mit der englischen Königin verheiratet ist, lebendige Praxis geblieben ist.[80]

3. Fazit

Die vorangegangenen Überlegungen lassen sich in fünf Thesen zusammenfassen.

1. Grundsätzlich zeigt das Fallbeispiel, dass die Unterscheidung positive Planung versus negative Prävention, die in der sozialwissenschaftlichen Diskussion wachsende Beachtung findet, auch bei der historischen Betrachtung des Zukunftshandelns in der Frühen Neuzeit weit ernster zu nehmen ist, als es bisher geschehen ist. Planung, gar umfassende politische Planung im Sinne europäischer Sicherheit und europäischen Friedens scheint im dynastischen Ehevertrag – darauf deutet die neueste Forschung zur Gesamtthematik hin – eine weit geringere Rolle gespielt zu haben, als die einschlägige Literatur (freilich ohne systematisch-quellenfundierte Überprüfung) lange Zeit angenommen hat. Die Prävention, die Abwehr als nachteilig eingestufter mittel- und langfristiger Folgen, besaß hingegen im dynastischen Ehevertrag regelmäßig zentrale Bedeutung. Die Prognostizierung künftiger politisch als höchst nachteilig empfundener Entwicklungen und deren wirksame Abwehr, *bevor* sie eingetreten waren, bildeten einen zentralen Bestandteil der entsprechenden politisch-diplomatischen Alltagspraxis.
2. Es wurden dabei weit in die Zukunft reichende Zeiträume in den Blick genommen. Man versuchte nicht nur unmittelbar bevorstehende politische Nachteile, sondern auch solche abzuwehren, die möglicherweise erst in der kommenden Generation eintreten würden.
3. Die politisch-diplomatischen Akteure waren überdies willens und in der Lage, dabei nicht nur im Prinzip geläufige, zum „Erfahrungsraum“

80 Die zusammenhängende Darstellung der Sicherung weiblicher Königsherrschaft ist nach wie vor – trotz des großen Interesses für die einzelnen Herrscherinnen – ein Desiderat, auch in vergleichender Perspektive.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gehörende Bedrohungen in den Blick zu nehmen (etwa im Sinne der üblichen Erbrechtskasuistik), sondern auch gänzlich unbekannte, in ihren Dimensionen noch kaum abschätzbare Gefahren vorwegzunehmen und ihnen wirksam entgegenzutreten bzw. dies wenigstens zu versuchen.

4. Das Verständnis für entsprechendes präventives politisches Handeln war dabei keineswegs nur einem kleinen Kreis politisch-diplomatischer Experten vorbehalten, sondern mit den Schutzklauseln des Ehevertrags konnte – offenbar wirkungsvoll, wie die Reaktion der Londoner Bevölkerung zeigt – in der Öffentlichkeit geworben werden. Entsprechend schienen die im Ehevertrag verbrieften Präventionsmaßnahmen geeignet, einer größeren Öffentlichkeit ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln.
5. Insgesamt gibt es klare Indizien, dass der Gesellschaft schon Mitte des 16. Jahrhunderts der Umgang mit Gefahrenprognose und -prävention überhaupt nicht fremd gewesen ist, auch nicht in Hinblick auf unbekannte Gefahren. In dieser Hinsicht erscheint es fraglich, von einem „revolutionären" Epochenbruch im Zukunftshandeln seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert oder gar erst in der „Sattelzeit" auszugehen. Auch die in der aktuellen sozialwissenschaftlichen Diskussion anzutreffende These, dass die Prävention als dominierende Form des Zukunftshandelns ein Signum der Moderne oder sogar erst der Gegenwart sei, mutet vor diesem Hintergrund frag- und diskussionswürdig an.

Literaturverzeichnis

Alsop, J. D. (1994), The Act for the Queen's regal Power, 1554, in: Parliamentary History 13, S. 261-276.

Aradau, Claudia / Munster, Rens van (2007), Governing Terrorism Trough Risk: Taking Precautions, (un)Knowing the Future, in: European Journal of International Relations 13, S. 89-115.

Asch, Ronald (1993), Der Hof Karls I. von England. Politik, Provinz und Patronage 1625-1640, Köln u. a.

Bröckling, Ulrich (2008), Vorbeugen ist besser… Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth. A Journal on Civilisation 1, S. 38-48.

Clark, Peter (1977), English Provincial Society from the reformation to the revolution, 1550-1640, Cranbury N.J.

Edelmayer, Friedrich (2009), Philipp II. Biographie eines Weltherrschers, Stuttgart.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Elton, Geoffrey (1969), The body of the whole Realm: Parliament and Representation in medieval and Tudor England, Charlottesville.

Gough, Ian (2015), The Political Economy of Prevention, in: British Journal of Political Science 45, S. 307-327.

Haas, Philip (2017), Fürstenehe und Interessen. Die dynastische Ehe der Frühen Neuzeit in zeitgenössischer Traktatliteratur und politischer Praxis am Beispiel Hessen-Kassels, Marburg.

Hannig, Nicolai (2015), Die Suche nach Prävention. Naturgefahren im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 300, S. 33-65.

Kägler, Britta (2014), Dynastische Ehen in der Frühen Neuzeit. Partnerwahl zwischen Sozialprestige und Außenpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 65, S. 5-20.

Kampmann, Christoph (2009), Parlament, in: Enzyklopädie der Neuzeit 9, Stuttgart, S. 857-868.

Kampmann, Christoph u a. (Hg.) (2012), Neue Modelle im Alten Europa. Traditionsbruch und Innovation als Herausforderung in der Frühen Neuzeit, Köln u. a.

Kelsey, Harry (2012), Philip of Spain. King of England. The Forgotten Sovereign, London / New York.

Körber, Esther-Beate (2002), Habsburgs europäische Herrschaft. Von Karl V. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, Darmstadt.

Koselleck, Reinhart (1984), Vergangene Zukunft. Zur Sematik geschichtlicher Zeiten, Baden-Baden.

Kérautret, Michel (2010), Entre Révolution et Construction Dynastique: les Paradoxes de la Monarchie Napoléonienne. in: Rainer Babel u.a. (Hg.), Bourbon und Wittelsbach. Neuere Forschungen zur Dynastiengeschichte, Münster, S. 165-182.

Knöfel, Anne Simone (2009), Dynastie und Prestige. Die Heiratspolitik der Wettiner, Köln u. a.

Koch, Elisabeth (1997), Die Frau im Recht der frühen Neuzeit. Juristische Lehren und Begründungen, in: Ute Gerhard (Hg.), Frauen in der Geschichte des Rechts, München, S. 73-93.

Kohler, Alfred (1999), Karl V. 1500-1558. Eine Biographie, München.

Landwehr, Achim (2014), Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt/M.

Loach, Jennifer (1986), Parliament and the Crown in the Reign of Mary Tudor, Oxford.

Loades, David Michael (1965), Two Tudor Conspiracies, Cambridge.

Loades, David Michael (1979), The reign of Mary Tudor, New York.

Loades, David Michael (1988), Philip II and the government of England, in: Ders. u. a. (Hg.), Law and Government under the Tudors, Cambridge, S. 177-194.

Loades, David Michael (2007) Philip King of England, in History Today Januar 2007, S. 41-48.

Loades, David Michael (2011), Mary Tudor, Stroud.

Mackie, J.D. (^{3}1985), The Earlier Tudors 1485-1558, Oxford.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Muller, James Arthur (1926), Stephen Gardiner and the Tudor Reaction, London.

Peters, Martin (2007), Können Ehen Frieden stiften? Europäische Friedens- und Heiratsverträge der Vormoderne, in: Heinz Duchhardt (Hg.), Jahrbuch für Europäische Geschichte 8, S. 121-133.

Rabe, Horst (1989), Reich und Glaubensspaltung. Deutschland 1500-1600, München

Redworth, Glyn (1990), In Defence of the Church Catholis. The Life of Stephen Gardiner, Oxford.

Redworth, Glyn (1997), ‚Matters impertinent to Women': Male and Female Monarchy under Philip and Mary, in: English Historical Review 112, S. 597-613.

Richards, Judith (1997), Mary Tudor as 'Sole Queen'. Gendering Tudor Monarchy, in: The Historical Journal 40, S. 895-924.

Rodriguez-Salgado, Maria José (1988), The Changing Face of Empire. Charles V, Philip II and Habsburg Authority, 1551-1559, Cambridge.

Rüde, Magnus (2007), England und Kurpfalz im werdenden Mächteeuropa (1608-1632). Konfession – Dynastie – kulturelle Ausdrucksformen, Stuttgart.

Russell, Elizabeth (1990), Mary Tudor and Mr. Jorkins, in: Historical Research 63, S. 263-276.

Samson, Alexander Wenton Seton (1999), The Marriage of Philip of Habsburg and Mary Tudor and Anti-Spanish Sentiment in England: Political Economies and Culture, 1553-1557, Ph.D. Thesis, London University.

Simons, Eric N. (1964), The Queen and the Rebel. Mary Tudor and Wyatt the Younger, London.

Spiess, Karl-Heinz (1993), Familie und Verwandtschaft im deutschen Hochadel des Spätmittelalters. 13. bis Anfang des 16. Jahrhunderts, Stuttgart.

Schönpflug, Daniel (2013), Die Heiraten der Hohenzollern. Verwandtschaft, Politik und Ritual in Europa 1640-1918, Göttingen.

Thieme, Hans (1957), Die Ehescheidung Heinrichs VIII. und die europäischen Universitäten, Karlsruhe.

Tittler, Robert / Richards, Judith (^{3}2013), The reign of Mary I, Edinburgh.

Valerius, Robert (2002), Weibliche Herrschaft im 16. Jahrhundert. Die Regentschaft Elisabeths I. zwischen Realpolitik, Querelle des femmes und Kult der Virgin Queen, Herbolzheim.

Weber, Hermann (1981), Die Bedeutung der Dynastien für die europäische Geschichte in der Frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 44/1, S. 5-32.

Weikel, Anne (1980), The Marian Council Revisited, in: Jennifer Loach / Robert Tittler (Hg.), The Mid-Tudor Polity c. 1540-1560, London / Basinstoke, S. 52-73.

Weller, Thomas (2004), Die Heiratspolitik des deutschen Hochadels im 12. Jahrhundert, Köln u. a.

Zielinski, Herbert (1990), Mathilde, Königin, in: Neue Deutsche Biographie 16, Berlin.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Der Augsburger Religionsfriede zwischen Apokalyptik und Landfriedenswahrung. Sicherheit und Zukunft in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts

Sascha Weber

„Ich glaube insgesamt, dass der Papst der Antichrist ist, oder wenn jemand den Türken hinzurechnen will, so ist der Papst der Geist des Antichrist und der Türke sein Körper. Sie helfen beide einander würgen, dieser mit Körper und Schwert, jener mit Lehre und Geist.“[1] So Martin Luther in einer seiner Tischreden.

Nach den Reformationskriegen schien das Reich vielen Zeitgenossen am Rande des Untergangs zu stehen. Die strittige Religionsfrage wurde als erhebliche Bedrohung der Sicherheit der Reichsstände empfunden. Während die altgläubigen Stände bewahren wollten, was ihnen geblieben war, fürchteten die neugläubigen Stände ohne einen beständigen Frieden alles zu verlieren, was sie bis jetzt erreicht hatten. Im Augsburger Religionsfrieden von 1555, der eigentlich ein Landfrieden war, gelang es, die religiöse Wahrheitsfrage auszuklammern und die Auseinandersetzung um die Religion damit aus dem Bereich der Theologie in den Bereich der Politik und des Rechts zu verlagern. Dies war erstaunlich in einer Zeit, die in weiten Teilen Europas und in Deutschland vor allem unter Lutheranern und Täufern massiv von apokalyptischen Vorstellungen geprägt war und in der Akteure mit konkurrierenden Zeit- und Zukunftsvorstellungen aufeinandertrafen. Vor diesem Hintergrund fragt der Beitrag danach, wie es angesichts konkurrierender Zukunftsvorstellungen – ein Teil der Akteure war davon überzeugt, sich in einem apokalyptischen Endkampf zu befinden, ein anderer lehnte die Vorstellung eines nahen Weltenendes ab – möglich war, Frieden zu schließen. Die Dramatisierung des Streits um die religiöse Wahrheitsfrage zu einer existenziellen Bedrohung lässt sich als erfolgreiche Versicherheitlichung verstehen, d.h. die religiöse Wahrheitsfrage wurde zu einem existenziellen Sicherheitsproblem erhoben, für das tunlichst eine politische Lösung gefunden werden musste – eben in Form des Land-

1 Luther (1912), Nr. 330, S. 135. Übertragung aus dem Lateinischen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

friedens. Durch den Landfrieden wurden sowohl die religiöse Wahrheitsfrage selbst als auch die von den jeweiligen Zukunftsvorstellungen geprägten Handlungsweisen eingehegt. Dass die Dramatisierung einer existenziellen Sicherheitsbedrohung nicht notwendig in einen politischen Ausnahmezustand mündet, sondern zu einer Routinisierung der politischen Verfahren führen kann, ist ein wichtiger Befund für die historische Sicherheitsforschung. Er steht im Gegensatz zu den anhand der jüngsten Zeitgeschichte entwickelten Annahmen der Copenhagen School. Diese versteht unter Versicherheitlichung, dass etwas zu einem Sicherheitsthema gemacht und als eine so existenzielle Bedrohung dargestellt wird, dass ein politischer Ausnahmezustand notwendig erscheint, durch den Handlungen außerhalb der Grenzen der normalen politischen Verfahren gerechtfertigt werden. In der Frühen Neuzeit dagegen lässt sich häufig – wie hier anhand der Einbindung der Religionsfrage in die Verfahren des Landfriedens – beobachten, dass die Versicherheitlichung eines Themas überhaupt erst die Einbindung dieses, nun zu einer Frage der Sicherheit erhobenen Themas, in die üblichen politischen Verfahren ermöglicht.[2]

Der Beitrag geht zuerst der Apokalyptik des 16. Jahrhunderts und den damit verbundenen konkurrierenden Zukunftsvorstellungen nach (1). Danach stehen die bis 1529 zurückreichenden Versuche, die Religionsfrage zu einem existenziellen Sicherheitsproblem zu erheben und mit den Mitteln des Landfriedens zu lösen, im Mittelpunkt (2), bevor die Akteure des Augsburger Reichstags näher beleuchtet werden (3). Im Anschluss werden die im Religionsfrieden enthaltenen Zeit- und Zukunftsvorstellungen in den Blick genommen (4). Der Beitrag schließt mit einem knappen Ausblick (5).

1. Apokalyptik im 16. Jahrhundert

Wie kaum eine andere Epoche waren das 16. und frühe 17. Jahrhundert eine Zeit der erwarteten Apokalypse und der schatologischen Spekulationen. Im Übergang vom 15. zum 16. Jahrhundert waren apokalyptische Ideen zwar durch den Humanismus zurückgedrängt worden, durch die vielen zeitgenössischen Krisen (Kriege, Armut, Hunger etc.) verstärkten sich aber in weiten Teilen der Bevölkerung ein endzeitliches Bewusstsein und

2 Vgl. Buzan (1998), S. 23 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

eine intensive geschichtsapokalyptische Erwartungshaltung.[3] Andrew Cunningham und Ole Peter Grell bezeichnen das 16. Jahrhundert als „Apocalyptic Age" und Thomas Kaufmann, der die Apokalyptik als kulturellen Code deutet, welcher das 16. Jahrhundert dominierte,[4] konstatiert: „Die Apokalyptik ist kein Neben-, sondern ein Schlüsselthema im Werdeprozeß der europäischen Moderne."[5]

Besonders deutlich wurde dies in der reformatorischen Auseinandersetzung. Lutheraner, Täufer und Schwärmer oder auch die aufständischen Bauern deuteten ihre Gegenwart in endzeitlichen Kategorien. In ihrem apokalyptisch-eschatologischen Selbstbewusstsein sahen sich die Reformatoren in einer aktiven Rolle im Endgeschehen durch die Wiederherstellung der reinen und ursprünglichen Lehre. Bei Martin Luther entwickelte sich dies zuerst aus seiner Auslegung von 2. Thessalonicher Kapitel 2, dass der Antichrist im Tempel Gottes sitzen werde und damit das Wirken des Papsttums in den vergangenen Jahrhunderten gemeint sei.[6] Die endzeitlichen Gegenwartsdeutungen der verschiedenen Parteien verschärften den Religionskonflikt noch über den grundsätzlich politisch nicht handhabbaren religiösen Wahrheitsanspruch hinaus, denn mit dem Antichrist ist kein Friede zu machen.

Interessanterweise sind apokalyptische Vorstellungen im Deutschland der Reformationszeit vor allem eine Besonderheit des Luthertums, das als einzige der großen Konfessionen die eschatologische Erwartungshaltung beinahe lehrmäßig rechtfertigte.[7] Ähnlich stark ausgeprägt war dies sonst nur bei den Täufern,[8] während man bei den Katholiken sogar eine beinahe anti-apokalyptische Haltung feststellen kann. So sind bei den von Volker Leppin untersuchten apokalyptischen Flugschriften aus den Jahren 1548 bis 1618 112 lutherischer Provenienz, jedoch nur neun katholischen Ur-

3 Vgl. Cunningham (2000), S. 1; Tilly (2012), S. 122 ff. Zur mittelalterlichen Apokalyptik siehe Tilly (2012), S. 120 ff. Zur Auslegung der Johannes-Offenbarung im Spätmittelalter und der Reformationszeit siehe Basse (2010), S. 94-102.

4 Vgl. Kaufmann (1999), S. 414 f.

5 Kaufmann (1999), S. 442.

6 Vgl. Leppin (2007), S. 78 ff.

7 Vgl. Barnes (1988), S. 3 f. Zu den apokalyptischen Vorstellungen im Lutherthum siehe Backus (2000); Barnes (1988), S. 53-59; Kaufmann (2013), S. 11-20; Kaufmann (1999), S. 411-453; Klein (2004), S. 156-199; Schubert (2013), S. 255-269.

8 Zur Apokalyptik Thomas Müntzers und der Wiedertäufer siehe Cunningham (2000), S. 32-43; Goertz (2008), S. 329-346; Klaassen (1992); Leppin (2007), S. 83-86; McLaughlin (2004), S. 98-131; Seebaß (1991), S. 75-99.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sprungs und vier bis fünf stammen von Reformierten. Dabei wird bei den wenigen katholischen Flugschriften deutlich, dass sie den Bezug der biblischen Apokalyptik auf die Gegenwart stark vernachlässigten und die Gegenwart nicht als Endzeit sahen, sondern annahmen, sie stünde noch bevor.[9] Somit muss man von divergierenden und konkurrierenden Zeit-, Gegenwarts- und Zukunftsvorstellungen der verschiedenen konfessionellen Gruppen der Reformationszeit ausgehen.[10]

Insgesamt war die lutherische Konfessionskultur in hohem Maße von apokalyptischem Gedankengut durchdrungen. Bei ihren Beschreibungen der Gegenwart und der historischen Ereignisse, die zu ihr geführt hätten, nutzten lutherische Prediger und Publizisten endzeitliche Topoi und suchten im Offenbarungstext nach dem exakten ‚Fahrplan' der Geschichte und Endzeit.[11] Viele Zeitgenossen und auch Martin Luther[12] selbst waren davon überzeugt, in der letzten Zeit zu leben. Davon zeugt Luthers 1541 publizierte Geschichtstabelle[13] wie auch seine Predigt über Lk 21, die zwischen 1522 und 1552 in 36 Drucken verbreitet worden ist: „Ich will niemant tzwingen noch dringen myr tzu glewben […] Ich will myrs aber auch widderumb niemant nehmen lassen, das ich hallt, der jungst tag sey nitt ferne; dazu bewegen mich eben diße tzeychen und wort Christi."[14] Dabei unterscheidet Luther auch zwei konkurrierende Wirklichkeitsver-

9 Vgl. Leppin (1999), S. 45 ff.

10 Für eine Typologie der Apokalyptik des 16. Jahrhunderts siehe Kaufmann (1999), S. 416-422.

11 Vgl. Pohlig (2008), S. 289 f.

12 Zu Luthers Apokalyptik siehe Barnes (1988), S. 36-53; Cunningham (2000), S. 19-31; Hofmann (1982); Klein (2004), S. 130-156; Leppin (2007), S. 76-83; Moritz (2009), S. 218-221; Petersen (2013), S. 71-91; Sandl (2007), S. 377-409. Zu Luthers Deutung des Papsttums als Antichrist siehe Seifert (1990), S. 7-10. Zu Luthers Deutung der Türken als Antichrist siehe Klein (2004), S. 66-130; Seifert (1990), S. 11-20; Wriedt (2010), S. 107-127.

13 Vgl. Schilling (1999), S. 22.

14 Luther (1925), S. 95, 17 ff. Vgl. Schilling (1999), S. 23 f. Aus Luthers Auslegung von Lk 21 (zweiter Adventssonntag) aus dem Jahr 1522: „…denn das stuck [Herrschaft von Irrtum, Blindheit und Sünde, die Luther im Papsttum verwirklicht sah, Anm. d. Verf.] fur allen tzwingt mich fest tzu glewben, das Christus musse bald komen, denn solch sunde sind tzu groß, der hymell kann sie nit lenger ansehen, sie reitzen unnd trotzen dem iungsten tage tzu seher, er muß ubir sie fallen, ehe es lang wirtt."

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ständnisse der Welt: das der Gläubigen und das der Ungläubigen, die dieselben Zeichen auf unterschiedliche Weise deuten.[15]

Luther schrieb sich selbst eine aktive und entscheidende Rolle im Endgeschehen zu, indem er durch sein Handeln die reine und ursprüngliche christliche Lehre wiederherstellte und mit dem Papsttum (als Hure Babylons) wie den Türken (als Rute des göttlichen Zorns) den Antichrist entlarvte.[16] Für die Anhänger Luthers war die Reformation der Beginn des Jüngsten Tags.[17] Aus der Vorstellung, in der Endzeit zu leben und diese gestalten zu müssen, resultierte auch ein großer Teil der Dynamik beim Vorantreiben der Reformation.[18] Den Tag des Jüngsten Gerichts sehnten die Lutheraner geradezu herbei, denn davor fürchten mussten sich nur die Ungläubigen. So schloss Luther denn auch einen Brief an seine Frau vom 16. Juli 1540 mit den Worten: „Es ist alhie solche hitze vnd durre, das vnseglich vnd vntreglich [ist Tag] vnd nacht. Kom, [lieber jungster] Tag, Amen.“[19]

Gerade in den Jahrzehnten nach Luthers Tod 1546 wuchs die Zahl der prophetischen und apokalyptischen Schriften rapide an.[20] Die lutherischen Apokalyptiker lassen sich in zwei Gruppen aufteilen: Die „Gnesiolutheraner“ deuteten in der Nachfolge Luthers die Apokalypse anhand von Zeitdiagnosen, Zeichen und Wundern. Die „Philippisten“ dagegen folgten Melanchthon. Sie arbeiteten mit astrologischen Vorhersagen und versuchten die Endzeit chronologisch zu berechnen.[21] Dieses Zusammengehen von Astrologen und Theologen, trotz des biblischen Verbots, die Endzeit zu berechnen,[22] wurde ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts immer stärker und brachte eine Vielfalt von Quellen, von theologischen Traktaten bis

15 Vgl. Schilling (1999), S. 25.
16 Vgl. Cunningham (2000), S. 4; Hofmann (1982), S. 235; Tilly (2012), S. 122 ff.
17 Vgl. Cunningham (2000), S. 19 f.
18 Cunningham (2000), S. 13: „The imminence of the Second Coming accounts for the urgency with which the reformers preached the Gospel and pressed forward the Reformation.“ Luther (1925), S. 97. Vgl. Leppin (2007), S. 80.
19 Vgl. Schilling (1999), S. 26.
20 Vgl. Barnes (1988), S. 60-71.
21 Vgl. Pohlig (2008), S. 296; Seifert (1990), S. 28-37. Zu den Endzeitberechnungen siehe Leppin (2007), S. 87-90; Westphal (2014), S. 481-491; Westphal (1997), S. 102-125.
22 Vgl. Mt 24,36: „Von dem Tage aber und von der Stunde weiß niemand, auch die Engel im Himmel nicht, auch der Sohn nicht, sondern allein der Vater.“ und Apostelgeschichte 1,7: „Es gebührt euch nicht, Zeit oder Stunde zu wissen, die der Vater in seiner Macht bestimmt hat.“

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zu populären Almanachen und Weissagungen, hervor. Die Funktion dieser astrologisch-theologischen Prognostik bestand darin, die Kontingenz von Zukunft zu reduzieren. Damit erfüllte sie ein Bedürfnis nach Sicherheit.[23]

Dass diese endzeitliche Gegenwartsdeutung nicht nur unter Theologen, Publizisten und dem einfachen Volk verbreitet war, sondern auch unter Fürsten, zeigt etwa das Beispiel des sächsischen Herzogs Johann Friedrich. 1548 äußerte er, mit dem Interim im letzten Aufwühlen des Antichristen sei das Ende nahe. Sehr gut erforscht ist in diesem Zusammenhang eine Gruppe radikaler Luther-Anhänger, die von Magdeburg aus mit ihren Flugschriften den Gläubigen immer wieder einschärften, dass mit dem Antichrist kein Friede zu machen und das Ende nahe sei. Nach dem Religionsfrieden wurden diese Radikalen Professoren, Pfarrer und Superintendenten und prägten die nächste Generation der lutherischen Elite. Die eschatologische Naherwartung sollte ab den 1580er Jahren einem weiteren Höhepunkt entgegenstreben und bis 1648 für das Luthertum bestimmend bleiben. In dieser Zeit finden sich kaum lutherische Texte, in denen die Formel, die Gegenwart sei die „letzte Zeit", nicht vorkommt.[24] Eine Umdeutung bringt erst der Westfälische Friede. Dieser wurde als „Gnadenzeit" verstanden, als eine politische Stabilisierung der Endzeit, die in „Sicherheit und Ruhe" versetzt wurde.[25]

Auf der reformierten Seite standen Zwingli und Calvin dem Wert der Johannes-Offenbarung reserviert gegenüber, auch wenn sie gleichfalls überzeugt waren, in der Endzeit zu leben. Zwinglis Nachfolger Heinrich Bullinger war es, der eschatologische Erwartung und Apokalyptik zu einem essenziellen Teil des reformierten Denkens machte. Seine sehr einflussreichen 100 Predigten hielt er 1555 und 1556. Gespeist war seine Deutung aus der Erfahrung, dass europaweit die Calvinisten von der Gegenreformation ins Exil getrieben wurden. Seine Arbeit führte im späten

23 Vgl. Barnes (1999), S. 131 u. 139; Mader (2009), Sp. 446; Schilling (1999), S. 16. Zum Verhältnis von Astrologie und Apokalyptik siehe Cunningham (2000), S. 71-79. Dabei spielten auch die konkreten Himmelszeichen eine Rolle, wie der Komet von 1556, der als apokalyptisches Zeichen gedeutet wurde, vgl. Spinks (2015), S. 212-239.

24 Vgl. Barnes (1988), S. 4 f.; Leppin (2007), S. 81 f.; Moritz (2009); Pohlig (2008), S. 291. Zu den Apokalypsevorstellungen um 1600 siehe Barnes (1999), S. 129-145; Kaufmann (1999), S. 73-128. Daniel Schaller beispielsweise sagte 1595 den Weltuntergang für das Jahr 1630 voraus. Vgl. Lehmann (1999), S. 147-161.

25 Vgl. Schulze (2007), S. 334.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

16. und frühen 17. Jahrhundert zu einer großen Zahl von reformierten Kommentaren und Schriften zur Apokalypse.[26] Für den ab 1584 in Heidelberg lehrenden Hugenotten Franciscus Junius beispielsweise hat die Apokalypse zwar einen eindeutigen Gegenwartsbezug, doch dient dieser ihm vor allem für pastorale Zwecke, zur inneren Stärkung der Gläubigen, um durch Annahme ihrer Rolle in der Heilsgeschichte Krisensituationen bewältigen zu können.[27]

Eine gänzlich anders ausgerichtete Form von Zeit- und Zukunftsvorstellungen finden wir im katholischen Bereich. Nachdem apokalyptische Endzeiterwartungen im 14. Jahrhundert ihren Höhepunkt erlebt hatten, wandte sich die römische Kurie um 1500 aktiv gegen alle Formen apokalyptischer Spekulationen. So wurde dem Franziskanermönch Johann Hilten (1425/30 bis um 1500) wegen seiner apokalyptischen Schwärmereien 1477 der Prozess gemacht. Er hatte für 1516 das Kommen eines Mannes prophezeit, der das Mönchtum beseitigen würde, für 1600 die Türkenherrschaft über Deutschland und Italien sowie für 1651 das Ende der Welt. Er verbrachte den Rest seines Lebens in Klosterhaft, zuerst in Weimar, später in Eisenach.[28] 1513 hatte dann das Laterankonzil allgemein verboten, über die nahende Apokalypse oder Endzeitprophetien zu predigen.[29] Die Judizialastrologie, die Prognostik des Weltuntergangs, war 1564 auf dem Konzil in Trient untersagt worden. 1586 und 1631 wurde dies nochmals durch päpstliche Bullen bekräftigt.[30] Dass die astrologische Prognostik neben dem offiziellen Verbot auch in der Praxis der katholischen Astrologie nicht üblich war, beweist ein Zitat aus dem „Cometen Buech" des katholischen Astrologen Johann Rasch von 1582: „…daß das so gar gemain profezeyen von nähe des Jüngsten tags nindert anderstwo herkumb dann von den Propheten der Wittenbergischen einfalt."[31] Der seit den 1580er Jahren in Wien tätige Rasch war, neben dem in den 1560er und 70er Jahren in Köln wirkenden Theodor Graminaeus, einer der wenigen Katholiken, die sich mit der Apokalyptik befassten. In ihren Schriften wandten sie sich gegen verschiedene Aspekte der Argumentation der lutherischen Apokalyptiker. Die apokalyptischen Flugschriften empfanden sie als destabilisie-

26 Vgl. Cunningham (2000), S. 51-56; Sarx (2008), S. 390; Seifert (1990), S. 21-27.
27 Vgl. Sarx (2008), S. 387-412.
28 Vgl. Leppin (2007), S. 76 f.; Volz (1972), S. 164 ff.
29 Vgl. Cunningham (2000), S. 1.
30 Vgl. Smolinsky (2000), S. 4 f.
31 Zitiert nach Smolinsky (2000), S. 1.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rend für die politische und kirchliche Ordnung, und sie machten anderslautende und methodisch anders basierte Weissagungen als apokalyptische, um ihre Gegner auszuhebeln, und wiesen auf die Falschaussagen früherer Prognostiker hin. Grundsätzlich lehnten sie die apokalyptische Methode ab, aus den Strukturen und Abläufen der Gegenwart auf die Zukunft zu schließen. Nach Rasch sprachen sowohl die Erfahrung als auch der Stand der Dinge gegen eine Unheilsprognose.[32]

Ein allein schon praktisch bedingtes Auseinanderklaffen der Zeitvorstellungen von Katholiken, Protestanten und Orthodoxen bewirkte die Einführung des Gregorianischen Kalenders.[33] Der württembergische Hofprediger Lucas Osiander warf in diesem Zusammenhang Papst Gregor XIII. vor, dass er das nahe Weltenende leugne und den Weltuntergang sogar verhindern wolle, indem er ein Calendarium perpetuum errechnen ließ.[34]

Insgesamt lässt sich festhalten, dass für die katholische Kirche im 16. Jahrhundert das Weltenende in weiter Ferne war. Heribert Smolinsky nennt als Beispiel die Einweihungsfeierlichkeiten der Jesuitenkirche St. Michael in München. Die damit verbundenen Festschriften und Theaterstücke hätten den Eindruck erweckt, „als begönne mit der Gegenreformation in Bayern, Kurköln und den romanischen Ländern eine Art Tausendjähriges Reich des Friedens."[35]

2. Vom Landfrieden zum Religionsfrieden

Die Versuche, die Religionsfrage im Reich mit friedlichen und mit gewaltsamen Mitteln zu lösen, fanden im Lichte der verschiedenen Gegenwarts- und Zukunftsdeutungen mit dem Ziel statt, einen beinahe vollständigen Sieg über die jeweilige Gegenseite zu erringen. Warum wurde es trotzdem, etwa im Gegensatz zu Frankreich,[36] im Reich für einen kurzen Augenblick, den Johannes Burkhardt etwas übertrieben „das Wunder von Augs-

32 Vgl. Smolinsky (2000), S. 7-18.
33 Zum Gregorianischen Kalender und seiner Umsetzung im Reich siehe Koller (2007), S. 233-255.
34 Vgl. Smolinsky (2000), S. 22.
35 Smolinsky (2000), S. 34.
36 Vgl. dazu Christian Wenzels Ausführungen in seinem und Steffen Hennes Beitrag in diesem Band. Interessanterweise waren im Frankreich der Religionskriege apokalyptische Vorstellungen unter Katholiken weiter verbreitet als im Reich.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

burg“[37] nennt, möglich, Frieden zu schaffen und Sicherheit herzustellen? Meine These ist, dass durch die erfolgreiche Versicherheitlichung der Religionsfrage es für diesen kurzen Moment in der Geschichte der Reformationszeit möglich wurde, sowohl die religiöse Wahrheitsfrage als auch die von den jeweiligen Zukunftsvorstellungen geprägten Handlungsweisen zurückzudrängen, so dass das Ergebnis des Augsburger Reichstags von 1555 danach reichsrechtlich nicht mehr hintergehbar war. Dies verdankt sich dem Pragmatismus und der Friedenssehnsucht einiger Fürsten.

Nachdem es über mehrere Jahrzehnte bei Einsatz aller friedlichen wie gewaltsamen Mittel nicht gelungen war, die Einheit der Kirche im Reich wiederherzustellen, begann sich in den 1550er Jahren eine neue Einsicht bei den Fürsten des Reiches durchzusetzen: die Aufrichtung eines Religionsfriedens mit den Mitteln des Landfriedens. Der Religionsstreit um die Wahrheitsfrage sollte den politischen Interessen weichen, der „politische“ – wenn auch „nur äußerliche“ – Friede vor die theologische Wiedervereinigung gesetzt werden. Indem die Religionsfrage versicherheitlicht, also, zu einer existenziellen Sicherheitsfrage erhoben wurde, sollte sie politisch neutralisiert und eine „beständige, gewisse Sicherheit“ für die Reichsstände erreicht werden, auf deren Grundlage die Theologen ihren Disput fortsetzen konnten. Selbst Luther, der den äußerlichen Frieden ohne einen innerlichen Frieden lange als wertlos betrachtet hatte, äußerte kurz vor seinem Tod: „Wer zwei Kühe hat, soll die eine darum geben, nur dass der Friede erhalten werde. Es ist besser, eine im guten Frieden als zwei im Krieg zu besitzen.“[38]

Mit dem Landfrieden verbunden war die Religionsfrage bereits seit den Reichstagen in Speyer 1529 und Augsburg 1530, und zwar insoweit, dass Reformation an sich quasi einen Landfriedensbruch darstellte. Mit dem Nürnberger Anstand 1532 wurde dann ein Exekutionsaufschub gegeben, genauso wie beim Frankfurter Anstand 1539. Dort wurde erstmals versucht, den Religionsstreit mit den Mitteln des Landfriedens zu handhaben, indem den Protestanten zugesichert wurde, dass sie vom 1. Mai 1539 bis zum 31. Juli 1540 für 15 Monate „von niemandts der Religion halben überzogen, vergewaltigt, bekriegt“[39] oder auf andere Weise angegriffen werden sollten. Beide Anstände wurden aber nicht in die Reichsabschiede

37 Vgl. Burkhardt (2013), S. 182.
38 Luther (1914), S. 382.
39 Lünig (1713), S. 635-639, hier 636.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

aufgenommen und damit reichsrechtlich nicht verankert.[40] In Speyer 1544 und in Worms 1545 wurde auf Zeit festgelegt, dass „keyn standt den andern zu seiner religion dringen, noch dem andern seine underthanen abpracticieren oder wider ir oberkeyt in schutz und schirm nemen“[41] solle. Für die Vertreter der ersten Generation der Reformationszeit waren nur Religionsfrieden auf Zeit denkbar, denn die Hinnahme einer dauernden Spaltung von Kirche und Glauben lag außerhalb ihrer Vorstellungswelt.[42] Zu einem entscheidenden Wandel führte der Passauer Vertrag von 1552, der nach dem als existenzielle Bedrohung erfahrenen Schmalkaldischen Krieg, Fürstenkrieg und Markgrafenkrieg die Wiederherstellung der Sicherheit vor die Frage der Wiedervereinigung der Religion setzte, was den Augsburger Religionsfrieden ermöglichen sollte.[43]

Auf dem Weg zum Augsburger Religionsfrieden war die Generationenfrage von großer Bedeutung. Wie schon gesagt, war es für die erste Fürstengeneration nicht denkbar gewesen, dass in einem politischen System zwei Wahrheiten existieren konnten.[44] Ein darauf gegründeter Friede konnte nicht tragfähig sein, wie auch der Frankfurter Anstand 1539 betonte: Es sei „nit wol verhoffentlich, das ain bestendiger und entlicher frid, rue der gewissen, lieb, freuntschaft und rechtschaffens vertrauen im Hayligen Reich erlangt werden moge, es sei den sach, daß in der religion als der rechten hauptsach ain gut christlich und entlich vergleichung gemacht werde.“[45]

Anders sah dies bei der zweiten Fürstengeneration aus, die in den Religionskonflikt und in eine Welt, die von zwei konkurrierenden Wahrheiten

40 Vgl. Neuhaus (2003), S. 142-146.

41 Eltz (2001), Nr. 565, S. 2244-2285, hier S. 2273 (§ 83). Vgl. Neuhaus (2003), S. 147 f. Zur Vorgeschichte des Augsburger Religionsfriedens seit dem Nürnberger Anstand 1532 siehe Aulinger (2009), S. 59-70; Gotthard (2004), S. 171-195; Kohnle (2007), S. 5-15; Neuhaus (2003), S. 139-150; Wolgast (2006), S. 68 f.

42 Vgl. Wolgast (2006), S. 60 f.

43 Vgl. Neuhaus (2003), S. 149 f. Die entscheidende Stelle im Passauer Vertrag lautet: „Wo dann solche vergleichung durch die Wege des General Conciliums, Nationalversamblung, Colloquien oder Reichshandlungen nicht ervolgen würde, sol alsdann nicht desto weniger dieser Friedstandt in allen oberzehlten Puncten und Articuln bey kräfften bis zu endlicher Vergleichung der Religion und Glaubenssachen stehen und bleiben und sol also hiemit obberührter Gestalt und sonst in alle andere Wege ein beständiger beharlicher für und für ewigwehrender Fried auffgericht und beschlossen sein und bleiben.“ Zitiert nach Schulze (2007), S. 341.

44 Vgl. Gotthard (2011), S. 489 f.

45 Zitiert nach Gotthard (2004), S. 202 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bestimmt wurde, hineingeboren worden war. Deren Vertreter Moritz von Sachsen, Albrecht V. von Bayern, der Habsburger Maximilian II., August von Sachsen oder Christoph von Württemberg waren bereit, in ihrem politischen Handeln dogmatische Fragen zugunsten von Sicherheit zurückzustellen; vor allem nachdem das Interim 1548 gezeigt hatte, dass der Kaiser unfähig war, politische Veränderungen wahrzunehmen, und es ein Irrtum war zu glauben, den Religionsstreit mit traditionellen Mitteln lösen zu können.[46] Axel Gotthard spricht in diesem Zusammenhang davon, dass auf dem Augsburger Reichstag müde Väter und müde Söhne zusammengekommen seien.[47]

Während sowohl in vielen Einzelfragen als auch grundsätzlich Konsens fehlte, war doch die Sehnsucht nach Stabilität der kleinste gemeinsame Nenner der Fürsten um 1555. Die Fürsten waren nach den drei Kriegen konfessionsübergreifend traumatisiert, die Kriegserfahrung hatte deutlich gemacht, dass die Religion ein politisches Sicherheitsproblem darstellte, das den Fortbestand des Reiches existenziell bedrohte, so dass von einer Versicherheitlichung der Religionsfrage gesprochen werden kann. Während des Reichstags wurden diese Ängste noch weiter geschürt, indem Gerüchte verbreitet wurden, der Markgraf von Brandenburg-Kulmbach würde wieder neue Truppen anwerben und neue Raubzüge planen. Unter anderem die drei geistlichen Kurfürsten waren von der Unfähigkeit des Kaisers enttäuscht, ihre Territorien zu schützen. Diese Erfahrung, sich auf den Kaiser beim Landfriedensschutz nicht verlassen zu können, bewog die katholischen Stände, für ihre Ruhe und Stabilität einen dauerhaften politischen Frieden in Kauf zu nehmen. Gleichzeitig führte dies allen Ständen vor Augen, dass sie den Landfrieden selbst organisieren mussten.[48] Dies wird in der Frankfurter Exekutionsordnung von 1554 deutlich, die von den süddeutschen Reichskreisen erarbeitet worden war: „Solche greuliche, erschreckliche und hievor selten im reich erhörte exempel haben zuletst die kreis und stend des hei. Reichs gleichwol noch empfangenen schaden einmal [vor] augen gnomen und zu herzen gefurt.“[49] Ebenso zeigt es sich in

46 Vgl. Gotthard (2004), S. 82; Wartenberg (2007), S. 325-329; Wartenberg (2006), S. 60.
47 Vgl. Gotthard (2004), S. 75.
48 Vgl. Burkhardt (2013), S. 185; Gotthard (2004), S. 53 u. 67 u. 76 f. u. 195 f.; Jürgensmeier (2007), S. 183; Klueting (2007), S. 42.
49 Ernst (1901), S. 82.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den Bedenken des schwäbischen Kreises im Juli 1554, als Sicherheit in der Zukunft vor allem durch Prävention erreicht werden sollte:

> „Erstlich nachdem etlich zeit her die erfarnus gegeben, das aller unfrieden, unruw und verderblicher schad der fridliebenden, unschuldigen stend aus zwaien furnemlichen ursachen entsteht [Angriffe und Rüstungen der Stände gegeneinander und Gartknechte, Anm. d. Verf.] […] disen zwaien underschidlichen, geverlichen obligen und beschwerungen zu begegnen, haben die stend dises krais die sachen nach gelegenhait desselben nachvolgender gestalt bedacht.“[50]

Für die dritte Fürstengeneration um 1580 sollte der Friede im Reich nicht mehr wie bei der zweiten Generation um 1555 die oberste Priorität haben.[51] Die weltlichen Kurfürsten hatten sich im Vorfeld des Reichstags mit vielen evangelischen Fürsten vorab auf einen politischen Frieden geeinigt. Auch bei den katholischen Ständen traten einzelne, vor allem der Mainzer Erzbischof Sebastian von Heusenstamm, dafür ein.[52] Am entschiedensten wurde die Friedenspolitik 1555 von Kursachsen vertreten. Dessen Vertreter betonten auf dem Reichstag die Dringlichkeit, jetzt und unverzüglich den „ewigen, ymmerwerenden, unconditionierten fridtstand“[53] aufzurichten, es müsse „ein allgemeiner fride im Hl. Reich ausserhalb der religion getroffen“[54] werden. Kurfürst August ließ verkünden, dass er und die Seinen sowieso bei ihrer Konfession bleiben würden. Doch müsse man „der unangesehen, domit einer bei dem andern ruwiglich wonen und pleiben moge, den imerwerenden fridt zwischen stenden“[55] aufrichten. Dieser politische Friede müsse „ebig aufgericht“ sein, „es werde gleich die vergleichung der religion getroffen oder nit.“[56]

3. Die Akteure auf dem Augsburger Reichstag

Betrachten wir nun die Akteure auf dem Reichstag: Ganz im Gegensatz zu seinem Bruder Karl V., der 1552 an seine Schwester Maria über Passau geschrieben hatte: „Aber jetzt hat man einen Artikel gesetzt, dass beim

50 Ernst (1901), S. 62.
51 Vgl. Hoffmann (2005), S. 227 ff.
52 Vgl. Gotthard (2011), S. 492 f.
53 Aulinger (2009), S. 669.
54 Aulinger (2009), S. 670.
55 Aulinger (2009), S. 677.
56 Aulinger (2009), S. 2044. Vgl. Gotthard (2011), S. 489.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nichtzustandekommen der Religionsvergleichung auf dem nächsten Reichstag der Stillstand immerfort dauert“[57], war Ferdinand I. aus politischem Pragmatismus und aus Furcht vor dem Untergang des Reiches bereit, eine dauerhafte Lösung zu finden. Mit seiner Vorstellung, auf dem Reichstag statt eines politischen Friedens die Wiedervereinigung zu erreichen, stand er weitgehend allein.[58]

Auf der katholischen Seite gab es 1555 ein weites Spektrum: Dieses reichte vom kaiserlichen Juristen Johann Ulrich Zasius,[59] der humanistisch geprägt war und maßgeblich zur Überwindung des innerkatholischen Widerstands gegen einen Religionsfrieden beitrug und die Position vertrat, dass, auch wenn der Religionsfriede eigentlich gegen das göttliche und kanonische Recht verstieß, man ihm wegen der Vermeidung des Krieges zustimmen müsse, bis zu Konrad Braun,[60] dem Vertreter des Augsburger Bischofs, und Christoph Welsinger, dem Vertreter des Straßburger Bischofs, die unnachgiebig einen streng katholischen Standpunkt vertraten.[61] So macht Rosemarie Aulinger zur Sitzung vom 10. Juni, bei der Zasius den katholischen Ständen die Vorschläge der Hofräte Ferdinands erläuterte, die Bemerkung: „Da Dr. Braun bei dieser Sitzung nicht anwesend war, einigte man sich rasch.“[62] Im März hatten alle Stände des Fürstenrats bis auf Augsburg einem Entwurf des Religionsfriedens bereits zugestimmt. Braun, der in einer juristischen Schrift von 1549 die Position vertreten hatte, dass Verträge mit Häretikern von vorneherein ungültig seien, legte im Namen seines Bischofs förmlichen Protest ein. Er argumentierte, dass der Religionsfrieden nur bis zur Entscheidung durch ein allgemeines Konzil Geltung haben könne und die geplanten Regelungen nicht die Probleme lösen würden. Und er polemisierte gegen die reichsrechtliche Anerkennung der Augsburger Konfession, die geplante Regelung hinsichtlich des Kirchenguts und gegen die Suspension der geistlichen Jurisdiktion. Die Nichtigkeitsthese Brauns wies die Mehrheit der katholischen Reichsstände

57 Vgl. Schulze (2007), S. 339 f., Zitat auf S. 340.
58 Vgl. Gotthard (2004), S. 71 f.; Heckel (2007), S. 19; Kohler (2007), S. 19 f.; Jürgensmeier (2007), S. 186; Schulze (2007), S. 344. Zur Position Ferdinands I. zum Religionsfrieden siehe Kohler (2007), S. 17-23; Laubach (2001), S. 29-139.
59 Zu Johann Ulrich Zasius siehe Meußer (2004).
60 Zu Konrad Braun siehe Rössner-Richarz (1991).
61 Vgl. Aulinger (2009), S. 76; Strohm (2007), S. 128-131.
62 Aulinger (2009), S. 80 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jedoch zurück.[63] Ferdinand empfand die Proteste Konrad Brauns als kontraproduktiv und störend.[64]

Die Erzbischöfe von Köln und Trier traten zwar für den katholischen Standpunkt ein, waren aber kompromissbereit. So ließ der Erzbischof von Trier, Johann von Isenburg, äußern, er „were zu allem frieden geneigt und obwol dise furgelauffenen dinge solche sachen weren, die S[eine] Ch[urfürstliche] G[naden] ganz schwer zu verantworten, so wollten doch S[eine] Ch[urfürstliche] G[naden] des reichs nutz, wolfart und gemeinen friden bedenken“ und zustimmen.[65] Die Handlungsfähigkeit des Kurfürstenrats war dagegen insbesondere dem Mainzer Erzbischof Sebastian von Heusenstamm zu verdanken, der schon ab April 1554 zu einem „bedingungslosen Religionsfrieden“ bereit war. In seiner Instruktion vom 11. März 1555[66] brachte er seinen unbedingten Willen zum Friedensschluss und seine Bereitschaft zum Ausdruck, auf die Restitution des Kirchengutes und die geistliche Jurisdiktion zu verzichten.[67] Heusenstamm war davon überzeugt, dass ein endgültiger Friede nur möglich sei, wenn die protestantischen Stände „der Religion halber genzlich gesichert oder verglichen sein“[68], und ließ im Vorfeld ein theologisches Gutachten erstellen, in welchen strittigen Religionsartikeln den Protestanten nachgegeben werden könnte. Seine Räte instruierte er am 11. März 1555: Man solle tun, „was man kondt, damit man zur vergleichung keme.“[69] Dies beinhaltete auch, notfalls die anderen beiden geistlichen Kurfürsten gemeinsam mit den evangelischen Kurfürsten zu überstimmen. Denn Heusenstamm fürchtete, dass aus einem Scheitern des Reichstags „daraus abermals von neuem beschwerliche zerruttungen, empörungen und leczstlich auch der endtlich undergang gemeines wesens ervolgen kondte.“[70] Angesichts dieser existenziellen Bedrohung sei mehr darauf zu achten, wie man das Übrige in Sachen der Religion und dem Zustand der Kirche noch erhalten, als das Verlorene zurückerlangen könne.[71]

63 Vgl. Klueting (2007), S. 40 f.
64 Vgl. Kohler (2007), S. 21.
65 Zitiert nach Repgen (1962), S. 74.
66 Aulinger (2009), Nr. 351, S. 2934-2938.
67 Vgl. Decot (1980), S. 231-253; Gotthard (2004), S. 77 ff.; Klueting (2007), S. 42 f.; Jürgensmeier (2007), S. 184 f.
68 Zitiert nach Decot (1980), S. 196.
69 Zitiert nach Decot (1980), S. 234.
70 Aulinger (2009), S. 2935.
71 Aulinger (2009), S. 2936. Vgl. ebd., S. 72 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Auf der evangelischen Seite gab es ein ähnlich weites Spektrum, das von den kursächsischen Vertretern bis zu Pfalz-Neuburg reichte. Die weltlichen Kurfürsten hatten sich bereits im Januar 1555 auf den Frieden festgelegt.[72] Brandenburg und Sachsen hatten dafür eine gemeinsame Gesandtschaft nach Heidelberg geschickt. In deren Instruktion wurde moniert, „das die zuvorn aufgerichte fridtstende allein auf zeit angestellt" worden seien, es müsse nun ein „bestendiger und unbedingter fridtstandt in der religionssach"[73] gefunden werden.[74] Diese Einigung der Kurfürsten auf den Frieden floss in die Instruktionen der Reichstagsgesandten ein, die kursächsische hielt fest: „ob man nhun ein frieden [sc. Lediglich] uff ein anzal jahr oder biß fernerer reichsversamblung machen wollte, sollen unser rethe darein nicht willigen."[75] Es war daher Kursachsen, das bei den Verhandlungen immer wieder darauf pochte, die Diskussion von Einzelfragen zu vermeiden. Man sollte nicht zu weitläufig werden, sondern „in generalibus" bleiben, für eine bessere Aussicht auf Einigung.[76]

Herzog Christoph von Württemberg, dessen Kompromissbereitschaft viel zur erfolgreichen Arbeit im Fürstenrat beitrug, war einer der wenigen Protestanten, die auf dem Reichstag zu einem Religionsvergleich im Sinne der Augsburger Konfessionsverwandten kommen wollten, der durch ein Kolloquium der verständigsten Theologen beider Seiten erreicht werden sollte. Bei einem Religionsfrieden ohne vorherigen Religionsvergleich sah er nämlich als Hauptproblem, dass er als Reichsstand helfen müsse, Bischöfe, die die Reformation einführen wollten, zu vertreiben.[77]

Unter den Vertretern der ersten Fürstengeneration war es vor allem Ottheinrich von Pfalz-Neuburg, der unnachgiebig die Sache der Reformation vertrat. Er lehnte auch den Geistlichen Vorbehalt zunächst strikt ab, selbst wenn der ganze Religionsfrieden daran scheitern sollte.[78] Andere Vertreter der ersten Generation waren da zurückhaltender, was sich am

---

72 Vgl. Gotthard (2011), S. 490; Gotthard (2004), S. 80-87; Strohm (2007), S. 131 ff.
73 Aulinger (2009), S. 2826 ff.
74 Vgl. Gotthard (2011), S. 490.
75 Aulinger (2009), S. 617. Vgl. Gotthard (2011), S. 491; Wartenberg (2006), S. 66. Zur kursächsischen Religionspolitik bis 1555 siehe Wartenberg (2006), S. 58-63. Zur kursächsischen Position auf dem Reichstag 1555 siehe Wartenberg (2006), S. 63-69.
76 Vgl. Wartenberg (2006), S. 67.
77 Vgl. Ehmer (2006), S. 41 f.
78 Vgl. Gotthard (2004), S. 86; Kohnle (2006), S. 29 f.; Laufs (1971), S. 278. Zur Frankfurter Exekutionsordnung von 1554 schrieb er am 3. Februar 1555 an Her-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schreiben des kriegsmüden Philipp von Hessen an den brandenburgischen Rat Adam Trott vom 14. August 1555 ablesen lässt: „Vertragen uns mit jedermann, lieben den Frieden, forchten den krieg als der Inen geschmekt hat.“[79] Und auch seinen Gesandten gab er am 26. März mit auf den Weg, sie sollten sich dafür einsetzen, dass dieser Friede stetig und fest bleiben solle, ob es irgendwann zu einem Religionsvergleich komme oder nicht.[80]

4. Der Augsburger Religionsfrieden

Um was ging es beim Augsburger Religionsfrieden? Ganz grundsätzlich kann man sagen, dass es für beide Seiten darum ging, Sicherheit (wieder) herzustellen, um Zukunft – bei den Lutheranern auch die Apokalypse und deren Vorbereitung – gestalten zu können. Da die Wahrheitsfrage politisch nicht zu lösen war, musste man den Religionsstreit auf eine andere Ebene verschieben, auf der er politisch handhabbar wurde. Das war die Einbindung der Religionsfrage in das traditionelle Feld der Landfriedenswahrung. Schon Martin Heckel hat betont, dass es sich beim Religionsfrieden gerade nicht um einen Religionsfrieden, sondern einen politisch-säkularen Frieden handelte, der nur dadurch, dass er die Frage nach der religiösen Wahrheit in der Schwebe ließ, die friedliche Koexistenz der beiden Konfessionen im Reich ermöglichte. Durch das auf die Zukunft gerichtete und in die Zukunft verschobene Wiedervereinigungsgebot konnten die konfessionellen Parteien den Frieden akzeptieren.[81]

---

zog Christoph von Württemberg: „Und sovil wir uns noch auf dieselben bedacht, konten wir bei uns nit finden, das dermassen frid und recht im reich zu erhalten, beslieslichen fortzegeen, sonder, wie wir es noch verstienden, mer ratsam und nötig sein wurd, dieselb handlung gar umbzestossen, sollen anderst wir der A. religions verwandten im reich ain friden haben und unverjagt bleiben.“ Ernst (1902), Nr. 25, S. 58.

79 Zitiert nach Gotthard (2004), S. 81. Vgl. Wartenberg (2006), S. 64.

80 Aulinger (2009), Nr. 166, S. 1787 f.: „…und das solcher friede steet und vest pleibe, man vergleiche sich der form, in der religion zu handlen durch ein colloquium, durch ein national- oder gmein concilium oder in andere wege, oder nit, auch das durch solche handelunge des colloquii, nationalversamblung oder concilii der friede nit aufgehaben werden, sonder solche bestendigk pleiben soll.“

81 Vgl. Burkhardt (2013), S. 182; Heckel (2007), S. 14 f.; Heckel, (2007a), S. 14; Klueting (2007), S. 38; Schulze (2007), S. 336 f. u. 345 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Werfen wir nun einen Blick auf die Bestimmungen des Religionsfriedens,[82] der den Katholiken Schutz gegen die vordringenden Protestanten und eine Stabilisierung der politischen Ordnung im Reich zum Preis entscheidender Verluste und den Protestanten eine feste und dauernde Existenzsicherung brachte:[83] In § 1 erfahren wir, dass der Reichstag wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen, die „gantz gefährlich" im Reich entstanden seien, einberufen wurde.[84] Die Stände hätten den Religionsfrieden zuerst beraten wollen, doch habe man feststellen müssen, dass die Lösung der Religionsfrage in naher Zukunft nicht möglich sei und die „gemeine Sicherheit" durch Kriege und Unruhen gestört werde, wenn nicht zuvor „ein beständiger Fried, Execution und Handhabung" im Reich aufgerichtet sei. Damit war die Zurückstellung der Religionsfrage gerechtfertigt, die auf „andere gelegene Zeit" vertagt wurde. Stattdessen widmete sich der Reichstag der Frage, „wie gemeine Ruhe und Sicherheit in Teutscher Nation zu erlangen, zu erbauen und zu erhalten" seien. Die Erfahrung habe nämlich gezeigt, dass die bisherigen Regelungen des Landfriedens nicht ausreichend waren.[85]

In § 13 finden wir dann die Ausdehnung des Landfriedens auf den Religionsfrieden: In den vergangenen dreißig Jahren habe es zahlreiche Reichstage und Versammlungen gegeben, auf denen versucht worden sei, einen beständigen Frieden unter den Reichsständen in der strittigen Religionsfrage zu schließen. Dabei seien zwar mehrere Friedstände aufgerichtet worden, „welche aber zur Erhaltung des Friedens niemals gnugsam gewesen". Um die damit einhergehende „Unsicherheit aufzuheben" und die Stände und Untertanen wieder in „Ruhe und Vertrauen" gegeneinander zu versetzen, nicht zuletzt die „Teutsche Nation […] vor endlicher Zertrennung und Untergang zu verhüten", hätten sich die Reichsstände auf dem Reichstag zu einer Ausweitung des Landfriedens auf die Religionsfrage verglichen.[86]

Das allgemeine Friedensgebot in § 14 ist auf eine zeitlich unbegrenzte Gültigkeit ausgelegt: „daß hinfüro niemands."[87] Die §§ 15 und 16 beziehen ausdrücklich die Augsburger Konfessionsverwandten mit ein und ga-

82 Der Augsburger Religionsfriede ist abgedruckt bei Buschmann (1984), S. 215-283.
83 Vgl. Heckel (2007), S. 13 f.; Klueting (2007), S. 38 f.
84 Buschmann (1984), S. 218.
85 Buschmann (1984), S. 221 f.
86 Buschmann (1984), S. 222 f.
87 Buschmann (1984), S. 223.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rantieren den Schutz der Katholiken. Religionsstreitigkeiten durften fortan nur noch durch friedliche Mittel geführt werden. Wer auf Gewalt zurückgriff, machte sich des Landfriedensbruchs schuldig.[88] Auch der Geistliche Vorbehalt in § 18 ist eine klar auf eine mögliche Zukunft gerichtete Gesetzgebung.[89] In § 25 wird – im Sinne der beschriebenen Versicherheitlichung der Religionsfrage – betont, dass der Friede aufgerichtet wurde, um das Reich vor „vorstehendem Untergang zu verhüten."[90] Der Friede galt bis zum endgültigen Religionsvergleich, aber: Sollte es dazu in der Zukunft nicht kommen, so solle er als „ein beständiger, beharrlicher, unbedingter, für und für ewig währender Fried aufgericht und beschlossen seyn und bleiben."[91] Damit öffnet der Religionsfriede zwei Zeitebenen: einerseits die endgültige und ewige politische Lösung, andererseits die zeitlich unbestimmte Perspektive einer möglichen Wiedervereinigung zu einem ungewissen Zeitpunkt in der Zukunft.[92] Während der Westfälische Friede die Verhältnisse mit dem Normaljahr einfror, ist der Religionsfriede mit dem Verzicht auf ein Stichdatum zukunftsoffen gestaltet und orientiert sich am möglicherweise sich wandelnden Willen der Landesherren.[93] Interessanterweise übte die römische Kurie keinerlei Kritik am Augsburger Religionsfrieden, da dieser nur „ad tempus" gelte und man einer vorübergehenden Duldung der deutschen Ordnung zustimmen könne.[94]

Wir haben es beim ganzen Reichstagsgeschehen[95] also mit divergierenden und konkurrierenden Zeit- und Zukunftsvorstellungen zu tun. Für die Protestanten auf dem Reichstag war es wichtig, dass das Religionsfriedenssystem ein gewisses Maß an Dynamik und damit auch Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung enthielt. Die Katholiken dagegen waren in einer rein defensiven Haltung, bei der es nur noch darum ging zu bewahren und zu erhalten, was möglich war, deshalb auch die Überlegungen zur möglichen Einrichtung eines Normaljahrs. Hierher rührten dann auch von beiden Seiten die Konflikte um den Geistlichen Vorbehalt und die Freistellung der Untertanen. Das hing vor allem damit zusammen, dass zu diesem

88 Vgl. Buschmann (1984), S. 224 f.
89 Vgl. Buschmann (1984), S. 225 f.
90 Buschmann (1984), S. 228.
91 Buschmann (1984), S. 229.
92 Vgl. Schulze (2007), S. 337 f.
93 Vgl. Gotthard (2011), S. 509.
94 Vgl. Heckel (2007), S. 16 f.; Münch (2002), S. 39 ff.; Schulze (2007), S. 346.
95 Zu den Reichstagsverhandlungen siehe Aulinger (2009), S. 70 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zeitpunkt die reformatorische Bewegung sehr dynamisch war und expandierte und es zum Zeitpunkt des Reichstags unvorstellbar war, dass nur ein paar Jahre später der Katholizismus sich wiederbeleben und die Lutheraner in die Defensive geraten sollten. Kennzeichnend für die Verhandlungen auf dem Reichstag waren die Dissimulationstaktiken, bei denen bewusst schwammige und zweideutige Formulierungen gewählt wurden, um Kompromisse zu ermöglichen.[96]

Bereits der erste Entwurf des Kurfürstenrates vom 14. März 1555 ähnelt sehr dem späteren Religionsfrieden.[97] Diskussionen flammten dann aber im Kurfürstenrat auf, nachdem Trier gefordert hatte, dass der Religionsfriede auf diejenigen Stände zu beschränken sei, die 1530 die Confessio Augustana übergeben hatten. Die drei evangelischen Kurfürsten erklärten, dass der Friede auch für diejenigen gelten müsse, die seitdem hinzugekommen waren oder in Zukunft noch hinzukommen würden.[98] Einverstanden wären sie höchstens mit einem Normaljahr 1552 oder 1555.[99] Am 21. März legten die Mainzer Gesandten einen Kompromissentwurf vor, in dem 1547 als Normaljahr bestimmt wurde.[100] Dieses Normaljahr, das die Handlungsfähigkeit der Reichsstände in der Zukunft stark eingeschränkt hätte, wurde im Laufe der Verhandlungen zwischen Kurfürstenrat und Fürstenrat aus den Entwürfen wieder entfernt.[101]

Es war gelungen, die Religionsfrage auf eine andere Ebene, die Ebene der Landfriedenswahrung und damit jene der Sicherheit des Reichs zu verlagern. Diese erfolgreiche Versicherheitlichung der Religionsfrage damit abzutun, dass die Fürsten ihre Theologen zu Hause gelassen hatten und die Verhandlungen von nüchternen Juristen und erfahrenen Diplomaten ge-

96 Vgl. hierzu Gotthard (2011), S. 518; Gotthard (2004), S. 52 u. 271-277; Strohm (2007), S. 127.

97 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 158, S. 1737-1742.

98 Vgl. Aulinger (2009), S. 73.

99 Vgl. Aulinger (2009), S. 73.

100 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 161, S. 1758-1761, hier S. 1759 f.: „Dieweil aber etliche stende und derselbigen vorfaren etlich stift, clöster und andere gaistliche guetter eingezogen und dieselbigen zu kirchen, schulen, milten und andern sachen angewandt, so sollen auch solche guetter, welche denjhenigen, so dem Reich one mittel underworfen und reichsstende sein, nit zugehörig und der possession die gaistlichen zu außgang des 47. jars nit gehabt, in disem fridtstand mit begriffen und eingezogen seind, und dieselbige stende derendthalben weder in- oder ausserhalben rechtens zu erhaltung eines bestendigen fridens nit besprochen noch angefochten werden."

101 Vgl. Aulinger (2009), S. 73.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

führt wurden, greift zu kurz. Die Verhandlungen wurden in der Tat von Juristen und Diplomaten sowie den wenigen persönlich anwesenden Fürsten beherrscht. Doch sind vor allem die Protokolle des Fürstenrates ein beredtes Zeugnis dafür, dass die Juristen und Diplomaten immer wieder ihren religiösen Leidenschaften erlagen und ihre Kompromissbereitschaft sehr eingeschränkt war.[102] Während die Handlungsfähigkeit des Kurfürstenrates durch die Kompromissbereitschaft der Mainzer Gesandten, die tatsächlich mit den Evangelischen die Vertreter der Erzbischöfe von Köln und Trier überstimmten, gegeben war, wurden die Streitigkeiten vor allem im Fürstenrat ausgetragen, z.B. durch Konrad Braun, dessen Argumentation die katholische Kampfpublizistik ab den 1580ern vorwegnahm.[103] Brauns Bedenken richteten sich vor allem gegen die Unvereinbarkeit mit dem kanonischen Recht und die Verantwortung der Bischöfe gegenüber dem Papst.[104] Die protestantischen Vertreter argumentierten dagegen mehr biblisch und stärker in die Zukunft gerichtet.[105] Mit ihrem Gutachten über die Freistellung vom Juli 1555 vertraten Philipp Melanchthon und Johannes Bugenhagen keine Position, die nicht von vielen der anwesenden protestantischen Juristen und Diplomaten geteilt wurde: Die religiöse Einheit konnte nur durch die Ausbreitung der Wahrheit erreicht werden. Die evangelischen Reichsfürsten wollten doch nicht die Hoheit der Bischöfe zerstören, sondern sie in die bestehende Wahrheit aufnehmen, damit sie ihre Kirchen danach bestellten. Auch Luther habe die Bistümer nicht zerstören, sondern nur die Bischöfe zum wahren Glauben führen wollen.[106]

Im Fürstenrat waren es am Ende vor allem noch die fürstbischöflichen Vertreter, die sich gegen den politischen Frieden stellten. Auf sie wirkten am 7. Juni die rheinischen Erzbischöfe ein: „Soll man nun khain fridt machen und also in ungewisshait sein, so ist nichts gewissers, dan daß unsere aigne unerthanen von uns abfallen […] Darumb, sie, di gaistlichen churfursten, bei inen bedacht, besser sein, etwas zu erhalten, dann alles miteinander zu verlieren.“[107] Die Fürstbischöfe akzeptierten den politischen Frieden schließlich als das kleinere Übel.[108]

102 Vgl. Gotthard (2011), S. 496 f.; Gotthard (2004), S. 30 f.
103 Vgl. Gotthard (2011), S. 494 f.
104 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 167 u. 168.
105 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 192 u. 193, S. 1918-1936.
106 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 200, S. 1967 f.
107 Aulinger (2009), S. 1585.
108 Vgl. Gotthard (2011), S. 501.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Allgemein kann man zu den Verhandlungen auf dem Reichstag festhalten, dass am ursprünglichen Entwurf der Kurfürsten immer nur einzelne Wörter und Sätze geändert, hinzugefügt und entfernt wurden. Der Großteil des Textes stand von Anfang an. Im Hinblick auf Aussagen zu Zeit- und Zukunftsvorstellungen kam dabei nichts Neues mehr hinzu. Im Wesentlichen war man sich von Beginn an ständeübergreifend einig, nämlich dass es einen ewigen Frieden mit Einschluss der Religion geben musste.

5. Die Sicherheit des Religionsfriedens

Auf dem Reichstag setzten sich stärker von Friedenssehnsucht und politischem Pragmatismus geprägte Zeit- und Zukunftsvorstellungen gegenüber konkurrierenden, von endzeitlichem Denken bestimmten Entwürfen durch. Dass dies nicht dauerhaft möglich war, zeigen der Beitrag von Hannes Ziegler[109] sowie die Probleme und Streitigkeiten, die unmittelbar nach dem Reichstag ihren Ausgang nahmen.

In den Folgejahrzehnten zweifelten beide Seiten die Geltung des Religionsfriedens immer wieder an, obwohl er auf dem Reichstag 1566 bestätigt wurde.[110] Um Konrad Repgen zu zitieren: „Nur Wenige (außer den damals gerade entscheidenden Staatsmännern) sind mit diesem Provisorium vom 25. September 1555, dem politischen Ergebnis der Reformationsgeschichte, zufrieden gewesen. Kaum geschlossen, wurde es nach Geist und Inhalt angegriffen und umkämpft.“[111]

Noch ehe der Religionsfriede überhaupt verabschiedet war, meldeten sich die Theologen schon wieder zu Wort. Ihre Haltung und ihre endzeitlich bestimmten Zeit- und Zukunftsvorstellungen standen dem politischen Pragmatismus, auf den sich die Fürsten und Diplomaten auf dem Reichstag verständigt hatten, entgegen. Schon kurz nach dem Religionsfrieden sollten sie wieder die Oberhand gewinnen und den politischen Diskurs auf

109 Siehe den Beitrag von Hannes Ziegler im Band.

110 Zur Verschärfung des konfessionellen Streits in den Folgejahrzehnten durch die Konfessionalisierung, die juristischen Auseinandersetzungen um die Auslegung des Religionsfriedens und die gegenseitige Propaganda und Polemik bis 1618/48 siehe Gotthard (2004), S. 240-280 u. 316-385 u. 386-499 u. 587-613; Gotthard (2005), S. 71-83; Gotthard (2007), S. 43-57; Heckel (2007), S. 14; Schulze (2007a), S. 135-148; Schulze (2007), S. 346 f.; Strohm (2007), S. 127-156; Wartenberg (2007), S. 332-337; Willoweit (2005), S. 36-47.

111 Repgen (1962), S. 72.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

beiden Seiten bestimmen. Deutlich wird dies bereits in einem Bedenken sächsischer Theologen aus dem September 1555 über die Gefahr der Annahme des Religionsfriedens durch die evangelischen Stände.[112] Dabei hielten sie fest: „Und sehen uns die sachen gentzlich dafur an, als suche man mehr unsere gewissen zu bestricken und unserer waren religion zu schaden, den das uns der angebotene friden von hertzen solte gegeben und gehalten werden.“[113] Wie konnten es die evangelischen Stände hinnehmen, dass die Papisten ihre Religion die alte und katholische nannten und sie dadurch beschuldigten, Neuerung gesucht zu haben, und ihre Lehre nicht alt und katholisch sei? Und auch der Artikel vom Geistlichen Vorbehalt stieß auf ihre erbitterte Kritik. Sie forderten, dass die evangelischen Stände, sollten sie sich mit ihren Änderungswünschen nicht durchsetzen können, den Religionsfrieden entweder ablehnen oder nach dem Reichstag eine Protestation einreichen sollten. Die Verweigerung der Freistellung der Untertanen verhindere deren selige Erlösung von den Gräueln des Papstes und beraube sie des Evangeliums. Gleichzeitig falle dies heilsgeschichtlich auch als Fluch auf die Augsburger Konfessionsverwandten zurück, weil sie damit das Gute böse und das Böse gut hießen.

„Nu ist dannoch aus zweien ubeln das leipliche und leidliche dem geistlichen und unleidlichen nachzusetzen, und ist vil besser, die gewissen bleiben unverbunden, den das durch bewilligung oder stillschweigen solte etwas der waren religion und christenheit zu schaden bekreftigt und wir nunmehr wider unsern guten namen, da man uns die confessionsverwanten nennet, forthin „stumme hunde“ [Jes. 56,10] werden. Es wirt doch solcher unbedingter religionsfriden kein bestand haben, beyde, das die ewige feindschaft des weibs samens und der schlangen, so sich im paradiss erhoben, darwider strebet und geschriben stehet „ich hatte fride, aber wen ich rede, so fahen sie krig an“ [Ps. 120,7]. Und Christus sagt: „Non veni mittere pacem, sed gladium“ [Matth. 10,34, Ich bin nicht gekommen, um Frieden zu bringen, sondern das Schwert]. Die christenheit muss doch durchs creutz beweret werden und in gefahr des unfridens stehen, damit sie nicht mit den gottlosen sagen lernt: pax et securitas.“[114]

112 Vgl. Aulinger (2009), Nr. 225, S. 2111-2115.
113 Aulinger (2009), S. 2111.
114 Aulinger (2009), S. 2114 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literaturverzeichnis

Aulinger, Rosemarie u. a. (Bearb.) (2009), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V. Der Reichstag zu Augsburg 1555. Erster Teilband, München.

Backus, Irena (2000), Reformation readings of the Apocalypse, Geneva u. a.

Barnes, Robin Bruce (1988), Prophecy and Gnosis. Apocalypticism in the Wake of the Lutheran Reformation, Stanford.

Barnes, Robin Bruce (1999), Der herabstürzende Himmel. Kosmos und Apokalypse unter Luthers Erben um 1600, in: Manfred Jakubowski-Tiessen u. a. (Hg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 129-145.

Basse, Michael (2010), Kirchengeschichte als „Geschichte der Auslegung der Heiligen Schrift" – am Beispiel der Rezeption der Johannesoffenbarung im Spätmittelalter und in der Reformationszeit, in: Thomas Pola / Bert Roebben (Hg.), Die Bibel und ihre vielfältige Rezeption. Vorträge zu Ehren von Detlev Dormeyer, Berlin u. a., S. 87-102.

Burkhardt, Johannes (2013), Konfessionsbildung als europäisches Sicherheitsrisiko und die Lösung nach Art des Reiches, in: Christoph Kampmann / Ulrich Niggemann (Hg.), Sicherheit in der Frühen Neuzeit, Köln u. a., S. 181–190.

Buschmann, Arno (1984) (Hg.), Kaiser und Reich. Klassische Texte und Dokumente zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806, München.

Buzan, Barry u. a. (1998), Security. A New Framework for Analysis, London.

Cunningham, Andrew / Grell, Ole Peter (2000), The Four Horseman of the Apocalypse. Religion, War, Famine and Death in Reformation Europe, Cambridge.

Decot, Rolf (1980), Religionsfrieden und Kirchenreform. Der Mainzer Kurfürst und Erzbischof Sebastian von Heusenstamm 1545-1555, Wiesbaden.

Eltz, Erwein (2001), Der Speyrer Reichstag von 1544. Teil 4, Göttingen.

Ernst, Viktor (1901), Die Entstehung der Exekutionsordnung von 1555, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte N.F. 10, S. 1-110.

Ernst, Viktor (1902), Briefwechsel des Herzogs Christoph von Wirtemberg. Bd. 3. 1555, Stuttgart.

Goertz, Hans-Jürgen (2008), Apokalyptik in Thüringen. Thomas Müntzer – Bauernkrieg – Täufer, in: Günter Vogler (Hg.), Bauernkrieg zwischen Harz und Thüringer Wald, Stuttgart, S. 329-346.

Gotthard, Axel (2004), Der Augsburger Religionsfrieden, Münster.

Gotthard, Axel (2005), Der Religionsfrieden und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation 1555-1648, in: Carl A. Hoffmann u. a. (Hg.), Als Frieden möglich war. 450 Jahre Augsburger Religionsfrieden, Regensburg, S. 71-83.

Gotthard, Axel (2007), Der Religionsfrieden und das politische System des Reiches, in: Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September, Heidelberg, S. 43-57.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gotthard, Axel (2011), „Deus Noster Sit Deus Pacis“. Augsburg 1555: Der Reichstag des Religionsfriedens. Zum Abschluss der Edition „Deutsche Reichstagsakten. Jüngere Reihe“, in: Historisches Jahrbuch 131, S. 479-521.

Heckel, Martin (2007), Der Augsburger Religionsfriede. Sein Sinnwandel vom provisorischen Notstands-Instrument zum sakrosankten Reichsfundamentalgesetz religiöser Freiheit und Gleichheit, in: Joachim Gaertner / Erika Godel (Hg.), Religionsfreiheit und Frieden. Vom Augsburger Religionsfrieden zum europäischen Verfassungsvertrag, Frankfurt/M, S. 13-33.

Heckel, Martin (2007a): Vom Religionskonflikt zur Ausgleichsordnung. Der Sonderweg des deutschen Staatskirchenrechts vom Augsburger Religionsfrieden 1555 bis zur Gegenwart, München.

Hoffmann, Carl A. (2005), Der Augsburger Religionsfrieden. Inhalte und Aspekte seiner Wirkungsgeschichte 1555–1648, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 56, S. 220-240.

Hofmann, Hans-Ulrich (1982), Luther und die Johannes-Apokalypse. Dargestellt im Rahmen der Auslegungsgeschichte des letzten Buches der Bibel und im Zusammenhang der theologischen Entwicklung des Reformators, Tübingen.

Jürgensmeier, Friedhelm (2007), Der Augsburger Religionsfrieden 1555 und die geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Köln und Trier, in: Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September, Heidelberg, S. 179-191.

Kaufmann, Thomas (1999), 1600 – Deutungen der Jahrhundertwende im deutschen Luthertum, in: Manfred Jakubowski-Tiessen u. a. (Hg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 73-128.

Kaufmann, Thomas (2007), Apokalyptische Deutung und politisches Denken im lutherischen Protestantismus in der Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Arndt Brendecke u. a. (Hg.), Die Autorität der Zeit in der Frühen Neuzeit, Berlin, S. 411-453.

Kaufmann, Thomas (2013), Freedom and apocalyptic thinking in early modern Lutheranism, in: Quentin Skinner (Hg.), Freedom and the Construction of Europe. Vol. 1. Religious Freedom and Civil Liberty, Cambridge, S. 11-20.

Klaassen, Walter (1992), Living at the End of the Ages. Apocalyptic Expectation in the Radical Reformation, Lanham, New York u. London.

Klein, Michael (2004), Geschichtsdenken und Ständekritik in apokalyptischer Perspektive. Martin Luthers Meinungs- und Wissensbildung zur „Türkenfrage“ auf dem Hintergrund der osmanischen Expansion und im Kontext der reformatorischen Bewegung, Diss. (masch.) Hagen.

Klueting, Harm (2007), Der Augsburger Religionsfrieden und die katholische Reichskirche, in: Joachim Gaertner / Erika Godel (Hg.), Religionsfreiheit und Frieden. Vom Augsburger Religionsfrieden zum europäischen Verfassungsvertrag, Frankfurt/M, S. 35-48.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kohler, Alfred (2007), Ferdinand I. Vater des Religionsfriedens? in: Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September, Heidelberg, S. 17-23.

Kohnle, Armin (2006), Kurpfalz, Baden und der Augsburger Religionsfrieden, in: Gerhard Graf u. a. (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden. Seine Rezeption in den Territorien des Reiches, Leipzig, S. 25-36.

Kohnle, Armin (2007), Nürnberg – Passau – Augsburg: Der lange Weg zum Religionsfrieden. in: Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September, Heidelberg, S. 5-15.

Koller, Edith (2007), Die Suche nach der richtigen Zeit – Die Auseinandersetzung um die Autorisierung der Gregorianischen Kalenderreform im Alten Reich, in: Arndt Brendecke u. a. (Hg.), Die Autorität der Zeit in der Frühen Neuzeit, Berlin, S. 233-255.

Laubach, Ernst (2001), Ferdinand I. als Kaiser. Politik und Herrscherauffassung des Nachfolgers Karls V, Münster.

Laufs, Adolf (1971), Der Schwäbische Kreis. Studien über Einungswesen und Reichsverfassung im deutschen Südwesten zu Beginn der Neuzeit, Aalen.

Lehmann, Hartmann (1999), Weltende 1630: Daniel Schallers Vorhersage von 1595, in: Manfred Jakubowski-Tiessen u. a. (Hg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 147-161.

Leppin, Volker (1999), Antichrist und Jüngster Tag. Das Profil apokalyptischer Flugschriftenpublizistik im deutschen Luthertum 1548-1618, Heidelberg.

Leppin, Volker (2007), Apokalyptische Strömungen in der Reformationszeit, in: Bernd U. Schipper / Georg Plasger (Hg.), Apokalyptik und kein Ende? Göttingen, S. 75-91.

Mader, Eric-Oliver (2009), Prognostik, in: Enzyklopädie der Neuzeit 10, Sp. 445-448.

McLaughlin, R. Emmet (2004), Apocalypticism and Thomas Müntzer, in: Archiv für Reformationsgeschichte 95, S. 98-131.

Lünig, Johann Christian (1713), Des Teutschen Reichs-Archivs Partis Generalis Continuatio, Leipzig.

Luther, Martin (1912), D. Martin Luthers Werke. Tischreden 1, Weimar.

Luther, Martin (1914), D. Martin Luthers Werke. Schriften 40 II. Bd., Weimar.

Luther, Martin (1925), D. Martin Luthers Werke. Schriften 10 I. 2. Bd., Weimar.

Meusser, Anja (2004), Für Kaiser und Reich. Politische Kommunikation in der frühen Neuzeit. Johann Ulrich Zasius (1521-1570) als Rat und Gesandter der Kaiser Ferdinand I. und Maximilian II., Husum.

Moritz, Anja (2009), Interim und Apokalypse. Die religiösen Vereinheitlichungsversuche Karls V. im Spiegel der magdeburgischen Publizistik 1548-1551/52, Tübingen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Münch, Michael (2002), Die Reaktion der Kurie auf die Beschlüsse des Speyerer Reichstages von 1544 und den Augsburger Religionsfrieden, In: Jürgen Keddigkeit u. a. (Hg.), Vestigiis Historiae Palatinae. Festschrift für Karl Scherer zum 65. Geburtstag, Kaiserslautern, S. 33-42.

Neuhaus, Helmut (2003), Der Passauer Vertrag und die Entwicklung des Reichsreligionsrechts: Vom Nürnberger Anstand zum Augsburger Religionsfrieden, in: Winfried Becker (Hg.), Der Passauer Vertrag von 1552. Politische Entstehung, reichsrechtliche Bedeutung und konfessionsgeschichtliche Bewertung, Neustadt an der Aisch, S. 139-150.

Petersen, Rodney L. (2013), The Apocalyptic Luther – Exegesis and Self-Identification, in: Peter Opitz (Hg.), The Myth of the Reformation, Göttingen, S. 71-91.

Pohlig, Matthias (2008), Exegese und Historiographie. Lutherische Apokalypsekommentare als Kirchengeschichtsschreibung (1530-1618), in: Thomas Kaufmann u. a. (Hg.), Frühneuzeitliche Konfessionskulturen, Heidelberg, S. 289-317.

Repgen, Konrad (1962), Die römische Kurie und der Westfälische Friede. Idee und Wirklichkeit des Papsttums im 16. und 17. Jahrhundert. Bd. 1. Papst, Kaiser und Reich 1521-1644. Darstellung, Tübingen.

Rössner-Richarz, Maria Barbara (1991), Konrad Braun (ca. 1495-1563) – ein katholischer Jurist, Politiker, Kontroverstheologe und Kirchenreformer im konfessionellen Zeitalter, Münster.

Sandl, Marcus (2007), Martin Luther und die Zeit der reformatorischen Erkenntnisbildung, in: Arndt Brendecke u. a. (Hg.), Die Autorität der Zeit in der Frühen Neuzeit, Berlin, S. 377-409.

Sarx, Tobias (2008), Geschichtsdeutung und Apokalyptik bei Franciscus Junius (1545-1602), in: Blätter für pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde 75, S. 387-412.

Schilling, Johannes (1999), Der liebe jüngste Tag. Endzeiterwartung um 1500, in: Manfred Jakubowski-Tiessen u. a. (Hg.), Jahrhundertwenden. Endzeit- und Zukunftsvorstellungen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 15-26.

Schubert, Anselm (2013), Die Reformation als Werk Gottes in der lutherischen Historiographie des 16. und 17. Jahrhunderts, in: Mariano Delgado / Volker Leppin (Hg.), Gott in der Geschichte, Fribourg u. a., S. 255-269.

Schulze, Winfried (2007), Zeit und Konfession oder die Erfindung des „Temporisierens“, in: Arndt Brendecke u. a. (Hg.), Die Autorität der Zeit in der Frühen Neuzeit, Berlin, S. 333-351.

Schulze, Winfried (2007a), Konfessionsfundamentalismus in Europa um 1600. Zwischen discordia und composito. Zur Deutung des konfessionellen Konflikts im katholischen Lager, in: Heinz Schilling / Elisabeth Müller-Luckner (Hg.), Konfessioneller Fundamentalismus. Religion als politischer Faktor im europäischen Mächtesystem um 1600, München, S. 135-148.

Seebass, Gottfried (1991), Reich Gottes und Apokalyptik bei Thomas Müntzer, in: Lutherjahrbuch 58, S. 75-99.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Seifert, Arno (1990), Der Rückzug der biblischen Prophetie von der neueren Geschichte. Studien zur Geschichte der Reichstheologie des frühneuzeitlichen deutschen Protestantismus, Köln u. a.

Smolinsky, Heribert (2000), Deutungen der Zeit im Streit der Konfessionen. Kontroverstheologie, Apokalyptik und Astrologie im 16. Jahrhundert, Heidelberg.

Spinks, Jennifer (2015), Signs that Speak: Reporting the 1556 Comet across French and German Borders, in: Jennifer Spinks / Dagmar Eichberger (Hg.), Religion, the supernatural and visual culture in early modern Europe, Leiden u. a., S. 212-239.

Strohm, Christoph (2007), Konfessionsspezifische Zugänge zum Augsburger Religionsfrieden bei lutherischen, reformierten und katholischen Juristen, in: Heinz Schilling / Heribert Smolinsky (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden 1555. Wissenschaftliches Symposium aus Anlaß des 450. Jahrestages des Friedensschlusses, Augsburg 21. bis 25. September, Heidelberg, S. 127-156.

Tilly, Michael (2012), Apokalyptik, Tübingen.

Volz, Hans (1972), Hilten, Johann, in: Neue Deutsche Biographie 9, S. 164-165.

Wartenberg, Günther (2006), Der Augsburger Religionsfrieden, ein Ergebnis kursächsischer Politik? in: Gerhard Graf u. a. (Hg.), Der Augsburger Religionsfrieden. Seine Rezeption in den Territorien des Reiches, Leipzig, S. 57-72.

Wartenberg, Günther (2007), Gefährdung und „Scheitern" des Augsburger Religionsfriedens, in: Helmar Junghans (Hg.), Die sächsischen Kurfürsten während des Religionsfriedens von 1555 bis 1618. Symposium anläßlich des Abschlusses der Edition „Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen" vom 15. bis 18. September 2005 in Leipzig, Leipzig, S. 323-337.

Westphal, Siegrid (1997), Die Reformation als Apokalypse. Luther, Michael Stifel und der „Lochauer Weltuntergang" 1533, in: Enno Bünz u. a. (Hg.), Der Tag X in der Geschichte, Stuttgart, S. 102-125.

Westphal, Siegrid (2014), Leben im Angesicht der letzten Zeit. Der Apokalyptiker Michael Stifel (1487-1567), in: Jan Standke (Hg.), Gebundene Zeit, Heidelberg, S. 481-491.

Willoweit, Dietmar (2005), Religionsrecht im Heiligen Römischen Reich zwischen Mittelalter und Aufklärung, in: Carl A. Hoffmann u. a. (Hg.), Als Frieden möglich war. 450 Jahre Augsburger Religionsfrieden, Regensburg, S. 35-50.

Wolgast, Eike (2006), Religionsfrieden als politisches Problem der frühen Neuzeit, in: Historische Zeitschrift 282, S. 59-96.

Wriedt, Markus (2010), „Die Sicht des Anderen" – Luthers Verständnis des „Türken" als „Zuchtrute Gottes" und „Geißel der Endzeit", in: Lutherjahrbuch 77, S. 107-127.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Schlaf der Sicherheit. Die Endlichkeit des Religionsfriedens und die Zukunft des Reiches (1608-1618)

Hannes Ziegler

In den zehn Jahren vor dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges war es ein beliebter Zeitvertreib, den Untergang des Heiligen Römischen Reiches zu prophezeien. Die Autoren zahlreicher Flugschriften, die üblicherweise anonym blieben, fanden für diese Annahme eine Vielzahl von Gründen. Ein reformierter Autor schrieb beispielsweise 1617, dass der Grund für den nahenden Untergang des Reiches nicht allein in den böswilligen Praktiken der Papisten zu suchen sei, sondern bezeichnenderweise auch bei jenen, die sich im „Schlaff der Sicherheit" wiegten.[1] Damit adressierte er in aller Deutlichkeit jene seiner Glaubensgenossen, die nach wie vor, und entgegen aller Warnungen, auf die bindende Kraft des Augsburger Religionsfriedens vertrauten. Er adressierte, mit anderen Worten, die Lutheraner im Reich. Würden diese weiterhin tatenlos dem Treiben der Jesuiten zusehen und sich arglos in der Sicherheit des Religionsfriedens wähnen, dann werde alles evangelische Wesen im Reich in naher Zukunft vernichtet werden. Aufzuwachen und zu handeln sei das Gebot der Stunde.

Abstrahiert man für einen Augenblick vom konkreten Inhalt, dann erkennt man in dieser Warnung rasch eine spezielle argumentative Figur: Die Sicherheit einer bestehenden Ordnung wird in Zweifel gezogen. Dies geschieht aus der Warte einer als wahrscheinlich angenommenen Zukunft, die aus vergangenen oder gegenwärtigen Entwicklungen extrapoliert wird. Das folgerichtige Ergebnis dieser von der Zukunft bedrohten Sicherheit ist ein konkreter Handlungsimpuls, der sich meist auf ebenjene schädlichen Entwicklungen richtet. Es könnte sein, dass es sich hierbei um ein argumentatives Grundmuster handelt, das in zahlreichen historischen Situationen wiederbegegnet. Tatsache aber ist, und das möchte ich in diesem Bei-

1 Vgl. Anon. (1617), Herrn Christoffen von Ungersdorff Erinnerung/ von der Calvinischen Art und Feindseligkeit/ gegen dem Römischen Reich sampt angehengter nothwendiger Ableynung und Gegen-Erinnerung, s.l., Vorrede.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

trag zeigen, dass diese argumentative Grundstruktur die politischen Diskurse des Heiligen Römischen Reiches spätestens seit dem Regensburger Reichstag von 1608 bestimmte. Allerorten wurde die im Wesentlichen auf dem Augsburger Religionsfrieden beruhende Sicherheit des Reiches oder der eigenen politischen und konfessionellen Partei im Lichte einer als bedrohlich wahrgenommenen Zukunft in Frage gestellt. Das Ergebnis war eine Vielzahl alternativer Sicherheitsentwürfe, die sich je nach Partei teils erheblich voneinander unterschieden. Das bedeutet im Umkehrschluss: Die kommunikative Krise des Reiches vor 1618 bestand nicht allein darin, dass die Anlässe zum Gespräch wegfielen, wie etwa Axel Gotthard argumentiert hat.[2] Die immer stärker auseinanderdriftenden Vorstellungen über die wirkliche Sicherheit und die anzunehmende Zukunft des Reiches verunmöglichten das gegenseitige Verständnis auch auf einer inhaltlichen Ebene. Der hier gewählte Fokus auf Sicherheits- und Zukunftskommunikation erlaubt es folglich, Probleme politischer Kommunikation in den Blick zu nehmen. Die damit eingenommene Perspektive ermöglicht aber noch mehr. Meine Grundthese lautet, dass das Zukunftsdenken und das Sicherheitshandeln der Akteure vor dem Dreißigjährigen Krieg *nicht* zu einem erhöhten Maß an Sicherheit geführt hat. Das Gegenteil ist der Fall: Die Tatsache, dass beständig mit dem Krieg gerechnet wurde, hat den Krieg wahrscheinlicher gemacht. Die an vielen Stellen erkennbare semantische Ambivalenz des Sicherheitsbegriffes und die wechselnde diskursive Funktion von Sicherheitsargumenten sind mehr als nur ein Indiz für diese Entwicklung. Sie sind ihre eigentliche Ursache.

Ich werde dieses Argument im Folgenden in drei Schritten entwickeln. Zunächst werde ich die zeitgenössische Problematisierung des Augsburger Religionsfriedens als prekäre Sicherheitsordnung schildern, die spätestens seit den 1580er Jahren manifest wird. Zweitens diskutiere ich einige vor diesem Hintergrund vermehrt entstehende alternative Sicherheitsentwürfe und gehe dabei auf die ambivalente Semantik von Sicherheit ein. Zugleich rücke ich die hinter dieser Sicherheitskommunikation stehende Dynamik in den Blick, die sich als ein Sicherheitsdilemma beschreiben lässt. Abschließend argumentiere ich, dass die in den Jahren seit 1608 an vielen Orten und in vielen Texten stattfindende Berechnung der Zukunft entlang von Sicherheitskriterien den Konfessionskrieg denkbar gemacht und letztlich heraufbeschworen hat.

2 Vgl. Gotthard (2002).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1

Der Augsburger Religionsfrieden brachte, trotz aller unübersehbaren Mängel, ein erhebliches Maß an politischer Sicherheit für die Stände des Reiches. Der Reichsabschied des Jahres 1555 enthielt die mehrfach wiederholte Formulierung, dass dieser Frieden geschlossen worden sei, um „gemaine rhue und sicherhait in teutscher nation zu erlangen, zu erbauren [!] und zu erhalten."[3] Schon auf semantischer Ebene war der Religionsfrieden folglich eine Sicherheitsordnung und die Stände dürften dies, freilich in unterschiedlicher Intensität, auch tatsächlich so empfunden haben. Diese positive Wahrnehmung des Friedens wie auch die Semantik der Sicherheit überdauerten etliche Jahrzehnte.[4] Spätere Reichsabschiede erinnern sorgsam daran, dass „der religionsfriden […] darumb im Hailigen Reich ufgerichtet ist, das gemeine rhue und sicherhait inn teutscher nation erbawt und erhallten, auch das hochschedlich mißvertrawen im Reich uffgehebt und die stende inn ein guets vertrawen gegen ainander gesetzt werden."[5]

Trotzdem ist unverkennbar, dass der Religionsfrieden spätestens seit den 1580er Jahren zunehmend in Zweifel gezogen wurde.[6] Auf einer ersten Ebene betraf dies zunächst einmal die Frage seines Geltungsbereiches und seiner normativen Gestaltungskraft in konfessionellen Konflikten. Die Konflikte in Verbindung mit dem reformierten Bekenntnis, im Kölner Krieg oder im Vierklosterstreit sind in dieser Hinsicht aufschlussreich und gut erforscht.[7] Wichtig ist aber, dass der Frieden nicht nur hinsichtlich seines Geltungsbereiches, sondern zunehmend auch im Blick auf seine Geltungs*dauer* in Frage gestellt wurde. Tatsächlich war der Text des Reichsabschiedes in dieser Frage auslegungsoffen, weil er verschiedene Temporalstrukturen hinsichtlich seiner Geltungsdauer enthielt: So sollte der Frieden „ewig", aber zugleich nur bis zu „entlicher vergleichung der religion"

3 Vgl. Aulinger (2009), hier Teilband 4, S. 3107.
4 Den Befund einer positiven Wahrnehmung und Wirkung des Religionsfriedens hat vor allem Maximilian Lanzinner herausgearbeitet. Vgl. Lanzinner (1993). Die hier verfolgte Periodisierung in der Wahrnehmung des Religionsfriedens folgt zudem weitgehend den Etappen der Konfessionalisierung, wie sie Heinz Schilling beschrieben hat. Vgl. Schilling (1988).
5 Vgl. Lanzinner / Heil (2002), hier Band 2, S. 1202.
6 Eine grundlegende Rezeptionsgeschichte des Augsburger Religionsfriedens hat Axel Gotthard vorgelegt. Vgl. Gotthard (2004).
7 Vgl. zu den genannten Konfliktfällen Edel (1997); Schnurr (2009); Kratsch (1990).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gelten.[8] Diese Ambivalenz barg unterschiedliche politische Zukunftshorizonte: Die Katholiken sahen diese „Vergleichung“ häufig mit dem Ende des Trienter Konzil als gegeben an oder stellten die dauerhafte Geltung des Friedens gleich gänzlich in Frage. Berüchtigt sind die Worte des Wiener Hofrates Georg Eder, der offen erklärte, der Religionsfrieden sei allenfalls ein „Moratorium […] biß zu endtlicher Vergleichung“ und keine „gemaine Decision“.[9] Dagegen hielten namentlich die Lutheraner an der ewigen, also auch zukünftigen Geltung des Friedens beharrlich fest.[10] Je nach politischer Interpretation enthielt die Zukunft damit allerdings ein unterschiedliches Maß an Kontingenz. Das hatte für den jeweiligen Umgang mit Fragen der Sicherheit erhebliche Konsequenzen.

Zunächst muss man allerdings festhalten, dass derlei Überlegungen zur Gültigkeit des Religionsfriedens vor der Jahrhundertwende zwar Gegenstand endloser Zänkereien in der Kontroverspublizistik waren, in diesen Jahren aber nur sehr selten oder doch nicht in aller Offenheit in den fürstlichen Ratsstuben diskutiert wurden. Das änderte sich um 1600. Ein bayerisches Gutachten meinte bereits 1594, dass der Religionsfrieden eine „erclerung und verbesserung woll von notten hette“, damit alle „nachdencklı-

8 Aufschlussreich und in der Tat ambivalent ist hier insbesondere der 25. Artikel des Reichsabschiedes: „Wo dann solche vergleichung durch die weeg deß generalconciliums, nationalversamblung, colloquien oder reichßversamblungen nit ervolgen wurde, soll alßdann nichtsdestoweniger diser fridstandt in allen oberzelten puncten und articuln bei creften biß zu entlicher vergleichung der religion und glaubenßsachen besteen und bleiben, und soll also hiemit obberuerter gestalt und sonst in all andere weeg ain bestendiger, beharrlicher, unbedingter, für und für ewig werender frid aufgericht und beschlossen sein und bleiben.“ Vgl. Aulinger (2009), hier Teilband 4, S. 3112.

9 Georg Eder (1579), Das guldene Flüß Christlicher Gemain und Gesellschaft/ das ist/ ain allgemaine richtige Form der ersten/ uralten/ Prophetischen und Apostolischen Kirchen gleich als ain kurtze Historia [...], Ingolstadt, S. 398.

10 Dies kommt insbesondere in den Positionen Kursachsens, namentlich Kurfürst Augusts von Sachsen, immer wieder zum Ausdruck, und zwar ausdrücklich gegen die Stimmen jener, die an einer Geltung der Bestimmungen des Religionsfriedens zu zweifeln begannen. Vgl. exemplarisch die Schreiben Augusts an Kurfürst Johann Georg von Brandenburg vom Juni 1585, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden SächsHStA Dresden), Locat (im Folgenden Loc.) 7280/9, Fol. 21 ff. Die Geltung des Religionsfriedens gehört zu den zentralen Axiomen der kursächsischen Reichspolitik, vgl. hierzu ausführlich Ziegler (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

che unsicherheit“ künftig ausbleibe.[11] Und ein lutherisches Gutachten des Jahres 1603 räsonierte, ob die Schuld an all der „nachdenckliche[n] unsicherheit“ am Ende gar nicht den Papisten zuzumessen sei, sondern „es möchten einem nit unzeitig diese gedancken zufallen, es were villeicht die Schuld nicht den Papisten, sondern dem friden selbsten zuzumeßen“.[12]

Das auffälligste Scheitern der normativen Ordnung des Religionsfriedens offenbart aber ohne jeden Zweifel der Regensburger Reichstag des Jahres 1608. Unter den Vorzeichen der rechtswidrigen Exekution der Reichsacht gegen Donauwörth durch den bayerischen Herzog war die Stimmung auf dem Reichstag zum Zerreißen gespannt.[13] Die kursächsischen Räte schlugen daher auf Befehl Kurfürst Christians II. zur gegenseitigen Versicherung eine bekräftigende Wiederholung des Augsburger Religionsfriedens vor. Ausführlich erläuterten sie den anderen Gesandten die Gründe für dieses Vorhaben:

> „Wann solches ervolget, halten wier darfür, das mann wegen der Catholischen Stende des Religionfriedens gnugsam assecuriret und versichert, auch dardurch das zwischen den Evangelischen undt Catholischen Stenden erregte mißtrauen aufgehoben, dieselbe inn beßer verstendnus gebracht, Insonderheit den Jesuiten […] ihr ohne das nichtiges […] wieder den claren buchstaben des Religionfriedens laufendes vorgeben, als were derselbe nur ein Interim & tollerantz usque ad Tritendinum concilium durch diese wiederholung genommen werde.“[14]

Dieser Vorstoß war demnach dazu gedacht, alle Unsicherheiten bezüglich der Zukunft des Reiches auszuräumen und die politische Ordnung des Religionsfriedens auch für die Zukunft festzuschreiben, somit die politisch

---

11 Vgl. Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (im Folgenden BayHStA München), Kasten blau 116/1d, Fol. 89-99, Gutachten des Licenciaten Johann Knauff von Rüdesheim für den bevorstehenden Reichstag, datiert 1. Febr. 1594, hier Fol. 92 f.: „Darumb berurter religion friden einer Eyfferigen Christlichen erclerung und verbesserung woll von notten hette, darmit im heyligen Reich gutt vertrawen und einigkhait, welches gut vertrawen das end und scopus des religion fridens und fundament alles wolstandts ist, bestendiglich gepflanzt und erhalten und also alle nachdenckliche unsicherheit gentzlich auffgehoben werden mocht.“

12 Vgl. BayHStA München, Kasten blau 276/6, Fol. 44-132, Deliberation des Caspar Heuchlin über den Zustand des Reiches und die Religionsbeschwerden, hier Fol. 59.

13 Vgl. zum Reichstag und zur Situation des Reiches in den Jahren 1608 und 1609 Schulze (2009).

14 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 10209/4, Fol. 157-178, Kursächsische Resolution an die Reichstagsgesandten, 25. Januar 1608, hier Fol. 160 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

problematische Kontingenz durch die Festlegung einer ganz bestimmten, vor allen Dingen *gemeinsamen* Zukunft zu tilgen. Es ist bezeichnend für die Situation des Reiches, dass dieses gut gemeinte Anliegen scheiterte.[15] Es gibt vielleicht keinen besseren Beleg für das Scheitern der Augsburger Ordnung als die Unfähigkeit der Stände, sich auf eine so schlichte Maßnahme wie die Bestätigung eines längst schon beschlossenen und seit Jahrzehnten geltenden Vertragstextes zu verständigen.

2

Zeitgleich mit dem offenkundigen Scheitern der Augsburger Friedensordnung entstanden alternative Sicherheitsentwürfe. Charakteristisch ist, dass diese Entwürfe je nach Autor und konfessioneller Partei ganz unterschiedliche Reichweiten und Ziele hatten. Denn sie waren abgeleitet aus unterschiedlichen politischen Erwartungen bzw. Befürchtungen, was die Zukunft bringen würde. Im Ergebnis entstand eine Situation, die Lazarus von Schwendi schon 1569 prophezeit hatte, in der nämlich jeder „sein sachen fur sich selbst rat und sicherheit schaffen will."[16]

Für die Protestanten bedeutete die Versicherung der eigenen konfessionellen Gruppe gegen die befürchteten Übergriffe seitens der Katholiken vor allem die Gründung der Union nach dem Ende des Regensburger Reichstages 1608. Dass hierin eine Vorstellung von Sicherheit waltete, kam in den Rechtfertigungen der Unierten deutlich zum Ausdruck. Man habe sich angesichts der bösen Vorgänge im Reich mit dem Ziel „nothwendiger und erlaubter defension" in eine „bereitschafft" versetzt.[17] Freilich war dies eine recht klar begrenzte Sicherheitsvorstellung, die sich nur auf die eigene konfessionspolitische Gruppe bezog. Sie speiste sich aus der Annahme, dass protestantische Interessen und Anliegen auf künftigen Reichsversammlungen kein Gehör und keinerlei Zustimmung mehr finden würden, und aus der Angst, dass die katholische Seite einen Umsturz der religionspolitischen Verhältnisse plante. Zugleich waren die Unierten aber nicht taub für eine stärker universale Auslegung von Sicherheit, in diesem Fall eine Neugestaltung des Reichsganzen. Mit ihrem Pro-

15 Vgl. Ziegler (2017), Kap. 6.3.
16 Vgl. Goetz (1898), S. 515.
17 Aus der Präambel der Unionsakte von Auhausen vom Mai 1608, vgl. Ernst (2010), hier S. 351.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

jekt einer sogenannten „Composition“ planten die Unierten beispielsweise, die religionspolitischen Verhältnisse auf neue rechtliche Füße zu stellen, also einen neuen Religionsfrieden auszuhandeln, der in Zukunft das konfessionelle Miteinander regeln würde.[18] Auch dieses Projekt zielte allerdings selbstverständlich in erster Linie darauf, das religiöse Bekenntnis der Reformierten und die territorialen Besitzstände im Reich zu sichern.

Die Gegenseite ließ dies unterdessen nicht unbeantwortet. Schon 1609 fanden sich unter dem Direktorium des Kurfürsten Johann Schweikhard von Mainz und des Herzogs Maximilian I. von Bayern zahlreiche katholische Stände in einer eigenen Union oder Liga zusammen.[19] Interessanterweise wurde hierfür dasselbe Rechtfertigungsmuster vorgetragen. Die Gründungsakte der Liga hob in aller Deutlichkeit hervor, dass sie „zu rechtmessiger erlaubter defension und versicherung unser selbst“ diene.[20] In diesen Bestrebungen um eine begrenzte, vor allen Dingen auf die eigene konfessionelle Gruppe bezogene Sicherheit gab den Unierten wie auch den Ligisten die Reichspublizistik dieser Jahre Recht. Nach 1608 kursierten zahlreiche gedruckte und handgeschriebene Diskurse, die sich mit der Zweck- und Rechtmäßigkeit konfessioneller Bündnisse befassten. Mal zur einen, mal zur anderen Seite neigend, wurde darin allenthalben die Ansicht vertreten, dass bei der gegenwärtigen und künftigen bedrohlichen Situation ein konfessionelles Bündnis noch die meiste „sicherheitt“ biete.[21]

---

18 Vgl. Gotthard (1992), S. 84 ff. und 124-195; daneben auch Ziegler (2017), Kap. 7.

19 Vgl. Neuer-Landfried (1968).

20 Vgl. Artikel 18 der Gründungsakte der Liga: „Wür, die unierte fürsten und stende, wöllen hiermit auch per expressum protestirt und vermeldet haben, daß dise gegenwürdige union ainig und allein zu erhaltung deß hailsamen, hochbeteuerten religion- und prophanfridens und zu rechtmessiger erlaubter defension und versicherung unser selbst und unser angehörigen fürstenthomb, land und leuthen angesehen [...].“ Vgl. Ernst (2010), S. 370.

21 Vgl. hier exemplarisch: SächsHStA Dresden, Loc. 7272/25, Fol. 253-265, Handschriftliches Bedenken über die Bündnisse im Reich aus der Feder des Ulmer Rates Hieronymus Schleicher, hier Fol. 255. Vgl. daneben auch ebd., Fol. 86-92, „Bedencken, ob den Städten rathsamb und thunlich, sich mit den höhern Stenden in ein Union einzulaßen, Anno 1608“, Fol. 269-328, „D. Veit Breidtschwerdts zu Augspurgk Bedencken vor die Ritterschafft in Schwaben, ob Sie zu den Unirten Chur: Fürsten und Stenden tretten solle“. Die letztgenannte Schrift wurde 1618 gedruckt, vgl. Anon. [=Veit Breidtschwerdt] (1618), Außführliche Consultation und Rechtsbedencken uber die Fragen: Ob bey gegenwertigen leuften der Löblichen Freyen Reichs Ritterschafft Schwaben/ rahtsam/ mit ein oder anderen theyl der höhern Potentaten/ Chur: Fürsten und anderen Ständen/ etc. in Verbündnuß einzutretten [...], s.l. 1618. Ein ähnlicher Diskurs bei Anon. [=Vincenz Müller] (1616),

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Es wäre allerdings verkürzt, diese Sicherheitsentwürfe jeweils isoliert zu betrachten. Die Union, die Liga und alle anderen Vorschläge für eine begrenzte Sicherheit sind nur in ihrem Zusammenspiel angemessen zu verstehen. Sie waren Teil einer Sicherheitsdynamik, und diese Dynamik war den Akteuren durchaus bewusst. Sie ergab sich aus der Tatsache, dass das Handeln des jeweils anderen auch die eigene Perspektive auf die Zukunft veränderte und daher wiederum zur Begründung eigenen Handelns dienen konnte. Die Versicherung der Gegenseite veränderte den eigenen Zukunftshorizont und konnte, politisch gewendet, als Argument für die eigene Versicherung genutzt werden. Alle partikularen konfessionellen Sicherheitsmodelle waren daher ausdrücklich responsiv angelegt und die beteiligten Akteure thematisierten offen die Dynamik, der sie unterlagen. Er könne es den Katholiken nicht verdenken, schrieb beispielsweise Kurfürst Christian II. an die Kurfürsten von Mainz und Köln, wenn sie sich angesichts der Unionsgründung der Reformierten „rebus sic stantibus" in eine „gegenverfassung" begäben.[22] Die Gründung der Liga wurde folglich als eine auf künftige Sicherheit zielende *Reaktion* markiert. Das Gleiche galt im Übrigen für die Union. Obwohl man also allenthalben nur reagierte, wussten alle Akteure sehr genau, dass die eigene begrenzte Versicherung die Gegenseite aller Wahrscheinlichkeit nach dazu herausfordern würde, sich ihrerseits zu versichern.[23] Nicht zufällig lautete eines der meistzitierten Bonmots dieser Jahre, „das ein schwertt das andere in der scheiden be-

Wolmeinender/ warhaffter Discurs, warumb/ unnd wie die Römisch Catholischen in Deutschland sich billich von Spaniern und Jesuiten/ absondern/ und ihrer selbsten/ bey diesen jetzigen hochgefährlichen Zeiten/ wol warnemen sollen und können […], s.l.

22 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 7272/25, Fol. 232, Christian II. an die Kurfürsten von Mainz und Köln am 4. September 1610.

23 So machte man sich insbesondere in Dresden – aus der Position der Neutralität – immer wieder Gedanken darüber, dass der eigene Beitritt zu einem konfessionellen Lager dazu führen könnte, andere, bislang neutral gebliebene Stände dazu zu bewegen, sich ihrerseits für eines der Lager zu entscheiden. Vgl. beispielsweise ein Memorial vom Herbst 1610, in dem es u. a. heißt: „Wie andere bißhero sich erzeute Neutral Stände gleichsfalls darzu zu vermögen, oder auf wenigste bey der neutralitet zu erhalten, und nicht durch des Haußes Sachssen eintretung in die Catholische Liga, sich zu den anderen unirten zu begeben verursacht werden möchten". Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 8807/1, Fol. 490 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

haltten“ werde.[24] Diese anschauliche, beinahe praxeologische Metapher brachte die Sicherheitsdynamik der Zeit auf den Punkt.

Jenseits der beiden Extrempositionen, die in Union und Liga ihren Ausdruck fanden, gab es nach wie vor vermittelnde Positionen. Neben einzelnen Akteuren am Kaiserhof waren dies vor allem der Erzkanzler Schweikhard von Mainz und die lutherische Partei um Kursachsen.[25] Auch in diesen Kreisen wurden alternative Sicherheitsentwürfe diskutiert. Neben einem beharrlichen Festhalten am Religionsfrieden diskutierte man hier allerdings in erster Linie dem Herkommen entsprechende Formen wechselseitiger Versicherung. Dazu gehörte etwa der Kurfürstenverein oder die dynastische Vernetzung der Reichsstände im Rahmen von Erbeinungen und Erbverbrüderungen. Und zu dieser Position gehörte auch – namentlich bei Kursachsen – eine Absage an die beiden Unionen im Reich und eine Auffassung von Sicherheit, die sich auf das Reichsganze bezog. In einem Schreiben an die unierten Stände formulierten die Räte Kurfürst Christians II. im März 1610:

> „Vor uns bedenken wir, das wir der key. Mt. vermöge der Kay. Capitulation, dem Churf. Collegio in der geschwornen Vorein, gesambten Stenden beeder Religion inhalts des Religion und prophan Fridens, unsern […] benachtbarten aber mit sonderbarer Erbeinigung und Verträge, allenthalben reciproce verpflicht und verwant sein, dieselbe sind wir zuförderst gegen der key. Mt. als u. hochst. Obrigkeit, gegen E. Ld. auch und die gesambten Stende des heiligen Reichs beeder Religion underth., treulich und gnedig zu observiren gemeinet, und uns an solchen Vinculis Imperii & familie dismahl begnugen zulaßen. Der gewißen zuvorsicht, Gott der Almechtige werde das heilige Reich […] gnedigst und väterlichen erhalten.“[26]

Sorgsam machte Kurfürst Christian II. auf die traditionellen Bindungen innerhalb des Reiches aufmerksam und brachte damit zum Ausdruck, dass er diese Formen wechselseitiger Versicherung für durchaus ausreichend hielt, um das Reich zu stabilisieren. Diese, wenn man so will, konservative politische Haltung wurde zugleich theologisch rückgebunden, indem das Gottvertrauen als wichtiger Pfeiler einer solchen Sicherheitsvorstellung markiert wurde. Besonders deutlich kommt dies im zuletzt zitierten Satz

---

24 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 8804/3, Protokoll einer Audienz Markgraf Georg Friedrichs von Baden in Dresden, April 1610, Fol. 208-225, hier Fol. 213.

25 Vgl. zu Kursachsen die Analyse von Gotthard (1993). Zur Haltung von Kurmainz ausführlich Litzenburger (1985).

26 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 7272/25, Fol. 153-166, 8. März 1610 (Konzept), hier Fol. 165 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zum Ausdruck. Denn darin wird zugleich eine bewusste Absage an die politische Gestaltbarkeit der Zukunft erkennbar. Mit dem Hinweis auf das christliche Gottvertrauen wurde dem auf Sicherheit zielenden Argument der Gegenseite eine klare Absage erteilt. Indem die Zukunft in eindeutiger Weise in die Verfügung Gottes gelegt wurde, konnte das Sicherheitsargument seines zentralen argumentativen Hebels beraubt werden. Die Kontingenz blieb zwar bestehen, aber sie wurde dem direkten, d.h. unmittelbaren und planenden menschlichen Einfluss entzogen.

Diese besonders für das lutherische Kursachsen typische reichstreue und beharrende Position profitierte davon, dass Zukunftsvorstellungen im betrachteten Zeitraum durchaus ambivalent waren, zumal wenn sie die *menschliche* Gestaltung von Zukunft betrafen. So wurde zwar verschiedentlich betont, dass Zukunft in einer heilsgeschichtlichen Perspektive menschlicher Verfügung im Wesentlichen entzogen war.[27] Das schloss aber nicht aus, dass Akteure im betrachteten Zeitraum planend mit der Zukunft und in die Zukunft handeln konnten, wie Damien Tricoire kürzlich hervorgehoben hat.[28] Diese ideengeschichtliche Spannung sorgte nicht zuletzt dafür, dass Zukunftshandeln jederzeit möglich war, bei Bedarf aber auch gezielt diskreditiert werden konnte, wie das Beispiel Kursachsen zeigt. Damit unterlag die Kategorie Zukunft einer erkennbaren Ambivalenz. Ähnliches galt für die Idee der Sicherheit, denn allein der Begriff war bereits maximal ambivalent. Die bisherigen Ausführungen haben vor allem auf einen positiv konnotierten Sicherheitsbegriff verwiesen. Das erklärte Ziel des Religionsfriedens, für Sicherheit zu sorgen, sowie die Absicht der Stände, sich zu ihrer „Defension" in einer Union zusammenzuschließen, bringen diesen positiven Sicherheitsbegriff am deutlichsten auf den Punkt. In anderen Fällen trug Sicherheit jedoch eine eindeutig negative Konnotation oder ließ sich mit theologischen Argumenten diskreditie-

27 Vgl. zu im Wesentlichen noch menschlicher Verfügung entzogenen Zukunftsvorstellungen im betrachteten Zeitraum Hölscher (1999).

28 Damien Tricoire hat darauf hingewiesen, dass die Verortung der Zukunft in der Verfügungsgewalt Gottes noch keineswegs ausschließt, dass Akteure planend in die Zukunft handeln. Ihre Motivlage ist als „religiös-politisches Kalkül" zu werten, das bewusst mit Gott rechnet. Vgl. Tricoire (2013), S. 10 ff. Diese Haltung ließe sich unter Umständen auch für einzelne Akteure im hier betrachteten Zusammenhang nachweisen. An dieser Stelle kommt es darauf an, dass im zitierten Beispiel Kursachsen den Verweis auf Gott im Rahmen der politischen Debatte dazu verwendete, das gestaltende Eingreifen anderer Stände abzuwehren und zu diskreditieren.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ren. Die dabei zu Tage tretenden unterschiedlichen Bedeutungen von Sicherheit dienten in auffälliger Weise ganz unterschiedlichen politischen Argumentationslinien.

Der eingangs meines Beitrages zitierte „Schlaff der Sicherheit" beispielsweise trug eine eindeutig negative Konnotation. Gemeint war hier kein umsichtiger Schutz vor einer Bedrohung, sondern eine überhebliche und träge Selbstsicherheit und Fahrlässigkeit, die häufig im lateinischen Begriff der „Securitas" gefasst wurde.[29] Diese Art von Sicherheit war keineswegs erstrebenswert, sondern politisch unerwünscht und sogar gefährlich. Typischerweise wurde dieses Argument gegen jene gerichtet, die sich *nicht* um zusätzliche Sicherheit bemühten, sondern – je nach Interpretation – in vertrauender oder schlicht sorgloser Weise auf die bestehende Ordnung bauten. Immer wieder traf dieser Vorwurf folglich die Kurfürsten von Sachsen und die ihnen zugetanen Reichsstände, die sich der Lagerbildung nach 1608 für längere Zeit weitgehend entzogen.

Andersherum war das auf Sicherheit zielende Zukunftshandeln anderer Reichsstände aus dieser vertrauenden Haltung heraus ebenfalls angreifbar, und dem lag interessanterweise ebenfalls ein negativ konnotierter Sicherheitsbegriff zugrunde. Denn insbesondere theologische Argumentationen vermochten das planende Sicherheitshandeln politischer Akteure leicht anzufechten. Charakteristisch ist etwa die Weise, wie dies 1585 der lutherische Prediger Lukas Osiander mit den folgenden Worten tat: „Es ist fleischliche Sicherheit nie gut gewesen. […] Auff Gott den Herrn sollen wir vestiglich vertrawen/ und uns auff seinen vätterlichen Schutz und Schirm verlassen."[30] Statt sich auf fleischliche, d.h. irdische Mittel der Versicherung zu verlassen, sollte das Gottvertrauen ins Zentrum des Handelns gestellt werden. In ganz ähnlicher Weise hatte Martin Luther einst dem Kurfürsten von Sachsen von einem protestantischen Bündnis abgera-

29 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 7271/13, Fol. 16-24. Aus einer Instruktion Wilhelms von Hessen für eine Gesandtschaft zu Christoph von Württemberg, Oktober 1568 (Kopie). In der Instruktion malte Wilhelm die ausländischen Praktiken in dunkelsten Farben und warnte davor, dass die Evangelischen im Reich sich in allzu großer „Securitet farlessigk und sicherheit" wiegten. Vgl. ebd., Fol. 16.

30 Vgl. Lucas Osiander (1585), Warnung vor der Jesuiter blutdurstigen Anschlägen unnd bösen Practicken. Durch welche sie die Christliche/ reine/ evangelische Lehr/ sampt allen denen/ so sich zu derselben offentlich bekennen/ außzutilgen/ unnd des Römischen Antichrists tyrannisch Joch der Christenheit widerumb auffzutringen understehn, Tübingen, S. 33. Vgl. zu Osiander seit Kurzem die Studie von Angel (2014).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ten, weil es nicht „aus trauen zu Gott, sondern aus menschlicher witze und menschlicher hülfe alleine“ gesucht würde.[31] Luther wie auch Osiander wussten sich hierin mit der Heiligen Schrift einig, denn zweifellos spielten beide mit diesen Formulierungen auf den biblischen Psalm 118 an: „Es ist gut, auf den Herrn vertrauen und nicht sich verlassen auf Menschen.“[32]

Entlang dieser begrifflichen und ideengeschichtlichen Ambivalenzen von Sicherheit und Zukunft wird erkennbar, dass die Sicherheitsentwürfe der einzelnen Akteure im Heiligen Römischen Reich nicht nur inhaltlich überzeugen mussten. Sie waren auch mit dem Problem konfrontiert, dass die Herstellung von Sicherheit und die Gestaltung von Zukunft zumindest in manchen Kreisen keine explizit dem Menschen zufallenden Aufgaben waren. Zugleich ist offenkundig, dass das vertrauende Ausharren beispielsweise der Lutheraner zwar nach wie vor theologisch gerechtfertigt werden konnte, aber zugleich mit politischen Argumenten kritisiert werden konnte und auch kritisiert wurde. Mit anderen Worten kann man in diesen Diskursen die langsame Durchsetzung eines dezidiert politischen, und zwar eines bewusst mit der Zukunft rechnenden Umgangs mit Sicherheit erkennen. Dies hatte allerdings nicht nur positive Konsequenzen.

3

Für die politische Lage im Heiligen Römischen Reich nach 1608 bedeutete die beschriebene Entwicklung zum einen, dass das zukünftige Verhalten von Akteuren zunehmend unter Sicherheitsaspekten betrachtet wurde – und zwar unabhängig davon, ob die Akteure dies wollten oder nicht. Das zukünftige Verhalten anderer wurde Gegenstand einer kalkulierbaren Rechnung. Hinzu kommt ein zweiter, potenziell problematischerer Effekt: Unter dem Eindruck des Verlustes einer zentralen, Sicherheit stiftenden Ordnung führte die Beschäftigung mit alternativen Sicherheitsmodellen angesichts einer gefährlich erscheinenden Zukunft dazu, dass beständig die Rechnung mit dem *worst case*, d.h. mit einer bewaffneten Auseinandersetzung gemacht werden musste. Zunehmend wurde daher die eigene Sicherheit unter den Vorzeichen eines drohenden Krieges betrachtet. Sobald diese Perspektive verallgemeinert und zu Ende gedacht wurde, ge-

31 Der Ratschlag Luthers stammt aus dem Jahr 1529. Vgl. Steglich (1970), S. 77.
32 Zitiert nach Strunk (2003), hier S. 71.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wann sie den Charakter einer *self-fulfilling prophecy*: Weil alle mit dem Krieg rechneten bzw. rechnen mussten, brachten sich alle für den Krieg in Stellung und machten ihn damit wahrscheinlicher. Sie nahmen den Krieg in ihrer Planung vorweg. Dieser Vorgang verweist auf die problematischen Effekte einer Versicherheitlichung.[33] Ich will diese Behauptungen mit zwei Beispielen verdeutlichen.

Auf dem Regensburger Reichstag 1613 kursierte ein geheimes, handgeschriebenes Gutachten.[34] Das von katholischer Seite verfasste Memorial verhandelte einige für die Katholiken im Reich brisante Fragen. Eine der Fragen lautete, ob man sich künftig auf den Beistand der bislang neutral gebliebenen sächsischen Stände verlassen könne oder ob man damit zu rechnen habe, dass sie im Falle eines Streites oder einer Konfrontation eher den Calvinisten beistehen würden. In nüchterner Sachlichkeit listete das Gutachten vielerlei Gründe „pro parte negativa" und „pro parte affirmativa" auf. Die künftige Sicherheit der Katholiken wurde also gegen das wahrscheinliche Verhalten eines bislang neutralen Akteurs abgewogen. Es ist bezeichnend, dass das Gutachten die sächsische Position zwar durchaus wohlwollend erörterte, letztlich aber zu dem Schluss kam, es sei der „sicherste[…] weg", alle künftige Rechnung ohne die Sachsen zu machen.[35]

Erst an anderer Stelle im Gutachten wurde dagegen zweitens deutlich, was mit dieser vage als bedrohlich eingestuften Zukunft gemeint war. Dort wurde die Frage erörtert, ob die Katholiken den künftigen Zumutungen der Protestanten nachgeben oder ob sie es stattdessen im Zweifelsfall lieber auf einen Krieg ankommen lassen sollten. Das Ergebnis des Memorials war ebenso drastisch wie eindeutig: Der Autor schrieb, er „wüste nicht, was vor [=für eine, H.Z.] versicherung [=von Seiten der Protestanten, H.Z.] denn Catholischen geschehen köndte". Weil also durch bisher angewandte Mittel keine Sicherheit erlangt werden könne, müsse man im Zweifelsfall „alleß per iustum bellum" versuchen.[36] In einer auf die Herstellung von Sicherheit zielenden Rechnung, die bewusst die Zukunft ein-

33 Christoph Kampmann und Ulrich Niggemann haben auf eine solche Dynamik jüngst ausdrücklich aufmerksam gemacht. Kampmann / Niggemann (2013), hier S. 25.

34 Vgl. zum Reichstag 1613 die gründliche Darstellung entlang der Akten durch Haas (1929).

35 Vgl. SächsHStA Dresden, Loc. 10213/1, Fol. 288-302, Ratschlag und Bedenken Wilhelm Ferdinand Efferens, hier Fol. 298.

36 Vgl. ebd., Fol. 292.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kalkulierte, war der Krieg ein mögliches Ergebnis – und für manche Akteure sogar eine tunlichst anzustrebende Lösung.

Das zweite Beispiel betrifft eine im Reich kursierende Flugschrift namens *Lermen Blasen*, die 1616 erstmals gedruckt wurde.[37] Hinter dem Anonymus des Titelblattes verbarg sich der für seine scharfen Beobachtungen und nicht minder scharfen Polemiken bekannte Katholik Kaspar Schoppe.[38] Schon im Titel des Druckes wurde deutlich, dass Schoppe einen kommenden Krieg für unumgänglich hielt. Seine Flugschrift war darum nichts anderes als eine politische Wahrscheinlichkeitsrechnung. Ganz unumwunden räsonierte er, wer sich im Kriegsfall aus welchen Gründen mit wem zusammentun werde und zu welchem Ergebnis ein solcher Krieg führen werde. Sorgfältig prüfte er die im Reich gegenwärtig bestehenden und im Falle eines Krieges wahrscheinlichen Bündniskonstellationen. Auch er machte somit das Verhalten der Reichsstände zum Gegenstand einer auf Sicherheit zielenden und mit der Zukunft rechnenden Erwägung.

Seine Ausführungen waren politisch durchaus tendenziös, richteten sie sich doch in erster Linie gegen die calvinistische Partei im Reich. Trotzdem versuchte Schoppe, *sowohl* den Katholiken *als auch* den Calvinisten nachzuweisen, dass es zum Krieg keine Alternative gebe. Diesen Beweis führte er mit folgenden Argumenten. Erstens: Wenn jemand etwas, das er gerne haben wollte, weder durch rechtliche noch durch gütliche Mittel erlangen könne, dann müsse er einen Krieg beginnen. Zweitens: Weder die Calvinisten noch die Katholiken könnten das, was sie erlangen wollten, durch Recht oder Güte erlangen. Sein Fazit lautete: „Ergo müssen die Calvinisten nottrünglich einen krieg anfangen."[39] Und bezüglich der Katholiken: „Ergo werden sie zum Krieg genötigt."[40] Interessant ist, was in den Augen Schoppes für beide Parteien eigentlich auf dem Spiel stand. Was war es denn, das sie durch Recht oder Güte erlangen wollten, aber nicht

37 Vgl. Anon. [=Kaspar Schoppe] (1616), Lermen Blasen. Auch Ursachen und Außschlag/ deß besorgten innerlichen Kriegs zwischen den Catholischen und Calvinisten in Teutschland. Das ist: Kurtze und gründtliche anzeig unnd erleuterung/ welchem theil der Krieg lieber sey als der Friedt: was ein jeder für tringende Ursachen zum Krieg gab: und was der ein oder ander für einen Außschlag zugewarten, s.l.

38 Vgl. zum politischen Denken Kaspar Schoppes D'Addio (1962). Zu seinen politischen Verstrickungen in die Geschicke des Heiligen Römischen Reiches dagegen Neuer-Landfried (1970).

39 Vgl. Schoppe (1616), S. 19.

40 Ebd., S. 36.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

konnten? Die Calvinisten wollten, so meinte Schoppe, dass ihre Religion künftig „ungestrafft und unverwehrt“ bleibe. Sie verlangten eine politische Absicherung ihres religiösen Bekenntnisses.[41] Die Katholiken dagegen wollten die unbedingte Geltung des Religionsfriedens und kaiserlicher Justiz. Auch für sie ging es also um politische und rechtliche Sicherheit. Für die Herstellung dieser Sicherheit, so die Konsequenz, war der Krieg nach Schoppes Ansicht eine wahrscheinliche und unter Umständen gar notwendige politische Entwicklung.

4

Schoppes Botschaft angesichts der bedrohlichen politischen Lage des Reiches vor 1618 war unmissverständlich. Wer um seine künftige Sicherheit fürchtete, der musste zusehen, dass er sich für den schlimmsten anzunehmenden Fall in die denkbar günstigste Lage versetzte. Das Gebot der Sicherheit diktierte also, dass man tunlichst davon auszugehen habe, der künftige Krieg sei längst beschlossene Sache.

Natürlich könnte man Schoppe oder das zitierte anonyme Gutachten für besonders zynische Einzelfälle halten. Die Korrespondenzen und die Entscheidungen der Reichsstände seit dem Reichstag 1608 machen allerdings allenthalben deutlich, dass viele diese Ansicht offensichtlich teilten. Angesichts des Wegfalls der zentralen ordnenden Instanz des Augsburger Religionsfriedens sahen sich zahlreiche Reichsstände veranlasst oder gezwungen, alternative Sicherheitskonzepte zu verfolgen. Das heißt natürlich nicht, dass diese Reichsstände den Krieg unbedingt gewollt oder gar gezielt herbeigeführt hätten. Etliche von ihnen haben aber aus Sicherheitsgründen mit einer solchen Zukunft gerechnet. Ihr beständiges Sprechen über Sicherheit und das daraus abgeleitete Handeln führte angesichts der konfessionellen Spaltung zu einer sich verschärfenden Sicherheitsdynamik. Diese Sicherheitsdynamik folgte den fatalen Mechanismen eines Sicherheitsdilemmas: Das auf wechselseitige Beobachtung und Reaktion bauende Sicherheitshandeln der Akteure führte nicht zu *mehr*, sondern zu *weniger* politischer Stabilität. Zugleich war die Logik dieser Überlegungen derart zwingend, dass es ab einem bestimmten Zeitpunkt selbst für die traditionell wohlgesinnten und verfassungstreuen Stände – wie Kursach-

41 Ebd., S. 19.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen – unmöglich wurde, sich dieser Logik zu entziehen. Die politische Klugheit zwang dazu, mit dem Krieg zu rechnen. Die zentralen Variablen dieser Rechnung hießen: Zukunft und Sicherheit.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (=SächsHStA Dresden), 10024 Geheimer Rat, Locat (Loc.) 7271/13, 7272/25, 7280/9, 8804/3, 8807/1, 10209/4, 10213/1.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (=BayHStA München), Kasten blau 116/1d, 276/6.

Gedruckte Quellen

Anon. [=Veit Breidtschwerdt] (1618), Außführliche Consultation und Rechtsbedencken uber die Fragen: Ob bey gegenwertigen leuften der Löblichen Freyen Reichs Ritterschafft Schwaben/ rahtsam/ mit ein oder anderen theyl der höhern Potentaten/ Chur: Fürsten und anderen Ständen/ etc. in Verbündnuß einzutretten oder sich dessen zu enthalten/ und darfür gegen beyden theylen zu jeder verantwortlicher/ undertheniger/ auch gebürlicher Freundschafft auff erfolgend ansinnen zu erklären: Auff sonderlich Begehren durch einen vornehmen Advocaten von Augspurg im Jahr 1610 gestellet unnd zusammen getragen, s.l.

Anon. (1617), Herrn Christoffen von Ungersdorff Erinnerung/ von der Calvinischen Art und Feindseligkeit/ gegen dem Römischen Reich sampt angehengter nothwendiger Ableynung und Gegen-Erinnerung, s.l.

Anon. [=Kaspar Schoppe] (1616), Lermen Blasen. Auch Ursachen und Außschlag/ deß besorgten innerlichen Kriegs zwischen den Catholischen und Calvinisten in Teutschland. Das ist: Kurtze und gründtliche anzeig unnd erleuterung/ welchem theil der Krieg lieber sey als der Friedt: was ein jeder für tringende Ursachen zum Krieg gab: und was der ein oder ander für einen Außschlag zugewarten, s.l.

Anon. [=Vincenz Müller] (1616), Wolmeinender/ warhaffter Discurs, warumb/ unnd wie die Römisch Catholischen in Deutschland sich billich von Spaniern und Jesuiten/ absondern/ und ihrer selbsten/ bey diesen jetzigen hochgefährlichen Zeiten/ wol warnemen sollen und können/ damit nicht das Vatterland/ und sie selbsten/ andern zum raub gerathen/ noch sie ihnen deßwegen bey sich selbsten ein böß Gewissen auffladen/ und bey den Nachkommenden/ einen unaußlöschlichen Schmachnamen uber den Hals ziehen. Durch einen trewhertzigen Deutschen Catholischen gestellt/ und nunmehr/ allen alten Römisch Catholischen Deutscher Nation, zu sonderbarer nachrichtung und warnung/ auß rechter Lieb gegen das Vatterland in druck gefertiget, s.l.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Aulinger, Rosemarie u. a. (Bearb.) (2009), Der Reichstag zu Augsburg 1555, 4 Teilbände, München.

Eder, Georg (1579), Das guldene Flüß Christlicher Gemain und Gesellschaft/ das ist/ ain allgemaine richtige Form der ersten/ uralten/ Prophetischen und Apostolischen Kirchen gleich als ain kurtze Historia, Von der hailigen Statt Gottes/ wie es umb dieselbe vor dieser Spaltung ain Gestalt gehabt/ und wie sich das jetzig Religionwesen darmit vergleicht/ Für den anderen Thail Evangelischer Inquisition/ mit angehäffter Erinnerung/ was ain Zeit hero zu gütiger Hinlegung und Vergleichung gegenwirtiges Religionstreits für Weg und Mittel gesucht und gebraucht worden/ Woran auch dieselben biß daher entstanden/ Und welches entgegen die rechten Mittel seyen, Ingolstadt.

Ernst, Albrecht, (2010), Gründungsdokumente von Union (1608) und Liga (1609), in: Albrecht Ernst / Anton Schindling (Hg.), Union und Liga 1608/09. Konfessionelle Bündnisse im Reich - Weichenstellungen zum Religionskrieg? Stuttgart, S. 343-372.

Lanzinner, Maximilian / Heil, Dietmar (Bearb.) (2002), Der Reichstag zu Augsburg 1566, 2 Bände, München.

Osiander, Lucas (1585), Warnung vor der Jesuiter blutdurstigen Anschlägen unnd bösen Practicken. Durch welche sie die Christliche/ reine/ evangelische Lehr/ sampt allen denen/ so sich zu derselben offentlich bekennen/ außzutilgen/ unnd des Römischen Antichrists tyrannisch Joch der Christenheit widerumb auffzutringen understehn, Tübingen.

Steglich, Wolfgang (Bearb.) (1970), Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Achter Band, Göttingen.

Literatur

Angel, Sivert (2014), The Confessionalist Homiletics of Lucas Osiander (1534-1604). A Study of a South-German Lutheran Preacher in the Age of Confessionalization, Tübingen.

D'Addio, Mario (1962), Il pensiero politico di Gaspare Scippio e il machiavellismo del seicento, Mailand.

Gotthard, Axel (1993), ‚Politice seint wir bäpstisch'. Kursachsen und der deutsche Protestantismus im frühen 17. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Historische Forschung 20, S. 275-319.

Gotthard, Axel (1992), Konfession und Staatsräson. Die Außenpolitik Württembergs unter Herzog Johann Friedrich (1608-1628), Stuttgart.

Gotthard, Axel (2002), Der deutsche Konfessionskrieg seit 1619 – ein Resultat gestörter politischer Kommunikation, in: Historisches Jahrbuch 122, S. 141-172.

Gotthard, Axel (2004), Der Augsburger Religionsfrieden, Münster.

Edel, Andreas (1997), Der Kaiser und Kurpfalz. Eine Studie zu den Grundelementen politischen Handelns bei Maximilian II. (1564-1576), Göttingen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Goetz, Walter (1898), Beiträge zur Geschichte Herzog Albrechts V. und des Landsberger Bundes 1556-1598, München.

Haas, Adam (1929), Der Reichstag von 1613, Diss. Würzburg.

Hölscher, Lucian (1999), Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt/M.

Kampmann, Christoph / Niggemann, Ulrich (2013), Sicherheit in der Frühen Neuzeit – Zur Einführung, in: dies. (Hg.), Sicherheit in der Frühen Neuzeit. Norm – Praxis – Repräsentation, Köln u. a., S. 12-27.

Kratsch, Dietrich (1990), Justiz – Religion – Politik. Das Reichskammergericht und die Klosterprozesse im ausgehenden sechzehnten Jahrhundert, Tübingen.

Lanzinner, Maximilian (1993), Friedenssicherung und politische Einheit des Reiches unter Kaiser Maximilian II., Göttingen.

Litzenburger, Andrea (1985), Kurfürst Johann Schweikard von Kronberg als Erzkanzler. Mainzer Reichspolitik am Vorabend des dreißigjährigen Krieges (1604-1619), Stuttgart.

Neuer-Landfried, Franziska (1968), Die Katholische Liga. Gründung, Neugründung und Organisation eines Sonderbundes 1608-1620, Kallmünz.

Neuer-Landfried, Franziska (1970), Kaspar Schoppe und die Gründung der Katholischen Liga, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 33, S. 424-438.

Schilling, Heinz (1988), Die Konfessionalisierung im Reich. Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland zwischen 1555 und 1620, in: Historische Zeitschrift 246, S. 1-45.

Schulze, Winfried (2009), 'Wir stunden gegeneinander wie zwei Böcke'. Die Krise des Reichs in den Jahren 1608/09, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 10, S. 3-28.

Schnurr, Eva-Maria (2009), Religionskonflikt und Öffentlichkeit. Eine Mediengeschichte des Kölner Kriegs (1582-1590), Köln u. a.

Strunk, Reiner (2003), Art. ‘Vertrauen’, in: Theologische Realenzyklopädie 35, Berlin / New York, S. 71-76.

Tricoire, Damien (2013), Mit Gott rechnen. Katholische Reform und politisches Kalkül in Frankreich, Bayern und Polen-Litauen, Göttingen.

Ziegler, Hannes (2017), Trauen und Glauben. Vertrauen in der politischen Kultur des Alten Reiches im Konfessionellen Zeitalter, Affalterbach.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Postponing the Future: Observations on Early 19th Century International Law between Prevention and Positive Creation

Marie-Christin Stenzel[1]

> 'Les *hommes* sont trop impuissants pour assurer l'avenir;
> les institutions seules fixent les destinées des nations.'[2]

1. *Introduction: Uncovering Future(s) As Part Of International Law's DNA*

The goal of this article is to explore the preconditions of multilateralism. Tackling that issue requires an understanding of what fuels multilateral cooperation of states, what hinders it, and what states' reckoning or motivation are when deciding for or against multilateral action. While answering these expansive questions poses a task that extends well beyond the scope of a single article,[3] this contribution seeks to shed light on them by focusing on one subtle, yet defining factor of lawmakers' and policy makers' decision-making processes: their perceptions of the future. This corresponds to an academic need for 'the tools and concepts to study and explain the dynamic aspects of legal process, how law grows over time in

---

1 PhD candidate at the law faculty of Justus Liebig University, Giessen, Germany, and researcher at the SFB/TRR 138 'Dynamics of Security', *see* www.sfb138.de. I am most grateful for the thoughtful and valuable comments on this piece provided by Christoph Kampmann and Angela Marciniak. I equally thank Larissa Sebastian for her assistance and the members of the chair of Thilo Marauhn for their comments.

2 Napoleon Buonaparte, *cited in*: Manning (1848), H.9, p. 153.

3 The complexity and depth of the larger research question is, of course, quite formidable. In-depth, comprehensive answers to it require extensive, interdisciplinary examination not only of treaties, but further contemporary correspondence and private communication. For a more comprehensive approach to this question, *see* M.-C. Stenzel, *doctoral thesis (forthcoming)*. Furthermore, this article can only provide a Eurocentric approach. It would be worthwhile to contrast its findings with a similar exploration in non-Western contexts.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

response to a variety of extralegal pressures'.[4] Perceptions of the future are indeed part of those extra-legal pressures and promise to reveal insights into taken-for-granted assumptions underlying international legal norms. Yet, we rarely pause to consider what we understand in the term 'future' and how it influences international agreements and international law. In fact, while the law's temporalities have received growing scholarly attention in past decades,[5] lawyers have only sporadically focused on questions of the relation between international law and (perceptions of) the future.[6]

What is future? Is there only one future or are there several possible ones? Is the future an open realm, does man have a free will and the power to shape things, or does everything follow a pre-set plan? These questions are directly linked to one of modern day physics' noblest challenges: that of understanding the nature of time.[7] Because we lack answers to those questions, the future, viewed from the present, is a cultural construct.[8] That is not to say that future does not exist objectively at all,[9] but neither is it definable in objective terms nor can it be measured. If viewed from the present, only the different perceptions and expectations of the future are palpable. If evaluated in hindsight, so as to validate what actually 'came true', one does not evaluate the future, but the past. Consequently, what any given society describes as the future is in fact merely its perception of the future, which is not a reflection of an objective truth because such truth is not graspable.

Culturally, this intangibility of temporality has translated into a taut, continuous effort, sometimes highly verbalised, oftentimes in the collec-

4 Black / Falk (1969), p. ix.

5 *See e.g.* the University of Kent's research network on 'Law and time', https://www.kent.ac.uk/law/time/; Christian Djeffal (2014), International Law and Time: A Reflection of the Temporal Attitudes of International Lawyers Through Three Paradigms, Netherlands Yearbook of International Law 45, pp. 93–119; Mónika Ambrus and Ramses A. Wessel (2014), Between Pragmatism and Predictability: Temporariness in International Law, Netherlands Yearbook of International Law 45, pp. 1-17; John Harrington, Time as a Dimension of Medical Law, Medical Law Review, 20, Autumn 2012, pp. 491–515; *et. al*..

6 Dudziak (2014) being one notable exception; Not to be confused, of course, with questions of the future of the international legal order and its challenges; *See e.g.* Cassese (2012), Black / Falk (1969).

7 *See* Hawking / Mlodinow (2009), pp. 135-36.

8 *See* Landwehr (2014), pp. 37-9; Koselleck (1984), p. 10.

9 Hölscher (1999), pp. 17-8.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tive subconscious, to make sense of the time space continuum and to find security in it. Law is a tool designed to help establish such security. If unregulated, the natural tendency of things, at least in the physical world, is to drift from order towards chaos.[10] Law is supposed to serve as a corrective. It is created with the inherent purpose of dealing with the incalculable multitude of possible future developments by providing order. Legal certainty provides the reliability needed for long-term planning and thus reduces contingency. Moreover, it provides man with certainty as to which behaviour it asks of him and which behaviour it forbids.[11] The law's order thus equals predictability and allows those under its rule 'to plan their futures'.[12] Law's relationship with perceptions of temporality and especially the future is a symbiotic one. While the future's uncertainty is the law's *raison d'être*, the law itself is supposed to bring about a secure future. At the same time, perceptions of the future predetermine the scope of the legal norms we create. As US-American legal historian, Mary L. Dudziak puts it: 'The future we imagine is a well spring of law'.[13] Yet, the future we imagine (and the one we cannot imagine) also marks the boundaries within which any new law is confined.

1.1 Perceptions Of Future 1812-1822: Laying The Foundations For International Co-operation

This article takes into account two hypotheses: Firstly, it has been argued that in the 17th and 18th centuries the future became accessible as something that could – and needed to - be shaped and influenced by man, free from eschatological beliefs and their inherent restrictions (see 1.2). Secondly, it is premised on the observation that in recent decades, international law clearly bespeaks a willingness to shape the future through international co-operation (see 1.3). The latter is neither a matter of course nor was it always the case. The question thus becomes what happened be-

10 *See* Richard Feynman, The Character of Physical Law, The Distinction of Past and Future, lecture 5 of the Messenger Lectures at Cornell University on 17 November 1964, *available at* http://www.cornell.edu/video/richard-feynman-messenger-lecture-5-distinction-past-future.
11 Frhr. von der Heydte (1961), p. 679.
12 Wright (1961), p. 7.
13 Dudziak (2014), p. 592.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tween 1648[14] and the latter half of the 20th century, that brought about this change in the relationship between international law and the future. This article contends the premise that it was the aftermath of the Napoleonic (and Revolutionary) Wars and the ensuing string of alliance treaties and congresses in the years 1812 to 1822 which marked the birth of international law as oriented towards shaping a common future, and thus of international, multilateral co-operation.

1.2 Birth Of The Future

While looking back into and recording the past has been done for many thousands of years, structuring the time that lies ahead of the present, shaping the future, seeing it as a sphere that is susceptible to structural regulation and long-term planning is a phenomenon which has only emerged in recent centuries.[15] Perceptions of time in the Western world had been shaped for centuries by the eschatological belief that the approaching apocalypse was a certainty, thereby rendering crises and wars a necessary prelude to God's restored rule on earth.[16] The day of the Last Judgment would arrive and time would ultimately end.[17] There was no perception of any open-ended future. Instead, Christianity existed in a state of constant expectation, where future-oriented action was confined within the boundaries of this God-given horizon.[18]

It has been argued that this perception of a non-contingent future changed dramatically over the course of the 17th and 18th centuries when the eschatological belief system crumbled because of a whole set of factors. Koselleck and Hölscher have argued that, more precisely, this shift

14 When the peace treaties of Westphalia legally cemented the sovereignty of states that had emerged since the mid-16th century, Lesaffer (2004), p. 43; McDonald/Brollowski (2011), at 6; see below at 1.3. Westphalia, along with the publication of Grotius' 'De iure belli ac pacis' twenty years earlier, are regularly cited as originating modern international law.

15 Hölscher (1999), p. 9. This, of course, is not to be confused with forecasting or the prediction of future events.

16 *See* Koselleck (1984), p. 24; Landwehr (2014), p. 77.

17 Even if the assumed parameters of such an end of time were manifold; i*d.*, p. 45, Hölscher (1999), p. 18.

18 Makropoulos (2004), pp. 4-6; Koselleck (1984), p. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

culminated between 1770 and 1830.[19] While performing an analysis of future perceptions, which manifested in the treaties constituting the new European order between 1812 and 1822, this article thus seeks to test their hypothesis. This will not and is not intended to produce any global assertion on the validity of the Koselleck/Hölscher claim, but rather to establish whether it is consistent with findings provided by an analysis of early 19th century international law. According to their hypothesis, a major shift in the perception of the concepts of past and future shook the Western hemisphere, modifying and multiplying the cultural 'knowledge of time' in its wake.[20] Theories of infinite time were developed, and the term future, at least in the German form *Zukunft*, no longer (literally) referred to the advent of God, but described a period 'after the present'.[21] By the late 18th century, having progressed from these new perceptions, 'prophecies of the inevitable were replaced by prognoses of the possible'.[22] The future had become contingent and borderless. More than one future seemed conceivable and such contingency bred insecurity.[23] Consequently, the present became a realm of possibilities to shape the desired future out of an unlimited number of possible scenarios.[24] Is such a fundamentally changed perception of the future traceable in the treaties and protocols of the critical period of the years around 1815, and could it have been (one of) the cause(s) of the evolution of international co-operation?

---

19 Hölscher (1999), pp. 9, 30, 33, Sparn (2005), p. 496. The scholarly debate concerning these vastly complex, societal developments can only be hinted at in this article and is presented here in simplified form. In essence, Koselleck and Hölscher have established that this major change in perception took place between 1770 and 1830. Details of their thesis have been criticized on many accounts. Nonetheless, it still seems to stand as the cornerstone in contemporary research on histories of the future. Some have understood Landwehr (2014) as introducing the notion of an earlier shift, taking place in the 17th century. For the purpose of this introduction, it may suffice to assume a major shift took place between the mid-17th century and the late 18th century. For compelling and more comprehensive accounts, see especially Koselleck (1984), Landwehr (2014), Hölscher (1999), and Burke (2010).

20 Landwehr (2014), p. 38. A manifestation of this was the use of calendars as an actual planning tool and its emergence as a mass-medium during the 17th century, *see id.*, pp. 22-5.

21 Jordan (2006), p. 594.

22 Burke (2010), p. x.

23 *Id*., p. 344.

24 *Id*., p. xi; Landwehr (2014), p. 332.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1.3 Perceptions Of Future From Westphalia To Dumbarton Oaks

The practice of international law did not seem to catch up with any such evolution of perceptions of the future until after the Congress of Vienna in 1814/1815 insofar as the future was not seen as a common one and as international relations were not seen as being in need of joint regulation. Up until that point, international law had equated almost exclusively to the rules between solitary entities on the international plane. The peace treaties of Westphalia refined this system by consolidating and legally acknowledging the concept of sovereign states as the actors in international law.[25] Different players in international relations had of course already seen themselves as connected (culturally or otherwise) to others before 1815. Alliances were forged, wars were fought jointly, and trade and diplomatic relations had blossomed. Furthermore, various philosophical drafts on a pan-European order, even to the degree of a formally institutionalised organisation, had entered the intellectual sphere since the late Middle Ages.[26] Yet, in the first two hundred years of modern international law between sovereign states, no practical effort to deliberate on issues pertaining to European security in a multilateral, institutionalised manner that was independent of concrete and pressing conflicts transpired. Rather, before the Congress of Vienna in 1814/1815, treaties were predominantly concluded as bilateral ones, within a highly decentralised system.[27]

Looking ahead 300 years, modern 20th and 21st century international law's underlying assumption is, in contrast, that the future of states is a common one and is to be shaped through joint action by the international community based on long-term strategies. This stance is implicit in the purpose and mandate of the United Nations and its agencies, as well as the strategic practice of states, international organisations and NGOs. Originally fuelled by the belief that peace could best be maintained by international co-operation,[28] environmental policy concerns, which have been

25 Crawford (2012), p. 9; Lesaffer (2004), p. 43; McDonald/Brollowski (2011).

26 As, for example, the works and ideas of Pierre Dubois, Eméric Crucé, the duc de Sully, Immanuel Kant, the Abbé de Saint Pierre, and William Penn.

27 Grewe (2000), p. 360; Falk (1969), p. 32.

28 As becomes apparent in the preamble of the Charter of the United Nations, the newly founded organisation's aim was 'to save succeeding generations from the scourge of war' that befell humanity twice in one lifetime and 'brought untold sorrow to mankind'. Herein lies a perspective towards the future which was to govern the actions of the international organisation, but retains a salutary reminder of the

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

part of the United Nation's focus since the end of the 1960s, became an influential driver in reaffirming that trajectory in later decades. In 1987, the United Nations World Commission on Environment and Development[29] published its report entitled 'Our common future',[30] which was to place firmly the discourse on sustainable environment and joint future action on the international agenda.[31] 25 years later, the UN General Assembly passed resolution 66/288, the outcome document of the Rio+20 conference, entitled 'The Future We Want'.[32] Therein, the states reaffirmed long-term strategies to jointly create a future and acknowledge the internationally agreed development goals.[33] This self-imposed obligation of development by way of joint future-action, later on, paved the way for, to name the most notable ones, Agenda 2030[34] and the Paris Agreement on climate change of 2015.[35] Identifying common threats, and consequently shared responsibilities, as well as agreeing on the necessity of joint action has become a firmly institutionalised matter of course on the international stage.[36] Yet, euphoric idealism and faith in the possibilities of positive creation through international law have given way to a more defensive stance of 'securing the future'[37] in light of growing threats to international peace, prosperity, and, ultimately, human development in recent decades.

---

past which was formative for the states' future-oriented actions. This general notion has been continuously amplified in subsequent decades.

29 Widely known as the Brundtland Commission.

30 *Available at* http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf

31 This was reinforced by the UN's General Assembly resolution A/RES/42/187, *available at* http://www.un.org/documents/ga/res/42/ares42-187.htm, amplifying the Brundtland report.

32 *Available at* http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/66/288&Lang=E.

33 *See* United Nations Millenium Declaration, A/RES/55/2, http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf.

34 A/RES/70/1, *available at* http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E.

35 *Available at* http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf.

36 This observation, however, does not imply any seemingly unavoidable assessment of the effectiveness of such institutionalisation.

37 As, for example, phrased in A/RES/66/288, I.13 (*see* note 32).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2. *Perceptions Of The Future: Manifestations In Core Treaties 1812 - 1822*

Between the 17th century and today, between Westphalia and Dumbarton Oaks, why was the Congress System of 1812/1814 to 1822[38] the heyday of the development of a co-operation network between the European great powers[39] after traumatising decades of war,[40] which manifested the new stance towards international law as oriented toward a common future? Which preconditions were necessary for modern day international law's approach towards creating such co-operation? Was a changed perception of the future the cause? To seek answers, this article will, in a first step, trace perceptions of the future in 19th century lawmakers and their impact on the genesis (or lack thereof) of concrete legal norms. Was the future seen as threatened or bright, contingent or clearly predictable? Was the future referred to explicitly in the treaties? To what extent and regarding which time frames did lawmakers want to shape and regulate the future? In other words, was the law made by the European powers from 1812 onwards facing 'ruin upon ruin'[41] of the past, like Paul Klee's Angel of History, or was it turning its back on the past to face the future?

---

38 Terminology is incoherent. The legally underpinned political and territorial order set up during (with the establishment of the Quadruple Alliance) and especially after the Napoleonic Wars is regularly referred to as the Congress System, but also as Concert of Europe, Vienna System or, imprecisely, Holy Alliance. The row of congresses defining the system commenced with the Congress of Vienna in 1814. However, pertinent preparations (in legal form) had begun to take shape with treaties of alliance especially from 1812 on.

39 Great Britain, Russia, Prussia, Austria and France.

40 For the general layout and background of the Congress system, in particular from a legal point of view, s*ee e.g.* Jarrett (2014), Schulz (2009), and M.-C. Stenzel.

41 The entire original passage reads: 'Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagne zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufe

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2.1 Explicit Mention Of The Future And Related Terms

The terms 'future' and 'future generations' are very rarely used explicitly in the treaties and protocols examined here. Where they do occur, they mostly coincide with reference to the necessity of restoring Europe's 'tranquillity'[42] or 'repose'.[43] Even the most ideologically charged document of the era, the Treaty of Holy Alliance,[44] does not feature direct assertions pertaining to the future. Admittedly, it does affirm that the holy religion was to 'guide all their [the rulers'] steps' and they were to 'on all occasions and in all places, lend each other aid and assistance'.[45] However, this does not equal a concrete vision of a future to be actively shaped, nor does it display any long-term strategy.

Other treaties almost ceremonially evoke conditions that were intended to be permanent, some of them for all eternity. This was the standard for peace treaties (as well as other types of treaties) since the late 17th century. They were concluded without any (explicit or implicit) temporal limitation.[46] Among the pertinent wordings in the documents examined here are 'perpetual peace',[47] reminiscent of Kant's treatise on Perpetual Peace (1795), and 'everlasting friendship'.[48] The latter was used by the allied

---

vor ihm zu Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.', Benjamin (1940), pp. 19-20.

42 *E.g.* Definitive Treaty of Peace and Amity between Great Britain, Austria, Prussia, and Russia and France, signed at Paris, 30 May 1814 [*henceforth*: 'Paris 1814'], Art. I; Definitive Treaty of Peace between Great Britain, Austria, Prussia and Russia and France, Signed at Paris, 20 November 1815 [*henceforth*: 'Paris 1815'], preamble.

43 *E.g*. A Treaty of Union, Concert, and Subsidy, between His Britannic Majesty and His Imperial and Royal Apostolic Majesty the Emperor of Austria, Chaumont, 1st March, 1814 [identical treaties having been concluded between Great Britain, Prussia and Russia on the same day; *henceforth*: 'Chaumont 1814'], preamble, Art. XVI; Paris 1815, preamble, Art. VI; Declaration of the five cabinets, signed at Aix-la-Chapelle, on 15 November 1818 [*henceforth*: 'Declaration of the Cabinets 1818'].

44 Treaty between Austria, Prussia, and Russia, signed at Paris 18/26 September 1815 [*henceforth*: 'Holy Alliance 1815'], preamble.

45 *Id*., Art. I.

46 Duchhardt (2004), p. 47. As is the case with most (international as well as domestic) norms that are drafted without temporal limitations, this obviously does not, however, imply that the legislator(s) deem such clauses as permanently immutable.

47 Paris 1814, Art. I, Art. XII.

48 *Id*., Art. I.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

forces and France, including their heirs and successors, as well as in less sublime matters such as territorial concession[49] and Antwerp's establishment as a commercial port.[50] Since such wording does not reflect any realistic resolution – or naiveté - to regulate events hundreds of years into the future,[51] they must be read as mutual re-affirmations among the states, as motives and guidelines for the interpretation of future arrangements. They are less an indication of the temporal duration of treaties, but more so carry the implicit mutual affirmation of the parties that the respective clause was a definitive regulation on the respective issue and free from reservations.

2.2 Implicit Ways Of Designing The Future

There are substantive and qualitative differences in the way in which law can attempt to influence the future. If the explicit references only permit fragmented insights into lawmakers' perceptions of the future, an analysis of implicit references reveals four main types of relevant practices. These are a reflection of underlying ideas about the future. Firstly and secondly, the desired status quo can be restored or maintained (2.2.1, 2.2.2.). Here, the perspective is turned towards the past and the modus operandi is passive. Thirdly, the parties can agree on positive, concrete measures that are intended to impact the future (2.2.3). Finally, the contracting parties can stipulate their intention to initiate a process of negotiation or decision-making that will eventually lead to the desired status without initiating the process yet (2.2.4).

---

49 General Treaty, signed in Congress, at Vienna, June 9, 1815 [*henceforth*: 'Vienna Final Act 1815'], Art. VIII.

50 Paris 1814, Art. XV.

51 Lesaffer (2004), p. 38. It can be deduced from the treaties that the timeframe which the lawmakers consciously or unconsciously deemed susceptible to regulation and/or saw as worthwhile to regulate, is that of less than a generation, 20 years, which is the term of the Treaty of Chaumont (Art. XVI); *see also* Kubler (1962), p. 92.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2.2.1 Restoration And The Role Of The Past

Arguably, the tool that was quantitatively employed the most in designing a new political and legal order in Europe was that of restoring. This is one of the reasons why the system established at the congresses of Vienna 1814/1815 and its subsequent conferences has been labelled as reactionary. In these cases, the future that lies ahead is remodelled after conditions of the past.[52] There is no strategic will to freely imagine a new future, it cannot and is not supposed to detach itself from the past.

Franz Kafka wrote in one of his aphorisms: 'He has two antagonists: the first presses him from behind, from the origin. The second blocks the road ahead. He gives battle to both. To be sure, the first supports him in his fight with the second, for he wants to push him forward […]'.[53] Even if this aphorism is predominantly interpreted as a metaphor for Kafka's sense of personal entrapment and lack of personal freedom of choice, it applies very well to the regulation of international relations. In envisioning and paving the way for the future through legal norms, lawmakers are not free from the past. Or, in other words: '[…] conditions growing from the past […] play a part in both the application and the development of the law. *Lex lata* and *lex ferenda* cannot be wholly separated.'[54] It is the past that predetermines the path towards the future. As was expounded in the introduction, any given actor's or society's perception of the future is predetermined by a set of cultural and societal factors. Hence, any idea of the future must be determined by the way its author remembers the past and how he interprets the present circumstances.[55] Therefore, in order to understand 19th century statesmen's perception of the future, we must first understand their perception of the past.

The turmoil of the Napoleonic Wars that had shaken Europe to a degree that it had not experienced since the Thirty Years' War originated in the unsettling French Revolution. The year 1789 had heralded one of Europe's

52 Thereby rejecting the new perception of future, born in the French Revolution, 'with the sense that there could be no going back to the old regime, with the sense of a new beginning expressed in the revolutionary calendar', Burke (2010), p. x.

53 Franz Kafka (1920), aphorism, *cited in* Nimi Wariboko, Ethics and Time: Ethos of Temporal Orientation in Politics and Religion of the Niger Delta, Lanham 2010, p. 76.

54 Wright (1961), p. 31.

55 Dudziak (2014), p. 592, Husserl (1955), p. 27; *see also* Koselleck (1984), p. 33.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

most defining and challenging periods. In this context, the lawmakers' perception of the past before this caesura will have to be distinguished from their perception of the more recent and tumultuous past since 1789.

References to the past prior to 1789, a period of seemingly well-functioning inter-state relations, are not labelled as such. Rather, the states merely express their desire to restore or maintain certain conditions. Instances regarding the restoration of an allegedly hitherto existing status predominantly pertain to two scenarios: Firstly, they concern the restoration of former territories and associated rights. Therefore, numerous clauses of this type can be found in the Final Act of the Congress of Vienna.[56] Secondly, relations which allegedly had existed between states were to be 'restored' as well, especially friendship and trade relations. For example, regarding Russia and Great Britain: 'The relations of friendship and commerce […] shall be re-established on both sides.'[57] These references raise questions of continuity and even of the progressive narrative pertaining to international law,[58] which would exceed the scope of this article.[59]

When it comes to the years of wars and revolution following 1789, two narratives are distinguishable. On the one hand, those years are presented as a motif shaping the ideal future by way of serving as a cautionary tale. To provide just a few examples, the treaty of Chaumont states that the 'invasions which during so many years have desolated the world' were to be prevented.[60] In the First Treaty of Paris,[61] the contracting parties profess to be 'animated by an equal desire to terminate the long agitations of Europe, and the sufferings of Mankind'.[62] They were anxious to arrest 'the bad consequences of the disastrous epoch fortunately terminated'.[63]

On the other hand, the contracting parties formulated various phrases, which create the impression that the mere existence of the past, and more precisely the act of remembering it, threatened the future. In this vein, the

56 *See, e.g.*, Art. XV, LXIX, LXXV, CIII.
57 Treaty of Peace, Union, and Friendship, between His Britannic Majesty and the Emperor of all the Russias, signed at Orebro the 18 July 1812 [*henceforth*: 'Orebro 1812'], Art. II.
58 *See* Skouteris (2010), Altwicker/Diggelmann (2014).
59 For an excellent recent account as to continuity *see* Steiger (2015).
60 Chaumont 1814, Art. XVI.
61 Paris 1814.
62 *Id.*, preamble.
63 *Id*., Art. XVIII.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

contracting parties wished to 'bury in entire oblivion'[64] the violence, dissent and insecurity of years past. They strove 'to obliterate every trace'[65] of aforementioned hardship and wished it to be 'considered […] as entirely ceasing and done away'.[66] The Declaration of the Five Cabinets of November 1818 proves that the use of such phrases did not disappear even after the concerted withdrawal of the allied occupying forces from France. Here, it was stipulated that the occupation had been a measure 'of precaution which unfortunate circumstances had rendered necessary'.[67] To label the years of bloody warfare, which resulted in the conquest of large stretches of the continent, the dissolution of the Holy Roman Empire and the awakening of the spectre of revolution, as 'unfortunate circumstances' suggests that the lawmakers feared that the conflicts could re-emerge at any given moment. This can be deduced from the fact that the statesmen chose wording, which implied that the point-blank mentioning of the violent past had the power of a self-fulfilling prophecy. Such careful and euphemising phrasing is also reminiscent of the old (Roman) concept of *amicitia*, which was included in standard formulas in treaties of the 17th and 18th centuries.[68] Lesaffer, too, argues that the frequent use of clauses of *amicitia* bespeaks a perceived need to establish and cement peaceful relations in the face of a lack thereof.[69]

2.2.2 Conservation And Expectations

This interpretation suggests that the European statesmen did not subscribe to the idealistic belief that the natural state of affairs between states was a peaceful one and that a (lasting) peacetime would *inevitably* and *automatically* ensue because it was the default in inter-state relations. Further insights into the lawmakers' perceptions of the future as either a naturally peaceful or naturally conflict-prone one can be drawn from passages referring to the maintenance of a certain state of affairs. It was the balance of power in Europe, as well as the harmony and order between the states that

64 *Id*., Art. XVI.
65 *Id*., Art. IV.
66 Orebro 1812, Art. I.
67 Declaration of the Cabinets 1818, preamble.
68 Lesaffer (2004), p. 37.
69 *Ibid.*

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

were to be maintained. To cite just one of many examples: 'The present Treaty of defensive alliance having for its objects to maintain the equilibrium of Europe […]'.[70] In 1812, when the treaty of Chaumont was drafted, European harmony and equilibrium, however, had of course been unsettled by Napoleon's invasion of multiple European states. In this provision, the states thus optimistically anticipated such a time when the desired status, that of restored equilibrium, would have been re-established. This is laid out in the preamble: '[the parties] being desirous, […] by re-establishing a just balance of power, and […] to fix the means of maintaining, against every attempt, the order of things which shall have been the happy consequence of their efforts'. While the general tone is optimistic, the states were also preparing for renewed conflict, viewing it as a clear possibility. They provided for preventive measures, such as 'to enter, without delay, into defensive engagements […] against every attempt which France might make to infringe the order of things resulting from, such pacification'.[71] So even if a peace with France was to be concluded, (military) actions against the order of things were to be prepared for. While such an attitude might be less surprising in a war-time alliance treaty, the Second Treaty of Paris[72] was drafted along the same lines: '[…] wishing to employ all their means to prevent the general tranquillity […] from being again disturbed; […] in order to guaranty Europe from the dangers by which she may still be menaced.'[73]

Taking into account the findings of paragraph 2.2.1., especially concerning the considerations of the past before 1789, the conclusion must be that the European powers did not feel secure after Napoleon was vanquished and the Bourbon monarchy reinstalled in France. Rather, they regarded renewed conflicts as a realistic possibility. The treaty of Chaumont and subsequent agreements are based on the motif of '*si vis pacem, para bellum*'. The states considered the maintenance of peace as something that required an active effort, not an automatism and that they would have to 'devote their best attention to maintain (…) that harmony and good understanding'.[74] They pursued that task by reinstating a former status quo and preparing defensive alliances in case of renewed conflict. Their caution is

70 Chaumont 1814, Art. XVI.
71 *Id.*, Art. V.
72 Paris 1815.
73 *Id.*, preamble.
74 Paris 1814, Art. I.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

to be regarded primarily as nothing more than the utterly welcome behaviour of responsible leaders, who should prepare for the worst. At the same time, the optimistic anticipation palpable in some of the core treaties of the era implies that the states did, in fact, expect an end to the war (among the five great powers, at least). Such – albeit cautious – confidence would have stemmed from the military and economic effects of twenty years of warfare, military triumph over *la Grande Armée* and the exiling of Napoleon. The statesmen, in conclusion, saw military conflict as an exception to the normal status quo, which reveals that they did not act from a perspective of overall doom and gloom but rather from a determined hopefulness of preventing the realisation of a particular, undesired future.

2.2.3 Concrete Future-Shaping Measures

The third type of future-oriented action is concrete measures that extend beyond the restoration of a former status and exceed mere notions of intent. They can be either creating (aimed at bringing about certain developments), or preventing (aimed at avoiding certain developments) in nature. The former type can, however, only be observed in one single, albeit significant case:[75]

That first truly proactive and positive measure is contained rather inconspicuously in article VI of the Quadruple Alliance.[76] The parties therein agreed to meet 'at fixed periods' in order to discuss common interests for 'the benefit of tranquillity and prosperity between the nations and the maintenance of peace in Europe'. Despite this, the clause is still vague with respect to the actual temporal intervals, the places of meeting, or the form of decision-making, to name but three specifics. It does not clearly articulate the newfound will to jointly shape and secure the future as the new modus operandi in European foreign relations. Still, herein lies the first delicate seed of an institutionalised multilateralism.[77] Art. VI was one

75 Leaving aside the highly differentiated and thorough set of policies regulating to payments and restitution of debts and aid payments, which do not represent any substantive, long-term future planning.

76 Treaty of Alliance and Friendship between Great Britain, Austria, Prussia and Russia, signed at Paris, 20th November, 1815 [*henceforth*: 'Alliance 1815'].

77 *See also* Jarrett (2014), p. 369.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

important step in transferring multilateralism from exceptionality into political normality. Apart from the re-establishment of a lasting, stable territorial order, this agreement is to be viewed as the most significant achievement of the Congress System.

The second category of norms concerning the law of war and peace was preventive in nature. It deals with the establishment of the great powers' defensive alliance against Napoleonic France in the treaty of Chaumont and the subsequent treaties of alliance. This alliance was initially intended to last for twenty years, regardless of external events, with the objective of preventing such 'invasions which during so many years have desolated the world'.[78] It was not tied to a specific conflict, and that level of abstraction allowed a flexible reaction to new military aggression in the future without first having to trigger renewed negotiations concerning the details of mutual assistance. While this preventive measure is long-term in nature, it remains operational. Even though the alliance was part of a broader strategy to secure peace in the future, its scope did not extend beyond the detached elimination of military escalation. Nevertheless, the alliance strengthened the political solidarity between the contracting parties. Thus, it was a crucial step in the creation of new routines, which in turn made international co-operation habitual.

2.2.4 Delay And The Future As A Resource

In contrast to the degree of willful decision-making, which was required for any future-shaping measures (as discussed under 2.2.3), the political leaders postponed substantive decisions in several instances. In those cases, they only took the first step of stipulating their mutual willingness to work together on solutions to certain issues. Oftentimes, the actual responsibility of decision-making was transferred either onto other people – authorised agents – or into the future, and sometimes the two coincided. For example, tasks like developing means to tackle smuggling[79] or the appointment of commissioners to solve the partitioning of war equipment[80] were agreed to be completed at an unspecified point in time. It is conspicuous that the majority of self-imposed obligations to reach an agreement at

78 Chaumont 1814, Art. XVI.
79 Paris 1814, Art. IV.
80 *Id*., Art. XV.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

a later stage were stipulated without any concrete deadline or timeframe for implementation. Other creative tasks were to be carried out 'immediately', 'as soon as (possible)', or 'without loss of time', yet a precise deadline was not stated. Examples hereof are the nomination of commissioners who were to supervise the implementation of contractual arrangements,[81] the engagement in further arrangements pertaining to succour[82] or the conclusion of agreements concerning commercial and political interests.[83] Further examples include engagement in defensive military action ('without delay'),[84] providing 'immediate' military support to a power under attack,[85] and the removal of sequesters on funds and goods '[i]mmediately after the Ratification of the present Treaty'.[86]

A common feature of the reference objects in these examples is that they represent complex intergovernmental issues, the tackling of which would have required, firstly, enormous expenditures of labour and time, and secondly, entailed the risk of conflict and diplomatic impasse. This is prominently exemplified in the First Treaty of Paris' stipulation wherein the parties agreed that they were to reach arrangements at the upcoming Congress of Vienna which would 'complete'[87] the provisions of the peace treaty and 'to add to them the arrangements rendered necessary by the state in which Europe was left at the termination of the last war'.[88] In the end, however, the majority of the agreements dealt with in Vienna pertained to territorial matters. Thus, viewed from a strictly formalistic perspective, the 'arrangements rendered necessary' largely remained limited to the re-establishment of a territorial balance of power.

When re-establishing a former status quo after a conflict, however, a looming question is if it was not precisely that same status quo which led to the conflict in the first place. The causes of war in the 1790s were twofold: first and foremost, the outbreak was due to unchecked ambitions and the military talents of a conqueror. The states dealt with this problem comprehensively by the aforementioned restoration of a balance of power

81 *Id*., Art. XX; Additional Article to Paris 1814 between France and Russia.
82 Chaumont 1814, Art. IX ('as soon as the requisition shall be made'), Art. XII.
83 Additional Articles to Paris 1814 between Great Britain and France, Art. V; Orebro 1812, Art. IV.
84 Chaumont 1814, Art. V.
85 *Id*., Art. VII.
86 Additional Articles to Paris 1814 between Great Britain and France, Art. IV.
87 Paris 1814, Art. XXXII.
88 Vienna Final Act 1815, preamble.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

and through elaborate settings for a defensive alliance in the treaties of Chaumont and the Quadruple Alliance. Yet, there was, of course, the second cause: the rise of Napoleon had only been possible because of the French Revolution. Furthermore, the ideas born in this revolution seeped through Europe, threatening monarchies and inspiring peoples to fight for independence, thereby provoking military responses to uprisings and civil wars. Disentangling the deeper roots of this situation and finding stable solutions was too great a task for any government, as it would be today, and yet it was at the fore of the statesmen's thoughts and worries.

The most delicate example dealt with in the material examined here regarding the question of how the states should treat military interventions by the great powers. Indeed, the new order did not yet prohibit the resort to armed violence as a policy tool.[89] Rather, it aimed at maintaining the status quo in order to secure peace in Europe, but it was silent on concrete, legitimate means of responding to threats to the monarchic systems as such and on whether those should be handled as a joint responsibility. The states merely acknowledged that '[…] as the same Revolutionary principles which upheld the last criminal usurpation, might again, under other forms, convulse France', they would 'engage, in case so unfortunate an event should again occur, to concert amongst themselves, and with His Most Christian Majesty, the measures which they may judge necessary to be pursued for safety of their respective States, and for the general tranquillity of Europe.'[90]

The statesmen thus delayed active decision-making on this topic and avoided trying to actively *shape* the future. At the same time, and under the premise that they employed this technique deliberately, they actively *used* the future. The possible motivation behind the intentional postponing of any decision-making could have been that the future's inherent suspense and its constant promise of the possibility of a positive outcome might have had a stimulating impact on negotiations and inter-state relations. To illustrate, by not looking into the box that holds Schrödinger's cat, the states could work with the undeniable possibility that the cat was still alive. A strategy of delay, therefore, may have at best lead to a gradual

89 War was still considered a legitimate last resort. The first generally accepted condemnation of the recourse to war 'for the solution of international controversies' (Art. I) was presented in the General Treaty for the Renunciation of War of 1928, better known as the Kellog-Briand Pact; *see* Crawford (2012), pp. 744-5.

90 Alliance 1815, Art. 2.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

strengthening of trust between states, which in turn could be a prerequisite for further co-operation. The necessity of gradually building a stronger basis of mutual trust was clearly acknowledged by the states: the Congress at Vienna was seen as a means to 'facilitate the communication between Nations, and continually to render them less strangers to each other'.[91] Delays could be actively used in the sense that seemingly less important aspects were deliberately left unresolved in order to avoid disunity, which would put the stipulation of acutely needed provisions – this rings especially true for peace treaties - at risk.[92] If basic peace agreements were adopted and the willingness to co-operate had been mutually asserted, 'a glance into the box' could be risked, and further debate on more detailed and sensitive issues could be entered into.

Another motivation for states to postpone decision-making might have been that they – subconsciously – perceived the subsequent reduction of contingency as a threat to their own sovereignty and security.[93] States, reigning supreme since 1648, are inherently reluctant to submit themselves to binding rules that do not provide any loopholes for future deviation, even in situations that were not anticipated at the time of drafting. States fear that such rules would significantly reduce states' discretion in the face of unexpected developments and might even force them into behaviour which might run counter to their *raison d'état*.

Whether or to what degree lawmakers in the early 19th century deliberately employed this technique of delay, or if the instances listed above

---

91 Paris 1814, Art. 5. This wording is highly evocative of the phrasing of the EEC Treaty, precursor to the European Union, in which the member states were 'determined to lay the foundation of an ever closer union among the peoples of Europe'.

92 A poignant example can be found in the Treaty of Lausanne (of 24 July 1923), the peace treaty between the allied forces and Turkey. The frontier between Turkey and Iraq had been a contentious issue since the end of World War I, as Great Britain and Turkey had been unable reach an agreement. Therefore, Art. 3 (2) of the Treaty of Lausanne provided that the frontier 'shall be laid down in friendly arrangement to be concluded between Turkey and Great Britain within nine months. In the event of no agreement being reached between the two Governments within the time mentioned, the dispute shall be referred to the Council of the League of Nations'.

93 As is still sometimes argued today, e.g. in the debate whether the taking into account of international law by the US Supreme Court constitutes a threat to the validity of the US constitution. For reference on the scholarly debate pertaining to the relationship between US municipal law and (customary) international law, *see* Crawford (2012), p. 81.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

were merely due to an inability to reach a consensus, their delayed decision-making evoked a force field of political communication which in turn affected and possibly weakened the established legal norms. As early as 1818, a rapidly intensifying dispute manifested between Great Britain and the Eastern Powers over the question of whether and under what circumstances military interventions into the internal affairs of other states by the European major powers should be admissible. With a view to those, the British Foreign Minister Lord Castlereagh wrote in 1820: 'The Alliance which exists had no such purpose in view in its original formation. – It was never so explained to Parliament.'[94] This was a dispute pertaining to the 'correct' interpretation of the treaties of peace and alliance, which could only exist because these treaties contained vague phrasing and inconclusive declarations of intent as to the admissibility of the use of force and the balance of power's maintenance. Arguably, this dispute marked the downfall of the whole Congress System after the Congress of Verona in 1822.[95]

3. Conclusions

This article asked what caused international law to become oriented towards shaping a common future and thus causing the birth of international, multilateral co-operation sometime between 1648 and the 20th century's latter half. The approach here was to focus on the impact of lawmakers' perceptions of the future. Three consecutive questions needed to be asked: Whether perceptions of the future became manifest in the legal documents, whether the turmoil of revolution and warfare between 1789 and 1814/15 led to a change in future perceptions and why it was a period of ten years in the early 19th century that saw the rise of multilateralism. The conclusions will be presented in three steps.

Addressing the first question, the analysis in section 2. reveals that lawmakers' perceptions of the future do become manifest in those documents, albeit subtly. In designing a new legal and political order in Europe, the great powers' statesmen operated with a focus mostly turned towards the past and were only reluctantly willing to create a truly new regime de-

94 Lord Castlereagh, Confidential State Paper, 5 May 1820.

95 Jarrett (2014), p. 376; several other reasons have been offered as explanations of the Congress System's ultimate failure, *see id*., pp. 363-5.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tached from the past status quo. One may infer that the lawmakers deemed the timeframe that could be shaped by concrete regulation to be less than a generation.[96] The treaties' wording suggests, furthermore, that the lawmakers expected the peace that was reinstated after the decades of war to be lasting. Those decades were still, in accordance with more idealistic natural law doctrines, seen as an exception to the general rule of peacetime. Against this generally optimistic backdrop however, the treaties indicate that statesmen considered renewed wars, even among the European great powers, a realistic possibility for which they actively had to prepare.

This does not, to turn to the second question, mark a drastically changed way of looking at the future. Indeed no radically changed perception or concept of future by the statesmen in question, all of them born in the late 18th century, is inferable from the treaties. Neither did the perceptions of future seem to change as a result of a future that was (suddenly) perceived to be contingent, nor as a result of the tumultuous decades of revolution and warfare.

Concerning the final downfall of eschatological beliefs, the legal documents neither display any underlying insecurity triggered by a supposedly contingent future nor any previously unseen enthusiasm towards new means of shaping the – now limitless – future by legal instruments.[97] Thus, in the context of international law, the Koselleck-Hölscher hypothesis that the future opened up to man's creative will between 1770 and 1830 cannot be affirmed by manifestations deductible from treaties on the political order of early 19th century Europe.

Regarding the French Revolution and Napoleon's ambitions, the European statesmen seemed to recover fairly quickly from their trauma insofar as their perceptions of the future as such did not change in its aftermath. They did believe in the stability of the new territorial balance that they had created at Vienna. In that sense, the future they envisioned seemed cautiously stable, calculable and the number of potential future developments in international relations seemed manageable, especially regarding military aggression by one of the powers.

---

96 *See supra* note 51.

97 Generally, the overall tone both in the treaties and protocols, as well as in internal communication of the statesmen is mostly pragmatic and sober, void of enthusiastic proclamations of a new dawn in international relations. On the contrary, the repeated congresses were in some instances even seen as a possible threat to public contentment, *see*, for Great Britain, Bew (2011), p. 454.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

That said, what had indeed changed was the predictability of the future with a view to the revolutionary ideas spreading from Paris, carrying with them the spectre of civil uprisings directed against monarchic governments. The maintenance of the much cited future tranquility and repose of Europe, which were so crucial to the statesmen, seemed imperilled. Compared to the threat of military aggression by another great power, this public unrest was a subtle, yet equally substantive threat to their existence. Pertaining to armed conflict, the states had ample experience and a body of customary, written and unwritten rules of conduct, so that armed aggression by another state was still within somewhat established parameters. With this, states could forecast to a certain extent how other powers would react, which behaviours were generally accepted and which were unthinkable. The threat to the integrity of (absolutistic) monarchies, however, spreading from one nation to another, was unforeseen, incalculable, and had not been experienced before to a similar extent. Alternatives to the ruling monarchies and the unity of multi-ethnic states such as Habsburg Austria were an unthinkable worst-case scenario and outside of the scope of prognosis. This new threat thus led to a crisis of prognostics, obscuring the forecast horizon. Hence, the statesmen did not want or were unable to stipulate binding legal norms regulating (joint) responses to such threats. By stalling in this way, they postponed any predictability regarding the various possible reactions by states towards such unrest, and ultimately created more insecurity. At least in the earlier agreements before 1818, we may assume that this was partly because the great powers did not want to risk their newfound co-operation and harmony by openly addressing points of contention. It was their foremost intention to prevent the reoccurrence of armed conflict between the great powers, and international law was an important but not all-encompassing means to this end.

Why then, to address the third and final question, was it the epoch discussed here that saw the first experiment in collective action? The concurrence of two factors was decisive.

Firstly, the great powers began to see the shaping of the future in international relations as a shared responsibility that led them to loosely institutionalise multilateral consultation and decision-making through conferences.[98] The *conditio sine qua non* for this was a corresponding perception of a threat that affected all of the great powers and which no state could

98 *See* article VI of the Alliance 1815, as discussed above under 2.2.3.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tackle on its own. When such a threat is perceived, and its horror is truly understood by the actors – through the experience of similar, past horrors –, it sparks an increased desire for order, which in turn triggers surges in institutionalisation and regulation.[99] The Napoleonic Wars had to a large extent bred a legitimate existential fear in the European states. The territorial integrity and sovereignty of those who were vanquished, the very essence of their existence, had been at stake or had been lost. When Napoleon had been defeated in 1814, only to return and spread fear and terror anew for 100 days, the great powers' future seemed lastingly threatened. Faced with the prospect of a violent past repeating itself, coupled with a lack of responses to the impalpable threat of civil unrest, the European sovereign states, until then structurally solitary actors, turned into a risk community.

Secondly, a very different factor had been pivotal for the newfound collective approach to international relations, namely that lines of communication between the European states had shortened. In the early 19th century, technical advances in transport and communication exploded. Telegraphy had continually improved since the 18th century and progressed significantly from the 1830s onwards. The extension of railroad traffic had flourished since the first steam engine was launched in 1804. Both of these technologies enabled states to communicate with each other more flexibly and rapidly.

We can, therefore, conclude that the evolution of international co-operation in the early 19th century was not caused by any immediate changes in future perceptions. Rather, it was triggered by the formation of a risk community of European states, alongside formidable advances in technology. This development was supported by an underlying concept (which had gradually formed in previous centuries) of a future that could almost limitlessly be influenced by man.

This evolution carried in its wake the development of legal positivism and the overall rise of international law over the course of the century. The European states intensified their co-operation and began to acknowledge shared responsibilities in areas other than peace or conflict, such as navigation on the Rhine, which turned the river into a common European watercourse. Routines of joint action were thereby established and continuously increased. The League of Nations, institutionalising international co-

99 *See also* Black (1969), p. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

operation to secure worldwide peace one hundred years later, could build upon these beginnings with renewed momentum. While the Covenant of the League did not yet expressly profess to collectively engage in the shaping of a common future, it clearly declared the safeguarding of peace to be the states' *joint* responsibility.[100]

References

Altwicker, Tilmann / Diggelmann, Oliver (2014), How is Progress Constructed in International Legal Scholarship?, in: The European Journal of International Law 25/2, pp. 425-444.

Benjamin, Walter (1940), Über den Begriff der Geschichte – Das Hannah-Arendt-Manuskript, in: Gérard Raulet (ed.) (2010), Walter Benjamin. Werke und Nachlaß. Kritische Gesamtausgabe. Volume 19, Über den Begriff der Geschichte, Frankfurt/M, pp. 6-29.

Bew, John (2011), Castlereagh. Enlightenment, War and Tyranny, London.

Black, Cyril E. (1969), Challenges to an Evolving Legal Order, in: Richard A. Falk / Cyril E. Black (eds.), The Future of the International Legal Order, Volume I, Trends and Patterns, Princeton, pp. 3-31.

Black, Cyril E. / Falk, Richard A. (1969), A General Introduction, in: Richard A. Falk / Cyril E. Black (eds.), The Future of the International Legal Order, Volume I, Trends and Patterns, Princeton, pp. vii-xi.

Burke, Peter (2010), Foreword. The History of the Future, 1350-2000, in: Andrea Brady / Emily Butterworth (eds.), The Uses of the Future in Early Modern Europe, New York / London, pp. ix-xx.

Cassese, Antonio (ed.) (2012), Realizing Utopia. The Future of International Law, Oxford.

Crawford, James (2012), Brownlie's Principles of Public International Law. 8th edition, Oxford.

Duchhardt, Heinz (2004), Peace treaties from Westphalia to the Revolutionary Era, in: Randall Lesaffer (ed.), Peace Treaties and International Law in European History, Cambridge, pp. 45-58.

Dudziak, Mary L. (2014), The Future as a Concept in National Security Law, in: 42 Pepperdine Law Review 591, pp. 591-606.

100 'Any war or threat of war, whether immediately affecting any of the Members of the League or not, is hereby declared a matter of concern to the whole League, and the League shall take any action that may be deemed wise and effectual to safeguard the peace of nations', Covenant of the League of Nations, Art. 11.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Falk, Richard A. (1969), The Interplay of Westphalia and Charter Conceptions of International Legal Order, in: Richard A. Falk / Cyril E. Black (eds.), The Future of the International Legal Order, Volume I, Trends and Patterns, Princeton, pp. 32-70.

Frhr. von der Heydte, Friedrich August (1961), Rechtssicherheit in: Görres-Gesellschaft (ed.), Staatslexikon. Recht Wirtschaft Gesellschaft, 6. Band, Oligopol bis Schweiz, 6th edition, Freiburg, pp. 679-680.

Grewe, Wilhelm G. (2000), The Epochs of International Law, Berlin.

Hawking, Stephen / Mlodinow, Leonard (2009), Die kürzeste Geschichte der Zeit, 4th edition, Reinbek bei Hamburg.

Hölscher, Lucian (1999), Die Entdeckung der Zukunft, Frankfurt/M.

Husserl, Gerhart (1955), Recht und Zeit. Fünf rechtsphilosophische Essays, Frankfurt/M.

Jarrett, Mark (2014), The Congress of Vienna and its Legacy. War and Great Power Diplomacy after Napoleon, London / New York.

Jordan, Stefan (2006), Geschichtsbewusstsein, in: Friedrich Jaeger (ed.), Enzyklopädie der Neuzeit. Band 4, Friede – Gutsherrschaft. Stuttgart / Weimar, pp. 592-596.

Koselleck, Reinhart (1984), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, 2nd edition, Frankfurt/M.

Kubler, George (1962), The Shape of Time, New Haven / London.

Landwehr, Achim (2014), Geburt der Gegenwart. Eine Geschichte der Zeit im 17. Jahrhundert, Frankfurt/M.

Lesaffer, Randall (2004), Peace treaties from Lodi to Westphalia, in: Randall Lesaffer (ed.), Peace Treaties and International Law in European History, Cambridge, pp. 9-44.

Makropoulos, Michael (2004), Kontingenz. Aspekte einer theoretischen Semantik der Moderne. Available at: http://www.michael-makropoulos.de/Kontingenz.pdf

Manning, James Alexander (ed.) (1848), Aphorismes politiques, pensées morales et philosophiques de l'Empereur Napoléon. Recueillis de plus de 80 ouvrages originaux par C. A. G. de Liancourt, London.

McDonald, Avril / Brollowski, Hanna (2011), Security, in: R: Wolfrum (Ed.), The Max Planck Encyclopedia of Public International Law, online Edition (www.mpepil.com, last visited on 21 July 2017).

Schulz, Matthias (2009), Normen und Praxis. Das Europäische Konzert der Großmächte als Sicherheitsrat 1815-1860, Oldenburg.

Skouteris, Thomas (2009), The Notion of Progress in International Law Discourse, The Hague.

Sparn, Walter (2005), Apokalyptik, in: Friedrich Jaeger (ed.), Enzyklopädie der Neuzeit. Band 1, Abendland – Beleuchtung. Stuttgart / Weimar, pp. 491-497.

Steiger, Heinhard (2015), Die Wiener Congressakte – Diskontinuität und Kontinuität des Europäischen Völkerrechts 1789-1818, in: Archiv des Völkerrechts 53/2, pp. 167-219.

Wright, Quincy (1961), The Role of International Law in the Elimination of War, New York.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

1878 als sicherheitskulturelle Wende in der deutschen Geschichte

Tobias Bruns

Die historische Sicherheitsforschung konnte sich im Laufe der 2010er Jahre in weiten Bereichen der Geschichtswissenschaft etablieren, wovon zahlreiche bereits erschienene oder entstehende Aufsätze, Themenhefte und Monografien zeugen. Der vorliegende Sammelband, der die zentrale Verknüpfung von Zukunfts- und Sicherheitsvorstellungen aufzeigen möchte, ist ein weiteres Beispiel dafür. Der Großteil der Veröffentlichungen konzentriert sich dabei auf die Frühe Neuzeit und die Zeitgeschichte, das „verabschiedete" lange 19. Jahrhundert wurde von der historischen Sicherheitsforschung bisher hingegen weitgehend ausgespart. Insbesondere die Kaiserreichsforschung könnte jedoch von den Ansätzen der Sicherheitsgeschichte enorm profitieren und neue Sichtweisen auf etablierte Forschungsfelder gewinnen. Dies soll im vorliegenden Beitrag am Beispiel der so genannten „konservativen Wende" aufgezeigt werden.[1]

Die Jahre 1878/79 stehen in der deutschen Geschichtswissenschaft für die Forschungskontroverse um die so genannte „Innere Reichsgründung". Bismarck habe die politische Stimmung nach zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. geschickt ausgenutzt, um die Vormachtstellung der nationalliberalen Partei zu brechen, auf die er im Reichstag angewiesen war. Die Debatte um das Sozialistengesetz und die Schutzzölle habe das liberale Lager entzweit und die Politik im Kaiserreich insgesamt eine „konservative Wende" vollzogen, welche die Modernisierung Deutschlands dauerhaft blockiert habe. In der Abwendung vom Liberalismus und der Schaffung eines konservativen Bündnisses von „Eisen und Roggen" sei eine dramatische Fehlentwicklung eingeleitet worden, deren Konsequenz letztlich nicht nur der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, sondern auch das anschlie-

1 Siehe zur historischen Sicherheitsforschung u. a.: Zwierlein (2012); Conze (2012); Daase (2012a); Zwierlein / Graaf (2013). Als jüngere Forschungsvorhaben zum 19. Jahrhundert seien die Projekte von Christine Krüger zur Sicherheit im städtischen Raum und Carola Dietze zur Erfindung des Terrorismus im SFB / TRR 138 genannt. Auch das Dissertationsprojekt des Verfassers reiht sich hier ein: es zielt auf eine Sicherheitsgeschichte des Deutschen Kaiserreichs.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ßende Scheitern der Weimarer Republik und die Machtergreifung der Nationalsozialisten gewesen sei.[2]

Kritiker dieser Schwestertheorie des deutschen Sonderwegs verwiesen darauf, dass 1878/79 keineswegs eine langfristige Richtungsentscheidung für die Geschichte des Kaiserreichs getroffen worden sei und die problematisierte „konservative Wende" bei genauerer Prüfung ihren Schrecken verliere. Der Politik Bismarcks habe keineswegs ein genialer Masterplan zugrunde gelegen, sondern sie sei vor allem Sachzwängen und opportunistischen Erwägungen gefolgt. Die Schutzzollpolitik spiegele einen allgemeinen zeitgenössischen Trend wider und die Höhe der deutschen Tarife habe im internationalen Vergleich eher im Mittelfeld gelegen. Die vermeintliche Schwächung des Liberalismus wiederum sei Ergebnis eines „Normalisierungsprozesses" gewesen, die zwischenzeitliche Stärke liberaler Parteien nur als eine Übergangserscheinung im Rahmen der Reichsgründung zu erklären. Schließlich wurde auch problematisiert, dass die These einer langfristig folgenreichen „Inneren Reichsgründung" zeitgenössische Kritik zu historischen Urteilen verkläre. Anders als von Liberalen dargestellt, seien Demokratisierung und Freihandel nicht zwangsläufig miteinander verbunden, wie etwa das Beispiel der hochprotektionistischen USA verdeutliche. Auch gehe der Zusammenhang zwischen Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung als „Zuckerbrot und Peitsche" Bismarcks auf sozialdemokratische Rhetorik zurück und sei in der Auseinandersetzung mit dem Quellenmaterial so nicht haltbar.[3]

Trotz dieser berechtigten Kritik an der Bedeutung der „konservativen Wende" gab es eine auffällige Häufung von Richtungswechseln in weiten Bereichen der Politik. Um diesem Phänomen gerecht zu werden, ohne in eine teleologische Deutung des Beginns einer Vorgeschichte des Nationalsozialismus zu verfallen, schlägt der vorliegende Beitrag einen Rückgriff auf das Repertoire an theoretischen und analytischen Ansätzen der historischen Sicherheitsforschung vor. Diese ermöglichen eine Deutung des Jahres 1878 als Zeitpunkt einer sicherheitskulturellen Wende, in der bestimmte politische Argumente plausibler und entsprechende politische Entschei-

2 Siehe etwa Böhme (1968); Wehler (1988); Winkler (1979). Vgl. auch: Ullmann (1999), S. 77 ff.; Frie (2013), S. 32-43.

3 Siehe hierzu etwa: Barkin (1987); Pflanze (1982); Langewiesche (1988), S. 133-136; Tennstedt (1997); Torp (2010); vgl. Ullmann (1999), S. 78 f.; Frie (2013), S. 34-43; Anderson / Barkin (1989).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dungen wahrscheinlicher wurden. Veränderte Zukunftserwartungen spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Im Folgenden sollen zunächst kurz Vorentwicklung (1) sowie Inhalt der „konservativen Wende“ (2) skizziert werden. Anschließend wird die Veränderung der Sicherheitskultur analysiert (3). Dazu wird zuerst die zeitgenössisch wahrgenommene Bedrohung untersucht (3.1) und danach aufgezeigt, wie bestimmte Themen zu politischen Zwecken als sicherheitsrelevant dargestellt wurden (3.2). Schließlich wird die Verschiebung zeitlicher Erwartungs- und räumlicher Bedrohungshorizonte erörtert (3.3).

Vorentwicklung: von der Gründerkrise zu den Attentaten von 1878

Die Gründerkrise ist, ungeachtet der Diskussion um die Existenz einer „Großen Depression“, eine entscheidende Grundlage für die politische Wende von 1878/79. Nach dem Gründerboom der Jahre 1870-73 kam es infolge des Wiener Börsenkrachs im Mai 1873 zu einer weltweiten Rezession, die im Deutschen Reich zwar nicht alle Wirtschaftszweige betraf, aber dennoch zu einer spürbaren Verschlechterung der Binnennachfrage und des Geschäftsklimas führte. Richtig ist auch, dass diese Entwicklung den bisher vorherrschenden (Wirtschafts-)Liberalismus entscheidend in Frage stellte. Insbesondere der Freihandel geriet von verschiedenen Seiten unter Beschuss, auch bei Reichskanzler Otto von Bismarck kam es 1877 endgültig zu einem Umdenken.[4]

Trotz dieser Entwicklungen fand zunächst kein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik statt, welche dem Prinzip des deregulierten *laissez faire* folgte. Im Juni 1873 beschloss der Reichstag sogar noch eine vollständige Aufhebung der Eisenzölle für das Jahr 1877 und gab damit unilateral das Prinzip der Meistbegünstigung auf, welches bereits zu maßgeblichen Zollsenkungen geführt hatte. Eine konservative Gesetzesvorlage für die Wiedereinführung im Jahr des Inkrafttretens der Zollaufhebung 1877 wurde, obwohl die „Krisis“ nun offen zu Tage getreten war, angesichts des sicheren Scheiterns zurückgezogen. In den im selben Jahr stattfindenden Reichstagswahlen erlitten die Nationalliberalen zwar Verluste, stellten aber nach wie vor die größte Fraktion im Parlament. Bismarck verhandelte

4 Grabas (2011); Plumpe (2012), S. 20-26; Langewiesche (1988), S. 170-173; Torp (2005), S. 148-162; Pflanze (1998), S. 10-17 u. 38-44.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

noch zum Jahreswechsel mit ihrem Vorsitzenden Rudolf von Bennigsen um dessen möglichen Eintritt in die Reichsleitung als Stellvertreter des Reichskanzlers.[5]

Erst 1878 änderte sich die Situation: Innerhalb eines Monats wurden zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. verübt. Angesichts der Tatsache, dass beide Täter lose Verbindungen zur Sozialdemokratie aufwiesen, wurden ihr die Anschläge angelastet. Ein nach dem ersten Anschlag durch die Reichsleitung eingereichtes erstes Sozialistengesetz scheiterte zunächst im Reichstag. Nach dem zweiten Anschlag befand sich das Land jedoch in einem Zustand der Hysterie. In der Folge wurde auf Betreiben Bismarcks der Reichstag aufgelöst und es wurden Neuwahlen angeordnet. Diese führten nach einem stark antisozialistisch und auch antiliberal ausgerichteten Wahlkampf zu einer Kräfteverschiebung im Parlament. Während die konservativen Parteien deutlich an Stimmen gewannen, erfuhren die Liberalen herbe Verluste. Mithilfe der Konservativen und eines Großteils der Nationalliberalen konnten nun im selben Jahr das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" verabschiedet und unter Einbeziehung des Zentrums im folgenden Jahr umfassende Schutzzölle eingeführt werden.[6]

Die „konservative Wende"

Die Verabschiedung der Schutzzölle stellte einen eindeutigen Bruch mit der bisherigen liberalen Wirtschaftspolitik des Kaiserreichs dar. Der Bruch umfasste jedoch nicht nur die Abkehr vom Freihandel. Eher symbolisch war die Einstellung der Silberverkäufe durch die Reichsbank. Diese wurde als ein erster Schritt hin zur Einrichtung eines bimetallischen Währungssystems und damit als ein direkter Angriff auf den Goldstandard wahrgenommen. Dessen Einführung war aus Sicht der Liberalen eine ihrer zentralen Errungenschaften gewesen, welche Bismarck nun in einem Interview offen als Fehler bezeichnete. Es blieb allerdings nicht bei bloßer Symbolik. Tatsächlich macht die wirtschaftshistorische Forschung eine

5 Torp (2005), S. 141 ff. u. 156-162; Langewiesche (1988), S. 173 f.; Pflanze (1998), S. 103-110; Gall (1980), S. 554-559; vgl. Stenografische Berichte des Reichstags (StenBerRT). 3. LP, 1877, 2: 28 Sitzung, 23.04.1877.

6 Braun (2003); Dietze (2008); Mühlhausen (1993), S. 291 ff.; Mühlhausen (2001), S. 22 ff.; Torp (2005), S. 163-169; Pflanze (1998), S. 119-141.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„ordnungspolitische Wende“[7] aus, welche unter anderem Eisenbahnverstaatlichungen, einen Ausbau der Infrastruktur etwa in Ostpreußen und die Einführung einer reichsweiten Fabrikinspektion umfasste.[8]

Der zunehmende staatliche Interventionismus war nicht auf die Wirtschaft begrenzt. Galten die Jahre 1871-78 bereits zeitgenössisch als bisheriger Höhepunkt des Parlamentarismus in der deutschen Geschichte, entwickelte sich das Reich nun stärker zu einem bürokratischen Verwaltungsstaat. Dies drückte sich innenpolitisch in einer größeren gesamtstaatlichen Bereitschaft zum Eingriff in die Kompetenzen der Gliedstaaten und Kommunen aus. Auch lassen sich erste Zeichen einer reichsweiten Biopolitik ausmachen. So wurde 1878 das Budget des Kaiserlichen Gesundheitsamts verdoppelt, ein Lebensmittelgesetz eingeführt und mit dem so genannten Wöchnerinnenschutz erstmals ein staatlicher Mutterschutz etabliert.[9]

Auch im Rahmen des Sozialistengesetzes zeigte der Staat eine erhöhte Interventionsbereitschaft, sei es durch eine Ausweitung der Überwachung vermeintlicher Staatsfeinde, Einschränkungen der Versammlungsfreiheit oder die Ausbürgerung und Inhaftierung von Sozialdemokraten und Anarchisten. Zwischen 1878 und 1881 wurde das Personal der politischen Polizei verzehnfacht und es begann eine umfassende nationale und internationale Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden zur Verfolgung so genannter politischer Verbrecher. Aus liberaler Sicht stellte diese Entwicklung eine klare Beeinträchtigung der Rechtssicherheit dar.[10]

Die zeitgleiche Abschwächung des Kulturkampfes muss ebenfalls als eine Abwendung von liberalen Ideen verstanden werden. Die Kooperation der Liberalen mit der Reichsleitung bei der Kulturkampfgesetzgebung stellte, anders als in der älteren Historiographie oft behauptet, keine Abweichung von liberalen Idealen zwecks der Anbiederung an Bismarck dar. Vielmehr war der Kampf gegen den Einfluss der katholischen Kirche ein Kernanliegen zahlreicher Liberaler, etwa um die rechtsstaatliche Hoheit beispielsweise im Schulwesen durchzusetzen. Die Reichsleitung arbeitete

---

7 Müller (2013), S. 121.

8 Müller (2013); Ayaß (1996), S. XXXVII; Thiemeyer (2004); Thiemeyer (2013); Otto (2001).

9 Vgl. Spenkuch (1999); Langewiesche (1988), S. 164 ff.; Ayaß (1996), S. XXXVII-XXXIX; Pflanze (1998), S. 173-179; Hüntelmann (2008), S. 78-92.

10 Wilms (1992); Mühlnikel (2014), S. 187-209; Mühlhausen (1993), S. 293 f.; Mühlhausen (2001), S. 24 f.; vgl. zur polizeilichen Ausübung des Sozialistengesetzes auch die von Beatrice Falk und Ingo Materna bearbeitete Quellensammlung: Falk / Materna (2005); Falk / Materna (2009); Materna (2005).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nun etwa bei den besagten Schutzzöllen mit der Zentrumspartei zusammen. Ab 1880 wurde diese Kehrtwende, zunächst im Rahmen der Milderungsgesetze und schließlich mit den Friedensgesetzen, legislativ untermauert, indem ein Großteil der Maßnahmen des Kulturkampfs eingeschränkt bzw. aufgehoben wurde.[11]

Eine Abwendung von liberalen Idealen, auch unter Liberalen, lässt sich nicht nur politisch, sondern auch kulturell beobachten. Beispielhaft dafür ist der so genannte Berliner Antisemitismusstreit. In dieser bildungsbürgerlichen Auseinandersetzung wurde die rechtliche Emanzipation der Juden offen in Frage gestellt und ihnen ein mangelndes Bekenntnis zur deutschen Nation vorgeworfen. Problematisch war nicht nur, dass nun ein auch so bezeichneter Antisemitismus salonfähig wurde, sondern ebenso, dass auch Liberale, welche die jüdische Bevölkerung gegenüber den Angriffen in Schutz nahmen, (implizit) forderten, dass diese früher oder später ihre religiöse Identität aufzugeben hätten. Damit erschien eine Beibehaltung der religiösen Identität von Juden implizit als mit dem Deutschsein unvereinbar und wurde de facto eine Konversion in der Tradition des christlichen Antijudaismus gefordert. Auch die Zustimmung zum Sozialistengesetz wurde in der Retrospektive häufig als Beginn einer neuen Phase des (National-)Liberalismus gedeutet, in welcher er sich immer stärker konservativen Positionen annäherte.[12]

Sicherheitskulturelle Veränderungen

3.1 Das Gefühl der Bedrohung

Der politische und ideologische Bedeutungsverlust liberaler Ideen und Vorstellungen, auch unter Liberalen selbst, ist nicht allein durch die Gründerkrise und Bismarcks Geschick zu erklären, die Ausnahmesituation nach den Anschlägen auf Wilhelm I. auszunutzen. Ein wichtiger, häufig marginalisierter Faktor, welcher die „konservative Wende“ und die anschließenden Entwicklungen ermöglichte, war die Furcht vor einem revolutionären

11 Heinen (2003); Lill (1973); Aschoff (2005), S. 68-71; Gall (1980), S. 559 ff.; siehe zu den strukturellen Gründen für die Beendigung des Kulturkampfs: Ross (1998).

12 Berding (2000), S. 57 f. u. 67-72; Krieger (2003); Jensen (2004); Jensen (2010); Rürup (2010); Heinrichs (2003), S. 149-154; Langewiesche (1988), S. 178 ff.; Winkler (1978).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Umsturz. Als Hintergrund für die beiden nicht einmal einen Monat auseinanderliegenden Attentate auf den Kaiser wurde eine sozialistische Verschwörung vermutet.[13]

Diesen Verdacht unterstrichen unter anderem die Ermittlungen der Polizei, die geradezu panisch auf der Suche nach Hintermännern des Anschlags war. In der Bevölkerung Berlins verbreitete sich eine regelrechte Hysterie, es gab unzählige Hinweise auf vermeintliche weitere Attentate, denen sämtlich nachgegangen wurde. Die Medien griffen weitere Todesdrohungen gegenüber dem Kaiser auf und diskutierten sie sogar international als Teil einer größeren Verschwörung. Die Darstellung der Entwicklungen in der ausländischen Presse, welche teilweise, wie etwa die *New York Times*, das Ende der Monarchie im Reich unmittelbar kommen sah, ließ die Gefahr umso realistischer erscheinen. Die zahlreichen Solidaritätsbekundungen für den Kaiser in der Öffentlichkeit und in den Medien brachten „zur Sprache", so Carola Dietze überzeugend, „dass die Form der Staatsverfassung umkämpft, dass die Monarchie im Kaiserreich keineswegs unhinterfragt war. Erst diese Tatsache ließ die Demonstrationen der Einheit und allgemeinen Liebe für den Kaiser politisch notwendig werden, sie gibt ihnen ihren eigentlichen politischen Sinn."[14] Dass Wilhelm I., wie viele Zeitgenossen bemerkten, mit einer ausgesprochenen Ruhe auf die Anschläge reagierte, ist kein Gegenargument, da diese Ruhe auch als Inszenierung des Selbstverständnisses des Monarchen verstanden werden kann, welcher als Repräsentant der Ordnung keine Schwäche zeigen durfte.[15]

Das Sicherheitsgefühl der politischen Akteure änderte sich 1878 schlagartig. Sowohl die Kaiserfamilie als auch der Reichskanzler waren fortan ständig von einem mehrstufigen Sicherheitsnetz umgeben. Auch der Reichstag traf Schutzmaßnahmen, gegen die einzelne Parlamentarier protestierten. Auf den Straßen Berlins waren die Polizei und das Militär nun deutlich präsenter. Es gehört zum Paradoxon von Sicherheitspraktiken, dass ihre andauernde Anwesenheit ein Gefühl der Unsicherheit erzeugt. Dass etwas geschützt wird, heißt auch, dass es vor möglichen Gefahren

13 Vgl. Braun (2003), S. 223-239; Roller (1994); Pflanze (1998), S. 120 f.; Mühlhausen (2001), S. 16-20; Mühlnikel (2014), S. 62 f.; siehe zum Konzept der Verschwörung und dessen sicherheitshistorischer Bedeutung: Graaf / Zwierlein (2013).

14 Dietze (2008), S. 55.

15 Mühlnikel (2014), S. 62-65 u. 123-136 u. 196; Vgl. Roller (1994), S. 111 ff.; Pflanze (1998), S. 120 f. u. 124 ff.; Dietze (2008); Vgl. Dietze / Schenk (2009).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

überhaupt erst geschützt werden muss. Wichtig ist, dass die neuen Sicherheitsmaßnahmen im Kaiserreich auch in den Folgejahren nicht eingeschränkt, sondern teilweise sogar ausgebaut wurden.[16]

Das allgemeine Gefühl der Bedrohung beschränkte sich nicht auf das Feld der inneren Sicherheit, sondern erstreckte sich im Rahmen der Gründerkrise auch auf die wirtschaftliche Ebene. Unabhängig von der individuellen Betroffenheit nahmen die Zeitgenossen die Gründerkrise als massiven Einschnitt wahr. Vor dem Hintergrund der sich intensivierenden ersten Phase der Globalisierung wurde eine teils reale, teils imaginierte, immer größere internationale Konkurrenz als Bedrohung empfunden. Nach Cornelius Torp war in diesem Zusammenhang der Protektionismus wirtschaftlich vielleicht eher schädlich, aber aus innenpolitischen Gründen – zur Wahrung des sozialen Friedens – wohl unvermeidbar. Unter diesen Umständen lässt sich beispielsweise die massenhafte Unterstützung für Schutzzölle gerade unter Kleinbauern erklären. Die höchsten Zustimmungsraten erhielten die neuen Zolltarife nicht bei den Konservativen, sondern in der Zentrumsfraktion (in der 87 Prozent für die Gesetzesvorlage stimmten), deren Wählerbasis in jenem Zeitraum bäuerlich-handwerklich geprägt war. Generell wurde die protektionistische Handelspolitik stets mit der Parole des „Schutzes der nationalen Arbeit" gerechtfertigt, derer sich unter anderem Bismarck immer wieder bediente. Die Parole war doppelt konnotiert: Schutz vor der Bedrohung durch ausländische Konkurrenz meinte auch Schutz vor sozialen Unruhen (infolge von Arbeitslosigkeit) und deren möglichen Konsequenzen für die staatliche Ordnung.[17]

Der „Schutz der nationalen Arbeit" erstreckte sich auch auf Felder jenseits der Schutzzollfrage. Das Bedrohungsszenario der ausländischen Konkurrenz diente ebenso zur Rechtfertigung der in weiten Teilen der Unternehmerschaft verbreiteten Ablehnung des Arbeiterschutzes. So forderte beispielsweise der Verband der Glasindustriellen Deutschlands eine Abschwächung der (ohnehin zahnlosen) Gewerbeordnung, da ansonsten „die gesamte vaterländische Glasindustrie in Gefahr [steht], von der des Auslands völlig vernichtet zu werden. Abhilfe hiervon, und zwar schnelle Abhilfe tut not!", so der Verband bereits 1874 in einer Eingabe an den Bun-

16 Mühlnikel (2014), S. 212-241; Vgl. Engert (2014), S. 39 ff.; vgl. Münkler (2010), S. 12 f.

17 Torp (2005), S. 149-152; Torp (2009); Torp (2010), S. 148 u. 164-169; Barkin (1987), S. 226 f.; Pflanze (1998), S. 209; Rose (2013), S. 84-87.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

desrat.[18] Auch Bismarck lehnte Arbeiterschutzmaßnahmen als Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen strikt ab. Zunächst im Hintergrund aktiv, war er maßgeblich dafür verantwortlich, dass die Gewerbeordnungsnovelle 1878 an entscheidenden Stellen entschärft wurde und letztlich kaum Verbesserungen für Arbeiter enthielt.[19]

3.2 Bedrohungskommunikation und Versicherheitlichung

Die Furcht vor dem „*cauchemar de révolution*" war keine bloße Rhetorik. Dass bestimmte Akteure diese Furcht für ihre eigenen Interessen zu nutzen verstanden, ist kein Widerspruch, im Gegenteil vielmehr ein Zeichen ihrer Wirkmächtigkeit. Entscheidend war nicht die Intention – Schutzzölle waren für Bismarck z. B. vor allem aus fiskalpolitischen Gründen von Interesse –, sondern dass die zur Begründung bzw. Rechtfertigung bemühte Bedrohungskommunikation erfolgreich war.[20] Real wurde die Bedrohung durch die Effekte. Generell gilt es, die zeitgenössische Kritik an Bedrohungsszenarien als einer bloßen Taktik nicht automatisch zu übernehmen. Dass etwa Konservative Bedrohungsszenarien strategisch nutzten, schließt keineswegs aus, dass Angst als zusätzlicher Faktor, etwa bei der Einführung der Schutzzölle oder des Sozialistengesetzes, ebenfalls eine Rolle spielte. Historischen Akteuren sollten Ambivalenzen zugestanden werden. Individuen können emotional betroffen sein und dennoch rational handeln.[21]

Von entscheidender Bedeutung ist die Tatsache, dass mithilfe von Bedrohungskommunikation bestimmte Themen nun erfolgreich „versicher-

18 Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands an den Bundesrat. 5.11.1874. Quelle Nr. 72, in: Ayaß, Wolfgang (Hg.) (1996), Arbeiterschutz. Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. I. Abteilung, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 3, Stuttgart.

19 Ayaß (1996), S. XXXIII-XXXVI; Ayaß (2002); Machtan (1991), S. 125 ff. u. 132 f.

20 Siehe zum Konzept der Bedrohungskommunikation und dessen Potential für die Geschichtswissenschaft: Fechner u. a. (2014).

21 Vgl. Rudloff (2005), S. 75-78; Mühlhausen (2001), S. 16-20; vgl. zur fiskalpolitischen Motivation Bismarcks: Torp (2005), S. 156-158; Pflanze (1998), S. 189-195; vgl. Roller (1994); z. B. Bismarck: Gall (1980), S. 538 u. 566 ff.; vgl. überblickend zur Bedeutung von Gefühlen bzw. Angst für die Geschichte: Hitzer (2011).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

heitlicht“ werden konnten. Versicherheitlichung meint die Herstellung einer Sicherheitsrelevanz, mit der ein Akteur vor einer Öffentlichkeit (außergewöhnliche) Maßnahmen gegenüber einer aufgezeigten Bedrohung rechtfertigt. Konterkariert werden kann diese Versicherheitlichung etwa durch den Versuch einer Entdramatisierung der Bedrohungslage, gegebenenfalls mit dem Verweis auf die möglichen Gefahren, die mit den außerordentlichen Maßnahmen einhergehen.[22]

Geradezu idealtypisch wird dies in den Parlamentsdebatten zum ersten (gescheiterten) und zweiten (verabschiedeten) Sozialistengesetz deutlich: Die Gegner der Ausnahmegesetze verwiesen darauf, dass diese eine massive Verschlechterung der Rechtssicherheit darstellen würden. So mahnte Rudolf von Bennigsen in der Debatte zum ersten Gesetzesentwurf:

> „[E]s müßte in Deutschland Gesetzgebung und Verwaltung, es müßte die ganze Vertretung und Vertheidigung der Grundlagen von Religion, Sittlichkeit, bürgerlicher Rechtsordnung vollständig banquerott gemacht haben, ehe man es wagt, zu Maßregeln zu schreiten, wie sie hier vorgeschlagen sind, die nach der vollkommenen Unbestimmtheit ihres Inhalts gewaltsame Auflehnung, Ausschreitungen der gefährlichsten Art, humane Bestrebungen und wissenschaftliche Untersuchungen mit gleichem Verbot treffen können.“[23]

Nach dem anschließenden Attentatsversuch durch Eduard Noibling mussten sich die Liberalen, von Bismarck durchaus beabsichtigt, für ihre Ablehnung rechtfertigen. Nun konnte, unabhängig von der Existenz einer tatsächlichen Verschwörung, eindrücklich die Relevanz des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestimmungen der Sozialdemokratie“ herausgestellt werden.[24] Die Stenographischen Berichte des Reichstages hielten fest, Reichskanzler Bismarck habe „in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind [wahrgenommen], gegen den der Staat, die Gesellschaft, sich in Notwehr befindet.“[25] Angesichts der Tatsache, dass eine revolutionäre Verschwörung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht nachgewiesen werden konnte, fragte der deutschkonservative Abgeordnete Hans Hugo von Kleist-Retzow: „Sind denn die beiden Attentate gegen den Kaiser noch nicht starke Tatsachen genug, um das zu beweisen? […] Es ist

22 Siehe hierzu: Wæver (1995); Buzan u.a. (1998); vgl. für die Bedeutung des Ansatzes für die Geschichtswissenschaft: Conze (2012).
23 StenBerRT. 3. LP, 1878, 2: 54. Sitzung, 23.05.1878, S. 1505 f.
24 Vgl. Bartels (2004); StenBerRT. 3. LP, 1878, 2: 54. u. 55. Sitzung, 23. u. 24.05.1878.
25 StenBerRT. 4. LP, 1879, 1: 5. Sitzung, 17.09.1878, S. 70.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nichts anderes, meine Herren, als wie der Krieg, ein Angriffskrieg gegen denjenigen Feind, von dem wir gewiß sind, daß er uns angreifen wird, wenn ihm die Zeit günstig scheint.“[26] Am 19. Oktober 1878 stimmte die Mehrheit der nationalliberalen Partei, darunter auch der vormalige leidenschaftliche Verteidiger der Rechtssicherheit Bennigsen, für das Ausnahmegesetz.[27]

Auch in der Schutzzolldebatte lässt sich diese Entwicklung ausmachen. „Bestimmend für die Einführung des Eisenzolles […] war, daß es den Eisenindustriellen gelang, der Öffentlichkeit die eigene ‚Notlage‘ zu suggerieren.“[28] Dass dies gelang, war keineswegs selbstverständlich. Bereits 1873 hatte der württembergische Reichstagsabgeordnete Moritz Mohl versucht, die Abschaffung der Eisenzölle mit Hilfe von Bedrohungskommunikation zu verhindern. Er mahnte:

> „[D]er Antrag will […] die ganze großdeutsche [Eisen-]Industrie […], deren Erzeugung in Deutschland ohne Zweifel Hunderttausende von Arbeitern beschäftigt […], [des] so äußerst mäßigen nationalen Schutzes berauben, den deutschen Markt in diesen Gegenständen des täglichen Bedürfnisses für das ganze deutsche Volk der Invasion der englischen, belgischen, französischen und österreichischen Waaren ohne jeglichen Schutz und ohne alle Gegenseitigkeit preisgeben.“[29]

Kaum ein Abgeordneter hielt es allerdings anschließend für nötig, auf dieses Bedrohungsszenario einzugehen. Stattdessen sahen sich die Kritiker der Zollaufhebung genötigt anzumerken, dass sie ja eigentlich Vertreter des Freihandels seien.[30]

1879 hatte sich das Blatt gewendet. Zwar versuchte etwa Eduard Lasker, eine Führungsfigur des „linken“ Flügels der Nationalliberalen, die Front der Schutzzöllner zu spalten, indem er warnte: „Sehen Sie denn nicht, daß Sie einen Krieg eröffnen […], nämlich einen prinzipiellen Krieg zwischen der Landwirthschaft auf der einen Seite und der Industrie und

---

26 Ebd., S. 72.

27 Mühlhausen (1993), S. 291-293; Bartels (2004); Sieg (2013), S. 25 ff.; vgl. zur vorangegangen Debatte: StenBerRT. 4. LP, 1879, 1: 4. u. 5. Sitzung, 16. u. 17.09.1878.

28 Hardach (1987), S. 287.

29 StenBerRT. 1. LP, 1873, 2: 39. Sitzung, 26.05.1873, S. 835.

30 Vgl. zur Diskussion zur Eisenzollaufhebung 1873: StenBerRT. 1. LP, 1873, 2: 39. (26.05.1873), 40. (27.05.1873), 57. (20.06.1873) u. 60. (24.06.1873) Sitzung; vgl. Torp (2005), S. 139-145.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den Städten auf der anderen Seite?“[31] Angesichts der konstant beschworenen (wirtschaftlichen) Weltuntergangsszenarien waren diese Versuche einer „Gegen-Versicherheitlichung“ der Schutzzollgegner allerdings wenig erfolgreich. Ihre Positionen wurden in der inner- und außerparlamentarischen Diskussion als „Manchestertum“ diffamiert. Nun befanden sich also die Liberalen in der Defensive und sahen sich gezwungen, ihre Positionen zu rechtfertigen.[32]

Diese Veränderung der „diskursiven Vorherrschaft“[33] durch erfolgreiche Versicherheitlichungsversuche erkannten schon einige Zeitgenossen. Bereits am Tag nach dem ersten Kaiser-Attentat bat etwa die liberale *Frankfurter Zeitung*, vorschnelle Schlüsse hinsichtlich eines Bezugs zur Sozialdemokratie zu vermeiden und das Ergebnis der Polizeiermittlungen abzuwarten. Dass die Redakteure dies für nötig hielten, verdeutlicht im Umkehrschluss, dass ihnen die Möglichkeit zur politischen Instrumentalisierung des Attentats sofort bewusst war. Die Verabschiedung des Sozialistengesetzes und der Schutzzölle ist nicht nur auf die neuen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag zurückzuführen, in dem die liberalen Parteien trotz Verlusten immer noch mehr Sitze besaßen als die Konservativen. Vielmehr ging ihr eine diskursive Verschiebung voran, die eine Bedingung für den parlamentarischen Rechtsruck war: Den Liberalen haftete nun, auch aufgrund ihrer Ablehnung des ersten Sozialistengesetzes, das Label der „Reichsfeinde“ an, welches vormals vor allem zur Diskreditierung von Sozialdemokraten und Katholiken verwendet worden war. Der Wahlkampf im Sommer 1878 war antisozialistisch und obendrein explizit antiliberal geprägt. Dass er für die konservativen Parteien erfolgreich war, hängt eng mit dem Glaubwürdigkeitsverlust des liberalen Zukunftsbildes zusammen.[34]

31 StenBerRT. 4. LP, 1879, 3: 40. Sitzung, 08.05.1879, S. 1048.

32 Vgl. zur Diskussion zur Einführung der Schutzzölle 1879: StenBerRT. 4. LP, 1879, 3: 36.-41. (02.-09.05.1879), 45.-55. (15.-28.05.1879) u. 60. (16.06.1879) Sitzung; StenBerRT. 4. LP, 1879, 4: 61 u. 62. (17. u. 19.06.1879), 65.-74. (24.06.-07.07.1879), 76.-80. (08.-12.07.1879) Sitzung. Vgl. Torp (2005), S. 147-165; Pflanze (1998), S. 208-216; zur Figur des „Manchestertums“: Mares (2006).

33 Torp (2005), S. 144.

34 Vgl. Torp (2005), S. 144; Dietze (2008), S. 42; Braun (2003); vgl auch Lehmann (2010).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3.3 Zeit- und Bedrohungshorizonte

Die Wahrnehmung einer konkreten Bedrohung führte zu einem Wandel zeitlicher Erwartungshorizonte. In der so genannten liberalen Ära lag der Zeithorizont, in dem die gewünschten Ergebnisse von Gesetzesmaßnahmen eintreten würden, eher in der Ferne. Gesellschaftlicher Fortschritt sollte langfristig erreicht werden. Auch die Vertreter des Freihandels etwa sahen ihn durchaus als eine kurzfristige Belastung der eigenen Wirtschaft an, welche aber durch den zukünftig erreichten Wohlstand ausgeglichen werden würde. Bereits durch die Gründerkrise diskreditiert, verlor das liberale Zukunftsbild eines langfristigen Fortschritts 1878 noch einmal an Überzeugungskraft. Während der erste (erfolglose) Attentatsversuch des schon im Jugendalter straffällig gewordenen Klempnergesellen Max Hödel ins bürgerliche Weltbild passte, stammte der Täter des zweiten Anschlags, durch den der Kaiser schwer verletzt wurde, Dr. phil. Eduard Noibling, aus „guten Verhältnissen". Wie Ulrich Sieg aufgezeigt hat, geriet das liberale Bildungsideal, der Kerninhalt des Fortschrittsglaubens, in der Folge unter starken Beschuss. Auch unter Liberalen selbst kam es zur Ernüchterung. In den Worten Dieter Langewiesches: „Der nationalliberale Wunsch nach Parlamentarisierung [verrann] in eine ferne unbestimmte Zukunft."[35] Viele Abgeordnete arrangierten sich mit dem Status quo des monarchischen Konstitutionalismus.[36]

Angesichts der akuten Gefahren für die Staats- und Wirtschaftsordnung bestand sofortiger Handlungsbedarf. Der „Moment der Bedrohung"[37] ging mit einer „Verknappung von Zeit"[38] einher. Beinahe unmittelbar nach Beginn der Legislaturperiode, in der vierten Sitzung des neugewählten Reichstages, wurde die Beratung des Sozialistengesetzes aufgenommen. Es trat drei Tage nach seinem Beschluss am 19. Oktober 1878 in Kraft. Auch die Änderung des Zolltarifs schien durch einen gewissen Aktionismus angetrieben. Die Abschaffung der Eisenzölle 1873 war noch eine Kompromisslösung gewesen. Statt wie ursprünglich geplant 1875 fielen sie erst 1877 weg. In der liberalen Ära waren solch lange Zeitabschnitte zwischen Beschluss und Ausführung eines Gesetzes offenbar unproblema-

35 Langewiesche (1988), S. 178.
36 Vgl. Langewiesche (1988), S. 170 f. u. 178-180; Sieg (2013), S. 19-57; vgl. StenBerRT. 1. LP, 1873, 2: 57. Sitzung (20.06.1873), S. 1291.
37 Frie / Meier (2014), S. 6.
38 Frie / Meier (2014), S. 6.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tisch gewesen. Die Zollreform des Jahres 1879 hingegen peitschte Bismarck geradezu durch die verschiedenen Instanzen.[39]

Generell zeugt die wirtschaftspolitische Neuausrichtung von einem veränderten Zukunftsverständnis. Auf ein unkontrolliertes *laissez faire* mit ungewissem Ausgang ließ man sich nun nicht mehr ein. Sich auf die Selbstregulierung des Marktes zu verlassen, war als „Manchestertum" diskreditiert. „Kathedersozialistische" Ideen gewannen, insbesondere im liberalen Bürgertum, an Bedeutung und in der Bürokratie dominierten immer mehr ordnungspolitische Vorstellungen. Der Staat intervenierte in zahlreichen Bereichen: Gebiete, welche Eisenbahnunternehmer aufgrund mangelnder Profitaussichten nicht erschlossen hatten, wurden nach der Verstaatlichung des Schienenverkehrs infrastrukturell aufgewertet. Auch den Handel mit Nahrungsmitteln überließ man nicht mehr sich selbst. Davon zeugt das neue Lebensmittelgesetz ebenso wie der massive Ausbau der Trichinenschau, welche den Vertrieb verseuchten Schweinefleischs verhindern sollte.[40]

Neben dieser Verschiebung *zeitlicher* Horizonte gab es auch eine markante Verschiebung auf einer *räumlichen* Ebene: Zentraler Bedrohungshorizont war nicht (mehr) das *äußere* Bestehen des Reiches, sondern dessen *innere* Ordnung. Sie stellte den zentralen Bezugspunkt der Bedrohungskommunikation, ihr Referenzobjekt dar. So war der Freihandel in Deutschland zunächst aus außenpolitischen Überlegungen verfolgt und dann wie aufgezeigt aus innenpolitischen Erwägungen eingestellt worden. In der Schutzzolldebatte war nicht die ausländische Konkurrenz an sich die eigentliche Gefahr, sondern die bedrohlichen möglichen Auswirkungen des unkontrollierten Wettbewerbs auf die Gesellschaft und damit auf die innere Ordnung des Reichs. Folgerichtig wurden Schutzzölle deshalb immer wieder gebetsmühlenartig als „Schutz der nationalen Arbeit" propagiert. Der Einführung des Goldstandards nach der Reichsgründung 1871 hatten ebenfalls außenpolitische (anti-französische) Erwägungen zugrunde gelegen. Seine Abschaffung hingegen wurde mit dessen angeblich katastrophaler Wirkung auf die deutsche Wirtschaft gefordert.[41]

Als Hintermann des Goldstandards galt vielen seiner Gegner die jüdische Bevölkerung des Reiches, welche obendrein oftmals für die Wirt-

39 Bartels (2004); Torp (2005), S. 141 ff. u. 164 ff.

40 Vgl. Plumpe (2012); Torp (2005), S. 153 ff.; Müller (2013); Spiekermann (2010); Hüntelmann (2008), S. 96.

41 Vgl. Torp (2005), S. 121-136; Rose (2013); Otto (2001); Thiemeyer (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schaftskrise verantwortlich gemacht wurde. Dieser nun auch so bezeichnete Antisemitismus wurde sogar zum politischen Programm: 1878 gründete sich die „Christlich-soziale-Partei" des antijüdischen Predigers Adolf Stoecker. Ihr Programm war nicht nur antisemitisch, sondern auch antiliberal, antikapitalistisch und antisozialistisch ausgerichtet. Die Verbindung dieser Feindbilder war weit über diese politische Splittergruppe hinaus verbreitet und verweist auf die Wahrnehmung einer inneren Bedrohung der Nation.[42]

Die Hauptgefahr, welche angeblich von der Sozialdemokratie ausging, wurde in der „Negation […] unserer sittlichen, unserer sozialen und unserer staatlichen Ordnung"[43] ausgemacht, wie es der freikonservative Abgeordnete Graf von Bethusy-Huc im Reichstag ausdrückte. Ihre „Arbeiterbataillone" seien entschlossen, die „bestehende Ordnung anzugreifen und im Falle des Gelingens umzuwerfen."[44] Die Häufung des Ordnungsbegriffs als Bezugspunkt von Bedrohungsszenarien ist auffällig. Staat, Öffentlichkeit, Sittlichkeit oder Sozialgefüge wurden offensichtlich im konzeptionellen und wortwörtlichen Sinne als „bedrohte Ordnungen"[45] empfunden. Das Innere der Nation war die schutzbedürftige Schwachstelle. Demgegenüber erschienen extranationale Akteure nun weniger gefährlich.[46]

Während Sozialisten und Liberale in den Wahlen 1878 als „Reichsfeinde" diffamiert wurden, erschienen die bisher ebenfalls unter dieser Kategorie gefassten Katholiken plötzlich weniger bedrohlich. Deren vermeintliche Gefährlichkeit hatte stets in der ihnen vorgeworfenen Nähe zu außenpolitischen Gegnern wie Österreich-Ungarn, Frankreich und vor allem dem Vatikan gelegen. Der ihnen angelastete Ultramontanismus, also die Loyalität zum Papst vor der Loyalität zum Kaiser, war nach dem Pontifi-

---

42 Otto (2001); Sieg (2014); Brakelmann (1982); Kremers-Sper (1992); Greschat (2005); Heinrichs (2003).

43 StenBerRT. 3. LP, 1878, 2: 54. Sitzung, 23.05.1878, S. 1500.

44 Ebd.

45 Zum Konzept der „Bedrohten Ordnungen" siehe: Frie / Meier (2014).

46 Vgl. Sitzung des Staatsministeriums am 16.05.1878 (Nr. 650), in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.) (2004), Acta Borussica. Neue Folge. Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd. 6/I. 3. Januar 1867 bis 20. Dezember 1878. Hildesheim, S. 483; Sitzung des Kronrats im Kronprinzen-Palais Berlin, Unter den Linden, am 05.06.1878 (Nr. 654), in: ebd., S. 487; vgl. StenBerRT. 3. LP, 1878, 2: 54. u. 55. Sitzung, 23. u. 24.05.1878; vgl. StenBerRT. 4. LP, 1879, 1: 4. u. 5. Sitzung, 16. u. 17.09.1878; Mühlhausen (1993), S. 285 u. 289; Mühlhausen (2001), S. 13; Roller (1994), S. 102-105.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

katsantritt Leos XIII. 1878 schlagartig weniger brisant, da dieser schnell Zugeständnisse an den deutschen Staat signalisierte und so der Beendigung des Kulturkampfes den Weg ebnete. Dass die Katholikenfrage „entsicherheitlicht" wurde, also ihre Sicherheitsrelevanz verlor, wirkte sich ganz konkret realpolitisch aus: Fortan war eine Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Zentrum, etwa in der Schutzzollfrage, möglich. Eine Konstellation, welche für die Liberalen stets ein Schreckensszenario gewesen war.[47]

Noch eine weitere, bisher noch nicht genannte Zäsur, die in vielen Darstellungen zur „Inneren Reichsgründung" vernachlässigt wurde, lässt sich in diesem Zusammenhang erklären: Der elf Tage nach dem Noibling-Attentat beginnende Berliner Kongress, auf dem Deutschland eine Vermittlerrolle zur Lösung der Balkankrise einnahm, gilt als Wendepunkt in der deutschen Außenpolitik. Bismarck verfolgte nun nicht mehr, wie noch zwei Jahre zuvor in der so genannten Krieg-in-Sicht-Krise, einen möglichen Ausbau der Machtstellung des Reiches, sondern nahm eine defensive Rolle ein, die signalisierte, dass sich Deutschland mit seiner gegenwärtigen Stellung begnügte. Diese so bezeichnete „saturierte" Außenpolitik war darauf ausgerichtet, den anderen Groß- und Mittelmächten zu vermitteln, dass sie vom Deutschen Reich nichts zu befürchten und damit auch keinen Grund hatten, es als Sicherheitsrisiko zu sehen. Auch dieser Richtungswechsel lag nicht im Sinne vieler Liberaler, welche vorsichtige Kritik am neuen nationalen Auftreten der Bescheidenheit äußerten.[48]

Die zeitgleiche Wende in Innen- und Außenpolitik ist keinesfalls zufällig, sondern beruhte auf einem von Klaus Hildebrand formulierten Zusammenhang: „Der innenpolitische Fortschritt barg das außenpolitische Risiko, und die außenpolitische Saturiertheit erforderte die innenpolitische Ruhelage des Bestehenden."[49] Dieser Zusammenhang spiegelt eine Veränderung der Sicherheitskultur des Kaiserreichs wider. Darunter fasst Christopher Daase „die Summe der Überzeugungen, Werte und Praktiken von Institutionen und Individuen, die darüber entscheiden, was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet werden soll."[50] In der liberalen Ära wurde primär die äußere Einheit des

47 Vgl. Braun (2003); Lill (1973); Heinen (2003); Gall (1980), S. 559 ff. u. 582-591.
48 Hildebrand (1995), S. 28-64; Hildebrand (1989), S. 193-196; Hildebrand (2000); Vgl. Barkin (1987), S. 221; Langewiesche (1988), S. 168.
49 Hildebrand (1989), S. 193.
50 Daase (2012b), S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kleindeutschen Staates als gefährdet angesehen, als Bedrohung erschienen dementsprechend vor allem internationale Akteure. Ihnen wurde außenpolitisch proaktiv und innenpolitisch mit indirekten Maßnahmen durch die Schaffung von (rechtlichen) Rahmenbedingungen, insbesondere der Institutionalisierung von Reichshoheiten, begegnet. Nach der sicherheitskulturellen Wende wurde das Innere des Reiches als bedrohte Ordnung empfunden. Als Gefahrenträger wurden politische, religiöse und ethnische Minderheiten ausgemacht. Die innenpolitischen Reaktionen (als solche müssen auch die Schutzzölle gelten) zeichneten sich durch direkte staatliche Interventionen aus. In der Außenpolitik wurde eine defensive Linie verfolgt.

Fazit und Ausblick

1878 erfolgte im Deutschen Kaiserreich infolge eines Zusammenfalls der mittel- bis langfristigen Wirkung hintergründiger Prozesse und des entzündenden Impulses tagesaktueller Ereignisse, vor allem zweier Attentate auf Wilhelm I., eine markante Verschiebung zeitlicher Erwartungs- und räumlicher Bedrohungshorizonte. Dadurch gewannen bestimmte (konservative, staatszentrierte und aktionistische) politische Argumente und Maßnahmen an Plausibilität und Wirkung, andere (liberale, de-regulative und langfristig orientierte) verloren sie. Auch kann durch sie die Tendenzwende bei bestimmten kulturellen Entwicklungen erklärt werden. Statt Freiheit und Fortschritt wurden Schutz und Ordnung zu entscheidenden Dispositiven.[51] Dies wirkte sich besonders nachteilig auf die Überzeugungskraft liberaler Ideen und Argumente aus, was sich auch in Wahlergebnissen niederschlug. Ein sicherheitshistorischer Zugang zur Geschichte des Deutschen Kaiserreichs erscheint also lohnenswert, können durch ihn doch sowohl

51 Rückgreifend auf die Definition Michel Foucaults werden mit „Dispositiven" die „Netze" bezeichnet, die „Diskurse, Institutionen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze" miteinander verknüpfen. Die in ihnen gebundenen Themen stellen die Grundlagen der gesellschaftlichen Verhandlungsprozesse dar und können sowohl zustimmende als auch ablehnende Positionen umfassen. Siehe Foucault (1978), S. 119 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

langfristige Kontinuitäten als auch strukturelle Brüche neu gedeutet werden.[52]

Die Entwicklungen der 1880er Jahre fügen sich in das Bild der sicherheitskulturellen Wende, sei es in Hinblick auf die diplomatische Beendigung des Kulturkampfes 1887, die so genannte Bismarcksche Bündnispolitik, die Sozialversicherungsgesetzgebung oder die antipolnische Germanisierungspolitik. Es wäre jedoch zugleich falsch, 1878 als Richtungsentscheidung für den weiteren Verlauf der Geschichte des Kaiserreichs zu interpretieren, etwa in Form einer Durchsetzung eines „Primats des Inneren" oder einer zweiten „Inneren Reichsgründung" mit ihren jeweiligen Implikationen. Stattdessen muss sie als eine kontingente diskursive Anordnung verstanden werden, die sich wieder ändern konnte und dies auch tat.[53]

Im Rahmen des von Wilhelm II. angekündigten „Neuen Kurses" ab dem Jahr 1890 lässt sich wiederum eine Verschiebung in der Sicherheitskultur, diesmal unter anderen Vorzeichen ausmachen. Der junge Kaiser reduzierte seine Personenschutzmaßnahmen, eine Verlängerung des Sozialistengesetzes konnte im Reichstag nicht erreicht werden und der neue Reichskanzler Leo von Caprivi bemühte sich um eine Einschränkung des Protektionismus. In der Außenpolitik stand nun Prestige statt Sicherheit im Mittelpunkt und in der Sozialpolitik wurde eine Arbeiterschutzgesetzgebung angekündigt, eben jene, die Bismarck mit dem Verweis auf die ausländische Konkurrenz stets abgelehnt hatte.[54]

52 Vgl. zu den Auswirkungen auf Wahlergebnisse: Lehmann (2010) sowie beispielsweise die Entwicklung 1878 in einem traditionell nationalliberalen Wahlkreis: Kreutzmann (2014).

53 Siehe zur weiteren politischen Entwicklung in den genannten Themenfeldern in den 1880er Jahren z. B.: Spenkuch (1999); Lill (1973); Aschoff (2005), S. 68-72; Hildebrand (1995), S. 57-146; vgl. überblickend zur (Entstehung der) Sozialversicherung: Ritter (1998) sowie Hockerts (1983); siehe zur so genannten „Polenpolitik" Molik (1999) sowie Kleßmann / Frackowiak (2013).

54 Vgl. Barkin (1987), S. 235; Mühlnikel (2014), S. 162-167 u. 224-241; Mühlhausen (1993), S. 295 f.; Torp (2005), S. 179-210; Hildebrand (1989), S. 196-201; Hildebrand (1995), S. 149-189; Ayaß (2005); Machtan (1991), S. 134 ff.; vgl. auch Gall (2000).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Literaturverzeichnis

Anderson, Margaret Lavinia / Barkin, Kenneth D. (1989), Der Mythos der Puttkamer-Säuberung und die Realität des Kulturkampfes. Überlegungen zur Geschichtsschreibung des kaiserlichen Deutschlands, in: Historisches Jahrbuch 109, S. 452-498.

Aschoff, Hans-Georg (2005), Bismarck und der deutsche Katholizismus, in: Bernd Heidenreich u. a. (Hg.), Bismarck und die Deutschen, Berlin, S. 63-73.

Ayass, Wolfgang (1996), Einleitung, in: Wolfgang Ayass (Hg.), Arbeiterschutz. Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. I. Abteilung, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 3, Stuttgart, S. XIX-XLIII.

Ayass, Wolfgang (2002), Bismarck und der Arbeiterschutz, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 89, S. 400-426.

Ayass, Wolfgang (2005), Einleitung, in: Wolfgang Ayass (Hg.), Arbeiterschutz. Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik. III. Abteilung. Ausbau und Differenzierung der Sozialpolitik seit Beginn des neuen Kurses (1890-1904), Bd. 3, Darmstadt, S. XVII-XLIV.

Barkin, Kenneth D. (1987), 1878-1879. The Second Founding of the Reich. A Perspective, in: German Studies Review 10, S. 219-235.

Bartels, Hans-Peter (2004), Die parlamentarische Behandlung des Sozialistengesetzes im Reichstag, in: Heidi Beutin (Hg.), 125 Jahre Sozialistengesetz. Beiträge der öffentlichen wissenschaftlichen Konferenz vom 28.-30. November 2003 in Kiel, Frankfurt/M, S. 99-106.

Berding, Helmut (2000), Antisemitismus im 19. Jahrhundert, in: Olaf Blaschke / Aram Mattioli (Hg.), Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich. Zürich, S. 57-75.

Böhme, Helmut (Hg.) (1968), Probleme der Reichsgründungszeit 1848-1879, Köln u. a.

Brakelmann, Günter (1982), Adolf Stoecker und die Sozialdemokratie. Gründung der Christlich-sozialen Arbeiterpartei, in: Günter Brakelmann u. a. (Hg.), Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers. Hamburg, S. 113-116.

Braun, Bernd (2003), ‚Der Kampf gegen den Reichsfeind' als Wahlparole: Die Wahlen 1878, in: Lothar Gall (Hg.), Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel, Paderborn, S. 223-248.

Buzan, Barry u. a. (1998), Security. A new framework for analysis, Boulder (CO).

Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 453-467.

Daase, Christopher (2012a), Die Historisierung der Sicherheit. Anmerkungen zur historischen Sicherheitsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 386-405.

Daase, Christopher (2012b), Sicherheitskultur als interdisziplinäres Forschungsprogramm, in: Christopher Daase u. a. (Hg.), Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt/M, S. 23-44.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dietze, Carola (2008), Von Kornblumen, Heringen und Drohbriefen. Ereignis und Medienereignis am Beispiel der Attentate auf Wilhelm I., in: Friedrich Lenger / Ansgar Nünning (Hg.), Medienereignisse der Moderne. Darmstadt, S. 40-60.

Dietze, Carola / Schenk, Frithjof Benjamin (2009), Traditionelle Herrscher in moderner Gefahr. Soldatisch-aristokratische Tugendhaftigkeit und das Konzept der Sicherheit im späten 19. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 35, S. 368-401.

Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands an den Bundesrat. 5.11.1874. Quelle Nr. 72, in: Ayass, Wolfgang (Hg.) (1996), Arbeiterschutz. Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. I. Abteilung, Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867-1881), Bd. 3, Stuttgart, S. 240-248.

Engert, Stefan (2014), Der Leviathan im Dilemma: Politische Entscheidungen zwischen objektiver und subjektiver Sicherheit, in: Christopher Daase u. a. (Hg.), Politik und Unsicherheit. Strategien in einer sich wandelnden Sicherheitskultur. Frankfurt/M, S. 33-48.

Falk, Beatrice / Materna, Ingo (Hg.) (2005), „Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". T. 1.: Die Berichte der Regierungspräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Potsdam während des Sozialistengesetzes 1878-1890, Berlin.

Falk, Beatrice / Materna, Ingo (Hg.) (2009), „Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". T. 2.: Die Berichte des Berliner Polizeipräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in Berlin während des Sozialistengesetzes 1878-1890, Berlin.

Fechner, Fabian u. a. (2014), 'We are gambling with our survival'. Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen, in: Ewald Frie / Mischa Meier (Hg.), Aufruhr − Katastrophe − Konkurrenz − Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften. Tübingen, S. 141-174.

Foucault, Michel (1978), Ein Spiel um die Psychoanalyse. Gespräch mit Angehörigen des Département de Psychanalyse der Universität Paris VIII in Vincennes, in: Dispositive der Macht. Michel Foucault über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin, S. 118-175.

Frie, Ewald (^{2}2013), Das deutsche Kaiserreich, Darmstadt.

Frie, Ewald / Meier, Mischa (2014), Bedrohte Ordnungen. Gesellschaften unter Stress im Vergleich, in: Ewald Frie / Mischa Meier (Hg.), Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften, Tübingen, S. 1-27.

Gall, Lothar (1980), Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M u. a.

Gall, Lothar (2000), Otto von Bismarck und Wilhelm II.: Repräsentanten eines Epochenwechsels?, in: Lothar Gall (Hg.), Otto von Bismarck und Wilhelm II. Repräsentanten eines Epochenwechsels?, Paderborn, S. 1-12.

Graaf, Beatrice de / Zwierlein, Cornel (2013), Historicizing Security – Entering the Conspiracy Dispositive, in: Historische Sozialforschung 38, S. 46-64.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Grabas, Margrit (2011), Die Gründerkrise von 1873/79 – Fiktion oder Realität? Einige Überlegungen im Kontext der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 52, S. 69-95.

Greschat, Martin (2005), Sozialer Protestantismus und Antisemitismus: Adolf Stoecker, in: Norbert Friedrich / Traugott Jähnichen (Hg.), Sozialer Protestantismus im Kaiserreich. Problemkonstellationen − Lösungsperspektiven – Handlungsprofile, Münster, S. 37-52.

Hardach, Karl (1987), Die Wende von 1879, in: Hans Pohl (Hg.), Die Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelshemmnissen auf Wirtschaft und Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 11. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 9. bis 13. April 1985 in Hohenheim. Stuttgart, S. 275-292.

Heinen, Armin (2003), Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf, in: Geschichte und Gesellschaft 29, S. 138-156.

Heinrichs, Wolfgang E. (2003), Die Haltung des Protestantismus gegenüber den Juden in der Zeit des deutschen Kaiserreichs (1871-1918) als Indikator bürgerlicher Mentalität in der Krise der Moderne, in: Monatshefte für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 52, S. 133-156.

Hildebrand, Klaus (1989), Saturiertheit und Prestige. Das Deutsche Reich als Staat im Staatensystem 1871-1918, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 40, S. 193-202.

Hildebrand, Klaus (1995), Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler. 1871-1945, Stuttgart.

Hildebrand, Klaus (2000), Primat der Sicherheit. Saturierte Kontinentalpolitik, in: Lothar Gall (Hg.), Otto von Bismarck und Wilhelm II. Repräsentanten eines Epochenwechsels?, Paderborn, S. 13-26.

Hitzer, Bettina (2011), Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen, in: H-Soz-Kult. http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1221 (Zugang: 26.09.2016).

Hockerts, Hans Günter (1983), Hundert Jahre Sozialversicherung in Deutschland: Ein Bericht Über die Neuere Forschung, in: Historische Zeitschrift 237, S. 361-384.

Hüntelmann, Axel C. (2008), Hygiene im Namen des Staates. Das Reichsgesundheitsamt 1876-1933, Göttingen.

Jensen, Uffa (2004), Getrennt streiten – getrennt leben? Der doppelte Streit um Heinrich von Treitschkes Antisemitismus unter gebildeten Bürgern (1879-1881), in: WerkstattGeschichte 13, S. 5-27.

Jensen, Uffa (2010), Integrationalismus, Konversion und jüdische Differenz. Das Problem des Antisemitismus in der liberalen Öffentlichkeit des 19. Jahrhunderts, in: Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart, S. 55-71.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Klessmann, Christoph / Frackowiak, Johannes (2013), Die Polenpolitik des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918, in: Johannes Frackowiak (Hg.), Nationalistische Politik und Ressentiments. Deutsche und Polen von 1871 bis zur Gegenwart, Göttingen, S. 23-38.

Kremers-Sper, Thomas (1992), Antijüdische und antisemitische Momente in protestantischer Kapitalismuskritik, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 44, S. 221-240.

Kreutzmann, Marko (2014), „… den bewährten Traditionen des Zollvereins gemäß". Die Wahl Rudolph Delbrücks zum Reichstagsabgeordneten im Wahlkreis Jena-Neustadt im Jahr 1878, in: Stefan Gerber u. a. (Hg.), Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland. Teil 1, Göttingen, S. 115-130.

Krieger, Karsten (2003), Einleitung, in: Karsten Krieger (Hg.), Der „Berliner Antisemitismusstreit" 1879-1881, München, S. X-XXXI.

Langewiesche, Dieter (1988), Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M.

Lehmann, Sibylle H. (2010), The German Elections in the 1870s. Why Germany Turned from Liberalism to Protectionism, in: The Journal of Economic History 70, S. 146.

Lill, Rudolf (1973), Die Beilegung des Kulturkampfes in Preußen und im Deutschen Reich, in: Roger Aubert (Hg.), Handbuch der Kirchengeschichte. VI: Die Kirche in der Gegenwart. 2: Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (1874 bis 1914), Freiburg, S. 59-78.

Machtan, Lothar (1991), Der Arbeiterschutz als sozialpolitisches Problem im Zeitalter der Industrialisierung, in: Hans Pohl (Hg.), Staatliche, städtische, betriebliche und kirchliche Sozialpolitik vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Referate der 13. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 28. März bis 1. April 1989 in Heidelberg, Stuttgart, S. 111-136.

Mares, Detlev (2006), 'Not entirely a Manchester man': Richard Cobden and the construction of Manchesterism in nineteenth-century German economic thinking, in: Anthony Howe u. a. (Hg.), Rethinking nineteenth-century liberalism. Richard Cobden bicentenary essays, Aldershot, England, Burlington, VT, S. 141-160.

Materna, Ingo (2005), ‚Die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie': Zur Edition der Berichte der Regierungspräsidenten über die sozialdemokratische Bewegung in den Regierungsbezirken Frankfurt/Oder und Potsdam während des Sozialistengesetzes 1878 - 1890, in: Friedrich Beck (Hg.), Archive und Gedächtnis. Festschrift für Botho Brachmann, Potsdam, S. 623-638.

Molik, Witold (1999), Die preußische Polenpolitik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Überlegungen zu Forschungsstand und -perspektiven, in: Hans-Henning Hahn / Peter Kunze (Hg.), Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, Berlin, S. 29-39.

Mühlhausen, Walter (1993), Strategien gegen den Systemfeind − Zur Politik von Staats und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, in: Horst Lademacher / Walter Mühlhausen (Hg.), Freiheitsstreben, Demokratie, Emanzipation. Aufsätze zur politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden, Münster u. a., S. 283-329.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mühlhausen, Walter (2001), Gegen den Reichsfeind − Anmerkungen zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Hans Matthöfer u. a. (Hg.), Bismarck und die soziale Frage im 19. Jahrhundert, Friedrichsruh, S. 13-49.

Mühlnikel, Marcus (2014), „Fürst, sind Sie unverletzt?". Attentate im Kaiserreich 1871-1914, Paderborn.

Müller, Uwe (2013), Otto von Bismarck und die Infrastrukturpolitik in Ostelbien vor und nach der „ordnungspolitischen Wende" von 1879, in: Michael Epkenhans / Ulrich von Hehl (Hg.), Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn, S. 121-162.

Münkler, Herfried (2010), Strategien der Sicherung: Welten der Sicherheit und Kulturen des Risikos. Theoretische Perspektiven, in: Matthias Bohlender u. a. (Hg.), Sicherheit und Risiko. Über den Umgang mit Gefahr im 21. Jahrhundert, Bielefeld, S. 11-34.

Otto, Frank (2001), Antiliberale und antisemitische Angriffe auf die Reichswährungs-Institutionen im Zeichen der Gründerkrise. Zum Problem der politischen Diskussionskultur im Kaiserreich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 49, S. 485-497.

Pflanze, Otto (1982), Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, in: Historische Zeitschrift 234, S. 561-599.

Pflanze, Otto (1998), Bismarck. Der Reichskanzler, München.

Plumpe, Werner (2012), Der Gründerkrach, die Krise des liberalen Paradigmas und der Aufstieg des Kathedersozialismus, in: Werner Plumpe (Hg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart, S. 17-42.

Ritter, Gerhard A. (1998), Bismarck und die Entstehung der deutschen Sozialversicherung, Pforzheim.

Roller, Kathrin (1994), Die ‚rote Gefahr'. Das Feindbild ‚Sozialdemokratie' der Konservativen im frühen Kaiserreich, in: Christoph Jahr (Hg.), Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jh., Berlin, S. 81-114.

Rose, Andreas (2013), Otto von Bismarck und das (außen-)politische Mittel der Handels- und Schutzzollpolitik, in: Michael Epkenhans / Ulrich von Hehl (Hg.), Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn, S. 77-96.

Ross, Ronald J. (1998), The failure of Bismarck's Kulturkampf. Catholicism and state power in imperial Germany 1871-1887, Washington/DC.

Rudloff, Wilfried (2005), Bismarck und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Bernd Heidenreich u. a. (Hg.), Bismarck und die Deutschen, Berlin, S. 75-87.

Rürup, Reinhard (2010), Der Liberalismus und die Emanzipation der Juden, in: Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.), Liberalismus und Emanzipation. In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Stuttgart, S. 25-38.

Sieg, Ulrich (2013), Geist und Gewalt. Deutsche Philosophen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München.

Sieg, Ulrich (2014), Antisemitismus und Antiliberalismus im deutschen Kaiserreich, in: Ewald Grothe / Ulrich Sieg (Hg.), Liberalismus als Feindbild, Göttingen, S. 93-112.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sitzung des Kronrats im Kronprinzen-Palais Berlin, Unter den Linden, am 05.06.1878 (Nr. 654), in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.) (2004), Acta Borussica. Neue Folge. Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd 6/I. 3. Januar 1867 bis 20. Dezember 1878, Hildesheim, S. 487.

Sitzung des Staatsministeriums am 16.05.1878 (Nr. 650), in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.) (2004), Acta Borussica. Neue Folge. Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd 6/I. 3. Januar 1867 bis 20. Dezember 1878, Hildesheim, S. 483.

Spenkuch, Hartwin (1999), Einleitung, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Acta Borussica. Neue Folge. Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd. 7: 8. Januar 1879 bis 19. März 1890, Hildesheim, S. 1-30.

Spiekermann, Uwe (2010), Dangerous Meat? German-American Quarrels over Pork and Beef 1870-1900, in: Bulletin of the GHI 46, S. 93-110.

Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. http://www.reichstagsprotokolle.de (Zugang 07.04.2017)

Tennstedt, Florian (1997), Peitsche und Zuckerbrot oder ein Reich mit Zuckerbrot? Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871-1881, in: Zeitschrift für Sozialreform 43, S. 88-101.

Thiemeyer, Guido (2004), Die deutschen Liberalen, die Reichsgründung und die Entstehung des internationalen Goldstandards 1870-1873, in: Eckart Conze u. a. (Hg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln, S. 139-168.

Thiemeyer, Guido (2013), Otto von Bismarck und die internationale Währungspolitik 1868-1880, in: Michael Epkenhans / Ulrich von Hehl (Hg.), Otto von Bismarck und die Wirtschaft, Paderborn, S. 97-119.

Torp, Cornelius (2005), Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860-1914, Göttingen.

Torp, Cornelius (2009), Erste Globalisierung und deutscher Protektionismus, in: Sven Oliver Müller / Cornelius Torp (Hg.), Das deutsche Kaiserreich in der Kontroverse, Göttingen, S. 422-440.

Torp, Cornelius (2010), Von Junkern und Schlotbaronen. Zur Interpretation des deutschen Protektionismus vor 1914, in: Saeculum 60, S. 143-169.

Ullmann, Hans-Peter (1999), Politik im deutschen Kaiserreich 1871-1918, München.

Wæver, Ole (1995), Securitization und Desecuritization, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.), On Security, New York, S. 46-86.

Wehler, Hans Ulrich ([6]1988), Das Deutsche Kaiserreich, 1871-1918, Göttingen.

Wilms, Reinhard (1992), Politische Polizei und Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich. Zur Tätigkeit der politischen Polizei in der Provinz Hannover von der Zeit der Reichsgründung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1871-1890, Frankfurt/M u. a.

Winkler, Heinrich August (1978), Vom linken zum rechten Nationalismus. Der deutsche Liberalismus in der Krise von 1878/79, in: Geschichte und Gesellschaft 4, S. 5-28.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Winkler, Heinrich August (1979), 1866 und 1878. Der Machtverzicht des Bürgertums, in: Carola Stern / Heinrich August Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte, 1848-1945, Frankfurt/M, S. 37-60.

Zwierlein, Cornel (2012), Sicherheitsgeschichte. Ein neues Feld der Geschichtswissenschaften, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 365-386.

Zwierlein, Cornel / Graaf, Beatrice de (2013), Security and Conspiracy in Modern History, in: Historische Sozialforschung 38, S. 7-45.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sicherheit vor Seuchen: Zum Spannungsverhältnis von Zukunftsentwürfen, Sicherheit und Staatlichkeit im Deutschen Kaiserreich

Malte Thießen / Andrea Wiegeshoff

Im Laufe des 19. Jahrhunderts mutierten Epidemien zur existenziellen Herausforderung für moderne Staaten. Zwar sorgten die „Geißeln der Menschheit" bereits seit Menschengedenken für Angst und Schrecken.[1] Insbesondere die Pestzüge des Mittelalters und der Frühen Neuzeit, aber auch die verheerenden Folgen des sogenannten *Columbian Exchange* in der „Neuen Welt" haben sich ins kollektive Gedächtnis der Menschheit als apokalyptische Bedrohungen eingebrannt.[2] Gleichwohl machen die fatalen Folgen der „Mutter aller Epidemien", der „Spanischen Grippe" von 1918/19, die Panik vor dem „Weltvirus" AIDS oder zuletzt Debatten über Schweinegrippe, SARS und Ebola eines deutlich: Seuchen erscheinen nach wie vor, wahrscheinlich sogar mehr denn je nicht allein als Gefahr für Leib und Leben, sondern ebenso als staatliche Bedrohung.[3] Im Zeitalter der Säkularisierung, Bürokratisierung und „Medikalisierung" Europas stellten sie die Planbarkeit von Gesundheit und Sicherheit in Frage. Seit dem 19. Jahrhundert galten Seuchen daher als Testfall für die Belastbarkeit staatlicher Strukturen, für die Reaktionsfähigkeit staatlicher Institutionen, ja als Gradmesser für die Stabilität staatlich-gesellschaftlicher Ordnungen überhaupt. In Debatten um die Sicherheit vor Seuchen ging es daher nie nur um gesundheitliche Fragen im engeren Sinne, sondern immer auch um die Gesellschaft als Ganzes und ihre zukünftigen Entwicklungen.[4]

Diesem Zusammenspiel von Zukunftsentwürfen und Sicherheitsvorstellungen spüren wir in unserem Beitrag anhand der Auseinandersetzung mit

1 Winkle (2005). Wir danken den Herausgeberinnen und dem Herausgeber herzlich für die kritische Lektüre und konstruktiven Anmerkungen zu unserem Manuskript.
2 Vgl. Crosby (2003).
3 Vgl. Lindner (2014).
4 Vgl. u. a. Baldwin (1999); Harrison (2004); Hennock (2007); Thießen (2017); Zimmer (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Epidemien im 19. und frühen 20. Jahrhundert nach. Beide Aspekte sind untrennbar miteinander verzahnt, wenn man sicherheitsbezogenes Handeln als Versuch deutet, Möglichkeiten künftiger ungewisser und potenziell bedrohlicher Entwicklungen einzugrenzen. Sichere oder gesicherte Zustände sollen in der Regel nicht nur hergestellt, sondern im besten Falle auch erhalten werden. Gesundheitliche Sicherheit lässt sich in diesem Sinne einerseits als wirksame Reaktionsfähigkeit im Falle einer Krankheit verstehen, die auf individueller Ebene auf Heilung und im gesellschaftlichen Kontext auf Minimierung von Opferzahlen zielt. Andererseits sind zukunftsfähige gesundheitspolitische Strategien an der Idee der Prävention ausgerichtet und zielen auf die Verhinderung einer negativen, nämlich „kranken" Zukunft.[5] Klassische Versuche zukunftsfähiger Gesundheitsstrategien aus dem 19. Jahrhundert sind infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Wasser- und Hygienepolitik, aber auch ganz grundsätzlich die Herausbildung öffentlicher Gesundheitsfürsorge, die vor allem in Europa seit Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend als staatliche Aufgabe betrachtet wurde.[6] Unsere Spurensuche konzentriert sich auf das Deutsche Kaiserreich in seinen transnationalen Zusammenhängen und geht in zwei Schritten vor. Erstens untersuchen wir den Umgang mit epidemischen Bedrohungen auf internationalen Gesundheitskonferenzen (1). Zweitens fragen wir nach den innergesellschaftlichen Aushandlungen von Sicherheits- und Zukunftsentwürfen bei der Vermittlung von Maßnahmen gegen Epidemien (2).

Bedrohungssituationen in Form befürchteter bzw. tatsächlicher Seuchenausbrüche erforderten innen- und außenpolitische Interventionen. Auf lokaler und nationaler Ebene wurden durch die zuständigen Verwaltungen und Gesundheitsbehörden Versuche unternommen, Krankheiten zu bekämpfen, einzudämmen, ja eine künftige Einschleppung im besten Falle vorsorglich zu verhindern. Derartige Bemühungen, nationale Grenzen vor einem transnationalen Phänomen zu sichern, machten den Zeitgenossen bewusst, dass die Gesundheit im eigenen Lande auch vom Handeln anderer Staaten abhing. Schon deshalb beteiligte sich die kaiserliche Regierung intensiv an Versuchen zur zwischenstaatlichen Kooperation im Rahmen der Gesundheitskonferenzen.

5 Zum Präventionsbegriff vgl. Bröckling (2008), zur geschichtswissenschaftlichen Zukunftsforschung Hölscher (2016a) u. (2016b).

6 Vgl. Osterhammel (2009), S. 257-267.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im Folgenden möchten wir zeigen, dass die nationale und die internationale Dimension der Seuchenbekämpfung zwar auf vielfältige Weise zusammenhingen – augenfällig wird das bereits bei den Akteuren, vor allem den medizinischen Experten, die auf beiden Ebenen aktiv waren. Die zugrundeliegenden Handlungslogiken unterschieden sich jedoch mitunter deutlich. Uns interessieren in diesem Zusammenhang insbesondere die Zukunftsvorstellungen, die staatliches Handeln leiteten und legitimierten. Ein Versprechen des modernen Nationalstaats an seine Bürger war die „seuchenfreie Zukunft", die durch wissenschaftlich fundierte gesundheitspolitische Maßnahmen in greifbare Nähe rücken und damit als Beweis für die staatliche Leistungsfähigkeit dienen sollte. Nach innen propagierten Experten des Kaiserreichs eine „Disziplinierung des Kommenden", ja eine „Kolonialisierung der Zukunft"[7], auf die jeder Staatsbürger in Form umfassender Vorsorgemaßnahmen verpflichtet werden sollte. Die „gesunden", mithin „guten Zeiten" schienen mit diesem Versprechen greifbar nahe, das Verschwinden der Seuchenangst nur noch eine Sache der Zeit zu sein. In internationalen Zusammenhängen hingegen forderte man einen möglichst effektiven Umgang mit einer Gefahr, die man auf absehbare Zeit tatsächlich für unabwendbar hielt. Hier schienen Vorsorgekonzepte schnell an ihre Grenzen zu stoßen und „Ausrottungsphantasien" unangebracht. Angestrebt wurde vielmehr eine Art „Seuchenmanagement", das im Folgenden ersten Teil im Fokus steht.

1. *„Préserver le monde": Bedrohungswahrnehmungen, Zukunftsmanagement und die Internationalisierung der Seuchenbekämpfung*

Im 19. Jahrhundert lernten die Europäer eine ihnen bis dahin unbekannte Krankheit kennen: Die Cholera verbreitete in mehreren Seuchenzügen auf der ganzen Welt Angst und Schrecken. Die grausigen Symptome und der oftmals tödliche Verlauf dieser – wie es die Zeitgenossen sahen – „asiatischen" Bedrohung erzeugten ein Gefühl der Verletzlichkeit, der Anfälligkeit europäischer Staaten für Epidemien.[8] Konfrontiert mit dieser Grenzen und Kontinente überschreitenden Krankheit erschien die Bekämpfung von Seuchen zunehmend als ein Projekt, das in zwischenstaatlicher Kooperati-

7 Leanza (2011).
8 Vgl. z. B. Baldwin (1999), S. 37-243; Dettke (1995); Hamlin (2009).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

on anzugehen war. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts trafen sich zunächst vor allem Vertreter europäischer Staaten, in der Regel Diplomaten und Wissenschaftler, in unregelmäßigen Abständen zu den sogenannten internationalen Gesundheitskonferenzen. In der Seuchenbekämpfung entwickelte sich – wie in anderen Bereichen auch – ein Bemühen um internationale Koordination.[9] „Préserver le monde", wie ein französischer Delegierter 1903 das Ziel der Beratungen umschrieb, das konnte aus Sicht der Zeitgenossen nur in Zusammenarbeit gelingen.[10]

Die erste *Conférence Sanitaire* ging auf eine Initiative der französischen Regierung zurück und tagte 1851 in Paris. Sie wurde und wird gemeinhin als Fehlschlag angesehen. Von den zwölf Teilnehmerstaaten unterzeichneten lediglich drei die abschließende Konvention, allein Sardinien ratifizierte diese dann auch tatsächlich.[11] Nichtsdestotrotz bildete diese Konferenz den Auftakt zu einer ganzen Reihe weiterer Zusammentreffen. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gab es insgesamt zwölf Konferenzen, von denen eine in Konstantinopel (1866) und eine in Washington (1881) stattfand; alle übrigen tagten in westeuropäischen Städten.[12] Obwohl sich der Kreis der teilnehmenden Staaten seit der ersten Zusammenkunft erweiterte, blieben die Gesundheitskonferenzen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ein eurozentrisches Unterfangen.[13] „Die zu schützende Welt" – das war für die große Mehrheit der Delegierten in erster Linie Europa.

Die insgesamt neun Konferenzen, an denen das Deutsche Kaiserreich seit seiner Gründung teilnahm, setzten sich hauptsächlich mit der Cholera auseinander, auf einigen wurden aber auch Gefahren durch die Pest und das Gelbfieber diskutiert. Konkret ging es mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und in wechselnden regionalen Bezügen um Aspekte von Quarantäne, Inspektionen, Überwachung sowie um administrative Abläufe. So beschäftigte man sich 1892 in Venedig beispielsweise mit Seequarantänen, 1893 in Dresden dann mit der Überwachung und Abschirmung von Landwegen.[14] Dabei war eine übergeordnete Zielsetzung, die beinahe

9 Vgl. Geyer / Paulmann (2001); Herren (2009).
10 Beitrag Barrère, 3.12.1903, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 10 Octobre – 3 Décembre 1903. Procès-Verbaux (1904), Paris, S. 218.
11 Vgl. Harrison (2006), S. 215.
12 Vgl. Howard-Jones (1975), S. 9-92; Bynum (1993).
13 Vgl. Huber (2006); Chiffoleau (2012).
14 Vgl. Howard-Jones (1975), S. 62-70.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

alle Konferenzen verband, der Wunsch nach Verständigung auf einheitliche und verbindliche Maßnahmen im Falle eines Seuchenausbruchs. Das verweist auf die ökonomischen Erwägungen, die auch hinter den Konferenzen standen. Denn der immer stärkere internationale Handel europäischer Staaten wurde in Zeiten der Cholera vor schwerwiegende Probleme gestellt, wenn verschiedene Staaten ganz unterschiedliche und damit schwer vorhersehbare Quarantänemaßnahmen ergriffen.[15] Zwar endeten alle Konferenzen mit der Erarbeitung einer Konvention. Doch erst 1892 in Venedig wurde diese von einer Mehrheit der Teilnehmerstaaten unterzeichnet und anschließend ratifiziert.[16] Sanitätsabkommen mit nationaler Verbindlichkeit gab es somit erst Ende des 19. Jahrhunderts.

Einberufen wurden die Versammlungen zumeist in der Folge von Seuchenausbrüchen, wenn Gefahren also besonders gegenwärtig waren. So war die Konferenz in Rom 1885 eine unmittelbare Reaktion auf ein erneutes Aufflammen der Cholera, wohingegen die Pestpandemie der 1890er Jahre zur zweiten Konferenz in Venedig im Jahr 1897 führte.[17] Angestoßen wurde der Internationalismus somit in der Regel durch konkrete, akute Bedrohungsszenarien. Dies schlug sich in einer spezifischen Wahrnehmung der Sicherheitslage nieder: In entsprechenden Debattenbeiträgen wurde ein ausgesprochen fragiles Zukunftsszenario entworfen. Epidemien, so schien es, drohten stets und überall.[18] Dies belegten nicht nur die leidvollen Erfahrungen mit der Cholera, sondern in aller Deutlichkeit gerade auch die dritte globale Pestpandemie Ende des 19. Jahrhunderts. Hatte der deutsche Delegierte und international anerkannte Wissenschaftler August Hirsch auf der Wiener Konferenz 1874 die Pest noch als Beispiel einer

15 Vgl. Harrison (2006), S. 203-208.

16 Vgl. Howard-Jones (1975), S. 64 f.

17 Vgl. Eröffnungsansprache, 20.5.1885, in: Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Rome Inaugurée le 20 Mai 1885 (1885), Rom, S. 5; Eröffnungsansprache, 16.2.1897, in: Conférence Sanitaire Internationale de Venise 16 Février – 19 Mars 1897. Procès-Verbaux (1897), Rom, S. 14.

18 Vgl. z. B. Eröffnungsansprache, 5.1.1881, in: Proceedings of the International Sanitary Conference Provided for by Joint Resolutions of the Senate and House of Representatives in the Early Part of 1881 (1881), Washington, S. 10; Eröffnungsansprache, 10.10.1903 in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 10 Octobre – 3 Décembre 1903. Procès-Verbaux (1904), Paris, S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

endgültig überwundenen Krankheit angeführt, wirkte ihre Rückkehr wie ein Schock.[19]

Als „la terreur de nos ancêtres" bezeichnete der italienische Delegierte Graf Bonin in seiner Eröffnungsansprache zur Gesundheitskonferenz in Venedig im Jahr 1897 die Pest.[20] Seuchen und gerade der „Schwarze Tod" des Mittelalters wirkten wie ein Einbrechen der Vergangenheit in eine als dezidiert modern empfundene Gegenwart und stellten Fortschritts- und Planungslogiken vor große Herausforderungen. Zwar forderte die Pest in Europa vergleichsweise wenige Opfer. Doch allein ihr Wiederauftreten führte den Europäern einmal mehr die permanente Gefahr vor Augen.[21]

Der Wunsch nach zukunftsfähigen Strategien schlug sich nicht zuletzt in sprachlichen Metaphern nieder: In militärischen Analogien sprachen die Delegierten von Seuchen als Feinden, die jederzeit zu einem neuen Angriff ausholen konnten und gegen die man sich wappnen musste.[22] Doch obwohl die Delegierten nicht müde wurden, den wissenschaftlichen Fortschritt zu beschwören und Mediziner als Teil der nationalen Delegationen ihren festen Platz auf den Konferenzen hatten, zeichnete sich in den Debattenbeiträgen auch eine gewisse Hilflosigkeit im Angesicht der Seuchengefahr ab. Ein Vertreter Britisch-Indiens beschrieb auf der Gesundheitskonferenz in Paris 1894 als Grund von Seuchenausbrüchen gar eine geheimnisvolle Kraft („cette puissance mystérieuse"), über die man im Grunde nichts wisse.[23] Zwar war ein derartiges Festhalten an miasmatischen Konzepten hinsichtlich der Ursache von Krankheiten damals wissenschaftlich schon nicht mehr ganz zeitgemäß, es verdeutlicht aber jenseits medizinischer Fachdiskurse das Bedrohungsgefühl im Angesicht der Seuchengefahr.

19 Vgl. Beitrag Hirsch, 13.7.1874, in: Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale Ouverte À Vienne le 1 Juillet 1874 (1874), Wien, S. 112.

20 Vgl. Eröffnungsansprache, 16.2.1897, in: Conférence Sanitaire Internationale de Venise 16 Février – 19 Mars 1897. Procès-Verbaux (1897), Rom, S. 15.

21 Vgl. Echenberg (2007).

22 Vgl. z. B. Beitrag Dönhoff, 15.4.1893, in: Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Dresde 11 Mars – 15 Avril 1893 (1893), Dresden, S. 198; Eröffnungsansprache, 16.2.1897, in: Conférence Sanitaire Internationale de Venise 16 Février – 19 Mars 1897. Procès-Verbaux (1897), Rom, S. 14.

23 Vgl. Beitrag Cuningham, 22.3.1894, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Février – 3 Avril 1894. Procès-Verbaux (1894), Paris, S. 189.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Zukunftsängste manifestierten sich nicht nur in dem allgegenwärtigen Bedrohungsszenario eines Seuchenausbruchs, sondern wurden ganz konkret auf als bedrohlich eingeschätzte Krankheitsüberträger projiziert. In endlosen Debatten diskutierten medizinische Experten zum Beispiel darüber, welche Güter die Cholera bzw. die Pest übertragen konnten und deswegen strikt zu kontrollieren bzw. vom internationalen Warenaustausch auszuschließen waren. Vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Kontroversen über die Ursachen von Krankheiten waren derartige Fragen umstritten. Ein allmählicher Paradigmenwechsel und die Wende zur Bakteriologie zeigt sich sowohl in den Debatten als auch in der Zusammensetzung der deutschen Delegationen: 1874 war Max von Pettenkofer, der bekannte und energische Vertreter der sogenannten Bodentheorie, noch Mitglied der deutschen Delegation, 1885 und 1893 vertrat der inzwischen weltberühmte Bakteriologe Robert Koch das Kaiserreich.[24]

Zum Sinnbild europäischer Ängste wurden aber nicht bestimmte Güter oder gar die Erreger selbst, sondern vielmehr muslimische Pilger. Dank moderner Dampfschiffe und des Suezkanals wurde die Pilgerfahrt nach Mekka in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vergleichsweise unaufwendig und kostengünstig, so dass sie sich zu einem regelrechten Massenphänomen entwickelte.[25] 1865 war die Cholera in Mekka ausgebrochen und hatte von dort aus auch Europa erreicht. In den Pilgern erblickte man übereinstimmend eines der Hauptrisiken für eine Krankheitseinschleppung. Die Regulierung, Überwachung, ja sogar das partielle Verbot der Pilgerreise wurden auf verschiedenen Konferenzen diskutiert.[26] So stand das – wie man es sah – Sicherheitsrisiko der Pilgerfahrt etwa im Mittelpunkt der Debatten 1894 in Paris. Europas Sicherheit vor Seuchen dürfe nicht von der jährlichen Pilgerschaft nach Mekka abhängen, betonte der französische Delegierte Adrien Proust.[27] Der italienische Vertreter Luigi

24 Vgl. die Listen der Delegierten, in: Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale Ouverte À Vienne le 1 Juillet 1874 (1874), Wien, S. VI ; Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Rome Inaugurée le 20 Mai 1885 (1885), Rom, S. IX; Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Dresde 11 Mars – 15 Avril 1893 (1893), Dresden, S. XIV.

25 Vgl. Huber (2015), S. 204-237.

26 Vgl. Chiffoleau (2012), S. 83-153 u. 187-230; Huber (2006), S. 462 f. u. 468 ff. u. 473 f.; Huber (2015), S. 217 u. 243 ff.

27 Vgl. Beitrag Proust, 7.2.1894, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Février – 3 Avril 1894. Procès-Verbaux (1894), Paris, S. 22.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Pagliani gab der wohl vorherrschenden Sicht Ausdruck, wenn er Pilger als geradezu notorisch schmutzig, dazu noch arm und in dieser Kombination als Risikofaktor schlechthin beschrieb.[28] Dementsprechend forderte man für diese mobile Gruppe besonders rigide Überwachungs- und Quarantänemaßnahmen, die die Delegierten für europäische Truppen oder Handelsgüter niemals akzeptiert hätten.[29]

Angesichts der latenten Gefahr eines Seuchenausbruchs wurde die Zukunft auf den verschiedenen Konferenzen als unsicher und schwer vorhersehbar beschrieben. Gefährdet waren in den Augen der Delegierten in erster Linie das Leben und der Wohlstand europäischer Völker.[30] Lippenbekenntnisse zur globalen Bedeutung von Gesundheitsfragen dürfen darüber nicht hinwegtäuschen.[31] So wurde ungeachtet verschiedener Vorstöße seitens der Vereinigten Staaten das Gelbfieber kaum diskutiert, das man nicht als europäisches, sondern als amerikanisches Problem betrachtete. Auch die Fixierung auf die von Ost nach West reisenden Mekkapilger spiegelt den Eurozentrismus wider.

Neben der eurozentrischen Grundausrichtung der Konferenzen zeigte sich im Zuge der intensiven, z. T. langatmigen Diskussionen um Detailfragen eine erstaunlich einheitliche Zukunftsvision als positives Leitbild unter den Teilnehmern: zwar keine „seuchenfreie", wohl aber eine berechenbare Zukunft. Der erstrebte Zustand, auf den die Konferenzen hinarbeiten sollten, waren also nicht „seuchenfreie" Zeiten. Diese Utopie hielt man in

28 Vgl. Beitrag Pagliani, 13.4.1894, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Février – 3 Avril 1894. Procès-Verbaux (1894), Paris, S. 44.

29 Vgl. Bynum (1993), S. 430; Huber (2006), S. 461 f. u. 471-474. Zu den Veränderungen der Pilgerreise durch europäische Seuchenängste und Quarantäneerfahrungen der Pilger vgl. Mishra (2011).

30 Vgl. z. B. Eröffnungsansprache, 1.7.1874, in: Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale Ouverte À Vienne le 1 Juillet 1874 (1874), Wien, S. 4; Eröffnungsansprache, 5.1.1881, in: Proceedings of the International Sanitary Conference Provided for by Joint Resolutions of the Senate and House of Representatives in the Early Part of 1881 (1881), Washington, S. 9; Eröffnungsansprache, 20.5.1885, in: Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Rome Inaugurée le 20 Mai 1885 (1885), Rom, S. 5; Eröffnungsansprache, 5.1.1892, in: Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Venise Inaugurée le 5 Janvier 1892 (1892), Rom, S. 5 f.; Eröffnungsansprache, 7.2.1894, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Février – 3 Avril 1894. Procès-Verbaux (1894), Paris, S. 10 f.

31 Vgl. z. B. Eröffnungsansprache, 16.2.1987, in: Conférence Sanitaire Internationale de Venise 16 Février – 19 Mars 1897. Procès-Verbaux (1897), Rom, S. 14.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den verschiedenen deutschen Delegationen durchaus für denkbar, doch erschien sie eher als Schreckensbild. Beispielsweise erklärte August Hirsch 1874, dass „la quarantaine idéale" die Ausbreitung der Cholera wohl verhindern könne. Dies würde aber totale Abschließung und damit vollständige Isolierung jedes Staates von jeglichem internationalen Austausch bedeuten.[32] Auch Delegationsmitglied Robert Koch betonte 1885, dass derartige Einschränkungen des zwischenstaatlichen Verkehrs schlicht nicht zeitgemäß seien.[33] In dieser Perspektive musste das gesundheitspolitisch Wünschbare mit dem wirtschaftlich Notwendigen in Einklang gebracht werden. In diesem Sinne betonte der Gießener Mediziner Georg Gaffky, der 1903 in Paris an jener Konferenz teilnahm, die aus verschiedenen zuvor geschlossenen Detailabkommen eine gemeinsame übergreifende Internationale Gesundheitskonvention strickte: Ziel der internationalen Bemühungen sei nicht, das wissenschaftlich Sinnvollste zur Verhütung von Krankheiten zu empfehlen. Es gehe vielmehr darum, größtmögliche Sicherheit bei so geringen Einschränkungen für den Handel wie möglich zu erreichen.[34] So erschien Max von Pettenkofer bereits 1874 allein die Pockenimpfung als erfolgreiche und sinnvolle Maßnahme zur Epidemiebekämpfung, ermöglichte sie doch, wenn konsequent angewandt, freien internationalen Austausch und Verkehr.[35]

Die Zukunft konnte insofern nicht vollständig gesund sein. Sie sollte vor allem berechenbar werden. Die Wissenschaft hatte sich dabei um die Erforschung des Ursprungs und der Entwicklung der Krankheiten zu kümmern, Vorhersagefähigkeiten zu entwickeln und effektive Hebel für Präventionsmaßnahmen auszumachen. Aufgabe war es, im Seuchenfall allgemeiner Panik vorzubeugen und verlässliche Verhaltensregeln zu vereinbaren. Die politische Zielsetzung der Konferenzen bestand somit im Abschluss von Abkommen, die jeweils verbindliche Maßnahmen für den Seuchenfall festlegen und insofern maximale Planbarkeit nicht zuletzt für Handel und Wirtschaft gewährleisten sollten. In der Praxis erwies sich die-

32 Beitrag Hirsch, 7.7.1874, in: Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale Ouverte À Vienne le 1 Juillet 1874 (1874), Wien, S. 90.

33 Vgl. Beitrag Koch, 3.6.1885, in: Protocoles et Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale de Rome Inaugurée le 20 Mai 1885 (1885), Rom, S. 218.

34 Vgl. Beitrag Gaffky, 20.10.1903, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 10 Octobre – 3 Décembre 1903. Procès-Verbaux (1904), Paris, S. 249.

35 Vgl. Beitrag Pettenkofer, 17.7.1874, in: Procès-Verbaux de la Conférence Sanitaire Internationale Ouverte À Vienne le 1 Juillet 1874 (1874), Wien, S. 189.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ses Ziel allerdings als ausgesprochen schwer zu erreichen. Viele Themen waren wissenschaftlich oder politisch so kontrovers, dass keine Vereinbarungen getroffen werden konnten oder aber diese so allgemein gefasst wurden, dass konkrete Standards und Maßnahmen auf sich warten ließen. Darüber hinaus war der Verhandlungsspielraum auf den Konferenzen begrenzt. Das lag zum Teil an eng gefassten Weisungen, mit denen die Delegationen von ihren Regierungen ausgestattet wurden, zum Teil aber auch daran, dass besonders heikle Fragen von vornherein ausgeklammert wurden. Um Großbritannien zur Teilnahme an der Konferenz von 1892 zu bewegen, versprach beispielsweise die österreich-ungarische Regierung, die die Initiative zur Einberufung der Konferenz ergriffen hatte, alles zu tun, um Debatten über Themen zu verhindern, die britische Interessen beeinträchtigen könnten. Insofern gestaltete sich nicht nur die Konsensfindung auf den Konferenzen kompliziert, sondern blieb selbst die Reichweite der getroffenen Vereinbarungen beschränkt.[36]

Fragt man nach dem Zusammenhang zwischen nationaler und internationaler Ebene des internationalen „Seuchenmanagements", fällt nicht nur für die deutschen Vertreter auf, dass die nationalen Delegationen häufig aus unmittelbarer Erfahrung berichteten. So führten die Deutschen immer wieder die Hamburger Choleraepidemie von 1892 als Beispiel an, an dem sie spezifische Probleme – besonders für den Handel – aufzeigten.[37] Zudem speiste man nationale Regelungen und Vorschriften als Vorbilder in die Debatten ein. Insgesamt zeigt sich eine deutliche Tendenz, nicht zuletzt bei den Deutschen, an eigenen Vorschriften festhalten zu wollen und sich gegen ein internationales „Hineinregieren" in innenpolitische Belange zu verwahren. Dieser Anspruch auf nationale Autonomie und Souveränität konterkarierte natürlich die Absicht, einheitliche Regularien für alle beteiligten Staaten aufzustellen, und äußerte sich in zuweilen verbissenen Diskussionen über Detailaspekte.

Dahinter erkennt man auch nationale Konkurrenzen, die sich in den Verhandlungen deutlich niederschlugen.[38] Beispielsweise lancierte ein französischer Delegierter einen gut vorbereiteten Angriff auf die britische Delegation im Rahmen der Konferenz von 1894: In diesem Jahr wurde das in Europa so drängend wahrgenommene Problem der Mekkapilger diskutiert. Mit sorgfältig zusammengestellten Statistiken, die dazu noch auf bri-

36 Vgl. Howard-Jones (1975), S. 39 ff. u. 62-65; Huber (2006), S. 460-466.
37 Vgl. Evans (1987).
38 Vgl. Huber (2006), S. 464 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tischen Veröffentlichungen beruhten, legte der Delegierte Henri Monod der Versammlung ausführlich dar, dass die Regierung in Indien nicht effektiv gegen die Cholera vorginge. Trotz langjähriger britischer Kolonialherrschaft steige die Zahl der Choleratoten weiter an. Daraus leitete der Franzose ab, es sei in der Hauptsache an den Briten, in Indien selbst gegen die Cholera vorzugehen und dadurch ihre Verschleppung gen Westen zu verhindern.[39] Vordergründig ging es bei dieser Argumentation darum, Verantwortung zuzuschreiben und bestimmte Zugeständnisse einzufordern. Zugleich wurden aber im Rahmen der Bedrohungskommunikation Leistungen und Grenzen britischer Kolonialherrschaft und damit ein wesentlicher Aspekt der Selbstlegitimation des britischen Weltreiches verhandelt sowie imperiale Konkurrenzen ausgetragen. Die von den Franzosen zusammengestellten Statistiken unterstrichen dies durch die düstere Zukunftsprognose, die sie für den Fall fehlender britischer Initiativen trafen.

2. *Die Welt als Ressource der Staatsbildung: Aushandlungen von Seuchen, Sicherheit und Zukunft*

Welche Folgen hatte dieser internationale Austausch in den jeweiligen Staaten? Was kam von den Diskussionen bei den Deutschen überhaupt an? Wie hingen nationale und internationale Ebene bei der Aushandlung von Sicherheit und Zukunft zusammen? Auf einige unmittelbare Folgen internationaler Kooperation haben wir bereits hingewiesen: Mühsam ausgehandelte Verträge wie internationale Sanitätskonventionen waren auch im Deutschen Kaiserreich bindend. Eine zunehmende nationale Verbindlichkeit internationaler Regeltransfers lässt sich im Übrigen noch unterstreichen, wenn man auf spätere Entwicklungen blickt. Selbst im „Dritten Reich", das vom Völkerbund und seinen Verträgen bekanntermaßen wenig hielt, galten internationale Sanitätsabkommen fort, noch Ende der 1930er Jahre wurden sogar neue eingeführt.[40] Reichsgesundheitsamt und -innen-

39 Vgl. Beitrag Monod, 20.2.1894, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Février – 3 Avril 1894. Procès-Verbaux (1894), Paris, S. 92-96. Zur Medizingeschichte Indiens unter britischer Kolonialherrschaft vgl. z. B. Arnold (1993); Harrison (1994).

40 So erging z. B. noch 1937 eine Verordnung zur neuen Fassung der internationalen Bestimmung „gegen die Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Luftfahrt" per Runderlass durch das RMI, vgl. Bundesarchiv Berlin, R 1501/3121; zu

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ministerium gingen auch im Nationalsozialismus von dem Grundsatz aus, dass Seuchen eben nicht vor Grenzen haltmachen. Sicherheit vor Epidemien war daher sogar im autarkiesüchtigen „Dritten Reich" nur um den Preis internationalen Austauschs zu haben.

Weitere Konsequenzen hatten die internationalen Gesundheitskonferenzen für Forschung und Entwicklung im Kaiserreich. Seuchenexperten bewegten sich seit dem 19. Jahrhundert wie selbstverständlich in internationalen Zusammenhängen. Sie arbeiteten nicht nur mit englischen und französischen Studien, sondern ebenso mit italienischen, spanischen, polnischen oder russischen. Auch die Produkte, von denen sich die Deutschen Sicherheit versprachen, waren international: Impfstoffe, Desinfektionsmittel und Therapeutika kamen zunächst vor allem aus England, Frankreich, der Schweiz und Polen ins Deutsche Reich. Kurz gesagt etablierten die Gesundheitskonferenzen einen internationalen Referenzrahmen, in dem in Deutschland Sicherheit vor Seuchen gedacht und gemacht wurde.

Für die Erkundung des Spannungsfeldes von Staatlichkeit und Versicherheitlichung erscheinen uns allerdings andere Folgen der Internationalisierung interessanter, die wir im Folgenden in den Blick nehmen. Die Etablierung eines internationalen Referenzrahmens der Seuchenwahrnehmung und -bekämpfung wirkte sich nicht nur darauf aus, wie gesundheitspolitische Schutzmaßnahmen im Einzelnen gestaltet wurden. Darüber hinaus hatte er Folgen für die Konzeption von Staatlichkeit und Zukunft. Insofern verstehen wir globale Bezüge bzw. „die Welt" als Argument und Ressource, mit der sich in Deutschland „Staat machen" ließ. Selbstverständlich hatte Seuchenbekämpfung auch andernorts Einfluss auf die Konzeption von Staatlichkeit. Schließlich wurden in ganz Europa anhand der Seuchenbekämpfung staatliche Grenzen und Migrationsregime konzipiert sowie staatliche Machtbefugnisse und Interventionsfelder abgesteckt. In Deutschland fiel die Internationalisierung und Institutionalisierung der Seuchenbekämpfung indes in die Zeit der Nationalstaatsbildung und damit auf besonders fruchtbaren Boden. Auf die Bedeutung sozial- und gesundheitspolitischer Maßnahmen für die „innere Reichsgründung"[41] hat bereits Gerhard A. Ritter verwiesen. Mit ihrer Etablierung stellte das Deutsche Reich im späten 19. Jahrhundert seine Handlungsfähigkeit als „moderner

gesundheitspolitischen Kooperationen des Deutschen Reiches mit dem Völkerbund auch nach dem Austritt vgl. Borowy (2006).

41 Ritter (2008), S. 294.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sicherheitsstaat“[42] unter Beweis. Seuchen wurden also „versicherheitlicht“ in dem Sinne, dass sie als „existenzielle Gefährdung wahrgenommen beziehungsweise dargestellt“[43] wurden, um nationalstaatliche Interventionen zu legitimieren. „Die Welt“ diente dieser Legitimation als zentraler Bezugspunkt. Zum einen standen globale Seuchenzüge für Bedrohungen des „Fremden“, gegen die sich das „Eigene“, die Nation abzuzeichnen schien. Zum anderen bildete „die Welt“ den Referenzpunkt für Vergleiche, mit denen der moderne Sicherheitsstaat seine Für- und Vorsorgekompetenz unterstrich.

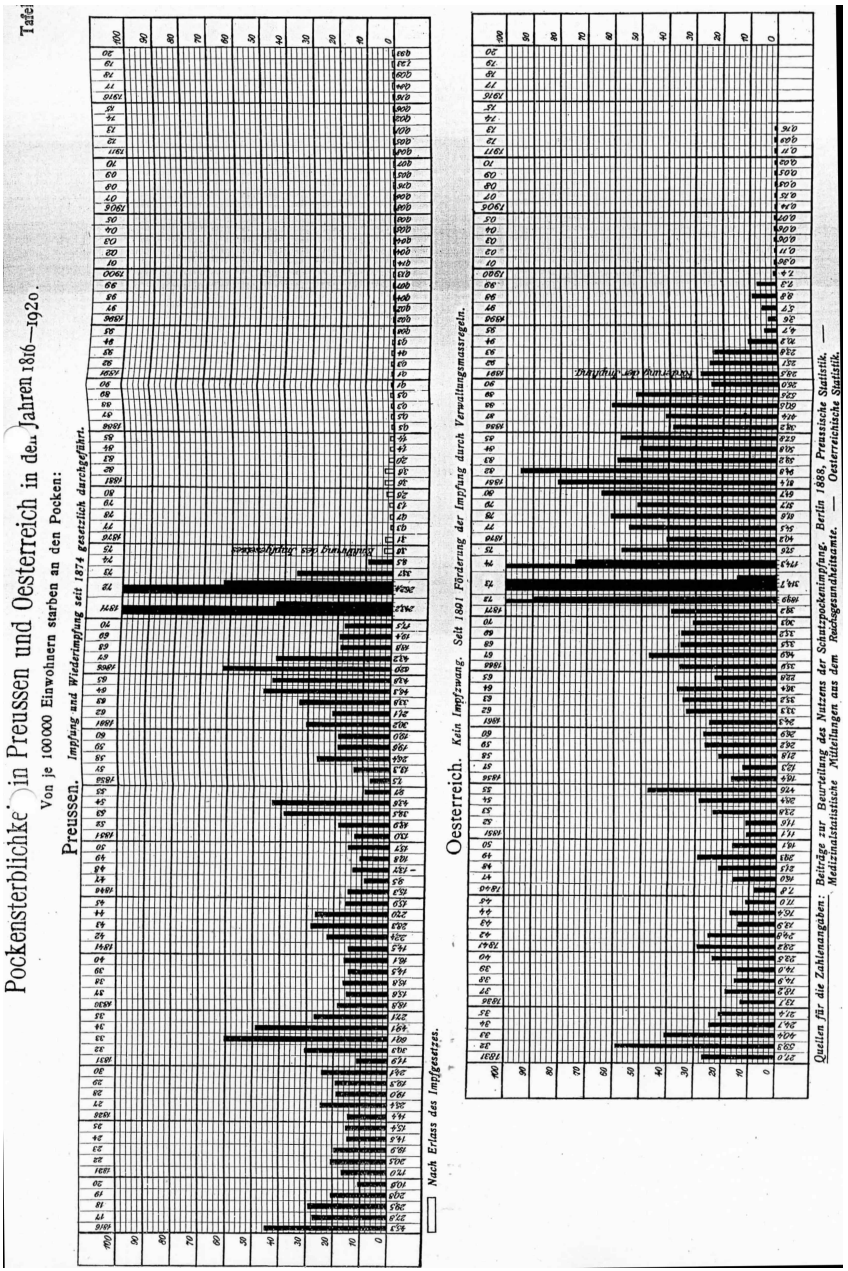
Konkretisieren lässt sich das an einem einfachen Beispiel, das sich vom Kaiserreich bis in die Weimarer Republik in Presse und Politik größter Beliebtheit erfreute: einer Statistik zur Sterblichkeit an Pocken, eine der bedrohlichsten Krankheiten im Europa des 19. Jahrhunderts. Allein bis 1872 waren im Deutschen Reich aufgrund einer schweren Pockenepidemie im Deutsch-Französischen Krieg um die 150.000 Menschen gestorben, ein Vielfaches mehr hatte mit lebenslangen Folgen der Krankheit wie Erblindung oder Entstellungen zu kämpfen.[44] Abb. 1 zeigt ein zeitgenössisch populäres Diagramm, das vom Reichsinnenministerium von den 1880er Jahren bis Ende der 1920er Jahre in Vorträgen, Broschüren und Zeitungen in jeweils aktualisierter Auflage unters Volk gebracht wurde.[45] Auf den ersten Blick wirkt diese Statistik nur wie eine stark vereinfachte Darstellung dessen, was auch auf internationalen Konferenzen diskutiert wurde: Sichtbar werden die Sterblichkeitszahlen an den Pocken in zwei unterschiedlichen Staaten, hier Preußen und Österreich, die sich dank der grafischen Gegenüberstellung unmittelbar vergleichen lassen.

Statistiken wie diese dienten aber nicht nur dem internationalen Vergleich und dem Nachzeichnen von Verlaufskurven. Vielmehr konstruierten sie Narrative, mit denen spezifische Konzepte von Sicherheit und Staatlichkeit vermittelt werden sollten. Ein erstes Narrativ dieser Vermittlungsarbeit war die Konstruktion von Gesetzmäßigkeiten. Die Statistik macht nämlich eine quasi „natürliche“ Wellenbewegung sichtbar. Die Pocken, das veranschaulicht diese Darstellung, kamen bislang in schöner – bzw. unschöner – Regelmäßigkeit immer wieder (s. Abb. 2, Markierung a).

---

42 Conze (2012), S. 463.
43 Conze (2012), S. 459.
44 Matzel (1977), S. 8.
45 Vgl. u. a. Reichsgesundheitsamt (1925).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.



https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Dass diese Welle kein preußisches Spezifikum war, unterstrich der Vergleich mit Österreich. Als zweites Narrativ präsentiert die Statistik die Erfolgsgeschichte des preußischen bzw. nunmehr deutschen Nationalstaats. So zeigt das Diagramm eindrucksvoll, was das „deutsche Impfgesetz" geleistet hatte. Mit diesem Impfgesetz war 1874 im Deutschen Reich erstmals eine nationale Impfpflicht gegen Pocken eingeführt worden. Seither sorgten staatliche „Impfanstalten" für die Immunisierung der Deutschen und einen schnellen Rückgang der Pocken. Noch vor Einführung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung setzte das Impfgesetz damit ein erstes Signal, dass der Staat die Sicherheit *aller* seiner Bürger garantierte. Das Balkendiagramm markiert den Beginn dieser staatlichen Erfolgsgeschichte mit der Gesetzeseinführung entsprechend deutlich (s. Abb. 2, Markierung b).

Dieses Narrativ war umso überzeugender, wenn man die deutschen Erfolge im internationalen Zusammenhang betrachtete, womit eine zweite Botschaft solcher Darstellungen sichtbar wird. Schließlich machte dieses Diagramm eine österreichische „Rückständigkeit" geradezu mit Händen greifbar, gingen die österreichischen Sterblichkeitszahlen doch erst mit der Einführung von Werbemaßnahmen für freiwillige Impfungen zurück (s. Abb. 2, Markierung c), allerdings bei weitem nicht auf den niedrigen Stand Deutschlands mit seiner ungleich konsequenteren Umsetzung moderner staatlicher Interventionskompetenz. Ganz ähnliche Diagramme finden sich im Übrigen mit Bezug auf Frankreich oder England, wo die Impfpflicht weniger konsequent durchgeführt bzw. – so im englischen Fall 1907 – sogar wieder verworfen wurde.[46] In England funktionierte das Narrativ deswegen umgekehrt: Hier warnten Mediziner seit Abschaffung der Impfpflicht mit ganz ähnlichen Darstellungen statistischer Vergleiche zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich vor den fatalen Folgen einer „Laissez-faire"-Politik für die britische Bevölkerungsentwicklung und Handelsbilanz, schränkten Quarantänemaßnahmen und Seuchenkordons doch den Warenaustausch erheblich ein.[47] Kurz gesagt diente der internationale Referenzrahmen der Seuchenbekämpfung in Europa als Kontrastfolie, vor der sich nationale Fortschritte bzw. Rückschritte abzeichneten und politische Interventionen legitimieren ließen. Dank internationaler

46 Vgl. Hennock (1998); Durbach (2005).

47 Vgl. u. a. die Berichte der englischen Medical Officers of Health in der Verbandszeitschrift „Public Health" für die Jg. 1898 bis 1910 in der Wellcome Collection, SA/SMO/J.3/9 bis SA/SMO/J.3/22.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bezüge erzählte das Diagramm anhand der Seuchenbekämpfung im Grunde also eine Erfolgsgeschichte des modernen deutschen Nationalstaats.

Und noch etwas Drittes wird an dieser Abbildung deutlich: Seuchenstatistiken waren ein Medium für Zukunftsentwürfe, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen suggerieren die Gesetzmäßigkeit der Welle und die Erfolgsgeschichte des Nationalstaats eine Planbarkeit der Zukunft, ja eine „Disziplinierung des Kommenden". Dank Impfprogrammen und Quarantänemaßnahmen schien die Zukunft erstmals gesundheitspolitisch beherrschbar und veränderbar (Abb. 2, Markierung d). Zum anderen zielten solche Diagramme auf eine Disziplinierung des Staatsbürgers, vermittelten sie doch klare Handlungsaufforderungen. Die Sicherheit aller blieb in dieser Darstellung schließlich für alle Zukunft gefährdet, wenn sich nicht jeder und jede Deutsche impfen ließ.[48] Auch für diese Botschaft bot der internationale Referenzrahmen ein schlagendes Argument. Die in der Statistik sichtbaren Rückschläge Österreichs bei der Pockenbekämpfung machten das drohende Kommende gleichsam sichtbar und unterstrichen, welche Gefahren dem Deutschen Reich auch in Zukunft drohten. Zukunftsentwürfe seuchenfreier Zeiten dienten dem Kaiserreich in diesem Sinne als kommunikative Ressource, mit der sich „Staat machen" und Staatsbürger mobilisieren ließen.

Es läge nahe, in solchen Zukunftsentwürfen einen Ausdruck deutscher Selbstbespiegelung zu sehen. Offenbart sich hier nicht das berühmt-berüchtigte hypertrophe Selbstbild, dass die ganze Welt am deutschen Wesen genesen könne? Ein kurzer Blick auf die Gesundheitskonferenzen macht deutlich, dass dieses Phänomen ein europäisches war. Um nationale Standards rangen Deutsche ebenso wie Franzosen, Briten und Italiener. Vergleichsweise typisch sind noch weitere Folgen des internationalen Referenzrahmens: Die Seuchenbekämpfung avancierte nämlich auch zu einem Aktivposten des Kolonialismus. Die „seuchenfreie Zukunft" war nicht zuletzt ein zivilisatorisches Versprechen, das die europäische Fremdherrschaft nicht nur legitimierte, sondern zum „Segen" und zur Kulturmission verklärte. Vor allem britische Experten waren in Afrika und Asien im Seuchenschutz aktiv, trug er doch insbesondere zum Erhalt der britischen Kolonialverwaltungen und -truppen bei. Bedrohungen durch Epidemien konnten mitunter sogar als Argument für politische und militärische Interventionen jenseits der eigenen Staatsgrenzen dienen, wie die Rolle des

48 Vgl. Thießen (2013a).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Gelbfiebers für das US-amerikanische Verhältnis zu Kuba zeigt. Die sanitären Verhältnisse auf der Insel und die daraus abgeleitete Gefahr einer Epidemie auf dem amerikanischen Festland wurden wiederholt angeführt, um Interventionen in Kuba zu rechtfertigen.[49]

Die Deutschen hatten an solchen Argumenten in Afrika und Asien zwar nur bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs Bedarf. Umso engagierter nahm man sich seither dem geradezu ‚klassischen' Kolonialgebiet der Deutschen an: „dem Osten".[50] Bereits im August 1914 machten sich mehrere Mitarbeiter des Reichsinnenministeriums (RMI) auf den Weg, um in Polen und Rumänien Impfprogramme gegen die Pocken voranzubringen. Es ist wenig erstaunlich, dass die „Immunisierung des Ostens" nicht allein humanitären Gründen, sondern mehr noch spezifischen Sicherheitsbedenken geschuldet war, wie sie Heinrich Gins vom Robert Koch-Institut 1917 formulierte: Da „unsere Heere weit in das pockenverseuchte Polen und Rußland eingedrungen waren", wachse in Deutschland die „Gefahr der Pockeneinschleppung" aus dem Osten.[51] Solche Warnungen waren fester Bestandteil einer traditionsreichen Bedrohungskommunikation, die „den Osten" seit dem 18. Jahrhundert zu einer Art „Seuchenherd" erklärte. Paul Weindling und Winfried Süß haben die Folgen dieser Denkfigur vom Kaiserreich bis zum „Dritten Reich" nachgezeichnet und auf Zusammenhänge zwischen Seuchenängsten, Sicherheitskonzepten und „Vernichtungskrieg" hingewiesen.[52] Doch selbst in diesem Fall wären deutsche „Sonderwege" noch zu diskutieren: Schließlich passen die Ängste und Warnungen vor „dem Osten" gut zu den Sorgen vor der „asiatischen" Cholera oder vor kranken Mekkapilgern, wie sie auf den internationalen Gesundheitskonferenzen von europäischen Experten präsentiert wurden.[53]

Die Bedrohungskommunikation erfüllte für die Vermittlung von Staatlichkeit und Sicherheit drei Funktionen: Erstens unterstrich die Gegenüberstellung des Kaiserreichs mit östlichen „Seuchenherden" die Erfolgs-

49 Vgl. Espinosa (2009).
50 Vgl. Thum (2006).
51 Gins (1917), S. 337.
52 Vgl. Weindling (1989); Süß (2003).
53 Vgl. – nur als Auswahl – neben den obigen Ausführungen und Anmerkungen weiterhin Bericht, Commission des Voies et Moyens, 16.11.1903, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 10 Octobre – 3 Décembre 1903. Procès-Verbaux (1904), Paris, S. 102-110; Beitrag Platon de Waxel, 7.11.1911, in: Conférence Sanitaire Internationale de Paris 7 Novembre 1911 – 17 Janvier 1912. Procès-Verbaux (1912), Paris, S. 35.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

geschichte vom deutschen Nationalstaat. Im Rahmen der Gesundheitskonferenzen finden wir ähnliche Kontrastierungen des modernen Europa mit dem vermeintlich rückständigen „Orient". Zweitens verstärkten Bedrohungsszenarien die Tragweite einer „deutschen Kulturmission" im Osten. Die „Sanierung des Landes", so erklärte das Reichsinnenministerium zur „Immunisierung" Polens 1917, entspreche ganz der „Rolle eines Kulturträgers", die die Deutschen auch in Zukunft spielen wollten.[54] Seuchenängste und Sicherheitsmaßnahmen nutzten Medizinalbeamte wie Rudolf Abel und Gotthard Frey also als Werkzeuge, mit denen sich zukünftige politische und militärische Interventionsfelder abstecken und erschließen ließen. Und drittens waren unsichere Zukünfte ein Hebel zur Mobilisierung der Bevölkerung und ein Plädoyer an alle Deutschen, dass sie in ihren persönlichen Sicherheitsmaßnahmen, konkret: beim Impfen, nicht nachlassen durften. Das populäre Schreckbild vom Osten fungierte gewissermaßen als Motivationsspritze. So zog Heinrich Gins vom RMI in einem Vortrag 1917 aus der „Sanierung" Polens zwar einerseits die beruhigende Lehre, dass deutsche Sicherheitsmaßnahmen ebenso vorbildlich wie erfolgreich durchgeführt worden seien. Andererseits sei dieser Erfolg jedoch für jeden einzelnen Deutschen eine Verpflichtung, sich auch in Zukunft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und staatliche Maßnahmen gegen die anhaltende Bedrohung zu unterstützen: „Diese ruhige Zuversicht verdankt unser Volk der allgemeinen, gut überwachten, mit kräftigem Impfstoff durchgeführten Pockenschutzimpfung. Und so soll es bleiben!"[55]

3. Fazit und Ausblick

Unsere Erkundung zum Verhältnis von Sicherheit, Zukunft und Staatlichkeit beim Umgang mit Seuchen auf internationaler und nationaler Ebene legt einerseits Wechselwirkungen zwischen beiden Ebenen, andererseits gravierende Unterschiede in der Konzeption von Seuchen offen: Das gilt zum einen für die Bedrohungskommunikation, mit der Seuchen als Sicherheitsproblem für die eigene Nation oder auch Europa markiert und in politische Zukunftsentwürfe eingebunden wurden. Im nationalen Kontext des

54 Frey (1919), S. 733.
55 Gins (1917), S. 349.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kaiserreichs war die bedrohliche Welt ein Argument, mit dem sich erstens nationale Erfolgsgeschichten erzählen, zweitens Interventionen – sowohl nach innen als auch gen „Osten" – rechtfertigen sowie drittens die Deutschen mobilisieren ließen. Der Blick auf internationale Zusammenhänge relativiert indes scheinbare „Sonderwege", denn östliche Bedrohungen und Interventionen außerhalb der eigenen Landesgrenzen waren eben nicht nur im Kaiserreich, sondern in ganz Europa als Medium der Versicherheitlichung zum Zwecke militärischer, politischer und wirtschaftlicher Agenden *en vogue*. Gleichwohl waren die Interessen, die die kaiserliche Regierung auf internationaler Ebene vertrat, anders gelagert: Ganz im Sinne der eurozentristischen Perspektive der Gesundheitskonferenzen wurden Sicherheits- und Zukunftsentwürfe an dem Fokus globaler Handelsströme ausgerichtet. Während die „seuchenfreie" Zukunft im nationalen Kontext als Heilsversprechen und Handlungsanweisung gegenüber der gesamten Bevölkerung diente, in ihren Gesundheitsanstrengungen nicht nachlässig zu werden, wog die Handelsbilanz im europäischen Kontext gemeinhin schwerer als totale Sicherheit. Hier galt es aus Sicht der Teilnehmer an den Gesundheitskonferenzen, Handelshemmnisse wie zum Beispiel langwierige Quarantänen und damit auch mögliche Quellen internationaler Spannungen abzubauen.

Mit diesen verschiedenen Zielsetzungen gesundheitspolitischer Maßnahmen hängen zum anderen unterschiedliche Zukunftsentwürfe zusammen. Die seuchenfreie Zukunft war ein Versprechen moderner Nationalstaaten, das die Erfolgsgeschichte des Konzepts staatlicher Vorsorge begründete: Die „Ausrottung" von Seuchen und ihre zukünftige Verhinderung waren Ziele, mit denen das Kaiserreich seine Kernkompetenz als moderner, vorsorgender Sicherheitsstaat unter Beweis stellte. Auf internationaler Ebene wiederum blieb man pragmatisch: Das Ziel uneingeschränkten globalen Handels erforderte ein geschicktes „Management" von Seuchen. Nicht so sehr eine „Ausrottung", sondern die Vermeidung bzw. Berechenbarkeit grenzüberschreitender Gesundheitsbedrohungen konturierten demnach die Zukunftsentwürfe, die auf den internationalen Gesundheitskonferenzen verhandelt wurden.

Dank internationaler Austauschprozesse und Bezugsrahmen avancierte die Seuchenbekämpfung im 19. Jahrhundert zu einem politischen Handlungsfeld, auf dem Sicherheitskonzepte, Zukunftsentwürfe und Vorstellungen von Staatlichkeit verhandelt wurden – und nach wie vor werden. Denn ganz ähnliche Phänomene lassen sich auch lange nach dem Ende des Kaiserreichs beobachten, wie ein kurzer Blick auf Entwicklungen, die bis

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

heute reichen, nahelegt. Im Nationalsozialismus erscheinen solche Kontinuitäten besonders offensichtlich: Hier fand der „Kampf den Seuchen" und „Ärzte-Einsatz im Osten"[56] als Sicherheitskonzept für die „Volksgemeinschaft" bekanntermaßen zu seinen schrecklichsten Formen. Neben diesen offensichtlichen Kontinuitätslinien erscheinen uns allerdings andere Bezüge noch interessanter: Schließlich werden im „Dritten Reich" eben auch internationale Transferprozesse sichtbar, vor allem im Verhältnis zu den USA oder Großbritannien, die als Vorbilder für ein „Marketing" von Seuchenängsten fungierten und damit eine Erweiterung von Sicherheitskonzepten förderten: So lehnten sich deutsche Impfprogramme gegen Diphtherie seit Mitte der 1930er Jahre bewusst an anglo-amerikanische Werbeformate an und verzichteten auf Einführung einer Impfpflicht, da Plakate, Filme und Rundfunkbeiträge die Deutschen sehr viel effektiver in die Impflokale brachten.[57]

Vielfältiger noch sind die internationalen Bezüge nach 1945: Die WHO stellte für die Verhandlung von Sicherheits- und Zukunftsentwürfen ein Forum bislang unbekannten Ausmaßes dar. Erstmals schien nun eine „seuchenfreie" globale Zukunft denkbar: Nach der „Ausrottung" der Pocken in den 1970er Jahren und im Zuge entsprechender Planungen gegen Polio und Masern erzählte die Weltgesundheitsorganisation eine Fortschrittsgeschichte der Moderne auch noch in fortschrittskritischen Zeiten „nach dem Boom."[58] Neue Ausmaße gewann in der WHO auch die politische Instrumentalisierung der Seuchengefahr: Hier mutierte die Sicherheit vor Seuchen zur Waffe, mit der sich Schlachten des Kalten Krieges schlagen ließen. Im Osten ebenso wie im Westen fungierten Impfquoten als Ausweis für die bessere Gesellschaft.[59] Sicherheit vor Seuchen signalisierte also nach wie vor den „Kulturstand" der Nation – wie schon im Kaiserreich.

Damit wären wir in unserer Gegenwart angekommen. Denn nach wie vor vermessen wir unsere Zukunftserwartungen und Sicherheitsvorstellungen am internationalen Horizont. Als vor einigen Jahren in Deutschland zahlreiche Kinder an Masern erkrankten, waren erneut bedrohliche Vergleiche zu hören: Die Deutschen lägen mit ihrer Impfquote im internationalen Maßstab zurück, „Problemzonen" wie der Prenzlauer Berg – der in einigen Tageszeitungen Formen eines „Seuchenherds" annahm – verwie-

56 Bühler (1941), S. 3.
57 Thießen (2017), S. 214.
58 Manela (2010).
59 Thießen (2013b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sen demnach auf besonders düstere Entwicklungen. Offenbar dient die Debatte um Seuchen nach wie vor einer Mobilisierung des Staatsbürgers und der „Disziplinierung des Kommenden". Sie ist also wohl auch künftig ein Feld, auf dem wir Vorstellungen von Staatlichkeit, Sicherheit und Zukunft verhandeln werden.

Daher lässt sich unsere *tour de force* vom 19. Jahrhundert bis heute als ein Plädoyer für eine transepochale Perspektive verstehen. Obwohl Sozialstaaten, Seuchenkommunikation, Sicherheits- und Zukunftsentwürfe im 19. und 20. Jahrhundert ein enges Verhältnis eingingen, sind die von uns gezeigten Zusammenhänge wahrscheinlich kein Spezifikum der Moderne. Interventionsfelder und „Problemgruppen" wurden schon früher und mit Vorliebe in Seuchenzeiten konstruiert. Zu trauriger Berühmtheit haben es beispielsweise die Juden-Pogrome während der Pestzüge des Mittelalters und der Frühen Neuzeit gebracht. Im 17. und 18. Jahrhundert wiederum fallen im Umgang mit Migrations- oder politischen Bewegungen ganz ähnliche Semantiken und Praktiken ins Auge wie jene, die wir in unserem Beitrag untersucht haben. Auch wenn die Bürokratisierung, „Medikalisierung" und „Verwissenschaftlichung des Sozialen" seit dem 19. Jahrhundert den internationalen Austausch über Seuchen und die Etablierung staatlicher Gesundheitsprogramme zweifellos beförderten,[60] lohnen sich Untersuchungen in der *longue durée*, die den tiefen Wurzeln des „langen 19. Jahrhunderts" nachspüren und Traditionslinien der „Moderne" zurückverfolgen.

Literaturverzeichnis

Arnold, David (1993), Colonizing the Body. State Medicine and Epidemic Disease in Nineteenth-Century India, Berkeley u. a.

Baldwin, Peter (1999), Contagion and the State in Europe, 1830-1930, Cambridge.

Borowy, Iris (2006), Freundschaft, Feindschaft, Neutralität? Die LNHO des Völkerbundes und das Deutsche Reich während des Zweiten Weltkriegs, in: Wolfgang U. Eckart / Alexander Neumann (Hg.), Medizin im Zweiten Weltkrieg. Militärmedizinische Praxis und medizinische Wissenschaft im „Totalen Krieg", Paderborn u. a., S. 17-41.

Bröckling, Ulrich (2008), Vorbeugen ist besser. Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth 1, S. 38-48.

60 Weingart (1983); Raphael (1996).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bühler, Josef (1941), Geleitwort, in: Jost Walbaum (Hg.), Kampf den Seuchen! Deutscher Ärzte-Einsatz im Osten, Krakau.

Bynum, William F. (1993), Policing Hearts of Darkness. Aspects of the International Sanitary Conferences, in: History and Philosophy of the Life Sciences 15, S. 421-434.

Chiffoleau, Sylvia (2012), Genèse de la Santè Publique Internationale. De la Peste d'Orient à l'OMS, Rennes.

Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 453-467.

Crosby, Alfred W. (2003), The Columbian Exchange. Biological and Cultural Consequences of 1492. 30th Anniversary Edition, Westport, Conn.

Dettke, Barbara (1995), Die asiatische Hydra. Die Cholera von 1830/31 in Berlin und den preußischen Provinzen Posen, Preußen und Schlesien, Berlin u. a.

Durbach, Nadja (2005), Bodily Matters. The Anti-Vaccination Movement in England, 1853-1907, Durham.

Echenberg, Myron (2007), Plague Ports. The Global Urban Impact of Bubonic Plague, 1894-1901, New York u. a.

Espinosa, Mariola (2009), Epidemic Invasions. Yellow Fever and the Limits of Cuban Independence, 1878-1930, Chicago.

Evans, Richard J. (1987), Death in Hamburg. Society and Politics in the Cholera-Years, 1830-1910, Oxford u. a.

Frey, Gotthard (1919), Das Gesundheitswesen im Deutschen Verwaltungsgebiet von Polen in den Jahren 1914-1918, in: Arbeiten aus dem Reichsgesundheitsamte 51, S. 583-733.

Geyer, Martin H. / Paulmann, Johannes (Hg.) (2001), The Mechanics of Internationalism. Culture, Society, and Politics from the 1840s to the First World War, Oxford u. a.

Gins, Heinrich A. (1917), Pocken und Pockenimpfung im Lichte des dritten Kriegsjahres, in: Öffentliche Gesundheitspflege 2, S. 337-349.

Hamlin, Christopher (2009), Cholera. The Biography, Oxford u. a.

Harrison, Mark (1994), Public Health in British India. Anglo-Indian Preventive Medicine 1859-1914, Cambridge.

Harrison, Mark (2004), Disease and the Modern World, Cambridge.

Harrison, Mark (2006), Disease, Diplomacy and International Commerce. The Origins of International Sanitary Regulation in the Nineteenth Century, in: Journal of Global History 1, S. 197-217.

Hennock, Ernest P. (1998), Vaccination Policy Against Smallpox, 1835-1914: A Comparison of England with Prussia and Imperial Germany, in: Social History of Medicine 11, S. 49-71.

Hennock, Ernst P. (2007), The Origin of the Welfare State in England and Germany, 1850-1914, Cambridge.

Herren, Madeleine (2009), Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hölscher, Lucian (2016a), Historische Zukunftsforschung. Eine Besprechung der neueren Literatur, in: Neue Politische Literatur 61, S. 47-62.

Hölscher, Lucian (2016b), Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen.

Howard-Jones, Norman (1975), The Scientific Background of the International Sanitary Conferences 1851-1938, Genf.

Huber, Valeska (2006), The Unification of the Globe by Disease? The International Sanitary Conferences on Cholera, 1851-1894, in: The Historical Journal 49, S. 453-476.

Huber, Valeska ([2]2015), Channelling Mobilities. Migration and Globalisation in the Suez Canal Region and Beyond, 1869-1914, Cambridge.

Leanza, Matthias (2011), Die Geschichte des Kommenden. Zur Historizität der Zukunft im Anschluss an Luhmann und Foucault, in: Behemoth 4, S. 10-25.

Lindner, Ulrike (2014), Der Umgang mit neuen Epidemien nach 1945. Nationale und regionale Unterschiede in Europa, in: Malte Thießen (Hg.), Infiziertes Europa. Seuchen im langen 20. Jahrhundert, Berlin u. a., S. 115-136.

Manela, Erez (2010), A Pox on Your Narrative. Writing Disease Control into Cold War History, in: Diplomatic History 34, S. 299-323.

Matzel, Oskar (1977), Die Pocken im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, Düsseldorf.

Mishra, Saurabh ([2]2011), Beyond the Bounds of Time? The Haj Pilgrimage from the Indian Subcontinent, 1865-1920, in: Biswamoy Pati / Mark Harrison (Hg.), The Social History of Health and Medicine in Colonial India, London u. a., S. 31-44.

Osterhammel, Jürgen (2009), Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München.

Raphael, Lutz (1996), Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptuelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft 22, S. 165-193.

Reichsgesundheitsamt ([4]1925) (Hg.), Blattern und Schutzimpfung. Denkschrift zur Beurteilung des Nutzens des Impfgesetzes vom 8. April 1874 und zur Würdigung der dagegen gerichteten Angriffe, Berlin.

Ritter, G. A. (2008), Die Ursprünge des Sozialstaats in Deutschland und England vor dem Ersten Weltkrieg, in: Geschichte und Gesellschaft 34, S. 292-300.

Süss, Winfried (2003), Der „Volkskörper" im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939-1945, München.

Thiessen, Malte (2013a), Vom immunisierten Volkskörper zum „präventiven Selbst". Impfen als Biopolitik und soziale Praxis vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61, S. 35-64.

Thiessen, Malte (2013b), Vorsorge als Ordnung des Sozialen: Impfen in der Bundesrepublik und der DDR, in: Zeithistorische Forschungen 10, S. 409-432.

Thiessen, Malte (2017), Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Thum, Gregor (2006), Mythische Landschaften. Das Bild vom „deutschen Osten“ und die Zäsuren des 20. Jahrhunderts, in: ders. (Hg.), Traumland Osten. Deutsche Bilder vom östlichen Europa im 20. Jahrhundert, Göttingen, S. 181-211.

Weindling, Paul (1989), Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism 1879-1945, Cambridge.

Weingart, Peter (1983), Verwissenschaftlichung der Gesellschaft – Politisierung der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 12, S. 225-241.

Winkle, Stefan (^{3}2005), Geißeln der Menschheit. Kulturgeschichte der Seuchen, Düsseldorf.

Zimmer, Thomas (2017), Welt ohne Krankheit. Geschichte der internationalen Gesundheitspolitik von 1940 bis 1970, Göttingen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Eine unerkennbare Zukunft regieren: Recht, Ausnahme und die Logik der präventiven Überwachung

Larry Frohman

In einem Aufsatz, den ich 2015 in einer Ausgabe des *German Studies Review* veröffentlich habe, die dem Thema Überwachung in der deutschen Geschichte gewidmet war, habe ich die Entwicklung des Polizeirechts als Vehikel benutzt, um der Frage nachzugehen, inwieweit neue Überwachungspraktiken dazu beitrugen, den liberalen Rechtsstaat in einen postliberalen, „precautionary" oder „präventiven" Überwachungsstaat zu verwandeln.[1] Dort habe ich gezeigt, dass Datenschutz als Hauptmittel diente, um die Probleme, die von den neuen Überwachungspraktiken aufgeworfen wurden, zu theoretisieren und die Idee des Rechts und eine liberale Ökonomie der informationellen Begrenzung gegen die transgressive Logik der präventiven Überwachung zu verteidigen.[2] In jenem Aufsatz habe ich mich aber hauptsächlich darum bemüht zu zeigen, wie die Logik der Exzeptionalität die Argumente unterfütterte, die von den Sicherheitsbehörden hervorgebracht wurden. Im vorliegenden Beitrag möchte ich diesen Diskurs selbst untersuchen.

Hierbei dienen mir die Schriften Michel Foucaults zur Sicherheit und Gouvernementalität als Ausgangspunkt. Erstens werde ich zeigen, dass der Diskurs der Exzeptionalität entsteht, als die liberale Gouvernementalität dazu gezwungen wird, ihre eigenen Grenzen zu reflektieren. Zweitens

1 Obwohl der Sinn von „precautionary" mit dem Begriff „Vorsorge" am besten wiedergegeben wird, sind die Begriffe „Vorsorge" bzw. „Vorsorgestaat" schon mit ganz anderem Inhalt gefüllt. Andererseits bringt die Rede von Prävention oder Vorbeugung das mit dem Begriff der Vorsorge gemeinte Hinausgehen über die gewöhnliche Polizeiarbeit und das liberale Polizeirecht nicht klar zum Ausdruck. Jedoch hat sich der Begriff des „Präventionsstaates" (Denninger (1988); Krasmann (2010)) so fest eingebürgert, dass es widerspenstig wäre, eine andere Formulierung zu benutzen. Daher werde ich im Folgenden von „Prävention" bzw. „präventiver Überwachung" sprechen – allerdings in der Erwartung, der Leser werde dabei das englische Wort stillschweigend einsetzen. Denninger selbst (1988) benutzt die Formulierung „Prävention I" und „Prävention II", um diesen Unterschied auszudrücken.

2 Frohman (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

werde ich darlegen, dass derselbe Moment des Exzesses, der Transzendenz und der Exzeptionalität, der die präventive Überwachung über die Grenzen der rechtlichen Normen hinaustreibt, auch die Kontinuität der Zeit selbst unterbricht und dabei die Zukunft zu etwas kategorisch so anderem als der Vergangenheit erklärt, dass es unmöglich erscheint, sie mit Hilfe bestehenden Erfahrungswissens zu regieren. Drittens: Indem solche Ausnahmehandlungen diese Zäsur zwischen Vergangenheit und Zukunft bewirken, bringen sie auch entsprechende gouvernementale Praktiken hervor, deren paradoxes Ziel darin besteht, eine Zukunft regierbar zu machen, die sie gerade als ungewiss, unerkennbar, bedrohlich und unregierbar figuriert haben. Aber mein Ziel hier ist nicht nur, die Rationalität der „precautionary surveillance" zu rekonstruieren, sondern auch den Diskurs der Exzeptionalität sowie das Sicherheitswissen und die Sicherheitspratiken zu historisieren, die sich zur Beherrschung der daraus erwachsenden Herausforderungen entwickelten.

Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hat Klaus Weinhauer nach einer Sozial- und Kulturgeschichte der inneren Sicherheit gerufen. Obwohl die konstruktivistische Wende in der Disziplin der internationalen Beziehungen die bisherigen engen Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Staatlichkeit in Frage gestellt hat, bleibt die jüngste Wendung zur Medialität, zu den performativen Dimensionen des Terrorismus und zur Konkurrenz um Deutungshoheit zwischen Terroristen einerseits und Sicherheitsbehörden und Politikern andererseits innerhalb des hermeneutischen Horizonts der Akteure stecken. Sie ist daher nicht in der Lage, die Entstehung des Spiels, dessen Dynamik sie beschreibt, zu problematisieren.[3] Ich meine, dass die Untersuchung des Prozesses, wodurch diese zwei Formen der Gouvernementalität ihr je eigenes Sicherheitswissen und ihre eigenen Sicherheitspraktiken generierten, einen besseren Rahmen bietet, den Begriff der Sicherheit zu historisieren, als die Analyse der Politik der symbolischen Macht und der Performanz der Sicherheit.[4]

Zurzeit arbeite ich an einer Studie zum Thema Überwachung, Datenschutz und die Politik personenbezogener Daten in der Bundesrepublik von den 1960er bis zum Anfang der 1990er Jahre. Nach diesen theoretischen Vorüberlegungen werde ich mich zwei führenden Vordenkern der

3 Weinhauer (2004). Für jüngere Beispiele eines solchen Ansatzes siehe de Graaf (2015) und Metzler (2015).

4 Daase (2012) gibt einen Überblick über die sozialwissenschaftlichen und historischen Studien zur Sicherheit.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

präventiven Überwachung zuwenden: Horst Herold, der von 1971 bis 1981 als Präsident des Bundeskriminalamts amtierte, und Alfred Stümper, der von 1970 bis 1990 als Landespolizeipräsident von Baden-Württemberg tätig war. Mein Hauptargument hier ist, dass ihre Arbeit eine liberale (Herold) respektive eine illiberale (Stümper) Form der Gouvernementalität verkörpert. Ich werde mit einigen Überlegungen zur historischen Einordnung der neuen Überwachung, ihrer zeitlichen Struktur und ihrer Modernität schließen.

I.

Sicherheit spielt eine zentrale Rolle in den Vorlesungen, die Foucault am Collège de France zwischen 1975 und 1979 hielt. Hier behauptet er, dass die Rationalität der Gouvernementalität, d.h. der liberalen Gouvernementalität, „in der Vollendung, in der Maximierung oder Intensivierung" der von ihr gelenkten bioökonomischen Prozesse bestehe.[5] Dabei folgte die liberale Gouvernementalität einer Logik, die ganz anders war als die der Souveränität und der Disziplin. Sie richtet sich weder auf den Schutz der externen, transzendentalen Beziehung des Fürsten zu seinem Territorium noch auf die Disziplinierung der Individuen und deren kontinuierliche, panoptische, individualisierende Kontrolle.[6] Stattdessen bestand nach Foucault das Ziel des Regierens „in den Dingen, die [es] lenkt"[7], und seine spezifische Rationalität lag darin, „die natürlichen Prozesse zu achten oder sie zumindest zu berücksichtigen, sie spielen zu lassen oder mit ihnen zu spielen."[8] Die Instrumente, mit denen regiert wurde, waren aber weder Gesetze, noch Befehle, noch Strafen, sondern „verschiedenartige Taktiken"[9], die das Milieu in einer Art ausrichteten und dadurch die strategischen Kalkulationen der Individuen so beeinflussten, dass die Befolgung scheinbar eigener Interessen und Veranlagungen zur tatsächlichen Verwirklichung der vermeintlichen natürlichen Bevölkerungsgesetze führen werde.[10] Das war das Regieren durch Freiheit. Hierzu war Sicherheit von

5 Foucault (2007), S. 99; (2004a), S. 150.
6 Foucault (1979); (1977).
7 Foucault (2007), S. 99; (2004a), S. 150.
8 Foucault (2007), S. 352; (2004a), S. 505.
9 Foucault (2007), S. 99; (2004a), S. 150.
10 Foucault (2007), S. 20; (2004a), S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zentraler Bedeutung. Denn, so Foucault: „Sicherheitsdispositive bearbeiten, erzeugen, organisieren, gestalten ein Milieu."[11] Sicherheitsdispositive blieben dabei die „wesentliche[n] Mechanismen", welche die Anwendung gouvernementaler Macht gemäß der Prinzipien der politischen Ökonomie auf jenes Objekt möglich machten, das dadurch als „Bevölkerung" konstruiert wurde.[12]

Obwohl sich ihre Wurzeln bis in die Mitte des 16. Jahrhundert zurückverfolgen lassen, blieb die volle Entfaltung der liberalen Gouvernementalität bis ins 18. Jahrhundert „blockiert", weil sie der Aufgabe untergeordnet war, die Beziehung des Fürsten zu seinem Territorium aufrechtzuerhalten und zu verstärken.[13] Daher wurden die biologischen und ökonomischen Tätigkeiten der Bevölkerung nur insoweit gefördert, wie sie der Staatsmacht selber nützlich gemacht werden konnten, und sie wurden einer umfassenden Betreuung, Kontrolle und Förderung unterworfen, um sicherzustellen, dass sie diesem Zweck tatsächlich dienten. In den deutschen Staaten wurde dieser Übergangs- oder hybrider Modus des Regierens als „Polizei" bezeichnet.[14] Erst der Zusammenbruch dieser „große[n] überreglementierende[n] Polizei"[15] hat den Weg zur liberalen Gouvernementalität geöffnet, die den einzelnen Gliedern der Bevölkerung erlauben sollte, gemäß ihrer eigenen natürlichen Interessen und Neigungen freiheitlich zu handeln. Hierbei war der Zweck liberaler Gouvernementalität weniger, einzelne Verhaltensweisen zu verbieten, als Bevölkerungsprozesse so anzuleiten, „dass die notwendigen und natürlichen Regulationen greifen können, oder auch Regulierungen festzulegen, die die natürliche Regulation gestatten werden. Man wird also die natürlichen Phänomene auf eine solche Weise eingrenzen müssen, dass sie nicht vom gewünschten Kurs abweichen."[16]

Jedoch, wie aus diesem Zitat auch herauszulesen ist, ergibt das Auseinanderfallen der verschiedenen Elemente, die in „Polizei" fest zusammen-

11 Foucault (2007), S. 21; (2004a), S. 40.
12 Foucault (2007), S. 108; (2004a), S. 161. Oder wie Foucault es anders formulierte, „dieser Regierungsstaat, der sich im Wesentlichen auf die Bevölkerung stützt und sich auf die Instrumente des ökonomischen Wissens beruft und sie gebraucht, entspräche einer durch die Sicherheitsdispositive kontrollierten Gesellschaft". (Ebd., S. 110 u. 164 f.).
13 Foucault (2007), S. 101 ff.; (2004a), S. 153-56.
14 Foucault (2007), S. 323 u. 327; (2004a), 464 f. u. 471.
15 Foucault (2007), S. 353; (2004a), S. 507.
16 Foucault (2007), S. 353; (2004a), S. 506.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gebündelt wurden, auch die Möglichkeit, dass Bevölkerungsprozesse „vom gewünschten Kurs" abweichen könnten, d.h. dass die jeweiligen Bevölkerungsprozesse nicht gemäß ihrer angeblichen Naturgesetze funktionieren würden und die Bevölkerung selbst daher suboptimal funktionieren oder möglicherweise sogar zugrunde gehen könnte. Die Frage war, wie man in solchen Fällen handeln oder wie regiert werden sollte. In seinen Vorlesungen aus dem Jahre 1976 hat Foucault Sicherheit als Mechanismus bezeichnet, dessen Aufgabe darin bestand, „ein Gleichgewicht her[zu]stellen, ein Mittelmaß [zu] wahren, eine Art Homöostase [zu] etablieren" und – am allerwichtigsten in diesem Kontext – das „Zufallsmoment" in der statistischen Struktur einer Bevölkerung einzudämmen.[17] Diese Gedanken scheinen auf der Annahme zu beruhen, dass das statistische Profil der Bevölkerung relativ stabil und dass das Leben der Bevölkerung nur innerhalb der Parameter der aktuellen statistischen Verteilung gouvernemental zu ökonomisieren wäre. Aber in seinen Vorlesungen von 1977/78 hatten solche statistischen Abweichungen eine eher dynamische und daher bedrohliche Form angenommen. Das hat Foucault wiederum gezwungen, der Frage systematisch nachzugehen, was mit jenen Unverbesserlichen zu tun war, die „den Vertrag" brechen und „aus diesem kollektiven Subjekt heraus[fallen]", d.h. mit jenem „Volk […], das der Steuerung der Bevölkerung widersteht, das versucht, sich diesem Dispositiv zu entziehen, durch das die Bevölkerung existiert, sich hält, fortbesteht und zwar auf einer optimalen Ebene fortbesteht."[18] Hier müssten die Mechanismen und Taktiken der liberalen Gouvernementalität durch „einen bestimmten Apparat oder eine Reihe von Mitteln [ergänzt werden], die sicherstellen werden, dass die Unordnung, die Unregelmäßigkeiten, die Verletzungen der Gesetze, die Verbrechen verhindert oder unterdrückt werden."[19] Dies war genau der Punkt, wo die umfassende frühmoderne Polizei in ihren engeren modernen Namensvetter überging und zu dem ausgedünnten Gefahrenabwehrapparat wurde, den wir heute mit dem Begriff „Polizei" belegen.

Das Aufkommen der liberalen Gouvernementalität hat aber die Souveränität weder aufgehoben noch überflüssig gemacht, sondern Foucault zu Folge das Problem der Souveränität noch verschärft (eine Entwicklung, die für die Disziplinarmacht vermutlich auch gilt).[20] Ich behaupte, indem

17 Foucault (2003), S. 246; (2009), S. 284.
18 Foucault (2007), S. 44; (2004a), S. 72.
19 Foucault (2007), S. 353; (2004a), S. 507.
20 Foucault (2007), S. 107; (2004a), S. 161.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ich mich hier auf die Argumente des Hamburger Soziologen Sven Opitz beziehe, dass die Erkenntnis der Grenzen der liberalen Gouvernementalität die Reartikulation souveräner Macht und von Disziplinarmacht innerhalb des Bereichs liberaler Gouvernementalität erlaubte und dadurch einer illiberalen Gouvernementalität den Weg öffnete.[21] Das daraus entstehende „Wechselspiel der Freiheit und der Sicherheit", d.h. das dynamische Zusammenspiel des Regierens durch Freiheit und des Regierens durch die externe Korrektur derer, die sich weigern, den Naturgesetzen freiwillig zu folgen, ist der Kernmechanismus der Machtökonomie des Liberalismus.[22] Jedoch bedeutet diese Reartikulation souveräner Macht innerhalb des Sozialen nicht die einfache Anwendung des Rechts, sondern seine Transzendenz und Neusetzung, während die Generalisierung dieses Ausnahmezustands tendenziell auf die Aushöhlung und Zerstörung des normativen Aspekts des Rechts durch staatliche Gewalt hinausläuft.[23] Nach Opitz stellt diese illiberale Regierungsweise eine Technik der Zukunft dar, „die sich jenseits der durch das Kriminalrecht kodifizierten Täterverfolgung auf Praktiken der Prävention konzentriert."[24] Dies liefert auch den Schlüssel zum Verständnis der Rationalität, der transgressiven Natur und der zeitlichen Struktur der präventiven Überwachung.

II.

In dem Umfang, wie die Zukunft regelmäßig und berechenbar aus der Vergangenheit erwächst, kann auf der Ebene des Individuums durch Ge- und Verbote regiert werden. Dieses Prinzip spiegelt sich in der zeitlichen Struktur liberaler Polizeigesetze wieder. Deren Orientierung auf die Vergangenheit begrenzt die staatliche Tätigkeit dadurch, dass polizeiliches Einschreiten nur erlaubt ist, um konkrete Gefahren abzuwehren. Auf der Ebene der Bevölkerung verwandelt die Wahrscheinlichkeitsrechnung Gefahren in versicherbare Risiken. Versicherung wurde auf diese Weise zu

21 Opitz (2008).
22 Foucault (2008), S. 65; (2004b), S. 100.
23 Ericson (2007), S. 24-31. Wie Dieter Grimm (1991a), S. 173 bemerkt hat, hat die Verschiebung der Parameter der staatlichen Tätigkeit zu dem Punkt geführt, wo „die planende und lenkende Verwaltung […] sich vielmehr in einem normativ verdünnten Raum weitgehend selbst" steuert.
24 Opitz (2008), S. 220 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

einer Grundtechnik, mit der man eine vorausberechenbare Zukunft sparsam, geschickt und gewinnbringend regieren konnte.[25] Wie kann man aber die Zukunft regieren, wenn die Verbindung zwischen Erfahrung, Gegenwart und künftigen Geschehnissen durch diesen Diskurs der Exzeptionalität als so ungewiss figuriert worden ist, dass man nur im Nachhinein die abzuwehrenden Gefahren ausmachen kann? Claudia Aradau und Rens van Munster benutzen den Begriff der „Katastrophe", um die Schadensereignisse zu bezeichnen, die auf die Zäsur folgen, die durch Einbrüche der Exzeptionalität in den linearen Lauf der Zeit verursacht ist.[26] Außerdem ist ihr Buch im vorliegenden Kontext gerade deshalb relevant, weil sie darin zeigen, dass diese diskrete, unerkennbare Zukunft keine Wirklichkeit an sich ist, sondern durch einen untheoretisierten Diskurs der Exzeptionalität konstruiert wird – einen Diskurs, der Aradau und van Munster zu Folge spezifische Formen des Sicherheitswissens und entsprechende Sicherheitspraktiken hervorbringt und der es uns erlaubt, präventive Überwachung als historische Erscheinung zu kontextualisieren: „Theories of the state of exception help map a conjectural regime of knowledge that imbricates sovereign power with more mundane forms of power in its attempt to govern future catastrophic events."[27]

Der Präventionsstaat beschreibt weniger etwas Existierendes als vielmehr eine spezifische Rationalität, eine Zukunft, die nicht durch die „Prävention" der vorhersehbaren Gefahren regiert werden kann, sondern durch Vorsorge, Zuvorkommen und das, was ich „precaution" nenne.[28] Wie Erhard Denninger gezeigt hat, besteht das Problem darin, dass, sobald es von konkreten Gefahren und einem wohlbegründeten Einzelverdacht, die zusammen der polizeilichen Tätigkeit Grenzen ziehen und die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit garantieren, abgekoppelt wird, das Vorfeld potentieller Gefahren keine intrinsischen Kriterien enthält, mittels derer es abgegrenzt werden könnte. Dies gelte „weder hinsichtlich der Bestimmung des Kreises risikoträchtiger Personen noch hinsichtlich der einzusetzenden Erkenntnis- und Abwehrmittel noch hinsichtlich der Zielsetzungen der im Interesse der Sicherheit zu treffenden Maßnahmen."[29] Aber um „unknown

25 Meyer (2009), S. 28 spricht in diesem Kontext von der „Bewirtschaftung" der Zukunft durch die liberale Gouvernementalität.
26 Aradau / van Munster (2011).
27 Aradau / van Munster (2011), S. 117 f.; siehe auch Huysmans (2008).
28 Krasmann (2010), S. 55 und O'Malley (2004).
29 Denninger (2008), S. 94 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

unknowns" zuvorzukommen, müsste die informationelle Macht der Polizei so groß und vielgestaltig sein wie das unbestimmte und unbestimmbare Feld möglicher, d.h. abstrakter Gefahren. Mit anderen Worte müsste die Polizei die Befugnis besitzen, konjekturale, kontextabhängige Urteile bezüglich der Informationsarten, die erhoben werden sollten, der Methoden, die dabei benutzt werden sollten, sowie der Zwecke, zu denen sie angewendet werden sollten, unabhängig zu fällen. Solche Räume der Exzeptionalität überschreiten aber jeden Versuch, die informationelle Tätigkeit der Polizei rechtlich zu normieren, ohne jedoch je den Erfolg dieser Maßnahmen garantieren zu können. Deren rechtliche Autorisierung kann nur auf dem Wagnis beruhen, dass der Blankoscheck, der den Sicherheitsbehörden dabei ausgestellt wird, in einer permanent hinausgeschobenen Zukunft proportional als Freiheit eventuell zurückgezahlt werden wird.

III.

Wie können diese Ausführungen helfen, die berufliche Tätigkeit von Horst Herold, dem Präsidenten des Bundeskriminalamts, und Alfred Stümper, dem Landespolizeipräsidenten von Baden-Württemberg, zu verstehen und historisch zu verorten? Die frühen Befürworter der polizeilichen Informatik richteten ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich darauf, wie durch die Computerisierung die traditionellen Aufgaben des Aufsuchens und Abgleichens der Daten schneller, präziser und effizienter gemacht werden könnten. Demgegenüber hat Herold in seiner ersten wichtigen Veröffentlichung den Standpunkt vertreten, die neuen Informationstechnologien sollten den Übergang von „Fahnden und Finden" zu „Fahnden und Forschen" ermöglichen.[30] Er glaubte, dass die multidimensionale Verknüpfung der riesigen Datenmengen, welche die Polizei in Akten und auf Karteikarten festhielt, die sie aber mit manuellen Methoden nur bruchstückhaft verwerten konnte, eine Reihe von Kausalverbindungen zwischen sozialer Lage und abweichendem Verhalten offenbaren würde. Diese „rationale[n] Einsichten in das Wesen des Verbrechens"[31] würden die Kriminologie in eine

30 Herold (1966).
31 Herold (1969), S. 133.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„wirkliche Tatsachenwissenschaft"[32] verwandeln und dabei ein breites Programm der Primärprävention durch die Beseitigung krimogenischer sozialer Bedingungen ermöglichen. Wirksame Vorbeugung, so wiederholte Herold ständig, hänge davon ab, die Verbrechen „bereits in ihrer Entstehung von den Wurzeln her" zu beeinflussen, und er meinte, dass in Verbindung mit den neuen Technologien das „epistemologische Privileg" der Polizei sie endlich in die Lage versetzen würde, „Problemen zuvorzukommen, *bevor* sie zutage treten, erst recht, bevor sie bedrohlich werden."[33]

Hier besteht eine klare Parallele zwischen Foucaults Theorie liberaler Gouvernementalität und Herolds Hoffnung, durch die reflexive Anwendung der Gesetze abweichenden oder krimogenischen Verhaltens Verbrechen an der Wurzel zu beseitigen. Herolds Auffassung der Primärprävention drückt nichts anderes aus als die Erwartung, dass die Erkenntnis dieser Gesetze es erlauben würde, die Umwelt umfassend und kreativ in einer Weise zu gestalten, dass alle möglichen Formen abweichenden Verhaltens vorausgesehen und vorweggenommen würden und dass das so gestaltete Milieu daher alle nötigen Anreize geben würde, sich abzeichnendes Fehlverhalten freiwillig in die Kanäle „normalen" Verhaltens zu leiten. Auch Ende der 1970er Jahre, als Herold sich noch nachdrücklicher zur Möglichkeit äußerte, die von der Polizei gesammelten Daten intensiver dazu nutzen, alle Formen abweichenden Verhaltens auszumerzen, sprach er immer noch von der Beseitigung abweichenden *Verhaltens*, nicht aber von der Beseitigung abweichender *Menschen*.[34]

Bei Herold gibt es reichlich blinde Flecken. Der wichtigste darunter ist die Tatsache, dass seine unhinterfragte Zuversicht in die Fähigkeit, eine bessere Gesellschaft zu planen und zu verwirklichen, ihn daran gehindert hat, über die Grenzen solcher normalisierender Governance nachzudenken. Stattdessen hat dies bei ihm dazu geführt, dass sich eine dicke Mauer zwischen seinen theoretischen Arbeiten und seiner Tätigkeit als oberster Beamter der Strafverfolgung des Landes auftat. Herolds Biograph Dieter Schenk hat eine Äußerung Herolds anlässlich einer Sitzung mit den Leitern der Landeskriminalämter im Februar 1975 zitiert, in der Herold die

32 Herold (1966), S. 11. Einmal hat Herold die Hoffnung geäußert, eine störungsfreie Messung der Kriminalität werde in der Zukunft möglich sein, und er erblickte darin die Geburt der Wissenschaft der *Krimiometrie*. Herold (1976), S. 344.

33 Herold (1972), S. 134; Herold (1973), S. 24; und – sinngemäß – Herold (1970), S. 212 f.

34 Herold (1980).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Anwesenden zur Genehmigung eines Plans für die „totale Mobilmachung" gegen den Terrorismus aufforderte. Bei dieser Gelegenheit warnte er seine Zuhörer, „dass wir die nächsten Jahre unseres gemeinsamen beruflichen Lebens noch oft hier zusammensitzen werden mit immer größer und immer schwerwiegender werdenden Auswirkungen, wenn es uns nicht gelingt, in einem fast revolutionären gemeinsamen Akt aller beteiligten Behörden, diese Erscheinung historisch zu liquidieren."[35] Dieser Vorschlag dürfte als der Punkt gelten, an dem der progressive Sozialdemokrat, der sich für die Verwirklichung der sozialdemokratischen Reformagenda im Bereich der Polizei eingesetzt hatte, von seinem Alter Ego aufgezehrt wurde, dem die präventiven und rehabilitativen Zwecke der Kriminalpolitik aus dem Blick geraten waren und der die neuen Überwachungspraktiken hauptsächlich zu repressiven Zwecken einsetzen wollte.

Das Bild sieht aber wesentlich anders aus, wenn wir uns Alfred Stümper zuwenden. Denn Stümpers Auffassung des Regierens der Zukunft war das illiberale Spiegelbild des Denkens – wenn nicht notwendig auch des Handelns – Herolds.[36] Von Anfang an hat Stümper das präventive Überschreiten des Rechts als Gelegenheit gesehen, den Ausnahmezustand zum Zweck der Repression und Ausgrenzung zu benutzen. Er behauptete, die Unterscheidung zwischen Prävention durch die Polizei und Repression durch die Staatsanwaltschaft sei überholt. Jedoch war sein Vorschlag, die beiden unter „operativer" Arbeit zu subsumieren,[37] ein trojanisches Pferd. Es erlaubte ihm, den Schwerpunkt der polizeilichen Arbeit zu verschieben: weg von konkreten Gefahren und wohlbegründetem Einzelverdacht –

35 Schenk (1998), S. 200. Obwohl die Leiter der Landeskriminalämter Herolds großen Plan als Ganzes nicht genehmigten, hat im Laufe der Jahre 1975/76 die Innenministerkonferenz die meisten Einzelmaßnahmen doch angenommen. Der Plan schloss eine Reihe von Maßnahmen ein, darunter Häftlingsüberwachung, die Intensivierung der beobachtenden Fahndung, Rasterfahndung und den Weiterausbau des Polizeiinformationssystems INPOL sowie die Entwicklung des neuen Sub-Systems PIOS, den Einsatz einer Reihe verdeckter Überwachungsmaßnahmen und engere Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten.

36 Stümpers Gedanken werden kurz erläutert bei Albers (2001), S. 108-16. In seinem Vorwort zu Nogala (1989), xiii, hat der Kriminologe Fritz Sack Stümpers Gedankenwelt als die „hybride und apotheotische Verherrlichung technokratischer und staatlicher Effizienz" seitens eines Praktikers charakterisiert, „der noch den entlegensten und absurdesten Gedanken des gemeinen Menschenverstandes ungeniert für seine Sache reklamiert und die Grenze zwischen Theorie und Demagogie allenfalls als Aufforderung zu ihrer Überschreitung respektiert."

37 Stümper (1975) und (1980a), S. 242.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

mit allen Begrenzungen, die damit verbunden waren – auf abstrakte Gefahren und die systematische Erhebung von Informationen im Vorfeld des potentiellen Verbrechens.[38]

Nach Stümper war das Endziel operativer Arbeit „die Beseitigung der Kriminalität schlechthin."[39] In ihrer Breite und modernen Zuversicht, dass die gesellschaftliche Entwicklung der bewussten menschlichen Gestaltung unterworfen werden könnte, stand Stümpers Auffassung von der operativen Arbeit der „gesellschaftssanitären Aufgabe"[40], die Herold der Polizei zuwies, in nichts nach. Ein Unterschied lag aber in der illiberalen Natur und Stoßrichtung. Stümper sah in der operativen Arbeit nur ein Mittel, kriminelle Gruppen zu unterlaufen und ihre Tätigkeit zu stören. Bei ihm findet sich kein einziger Hinweis auf die Möglichkeit, Kriminalität durch Sozialreform oder die Resozialisierung der Verurteilten zu bekämpfen. Die operative Arbeit war daher auf das Ziel gerichtet, „schon die Ausgangsbasis und die Logistik entsprechender organisierter Kriminalität aufzuspüren und entweder im ersten Entstehungsstadium sehr rasch zu zerschlagen oder aber bei einer schon fortgeschrittenen, weitreichenden Verwurzelung erst nach sorgfältiger Abklärung aller Verflechtungen und Beziehungen dann 'radikal', d.h. mit ihren Wurzeln auszuheben."[41]

Die Forderung nach der Ausdehnung des Ermessensspielraums der Polizei wurde durch die Konstruktion der Gefahren legitimiert, die von dem neuzeitlichen Verbrechen ausgingen. Nach Stümper war organisierte Kriminalität eine Kriminalität, die „umfassend geplant, bandenmäßig organisiert, verdeckt angesetzt und weitgehend konspirativ" war; sie benutzte die neuesten Technologien und die neuesten Transport- und Kommunikations-

38 Stümper (1982), S. 230. Operative Arbeit stand sowohl im Gegensatz zum Legalitätsprinzip als auch dem Prinzip, dass die Polizei, damit sie gerade nicht zu einer neuen Geheimpolizei wurde, ihre Informationen offen erheben sollte. Und trotz Stümpers Überzeugung, dass die von ihm vorangetriebene Computerisierung unausweichlich die Atrophie der Ermittlungsfähigkeiten mit sich bringen würde, die nur durch ständige Arbeit vor Ort geübt werden könnten, hat Stümper die Schaffung einer neuen INPOL-Datei „Organisiertes Verbrechen" befürwortet. Stümper (1982), S. 230.

39 Stümper (1975), S. 52.

40 Herold (1972), S. 134; Herold (1973), S. 25.

41 Stümper (1982), S. 230 sowie die Ausgrenzungsrhetorik in Stümper (1977), S. 153. In einem frühen Aufsatz hat Stümper (1970) die Kenntnis der krimogenischen sozialen Bedingung als Grundlage für kriminal-prophylaktische und -therapeutische Maßnahmen gesehen. Solche Gedanken spielen in seinen späteren Schriften aber keine Rolle mehr.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

infrastrukturen; sie bediente sich ausgefeilter taktischer Methoden; und viele ihrer Aktivitäten, wie der Schmuggel von Rauschgiftmitteln, Waffen und gestohlenen Fahrzeugen, waren grenzüberschreitend.[42] Kurzum wollte Stümper den Terrorismus sowie die verschiedenen Verbrechen, die durch kriminelle Vereinigungen begangen wurden, unter dem Dachkonzept „organisierter Kriminalität" subsumieren. Sie wurden genau mit jenen Eigenschaften belegt, die sie immun machten gegen Polizeibefugnisse, die auf herkömmliche Straftaten oder „normale Kriminalität " zugeschnitten waren. Man könnte gegen Stümpers Annahme wohl den Zweifel geltend machen, dass in einer einfacheren Vergangenheit Verbrechen nicht geplant waren, dass sie nicht durch organisierte Gruppen ausgeführt wurden und dass man damals von konspirativen Methoden keinen Gebrauch machte. Man könnte auch Zweifel an seinem Versuch hegen, so viele Verbrechensarten unter einem einzigen Dachbegriff zu fassen. Aber hier geht es nicht um die Wahrheit seiner Annahmen, sondern darum, erstens, wie er den Begriff der organisierten Kriminalität benutzte, um eine breite Palette schwerer Verbrechen als Gefahren zu figurieren, die nur durch operative Arbeit erfolgreich bekämpft werden könnten, und, zweitens, wie diese Annahmen ein bestimmtes Sicherheitswissen von abstrakten Gefahren strukturierten und begründeten, denen man nur durch entsprechende Sicherheitspraktiken zuvorkommen könnte.[43]

Ein großer Teil der neuen Literatur hat auf die inhaltliche Erweiterung und systematische Verdichtung des Sicherheitsbegriffs seit den 1970er Jahren aufmerksam gemacht.[44] Stümpers Arbeit bietet ein frühes Beispiel dieser Entwicklung. In seinen Schriften hat er ausgeführt, Sicherheit sei so allumfassend, komplex und verletzlich wie die moderne Gesellschaft selbst und so unteilbar wie die Souveränität.[45] Stümper zu Folge müsste sie nicht nur innere und äußere Sicherheit umfassen, sondern auch psychologische, soziale, wirtschaftliche, allgemein-politische und Energiesicherheit, sowie die dynamischen Beziehungen zwischen den einzelnen Dimen-

42 Stümper (1975), S. 53; (1982) und (1977).
43 Stümper (1975), S. 230. Aden (1998), S. 136 sieht in Stümpers Begriff der Organisierten Kriminalität den „Versuch, qualitative Veränderungen von bestimmten Kriminalitätsformen für die polizeiliche Handlungslogik fassbar und instrumentalisierbar zu machen."
44 Conze (2012); Daase (2010) und Daase (2012), S. 388.
45 Stümper (1970), S. 475.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sionen des Gesamtbegriffs.[46] In seinem Glauben, dass Sicherheit „ein das gesamte menschliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Leben durchziehendes Element"[47] war, findet man auch einen Widerhall der breiten Aufgabenstellung der frühneuzeitlichen Polizei. Da die Verantwortlichkeit für die jeweiligen Bereiche bei verschiedenen Stellen lag, besaß aber keine davon das Wissen, das nötig gewesen wäre, um die Sicherheitsproblematik in ihrer ganzen Breite und Komplexität zu überblicken und entsprechend umfassende Maßnahmen zu formulieren. Die Lösung lag daher in der Schaffung eines Ministeriums für Staatssicherheit oder was Stümper einmal eine „Generaldirektion für die Innere Sicherheit" nannte.[48] Nur eine so allumfassend kompetente Behörde, so hat Stümper behauptet, „wäre in der Lage, den Verantwortlichen das Wissen an die Hand zu geben, die Alternativen aufzuzeigen und einen Überblick über Wechsel- und Folgewirkungen von Maßnahmen zu vermitteln", die nötig wären, um „die großen Zusammenhänge in ihrer staatsexistentiellen Verflechtung zu sehen, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzusteuern."[49]

IV.

Am Schluss stellt sich die Frage, was den vorangehenden Ausführungen zu entnehmen ist. Erstens meine ich schlüssig dargelegt zu haben, dass aus einer Foucaultschen Perspektive die Rationalität der präventiven Überwachung als Strategie verstanden werden kann, eine unerkennbare Zukunft zu regieren. Ich meine auch gezeigt zu haben, wie diese Herangehensweise zur Historisierung des Diskurses der Exzeptionalität sowie des Sicherheitswissens und der Sicherheitspraktiken beitragen kann, die zur Beherrschung ihrer Wirkungen entwickelt wurden. In den 1970er und 1980er Jahren wurde dieser Diskurs oft benutzt, selten allerdings kritisch hinter-

46 Stümper (1980a), S. 242. In seiner Arbeit geht Graf (2014) der Verflechtung von Souveränität, Sicherheit und Information in der Energiepolitik nach.

47 Stümper (1980b), S. 299 und Stümper (1981), S. 197.

48 Stümper, (1979) und (1980b), S. 299. An anderen Orten hat Stümper gedacht, es wäre besser, diese Verantwortlichkeit dem Bundeskriminalamt oder der Polizei-Führungsakademie Hiltrup aufzuerlegen. Wie Ericson / Haggerty (1997) gezeigt haben, kann Information auch von der Polizei an andere Institutionen fließen, die für Risikokommunikation und -management verantwortlich sind.

49 Stümper (1977), 153 und Stümper (1979).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

fragt. Ich würde auch den Schluss wagen, dass dies zum Teil – aber nur zum Teil – der Neuheit der Methoden, die von der RAF und den anderen Linksterroristen, der Intensität der Gewalt, die dabei angewendet wurde, und der symbolischen Bedeutung der angegriffenen Ziele zugeschrieben werden kann. Es kann jedoch auch dadurch erklärt werden, dass dieser Diskurs in der derzeitigen Debatte über politische Gewalt, Demokratie und Souveränität sowie in dem Versuch, die moralischen Grenzen des Gemeinwesens erheblich enger zu ziehen, als sie das Strafrecht gezogen hat, breiten Nachhall fand.[50]

Zweitens wurde die raue Debatte über den Überwachungsstaat durch die Angst geschürt, die staatliche Überwachung durchbreche auf breiter Front die Grenzen des liberalen Polizeirechts und des liberalen Rechtsstaates. Auf einer Tagung zu Polizei und Prävention im November 1975 nannte Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) unabsichtlich die Begriffe, mit denen das Problem aufgeschlüsselt werden könne, als er warnte: „[S]o wie die Verbrechensbekämpfung durch gleichsam totale Repression ad absurdum geführt werden könnte, darf Prävention nicht etwa als Folge antizipierten Mißtrauens gegenüber jedermann zu totaler Lenkung und Kontrolle durch den Staat führen."[51] Die Begriffe der totalen Prävention und der totalen Repression sind genaue Beschreibungen der Projekte von Herold und Stümper. Gelegentlich hat Herold behauptet, die Polizei solle von dem Berufsbild der älteren Generation Abstand nehmen, die ihre Aufgabe darin sah, die Sicherheit des Staates statt der Freiheit der Bürger zu schützen. Sie solle sich stattdessen für den Ruf nach sozialen Veränderungen, der aus der Gesellschaft selbst hallte, empfänglicher zeigen.[52] Aber solchen Gedanken zum Trotz und angesichts der prinzipiellen Unmöglichkeit, zwischen Normverletzungen und Aufrufen nach sozialer Veränderung zu unterscheiden, war der von Herold und Stümper geteilte Glaube, dass Kriminalität an ihrer Wurzel, d.h. bevor sie sich als Abweichung zeigen konnte, ausgerottet werden könne, in seinem Wesen antipluralistisch. Folglich war dieser Glaube Wasser auf die Mühlen derjenigen, die klagten, die Bundesrepublik befinde sich auf dem Weg zu einem autoritären Überwachungsstaat. Im Nachhinein kann die Warnung Maihofers als Warnung gegen die Folgen der liberalen wie illiberalen Versuche gelten, die Gegenwart gegen eine ungewisse Zukunft abzusichern.

50 Hanshew (2012) und Balz (2008).
51 Maihofer (1975), S. 9.
52 Z. B. Herold (1973), S. 21.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Drittens verrät die Arbeit von Herold und Stümper etwas Wichtiges über die Modernität der 1970er Jahre und ihre zeitliche Struktur. In den 1950er und 1960er Jahren glaubte die ganze kriminalistische Zunft, dass so gut wie alle Kriminalität in geographisch eng umgrenzten Gemeinschaften wurzele und gut bekannten, relativ stabilen Mustern folge – Annahmen, die es der Polizei erlaubten, sich bei der Identifizierung der Straftäter auf ein Modus-operandi-System zu verlassen. In den 1970er Jahren behaupteten Herold und Stümper hingegen beide, dass Terrorismus und organisiertes Verbrechen das Gegenteil von „normaler Kriminalität" waren, dass solche Straftäter überlegter, reflexiver vorgingen und innovativer waren als herkömmliche Verbrecher, und dass ihr Handeln weniger naturwüchsig als früher, schwerer vorhersehbar und letztendlich unregierbar war. Als die Kriminalität reflexiver wurde, erschien es notwendig, dass die Modernisierung der Sicherheit Schritt hielt. Was wir in Herold und Stümper sehen, ist die reflexive Aufzehrung der Natur und der Tradition, indem nämlich – um eine Begriffsschöpfung Reinhart Kosellecks zu benutzen – der „Erfahrungsraum" von einem „Erwartungshorizont" aufgezehrt wird, der sich schneller und weiter zurück- bzw. entzieht als die Modernisierung der Sicherheitspraktiken, die ihn eigentlich einholen sollten, und der so in Richtungen entschwindet, die nie völlig vorausgesehen werden können.[53]

Insoweit als das Unbekannte dem Bekannten ontologisch vorausgeht, nimmt Sicherheit eine charakteristische zeitliche Struktur an und wird zu etwas, das nur in einer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobenen Zukunft erreicht werden kann, nicht durch eine unmögliche Rückkehr zu einer unschuldigeren, sichereren Vergangenheit, die tatsächlich nie existiert hat.[54] In den 1980er Jahren wurden solche Fragen in mehreren Bereichen laut, z.B. im Umweltrecht und in der Technologiefolgenabschätzung, in der Gesundheitsvorsorge und bei der sozialen Sicherheit sowie – natürlich – der inneren Sicherheit und Kriminalpolitik. Sie weisen auf einen langfristigen Wandel der Parameter der staatlichen Tätigkeit hin. Und sie haben ihrerseits die Frage aufgeworfen, ob die Strategien, die angewendet wurden, um die immer größeren Anforderungen an den Staat und die Verwaltung

53 Koselleck (1979).

54 Brian Massumi (2007) behauptet, die ontologische Voraussetzung der Antizipation oder des Vorhersehens, das das charakteristische Merkmal der Rationalität der Vorsorge ist, liege darin, dass es unmöglich sei, die Natur der Bedrohung zu spezifizieren und den Mangel an relevantem Wissen zu überwinden.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zu erfüllen, den liberalen Rechtsstaat auf fundamentale Weise veränderten.[55]

Ich möchte aber mit einer Frage anstatt einer Antwort schließen: War die Sicherheitsidee, die Herold, Stümper und andere Verfechter präventiver Überwachung verfochten, eine weitere Meistererzählung der klassischen Moderne? Oder war sie etwas anderes? Hat nicht vielleicht die Angst, die sich in dem ständig wiederholten Ruf nach Ausnahmebefugnissen widerspiegelte, das schleichende Bewusstsein offenbart, dass die Ursachen der Unsicherheit nie restlos vorausgesehen und ‚eingeholt' werden können und dass sich daher alle modernen Gesellschaften in einem Zustand befinden, den man erst und gerade zu jener Zeit mit den Worten Postmoderne, Risikogesellschaft und reflexiver Moderne auf den Begriff zu bringen versuchte?[56]

Literaturverzeichnis

Aden, Hartmut (1998), Polizeipolitik in Europa. Eine interdisziplinäre Studie über die Polizeiarbeit in Europa am Beispiel Deutschlands, Frankreichs und der Niederlande, Opladen.

Albers, Marion (2001), Die Determination polizeilicher Tätigkeit in den Bereichen der Straftatenverhütung und der Verfolgungsvorsorge, Berlin.

Albrecht, Peter-Alexis / Backes, Otto (eds.) (1989), Crime Prevention and Intervention, Berlin.

Aradau, Claudia / van Munster, Rens (2011), Politics of Catastrophe: Genealogies of the Unknown, London.

Balz, Hanno (2008), Von Terroristen, Sympathisanten und dem starken Staat. Die öffentliche Debatte über die RAF in den 70er Jahren, Frankfurt.

Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt.

Bonss, Wolfgang (1995), Vom Risiko: Unsicherheit und Ungewißheit in der Moderne, Hamburg.

Conze, Eckart (2012), Securitization – Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 453-67.

Daase, Christopher (2010), National, Societal and Human Security. On the Transformation of Political Language, in: Historical Social Research 35, S. 24-39.

55 Grimm (1991b) und Denninger (1988). Diese Aufsätze sind zusammen mit anderen Beiträgen zur präventiven Wende in der Kriminalpolitik in Albrecht / Backes (1989) abgedruckt.

56 Lyotard (1979); Beck (1986) und Bonß (1995).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Daase, Christopher (2012), Die Historisierung der Sicherheit. Anmerkungen zur historischen Sicherheitsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 387-405.

De Graaf, Beatrice (2015), Terrorismus als performativer Akt. Die Bundesrepublik, Italien und die Niederlande im Vergleich, in: Johannes Hürter (Hg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, Berlin, S. 93-115.

Denninger, Erhard (1988), Der Präventionsstaat, in: Kritische Justiz 1, S. 1-15.

Denninger, Erhard (2008), Prävention und Freiheit. Von der Ordnung der Freiheit, in: Stefan Huster / Karsten Rudolph (Hg.), Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat, Frankfurt, S. 85-106.

Ericson, Richard / Haggerty, Kevin (1997), Policing the Risk Society, Toronto.

Ericson, Richard (2007), Crime in an Insecure World, Cambridge.

Foucault, Michel (1977), Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt.

Foucault, Michel (1979), Discipline & Punish, London.

Foucault, Michel (2003), Society Must Be Defended. Lectures at the Collège de France, 1975-1976, New York.

Foucault, Michel (2004a), Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France, 1977-1978, Frankfurt.

Foucault, Michel (2004b), Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France, 1978-1979, Frankfurt.

Foucault, Michel (2007), Security, Territory, Population. Lectures at the Collège de France, 1977-1978, London.

Foucault, Michel (2008), The Birth of Biopolitics. Lectures at the Collège de France, 1978-1979, New York.

Foucault, Michel (2009), In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesung am Collège de France, 1975-1976, Frankfurt.

Frohman, Larry (2015), Datenschutz, the Defense of Law, and the Debate Over Precautionary Surveillance: The Reform of Police Law and the Changing Parameters of State Action in West Germany, in: German Studies Review 38/2, S. 305-25.

Graf, Rüdiger (2014), Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, Berlin.

Grimm, Dieter (1991a), Die Zukunft der Verfassung, Frankfurt.

Grimm, Dieter (1991b), Verfassungsrechtliche Anmerkungen zum Thema Prävention, in: Grimm (1991a), S. 197-220.

Hanshew, Karrin (2012), Terror and Democracy in West Germany, Cambridge.

Herold, Horst (1966), Fahnden und Forschen. Perspektiven und künftige Schwerpunkte für den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen im Rahmen der Polizei (IBM-Sonderdruck, o.O.).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Herold, Horst (1969), Intensivierung der Verbrechensbekämpfung durch Einsatz elektronischer Datenverarbeitung – dargestellt am Beispiel eines Ballungsraumes, in: Verbrechensbekämpfung heute und morgen. Arbeitstagung der bayerischen Kriminalpolizei, S. 130-75.

Herold, Horst (1970), Neue Wege kriminalpolizeilicher Verbrechensbekämpfung, in: Hans Göppinger / Hermann Witter (Hg.), Kriminologische Gegenwartsfragen 9: Vorträge bei der XV. Tagung der Gesellschaft für die gesamte Kriminologie, Stuttgart, S. 208-34.

Herold, Horst (1972), Gesellschaftlicher Wandel – Chance der Polizei?, in: Die Polizei 63/5, S. 133-41.

Herold, Horst (1973), Gesellschaftlicher Wandel – Chance der Polizei?, in: Herbert Schäfer (Hg.), Grundlagen der Kriminalistik, Bd. 11: Kriminalstrategie und Kriminaltaktik Hamburg, S. 13-35.

Herold, Horst (1976), Ist die Kriminalitätsentwicklung – und damit die Sicherheitslage – verläßlich zu beurteilen?, in: Kriminalistik 67/8, S. 337-45.

Herold, Horst (1980), Herold gegen alle – Gespräche mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, in: Transatlantik 2, S. 29-36.

Huysmans, Jef (2008), The Jargon of Exception – On Schmitt, Agamben and the Absence of Political Society, in: International Political Sociology 2/2, S. 165-83.

Koselleck, Reinhart (1979), 'Erfahrungsraum' und 'Erwartungshorizont' – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt, S. 349-75.

Krasmann, Susanne (2010), Der Präventionsstaat im Einvernehmen. Wie Sichtbarkeitsregime stillschweigend Akzeptanz produzieren, in: Leviathan (Sonderheft 25), S. 53-70.

Lyotard, Jean-François (1979), The Postmodern Condition: A Report on Knowledge, Paris.

Maihofer, Werner (1975), Eröffnungsansprache, in: Polizei und Prävention. Arbeitstagung des Bundeskriminalamtes, Wiesbaden, S. 7-9.

Massumi, Brian (2007), Potential Politics and the Primacy of Preemption, in: Theory & Event 10/2, http://muse.jhu.edu/journals/theory_and_event/v 010/10.2massumi.html.

Metzler, Gabriele (2015), Erzählen, Aufführen, Widerstehen: Westliche Terrorismusbekämpfung in Politik, Gesellschaft und Kultur der 1970er Jahre, in: Johannes Hürter (Hg.), Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren, Berlin, S. 117-136.

Meyer, Katrin (2009), Kritik der Sicherheit. Vom gouvernmentalen Sicherheitsdenken zur Politik der geteilten Sorge, in: traverse 16/1, S. 25-40.

Nogala, Detlef (1989), Polizei, avancierte Technik und soziale Kontrolle, Freiburg.

O'Malley, Pat (2004), Risk, Uncertainty and Government, New York.

Opitz, Sven (2008), Zwischen Sicherheitsdispositiven und Securitization. Zur Analytik illiberaler Gouvernementalität, in: Patricia Purtschert u. a. (Hg). Gouvernementalität und Sicherheit, Bielefeld, S. 201-28.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Schenk, Dieter (1998), Der Chef. Horst Herold und das BKA, Hamburg.

Stümper, Alfred (1970), Zur Problematik der Verbrechensbekämpfung, in: Kriminalistik 24/10, S. 473-75.

Stümper, Alfred (1975), Prävention und Repression als überholte Unterscheidung?, in: Kriminalistik 29/2, S. 49-53.

Stümper, Alfred (1977), Verbrechensbekämpfung im Umbruch und die operative Arbeit, in: Kriminalistik 31/4, S. 150-55.

Stümper, Alfred (1979), Gedanken zur Schaffung einer Generaldirektion für die Innere Sicherheit (GdIS), in: Kriminalistik 33/1, S. 2-5.

Stümper, Alfred (1980a), Die Wandlung der Polizei in Begriff und Aufgaben, in: Kriminalistik 34/6, S. 242-45.

Stümper, Alfred (1980b), Wende im Lagebild Innere Sicherheit, in: Die Polizei 71/10, S. 297-301.

Stümper, Alfred (1981), Sind Strategie und Taktik der Polizei noch zeitgemäß?, in: Die Polizei 72/7, S. 197-203.

Stümper, Alfred (1982), Probleme der Bekämpfung einer konspirativ vorgehenden, bandenmäßig organisierten Kriminalität, in: Die Polizei 73/8, S. 229-31.

Weinhauer, Klaus (2004), Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Archiv für Sozialgeschichte 44, S. 219-242.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Reaktorsicherheit als Zukunftskommunikation: Nuklearpolitik, Atomdebatten und kerntechnische Entwicklungen in Westdeutschland und Osteuropa 1970-2015

Anna Veronika Wendland

1. Einleitung: Ein Ende der Geschichte?

Im April 2016 jährte sich der Reaktorunfall von Tschernobyl zum 30. Mal, was Anlass gab für viele wissenschaftliche und politische Gedenkveranstaltungen. So auch in Erlangen, wo der Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Universität und die Stadtwerke Erlangen, ein wichtiger kommunaler Akteur auf dem Gebiet der regenerativen Energien, auf einem Podium Wissenschaftler, Vertreter aus Kommunalpolitik und Bürgerinitiativen sowie Praktiker aus der Industrie zusammenführten und die Diskussion unter den Titel „Von Tschernobyl bis zur Energiewende: ist die Kernkraft Geschichte?“ stellten. Erlangen ist nach wie vor ein wichtiger Standort der kerntechnischen Industrie, sodass die Verabschiedung der deutschen Kernenergie in eine vermeintliche Geschichte ohne Wiederkehr dort auch Implikationen für die Zukunft der Stadt hat. Allerdings wurde auf der Veranstaltung die Zukunft unter einem anderen Gesichtspunkt verhandelt. Denn auf die in der Diskussion geäußerte Vermutung der Verfasserin dieses Beitrags, es werde angesichts des ungebrochenen Konsumversprechens der Industriekultur an die Gesellschaften der asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer und des daraus resultierenden immensen elektrischen Energiebedarfs womöglich die angestrebte *low-carbon*-Industriegesellschaft nur technologieneutral, d.h. mittels komplementärer Nutzung von erneuerbaren Energien und Kernenergie, zu verwirklichen sein, reagierte ein Teil der Diskutanten aus dem Spektrum der Umweltbewegung mit Unbehagen und Ablehnung. Später formulierte eine Zuschrift aus dem Publikum dieses Unbehagen wie folgt: „[…] das würde bedeuten, mit der Zukunft unserer Kinder zu spielen“. Solche Semantiken von Zukunft, Zeit und Verantwortung spielten seit den 1970er Jahren eine beherr-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schende Rolle in den rhetorischen und diskursiven Strategien der Kernenergiekritiker.[1]

Obwohl die Kernenergie im deutschen Kontext heute vor allem als Problem der Geschichte und der Bewältigung von Altlasten, nicht als Signum der Zukunft verhandelt wird, spielten Zukunftsvorstellungen, überhaupt spezifische *Zeit*vorstellungen bei der öffentlichen Verhandlung der Kernenergie seit den Anfängen ihrer militärischen und zivilen Nutzung eine beherrschende Rolle. Die nach dem Tsunami-induzierten Dreifach-Reaktorunfall von Fukushima erfolgte Entscheidung der Bundesregierung von 2011, aus der Kernenergienutzung auszusteigen, hat hierzulande bereits ein Tor zu einer Historisierung der Kernkraft aufgestoßen. Dies erlaubt zunächst einen Blick auf jene narrativen Strukturen von Zeitlichkeit, welche der Historisierung dieser wichtigen Leittechnologie der Hochmoderne zugrunde liegen: „Aufstieg und Fall", wie es der Umwelthistoriker Joachim Radkau zusammen mit dem langjährigen Vorsitzenden der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, dem kernenergiekritischen Physiker Lothar Hahn, formulierte und damit eine klassische Narrativstruktur der Imperiengeschichte präsentierte, aber auch die nach dem Ende des Kalten Krieges gerne gepflegte Vorstellung von einem prinzipiell möglichen Ende der Geschichte aufnahm – sozusagen zwischen Fukushima und Fukuyama.[2]

Daneben können wir nicht nur in der Verhandlung der Kernenergie als historischem Gegenstand, sondern auch im Umgang der Zeitgenossen mit ihr einen bestimmten Umgang mit Zeitlichkeit wahrnehmen, insbesondere was die Rolle der Kerntechnik für die soziale und ökonomische Zukunftsgestaltung angeht. Die Kontroverse um die Nutzung der Kernenergie zählt insbesondere in Deutschland zu den großen politischen Kontroversen der Nachkriegszeit. Joachim Radkau schreibt ihr mit Blick auf die Bundesrepublik sogar eine Schlüsselfunktion für den politischen Diskurs zu, sei sie doch eine Art neue *Aufklärung* gewesen, in der die Nuklearexperten und ihre Gremien, die zuvor im Arkanbereich agiert hatten, mit einer in den sozialen Bewegungen generierten Gegenexpertise konfrontiert wurden und sich dieser später auch öffnen mussten – bis hin zur Umkehrung der

1 Siehe die Texte und Bildmaterialien in Büchele (1982), so der Transparent-Text „Atomenergie: Technik ohne Verantwortung – Risiko für Jahrtausende!", Foto von Martin Schulte-Kellinghaus (Freiburg), S. 77.

2 Radkau / Hahn (2013); Wendland (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Diskurshoheit, die wir im Deutschland der Gegenwart, nicht aber in anderen europäischen Ländern beobachten.[3]

Dreh- und Angelpunkt dieser Diskussion war und ist das technosoziale und juristische Wissens- und Handlungsfeld der *Reaktorsicherheit* mit ihren Filiationen, der Proliferations-, Terrorismus- und Entsorgungssicherheit – also jene Felder, die Nuklearexperten mit den Begriffen der *nuclear safety* (für die kerntechnische Anlagen- und Systemsicherheit als Reaktorsicherheit im engeren Sinne) und *nuclear security* (für die Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und der von ihnen hervorgebrachten oder genutzten radioaktiven Stoffe vor böswilligen An- und Eingriffen) umschreiben.[4] Erfahrungsnutzung, Vergangenheitsbewältigung und Zukunftskommunikation gingen dabei immer Hand in Hand und bildeten komplexe Zeitregime aus, die sich in historischer Perspektive wandelten und in unterschiedlichen Handlungsräumen und Akteursgruppen auch auf je unterschiedliche Weise strukturiert waren. Politische Zielsetzungen der jeweils Sprechenden spielten in diesen zeitlichen Strukturen stets eine bedeutende Rolle.

Nun ist die Kernenergie ein besonderer Verhandlungsgegenstand insofern, als ihre Entwicklung, Installierung, Regulierung und auch Wieder-Abwicklung mehrere soziale Handlungsfelder gleichermaßen betrifft, die sich aber unter unterschiedlichen politischen Systembedingungen unterschiedlich entfalten: Während die deutsche Kontroverse um die Sicherheit der Kerntechnik vor allem im politischen Feld stattfand, erfolgte parallel eine beständige Regulierung und Verrechtlichung der Kerntechnik, an der sich Akteure und Institutionen aus Industrie, Justiz und Politik beteiligten, und die zuvorderst als Beitrag zur Befriedung der Kontroverse durch Erhöhung der kerntechnischen Sicherheit interpretiert wurde – ein Versicherheitlichungsprozess also, der von unterschiedlichen, häufig zu gegnerischen politischen Lagern gehörenden Akteuren doch gemeinsam ins Werk gesetzt wurde, und auf Sicherheit der Gesellschaft (vor den Bedrohungen politischer Spaltung durch ein kontroverses Thema) genauso abzielte wie auf die Sicherheit kerntechnischer Anlagen. Die technologische Entwicklung der Atomindustrie, also die Umsetzung der Reaktorsicherheitsdiskurse in industrielle Artefakte und in eine allmähliche Transformation der kerntechnischen Mensch-Maschine-Beziehungen, spielte sich wiederum in

3 Radkau (1987); Wendland (2013).

4 International Atomic Energy Agency [im Folgenden IAEA](2008); IAEA (1991).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

weiteren Subsystemen, an der Schnittstelle von Technik und Wirtschaft ab. Sie reagierte dabei nicht nur auf technik-systeminhärente Ereignisse und Prozesse (beispielsweise Betriebserfahrungen, Ergebnisse von Sicherheitsforschung und kerntechnische Schadensereignisse), sondern auch auf politische, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen, die von der Kernenergiekontroverse stark geprägt wurden, z.B. Gerichtsentscheide, (atom-)rechtliche Verordnungen, Entsorgungsrückstellungen und Brennstoffsteuern, das Handeln einzelner Aufsichtsbehörden der Länder und flankierender institutioneller Akteure, z.B. der parlamentarischen Enquete-Kommission oder der Reaktorsicherheitskommission.[5]

Entsprechend geht es in diesem Beitrag an erster Stelle um Verhandlungsformen der kerntechnischen Sicherheit, die seit den 1970er Jahren immer auch spezifische Formen von Zukunftskommunikation waren. Sicherheit stand im Zentrum insofern, als die Kerntechnik öffentlich immer unter der Leitfrage ihrer Sicherheit, ihrer inhärenten Risiken und folglich ihrer Verantwortbarkeit für die Entwicklung einer zukünftigen Industriegesellschaft stand. „Politisch" war und ist diese Kommunikation im systemtheoretischen Sinne in jenem Maße, wie sie ein Mittel zur Erringung bzw. zur Erhaltung und Gestaltung politischer Macht ist, oder insofern sie eine Appellfunktion zwecks Einforderung politischer Partizipation und Bürgerrechten erfüllt oder zwecks Mobilisierung von nationalen oder transnationalen Öffentlichkeiten erfüllt.[6] Daneben spielten kerntechnische Zukunftsvisionen nicht nur eine Rolle in politischen Diskursen, sondern waren auch zentral für Prozesse historischer Deutung und Sinngebung, etwa bei der Selbstverortung des Menschen in der technologischen Moderne. All diese Aspekte der kerntechnischen Sicherheit als Zukunftskommunikation werden im folgenden Abschnitt (Teil 2) diskutiert.

Da der Versicherheitlichungsprozess der Kernenergie aber auch als technisches Handlungsfeld darstellbar ist, soll in einem dritten Teil danach gefragt werden, inwieweit es Interdependenzen der gesellschaftlichen und politischen Sicherheitsdebatte und ihres spezifischen Umgangs mit Zeitlichkeit und Zukunft in einem anderen sozialen System und Handlungsfeld, nämlich jenem der Technik, gegeben hat, und welche Beispiele man dafür anführen kann. In diesem Abschnitt wird es vor allem um die Rolle der Zukunftsbeherrschung durch Risikovermeidung, Vorhersage und Be-

5 Laufs (2012), S. 217-249.
6 Requate / Schulze Wessel (2002).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rechnung gehen. Als exemplarische Aktionsfelder werden hier die Endlagerfrage, die kerntechnische Sicherheitsanalytik und die Gestaltung von Mensch-Maschine-Beziehungen in der Kerntechnik untersucht und danach gefragt, inwieweit diese technischen Diskurse gleichzeitig auch öffentlichen Kommunikations- und Appellcharakter besaßen.

Es gilt also herauszufinden, ob und inwiefern Kommunikationsprozesse und die in ihnen verhandelten zeitlichen Vorstellungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen interdependent waren. Dabei soll, neben der Fokussierung auf die Bundesrepublik bzw. das westliche Deutschland, auch ein vergleichender Blick in die Nuklearpolitiken und -diskurse der sozialistischen und postsozialistischen Länder im östlichen Europa geworfen werden. Erstens zeigt uns ein Blick auf unsere Nachbarn, welche Verhandlungsformen der nuklearen Moderne national grundiert waren und welche stärker aus der inneren Logik einer neuen Technologie erklärbar sind. Darüber hinaus sind die Entwicklungen in der *second world* aber auch von größerer Bedeutung für unsere eigene Geschichte, als es aus der Perspektive der deutschen Zeitgeschichtsforschung erscheinen mag: sie prägten den Osten Deutschlands bis zum Ende der DDR wesentlich stärker als die Diskussionen in der alten Bundesrepublik, welche in allgemeinen Darstellungen zur Geschichte der Kernenergie und der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland in der Regel dominiert.[7]

2. Reaktor- und Nuklearsicherheit als politische Zukunftskommunikation

Die weitverbreitete Wahrnehmung vom Ende der Geschichte der Kernenergie in Deutschland – gerne spricht man auch von „Dinosauriertechnologie", um die Überlebtheit und Nimmerwiederkehr dieser Geschichte zu beschwören – hat auch mit dem Generationengefüge zu tun, welches die Atomkontroverse in der alten Bundesrepublik wesentlich prägte: Während die Gründer- und Erfindergeneration der Atomindustrien des globalen Nordens in hohem Alter oder bereits verstorben ist, befindet sich die Gründer- und Erlebnisgeneration der Anti-Atom-Bewegung aus der Generation der Baby-Boomer heute auf dem Zenit ihrer Gestaltungskraft in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Sie hat beim langen Marsch durch die

7 Müller (2001); aus Sicht der ostdeutschen Akteure Liewers u. a. (2000). Vgl. auch Wendland (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Institutionen schließlich auch die ehemals Kernenergie stützenden Positionen in Behörden und Gremien, etwa im Bundesamt für Strahlenschutz, in den Aufsichtsbehörden der Länder oder in der Reaktorsicherheitskommission erreicht. Während es den heutigen Entscheidern schwerfällt, der Generation Facebook zu erläutern, warum in den 1970ern und 1980ern die Kontroverse eigentlich mit solcher Härte geführt wurde, bleiben Atomausstieg und ökologischer Umbau der Industriegesellschaft ihr Lebensprojekt, dem auf internationaler Ebene mit einer Mischung aus Respekt und Skepsis begegnet wird.[8]

Doch je mehr in letzter Zeit die technisch-finanziellen Probleme im Umfeld der Energiewende zunehmen, desto häufiger wird sowohl auf Seiten der siegreichen Kernkraftgegner als auch bei den unterlegenen Befürwortern dieser Technologie wieder auf Argumentationslinien der Vergangenheit zurückgegriffen, teilweise mit Blick auf die Atomwirtschaften des benachbarten Auslands.[9] Dabei spielt die Berufung auf eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung nach wie vor eine zentrale Rolle, eingebettet in Strategien der Machterhaltung bzw. der Machterringung und Einforderung von Partizipation. In ironischer Umkehrung der Verhältnisse der 1970er und 1980er Jahre tritt heute die rechtspopulistische AfD aus einer selbsterklärten Underdog-Position als einzige in Parlamenten vertretene deutsche Partei für den Erhalt der Kernenergiewirtschaft ein, während die ehemals marginalisierten Grünen im Verbund mit SPD und einer ihrer Kanzlerin ohne Enthusiasmus folgenden CDU das Jahrhundertprojekt des Atomausstiegs eng mit ihrer eigenen politischen Führungs- und Gestaltungsfähigkeit verknüpfen. Für nicht wenige Politiker fungiert die Energiewende nebenbei auch als Krönung „persönlicher Entwicklungsromane“, wie der Soziologe Wolfgang Streeck mit Blick auf Angela Merkel jüngst kritisierte.[10] Die oben zitierte Aussage zur „Zukunft der Kinder“ enthält zwei wichtige kommunikative Komponenten dieser Energiedebatte: die Berufung auf eine zu gestaltende „Zukunft“ und das Motiv des „Spielens“ im Sinne eines Aufs-Spiel-Setzens, eines risikofreudigen Verhaltens mit ungewissem Ausgang – in diesem Fall auf Kosten der zukünf-

8 Wendland (2016a); Morris / Jungjohann (2016).

9 Die Bedrohungskommunikation deutscher Medien über die belgischen Kernkraftwerke Tihange und Doel sowie die Anlagen im östlichen Europa in den Jahren 2015 und 2016 operiert gerne mit dem typischen Vokabular der Atomkritik der 1980er: Döschner (2016), Bauchmüller (2016).

10 Streeck (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

tigen Generationen. Die Kernkraft-Kontroverse stand immer in einem diskursiven Zusammenhang mit der Frage nach der Gestaltung einer lebenswerten Zukunft bzw. mit der Frage der Verfügbarmachung von Zukunft aus der Gegenwart heraus und somit nach den Folgen gegenwärtigen Handelns in sehr ferner Zukunft. Darüber hinaus wurden aber auch ganz unterschiedliche Zukünfte – gemeint als Zukunftsverständnisse an sich – beim Sprechen über Nutzen und Risiken der Kernenergienutzung verhandelt.

2.1 Exkurs: Reaktorsicherheit und nukleare Zukunftsvisionen im Sozialismus

In den sozialistischen Ländern sahen in den 1970er und 1980er Jahren die Rahmenbedingungen der sich entwickelnden zivilen Kerntechnik und ihrer Kommunikation als Zukunftsgegenstand ganz anders aus als in den oben skizzierten Versicherheitlichungsprozessen. So spielte in der Sowjetunion die Herkunft der Kernenergiewirtschaft aus dem militärisch-industriellen Komplex eine bedeutende Rolle für ihre innere Organisation und Kommunikationskultur – aber mangels öffentlicher Artikulierungsmöglichkeiten von Opposition kam es nicht zur Thematisierung dieser Vorgeschichte im politischen Protest. Sicherheit wurde von den Akteuren der Nuklearindustrie, ähnlich den frühen westlichen militärischen Atomprogrammen, vor allem als Sicherheit vor unkontrollierter Wissenszirkulation wahrgenommen;[11] in zweiter Linie als „Zuverlässigkeit" im Sinne von Ausfallsicherheit der Anlagen und Versorgungssicherheit in der Stromproduktion, welche vor allem in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Mangelwirtschaften vor dem nuklearen Bauboom keinesfalls eine Selbstverständlichkeit war.[12] Dies prägte den Charakter der zivilen Atombranche als einer Sphäre erstens der Geheimhaltung und zweitens der Produktionsorientierung ganz wesentlich, auch wenn erstere sich im nuklearen Großkraftwerk mit vielen tausend Beschäftigten, bei der Institutionalisierung kerntechnischen Wissenserwerbs in zivilen Universitäten, und erst recht

11 Wellerstein (2008).

12 Davon zeugt auch der häufige Gebrauch des russischen Begriffs *nadežnost'* (Zuverlässigkeit), vor *bezopastnost'* (Sicherheit) in den russischen Quellen mit Bezug auf die zivilen Nuklearanlagen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nicht im Zuge der nuklearen Kooperation innerhalb des RGW konsequent durchhalten ließ.[13]

Die wissenschaftlich-industrielle Superstruktur, in welcher die sowjetische Kerntechnik und ihr nuklearer Brennstoffkreislauf sich entfalteten, war das „Ministerium für mittleren Maschinenbau" (*Minsredmaš*)[14], das gleichwohl in Umfang und Befugnissen weit über ein Ministerium im klassischen Sinne hinausreichte. Diese nukleare Großwirtschaftsbehörde war bis in die 1980er Jahre stark vom Dilemma zwischen militärischen Geheimhaltungsregimes und den Erfordernissen einer sich zu ihrer Umgebung öffnenden, am internationalen Wissensaustausch teilnehmenden und der allgemeinen Stromversorgung dienenden zivilen Kerntechnik geprägt. So wurde die Kernenergie zwar ein öffentlich sichtbarer Sachverhalt und Gegenstand einer politischen Kommunikation sozialistischer Errungenschaften – aber nie ein Gegenstand einer (selbst unter sozialistischen Vorzeichen) öffentlichen Diskussion im Sinne einer Kontroverse. Ferner wurde verhindert, dass einzelne kerntechnische Problematiken Gegenstand freier Fehlerdiskussion und ungehinderten Wissenstransfers unter Experten werden konnten – die Vorgeschichte des Unfalls von Tschernobyl geht wesentlich auch auf solche Transfer-Inhibitionen zurück.[15]

Nukleare Aufsichtsorgane und Standard bildende Institutionen verfügten in der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten, so auch der DDR, zwar über hervorragend ausgebildetes Personal, aber über weit weniger Ressourcen, Befugnisse und politische Unabhängigkeit, als dies in Westdeutschland der Fall war. Die Etablierung von Regularien, z.B. im Strahlenschutz, und sicherheitstechnische Entwicklungen erfolgten daher häufig systemimmanent als Ergebnis von Expertendiskussionen oder in Reaktion auf internationale Entwicklungen, seltener auf Druck von Aufsichtsorga-

13 Danos (1988), Reisinger (1992).

14 *Minsredmaš* oder *Sredmaš* war eine typisch sowjetische verkürzte Form der Behördenbezeichnung *Ministerstvo srednego mašinostroenija*, „Ministerium für mittleren [oder mittelschweren] Maschinenbau". Diese Branche „zwischen" dem Maschinenbau für die Extraktions- und Schwerindustrie und dem Leichtmaschinenbau für die Konsumgüter- und Lebensmittelindustrie war eine Umschreibung für den Reaktorbau und die nukleare Verfahrenstechnik sowohl des militärischen als auch des zivilen Bereichs, die gleichzeitig zum Emblem der uneigentlichen Rede im Geheimhaltungsregime wurde; auch viele Fachbegriffe und Materialbezeichnungen der Kerntechnik erhielten in den frühen Jahren Codenamen.

15 Bericht der Untersuchungskommission der sowjetischen Atomaufsicht über den Unfall von Tschernobyl, O pričinax i obstojatel'stvax (1991).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen, und nie infolge von gerichtlichen Entscheidungen. Eine Zivilgesellschaft als Initiator von Protesten, die wiederum zu gerichtlicher Auseinandersetzung und anschließender technischer Standardbildung hätten führen können, gab es nicht.

Dies war nicht allein auf die Androhung staatlicher Repression zurückzuführen, die jedweden Standort-Protest à la Wyhl oder Gorleben im Keim erstickt hätte, sondern auch auf eine tatsächlich hohe Akzeptanz der Kernenergie in der sowjetischen Bevölkerung vor dem Unfall von Tschernobyl. Die optimistische Imagologie und Zukunftskommunikation der Kernkraft wurde vor dem Unfall von Tschernobyl auch von Regimekritikern, selbst von Umweltaktivisten, die häufig im Umfeld wissenschaftlicher Institutionen tätig waren, nie wesentlich angezweifelt.[16] Es bestand breiter Konsens darüber, in der Kernenergie stets eine Lösung, keinen Erzeuger von Problemen zu sehen – hierin ähnelten die sozialistischen Länder jenem Stand der Diskussion, wie er bis zum Aufkommen der Neuen Sozialen Bewegungen die Haltung westlicher Gesellschaften zur Kernkraftnutzung geprägt hatte.

In der Alltagserfahrung der Menschen und in den Augen der umweltsensiblen sowjetischen Nischen-Expertise der Wissenschaftler hob sich die nukleare Energieumwandlung so krass von der bis dahin gewohnten schwarzen Welt der sowjetischen Schwerindustrie-Reviere und ihrer Schwefel, Stickoxide und Asche speienden Kohlekraftwerke ab, dass Zustimmung aus vermeintlich objektiven Gründen leicht fiel. Hinzu trat die staatliche Propagandalinie vom „arbeitenden" Atom, welches das „kriegführende" Atom bereits in der Gegenwart ablöse, um den sozialistischen Menschen in eine lichte Zukunft zu führen.[17] In der staatlichen Lesart war die Kernenergie jedoch auch über die Botschaft der *Atoms for peace* hinaus, die auch in westlichen Diskursen der 1950er und 1960er Jahre verankert war, Teil eines großen Zukunftsplans – ob nun als technologischer Eckpfeiler der „wissenschaftlich-technischen Revolution" in der Brežnev-Ära oder als Garant des Aufstiegs zu einer vollendeten Gesellschaftsform aufgrund ihrer Einordnung als fortschrittliche Produktivkraft, die neue Formen des Arbeitens, Wohnens und Konsums hervorbrachte.[18]

16 Wendland (2016b); Gestwa (2003); Obertreis (2012).

17 Diese osteuropäische Version der *Atoms for peace* hatte auf Russisch einen lyrischen Unterton und lautete *Pust' budet atom / rabotnikom, a ne soldatom* – „Möge das Atom Arbeiter sein und nicht Soldat".

18 Schmid (2015), S. 17-40; Josephson (1999); Wendland (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2.2 Zukunftsvisionen der westlichen Kerntechnik: Gestaltbare Zukunft, Eschatologie und Apokalypse

Die Atomdiskussion stand in den Nachkriegs-Industriegesellschaften des globalen Nordens immer im Spannungsfeld historischer Vernichtungs- und Katastrophenerfahrungen auf der einen und Zukunftshoffnungen wie modernen Endzeitvorstellungen auf der anderen Seite. Das deutet sich bereits in den frühen Selbstzeugnissen der am Manhattan-Projekt beteiligten Wissenschaftler an, welche immer wieder Rückgriff auf religiöse oder anderweitig transzendente Terminologien machten, wenn sie ihre Eindrücke der von ihnen ausgelösten Energiefreisetzung beschrieben.[19] Als die Kerntechnik in ihre pragmatische Phase überging und die namenlosen Chemieingenieure und Verfahrenstechniker, welche das Manhattan Project logistisch am Laufen gehalten hatten, zusammen mit konventionellen Kraftwerksbauern die ersten Projekte der zivilen Kernenergiewirtschaft errichteten, zog auch eine andere Sprache in die Kerntechnik ein, jene der Baustellenleiter, Monteure, Inbetriebsetzer und Betriebsschichten. Ähnlich war es in Deutschland, wo nicht die Weizsäckers und Heisenbergs die Leistungsreaktoren bauten, sondern die alten Fahrensleute aus der Elektro-, Chemie- und Energieindustrie, welche in der Folge auch den Sprachstil der zivilen Kerntechnik prägten.[20] Und so sollte es immer bleiben; neben den intellektuellen apokalyptisch-transzendenten Visionen und Visualisierungen des Nuklearen steht seit den 1960er Jahren die Genese einer Art Gebrauchskerntechnik, die mit den Kernkraftwerken zunehmend zur industriellen Realität in vormals provinziell-agrarischen Gegenden wurde – ob in Neuengland, im Weserbergland oder in den Sumpf- und Waldgebieten des europäischen Ostens.

Analog zu dieser Etablierung der großindustriellen Kerntechnik als letztlich eher unspektakulärer Alltagserfahrung vieler Menschen erfuhr auch das politische Nachdenken über die Kernenergie der Zukunft nach

19 Wellerstein (2015).

20 Diese (gesprochen-) sprachliche Dimension der Alltagskerntechnik konnte ich während mehrerer Teilnehmenden Beobachtungen in zwei deutschen und einem ukrainischen KKW sowie in vielen Korrespondenzen mit deutschen, ukrainischen, russischen und schweizerischen Nuklearingenieuren erfassen. Repräsentativ hier auch das nicht publizierte Tagebuch des KWU-Bauleiters des iranischen KKW Bushehr von den Ereignissen auf der Baustelle während der islamischen Revolution 1978/79: Breitwieser (1980), maschinenschriftliches Manuskript. Dieses Manuskript zirkuliert als Erinnerungstext unter deutschen Nuklearingenieuren.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

einer spekulativen Phase (Radkau) einen Schub zum Pragmatischen. So steht die seit Ende der 1970er Jahre geführte institutionelle Diskussion über die Kerntechnik in Deutschland in markantem Gegensatz zu apokalyptischen oder auch euphorischen Visionen des Atomzeitalters. Westdeutsche politische Entscheider um 1980 und ihre Gutachter- und Beraterstäbe aus Wissenschaft und Industrie verstanden Zukunft in bestimmten Grenzen als offen und gestaltbar, mit Optionen zur Problemlösung, die mittelfristig vorhersagen und planen zu können man überzeugt war. So beschrieb die Enquete-Kommission des Bundestages „Zukünftige Kernenergiepolitik", welche 1979/80 im Angesicht der Atomkontroverse die Voraussetzungen für Akzeptanz und gesellschaftlichen Konsens bei kernenergetischen Entscheidungen ausloten sollte, ihre Aufgabe als Ermittlung und Darstellung der „zukünftigen Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungsnotwendigkeiten unter ökologischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und Sicherheits-Gesichtspunkten" und strukturierte ihre Überlegungen entlang von vier „Pfaden" möglicher Entwicklungen bis zum Jahr 2030: Pfad 1 ging von einem weltweit beständig steigenden Energiebedarf und folglich einem angebotsorientierten starken Ausbau der Kernenergie aus, Pfad 4 von einer Abkehr von der Kernenergie, Herunterregelung der Nachfrage durch Energiesparmaßnahmen, Umstrukturierung der Wirtschaft und zukünftiger Nutzung erneuerbarer Quellen; die anderen beiden Pfade stellten Hybridlösungen dar, die näher an den damals herrschenden Bedingungen lagen.[21]

Im Gegensatz zu diesen pragmatisch-technokratischen Pfaddiskussionen tendierte der intellektuelle Diskurs des deutschen Atomzeitalters nach wie vor zum Denken des Undenkbaren. Hier wich die frühe Nuklear-Eschatologie, welche eine binnen weniger Generationen zu erreichende irdische Menschheits-Vollendung und energetische Heilszeit kraft Technologie für möglich hielt, in den 1970er und 1980er Jahren zunehmend einem ebenfalls endzeitlichen, aber apokalyptischen Denken.[22] In jeder dieser genannten Verfahrensformen wurde gleichzeitig auch eine gegenwarts- und vergangenheitskritische Haltung zur Moderne als Erfahrungsraum ausformuliert: Einerseits galt und gilt die Kernenergie als Technologie der Moderne schlechthin, die deren Ambivalenzen sowohl hinsichtlich des Heils-

21 Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/4341, 27. Juni 1980, Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik", S. 3 u. 24 f.

22 Henne (2016); s. auch den Beitrag von Steffen Henne und Christian Wenzel in diesem Band.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

versprechens von Energie im Überfluss als auch hinsichtlich der Monstrosität unkontrollierter Energiefreisetzung im nuklearen Feuer mehr als andere Technologien abbildete; andererseits wies sie aufgrund der, wie man meinte, Unkalkulierbarkeit und Unabsehbarkeit ihrer Technologiefolgen über jene selbsterlebte Hochmoderne hinaus, in der technische Überwachungsvereine, gesetzliche Regelung und Normierung technischer Artefakte sowie das Versicherungswesen die industriellen Risiken eben regulierbar gemacht hatten.

Damit gab die Diskussion um die Kerntechnik ein Schema vor, in dem auch spätere Diskussionen um Umwelt und Energieumwandlung geführt wurden. Denn genau wie der Vorwurf der Verlagerung eines Risikos „in die Zukunft" ein wichtiges Merkmal der historischen politischen Kommunikation des späten 20. Jahrhunderts über Kernenergie und schwindende Ölreserven war (ob als Unfallrisiko oder als Mangelrisiko), so spielt die Zukunftskommunikation an sich – also die Frage, was man heute tun müsse, um als negativ eingestufte zukünftige Entwicklungen zu beeinflussen, und wie eine „gute", verstanden als „sichere" Zukunft aussehen könnte – auch in der heutigen Debatte um den anthropogenen Klimawandel eine beherrschende Rolle.

Zu den Dystopien des Nuklearen zählen Vorstellungen vom zukünftigen Massensterben als „Atomtod", die von der Krebstod[23]-Angst westlicher Konsumgesellschaften getragen wurden. Eine sehr populäre, überzeichnete und nicht unumstrittene deutschsprachige Repräsentationsform dieser Dystopien, die es bis in den Schulkanon schaffte, sind die nuklearen Jugendromane Gudrun Pausewangs *Die letzten Kinder von Schevenborn* (1983) und *Die Wolke* (1987), die Massensterben und Gesellschaftszerfall in Folge eines Nuklearkrieges bzw. eines großen Atomunfalls in die Mitte der damaligen Bundesrepublik projizierten. Pausewang ging es insbesondere im Falle des letztgenannten Werkes nicht um Beachtung von Fakten und Tatsachen über die tatsächlichen Auswirkungen eines großen Atomunfalls, aber ihre Texte wurden seinerzeit als Faktendarstellung, nicht als Fiktion wahrgenommen. Erst ein Vierteljahrhundert später formulierten die „antideutschen" linken Kritiker der postmaterialistischen Öko-Linken eine Abrechnung mit dieser Art Zukunftsszenarien. Hier habe sich das postfaschistische, antiamerikanische Alternativ-Westdeutschland unter Heranziehung impliziter Parallelen zu NS-Zeit und Holocaust in ein apo-

23 Radkau (2011), S. 299-313.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

kalyptisches Opferkollektiv halluziniert, an welches die rechtsgewirkten Dresden-Opfer-Motive der Nachwendezeit nahtlos hätten anschließen können.[24] Aber auch die historische Forschung weist neuerdings auf die Viktimisierungstendenzen bei etlichen Schlüsselfiguren der Umwelt- und Friedensbewegung hin. Parallelen von KZ und Raketenlager, historischem Zyklon-B-Massenmord an den Juden und in Zukunft bevorstehendem nuklearen Massenmord an den Deutschen wurden in den 1980er Jahren gezielt zur Mobilisierung von Anhängern und zur Ausstattung des eigenen Anliegens mit moralischer Legitimität eingesetzt; die Massenvernichtung in Auschwitz und in nuklearen Kriegen und Katastrophen der Zukunft galten dabei als bloß zwei Spiegelungen der „Ausformung technisch-industrieller Modernität" (Conze),[25] in denen die erlebte Gegenwart die Symmetrieachse darstellte – zu einem historischen Zeitpunkt, so die Botschaft, an dem man durch richtiges Handeln die apokalyptische Dopplung des Massensterbens in der Zukunft noch verhindern könne.

2.3 Atomstaat und Bürgerrechte

Eine wesentlich stärker sachorientierte und besonders von Juristen mit großem Ernst als Zukunftskommunikation geführte Diskussion drehte sich in Deutschland um die Bedrohung des Rechtsstaats durch seine eigenen technologischen Grundlagen und die befürchtete Genese eines „Atomstaats"[26] und „radioaktiven Zerfalls der Grundrechte".[27] Gemeint war die schleichende Abschaffung von Bürger- und Arbeitnehmerrechten im Zeichen einer Technologie, die anders nicht gegen Nuklearterrorismus und Proliferation gesichert werden könne. Ein zweifellos großes Verdienst dieser Diskussion im Feld der *nuclear security* ist es, dass auch Zukunftsbilder der Arbeit und des Rechtsstatus von Bürgern in einer zu großen Anteilen von Kernenergie abhängigen zukünftigen Industriegesellschaft angesprochen wurden – nämlich der Arbeit in nuklearen Anlagen, die aus den Arbeitnehmern Sklaven einer nuklearen Staatsraison machen würde. Viele dieser Motive sind in späteren Diskussionen um Volkszählungen und Datenschutz, um die Informationstechnologien und die Sozialen Netzwerke

24 Wertmüller (2011).
25 Conze (2014, 2017); Mende / Metzger (2012).
26 Jungk (1977). Die vorerst letzte Auflage erschien 1991.
27 Roßnagel (1983) ders. (1984a); ders. (1984b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

wieder aufgekommen, ohne aber in der Gesellschaft mit ähnlichen Vorstellungen jener totalen Kontrolle verkoppelt worden zu sein, wie man sie sich seinerzeit vom Atomstaat erwartet hatte – obwohl die heutigen technologischen Optionen der Überwachung und der Aushöhlung von Grundrechten über alles hinausgehen, was ein Robert Jungk sich je hätte ausmalen können.

Interessanterweise wurden die tatsächlich kurz darauf erfolgten Umwälzungen in den nuklearen Arbeitswelten von dieser Kritik am „Fortschritt in die Unmenschlichkeit" (Jungk) nicht mehr thematisiert – etwa die Folgen der Liberalisierung der Strommärkte und der im Zuge dieser Entwicklung erfolgten Zerschlagung der quasi-staatlichen Flächenversorger in den 1990er Jahren. Die tatsächlichen Sozial- und Sicherheitsregimes in den Atomanlagen der Gebietsmonopolisten hatten zunächst Arbeitsverhältnisse entstehen lassen, welche hinsichtlich sozialer Absicherung, Entlohnung und Arbeitsschutz-Standards jenen im Öffentlichen Dienst stark ähnelten. Erst das Outsourcing und Downgrading von Stammbelegschaften und der Siegeszug der Leih- und Vertragsarbeit in den Kernenergiewirtschaften der westlichen Welt stellte jene Verhältnisse von Prekarisierung und Rechtsaushöhlung her, welche die Kritiker des Atomstaates aus den intrinsischen Risiken der nuklearen Technologie herzuleiten versucht hatten. Ironischerweise sind es die osteuropäischen Kernenergiewirtschaften, deren Überwachungs- und Sicherheitsregimes unter der Geheimdienst-Knute der 1980er Jahre viel eindeutigere Atomstaats-Symptome zeigten als ihre westlichen Gegenstücke, die heute in der von Korruption und Wolfskapitalismus gezeichneten Welt der UdSSR-Nachfolgestaaten Inseln sozialer Absicherung und relativer Prosperität darstellen. So sind heute die russischen und ukrainischen Kernkraftwerke immer noch Staatsbetriebe, deren Belegschaften vor Ort in Werksstädten sozialistischen Siedlungstypus' leben und das nomadische Arbeiten in Subkontrakt-Beziehungen allenfalls vereinzelt als Arbeitsmigranten im Westen kennenlernen.[28] Doch an dieser Diskussion beteiligten sich die Atomstaats-Kritiker in der Regel nicht mehr; sie wird vielmehr international von Gewerkschaftern, Soziologen und Arbeitsmedizinern nicht nur auf dem Gebiet der Kerntechnik geführt

28 Wendland (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und dreht sich nicht um die nukleare Zukunft der Gesellschaft, sondern um die Gegenwart der nuklearen Arbeit.[29]

2.4 Risiko, Prävention, Gefahrenabwehr

Ein weiterer Aspekt der Kernenergie als Moderne-Erfahrung, welche die gewohnte Moderne transzendiert, kam in der von Ulrich Beck angestoßenen Diskussion um die *Risikogesellschaft* zum Ausdruck und evozierte ebenfalls spezifische Zukunftsbilder und Vorstellungen der Gestaltbarkeit von Zukunft.[30] Waren, so ihr Tenor, Industriefolgeschäden der vornuklearen Ära noch regulierbar, kalkulierbar, eingrenzbar und somit versicherbar gewesen, so sei dies im Falle der kerntechnischen Moderne nicht mehr gegeben. Hier würden unkalkulierbare Risiken in die Zukunft verlegt, welche zu versichern auch kein kapitalistischer Marktteilnehmer aufgrund der zu erwartenden ungeheuren Entschädigungssummen mehr unternehmen könne. Die großen kerntechnischen Unfälle scheinen dieser Position Recht zu geben, decken doch bestehende Versicherungsmodelle für Kernkraftwerke das Schadensaufkommen von Unfällen mit großer Freisetzung von Radionukliden nur zu einem kleinen Teil und überlassen die ausstehenden Summen den Staaten und ihren Steuerzahlern. Darüber hinaus zeigten die transnationalen, ja globalen Folgen kerntechnischer Großunfälle staatlichen Institutionen und ihrer Gestaltungs- und Regulierungskraft von industriellen Risiken eine Grenze auf.

Derartige Überlegungen mündeten in der Regel in eine neuartige Zukunftskommunikation der Reaktorsicherheit im Zeichen der Risikoprävention. Nun stand die *Prävention* als Vermeidung menschengemachter und somit auch eliminierbarer Risiken, nicht mehr die *Gefahrenabwehr* im Vordergrund. Gefahrenabwehr wird hier als Einhegung und Linderung der Folgen von Gefahren verstanden, die nicht menschengemacht sind oder die man aus anderen Gründen, etwa aufgrund einer Kosten-Nutzen-Kalkulation zwischen hohen, aber unwahrscheinlichen Kosten in der Zukunft und hohem Nutzen in der Gegenwart, hinzunehmen bereit ist. In letzter Konsequenz gipfele der Präventionsgedanke, wie Ulrich Bröckling mit

29 Fournier (2012); Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann u. a. und der Fraktion DIE LINKE: Werk- und Leiharbeit in Atomkraftwerken in Deutschland, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/5738, 05.05.2011.

30 Beck (1986).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Rückbezug auf die Luhmannsche Unterscheidung von Risiko und Gefahr zu bedenken gibt, „in der paradoxen Konstruktion eines Täters ohne Tat".[31]

Die Akteure in der Atomkontroverse ordnen sich entsprechend ihrer politisch-technologischen Präferenzen bis heute an den Feldlinien dieser Diskussion an: Während die Risikovermeider den Präventionsgedanken dahingehend interpretieren, dass nur ein stillgelegtes oder, besser noch, ein nie gebautes Kernkraftwerk ein sicheres Kernkraftwerk sei, stellen sich die Gefahren-Abwehrer auf den Standpunkt, dass das kerntechnische Risiko gut kalkulierbar sei. Sie führen dabei zwei Argumente an, ein utilitaristisches und ein ethisches: erstens sei die Kernenergienutzung für eine Industriegesellschaft akzeptabel, weil der immense Nutzen der Kerntechnik in der Gegenwart den potenziellen, sehr selten auftretenden Schaden kerntechnischer Unfälle in der Zukunft mehr als aufwiege, und zweitens sei sie ethisch vertretbar, weil andere Risiken in der Zukunft, die durch den Nichteinsatz der Kernenergie entstünden (etwa Gesundheitsrisiken und erhöhte Sterblichkeitsraten in Folge von Luftverschmutzung und Schwermetallemissionen durch fossile Kraftwerke), vermieden würden. Schließlich geben die Befürworter der Kernkraftnutzung an, dass die Kerntechnik selbst unter Einbeziehung der Großunfälle im Risikovergleich aller Formen von Energieumwandlung die wenigsten Opfer pro Megawattstunde Strom erzeuge. Zwar habe es in einem relativ kurzen historischen Zeitraum drei Großunfälle mit Totalschaden der Anlage gegeben, aber nur einen, der Todesopfer und nachweisbare Spätfolgen produziert habe; auch diese lägen damit aber weit unter den Opferraten etwa der Stromerzeugung durch Kohle oder Wasserkraft.[32] Daher sei nicht einzusehen, dass Risikovermeidung qua Liquidierung der Risikoursache sich ausschließlich

31 Bröckling (2008); Luhmann (1990).

32 Der Kernschmelz-Unfall in Three Mile Island-2 (bei Harrisburg, USA) von 1979 blieb dank eines funktionierenden Volldruck-Containments in seinen radiologischen Folgen auf die Anlage beschränkt und forderte kein Todesopfer; die Kernschmelzen und Explosionen in Fukushima Daiichi hatten großflächige Freisetzungen von Radionukliden zur Folge, aber keine akuten Todesfälle. Einzig der Unfall von Tschernobyl forderte akute Todesopfer in einem mittleren zweistelligen Bereich und laut WHO-Schätzungen ca. 4000 Folgeopfer durch Krebserkrankungen infolge hoher Strahlenexposition bei den an den Aufräumarbeiten beteiligten „Liquidatoren": WHO (2005). Im Falle Fukushimas werden aufgrund insgesamt weit geringer Expositionen der Bevölkerung keine zusätzlich deterministisch feststellbaren Krebsfälle erwartet; unter den betroffenen KKW-Mitarbeitern sei infolge

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

auf die Kerntechnik beziehen solle, nur weil dieser ein diskursiv produzierter Nimbus des ultimativ Katastrophalen anhafte.

Hier steht also eine Vorstellung absoluter Sicherheit durch Ausschließung kerntechnischer Schadensfälle in der Zukunft gegen die Risiko-Abwägung, die mit Blick auf Erfahrungswerte davon ausgeht, dass es keine Form der Energieumwandlung ohne Risiken gibt und die Kernenergie im Vergleich noch die am besten vertretbare Form sei. Hinzu kommen neuerdings pragmatische Ansätze einer Reform der nuklearen Schadensregulierung mit dem Ziel, auch große Unfälle, die aber selten vorkommen, regulär und volldeckend versicherbar zu machen und transnationalen Gefahren mit transnationalen Gefahrenabwehr-Instrumenten zu begegnen; sie verlegen die Problemdiskussion wieder, ganz in der Tradition der Hochmoderne, in eine gestaltbare Gegenwart, die auch eine berechenbare Zukunft nach sich ziehe.[33]

2.5 Nukleare Utopien, Ökomodernismus und heutige Zukunftskerntechnik

Im Gegensatz zu den Apokalypse- und Risikodiskursen des nuklearen Zeitalters stehen die Machbarkeitsprojektionen der frühen Zeit, als auf den Schock von Hiroshima und die Erlangung nuklearer Parität durch die Sowjetunion das US-geführte Programm *Atoms for peace* folgte. Damals brachte die spekulative Phase der Atomwirtschaft, an der mehr Journalisten, Intellektuelle und Politiker als Ingenieure beteiligt waren,[34] viele nukleare Denk-Gegenstände hervor, gegen die ein heutiges Kernkraftwerk sich unspektakulär ausnimmt: Eisenbahn- und Flugzeugantriebe, die Eroberung des Weltraums durch Nuklearraketen, Kleinstreaktoren für den Heizungskeller. Nicht weniger kurios nehmen sich heute die wirklich existierenden nuklearen Alltagsanwendungen aus der Zeit vor den Strahlenschutz-Gesetzgebungen aus, wie Schuhgeschäfts-Röntgenapparate und

---

einer Exposition über 100 mSv mit zwei bis drei zusätzlichen Krebsfällen (unter rund 180 Betroffenen) zu rechnen, so UN Scientific Committee (2016).

33 Insurers can help improve the image of nuclear, in: World Nuclear News, 16 September 2014, http://www.world-nuclear-news.org/RS-Insurers-can-help-improve-the-image-of-nuclear-1609201401.html; Schmid (2013).

34 Radkau (1983), Kapitel „Die spekulative Phase".

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Radium-Kosmetika sowie die im Doppelsinne strahlende Leuchtfarbe in der Uhren- und Instrumentenindustrie.[35]

In den sozialistischen Ländern wiederum wurde die Vergangenheitserfahrung von Hiroshima, ohne auf nennenswerte Gegenprojekte zu treffen, direkt in das Zukunftsprojekt des friedlichen Atoms als Staatsaufgabe umgeleitet. Die nukleare Expertenkultur wurde mit Blick auf ihre Zukunftskompetenz erst spät, nämlich nach der Katastrophenerfahrung von Tschernobyl, angefochten. Gleichwohl resultierte diese Anfechtung keinesfalls im Abgesang auf die Expertenklasse, sondern vielmehr in einem langen Transformations- und Modernisierungsprozess der ehemaligen sowjetischen, heute russischen Kerntechnik, die heute als einer der Weltmarktführer für hochmoderne Reaktorkonzepte westlichen Anbietern Konkurrenz macht.[36] Nicht zufällig ist auch Russland jenes Land, wo sich bis heute der Traum von einer zukünftigen geschlossenen nuklearen Kreislaufwirtschaft am hartnäckigsten gehalten hat, also eines technologischen Systems, das die Extraktion von Wertstoffen aus abgebrannten Brennelementen thermischer Spaltreaktoren mit deren Einspeisung in die Brennstoffversorgung Schneller Reaktoren[37] kombiniert und zunächst die Verwertung bestehender Plutoniumvorräte zum Ziel hat, während darüber hinaus auch die Erbrütung neuen Brennstoffs für die Kreisförmigkeit des Prozesses sorgen soll. Die Bedeutung des potenziellen Waffen-Grundstoffs Plutonium-239 in diesem System und der Konnex mit der Proliferationsproblematik wurde von Kritikern mit dem Schlagwort der *Plutoniumwirtschaft*[38] markiert, während die Befürworter dieser „Zukunftstechnologie“

35 Ein Überblick in diese frühen Anwendungen in Nelson (2014).

36 Wendland (2016a).

37 „Schnelle“ Reaktoren arbeiten (anders als die heute am meisten verbreiteten „thermischen“ Leichtwasserreaktoren) mit einem „schnellen“, d.h. energiereichen Neutronenspektrum, das sie im Gegensatz zu thermischen Reaktoren befähigt, Plutonium-239 und weitere in thermischen Reaktoren schwer spaltbaren Radioisotope effizient als Brennstoff zu nutzen und somit den Anfall von langlebigem Atommüll zu reduzieren. Darüber hinaus kann man in Schnellen Reaktoren aus dem in thermischen Reaktoren nicht nutzbaren U-238 (der überwiegenden Masse des Kernbrennstoffs, der nur zu wenigen Prozent aus dem thermisch spaltbaren Isotop U-235 besteht) neues Plutonium „erbrüten“. Von daher kommt die Bezeichnung „Schneller Brüter“.

38 Altner / Schmitz-Feuerhake (1979); Traube (1984); Roßnagel (1987); Schelb (1987).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gerne mit einem *Recycling*-Vergleich operieren und so eine zyklische Zeitstruktur zum Argument machen.

Auch heute gibt es – vorwiegend außerhalb Deutschlands – eine Zukunftskommunikation der Kerntechnik, die das Umwelt-Argument wieder stark macht und das Sicherheits-Argument in ein neues Licht setzt. Diese „ökomodernistische" Position betont die Bedeutung der Versorgungssicherheit in Kombination mit den Anforderungen globalisierter sozialer Sicherheit sowie Klima- und Umweltschutzbelangen und ähnelt in erstaunlicher Weise dem „Pfad 1" der Enquete-Kommission von 1980 unter Hinzunahme erneuerbarer Energieformen. Dieser Position zufolge ist das weitere industrielle Wachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer Grundvoraussetzung für die Erfüllung des Menschenrechts auf soziale Entwicklung und Teilhabe in diesen Ländern; um aber diese Entwicklung umweltschonend und versorgungssicher für breite Bevölkerungsschichten zu gestalten, könne man nicht ohne Kernenergie auskommen, die häufig zusammen mit komplementären Erneuerbaren genannt wird. In diesem Zukunftsszenario ist die Kernenergie also nicht nur als „Brückentechnologie" in eine noch nicht klar umrissene Zukunft anzusehen, in der man bessere Lösungen entwickelt haben wird, wie seinerzeit die Rechtfertigung der Laufzeitverlängerungspolitik unter der schwarzgelben Regierung Merkel/Westerwelle lautete,[39] sondern eine Technologie der Zukunft schlechthin.[40]

Letzteres geschieht heute vor allem mit Verweis auf neuartige Reaktorkonzepte, die mit innovativen Brennstoff-Formen und inhärenten Sicherheitscharakteristika alle Akzeptanzprobleme der bestehenden Leichtwasser-Technologie auf einmal abzuräumen versprechen: Nämlich die Gefahr katastrophaler Freisetzungen von Radionukliden infolge Kernschmelze und die Proliferationsproblematik. Solche Anlagen, so ihre Erfinder, könnten trotz Hochtemperatur-Zustandsgrößen und hoher Energiedichte ohne Probleme auch in großen Ballungsräumen errichtet werden und seien neben der Elektrizitätsproduktion auch für Fern- und Prozesswärmeauskopp-

39 Presseerklärung der Bundesregierung, 28. September 2010: „Kernkraft: die notwendige Brückentechnologie", https://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv 17/ Artikel/2010/09/2010-09-28-Kernenergie-Energiekonzept.html.

40 Zur Bedeutung der Kernenergie in einer klimaneutralen Energieversorgung s. die kritische Bestandsaufnahme bei Rosner / Hearn (2017), sowie Squassoni (2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

lung geeignet – aber nicht zur Abzweigung waffenfähigen Nuklearmaterials.[41]

Das Motiv der Versorgungssicherheit in der historischen Atomdiskussion ist uns vor allem dank des berüchtigten Diktums des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger von 1975 im kollektiven Gedächtnis geblieben, demzufolge ohne die Errichtung des KKW Wyhl im Land binnen eines Jahrzehnts die Lichter ausgingen;[42] gleichwohl war Filbinger im Kontext seiner Zeit kein exzentrischer Schwarzseher, sondern befand sich beim Optieren für die Kernenergie als gleichzeitig sicherer *und* sauberer Stromerzeugung im damaligen Mainstream der politischen Eliten.[43] Heute gewinnt das Argument der Versorgungssicherheit neue Brisanz, weil angesichts immer häufigerer und immer teurerer Regeleingriffe infolge volatiler Einspeisung durch regenerative Energiequellen[44] die Sicherung der Übertragungs- und Versorgungsnetze vor Instabilitäten aktueller ist als je in den 1970er Jahren; es geht also nicht um Unsicherheit durch künftig befürchteten Rohstoffmangel (und seine Ersetzung durch Kernenergie) wie in den Energiediskursen der 1970er Jahre, sondern um Unsicherheit infolge täglicher Erfahrung beim Betrieb von elektrischen Übertragungs- und Versorgungsnetzen, die als beständig wachsende Gefahr in die Zukunft projiziert wird.

Darüber hinaus verweisen Befürworter der Kernkraft, wie die Verfechter der oben erwähnten neuen Reaktorkonzepte, immer wieder auf die Energiedichte kerntechnischer Stromerzeugung – also ausgerechnet jenes Charakteristikum der Energiegewinnung durch Kernspaltung, das für Atomkritiker als Hauptargument für die Unberechenbarkeit und Monstrosität potenzieller Unfallfolgen ins Feld geführt wurde und wird. Ökomo-

41 So z.B. der sogenannte Dual Fluid Reactor, ein mit schnellem Neutronenspektrum arbeitender Reaktor mit einem flüssigen Aktinidsalz als Brennstoff und Blei als Kühlmittel sowie integrierter Mini-Brennstoffaufbereitung: Huke u. a. (2015). Ein solches Reaktorkonzept erzeugte auch gesteigerte Aufmerksamkeit in Medien, die sonst nicht für eine kernenergie-freundliche Haltung bekannt sind, so „Wie funktioniert ein Flüssigsalzreaktor?“, Arte, 20. September 2016, http://future.arte.tv/de/wie-funktioniert-ein-fluessigsalzreaktor.

42 Eith (2014), S. 119.

43 Lommatzsch (2014), S. 47-70, insbes. S. 58.

44 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen: Quartalsbericht zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen. 1. Quartal 2016, Bonn 2016; „Netzbetreiber warnen vor Totalausfall“, WDR Westpol, 13.02.2017, http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-netzausbau-100.html.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dernisten – hier teilweise im Verbund mit traditionell-konservativen Naturschützern – bezeichnen mit Blick auf den enormen Landschaftsverbrauch von Biomasse-, Windkraft- und Photovoltaik-Systemen die hohe Energiedichte der Stromproduktion in Kernkraftwerken wegen ihrer minimalen Invasivität in gewachsene landschaftliche Zusammenhänge als die einzig wirklich umweltverträgliche Energieumwandlungsform. Am häufigsten jedoch wird das Argument der Luftschadstoff- bzw. CO2-Armut der Kernkraft genannt. Die weltweiten Diskussionen um den vom Treibhaus-Gas CO2 angeheizten Temperaturanstieg der Atmosphäre und die wachsenden Gesundheitsrisiken durch Luftverunreinigung infolge Verbrennung fossiler Energieträger gaben diesem Zukunftsargument neuen Auftrieb. Sie bewogen auch ehemalige Umwelt-Aktivisten und Kernkraftgegner,[45] ein ökomodernistisches Programm zu propagieren, in dem kerntechnische Lösungen für Energieprobleme in einem komplementären Verbund mit Erneuerbaren eine prominente Rolle spielen.[46] Auch diese Argumentation dient politischer Mobilisierung für bestimmte Agenden und wird von wirtschaftlichen und politischen Akteuren, die ein Interesse an der Nutzung der Kernenergie haben, aufgenommen. Diese Strategie hat sich, wenngleich nicht hierzulande, so doch global als erfolgreich erwiesen. So schloss der Weltklimarat in seinen Empfehlungen die Kerntechnik als Problemlösung ein. Aktuell werden diese Überlegungen zur Kerntechnik als CO2-armer Energietechnologie um den heute noch utopisch anmutenden Ansatz zur Transmutation nuklearer Reststoffe in Schnellen Reaktoren als Lösung des Endlagerproblems ergänzt.[47]

45 Die Beispiele solcher „Überläufer“ kommen vor allem aus dem angelsächsischen Bereich, so Stewart Brand, Richard Rhodes, Gwyneth Cravens, Mark Lynas, Michael Shellenberger, die auch in einem erfolgreichen Dokumentarfilm interviewt werden: Robert Stone, Pandora’s Promise, USA 2013.

46 Lewis (1998); Nordhaus / Shellenberger (2009); Shellenberger (2004). Vgl. die deutsche „Antwort“ unter rigorosem Ausschluss kerntechnischer Lösungen, aber in der Stoßrichtung einer zukünftigen Versöhnung von Industrie und Ökologie ähnlich argumentierend: Fücks (2013).

47 Nakajima (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

3. Zeitstrukturen und Zukunftserwartungen im Handlungsfeld der Kerntechnik

3.1 Die Endlagerdebatte als Zukunftsverhandlung: Atomkritik und Kritik der Atomkritik

In der *Endlagerdebatte*, die zwar kein Gegenstand der Reaktorsicherheit im engeren Sinne ist, aber mit dieser in einem technischen Zusammenhang steht, treffen wir wiederum auf einen ganzen Komplex öffentlich verhandelter Zukunftserwartungen. Zunächst wurden sie insbesondere von den Vertretern der Anti-AKW-Bewegung mit dem Ziel der Teilhabe an politischen Entscheidungen formuliert. Mit dem Einzug der Grünen in die westdeutschen Parlamente ab 1980 wurde aus der zunächst außerparlamentarisch artikulierten Forderung nach Partizipation an Zukunftsentscheidungen, wie sie im Milieu der Atomkritik formuliert wurde, eine politische Strategie. Auch im Zuge eines demografisch bedingten Generationswechsels rückten Atomkritiker allmählich in mediale, politische und auch wissenschaftliche Schaltstellen vor und eroberten schließlich auch jene Diskurshegemonie über die Einschätzung nuklearer Zukunftsrisiken, welche heute die deutsche öffentliche Diskussion über die Kernenergie prägt – und diese auch von anderen Kernenergie nutzenden Staaten abhebt. Auch in Frankreich, den USA, Großbritannien und Österreich gab es zeitweise eine erfolgreiche Mobilisierung gegen Kernkraftwerke und Endlager-Projekte, aber nur in Deutschland (mit einem Schwerpunkt im Westen Deutschlands) beherrscht die Atomkritik die öffentliche Meinung bis in die jüngste Zeit.

Während noch in den 1980er Jahren die deutsche Industrie von einem bald zu schließenden Kernbrennstoffzyklus mit Wiederaufbereitungsanlagen und Schnellen Reaktoren ausging, wurde die Endlagerung der mit oder ohne Wiederaufbereitung zu erwartenden Mengen an nuklearen Rest-, Spalt- und Brutprodukten aus Leichtwasserreaktor-Brennstoff zu einer wirklichen Zukunftskontroverse. Die Kontrahenten kommunizierten unterschiedliche Vorstellungen der Gestaltbarkeit sehr großer Zeiträume, ging es doch in den Augen aller Diskutanten um die Planung und Beherrschung technischer Lösungen für Zeitspannen, die vorher in technisch-industriellem Kontext nie diskutiert worden waren. Nun wurde in der Größenordnung von bis zu einer Million Jahre operiert, die sich an den Halbwertszeiten der einzulagernden Radionuklide orientieren. Während die Befürworter der damaligen Endlager-Erkundung und -Errichtung in Gorle-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ben eine Lösung nach Stand der Wissenschaft und Technik gefunden zu haben glaubten, argumentierten die Gegner, der Standort sei für diese Anforderungen ungeeignet, unter Ausschluss der betroffenen Bevölkerung durchgedrückt und nur aus politischen Gründen gewählt worden, nicht nach wissenschaftlichen Kriterien. Diese Argumentationslinie begründete wiederum die politische Strategie der Anti-Atom-Bewegung, die in der Folgezeit auch bei grünen Regierungsbeteiligungen auf Landes- und Bundesebene zum Tragen kam: Mit der Verhinderung des Zustandekommens eines – als unsicher wahrgenommenen – nuklearen Endlagers hoffte man auch die Betriebsgenehmigungen der Kernkraftwerke anzugreifen, da eine funktionierende Entsorgung nicht gewährleistet sei. Letztlich erreichte diese Politik jedoch zunächst nicht das angestrebte Ziel der sofortigen Stilllegung der KKW, sondern tatsächlich eine Stagnation der Endlagerfindung und somit eine Verlagerung der Problematik auf eine mittelfristige Einlagerung in oberirdischen Zwischenlagern auf den Kraftwerksgeländen für eine „nahe" Zukunft der nächsten drei Jahrzehnte, die über die Laufzeit der Betriebsgenehmigungen für diese Lagergebäude definiert wird.[48]

Nach dem Atomausstiegs-Beschluss von 2011 berief der Gesetzgeber eine Endlager-Kommission aus Experten sowie Vertretern von Kirchen, Parteien und Zivilgesellschaft mit dem erklärten Ziel, aus den Fehlern und Kontroversen der Vergangenheit zu lernen und einen funktionierenden Standortfindungsprozess zu etablieren, der zur Befriedung des Konflikts beitragen könnte. Aber auch jetzt goss man, wieder ausgehend vom Primat der Halbwertszeit langlebiger Radionuklide, das Verhältnis von „Sicherheit", „Zukunft" und „Verantwortung" in den Zeitraum von einer Million Jahren. Für diesen Zeitraum müsse ein sicherer Abschluss der radioaktiven Substanzen von der Biosphäre gewährleistet werden: „Die Entsorgung radioaktiver Abfälle muss so erfolgen, dass kurz-, mittel- und langfristig keine Gefahren für Mensch und Umwelt entstehen. Sicherheit ist für die Kommission das oberste Gebot. Bedingt durch die lange Halbwertszeit einiger Radionuklide soll diese Sicherheit für eine Million Jahre gewährleistet werden. Diese extreme Langzeitigkeit der Herausforderung, die radioaktiven Abfälle von der belebten Erdoberfläche fernzuhalten, dominiert die Suche nach verantwortbaren Entsorgungsoptionen. Der Grundsatz der

48 Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz, Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, K-Drs. 268, Berlin 2016, S. 86-105, insbes. 2.2.3 „Gesellschaftliche Konflikte", S. 93-98, 2.2.5 „Handlungszwang Zwischenlager", S. 100 ff.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nachhaltigkeit, dem sich die Kommission in ihrem Leitbild unterstellt hat, verpflichtet dazu, diese Suche an ethischen Kriterien der Gerechtigkeit, Fairness und Zukunftsverantwortung auszurichten.“ Derselbe Zeitraum wurde auch im § 1 des Standortauswahlgesetzes für ein Endlager festgeschrieben.[49]

Diese Festlegung ist nicht unumstritten; sie ist vielmehr Ergebnis einer Konsensfindung, in die, anders als bei dem gescheiterten Standortauswahl-Prozess der 1970er und 1980er Jahre, Vertreter vieler gesellschaftlicher Gruppen und Fachrichtungen eingebunden waren. Das zeigt eindrucksvoll auch das Literaturverzeichnis im Abschlussbericht der Endlagerkommission, welches die deutschen Nachhaltigkeits- und Risikogesellschafts-Diskurse ebenso abbildet wie philosophische Überlegungen zu einer „Achtsamkeit“ als Richtschnur des Handelns in Hinblick auf zukünftige Generationen; noch zu Zeiten der Gorleben-Debatte hätten die beteiligten Experten solche Überlegungen als New-Age-Unsinn abgetan.

Gleichwohl fremdeln auch heute Ingenieure, Physiker und Radiobiologen mit solchen Ansätzen – also jene Gruppe, die sich kraft eigener Expertise eine besondere Sprechfähigkeit zuschreibt, sich aber mit Blick auf die zurückliegende Nukleardebatte längst ihrer Monopolposition bei der Bereitstellung von Expertise enthoben sieht. Sie kritisieren an der Vorstellung einer bis auf eine Million Jahre durchzuplanenden Zukunft eine diskursive Engführung zu Zwecken politischer Kommunikation – und kommunizieren gleichzeitig mit ihrem abweichenden Zukunftsszenario einen Anspruch auf Mitgestaltung und Anders-Gestaltung der kontroversen Entscheidung. Heute bereits im Ruhestand befindliche Kritiker des aktuellen Endlagerkonzepts, die in ihrer aktiven Zeit an der Planung inzwischen verworfener Konzepte beteiligt waren, sind darüber hinaus vom Motiv getrieben, ihr eigenes Lebenswerk, ihre eigene Wissenschaftler- oder Ingenieurskarriere vor nachträglicher Delegitimierung zu bewahren.

Atomgegner und interessierte Industrievertreter, so die Kritik der Atomkritik, bräuchten diese „Horrorzahlen“, um auch nach dem Atomausstieg Anhänger zu mobilisieren und eigene politisch-wirtschaftliche Vorstellungen von einem Atomausstieg und einer Energiewende unter Ausschluss der nuklearen Option durchzusetzen. Der Denkfehler dieser Argumentati-

49 Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe, S. 26 f. Siehe auch die Schutzziel-Definitionen 3.4.1 „Sicherheit für Mensch und Umwelt heut und in Zukunft“, 3.4.2 „Vermeidung unzumutbarer Belastungen für zukünftige Generationen“, S. 140 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

on sei, dass man aus den Halbwertszeiten der langlebigen Radionuklide einen direkten Rückschluss auf eine genauso lange zu erwartende Gesundheitsschädlichkeit des gesamten Abfallmaterials schließe und daraus wiederum die Bedingung „sicherer Einschluss vor der Biosphäre für bis zu einer Million Jahren" ableite; in diese Rechnung seien aber weder altbekannte physikalische noch neuere strahlenbiologische Erkenntnisse einbezogen, die man berücksichtigen müsse, um zu realistischen Annahmen über eine Gesundheitsschädlichkeit in naher und mittlerer Zukunft zu kommen.

Altbekannt sei die Tatsache, dass nicht der langlebige Abfall über die Toxizität des einzulagernden Materials für Mensch und Tier entscheide, sondern die kurzlebigen, schnell zerfallenden, daher strahlungsintensiven, aber auch rasch aus der Abfallbilanz verschwindenden Radionuklide.[50] Zu den neueren strahlenbiologischen Erkenntnissen zählt vor allem die Anfechtung von älteren Hypothesen über die Gefahren von Niedrigstrahlung, welche wiederum dem Millionen-Jahre-Konzept einer sicheren Isolation auch kleinster Mengen Radionuklide zugrunde liegen. Denn die heutige Zell- und Strahlenbiologie betont bei niedrigen individuellen Effektivdosen[51] die Fähigkeit von Zellen zur Regeneration oder zur Reparatur von strahleninduzierten Schädigungen und sogar die sogenannte Hormesis, d.h. sogar positive Wirkung von Niedrigstrahlung auf die Zellreparatur und Vitalität des Gesamtorganismus bis zu einer bestimmten Schwelle („healthy-worker-syndrome").[52]

---

50 Exemplarisch hier der aktuelle Blog eines ehemaligen Experten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, Hoeld (2016); Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe, S. 219-233.

51 Als Niedrigdosen gelten Effektivdosen unter 100 mSv (Millisievert)/Jahr.Das Sievert (Einheitenzeichen Sv) ist die Maßeinheit für die sogenannte Effektiv-, Organ- und Äquivalentdosis, d.h. sie gibt die biologische Wirkung einer bestimmten Strahlungs-Energiedosis (die in Gray [Gy] angegeben wird) auf einzelne Gewebe (Organdosis) oder den gesamten Körper (Effektivdosis) unter Einbeziehung von Gewichtungsfaktoren (z.B. für ein spezifisches Gewebe oder eine spezifische Art von ionisierender Strahlung (Äquivalentdosis)) an. Das Sievert dient somit der Bestimmung der Strahlenbelastung und der daraus folgenden Strahlenrisiken biologischer Organismen. Zum Vergleich: Der Grenzwert für die jährlich erlaubte Effektivdosis der beruflich nicht strahlenexponierten Bevölkerung liegt in Deutschland bei 1 mSv (Millisievert)/Jahr, bei beruflich strahlenexponierten Personen bei 20 mSv/Jahr; erst ab 100 mSv/Jahr geht man von gesundheitsschädlichen Dosen aus: Krieger (^{2}2007), S. 323.

52 Sacks u. a. (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Da aber, wie bei jedem Paradigmenwechsel, die Schlacht zwischen Vertretern des alten und des neuen Paradigmas noch im Gange ist, verlassen sich Behörden und politische Entscheidungsträger auf konservative Ansätze eines *erring on the safe side*. In der Praxis bedeutet dies, dass selbst jene, welche die neueren Erkenntnisse für plausibel halten, es doch für „sicherer" halten, weiter von eigentlich überholten Annahmen über die Gefahren der Niedrigstrahlung auszugehen – für den zwar immer unwahrscheinlicheren, aber doch nicht auszuschließenden Fall, dass die Neueren im Irrtum seien.[53] Hier schließt sich der Kreis zu den oben erwähnten Risikogesellschaftsdiskursen zwischen älterem Gefahrenabwehr- und neuerem Präventionsprinzip, und zu den an diese anschließenden Konzepten einer Risikominimierung durch Risikoausschließung in besonderen Fällen – was im Falle der Kerntechnik in die Forderung mündete, die Kerntechnik aus der Energiewirtschaft der Zukunft auszuschließen.

3.2 Reaktorsicherheit als technisch-kommunikatives Handlungsfeld

Im Lichte der Endlagerdebatte zeichnet sich bereits der Befund ab, dass die öffentlichen Diskurse der Nichtexperten in die technischen Diskurse der Fachwissenschaft hineinwirken und auch technische Entscheidungen – wie beispielsweise die Anforderungen an die Beschaffenheit einer Endlagertechnologie – wesentlich beeinflussen. Auch auf der Umsetzungsebene der Reaktorsicherheit als Anlagensicherheit im engeren Sinne, also dort, wo betriebliche Erfahrungen ausgewertet, Regularien gemacht und kerntechnische Anlagen gebaut und betrieben werden, können wir diese wechselseitige Beeinflussung unterschiedlicher gesellschaftlicher Subsysteme beobachten.

Sieht man sich die großen Entwicklungstrends im kerntechnischen Feld an, so kann man konstatieren: Was in der öffentlich-politischen Kontroverse und in der Beurteilung einzelner Bauvorhaben vor Gericht die Dystopie war, also die Bedrohung, deren Eintreten in näherer Zukunft die Betreiber ausschlossen und die Atomgegner zugrunde legten, um Anhänger zu mobilisieren, Partizipation an Infrastruktur-Planungsprozessen einzufordern oder auch bestimmte Planungen zu verhindern – das wurde in der kerntechnischen Entwicklung Schritt für Schritt zum Auslegungskriterium.

53 Als Beispiel für die „sichere" Seite: Committee to Assess Health Risks (2006).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Auslegung" bedeutet in der Fachsprache die Konzipierung einer Anlage unter Zugrundelegung bestimmter Maximallasten. Negative Zukunftserwartungen wurden also in die Gegenwart der Gestaltung kerntechnischer Anlagen umgeleitet – behördlicherseits durch Regulierung und Standardbildung, auf Seiten der Hersteller und Betreiber durch Umsetzung solcher Standards in technische Vorrichtungen. Dabei spielte der durch Gerichtsentscheide, Gegenexpertise und öffentlichen Protest auf Politik und Betreiber ausgeübte Druck keine unwesentliche Rolle, sorgte er doch sowohl für eine kritische oppositionelle Überwachung der Atomanlagen, als auch für eine schrittweise Verschärfung der rechtlichen Hürden und Voraussetzungen für deren Errichtung und für die Entstehung einer starken und autonomen Atomaufsicht. Ein frühes einschlägiges Beispiel ist die Entstehung eines komplexen Regel- und Institutionenwerks für die Basissicherheit von Reaktordruckbehältern und druckführenden Umschließungen, von der Stahlproduktion bis zur Materialüberwachung auf der Anlage. Dieser Prozess ging wesentlich auf den juristischen Warnschuss im Wyhl-Verfahren zurück.[54]

Jedoch auch langfristig ablaufende Prozesse bei der Auslegung und im Betrieb der Kernkraftwerke waren von dieser Verschiebung der Zeitregimes betroffen. Zunächst standen „Erfahrung" und „Stand der Technik" sowie die deterministische Sicherheitsanalyse als pragmatische Zeitregime im Vordergrund bei der Wahl von Industriedesigns, bei Auslegungsprinzipien und Nachrüstungsanstrengungen (*engineered safeguards*). Daneben wanderten im Zuge technischen Wandels sowie unter dem Druck öffentlicher Diskussionen und strengerer Auflagen die Zukunft als regierende Zeitstruktur und die probabilistische Risikoanalyse als wichtige Ergänzung der deterministischen Sicherheitsanalyse in die Reaktorsicherheit ein.

Joachim Radkau beschrieb kurz nach dem Unfall von Tschernobyl diese Risikoforschung als eine Komponente der „Angstabwehr" in der Geschichte der Kerntechnik;[55] er meinte dabei mit Angstabwehr keinesfalls nur ein machohaft-hemdsärmeliges Wegschieben von Zweifeln in einer

54 Laufs (2012), S. 943-964; Eigene Aufzeichnungen über Gespräche mit dem Arbeitsbereich Werkstoffsicherheit, KKW Grohnde, Februar 2016. In der Reaktorsicherheitskommission bildete sich ein spezieller Ausschuss für druckführende Umschließungen, der sich besonders mit dieser Thematik befasst, und in den einzelnen KKW entstanden Stäbe für Materialprüfung und Werkstoffsicherheit.

55 Radkau (1986).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

männerdominierten Techniker-Community, sondern ein komplexes Bündel von Kommunikationsstrategien und einen spezifischen Umgang mit wissenschaftlich-technischen Neuerungen. Wenn die die nuklearen Akteure auf systeminterne (Betriebs-) Erfahrungen, schwere kerntechnische Unfälle sowie internationale Entwicklungen in der Sicherheitsforschung reagierten, handelten sie, so Radkau, meistens auf zwei Feldern gleichzeitig: jenem der Kommunikation über ihre Industrie und ihre Sicherheitsdispositive nach außen, und jenem der internen technologischen oder wissenschaftlichen Entscheidungen. Die Grenze zwischen dem einen und dem anderen war dabei häufig verwischt: es konnten also auch wissenschaftliche Methoden oder technische Vorkehrungen einen Kommunikationsakt beinhalten – oder als Kommunikationsakt *wahrgenommen* werden, ohne dass die Urheber dies ursprünglich beabsichtigt hätten.

Ein Beispiel für ein solches Ineinandergreifen von technischen und kommunikativen Akten mit Blick auf zukünftig Erwartbares ist das sogenannte *Probabilistic Safety Assessment* (PSA). Solche mit der Methode der Wahrscheinlichkeitsberechnung arbeitende Analysen wurden zuerst in der Luft- und Raumfahrt eingesetzt und erfuhren in den 1970er Jahren dank immer umfangreicherer zur Verfügung stehender Rechnerleistung auch in der Kerntechnik einen Boom. Die Risikoanalysen ergänzten die bewährte deterministische Sicherheitsanalyse zur Beurteilung der sicherheitstechnischen Auslegung einer Anlage. Deterministische Analysen gehen nach einer Wenn-Dann-Logik mit vorher festgelegten („determinierten") Randbedingungen vor und greifen dabei auf Erfahrungswissen oder im Experiment gewonnene Erkenntnisse über das Verhalten von Komponenten zurück; probabilistische Analysen zielen darauf, Wahrscheinlichkeiten des Systemversagens oder der Systemverfügbarkeit (begriffen als Produkt aus den Versagens- bzw. Verfügbarkeitswahrscheinlichkeiten einzelner Komponenten) zu quantifizieren. Dies dient dem Vergleich von Systemen und Unfallabläufen, der Ermittlung von Sicherheitsreserven und der „quantitativen Bewertung von Schwachstellen". Auch die PSA, wie sie beispielsweise in der *Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke Phase B* (1981-1990) eingesetzt wurde, war bereits das Produkt eines Lernprozesses. Vorgängige Risikoanalysen, so noch die Phase A der deutschen Studie (1979) und ihr US-Vorbild, die Reaktorsicherheitsstudie WASH-1400 („Rasmussen-Studie"), wurden vorwiegend zur Modellierung von Unfallverläufen und zur Quantifizierung der Schadensfolgen und Kollektivrisiken außerhalb der Anlage, vor allem der menschlichen Gesundheitsschä-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den, eingesetzt.[56] Später ging es darum, „die Ausgewogenheit der Sicherheitstechnik der Anlagen zu überprüfen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit zu identifizieren", wozu neben der Komponenten- und Systemsicherheit auch das Management der Mensch-Maschine-Beziehungen und der Wissensformen, wie z.B. der Störfallhandbücher, gehörte.[57] Erst Risikoanalysen dieser anlagenbezogenen neueren Art wurden in der Fachwelt als PSA bezeichnet. Während frühe Risikostudien aufgrund des damals geringen Alters der Anlagen und der prinzipiell hohen Komponentenzuverlässigkeit kerntechnischer Systeme noch kaum auf Betriebserfahrungen mit Komponentenversagen aufbauen konnten, verfügten die seit 1980 unternommenen Studien bereits über einen beständig anwachsenden Datensatz aus inzwischen 2800 Reaktorbetriebsjahren.[58]

Die Risikoanalysen spielten eine ambivalente Rolle sowohl in der geschlossenen Gesellschaft der Experten, als auch in der kritischen Atomdiskussion der Bundesrepublik, wobei häufig auf Entwicklungen in den USA reagiert wurde.[59] Ambivalent waren Erkenntnisse aus den frühen Studien vor allem deswegen, weil sie nicht mehr ausschließlich Verhandlungsgegenstand der Experten waren, sondern weit über deren Kreise hinaus als politische Gegenstände diskutiert wurden – und weil sie Sachverhalte konkret beim Namen nannten, die vorher von Industrievertretern nicht in den Mund genommen worden waren, weil sie als Atomkraftgegner-Sprech galten: Worte wie „Sofortopfer", „Spätschäden" und Zahlen im Bereich mehrerer Zehntausend bis Millionen möglicher direkter oder indirekter Opfer auslegungsüberschreitender Unfälle in Kernkraftwerken.

Gleichwohl sorgte die aus dem angelsächsischen Bereich nach Deutschland hineinwirkende Reaktorsicherheitsforschung auch ohne die Atomkritik für erhebliche Verunsicherung in der Industrie, deren Vertreter sich, gleichsam aus Angst vor der eigenen Courage, dann sogleich wieder auf die verschwindend geringen Unfallwahrscheinlichkeiten bezogen, welche ihre eigenen Studien erbrachten. Dieses Schwanken der Bezugnahmen zwischen riesigen potenziellen Langzeit-Opferzahlen einerseits und ver-

56 Deutsche Risikostudie (Phase B): Gesellschaft für Reaktorsicherheit [im Folgenden GRS](1990); Phase A: Bundesministerium für Forschung / GRS (1979). Als Referenzanlage diente in beiden Fällen Biblis B, ein Vorläufer der von Siemens-KWU gebauten Konvoi-Anlagen.

57 GRS (1990), S. 94; Wendland (2014).

58 GRS (1990), S. 7 u. 143.

59 GRS (o.J.) Risikoanalysen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

schwindend geringer Frequenz großflächiger Freisetzungen von Radionukliden andererseits wurde damals von der atomkritischen Öffentlichkeit jedoch gar nicht als Benennen und damit als Paradigmenwechsel wahrgenommen, sondern vor allem als Verbergen im „Kleinrechnen" bezeichnet, ohne die (technik-)geschichtlichen Hintergründe oder Berechnungsgrundlagen solcher Studien weiter zu diskutieren; im Gedächtnis blieb die Vorstellung von „hunderttausenden von Soforttoten", die aus einer Zusammenführung der in jener Zeit parallel diskutierten Szenarien Reaktorunfall, Atombombenabwurf und konventionelle militärische Attacke auf Kernkraftwerke resultierte.[60] Die im Zuge gerichtlicher Auseinandersetzungen zunehmend an Profil und Sachkenntnis gewinnenden kerntechnischen Gegen-Experten, welche mit dem Anspruch auftraten, die inneren Widersprüche und Schwachstellen in den Publikationen und Gutachten des „Atomkartells" (zu dem sie auch die Autorengruppe der *Deutschen Risikostudie* zählten) zu benennen, kamen im Ergebnis eigener Nachforschungen zu dem wenig differenzierenden Ergebnis, demzufolge das Forschungsfeld der Reaktorsicherheit lediglich „Unsicherheit auf der ganzen Linie" offenbare.[61]

Aber auch viele kerntechnische Praktiker blieben skeptisch und äußerten Zweifel an den ersten Risikostudien, in welche so heterogene Faktoren wie Systemeigenschaften, Betriebszustände und außerhalb der Anlage liegende Sachverhalte (etwa die Verbreitung von freigesetzten Radionukliden in Atmosphäre, Böden, Nahrungsmitteln und menschlichen Körpern) eingingen. Sie verwiesen zudem auf die Problematik einer Eigendynamik, die die Reaktorsicherheitsforschung – und ein wachsendes Heer von Reaktorsicherheitsforschern – mit immer exotischeren Unfallannahmen beschäftige, statt auf dem Handlungsgebiet der Technik und des Alltagsbetriebs der Anlagen Geld in die Ausbildung von Menschen und die Implementierung konkreter technischer Verbesserungen zu investieren.[62]

60 Hassert / Enderlein (1982); Koelbling / Hoffmann (1982).

61 Büchele (1982). Der Beitrag des promovierten Freiburger Chemikers Büchele, der als Sachbeistand der Kläger im Wyhl-Prozess mitwirkte, ist ein gutes Beispiel für den Typus der Atomkritik, die sich aus dem naturwissenschaftlichen (aber meist nicht verfahrenstechnisch-ingenieurwissenschaftlichen) Spektrum entwickelte und versuchte, auf Grundlage der verfügbaren Fachliteratur zu argumentieren und so das „Atomkartell" (so S. 199-203) mit den eigenen Waffen zu schlagen. Dazu auch: Ärztliche Stellungnahme (1977/1982).

62 Radkau (1986), S. 41-48.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Es lag in der Natur der politischen Öffentlichkeit, dass konkrete und relativ zügig in Maßnahmen umsetzbare Erkenntnisse der Wahrscheinlichkeitsanalysen weniger breit diskutiert wurden als die spektakulären, aber weit seltener anzusetzenden katastrophalen Unfallgeschehen, mit deren Risikokalkulation die Studien Schlagzeilen gemacht hatten. So wurden Erkenntnisse der *Deutschen Risikostudie* über die viel häufiger anzusetzenden „betriebsnahen" Ereignisse (z.B. kleiner Lecks kombiniert mit Fehlhandlungen des Personals) ohne großes öffentliches Aufheben in technische Änderungen umgesetzt.[63] Aber auch schon vor den Sicherheitsstudien basierten die Automatisierungspolitik und die Reaktorschutz-Designs in den deutschen Anlagen bereits auf der Philosophie, das Risiko menschlicher Fehlhandlungen durch einen hohen Automatisierungsgrad und feindifferenzierte Regelungs-, Begrenzungs- und Schutzebenen zu minimieren.[64] Andere Maßnahmen, wie die gefilterte Druckentlastung des Sicherheitsbehälters zur Ausschließung einer Freisetzung radioaktiver Stoffe im Falle einer Kernschmelze, wurden erst nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 umgesetzt, als die Regierung Kohl/Genscher angesichts

63 „Im Kernkraftwerk Biblis B durchgeführte Systemänderungen, die sich aus den Untersuchungen der Phase A der Risikostudie oder aus anderen Gründen ergaben", GRS (1990), S. 138-142.

64 Zum Prinzip: GRS (1990), S. 114, 126-130; zu einzelnen Störfallverläufen ebd. 169-257, 290-296, 430-435. In den von Siemens/KWU errichteten deutschen KKW wurde eine spezifische dreistufige Strukturierung der Leittechnik und des Reaktorschutzes entwickelt („Regelung – Begrenzung – Schutz"), welche sich wesentlich von den Lösungen in anderen Ländern unterscheidet: Unter Regelung werden die automatisierten leittechnischen Funktionen im Normalbetrieb verstanden. Begrenzungen führen bei Störungen die Anlage automatisch wieder in den gestatteten Bereich, um zu verhindern, dass der Reaktorschutz anspricht und die Anlage abfährt. Erst wenn die Begrenzungsebene nicht das gewünschte Resultat erbringt, greift die Schutzebene ein, die stets Priorität vor Begrenzung und Regelung hat. Andere leittechnische Konzepte, so jene in den USA und jene der älteren osteuropäischen Anlagen, kennen die Zwischenebene der Begrenzung nicht, was in wesentlich häufigeren Ereignisverläufen mit Turbinen- und Reaktorschnellabschaltung und entsprechend in höherer Beanspruchung der Strukturmaterialien und geringeren Verfügbarkeiten der Anlagen resultiert – aber auch zur Notwendigkeit von danach folgenden Handeingriffen, welche potenzielle Fehlerquellen in sich bergen. Diese leittechnische Lösung machte die deutschen Anlagen zudem schon früh adaptationsfähig an den heute aufgrund intermittierender Einspeisung Erneuerbarer Energien alltäglichen Lastfolgebetrieb, während eine solche Situation für die Grundlast-Kernkraftwerke in anderen Ländern nach wie vor eine Herausforderung darstellt: Kuhn / Klaus (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

grenzüberschreitender und schwer kalkulierbarer Risiken Handlungsfähigkeit demonstrieren wollte – obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine gesicherten Erkenntnisse über den Unfallverlauf vorlagen.[65]

Kritik an der Abgehobenheit der großen PSA-Studien gab es auch im östlichen Europa – wenn diese überhaupt diskutiert wurden. Nur ein kleiner Kreis von Spezialisten hatte Zugang zur westlichen Reaktorsicherheits-Literatur, die gleichwohl aufmerksam verfolgt wurde. Nähe oder Ferne zu US-Sicherheitskonzepten und technologischen Pfaden war in der Sowjetunion vor Tschernobyl prinzipiell ein Argument in den Konkurrenzkämpfen von Forschungsinstituten und Interessengruppen, in denen unterschiedliche Reaktortypen als „Charaktermasken" (Radkau) fungierten. So galt der in Tschernobyl später verunglückte grafitmoderierte Druckröhren-Siedewasserreaktor RBMK auch wegen seiner Vorläufermodelle als sowjetischer Nationalreaktor, hatte doch diese „Uran-Grafit"-Linie in der militärischen Plutoniumwirtschaft das Vaterland vor der nuklearen US-Hegemonie gerettet und im „ersten Kernkraftwerk der Welt" (*Pervaja AĖS* - Obninsk 1954) auch für zivilen Ruhm gesorgt.

Den Verfechtern der sowjetischen Druckwasserlinie VVĖR im renommierten Kurčatov-Institut hingegen haftete lange Zeit trotz der Fürsprache des legendären Institutspatrons das Image der vaterlandslosen Gesellen an, weil sie eben nicht nur niedrigere Emissionen im Normalbetrieb, später auch Volldruckcontainments als Stand der Technik zugunsten ihrer Option ins Feld führten, sondern die Bedeutung internationalen Wissensaustauschs und einer reichen Literaturlage für die Reaktorsicherheit anführten.[66] Vor den 1990er Jahren wurden jedoch im östlichen Europa keine eigenen großen Sicherheitsstudien zu den beiden Reaktortypen unternommen. Vielmehr dominierte zunächst ein pragmatischer Zugriff auf Wahr-

65 Laufs (2012), S. 651-684, insbes. 677; „Kernkraftwerke – Nachrüsten für den Tag X", Der Spiegel 25.08. 1986. Die Maßnahme stand in keinem engen technischen Zusammenhang mit dem Unfallverlauf von Tschernobyl: hier war erstens ein anderes Anlagenkonzept betroffen (Druckröhren-Siedewasserreaktor ohne Volldruckcontainment), und zweitens handelte es sich in Tschernobyl um einen Reaktivitätsstörfall mit abrupter explosiver Zerstörung des Reaktorkerns, keinen Kernschmelz-Unfall mit langsamem Druckaufbau im Containment, der über eine gefilterte Druckentlastung beherrscht werden kann.

66 Sidorenko (2001-2002), insbes. Bd. 1 – Istorija Atomnoj Energetiki, Bd. 2 – Istorija VVĖR; der Vorwurf ging auf den RBMK-Konstrukteur (und VDI-Mitglied!) Nikolaj Dollежal zurück, der in seinen Memoiren ein eindrucksvolles Dokument russisch-sowjetischen Ingenieurs-Patriotismus vorlegte: Dollежal' (2002).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

scheinlichkeitsberechnungen zur Einschätzung der Komponentensicherheit in Einzelfällen. Erst nach Tschernobyl, mit der allmählichen Angleichung der Sicherheitsstandards in Ost- und Westeuropa, vor allem im Zuge der EU-Osterweiterung, etablierte sich die PSA als regulärer Prozess bei der Erstellung von vorgeschriebenen Sicherheitsberichten für einzelne Kernkraftwerke oder neue Reaktortypen in Osteuropa, sowie als Einzelanalyse, die von den Stäben für kerntechnische Sicherheit in einzelnen Kernkraftwerken verantwortet wurden.[67]

Auch die osteuropäischen Praktiker äußerten, gleich ihren westlichen Kollegen ein Jahrzehnt früher, Kritik an einer Verabsolutierung solcher Ansätze, allerdings unter Respektbezeugung für die *Deutsche Risikostudie*; überhaupt wurde die deutsche Reaktorsicherheitsforschung hoch geschätzt, auch dank sich verdichtender Kontakte im Zuge gutachterlicher und beratender Tätigkeiten deutscher Spezialisten in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.[68] Schließlich wurden die PSA in Vereinheitlichungsprozessen auf EU-Ebene, denen die osteuropäischen Betreiber sich zu unterwerfen hatten, von den KKW-Betreibern auch als politisches Argument in die Waagschale geworfen, etwa zur Abwehr von als überzogen empfundenen Sicherheitsauflagen im Falle der bulgarischen Anlagen sowjetischen Typs.[69] Ob das Fehlen antinuklearer Gegenexpertise, außer- wie innerparlamentarischer Opposition gegen Kernkraftwerke sowie auch starker und unabhängiger Gerichte und Atomaufsichtsbehörden für die verzögerte Karriere der PSA in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten eine Rolle gespielt hat, muss vorerst offen bleiben. Die Bejahung dieser Frage wäre ein weiterer indirekter Beweis für die Doppelfunktion solcher Sicherheitsanalysen, die eben nicht nur Experten eine Auskunft über Sys-

67 Ein Beispiel für die heutige Praxis in Russland Morozov (2012); Gespräch mit dem Ingenieursstab für kerntechnische Sicherheit im KKW Rivne (Ukraine), Dezember 2012, Juli 2013, über die Besonderheiten der PSA-Nutzung vor Ort. Während in westlichen Ländern solche Berechnungen in der Regel außer Haus an kerntechnische Dienstleister, Regierungsinstitute oder Universitäten vergeben wurden und in Russland die seit Sowjetzeiten etablierten Forschungsinstitute dafür verantwortlich waren, übernahmen in der Ukraine zunehmend die Kernkraftwerke selbst solche Aktivitäten, was mit dem Wegfall der in Russland befindlichen Forschungsressourcen begründet wurde.

68 So die Auskunft eines langjährigen leitenden Ingenieurs für Kerntechnische Sicherheit im KKW Rivne (Ukraine) und jetzigen Wissenschaftlichen Mitarbeiters im Moskauer Forschungsinstitut für Kernkraftwerke NII AES, 17. Februar 2017.

69 Wellock (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

temvergleiche und Versagensrisiken geben sollten, sondern auch eine Orientierungs-, sogar Appellfunktion für Fachleute, politische Entscheider und die Öffentlichkeit in sich trugen.

3.3 Neue Zeitregimes an der Mensch-Maschine-Schnittstelle

Die Hineinnahme von befürchteten Zukünften in ein technisches Design der Gegenwart betrifft nicht nur anlagentechnische Sicherheitskonzepte, sondern auch Konzepte des Mikro-Managements auf der Ebene der Mensch-Maschine-Schnittstelle. Dazu gehört das Design automatisierter Reaktorschutz-Logiken, das den Prozessbedienern durch Programmierung möglicher, wenn auch sehr selten zu erwartender Störfallszenarien und der dann erforderlichen Schalthandlungen eine Zeitreserve verschafft, in der das Störfallereignis eingegrenzt und Abhilfemaßnahmen koordiniert werden können.[70] Auf frühen nuklearen Leitständen hingegen konnten komplexe Störungsverläufe nicht antizipiert werden, sondern sie mussten auf der Basis breiten Erfahrungswissens ad hoc bearbeitet werden.

Ähnlich haben sich die Zeitstrukturen im Design von Betriebs- und Störfallhandbüchern historisch verändert. Während die Anleitungen in den frühen Jahren der zivilen Kerntechnik einen Rahmen setzten, in dessen Bandbreite die Operateure ihre Entscheidungen aus Trainings- und Erfahrungswissen zu treffen hatten, wird heute nicht mehr allein auf die Erfahrung der Prozessbediener rekurriert, die ihnen die richtige Entscheidung ermögliche. Vielmehr spiegelt sich im Design heutiger Störfallhandbücher die Absicht, die Unwägbarkeiten der Zukunft in präzisen „wenn-dann"-Logiken zu rationalisieren, welche einzelne (Schalt-)Handlungen immer an vorher beobachtete Parameter oder anderweitig gemessene Komponentenzustände bindet. Gleichzeitig werden in der Aus- und Fortbildung möglichst präzise prognostizierbare Ereignisabläufe systematisch trainiert. Auch die visuelle Kultur der Störfallhandbücher hat sich geändert: Während das Personal sich früher in der ohnehin anstehenden Stresssituation durch eine Bleiwüste maschinengeschriebener Anweisungen kämpfen musste, wird die Entscheidungsfindung heute in die Fließdiagramme und

70 Eine gute Einführung in die Reaktorschutzsysteme deutscher Anlagen gibt GRS (1990), S. 126-130.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Entscheidungsbäume der Erkennungs-, Analyse- und Handlungsebenen umgesetzt.[71]

Im globalen Kontext ist zu beobachten, wie sich solche Verschiebungen auf den Wegen des internationalen Wissens- und Technologietransfers in der Kerntechnik fortpflanzen. So entwickelten sich beispielsweise osteuropäische Sicherheitsregimes, die an der Mensch-Maschine-Schnittstelle ein spezifisch sowjetisches Menschenbild voraussetzten, seit den 1990er Jahren stark unter dem Einfluss US-amerikanischer, aber auch deutscher Modelle weiter. In den sowjetischen und postsowjetischen Anlagen lag aufgrund des weit geringeren Automatisierungsgrades sehr viel Verantwortung auf dem Prozessbediener als *operator*, also als Handhaber, der mit häufigen Handeingriffen und einem weiten Entscheidungsspielraum die Anlage regelte, aber infolge der oben beschriebenen sowjetischen Wissensökonomie häufig auch von wichtigen Wissenstransfers ausgeschlossen war. In (West-)Deutschland hingegen kam es aufgrund hoher Automatisierung und gleichzeitiger Entwicklung weltweit einzigartiger, leittechnisch hochdifferenzierter gestaffelter Lösungen seit 1970 zu einer Verschiebung des Tätigkeitsfeldes vom Prozess-Handhaber zum Prozessanalytiker und –optimierer, was auch eine Transformation der Selbstkonzepte der betroffenen Techniker nach sich zog.[72]

In der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten produzierte die Rolle des handelnden Operators andere Karrieremuster als in den USA und

---

71 Exemplarisch nutze ich als Quellen für diese antizipatorischen Umsetzungsformen in deutschen und ukrainischen KKW Daten aus vor Ort eingesehenen Betriebshandbüchern und Schulungsunterlagen, außerdem eigene Aufzeichnungen aus Teilnehmender Beobachtung und Informationsgesprächen mit Ingenieuren über einen bestimmten (und wegen der komplexen Abläufe gefürchteten) Störfallverlauf in Druckwasserreaktoren: kleines Leck im Primärkreislauf mit Übergang von Kühlmittel in den Sekundärkreislauf infolge eines Bruchs von Dampferzeuger-Heizrohren („DE-Heiro“/ „teč‘ s pervogo vo vtoroj kontur“). Kernkraftwerk Grafenrheinfeld, Betriebshandbuch, Bd. 11, Teil 3, Kapitel 2.1, 2.2 „DE-Heizrohrbruch mit / ohne Ansprechen der FD-Aktivitäts-Grenzwerte“ sowie die Vorläufer des heute gültigen BHB bis zurück in die 1980er Jahre; Schichtleitungs-Ingenieur über Reaktorschutzlogik für diesen Störfallverlauf, KKW Grafenrheinfeld 19.01.2016, in: eigene Aufzeichnungen, Laborbuch Atomograd V, S. 23; KSG/GfS Simulatorzentrum, „Schulungsunterlage Heizrohrleck für das Kernkraftwerk Grohnde“, Archiv-Nr. 1593, Essen 2010; Auswertung Teilnehmende Beobachtung und BHB-Einsichtnahme bei Simulatortraining zweier Schichtmannschaften, KKW Rivne, UTC PMT VVER-440/213 [Rivne-1 und -2], September 2013.

72 Zur Automatisierungsdiskussion in der Bundesrepublik: Hessler (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Deutschland. In Osteuropa werden aufgrund dieser unterschiedlichen Tradition als Reaktorfahrer in Kernkraftwerken bis heute diplomierte Ingenieure eingesetzt, obwohl die technologischen Bedingungen sich aufgrund eines Automatisierungs- und Digitalisierungsschubs in den letzten zwei Jahrzehnten der Situation in den westlichen Anlagen weitgehend angenähert haben. Im oft für die Relevanz von Mensch-Maschine-Beziehungen zitierten Falle Tschernobyls hingegen spielte der menschliche Faktor, anders als unmittelbar nach dem Unfall zwecks Schadensbegrenzung für höhere Systemebenen offiziell verlautbart, für den Unfallverlauf eine weit geringere Rolle als die Neutronenökonomie des verunglückten RBMK, die spezifische Auslegung des Abschaltsystems und der Zustand der Anlage zu Beginn des Unfallgeschehens. Allerdings hatten menschliche Fehlhandlungen in einer Grauzone zwischen gerade-noch-Erlaubtem und pragmatisch-gewohnheitsrechtlich Praktiziertem, die mit den oben geschilderten Entscheidungsroutinen in den Kontrollräumen sowjetischer KKW zusammenhingen, im Vorfeld zu diesem Anlagenzustand beigetragen.[73]

Der Unfall von Tschernobyl wurde mehr als jener von TMI-2, obwohl im letzteren Fall menschliches Versagen einen weit größeren Anteil am Unfallgeschehen hatte, weltweit zum Anlass einer prinzipiellen Auseinandersetzung mit dem „menschlichen Faktor“ in einem soziotechnischem Verflechtungsgeschehen zwischen Maschinen, Menschen und ihren sozialen Beziehungen untereinander. Diese Auseinandersetzung mündete schließlich in Überlegungen über den organisatorischen Zuschnitt zukünftiger, gleichsam von der sozialen und kommunikativen Seite her inhärent sicherer Atomanlagen, und somit auch in eine neuartigen Zukunftskommunikation der Reaktorsicherheit, in der nun der *human factor* eine weit bedeutendere Rolle spielte als in der früheren Fixierung auf technische

73 Bericht der Untersuchungskommission der sowjetischen Atomaufsicht über den Unfall von Tschernobyl, O pričinax i obstojatel’stvax (1991). Zur Interpretation der sowjetischen Situation zwischen Entscheidungsspielräumen und Gängelung , zwischen schriftlich niedergelegter Anweisung und praktizierten Routinen vgl. Schmid (2015), S. 90-92, die auf der Grundlage von Quellen aus höheren Hierarchiestufen (Forschungsinstitute, Leitungsebene der Atombürokratie) zu dem Schluss kommt, dass die sowjetischen Operateure in einem engen Anweisungskorsett gesteckt hätten, häufig ohne dessen Sinn wirklich zu erfassen oder bei Änderungen über deren Sinn informiert zu werden. Dies deckt sich nur teilweise mit meinen Befunden aus der Befragung von Praktikern in den postsowjetischen KKW.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Versagenswahrscheinlichkeiten und deren Ausschließung durch *engineered safeguards*.

Sicher ist heute, dass in Tschernobyl ein damals herrschender Konformitätsdruck und eine militärische Befehlskultur zusammen mit einem in der Sowjetunion verbreiteten *can-do*-Ingenieurs-Optimismus einen Ermöglichungsraum für den Unfall schuf: Diese Zustände hinderten die Belegschaften, Fehler offen zu diskutieren, Anweisungen von Vorgesetzten kritisch zu prüfen und Wissen über Fehler-Erfahrungen geregelt und über Hierarchiegrenzen hinweg weiterzugeben. Erst später wurden solche Gegebenheiten als wichtige Marker für den Zustand einer kerntechnischen „Sicherheitskultur" identifiziert und von der IAEA und anderen Organisationen in Leitfäden und Empfehlungen überführt.[74] In der Fachliteratur wird diese Neufokussierung ebenfalls durch einen Paradigmenwechsel begleitet: Standen vorher die Versagenswahrscheinlichkeiten in hochkomplexen, eng gekoppelten technischen Systemen im Vordergrund, wie sie der Organisationssoziologe Charles Perrow unter dem Eindruck von TMI-2 als „normal accidents" bezeichnete,[75] so sind seit Mitte der 1990er Jahre eher die *high realiability organizations*[76] und ihre Merkmale in der Diskussion, mit einem wesentlichen Gewicht auf den sozialen Merkmalen hochzuverlässiger Organisationen und ihrer Führungsgruppen. Das Argument der *high realiability studies* (HRS) ist, in Distanzierung von Perrow, dass schwere Unfälle und Versagensfälle angesichts der Dichte und ubiquitären Präsenz komplexer Hochrisiko-Systeme (neben Kernkraftwerken und anderen Nuklearanlagen zählen dazu unter anderem Chemiefabriken, militärische Systeme, die Luftfahrt und die Intensivmedizin) doch relativ selten seien und dass dies einer Erklärung bedürfe; diese Erklärung finden die HRS in spezifischen Kommunikations- und Führungsstrukturen mit klaren Hierarchien und Kommunikationslinien im Normalbetrieb, aber hochautonomen, gut informierten und hierarchiearmen Entscheidungsprozessen im Notfall. Gleichwohl machte der Fall Fukushima allen Beobachtern klar, dass trotz aller Empfehlungen und Richtlinien internationaler Organisationen und trotz der Erträge einer die optimalen Anlagen der Zukunft modellierenden Sicherheitsforschung in der Unternehmenskultur der

74 Dazu umfassend Schmid (2015), Hindmarsh (2013), Wendland (2014), IAEA (1991).

75 Perrow (1984 / 1999).

76 Jacobi (2015); Roberts (1990, 1993); Costella u. a.(2009); Weick / Sutcliffe (2001), Lekka (2011), Leveson u. a. (2009); Perin (2005).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

TEPCO von solchen Entwicklungen nichts angekommen war; hier herrschten auch 2011 noch quasi-sowjetische Verhältnisse und Befehlsstrukturen. Wie sich herausstellte, war gerade der soziotechnische Aspekt der Erfahrung von Tschernobyl in Japan nie umgesetzt worden.[77] So gesehen war die TEPCO keine *high reliability organization.*

4. Fazit

Fassen wir unsere Befunde zusammen, so kann festgestellt werden: Parallel zu den eingangs beschriebenen komplexen Zukunftsvorstellungen und Zeitstrukturen in der öffentlichen Diskussion *über* die Kerntechnik gab es auch spezifische Zukunftsverhandlungen und -erwartungen, die *innerhalb* der Kerntechnik zum Tragen kamen. Wurden Sicherheitskonzepte in der Anfangszeit der Kernkraftwerkstechnik reaktiv entwickelt und kommuniziert – unter Berufung auf Erfahrungswissen (inklusive Unfallerfahrungen) und experimentell hergestelltes Wissen (z.B. Notkühlversuche) sowie den sogenannten „Stand der Technik", wurden sie seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend zukunftsgerichtet kommuniziert: Der Stand der Technik reichte nun nicht mehr, bzw. Stand der Technik wurde ein Zustand, der die Beherrschung des zukünftig Denkbaren, nicht nur des durch Erfahrung als möglich Identifizierten, einschloss. Für die Genehmigung eines Kernkraftwerks in der EU muss heute der Nachweis geführt werden, dass es Unfallverläufe als sicher beherrscht, welche früher als Kleinstwahrscheinlichkeit in den Raum einer scheinbar weit entfernt liegenden Zukunft projiziert worden waren. Diese neue Form der Zukunftskommunikation von Reaktorsicherheit war immer auch politisch, denn sie reagierte auf politischen Druck von außen, und sollte die Atomindustrie durch Akzeptanzgewinn politisch absichern.

Wahrscheinlichkeitsberechnungen als spezifische Form der Zukunftskontrolle waren im Feld der politischen Kommunikation immer hoch ambivalent: Die Aussage „*einmal* in einer Million Reaktorbetriebsjahren", welche einen möglichen Unfalleintritt am Tage der Aussage einschließt, suggerierte für Nichtfachleute, die diese Information aus ihrer alltagssprachlichen Urteilskraft heraus aufnahmen, ein elliptisches „*erst* in einer

77 Vgl. Auswertung der Fukushima-Erfahrungen in Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (2011a, 2011b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Million Jahren“ – was nach dem tatsächlichen Eintreten schwerer Unfälle den Urhebern solcher Berechnungen, die sie ursprünglich für technikimmanente Zwecke angestellt hatten, als Versuch der Risikovertuschung ausgelegt wurde.

Auf der anderen Seite wurden die realen Unfall-Erfahrungen in den Stand der Technik eingeschrieben: Die Kernschmelze von TMI-2, der Reaktivitätsstörfall von Tschernobyl und der *station blackout* von Fukushima machten aus einer vagen Zukunftserwartung von Atomgegnern wie Atomingenieuren schließlich Tatsachen, welche in die Standardbildung eingingen. Sie resultierten nicht nur in anlagentechnischen Transformationen, sondern wurden in *severe accident instructions* und Maßnahmen der *mitigation* gegossen.

Neben der Zukunftserwartung als Impulsgeber für die Entwicklung von Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke lief immer auch das vergangenheits- und erfahrungsgestützte Wissensregime weiter. Die deterministische Analyse und die Auswertung von Betriebserfahrungen sind nach wie vor von erheblicher, wenn nicht dominierender Bedeutung im operativen Geschäft: Sie dominieren sämtliche heute gebräuchlichen Instrumentarien des Erfahrungsaustausches und der Kommunikation im geschützten Raum, wie z.B. die peer reviews von IAEA und WANO (World organization of nuclear operators) sowie Weiterleitungsmeldungen oder Datenbanken meldepflichtiger Ereignisse, die erst infolge der großen Nuklearunfälle implementiert wurden. Wir haben es also insgesamt auf dem Feld der Reaktorsicherheit mit komplexen Oszillationen zwischen Zukunftserwartung und Erfahrung zu tun – wobei die Erwartungen durch den öffentlichen Druck, der auf den Herstellern und Betreibern von Kernkraftwerken lastet, in die Gegenwart eingeschrieben werden.

Angesichts solcher umfangreicher Transformations- und Lernprozesse könnte man fragen, warum die Kernenergiewirtschaft im Falle Deutschlands trotz einer weltweit einzigartigen Produktionsbilanz und einer im Vergleich zu anderen *large technological systems* erstaunlich geringen Fehleranfälligkeit eigentlich nie wieder jene Akzeptanz erreicht hat, welche sie in ihrer Frühzeit genoss und in anderen Ländern bis heute genießt. Hierzulande blieb die Weiterentwicklung der Kerntechnik ohne großen Einfluss auf die nationalen Kernenergie-Diskurse, auf die sie theoretisch ja hätte einwirken können. Dabei geschah die kerntechnische Weiterentwicklung sowohl in Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Industrie als auch mit den Erwartungen der Gesellschaft und setzte sie in techni-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sche Vorkehrungen um, wodurch die Anlagen sicherer wurden, allerdings auch wesentlich teurer und folglich an anderer Stelle angreifbar.

Die technischen Diskurse blieben jedoch letztlich hermetisch und wiesen ihre Eigendynamiken auf: als sich die Diskurshoheit unter dem Eindruck ausländischer Schadensfälle langsam in das Lager der Atomgegner verschob, wiegte sich die Industrie immer noch in der Gewissheit, sich um die vermeintlich technikfernen Atomgegner nicht weiter kümmern zu müssen, weil man sich nicht vorstellen konnte, von der Politik je im Stich gelassen zu werden. Daher investierte man seit den 1990er Jahren, anders als in der Frühzeit, nicht mehr viel in die öffentliche Kommunikation der Kerntechnik oder in einen kritisch-wägenden Diskurs, wie ihn noch die Zeit der Enquete-Kommission um 1980 gekennzeichnet hatte.[78] Derweil stand das apokalyptische Zukunftsbild der Anti-Atom-Bewegung zwischen KKW-Zeitbomben, Atomstaat und strahlenden Endlager-Ewigkeiten in einem sonderbaren Gegensatz zur unspektakulären Alltäglichkeit der Atomindustrie in vielen Gegenden Deutschlands, wo sie allmählich zum Teil lokaler Lebenswelten wurde – genauso wie im östlichen Europa, in dem auch nach dem Ende der sozialistischen Diktaturen eine schlagkräftige antinukleare Bewegung, gar eine Eroberung von Institutionen durch deren Vertreter, nie richtig in Schwung kam. Die kerntechnischen Experten wurden hier zwar kritisiert und ihres Nimbus als prometheische Techniker beraubt, aber nie entthront.

Heute ist in Deutschland die ehemalige Protestkultur gesellschaftliche Norm und Teil des politisch-intellektuellen Establishments, während das pro-kernenergetische Lager in seiner Heterogenität an die Frühzeit des antinuklearen Protests erinnert. Es gibt heute keine schlagkräftige Atomlobby mehr, sondern ein buntes Konglomerat aus emeritierten Physik- und Wirtschaftsprofessoren, Ingenieuren im Ruhestand, Anti-Mainstream-Kolumnisten auf *Tichys Einblick* und *Achse des Guten*, rechtsdrehenden Wutbürgern, ökomodernistischen Querdenkern und einer schwindenden kerntechnischen Facharbeiterklasse in der Provinz. Was Norm ist und was Herausforderung, das illustrieren zum einen die heutigen Verwerflichkeitspräambeln, die vor fast jedes öffentliche Sprechen von Politikern oder Journalisten über die Kernenergie gesetzt werden; zum anderen aber die ritualhafte Heraufbeschwörung von Atomlobby-Interessen in Reaktion auf jede Kritik der Energiewende – zu Zeiten, in denen die einst stolzen Ener-

78 Schüring (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

giekonzerne ihre noch laufenden Kernkraftwerke in *bad bank*-artige Firmenkonstrukte auslagern.

Die Ankunft der ehemals oppositionellen und häufig exzentrisch-apokalyptischen Atomkritik in der Norm(alität) veranschaulicht schließlich sehr schön die Karriere der Begriffe GAU und Super-GAU. Der „größte anzunehmende Unfall" war ursprünglich aus der Begrifflichkeit des „größten *glaubhaften*" Unfalls *(maximum credible accident)* der amerikanischen Reaktorsicherheitsforschung entlehnt worden und bezeichnet einen nach bestimmten Kriterien definierten, von der Anlage zu beherrschenden Auslegungs-Unfall, bei dem die Belastung durch freigesetzte Radionuklide für die Allgemeinheit innerhalb der gesetzlichen Grenzwerte bleibt. Schon seit Ende der 1960er Jahre nahm die Fachdiskussion die aufkommende Kritik an dem Begriff der „Glaubhaftigkeit" auf und sprach fortan von Auslegungsunfällen sowie auslegungsüberschreitenden Unfällen (*[beyond] design accident*). Letztere, allgemein als „Super-GAU" bekannt, wurden in der Sicherheitsforschung, wie oben gezeigt wurde, untersucht, aber wegen ihrer extremen Seltenheit letztlich im Bereich des „Restrisikos" angesiedelt. Gleichwohl vollzog die atomkritische Öffentlichkeit diese Diskussionen nicht mit, vielmehr wurde den Experten ein „Verschweigen" der potenziellen Gefahren jenseits der Auslegung vorgeworfen; Tschernobyl und später Fukushima schienen diese Kritik zu bestätigen.[79] Der GAU indes wanderte, den Super-GAU gleich mitreißend, gemeinsam mit der „Kernschmelze" (z.B. des Bankensystems, des Euro etc.) als Synonym größter denkbarer Unannehmlichkeiten und als ultimative Katastrophe gleich welchen Systems in die deutsche Alltagssprache ein.

Diesen wirkmächtigen diskursiv-sprachlichen Realitäten konnte die Tatsache nichts anhaben, dass heute in modernen Leistungsreaktoren die Kernschmelze kein Super-GAU mehr ist, sondern Auslegungskriterium. Die kleine (fach-)sprachgeschichtliche Episode illustriert, warum atomkritische Öffentlichkeit und kerntechnische Experten so häufig aneinander

79 Laufs (2012), S. 258-269. Auch Mitglieder des Wissenschafts-Establishments, so der damalige DFG-Präsident Heinz Maier-Leibnitz, äußerten ihr Unbehagen, vgl. Kafka / Maier-Leibnitz (1982). Tschernobyl und Fukushima sind aus Sicht von Nuklearingenieuren Beispiele für schwere Auslegungsfehler, die von der Sicherheitsforschung nicht einbezogen werden konnten, da diese stets von einer korrekten Auslegung der Anlagen ausgehe, z.B. im Fall Fukushimas einer Auslegung gemäß der historisch erwartbaren Tsunami-Höhen am Standort, was sich hätte auf die Positionierung von Notstromanlagen über Grund auswirken müssen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

vorbei redeten: Sie kommunizierten nicht über die Reaktorsicherheit als ein gemeinsames Referenzobjekt, sondern schufen sich im Prozess ihrer politischen Kommunikation eine je eigene Reaktorsicherheit, die für die einen in der beständigen Optimierung der Kerntechnik und der sie umkleidenden Sozialbeziehungen lag, und für die anderen in der Abschaffung des Kernreaktors. Dieser wurde von den einen als Ermöglichungs-, von den anderen als Vernichtungsmaschine wahrgenommen, was jedes Zusammenkommen verhinderte. In der Reaktorsicherheit als Zukunftskommunikation standen also stets zwei Zukünfte neben- und gegeneinander. Es wird abzuwarten sein, ob diese Wahrnehmungsformen angesichts der zu erwartenden radikalen Transformation unserer Industriegesellschaft und unseres Umgangs mit Energie noch einmal in Bewegung geraten.

Literaturverzeichnis

Ärztliche Stellungnahme zum KKW Fessenheim, unterzeichnet von 264 Ärzten aus der Region Freiburg (1977 / 1982), Badische Zeitung, 27. August 1977, Abdruck in Wyhl. Der Widerstand geht weiter, S. 123.

Altner, Günter / Schmitz-Feuerhake, Inge (1979), Die Gefahren der Plutoniumwirtschaft : der "Schnelle Brüter", die nächste Auseinandersetzung in der Energiediskussion. Ein Memorandum kritischer Wissenschaftler und Publizisten; ein Alternativ-Bericht d. Öko-Instituts Freiburg/Br., Frankfurt.

Beck, Ulrich (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin.

Bröckling, Ulrich (2008), Vorbeugen ist besser… Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth. A Journal on Civilization 1, S. 38-48.

Büchele, Christoph (1982), Reaktorsicherheit – Unsicherheit auf der ganzen Linie, in: Ders. u. a. (Hg.), Wyhl, S. 198-231, 275.

Büchele, Christoph / Schneider, Irmgard / Nössler, Bernd (Hg.) (1982), Wyhl. Der Widerstand geht weiter. Der Bürgerprotest gegen das Kernkraftwerk von 1976 bis zum Mannheimer Prozeß, Freiburg.

Bundesministerium für Forschung und Technologie / Gesellschaft für Reaktorsicherheit (1979), Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke (Phase A), Köln.

Bundesministerium für Forschung und Technologie / Gesellschaft für Reaktorsicherheit (1990), Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke (Phase B), Köln.

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (2016): Quartalsbericht zu Netz- und Systemsicherheitsmaßnahmen. 1. Quartal 2016, Bonn.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Committee to Assess Health Risks from Exposure to Low Levels of Ionizing Radiation / Board on Radiation Effects Research / Division on Earth and Life Studies / National Research Council (2006), Health Risks from Exposure to Low Levels of Ionizing Radiation: BEIR [Biological Effects of Ionizing Radiation] VII Phase 2 (2006), Washington.

Conze, Eckart (2014), Geschichte als Argument. Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg und Holocaust in der Auseinandersetzung über die nukleare Rüstung um 1980, in: Michaela Bachmann-Rehm u. a. (Hg.), Teilungen überwinden. Europäische und internationale Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. Für Wilfried Loth, München, S. 33-47.

Conze, Eckart (2017), Missile Bases as Concentration Camps. The Role of National Socialism, the Second World War, and the Holocaust in the West German Discourse on Nuclear Armament, in: Ders. u. a. (Hg.), Nuclear Threats, Nuclear Fear, and the Cold War of the 1980ies, New York, S. 79-97.

Costella, Marcelo u. a. (2009), A method for assessing health and safety management systems from the resilience engineering perspective, in: Safety Science 47, S. 1056-1067.

Danos, Ninel (1988), Energiekrise und Wirtschaftsbeziehungen im RGW, Frankfurt/M. u. a.

Dolležal', Nikolai (2002), U istokov rukotvornogo mira. Zapiski konstruktora [An den Ursprüngen der von Händen gemachten Welt. Aufzeichnungen eines Konstrukteurs], Moskau 2002.

Eith, Ulrich (2014), Von Wyhl bis Karlsruhe: Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Gassert u. a., Filbinger, S. 113-135.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (2011a), Analyse Fukushima – 3 Vertiefende Analyse des Unfalls in Fukushima am 11. März 2011 unter besonderer Berücksichtigung der menschlichen und organisatorischen Faktoren, Brugg.

Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (2011b), Lessons Fukushima 11-03-2011. Lessons Learned und Prüfpunkte aus den kerntechnischen Unfällen in Fukushima, Brugg.

Fournier, Pierre (2012), Travailler dans le nucléaire: enquête au coeur d'un site à risques, Paris.

Fücks, Ralf (2013), Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München.

Gassert, Philipp / Weber, Reinhold (Hg.) (2014), Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart.

Gestwa, Klaus (2003), Ökologischer Notstand und sozialer Protest: Ein umwelthistorischer Blick auf die Reformunfähigkeit und den Zerfall der Sowjetunion, in: Archiv für Sozialgeschichte 43, S. 349-383.

Hassert, Werner / Enderlein, Uschi (1982), Zivilschutz: Einübung in die Katastrophe. Von zwei Ärzten dieser Region, Werner Hassert und Uschi Enderlein, in: Büchele u. a., Wyhl, S. 118-122.

Henne, Steffen (2016), Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit. Zur Formierung der temporalen Ordnung unserer Gegenwart in den 1980er Jahren, in: Ariane Leendertz / Wencke Meteling (Hg.), Die neue

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren, Frankfurt 2016, S. 155-188.

Hessler, Martina (2015), Die Ersetzung des Menschen? Die Debatte um das Mensch-Maschinen-Verhältnis im Automatisierungsdiskurs, in: Technikgeschichte 82/2, 109-136.

Hindmarsh, Richard (Hg.) (2013), Nuclear disaster at Fukushima Daiichi. Social, Political and Environmental Issues, New York.

Huke, Armin u. a. (2015), The Dual Fluid Reactor – A novel concept for a fast nuclear reactor of high efficiency, in: Annals of Nuclear Energy 80, S. 225-235.

International Atomic Energy Agency (Hg.) (2008), Nuclear Security Culture. Implementing Guide. (= IAEA Nuclear Security Series No. 7), Vienna.

International Atomic Energy Agency (Hg.) (1991), Safety Culture – A report by the international Nuclear Safety Advisory Group (= IAEA Safety Series No. 75- INSAG-4), Vienna.

Jacobi, Stefan (2015), Unternehmensführung in Extremsituationen. High Reliability Organizations und Normal Accident Theorie nach Perrow. Darstellung und Würdigung, München.

Josephson, Paul (1999), Red Atom: Russia's Nuclear Power Program from Stalin to Today, New York.

Jungk, Robert (1977), Der Atom-Staat: Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München.

Kafka, Peter / Maier-Leibnitz, Heinz (1982), Streitbriefe über die Kernenergie, München.

Kernkraftwerke – Nachrüsten für den Tag X (1986), in: Der Spiegel 25.08.1986.

Koelbling, Dora / Hoffmann, Ruth (1982), Gedanken Betroffener unmittelbar gegenüber von Fessenheim, in: Büchele u. a., Wyhl, S. 115.

Krieger, Hanno (^{2}2007) Grundlagen der Strahlungsphysik und des Strahlenschutzes, Stuttgart.

Kuhn, Andreas / Klaus, Peter (2016), Improving automated load flexibility of nuclear power plants with ALFC [Advanced Load Following Control], in: VGB Power Tech 5, S. 48-52.

Laufs, Paul (2012), Reaktorsicherheit für Leistungskernkraftwerke. Die Entwicklung im politischen und technischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland, Berlin.

Lekka, Chrysanthi (2011), High reliability organisations. A review of the literature, Health and Safety Executive, Harpur Hill.

Leveson, Nancy u. a. (2009), Moving beyond normal accidents and high reliability organizations : a systems approach to safety in complex systems, in: Organization studies 30, S. 227-249.

Lewis, Martin (1998), Green Dilusions: an environmentalist critique of radical environmentalism, Durham.

Liewers, Peter u. a. (2000), Zur Geschichte der Kernenergie in der DDR, Berlin.

Lommatzsch, Erik (2014), Filbinger: Ein Mann in seiner Zeit, in: Gassert u. a., Filbinger, S. 47-70.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Luhmann, Niklas (1990), Risiko und Gefahr. In: Soziologische Aufklärung 5, Opladen, S. 131-169.

Mende, Silke / Metzger, Brigit (2012), Ökopax. Die Umweltbewegung als Erfahrungsraum der Friedensbewegung, in: Christoph Becker-Schaum u. a. (Hg.), „Entrüstet Euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a., S. 118-134.

Morris, Craig / Jungjohann, Arne (2016), Energy Democracy: Germany's Energiewende to Renewables, Cham.

Morozov, Vladimir (2012), Proektom predusmotreno. Rezul'taty verojatnostnogo analiza bezopasnosti proekta [Im Projekt vorgesehen. Resultate der probabilistischen Sicherheitsanalyse des Projekts], in: Rosenergoatom Nr. 12 (2012), S. 18-20, http://www.rosenergoatom.info/images/PDF/2012/web_REA_12.pdf

Müller, Wolfgang D. (2001), Geschichte der Kernenergie in der DDR. Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus, Stuttgart.

Nakajima, Ken (Hg.) (2015), Nuclear Back-end and Transmutation Technology for Waste Disposal: Beyond the Fukushima Accident, Tokyo.

Nelson, Craig (2014), The age of radiance: the epic rise and dramatic fall of the atomic era, New York.

Nordhaus, Ted / Shellenberger, Michael (2009), Break through: why we can't leave saving the planet to environmentalists, Boston.

Obertreis, Julia (2012), Von der Naturbeherrschung zum Ökozid? Aktuelle Fragen einer Umweltzeitgeschichte Ost- und Ostmitteleuropas, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9, S. 115-122, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Obertreis-1-2012

O pričinax i obstojatel'stvax avarii na 4 bloke Černobyl'skoj AĖS 26 aprelja 1986. Doklad Kommissii Gospromatomnadzora SSSR [Über die Ursachen und Umstände der Havarie im 4. Block des AKW Tschernobyl am 26. April 1986. Bericht der Kommission der Staatlichen Atomindustrieaufsicht der UdSSR], Moskva 1991, in: Viktor Sidorenko (Hg.), Istorija Atomnoj Ėnergetiki v SSSR i Rossii, Bd. 4, Moskva 2002, S. 332-409.

Perin, Constance (2005), Shouldering risks: the culture of control in the nuclear power industry, Princeton.

Perrow, Charles (1984/1999), Normal accidents. Living with high-risk technologies; with a new afterword and a postscript on the Y2K problem, Princeton.

Radkau, Joachim (1986), Angstabwehr – auch eine Geschichte der Kerntechnik, in: Kursbuch 85, GAU. Havarie der Expertenkultur, S. 27-55.

Radkau, Joachim (1987), Die Kernkraftkontroverse im Spiegel der Literatur. Phasen und Dimensionen einer neuen Aufklärung, in: Armin Hermann / Rolf Schumacher (Hg.), Das Ende des Atomzeitalters? Eine sachlich-kritische Dokumentation, München, S. 307-331.

Radkau, Joachim (2011), Die Ära der Ökologie – Eine Weltgeschichte, München, S. 299-313.

Radkau, Joachim / Hahn, Lothar (2013), Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft, München.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Reisinger, William M. (1992), Energy and the Soviet bloc: Alliance politics after Stalin, Ithaca.

Requate, Jörg / Schulze Wessel, Martin (2002), Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz, in: Dies. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt, S. 11-42.

Roberts, Karlene (1990), Some characteristics of one type of high reliability organization, in: Organization Science 1/2, S. 160-176.

Roberts, Karlene (1993), Cultural characteristics of reliability enhancing organizations, in: Journal of Managerial Issues, 5/2, S. 165-181.

Rosner, Robert / Hearn, Alex (2017), What role could nuclear power play in limiting climate change?, in: Bulletin of the Atomic Scientists 73/1, S. 2-6, DOI: 10.1080/00963402.2016.1264203

Rossnagel, Alexander (1983), Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit, München.

Rossnagel, Alexander (1984a), Radioaktiver Zerfall der Grundrechte? Zur Verfassungsverträglichkeit der Kernenergie. Mit Kommentaren von P. Saladin u. P. C. Mayer-Tasch, München.

Rossnagel, Alexander (1984b), Recht und Technik im Spannungsfeld der Kerne, Opladen.

Rossnagel, Alexander (1987), Die unfriedliche Nutzung der Kernenergie: Gefahren der Plutoniumwirtschaft, Hamburg.

Sacks, Bill u. a. (2016), Epidemiology Without Biology: False Paradigms, Unfounded Assumptions, and Specious Statistics in Radiation Science (with Commentaries by Inge Schmitz-Feuerhake and Christopher Busby and a Reply by the Authors), in: Biological Theory, 16 June 2016.

Schelb, Udo (Hg.) (1987), Reaktoren und Raketen: Bonn auf dem Weg von der zivilen zur militärischen Atomenergie?, Köln.

Schmid, Sonja D. (2013), Nuclear Emergency response: Atomic priests or an International SWAT team?, in: Richard Hindmarsh (Hg.), Nuclear disaster at Fukushima Daiichi. Social, Political and Environmental Issues, New York, S. 194-213.

Schmid, Sonja D. (2015), The Production of Power. The Pre-Chernobyl history of the Soviet Nuclear Industry, Cambridge, MA.

Schüring, Michael (2013), Advertising the Nuclear Venture: The Rhetorical and Visual Public Relation Strategies of the German Nuclear Industry in the 1970ies and 80ies, in: History and Technology, 29/4, S. 369-398.

Shellenberger, Michael (2004), The death of environmentalism: global warming politics in a post-environmental world, The Breakthrough Institute, o. O.

Sidorenko, Viktor A. (Hg.) (2001-2002), Istorija Atomnoj Energetiki Sovetskogo Sojuza i Rossii [Geschichte der Atomenergie in der Sowjetunion und Russland], Moskau, Bd. 1-5.

Squassoni, Sharon (2017), The incredible shrinking nuclear offset to climate change, in: Bulletin of the Atomic Scientists 73/1, S. 17-26, DOI: 10.1080/00963402.2016.1264208

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Traube, Klaus (1984), Plutonium-Wirtschaft? Das Finanzdebakel von Brutreaktor und Wiederaufbereitung, Reinbek.

UN Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (2016), Developments since the 2013 UNSCEAR report on the levels and effects of radiation exposure due to the nuclear accident following the Great East-Japan earthquake and tsunami. A 2016 white paper to guide the Scientific Committee's future programme of work, New York.

Weick, Karl / Sutcliffe, Kathleen (2001), Managing the Unexpected, San Francisco.

Wellerstein, Alex (2010), Knowledge and the bomb: Nuclear secrecy in the United States, 1939-2008, Ph.D.Diss., American Institute of Physics, College Park.

Wellock, Thomas R. (2013), The children of Chernobyl. Engineers and the campaign for safety in Soviet-designed reactors in Central and Eastern Europe, in: History and technology 29/1, S. 3-32.

Wendland, Anna Veronika (2013), Atomwirtschaft und Reaktorsicherheit in der Bundesrepublik. Sammelrezension zu Laufs (2012) und Radkau / Hahn (2013), in: H-Soz-Kult, 03.11.2014, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-22268>.

Wendland, Anna Veronika (2014), Wissensformen der Kerntechnik im transnationalen Vergleich, in: Ferrum 86, S. 57-65.

Wendland, Anna Veronika (2015), Inventing the Atomograd. Nuclear Urbanism as a Way of Life in Eastern Europe, 1970-2011, in: Thomas Bohn u. a. (Hg.), The Impact of Disaster: Social and Cultural Approaches to Fukushima and Chernobyl, Berlin, S. 261-287.

Wendland, Anna Veronika (2016a), Nicht ohne mein Kernkraftwerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 2016.

Wendland, Anna Veronika (2016b), Tschernobyl: (K)eine Visuelle Geschichte. Nukleare Bilderwelten in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, in: Melanie Arndt (Hg.), Berlin, S. 182-210.

Wendland, Anna Veronika (2017), „Wissenschaft fordert Opfer". Kerntechnik und Lange Hochmoderne in der Sowjetunion, in: Uwe Fraunholz (Hg.), Riskante Technologien, Bielefeld (i.E.).

Wertmüller, Justus (2011), Die Überlebenden von Grafenrheinfeld. Von Dresden nach Fukushima: Die deutsche Lust am Untergang, in: Bahamas 62, S. 6-11. http://www.redaktion-bahamas.org/auswahl/web62-1.html

WHO (2005), Chernobyl: the true scale of the accident. 20 Years Later a UN Report Provides Definitive Answers and Ways to Repair Lives, http://www.who.int/mediacentre/news/releases/2005/pr38/en/index1.html.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nicht publizierte Quellen, online publizierte Archivalien, online-Presse

Bauchmüller, M. (2016), Der gefährliche Trick mit der Notkühlung von Atomkraftwerken, Süddeutsche Zeitung, 23. November 2016,
URL: http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/kernkraft-der-gefaehrliche-trick-mit-der-notfall-kuehlung-in-atomkraftwerken-1.3262591.

Breitwieser, Wilhelm (o.D. ca. 1980), Die Revolution im Iran, erlebt auf der Baustelle des Kernkraftwerks Bushehr 1 und 2, maschinenschriftliches Manuskript, Erlangen.

Deutscher Bundestag, 8. Wahlperiode, Drucksache 8/4341, 27. Juni 1980, Bericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik", S. 3 u. 24-25.

Döschner, Jürgen (2016) Belgische AKW Doel und Tihange: Zu marode für kühles Kühlwasser, tagesschau.de, 01. Februar 2016, URL: http://www.tagesschau.de/ausland/belgien-akw-105.html

Gesellschaft für Reaktorsicherheit (o.J.) PSA: Risikoanalysen in der Kerntechnik, Köln. URL: http://www.grs.de/content/risikoanalysen_psa

Hoeld, A. (2016), Überlegungen zu Fragen der Endlagerung radioaktiver Substanzen, Europäisches Institut für Klima und Energie, München (Manuskript v. Verfasser zur Verfügung gestellt)

International Atomic Energy Agency (2011), Status report 107, VVER-1200 (V392M), S. 13, Table 4, https://aris.iaea.org/sites/..%5CPDF%5CVVER-1200(V-392M).pdf.

Insurers can help improve the image of nuclear, in: World Nuclear News, 16 September 2014, http://www.world-nuclear-news.org/RS-Insurers-can-help-improve-the-image-of-nuclear-1609201401.html

Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann u. a. und der Fraktion DIE LINKE: Werk- und Leiharbeit in Atomkraftwerken in Deutschland, Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/5738, 05. 05. 2011.

Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß § 3 Standortauswahlgesetz, Abschlussbericht der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, K-Drs. 268, Berlin 2016, 86-105, insbes. 2.2.3 „Gesellschaftliche Konflikte", S. 93-98, 2.2.5 „Handlungszwang Zwischenlager", 100-102.

„Netzbetreiber warnen vor Totalausfall", WDR Westpol, 13.02.2017, http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/westpol-netzausbau-100.html.

Presseerklärung der Bundesregierung, 28. September 2010: „Kernkraft: die notwendige Brückentechnologie", https://www.bundesregierung.de/ ContentArchiv/DE/Archiv 17/ Artikel/2010/09/2010-09-28-Kernenergie-Energiekonzept.html

Streeck, W. (2016), Merkels neue Kleider, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Mai 2016
URL: http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/regierungsstil-merkels-neue-kleider-14212048.html

Wellerstein, Alex (2015), The first light of Trinity, The New Yorker, 16. Juni 2015, http://www.newyorker.com/tech/elements/the-first-light-of-the-trinity-atomic-test.

„Wie funktioniert ein Flüssigsalzreaktor?", Arte, 20. September 2016, http://future.arte.tv/de/wie-funktioniert-ein-fluessigsalzreaktor.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Globale Sicherheit: Die Wurzeln des politischen Nachhaltigkeitsdiskurses und die Wahrnehmung globaler Interdependenz der 1970er und 1980er Jahre

Elke Seefried

> „In the middle of the 20th century, we saw our planet from space for the first time. Historians may eventually find that this vision had a greater impact on thought than did the Copernican revolution of the 16th century, which upset the human self-image by revealing that the Earth is not the centre of the universe. From space, we see a small and fragile ball dominated not by human activity and edifice but by a pattern of clouds, oceans, greenery, and soils. Humanity's inability to fit its activities into that pattern is changing planetary systems, fundamentally. Many such changes are accompanied by life-threatening hazards. This new reality, from which there is no escape, must be recognized – and managed. […] This Commission believes that people can build a future that is more prosperous, more just, and more secure. […] Thus 'sustainable development' becomes a goal not just for the 'developing' nations, but for industrial ones as well."[1]

Dieses Bild der lebensbedrohenden Gefahren, die aus globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen entstünden, entwarf 1987 die von der norwegischen Sozialdemokratin Gro Harlem Brundtland angeführte Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in ihrem Bericht „Our Common Future" – der dann als „Brundtland-Bericht" weltweit rezipiert wurde. Doch verwies der Bericht nicht nur auf die drohenden Gefahren, sondern entwickelte Lösungsmodelle, die diese Gefahren abwenden und der zukünftigen Menschheit sogar mehr Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit verschaffen könnten. Diese wurden auf die Formel „sustainable development" gebracht – in der deutschen Übersetzung zunächst als „dauerhafte Entwicklung" bezeichnet, dann als „nachhaltige Entwicklung".[2] Der Begriff der „nachhaltigen Entwicklung" (bzw. der „Nachhaltigkeit") prägte in der Folge in der Bundesrepublik und den westlichen Industriestaaten das Sprechen über die Zukunft von Umwelt und Entwicklung auf globaler Ebene. Dies ruhte auch darin, dass der Begriff diskursiv

1 World Commission on Environment and Development (1987), No 1, 3, 10.
2 Hauff (1987), S. XI.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

immer wieder neu aufgeladen wurde und verschiedene Bedeutungsdimensionen, Ideen und Interessen in sich vereinte.[3]

Die Wurzeln des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses liegen nur bedingt im oft bemühten Hans Carl von Carlowitz, der 1713 eine „beständige und nachhaltende Nutzung" des Waldes empfahl. In der Folge wurde „sustained yield" (nachhaltiger Ertrag) zum internationalen forst- und fischereiwirtschaftlichen terminus technicus.[4] Doch erst in den 1970er und 1980er Jahren begann mit der Öffnung des Begriffs über den forstwirtschaftlichen Kontext hinaus die zweite, die zeithistorische Geschichte der Nachhaltigkeit.[5] Ursächlich war ein politischer, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Wandel, der mit Versicherheitlichungsprozessen korrespondierte. Angesichts perzipierter Gefahren – Umweltzerstörung, versiegenden Ressourcen, wachsendem Nord-Süd-Gegensatz und atomarer Rüstung im Kalten Krieg – verhieß das Leitbild „sustainable development" eine Sicherung der globalen Zukunftsfähigkeit, und zugleich wurden globale Umwelt- und Entwicklungsprobleme und damit der Verlust der menschlichen Lebensgrundlagen *versicherheitlicht*.

Der Beitrag verfolgt die These, dass sich an der Herausbildung und Konzeptionalisierung eines bedeutungsoffenen Leitbilds der „nachhaltigen Entwicklung" in der internationalen politischen Kommunikation eine signifikante Erweiterung des Sicherheitsbegriffs aufzeigen lässt, die mit einer Krise und Neuinterpretation dominierender politischer Zukunfts- und Fortschrittsverständnisse einherging. Zum einen weitete sich das Sicherheitsverständnis in den westlichen Industriestaaten der 1970er und 1980er Jahre *inhaltlich* von der vornehmlich militärisch-außenpolitischen Dimension hin zu einer Verknüpfung von Umwelt-, ökonomischer, sozialer und humanitärer Sicherheit. Zum anderen wurde Sicherheit in räumlicher Hinsicht zunehmend *global* gerahmt, also nicht mehr im Sinne des Staatensystems gedacht, sondern mit der Weltgesellschaft und der Wahrnehmung globaler *Interdependenz* verknüpft.[6] Aus dieser Erweiterung des Sicher-

3 Dryzek (1997), S. 147 f.; von Detten (2013); Rödel (2013); Seefried (2015a).

4 Hans Carl von Carlowitz, Sylvicultura Oeconomica oder: haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht, 1713, zit. n. Mauch (2014), Anm. 18; zu "sustained yield" Dryzek (1997), S. 148.

5 Zur Übersetzung vom angloamerikanischen in den deutschen Sprachraum Gottschlich / Friedrich (2014).

6 Zur Erweiterung der Sicherheitskultur von der „internationalen Staatengesellschaft" zur Weltgesellschaft Daase (2010), S. 12; Daase (2009), S. 138.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

heitsbegriffs und der Verbindung von *Aufbruchs-* und *Gefährdungskommunikation* ging der moderne Nachhaltigkeitsdiskurs hervor.

Die politik- und geschichtswissenschaftliche Forschung zur *securitization* geht davon aus, dass die Gewährleistung von Sicherheit seit der frühen Neuzeit eine Legitimationsbasis für das staatliche Gewaltmonopol bildet. Dabei wurde und wird mit der Definition und Verhandlung des Sicherheitsbegriffs über die „Priorität politischer Ziele" entschieden. Was ein Sicherheitsproblem bildet, ist Gegenstand politischer Diskurse und Praktiken.[7] Dass sich das Verständnis von Sicherheit im späten 20. Jahrhundert erweiterte, hat die politikwissenschaftliche Forschung benannt, aber im Kern in den 1990er Jahren verortet.[8] Geschichtswissenschaftliche Studien hoben zuletzt die Ausweitung des Sicherheitsbegriffs in der internationalen Politik, die Umweltsicherheitspolitik und die neue Bedeutung von „energy security" hervor, die sich im Kontext der Ölkrisen in der internationalen Politik der 1970er Jahre fassen lässt.[9] Der vorliegende Beitrag zielt darauf, die diskursive *Verschränkung* von Umwelt-, ökonomischer und humanitärer Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren aufzuzeigen, welche den politischen Diskurs um „nachhaltige Entwicklung" begründete. Die damaligen konzeptionellen Überlegungen, welche an der Wurzel des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses lagen, entsprangen nicht erst der Erfahrung der ersten Ölkrise, sondern formierten sich bereits um 1970 und wurden dann durch die weltwirtschaftlichen Krisen und strukturellen Wandlungsprozesse der 1970er Jahre verstärkt; in erster Linie ruhten sie in einer Wahrnehmung und Deutung globaler Interdependenz, also einer immer

7 Grundlegend Lipschitz (1995); für die Kopenhagener Schule v. a. Buzan u. a. (1998); vgl. Rothschild (1995); Daase (2010); Daase u. a. (2013); für die Geschichtswissenschaft grundlegend Conze (2012), Zit. S. 457.

8 Rothschild (1995), S. 55 f., führt den Report der Palme-Kommission 1982 als Vorgeschichte einer Weitung von der militärischen zur politischen und ökonomischen Sicherheit der 1990er Jahre an; Daase (2010), S. 11 f., verweist auf den Brundtland-Report als Beginn der Umweltsicherheit. Mit einem im Kern normativen Zugriff, der „sustainable development" als Erfordernis für Umweltsicherheit ansieht, fragt der Beitrag von Lonergan (2000) eben nicht nach den historischen Prozessen der Versicherheitlichung.

9 Zur Erweiterung des Sicherheitsbegriffs in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre Conze (2009), S. 569-574; Ders. (2012); zur christlichen Friedensbewegung Wiechmann (2017); zur westlichen Perspektive Böhm (2014); zur Energiesicherheit Graf (2010) und (2014), S. 349-357 (hier allerdings ohne Trennung zwischen konkurrierenden Sicherheitsbegriffen in der SPD); zur Umweltsicherheitspolitik Schulz-Walden (2013).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

größeren gegenseitigen Abhängigkeit der Bevölkerung in West und Ost, Nord und Süd und einer kausalen Verknüpfung drohender globaler Gefahren im Bereich von Umwelt und Entwicklung.

Diese Deutung wurde in besonderer Weise von der deutschen und europäischen *Sozialdemokratie* vorangetrieben, die deshalb in diesem Beitrag fokussiert wird. Protagonisten der bundesdeutschen und skandinavischen Sozialdemokratie hoben Grundelemente ihrer Programmatik – soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden – auf die *globale* Ebene. Generell veränderten sich im Kontext der Öl- und Wirtschaftskrisen, des Endes des Weltwährungssystems von Bretton Woods und der Diskussion um einen Nord-Süd-Konflikt in den 1970er Jahren in Europa und den USA „räumliche Selbstverortungen", Globalität wurde zum politischen Thema.[10] In den USA etwa verwiesen Joseph Nye und Robert Keohane in einer einflussreichen Studie auf wachsende globale Interdependenz und „reciprocal effects among countries" in den internationalen Beziehungen; diese sei durch gegenseitige Einflussnahmen einer wachsenden Zahl von Akteuren, die Stärkung transnationaler Prozesse, etwa durch multinationale Konzerne, und eine Neuverteilung von „power" gekennzeichnet und etwa in der Ölkrise erkennbar geworden. Dies bedeute auch einen „American relative decline". Da die Ölsicherung auch eine grundlegende machtpolitische Dimension hatte, verband sich die Diskussion um Interdependenz in den 1970er Jahren gerade in den USA mit dem Ziel (ökonomischer) Energiesicherheit und einer Re-Thematisierung politischer Souveränität.[11] In Europa war es vor allem die *Sozialdemokratie*, die den Sicherheitsbegriff in den 1970er Jahren aktiv erweiterte und globalisierte. Dies hatte eine konkrete politische Funktion: Das sozialdemokratische Selbstverständnis der vorwärts orientierten Partei der Zukunft, die den „Fortschritt" in der industriellen Moderne geradezu verkörperte, geriet in die Defensive. In der Zeit des wirtschaftlichen Booms und der Reformpläne der 1960er Jahre hatte die europäische Sozialdemokratie Planungsoptimismus verströmt und Demokratisierungsversprechen formuliert. Mit den sozioökonomischen und politischen Transformationsprozessen, die in der Forschung als strukturelle Wandlungen „nach dem Boom" oder „Shock of

10 Leendertz (2013), S. 241; Kuchenbuch (2012).

11 Nye / Keohane (1977), S. 7 u. 228; vgl. Sargent (2010); Leendertz (2013); zur Souveränitätsfrage Graf (2014), v.a. S. 364-370.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

the Global" diskutiert werden,[12] erodierten die großen Entwürfe für die Planung und Gestaltung der Zukunft, und in der Sozialdemokratie kursierten Krisen- und Gefahrenwahrnehmungen, ja eine Infragestellung der technisch-industriellen Moderne.[13] Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs brachte die Sozialdemokratie, die traditionell auf die Ordnungsfunktion des Staates setzte, aus der Defensive: Sie griff die Gefahrenwahrnehmungen auf und verhieß durch Versicherheitlichung neue Perspektiven für die Zukunft – und verschaffte sich zugleich neue politische Legitimation. Dabei konkurrierten allerdings sozialdemokratische Sicherheitsbegriffe: Eine Verbindung militärischer, innerer, sozialer und ökonomischer und damit westlich gedachter Sicherheit konkurrierte mit einer neuen global gedachten Version, die weltweite Umwelt-, Entwicklungs- und Rüstungsfragen versicherheitlichte. Letztere verknüpfte, wie zu sehen sein wird, in der Konzeptionalisierung von „nachhaltiger Entwicklung" – mit weitreichenden Folgen – Krisenwahrnehmungen und Zukunftsversprechen, Gefährdungs- und Aufbruchskommunikation.[14]

1. Wurzeln

a) Umwelt

Ein erster Versicherheitlichungsprozess richtete sich auf die globale Umwelt: Um 1970 formierte sich in den westlichen Industriegesellschaften (und ähnlich in den sozialistischen Gesellschaften) das moderne Umweltbewusstsein. Der traditionelle, bürgerlich geprägte Naturschutz, der als Reaktion auf die forcierte Industrialisierung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden war, hatte sich den Schutz der gegebenen Natur, der Landschaft und der Tiere zum Ziel gesetzt; hingegen richtete sich das moderne Umweltbewusstsein auf die menschliche *Umwelt* und ihre Belastungen durch den Menschen der technisch-industriellen Moderne; der Begriff

12 Vgl. Wirsching (2006); Doering-Manteuffel / Raphael (³2012); Ferguson et al. (2010).

13 Zur SPD Seefried (2017); zum Planungsoptimismus der britischen Labour Party O'Hara (2007).

14 So auch Conze (2012), S. 454; vgl. Seefried (2015a).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

environment setzte sich um 1970 im transatlantischen Raum durch. Zugleich zielte das Umweltbewusstsein explizit auf die *globale* Ebene.[15]

Diese „ökologische Revolution“[16] um 1970 hatte auch mit ‚objektiven‘ Umweltproblemen zu tun: Steigender Energiebedarf und neue Technologien verursachten in den westlichen Industriegesellschaften seit den 1950er Jahren wachsende Verschmutzungen, etwa durch den Ausbau der Kohlekraftwerke. Entscheidend aber war eine veränderte *Wahrnehmung* der Umwelt, die mit Krisenwahrnehmungen und Gefahrenszenarien einherging – und damit nach dem dominierenden politischen und gesellschaftlichen Reform- und Zukunftsoptimismus der 1960er Jahre eine Zäsur bedeutete.[17]

Die Wahrnehmungsveränderung gründete *erstens* darin, dass die *Ökologie* – als Wissenschaft von den Interaktionen zwischen lebenden Organismen und ihrer Umwelt im globalen Ökosystem – neue Aktualität und Breitenwirkung erfuhr. Dies hatte mit dem deutlich erweiterten Wissen über das Ökosystem zu tun[18] und entsprang zugleich medialen Verstärkungen und ikonographischen Verdichtungen: Mit den Apollo-Missionen und der Mondlandung vom Sommer 1969 gingen – wie im Eingangs-Zitat angesprochen – Bilder vom blauen, fragilen Planeten Erde um die Welt. Nicht zufällig zirkulierte um 1970 in Wissenschaft und Politik die Metapher vom gemeinsamen „Raumschiff Erde“, welches über begrenzte Ressourcen verfügte und in dem alle Insassen aufeinander angewiesen seien.[19] Die Ökologie popularisierte ein Verständnis von den voneinander abhängigen, interdependenten Elementen eines (Öko-)Systems, das für die gesellschaftliche und politische Umweltdiskussion der 1970er Jahre und für die entstehende Umweltbewegung zentrale Bedeutung erhalten sollte.[20]

Zweitens erschienen um 1970 Mahnrufe, ja apokalyptische *Szenarien*, welche auch durch die Konjunktur der Zukunftsforschung mediales Interesse auf sich zogen und ebenfalls eine Wahrnehmung globaler Interdependenz evozierten.[21] Zukunftsforschung und Planungskonzepte der 1960er

15 McCormick (1989), S. 1-47; Engels (2006), S. 43-86.
16 Radkau (2011), S. 134.
17 Vgl. Kupper (2003); McNeill (2010), S. 262-278; mit weiterer Literatur Seefried (2015b), S. 255-267.
18 Vgl. Engfeldt (2009), S. 29 f.; Engels (2006), S. 322-399.
19 Cosgrove (1994); Höhler (2015).
20 Vgl. zentral Mende (2011).
21 McCormick (1989), S. 69-87; Hünemörder (2004b).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jahre hatten sich stark an der geradezu als Heilslehre gefeierten Kybernetik, der Wissenschaft von der Nachrichtenübermittlung, Kontrolle und Steuerung in Systemen, orientiert; und an die Kybernetik war die Ökologie mit ihrem Kreislauf- und System-Ansatz anschlussfähig, wenngleich sie nicht deren technizistische Orientierung trug. Damit ökologisierte sich um 1970 das wissenschaftliche und populäre Nachdenken über die Zukunft, und die internationale Zukunftsforschung entwickelte eine dezidiert globale Ausrichtung, deren Wissen auch in die Politik diffundierte.[22]

Dies zeigte sich im Diskurs um „The Limits to Growth" (Die Grenzen des Wachstums) 1972/73, dem politisch wirkmächtigsten ökologischen Mahnruf der Jahre um 1970. Die Studie, vom Club of Rome in Auftrag gegeben, erforschte mittels eines computerisierten „Weltmodells" die kommenden Probleme der Menschheit. Das Autorenteam legte in einem kybernetisch inspirierten, systemanalytischen Ansatz („Systems Dynamics") fünf globale Grundgrößen fest und suchte deren Wechselwirkungen in einer Struktur von Regelkreisen zu erfassen. Dabei ging man von deren wechselseitiger Abhängigkeit im systemanalytischen Verständnis aus: „Our world model was built specifically to investigate five major trends of global concern – accelerating industrialization, rapid population growth, widespread malnutrition, depletion of nonrenewable resources, and a deteriorating environment. These trends are all interconnected in many ways." Die Studie popularisierte damit ein Verständnis globaler Interdependenzen, und zugleich beschwor sie die Gefahren exponentiellen Wachstums und projektierte, dass die Wachstumsgrenzen der Erde bis zum Jahr 2100 erreicht sein würden: „The behavior mode of the system […] is clearly that of overshoot and collapse."[23] Stattdessen idealisierten die Autoren das „*sustainable* world system" als stabilisiertes, gleichgewichtsorientiertes System.[24] Die Studie wurde hart kritisiert, etwa im Hinblick auf die dünne Datenbasis und eine Unterschätzung der vorhandenen Ressourcen. Und dennoch löste sie eine internationale Debatte über die Endlichkeit der Ressourcen und die ökologischen Folgen industriellen Wachstums aus, welche sogar bis in die sozialistischen Staaten reichte. Diskutiert wurde dabei vor allem, inwieweit materielles und industrielles Wachstum – und damit auch die Produktions- und Lebensformen der industriellen Moderne – neu bewertet und zugunsten von neuen Kategorien wie „Lebensqualität" relati-

22 Seefried (2015b), S. 255-311.
23 Meadows u. a. (1972a), S. 21 u. 125.
24 Meadows u. a. (1972a), S. 158 (Hervorhebung durch die Autorin).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

viert werden müssten.[25] Die Resonanz der Studie gründete in verschiedenen Aspekten: Einerseits schloss sie mit dem systemanalytischen Computermodell an das Planungs- und Steuerungsdenken der 1960er Jahre an. Andererseits schien die Ölkrise 1973 die Thesen von den endenden Ressourcen und den drohenden Grenzen zu bestätigen. Zudem war der Club of Rome sehr gut politisch vernetzt, etwa in die OECD, und vermarktete das Buch geschickt.[26] Ebenso wichtig war, dass die Studie – wie andere umweltapokalyptische Mahnrufe – gezielt mit einer Zuspitzung des Krisenszenarios arbeitete, um Gegenreaktionen zu forcieren: Um den ansonsten unausweichlichen Kollaps abzuwenden, der aus der Verknüpfung der Gefahrendimensionen hervorgehe, seien sofortige Maßnahmen notwendig.[27] Dies war eine klassische Kommunikationsstrategie in Versicherheitlichungsprozessen,[28] die nun auf die Umwelt- und Ressourcensicherheit angewendet wurde.

Drittens entstand um 1970 eine internationale *Umweltpolitik*, die sich mit neuen Sicherheitskonzepten verband und sich globalisierte. In den USA wurde in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre Umweltpolitik Gegenstand modernen Regierens. Diese stand zunächst im Zeichen eines technischen Umweltschutzes, der auf die planerische Vermeidung von Umweltverschmutzung und auf neue Technologien angelegt war. Planungsansatz und Machbarkeitsdenken prägten auch die neue Umweltabteilung im bundesdeutschen Innenministerium, welche die sozialliberale Koalition – auch mit Blick auf das amerikanische Vorbild – 1970 einrichtete. Erkennbar internationalisierte sich die Umweltpolitik um 1970. Zum einen wurde sie im Kontext des *westlichen* Bündnisses versicherheitlicht.[29] 1969 initiierte die US-Regierung Nixon einen Ausschuss für eine „dritte Dimension" der NATO: „The industrial nations share no challenge more urgent than that of bringing 20th century man and his environment to terms with one another." Das neue „Committee on the Challenges of Modern Society" (CCMS) führte zu Umweltschutzmaßnahmen auch in der Bundesrepu-

25 Vgl. mit weiterer Literatur Seefried (2015b), S. 270-292.
26 So auch Kupper (2004).
27 Vgl. auch Meadows (1972b).
28 Vgl. auch Waever (1995), S. 63.
29 Vgl. Andrews (1999), S. 203 ff.; Hünemörder (2004a), S. 121-181; Schulz-Walden (2013), S. 79-152; Hünemörder (2010); Engfeldt (2009), v. a. S. 32-43; zur Planung u. a. Metzler (2005).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

blik.[30] Es besaß einen relativ vagen Zuständigkeitsbereich, weil es sich sowohl mit Umweltproblemen und der Sicherung der menschlichen „quality of life" als auch mit technologischen Fragen beschäftigte. Die Motivlagen für die Gründung des CCMS sind vielschichtig: Es sollte im Zeichen des Vietnamkrieges gegenüber den Verbündeten Glaubwürdigkeit und Voraussicht unter Beweis stellen, um die Spannungen im Bündnis zu befrieden. Darüber hinaus betonten Experten des CCMS die drohenden Gefahren durch Umweltzerstörung und Treibhauseffekt. Indem der Fokus der NATO über die militärische und politische Dimension hinaus erweitert wurde, entstand, dies betont Thorsten Schulz-Walden, eine Umweltsicherheitspolitik.[31]

Zum anderen erhielt die Umweltpolitik mit der im Herbst 1972 stattfindenden „Conference on the Human Environment" der Vereinten Nationen eine globale Perspektive. Das vorbereitende Konferenz-Sekretariat hatte auf zwischenstaatliche Umweltkonflikte verwiesen, weshalb die Streitschlichtung auf diesem Feld eine wichtige umweltpolitische Aufgabe der UN sein müsse: „It is unfortunately probable that international disputes over environmental issues are likely to increase in the future. There seems to be widespread agreement that emphasis should be placed on preventive environmental diplomacy."[32] Über Umweltkonflikte hinausgehend zielten Experten wie Carroll Wilson aus dem Massachusetts Institute of Technology (MIT), der an der Entstehung von „The Limits to Growth" beteiligt war, auf eine langfristige Planungsperspektive: Wilson forderte ein globales Atmosphärenüberwachungssystem, um den Klimawandel zu beobachten.[33] Zweifellos stärkte die Diskussion um die globalen „Grenzen des Wachstums" die öffentliche Wahrnehmung der Stockholmer Konferenz und ihrer Deutung der „einen Welt": Der Band „Only one Earth. The Care and Maintenance of a Small Planet" wurde zwar nicht Teil der offiziellen Deklaration von Stockholm, drückte aber der Konferenz mit der vielzitierten Formel von der „einen Welt" und dem Verweis auf die gemeinsame Steuerung des „Raumschiffs Erde" den Stempel auf.[34] Die Rede von der „einen Welt" stieß in den beteiligten nationalen Regierungen durchaus auf

30 Richard Nixon, Address of the President at the Commemorative Session of the North Atlantic Council, 10.4.1969, zit. n. Schulz-Walden (2013), S. 79.
31 Dies ist die Grundthese von Schulz-Walden (2013); vgl. ebd., S. 82 f. u. 88-95.
32 UNCHE, 10.1.1972, zit. nach Schulz-Walden (2013), S. 196.
33 Vgl. ebd., S. 196 f.
34 Ward / Dubos (1972).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bedenken, war es doch die Gretchenfrage internationaler Umweltpolitik, inwiefern *nationale* ökonomische und sicherheitspolitische Interessen zugunsten *übernationaler* und globaler Umweltpolitik zurückzustehen hatten. So äußerte die konservative britische Regierung Heath Skepsis: „While there is truth in the assertion that the biosphere is a unit, there is a danger that such a view leads to over-globalization."[35]

In Teilen der europäischen Sozialdemokratie hingegen stießen die ökologischen Mahnrufe und die Versicherheitlichung globaler Umweltprobleme auf großen Widerhall. Vor allem in der SPD bildete sich in den 1970er Jahren ein ökosozial orientierter Flügel, der eine neue, über die bisherige Umweltplanung hinausgehende, ökologisch grundierte Krisenwahrnehmung und ein Bewusstsein globaler Interdependenz transportierte.

Damit gerieten das lang tradierte Fortschrittsverständnis der Arbeiterbewegung und das Selbstverständnis einer Partei der Zukunft ins Rutschen. Seit ihrer Gründungszeit im 19. Jahrhundert hatte die SPD das Selbstbild einer vorwärts orientierten Partei gepflegt, die den „Fortschritt" in der industriellen Moderne – sozial-emanzipativ und industriell-technisch gedacht – begrüßte und in die richtige Richtung lenkte. In den 1960er Jahren, in der Zeit der Großen Koalition und der Anfangsphase der sozialliberalen Koalition, steigerte sich dies zu einer „Reformeuphorie"[36], welche über das tradierte Fortschrittsverständnis hinaus Planungs- und Steuerungsoptimismus und ein Versprechen der Demokratisierung verbreitete. In der Folge wurde das sozialdemokratische Selbstverständnis einer Partei der Zukunft herausgefordert. Die Neue Ostpolitik konnte ab 1969 rasch und erfolgreich umgesetzt werden. Doch die weitreichenden Planungskonzepte waren mit zu großen Erwartungen an Effizienz und Rationalität befrachtet und liefen im administrativen Alltag oft ins Leere. Das Zukunftsversprechen der Demokratisierung geriet in die Mühlen der Auseinandersetzungen zwischen der SPD-Spitze, die das demokratische Prinzip gesellschaftlich verankern wollte (etwa in der betrieblichen Mitbestimmung), und der Parteijugend, die im neomarxistischen Sinne Demokratisierung als „antikapitalistische Strukturreformen" begriff. Hinzu kamen die strukturelle Mehrheit der Union im Bundesrat und damit Vetospieler, zu denen etwa auch das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil gegen das Hochschulrahmengesetz gehörte. Vor allem aber traf die Sozialdemokratie der

35 Martin Holdgate (Department on the Environment), 2.11.1971, zit. n. Schulz-Walden (2013), S. 211.

36 Faulenbach (2011).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sozioökonomische Strukturwandel – die Krise der Traditionsindustrien, der Durchbruch der Tertiarisierung, die wachsende internationale Verflechtung ebenso wie die rasante gesellschaftliche Individualisierung. Die SPD, die sich in der industriellen Moderne verortete, erlebte vor allem die neue Arbeitslosigkeit als besonders drängendes Problem, auch weil sie sich als Interessenvertreterin der Arbeitnehmer verstand.[37] Die großen Entwürfe für die Planung und Gestaltung der Zukunft traten mithin in den 1970er Jahren rasch in den Hintergrund.

Zugleich rezipierten viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen die ökologischen Grenzdiskurse und Krisenwahrnehmungen. So sinnierte Erhard Eppler, Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1972 nach der Lektüre von „Die Grenzen des Wachstums" über den Fortschrittsbegriff und stellte die industriell-technische Moderne in Frage: Es würden „Progressive" sein, die „sich fragen, was innerhalb der nun sichtbar werdenden Grenzen Fortschritt sei. Und sie werden gründliche Kurskorrekturen verlangen, nicht weil sie behaupten, den Weg zur Glückseligkeit gefunden zu haben, sondern weil sie begriffen haben, daß Fortschreibung des Gewohnten nicht nur keine ideale, sondern gar keine Zukunft mehr ergibt."[38] Hingegen schöpfte er mit der Forderung nach der Wahrung des „ökologischen Gleichgewicht[s]" aus einer Kreislaufmetaphorik, die einem linearen Zukunfts- und Fortschrittsverständnis entgegenlief.[39] Deutlicher noch waren die sozialdemokratischen Krisenkonstruktionen im Bericht der SPD-Grundwertekommission „Grundwerte in einer gefährdeten Welt" von 1977.[40]

Kanzler Willy Brandt verband 1972 den Verweis auf die „Gefahren" der globalen Umweltzerstörung mit der Prognose wachsender globaler Interdependenz und dem zukunftsorientierten Ziel, Maßnahmen zur Sicherung der Lebensgrundlagen zu ergreifen: „Industrielle und technologische Revolution sowie wirtschaftliches Wachstum haben die menschlichen Möglichkeiten in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß erweitert. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher, daß dieser Prozeß zu schweren Schäden der physischen und sozialen Umwelt führte, die die Existenz des

37 Wolfgang Roth, in: SPD (1972), S. 94; vgl. Seefried (2017).
38 Eppler (1973), S. 98.
39 Erhard Eppler, Rede auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Entwicklung und Umwelt – der politische Aspekt", 25.4.1972, in: AdsD, 1/EEAC000100.
40 Vorstand der SPD (1977).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Menschen gefährden. […] Wir müssen lernen, die Umweltgefahren als ein weltweites, zugleich fast alle Bereiche des Lebens umfassendes Problem zu begreifen." Der Club of Rome habe die „Interdependenz", also die Wechselwirkungen zwischen Problemen der Ressourcensicherung, der Nahrungsmittelproduktion, des Bevölkerungswachstums, der Industrialisierung und Umweltverschmutzung eindrucksvoll gezeigt. Angesichts dessen müssten Umweltprobleme weltweit betrachtet werden. Deshalb votierte er für erweiterte Umweltvorschriften auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Eine Ausweitung sei auch im Interesse des Friedens unumgänglich: „Wir hätten wenig erreicht, wenn die Menschen in Zukunft nicht mehr durch Kriege, sondern durch Umweltkatastrophen ungekannten Ausmaßes in ihrer Existenz bedroht würden. Umweltschutz dient daher auch der Sicherung des Friedens."[41]

Damit leitete Brandt aus der Wahrnehmung globaler Interdependenzen – im Hinblick auf die Verflechtung der Probleme und die grenzüberschreitenden Folgen von Umweltproblemen – die Notwendigkeit ab, die *Sicherung* zukünftiger Lebensgrundlagen auf internationaler Ebene voranzutreiben. Radikaler formulierte dies ein Protagonist der niederländischen Sozialdemokratie: Sicco Mansholt, niederländischer Vizepräsident der Europäischen Kommission, entwickelte aus der Lektüre der Vorstudie von „The Limits to Growth" einen „europäischen Zentralplan". Angesichts der kommenden Überbevölkerung und Rohstoff- und Umweltkrisen müsse sich die „Gesellschaft von morgen" von der Wachstumsorientierung lösen. Seine „Revision der europäischen Gesamtwirtschaftspolitik" schlug deshalb Planwirtschaft, Wachstumsverzicht und eine Konzentration auf umweltschonende Produktion vor, was auf eine Rationierung von Gütern und einen Konsumverzicht auch für die Arbeitnehmerschaft hinauslief. Stattdessen müsse das „natürliche Gleichgewicht" bei der Erzeugung von Ernährungsgütern eine wachsende Rolle spielen.[42] Die sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments – und die SPD – sprachen sich dagegen aus: Das Austeritätskonzept werde zu sozialer Ungleichheit führen, da es ökonomische Friktionen hervorrufen und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen würde.[43]

41 Brandt (1972a), S. 1285 u. 1287 u. 1289; vgl. ders. (1972b), S. 739 u. 741.
42 Mansholt (1972), S. 336 u. 338.
43 Hans-Jürgen Wischnewski an Mitglieder des SPD-Präsidiums, 7.6.1972, in: AdsD, HSAA005764; Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generalsekretariat, 19.6.1972, in: AdsD, HSAA007742.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

In der Tat endeten ökologische Überlegungen in der Sozialdemokratie oftmals dort, wo sie die Sicherung der Beschäftigung und soziale Sicherheit tangierten – gewissermaßen das klassische Element sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, das in den 1970er Jahren auch als solches benannt wurde.[44] Auch deshalb wurde das Ökologische bei europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten zunächst kein hegemonialer Diskurs. Zwar etablierte sich in der SPD ein einflussreicher ökosozialer Flügel um Eppler, der auch versuchte, der Bildung einer neuen ökologischen Partei vorzubeugen. Doch distanzierten sich der rechte Parteiflügel um den ab 1974 amtierenden Kanzler Helmut Schmidt und die Gewerkschaften von weitreichenden ökologischen Deutungen und Krisenwahrnehmungen, und die Regierung Schmidt stellte 1975 die Umweltpolitik zugunsten einer Sicherung der (nationalen) Beschäftigung zurück.[45] Die französischen Sozialisten und die britische Labour Party machten sich einen ökologischen Ansatz weniger zu eigen, wenngleich sich etwa ein linker Ableger Labours und einzelne sozialistische Protagonisten wie Jacques Delors intensiv mit der Debatte über die „Grenzen des Wachstums" befassten.[46] In den Regierungen der westlichen Industriestaaten geriet ein umweltorientiertes Sicherheitsverständnis Mitte der 1970er Jahre generell unter Druck: Nicht nur die (republikanische) US-Regierung Nixon stellte mit dem „Project Independence" die Energiesicherheit und damit die *nationale* Energie-Unabhängigkeit ins Zentrum, wenngleich man die internationale Kooperation in der Energiesicherung (etwa in der International Energy Agency) vorantrieb.[47]

b) Entwicklung

Zum Zweiten wurden in der internationalen Politik der 1970er Jahre globale Entwicklungsprobleme versicherheitlicht. Dies vermengte sich mit der Kommunikation über Umweltzerstörung und die Endlichkeit der Ressourcen. Dabei kam ebenfalls eine Wahrnehmung globaler Interdependenz zum Tragen, die sich nun auf die gegenseitige Abhängigkeit der Länder in

44 Geyer (2016), S. 293.
45 Gebauer (2005); Seefried (2017).
46 Vgl. Seefried (2011); Seefried (2015b), S. 285 f.
47 Vgl. Graf (2014); Schulz-Walden (2013), S. 293-330.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Nord und Süd und die wechselseitige Bedingtheit von Umwelt- und Entwicklungsproblemen bezog.

Parallel zur Entspannung im Kalten Krieg hatte sich Ende der 1960er Jahre die Deutung eines Nord-Süd-Gegensatzes in der internationalen Politik herauskristallisiert. Hintergrund dessen war der Großprozess der Dekolonisation, der dazu geführt hatte, dass zwischen 1945 und den frühen 1960er Jahren zahlreiche neue, unabhängige Staaten auf der Südhalbkugel entstanden waren. Gemeinsames Interesse dieser Staaten war es, zu den industrialisierten Staaten aufzuschließen, um ihren Bevölkerungen jene Entwicklung und jenen Wohlstand zu verschaffen, wie er in der industrialisierten östlichen und vor allem westlichen Welt zu finden war. Im Zeichen des Kalten Krieges und einer Modernisierungstheorie, die Modernisierung als linearen Prozess begriff, hatten westliche und östliche Staaten versucht, den Entwicklungsländern Hilfestellung zu leisten und sie so auch in den eigenen Block zu integrieren. Hingegen erwuchsen in Schwellen- und Entwicklungsländern wirtschaftsnationalistische Tendenzen, weil die Dekolonisierung mit einem Prozess der intensivierten weltwirtschaftlichen Verflechtung seit den 1950er Jahren zusammenfiel. Zudem zeigte sich eine gewisse Erfolglosigkeit der Entwicklungspolitik nach 1945, die sich in Armut und wachsender Staatsverschuldung manifestierte. Fassbar wurde eine Nord-Süd-Polarisierung mit der Gründung der UN Conference on Trade and Development 1964. Deren Vertreter aus dem Süden forderten bessere „Terms of Trade" für die Peripherie, da die Entwicklungsländer für den teureren Import von Industriegütern immer mehr Agrarprodukte exportieren müssten.[48]

Diese Forderungen wurden durch Interaktionsprozesse zwischen Politik und Wissenschaft forciert, und damit wurde noch eine andere Quelle und Lesart globaler Interdependenz fassbar. Neomarxistisch orientierte Intellektuelle aus Westeuropa und den USA, aber auch südamerikanische Wissenschaftler vertraten in den 1960er und frühen 1970er Jahren dependenztheoretische Ansätze, die sich auf ältere Imperialismustheorien bezogen und durch den Vietnamkrieg Auftrieb erhielten. Sie betrachteten Unterentwicklung als Teil des kapitalistischen „world system", das industrialisiertes Zentrum und agrarisch strukturierte Peripherie immer weiter auseinandertreibe. Deshalb seien politische Interventionen unumgänglich.[49] Aus

48 Vgl. Jolly u. a. (2004), S. 104-123; Rist (2014), S. 78-122; im Überblick Unger (2010); Kunkel (2012).

49 Kapor (2002), S. 649.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

den dependenztheoretischen Ansätzen gingen nicht nur Forderungen der Schwellen- und Entwicklungsländer nach besseren Terms of Trade, sondern auch nach einer gerechteren neuen Weltwirtschaftsordnung hervor. Die Nord-Süd-Diskussion verband sich Anfang der 1970er Jahre mit der Debatte über die Grenzen des Wachstums: Wissenschaftler aus Schwellenländern wandten sich gegen die Forderung eines weltweiten „zero growth" mit dem Argument, Wachstumsverzicht kolonisiere ihre Zukunft; man benötige wirtschaftliches Wachstum und Ressourcen, um zu den Industrieländern aufschließen zu können.[50] Die spezifischen Interessen des globalen Südens und die Verschränkung (Interdependenz) globaler Umwelt- und Entwicklungsprobleme waren ein zentraler Diskussionspunkt der UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972. In der Stockholmer Deklaration wurde verankert, dass wirtschaftliche und soziale Entwicklung notwendig seien, um die Qualität des Lebens zu verbessern und Umweltmängel zu beheben, die durch Unterentwicklung verursacht würden. Für die Entwicklungsländer seien zunächst Preisstabilität und angemessene Einkünfte für Rohstoffe von entscheidender Bedeutung, um ihre Umwelt zu erhalten.[51] Insofern wurde Armut als Ursache und Folge von Umweltschäden begriffen, und in dieser Deutung der „einen Welt" waren nicht nur globale Umwelt- und Entwicklungsfragen wechselseitig bedingt und damit interdependent, sondern auch die Zukunft von Nord und Süd untrennbar verkoppelt.

Europäische Sozialdemokraten trieben die Diskussion um den Nord-Süd-Gegensatz voran. Die Interdependenz von globalen Umwelt- und Entwicklungsproblemen – erweitert um die Dimension drohender Ressourcenkonflikte und -kriege im Süden, welche wiederum den Norden tangierten – kommunizierten sie als Gefahr und Sicherheitsproblem. Daraus leiteten sie konkrete Forderungen ab. Bereits 1971 hatte Erhard Eppler geäußert: „Sehr rasch werden die Industrieländer einsehen müssen, daß Hilfe für die Dritte Welt und Umweltschutz keine konkurrierenden Alternativen sind, sondern zwei Aspekte jener Anstrengung sind, die von uns verlangt wird, wenn wir das Raumschiff Erde bewohnbar halten wollen."[52] Das erweiterte Sicherheitsverständnis zeigte sich vor allem in der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission der Vereinten Nationen, die 1977 ins Leben gerufen wurde. Mitglied war auch der schwedische Sozial-

50 Vgl. Herrera u. a. (1976); Moll (1991), S. 118.
51 Vgl. Declaration, in: Results (1973), S. 20.
52 Eppler (1971), S. 31.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

demokrat und ehemalige Ministerpräsident Olof Palme. Die Nord-Süd-Kommission überschrieb 1980 ihren Endbericht mit „Das Überleben sichern". Angesichts von Umweltzerstörung, Hochrüstung und der weltpolitischen Spaltung von Nord und Süd argumentierte Brandt, der soeben auch Vorsitzender der Sozialistischen Internationale geworden war: „Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Zukunft der Welt selten so bedroht schien." In diesem Sinne sei das weltpolitische „Chaos" eine Quelle für Kriege: Massenhunger, wirtschaftliche Zusammenbrüche und Umweltkatastrophen könnten Kriege auslösen. Doch sei die Menschheit nicht nur aufgefordert, die ‚klassischen' Ursachen der Friedensbedrohung zu mindern, sondern viel weitgehender aus „Chaos Ordnung werden zu lassen". Ausgehend von einem weiten, positiven Friedensbegriff verwies der Brandt-Bericht auf die gemeinsamen Interessen von Nord und Süd, Armut und Hunger zu beenden, die Umwelt zu schonen, Rohstoffe nicht zu verschwenden und die Hochrüstung zu stoppen: „Entwicklung bedeutet gegenseitige Abhängigkeit." Angesichts dieser „Interdependenz" und einer „Globalisierung von Gefahren" hätten alle Staaten „ein offenkundiges Interesse an mehr Sicherheit" und einer „aktiven Sicherung des Friedens". Die Kommission forderte deshalb eine neue Weltwirtschaftsordnung und eine global gedachte „Weltinnenpolitik". Erreicht werden sollte diese durch den Abschluss von Rohstoffabkommen, welche stabile Preise für Erzeugerländer garantierten, und eine gestaffelte Abgabe der Industriestaaten, die einen World Development Fund schuf, aus dem sich die Entwicklungsländer finanzierten.[53] Mithin verwies Brandt auf die drohende Nord-Süd-Spaltung und ihre Verwobenheit mit Fragen der Umweltzerstörung, Ressourcensicherung und Rüstungsproblematik im Kalten Krieg. Dahinter stand eine Gefahrenperzeption, die ein Mehr an Sicherheit nicht durch mehr Rüstung erreichen wollte, sondern in einem idealistischen Verständnis durch eine Weltinnenpolitik. Diese sollte das sozialdemokratische ‚Erfolgsmodell' der Entspannungspolitik von der West-Ost-Dimension auf die globale Ebene heben und mit dem sozialdemokratischen Prinzip der Solidarität verbinden.

Diese Deutung von globaler Sicherheit konkurrierte unmittelbar mit einer anderen sozialdemokratischen Sicherheitskonzeption. Aus der Diskussion um die Energieversorgung, welche die internationale Politik Mitte der 1970er Jahre bestimmte, gelangten Helmut Schmidt und andere Regie-

53 Brandt (1980), S. 19 f. u. 27 u. 32; vgl. dazu auch im Folgenden Schmidt (2011).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

rungschefs wie der britische Sozialdemokrat James Callaghan ebenfalls zu einer Diagnose wachsender internationaler Interdependenz. Schmidt äußerte etwa in der außenpolitischen Bundeskonferenz der SPD 1975: „Wir leben heute […] in einem universalen System wechselseitiger Abhängigkeiten der Nationen, totaler Interdependenz der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen. Das haben viele Außenpolitiker noch nicht verstanden. […] Wir kommen nicht daran vorbei, unsere eigene Mitverantwortung für das ökonomische Schicksal der anderen zu bejahen, wenn es auch manchem schwer fallen mag."[54] Die Verbindung zur Sicherheit stellte er in seiner folgenreichen Rede am Londoner „International Institute for Strategic Studies" im Oktober 1977 her. Dort warb er für ein erweitertes Verständnis von Sicherheit, das militärische mit ökonomischer, sozialer und innerer Sicherheit verband. Damit bezog sich Schmidt auf die außenpolitischen und militärischen Problemlagen im Kalten Krieg, die mit der Entdeckung der sowjetischen SS 20-Mittelstreckenraketen erkennbar geworden waren; ebenso griff er ökonomische Fragen auf, nämlich das Ende des Weltwährungssystems von Bretton Woods, die Diskussion um die internationale Energiesicherung und die weltwirtschaftlichen Eintrübungen; hinzu getreten war die Herausforderung durch den internationalen Terrorismus, die mit der Entführung Hanns Martin Schleyers in den Blickpunkt rückte. Abseits der außenpolitisch-militärischen Dimension – auf die zurückzukommen sein wird – zielte Schmidts Sicherheitsverständnis darauf, die Verquickung außenpolitischer und ökonomischer Fragen und damit die zentrale Rolle der Ökonomie zu verdeutlichen: Die Verbindung der Sicherheitsdimensionen sei eine Notwendigkeit, um das Fundament des Wohlstands zu sichern, und eine florierende Wirtschaft sei die Grundlage jeder Sicherheit, betonte Schmidt in London.[55] Damit bezog er sich im Kern auf die Interdependenz der nationalen Ökonomien – und nicht einer Weltgesellschaft. 1979 sprach er auch konkret von der „global economic interdependence of all countries".[56]

Dass Schmidt dieses Sicherheitsverständnis an prominenter Stelle kommunizierte, spricht dafür, dass es ihm obendrein darum ging, konkurrierenden Sicherheitskonzepten entgegen zu treten: Dies betraf in erster Linie die Union, die angesichts des RAF-Terrors die innere Sicherheit in den Blickpunkt rückte, wie Franz Josef Strauß dies in seiner Sonthofener Rede

54 Schmidt, 17.1.1975, zit. n. Böhm (2014), S. 96; vgl. zu Callaghan ebd.
55 Vgl. Schmidt (1977); dazu Böhm (2014), v. a. S. 288-300; Graf (2014), S. 353 f.
56 Schmidt, 7.6.1979, zit. n. Böhm (2014), S. 288.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

getan hatte. Und ebenso waren Schmidts Ausführungen zur Sicherheit zweifellos auch ein Versuch, den Forderungen nach globaler Sicherheit und Solidarität aus der eigenen Partei eine Versicherheitlichung von Ökonomie entgegen zu setzen, die mit dem Verweis auf soziale Sicherheit sozialdemokratisch angelegt, aber eben stärker national und realpolitisch gedacht war. Der Bezug auf die Sicherung des Wohlstandes hatte auch zum Ziel, sich von der kursierenden Kritik am Leitbild wirtschaftlichen Wachstums zu distanzieren. Damit wurde Sicherheit in mehrfacher Hinsicht „ein heiß umkämpfter Begriff, der sich in die zeitgenössischen politischen Sprach- und Begriffskämpfe einfügte."[57]

c) Abrüstung

Zum Dritten führte die Spirale atomarer Rüstung im „Zweiten Kalten Krieg" zu neuen Sicherheitskonzepten. Mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, dem NATO-Doppelbeschluss und der Nachrüstung in Mitteleuropa schien sich um 1980 eine neue ‚heiße' Phase des Kalten Krieges anzukündigen. In der Folge wuchs in Westeuropa und den USA die Friedensbewegung zu einer Massenbewegung, die heterogene soziale Akteure und politische Strömungen umfasste.[58] In dieser engagierten sich auch deutsche und europäische Sozialdemokraten, die alternative Konzepte der Sicherung des Friedens verfochten.[59] „Alternativ" meinte hier die Abgrenzung von einem klassischen Sicherheitsverständnis, das im Kalten Krieg auf dem Prinzip der militärischen Abschreckung fußte und Teil einer westlichen Selbstverortung war. Jenem Konzept folgte in der SPD auch der Flügel um Kanzler Schmidt, der in den 1970er Jahren den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft" geprägt hatte. Auch seine Londoner Rede 1977 hatte sich am Prinzip des militärischen Gleichgewichts zwischen West und Ost orientiert, und daraus hatte er die Alternativen einer westlichen Nachrüstung oder einer beiderseitigen Reduktion auf nuklear-taktischem und konventionellem Gebiet mit dem Ziel des Abbaus von Disparitäten abgeleitet.[60] Ein alternatives, nicht von der Sicherheit des westlichen Bündnis-

57 Geyer (2016), S. 289; vgl. ebd.; zum Kampf der Begriffe auch Steber (2017).
58 Vgl. Gassert (2011), S. 182-186; Becker-Schaum u. a. (2012).
59 Zum Sicherheitsverständnis der westdeutschen christlichen Friedensbewegung zentral Wiechmann (2017).
60 Vgl. Haftendorn (1986), v. a. S. 23-28; Hansen (2016), S. 53-56.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

ses her denkendes, sondern *global* angelegtes Sicherheitskonzept entwickelte hingegen die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen geschaffene „Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen" mit ihrem Vorsitzenden Olof Palme.[61] Als ein führendes Mitglied der Kommission agierte Egon Bahr, Vertrauter des Parteichefs Willy Brandt. Er etablierte auch den Begriff der „gemeinsamen Sicherheit", die den Bericht der Palme-Kommission betitelte, der 1982 erschien. Bahr bezeichnete das neue Wettrüsten als „Gefahr", denn die Fähigkeit von Wissenschaft und Technik, neue Waffensysteme zu entwickeln, wüchsen schneller als die Fähigkeit der Politik, sie zu beherrschen.[62] In einer „Welt voller globaler Spannungen", so die Kommission, zeige sich eine „Tendenz, alles auf einen Krieg zutreiben zu lassen", auf einen Atomkrieg, den keine Seite gewinnen könne. Deshalb müssten beide Seiten auf gemeinsame Sicherheit setzen, „Sicherheit erlangen nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm". Man könne nur „gemeinsam überleben". Damit sei der Sicherheitsbegriff zu erweitern, über militärische und materielle Aspekte hinaus um eine Dimension, die den Bürgern aller Nationen die Möglichkeit gebe, ihre Zukunft nach eigener freier Wahl zu bestimmen.[63] Die Palme-Kommission zielte damit nicht nur auf die partizipative Dimension von Sicherheit, auf die auch die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975 Bezug nahm, sondern meinte eine Form globaler Solidarität. Im Anschluss an den Brandt-Bericht argumentierte sie, gemeinsame Sicherheit sei nicht nur für Ost und West, sondern auch für die Länder der „Dritten Welt" wichtig. Diese besäßen keine Atomwaffen, seien aber seit 1945 Schauplatz der „meisten Gewalttaten gewesen". Die wirtschaftliche Unterentwicklung und die mangelhafte Verteilung von Ressourcen hätten Spannungen und Konflikte geschürt und verschärft. Dabei seien die globalen Probleme ineinander verwoben – also interdependent: Neue Rüstungstechnologien verbrauchten knappe Ressourcen, die bei der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme, der Vermeidung von Hunger und Unterentwicklung fehlten, und Unterentwicklung produziere neue Konflikte. Deshalb warb der Palme-Bericht für Rüstungskontrolle und weitreichende Abrüstungsvereinbarungen. Stufen-

61 Vgl. Schmidt (2015).
62 Bahr (1982), S. 7; vgl. nun Wiechmann (2017), 297-306.
63 Palme (1982), S. 14 u. 12 u. 20.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

weise sollte eine von nuklearen Waffen freie Zone in Mitteleuropa geschaffen werden.[64]

Die Palme-Kommission war nicht unumstritten: Ihre Abrüstungsforderungen und ihre Unterstützung durch die Sowjetunion (die an der Kommission beteiligt war) gaben ihr im Westen – etwa in der Wahrnehmung der Carter-Regierung, aber auch bei Anhängern eines anderen Sicherheitsbegriffs im SPD-Flügel um Schmidt – einen neutralistischen Anstrich.[65] Das Leitbild der „gemeinsamen Sicherheit" übte große Wirkung auf die europäische Sozialdemokratie der 1980er Jahre aus, verstärkte aber auch die Fliehkräfte. Für die SPD besaß die Idee der „gemeinsamen Sicherheit" enorme Sprengkraft: Der zunehmend erbittert geführte Streit um die Nachrüstung drehte sich in zentraler Weise um die unterschiedlichen Konzepte und Wahrnehmungen von Sicherheit – obendrein kollidierte hier ein parlamentarisches Politikverständnis mit einem partizipativen. Schließlich stellte sich die SPD nach dem Rücktritt Schmidts auf ihrem Bundesparteitag in Essen 1984 mit wenigen Gegenstimmen hinter das Konzept der „gemeinsamen Sicherheit". Dieses vertrat auch Parteichef Brandt, der sich aus Parteiräson zunächst zurückgehalten hatte. In diesem Sinne avancierte die „gemeinsame Sicherheit" in der Folge zur Grundlage von Gesprächen der SPD mit Vertretern der sozialistischen Einheitsparteien in Ostmitteleuropa.[66]

Wie gesehen griff das Leitbild der „gemeinsamen Sicherheit" erkennbar über die genuine militärische Sicherheitspolitik hinaus. Es bezog sich auch auf die Zukunft der globalen Umwelt- und Ressourcensicherung – die mit dem von US-Präsident Carter in Auftrag gegebenen Bericht „Global 2000" 1980 neu aktualisiert worden war[67] – und den Nord-Süd-Gegensatz. Damit verband es militärische, ökonomische, humanitäre und Umwelt-Sicherheit in einer globalen Perspektive. Die Brundtland-Kommission führte diese Elemente eines erweiterten Sicherheitsverständnisses zusammen und betitelte sie in einer Verbindung von Gefährdungs- und Aufbruchskommunikation mit dem Leitbild des „sustainable development".

64 Palme (1982), S. 28, vgl. S. 17-29.
65 Vgl. Schmidt (2015), S. 350.
66 Vgl. Rother / Schmidt (2009); Rother (2012); zur Verbindung von Nachrüstungsdebatte und Politikstil Hansen (2016); kritisch zur „Nebenaußenpolitik" der SPD Fischer (2001).
67 Vgl. Barney (1980).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

2. „Nachhaltige Entwicklung" und die Versicherheitlichung von Umwelt und Entwicklung

1972 war im Kontext der Stockholm-Konferenz das „United Nations Environment Programme" (UNEP) gegründet worden. Diese Organisation suchte Anfang der 1980er Jahre die global gedachte Verbindung von Umwelt- und Entwicklungspolitik zu beleben und mit einem neuen Label zu versehen. Den Hintergrund bildeten ökonomische und weltpolitische Verschiebungen. Die Krise des Keynesianismus, der die weltwirtschaftlichen Erschütterungen der 1970er Jahre nicht hatte verhindern können, ging einher mit dem Aufstieg des Monetarismus und der Angebotsökonomie.[68] In den westlichen Industriestaaten setzte ein Wandel wirtschaftspolitischer Konzepte hin zur Angebotsorientierung und Liberalisierung der Märkte ein. Damit verloren Forderungen nach einer solidarischen, staatsinterventionistischen Weltwirtschaftsordnung an Bedeutung. Im Lichte dessen richteten die Vereinten Nationen 1983 die „World Commission on Environment and Development" ein. Diese führte unter dem Vorsitz der norwegischen Sozialdemokratin Gro Harlem Brundtland Politiker und Wissenschaftler aus West, Ost und Süd zusammen. Mit Volker Hauff war auch ein deutscher Sozialdemokrat vertreten.[69]

Gro Harlem Brundtland rechtfertigte die Existenz der Kommission mit der Dringlichkeit eines globalen Umdenkens angesichts existenzieller Gefahren. Dabei verwies sie explizit auf die Brandt- und Palme-Kommissionen. Es sei sofortiges, aber auch langfristiges, auf gemeinsame Sicherheit ausgerichtetes Handeln nötig:

> „There is an urgent need to fashion a long-term, integrated, global strategy for survival on this planet. We face enormous problems and threats to our common future. Widespread poverty and concentrated affluence result in increased depletion of resources and environmental degradation that add to political tensions and increased global instabilities. In the age of nuclear weapons we all live in the shadows of unprecedented destruction. We need a policy for common survival and common security, a strategy for a common future."[70]

68 Vgl. dazu den Beitrag von Wencke Meteling in diesem Band.

69 UN Secretary General Perez de Cuellar an Brundtland, 22.12.1983, in: UN Archives, S 1051 0014 05; vgl. Borowy (2014), S. 51 f. u. 56; Interview der Autorin mit Volker Hauff, Köln, Mai 2014.

70 UNEP, 30.5.1984, Annex I: Gro Harlem Brundtland, Statement by the Chairman of the World Commission on Environment and Development, First Meeting of the

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Mithin argumentierte Brundtland ähnlich wie Brandt mit drohenden Umweltkonflikten und Instabilitäten durch den weltpolitischen Gegensatz von Arm und Reich und verband dies mit Verweisen auf den möglichen Atomkrieg. Deshalb sei eine Strategie für die gemeinsame Zukunft nötig. Mit der Verbindung von Bedrohungs- und Aufbruchskommunikation suchte Brundtland der Kommission mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen und notwendige Mittel der nationalen Regierungen zu akquirieren.[71]

Die Brundtland-Kommission sah ihre Aufgabe in der Thematisierung von Zukunftsproblemen, die aus der wachsenden globalen Interdependenz entsprangen. Dazu gehörten die Verbindung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen wie der Treibhauseffekt, der Saure Regen, mögliche Wasserknappheit, aber auch die Rodung der Wälder und die Überlastung der Böden im globalen Süden; letztere seien vor allem dadurch evoziert worden, dass der Süden mit seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Norden und der Schuldenkrise eigene Ressourcen übernutze und wenig Mittel vorhanden seien, Schäden einzudämmen. Ebenso thematisierte die Kommission Bedrohungen durch das nukleare Zeitalter – hier mit Verweis auf den Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl 1986 – und den möglichen Atomkrieg als eine der größten Gefahren für Mensch und Umwelt. Als Wurzel der Probleme benannte die Kommission die globale Interdependenz. Interdependenz meinte auch hier die gegenseitige Abhängigkeit von Nord und Süd, West und Ost und die Verkopplung von Umwelt- und Entwicklungsproblemen: „The environmental problems of the poor affect the rich, as well; if we fail to manage interdependence they may be transmitted through political instability and turmoil.“[72] Damit zeichne sich auch die Verflechtung der Krisen („The Interlocking Crises“) ab: „These are not separate crises: an environmental crisis, a development crisis, an energy crisis. They are all one.“[73]

Die Rede von der Interdependenz hatte wie gesehen verschiedene Wurzeln: Sie entstammte dem ökologischen Denken, dem systemtheoretischen

---

Intergovernmental Inter-Sessional Preparatory Committee on the Environmental Perspective of the Year 2000 and Beyond, 28.5.1984, in: PAAA 132176.

71 Vgl. Waever (1995), S. 63; zu den finanziellen Problemen der Brundtland-Kommission Akte im PAAA 132283, u. a. Fernschreiben aus Genf an AA, 3.3.1986.

72 UNEP, 30.5.1984, Annex I: Gro Harlem Brundtland, Statement by the Chairman of the World Commission on Environment and Development, First Meeting of the Intergovernmental Inter-Sessional Preparatory Committee on the Environmental Perspective of the Year 2000 and Beyond, 28.5.1984, in: PAAA 132176.

73 World Commission on Environment and Development (1987), No 11.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Interdependenzverständnis, welches die Debatte über die „Grenzen des Wachstums" geleitet hatte, und den Dependenztheorien, welche die Diskussion um den Nord-Süd-Konflikt angefacht hatten. Zugleich zirkulierten in der amerikanischen Diskussion, aber auch in der europäischen Sozialdemokratie – wie bei Schmidt – Thesen zu einer globalen Interdependenz, die in erster Linie auf *ökonomische* Interdependenz und die Sicherheit des *Westens* abhoben. Hingegen zielte die Brundtland-Kommission nicht auf das Ökonomische, sondern auf die Verwobenheit globaler Umwelt- und Entwicklungsfragen, und nicht auf den Westen, sondern die gemeinsame, solidarische Lösung globaler Probleme. Die Diskussion in der Kommission verhärtete sich dann allerdings in der Frage einer Priorisierung zwischen Umwelt und Entwicklung. Vertreter westlicher Staaten – aus Skandinavien und der Bundesrepublik – drängten auf globale Umweltstandards. Hingegen argumentierten Vertreter des Südens, Armut sei als mangelnde Entwicklung Ausgangspunkt und Folge vieler Umweltprobleme. Deshalb sei zuerst die Armut zu bekämpfen, durch bessere Terms of Trade und Schuldenerlass für Entwicklungsländer.[74] Die Interdependenz verklammerte beides, und jede Seite sollte sich damit – in einem idealistischen Verständnis – die Interessen der anderen zu eigen machen. Damit erschien globale Interdependenz in gewissem Sinne auch als Lösung, denn nur in der wechselseitigen Abhängigkeit und in gemeinsamer Anstrengung ließen sich die Gefahren abwenden, so der Brundtland-Report.[75] Diese Verschränkung kennzeichnete schließlich auch die gefundene Definition von „nachhaltiger Entwicklung": „Humanity has the ability to make development sustainable to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs." „Nachhaltige Entwicklung" umfasste damit sowohl die gegenwärtigen Bedürfnisse der Entwicklung als auch die kommenden Bedürfnisse der Umwelt- und Ressourcensicherung, und sie verband sich nicht mit Verzicht auf Wachstum, der aus sozialdemokratischer Perspektive das Fundament des globalen Wohlstands bildete.[76] In diesem Sinne trat die Brundtland-

74 Zu den Sitzungen Borowy (2014), S. 75-161.

75 UNEP, 30.5.1984, Annex I, Gro Harlem Brundtland, Statement by the Chairman of the World Commission on Environment and Development at the First Meeting of the IIPC, 28.5.1984; ähnlich WCED, Statement of Brundtland at the Opening Session of the Inaugural Meeting of the WCED, Geneva, 1-3 Oct 1984, in: PAAA 132176.

76 World Commission on Environment and Development (1987), No 27.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kommission für einen erweiterten Sicherheitsbegriff ein: „The whole notion of security as traditionally understood in terms of political and military threats to national sovereignty – must be expanded to include the growing impacts of environmental stress –locally, nationally, regionally, and globally."[77]

Um „sustainable development" zu erreichen, forderte die Brundtland-Kommission wie die Brandt-Kommission einen internationalen Fonds, in den der Norden zugunsten der Südländer investieren sollte. Ebenso sollte die technologische Effizienz beim Verbrauch von Material und Energie gesteigert werden. Die Idee eines internationalen Fonds war in ihrer staatsinterventionistischen Signatur im Zeichen einer Liberalisierung des Welthandels nicht umsetzbar. Doch drang die Brundtland-Kommission erfolgreich darauf, eine große UN-Konferenz zum Thema einzuberufen, welche den eigenen Forderungen politische Wirkungskraft verleihen sollte. Dieser UN-Gipfel zu Umwelt und Entwicklung, der „Erdgipfel", fand 1992 in Rio de Janeiro statt. An ihm nahmen auch viele westliche Regierungschefs wie Gro Harlem Brundtland und Bundeskanzler Helmut Kohl persönlich teil. Mit dem Ende des Kalten Krieges war zunächst die Gefahr des Atomkriegs zwischen West und Ost gebannt. Damit entfiel auch ein entscheidendes Bedrohungsszenario internationaler Sicherheitskonzepte. Zugleich löste das Aufbrechen der jahrzehntelangen Blockkonfrontation eine neue Handlungsdynamik in den westlichen und östlichen Gesellschaften aus, welche globalen Regelungen im Bereich der Umwelt Vorschub leistete.[78] Angesichts des „political vacuum" hofften auch die Verantwortlichen im globalen Süden auf neue Möglichkeiten der Durchsetzung eigener Interessen.[79] In Rio wurden in vielerlei Hinsicht die Debatten zwischen Nord und Süd, zwischen Umwelt- und Entwicklungsinteressen wiederholt. Die verabschiedete Deklaration forderte konkret dazu auf, Umweltpolitik am Vorsorgeprinzip auszurichten „to ensure that activities within their jurisdiction or control do not cause damage to the environment of other States."[80] Dennoch klammerte sie viele strittige Fragen aus, etwa die Rolle transnationaler Unternehmen oder die problematische Rodung von Wäldern und das Bevölkerungswachstum im Süden. Deshalb wurde der Erdgipfel später bitter als Ausdruck einer „unholy alliance between development enthusi-

77 World Commission on Environment and Development (1987), No 86.
78 Radkau (2011), S. 498-506.
79 Uekötter (2010), S. 344.
80 United Nations Conference on Environment and Development (1992), Principle 2.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

asts in the South and growth fatalists in the North" charakterisiert.[81] Allerdings verabschiedeten die Regierungschefs in Rio die Agenda 21, welche im Sinne einer Verbindung globalen Denkens und lokalen Handels die lokale Umsetzung nachhaltiger Entwicklung vorantreiben sollte, und die Klimarahmenkonvention, welche den Startschuss für die Institutionalisierung der internationalen Klimapolitik bildete, die dann den Klimawandel wiederum als Sicherheitsproblem definierte.[82] Im Vergleich zum Brundtland-Bericht, den eine Verbindung von Aufbruchs- und Gefährdungskommunikation gekennzeichnet hatte, vermittelte die Agenda 21 ein offeneres und optimistischer unterlegtes Verständnis der Zukunft, das sich von der Versicherheitlichung wegbewegte. So war nicht mehr von „threats", sondern von „concerns for sustainable development" die Rede. Damit suchten die Regierungschefs offenkundig Handlungsorientierung zu signalisieren, was ihrer eigenen Repräsentation diente, und zugleich stärkere politische Unverbindlichkeit zu kommunizieren.[83]

Nach der Rio-Konferenz entfaltete die Formel von der „nachhaltigen Entwicklung", die eine Balance von Ökologie, Ökonomie und Sozialem im globalen Rahmen versprach, auf UN-Ebene und in den westeuropäischen Staaten eine gewisse Sogwirkung. Zum einen spielte dafür die partizipative Aufladung des Leitbilds eine Rolle. Die Agenda 21 sah eine Umsetzung von „nachhaltiger Entwicklung" auf lokaler Ebene vor, die in der Folge viele Städte und Gemeinden aufgriffen. Darauf hatten internationale Umwelt-NGOs hingearbeitet, die in Rio vor Ort präsent waren und konkrete Schritte gegen die globale Umweltbelastung forderten.[84] Zum anderen machten die zukunftsorientierte bzw. ethische Aufladung und die kongeniale Vagheit des Begriffs das Bekenntnis zu einer „nachhaltigen Entwicklung" für Parteien höchst attraktiv.[85] Die SPD hatte schon 1989 – initiiert vor allem durch Eppler und Hauff – die „dauerhafte Entwicklung" in ihr Berliner Parteiprogramm aufgenommen und 1991 eine Enquete-Kommission beantragt, welche die „zukunftsverträgliche Entwicklung" einfor-

81 Sachs (1993), S. 8.
82 Grauvogel / Dietz (2014).
83 United Nations Conference on Environment and Development (1992), Principle 1.
84 Vgl. Johnson (1993); Jolly u. a. (2004), S. 181 ff.
85 Hierzu kritisch Eblinghaus / Stickler (²1996).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

derte;[86] die Kommission trugen 1995 auch Union, FDP und Grüne mit.[87] 1994 fand die „nachhaltige Entwicklung“ Eingang in Programme der Grünen und der CDU. Die Grünen hatten zwar den Sicherheitsbegriff in ihrer Anti-Kernkraft-Kommunikation geweitet, aber sich gegenüber der „nachhaltigen Entwicklung" zurückhaltend gezeigt. Die Christdemokraten verwiesen entsprechend eigener programmatischer Traditionen auf die Verbindung von internationaler Solidarität, Subsidiarität und Sicherung der künftigen Lebensgrundlagen in der „Einen Welt“: „Zunehmend ist sichtbar geworden, daß alle Menschen bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in einer weltweiten Risikogemeinschaft leben.“[88] In der Tat deutete sich an, dass „nachhaltige Entwicklung“ nun weniger mit Gefahrenperzeption denn mit Risikokommunikation verknüpft wurde: Um Handlungsfähigkeit und Zuversicht zu demonstrieren, unterstrichen politische Akteure mit der Kategorie des „Risikos“ ein Verständnis von der Beherrschbarkeit von Umwelt- und Entwicklungsgefahren, das die Bedeutung der menschlichen (oder politischen) Entscheidung in den Mittelpunkt stellte.[89]

Erkennbar löste sich in den 1990er Jahren die Rede von der „nachhaltigen Entwicklung“ vom Sicherheitsverständnis. Zunehmend entstand nun ein neuer hegemonialer Nachhaltigkeits-Diskurs, der sich in eine „neoliberal“ getönte Weltsicht und eine kapitalistische Gründerzeitstimmung ein-

86 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, http://library.fes.de/pdf-files/bibliothek/retro-scans/fa90-00398.pdf (23.6.2017), S. 15; Antrag der Fraktion der SPD, Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Bewertungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft”, 10.10.1991, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksache 12/1290.

87 Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, Einsetzung einer Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung”, 31.5.1995, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksache 13/1533.

88 Bündnis 90/Die Grünen, Programm zur Bundestagswahl 1994, https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/stiftung/1994_Wahlprogramm.pdf; Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, Hamburg, 1994, in: http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Beschluesse/1994_Grundsatzprogramm_Hamburg.pdf (23.6.2017) , S. 86, 106 f.

89 Vgl. Hannig (2014); zur Unterscheidung der Semantiken von Bedrohung, Gefahr und Risiko in der Sicherheitskommunikation auch Wiechmann (2017), S. 360-368.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

passte, die durch eine Liberalisierung des Welthandels, eine verstärkte wirtschaftspolitische Orientierung am Marktprinzip und die Aufbruchsstimmung eines „Green Capitalism" gekennzeichnet war. Das Verständnis „nachhaltiger Entwicklung" verband sich nun weniger mit der Wahrnehmung globaler Interdependenz, mit der Versicherheitlichung von Umwelt und Entwicklung und der Suche nach weltpolitischer Solidarität in einer Mischung aus Gefährdungs- und Aufbruchskommunikation, welche den Aufstieg des Leitbilds in einer Zeit weltwirtschaftlicher Krisen und politischer Unsicherheit eingeleitet hatte; sondern Nachhaltigkeit bedeutete nun ökologische Modernisierung, technologische Effizienz und eine nachhaltig-zukunftsorientierte Politik zur Steigerung der (nationalen) ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit im Prozess der Globalisierung. Auch und gerade Sozialdemokraten – die SPD und die Labour Party – trieben diese tendenzielle Ökonomisierung des Leitbilds „nachhaltige Entwicklung" voran.[90] Zugleich lässt sich diese Ökonomisierung auch als Prozess der Entsicherheitlichung von „nachhaltiger Entwicklung" lesen.

Fazit

Das Sicherheitsverständnis in den westlichen Industriestaaten erweiterte sich in den 1970er und 1980er Jahren signifikant, und dies ging mit einer Krise und Neuinterpretation dominierender politischer Zukunfts- und Fortschrittsverständnisse einher. Zum einen weitete sich der Sicherheitsbegriff *inhaltlich* von der vornehmlich militärisch-außenpolitischen Dimension hin zu einer Verknüpfung von Umwelt-, ökonomischer, sozialer und humanitärer Sicherheit. Zudem anderen wurde Sicherheit *räumlich global* gedacht, aus der Herausforderung wachsender globaler Interdependenz hergeleitet und auf eine Weltgesellschaft bezogen, in der Ost und West, Nord und Süd zunehmend voneinander abhängig seien und drohende globale Gefahrendimensionen – nämlich Umwelt-, Entwicklungs- und Rüstungsproblematiken – sich wechselseitig bedingten. In dieser Erweiterung des Sicherheitsbegriffs und der Verbindung von *Aufbruchs-* und *Gefähr-*

90 Mit weiterer Literatur Seefried (2015a). Damit wird anders als bei Dingler (2003) ein neuer hegemonialer Diskurs der späten 1990er Jahre identifiziert, der auf die Ökonomie ausgerichtet ist. Gerade die Genese sozialdemokratischer Deutungen von „nachhaltiger Entwicklung" zeigt, dass dort zunächst die Ökonomie nicht priorisiert wurde.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dungskommunikation liegen die Wurzeln des modernen Nachhaltigkeitsdiskurses.

Es waren vor allem europäische *Sozialdemokraten*, die den Sicherheitsbegriff in den 1970er Jahren – in Interaktion mit Experten und Zivilgesellschaft – aktiv erweiterten und zugleich globalisierten. Die Sozialdemokratie stand traditionell für eine Ordnungsfunktion des Staates und ein Verständnis sozialer Sicherheit. Nun konzeptionalisierten vor allem Vertreter der bundesdeutschen und skandinavischen Sozialdemokratie globale Sicherheit. Dabei rückten sie traditionelle sozialdemokratische Programmelemente – Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Frieden – auf die globale Ebene, suchten nach (welt-)gemeinschaftlichen Lösungen und synthetisierten dies mit dem vagen Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.[91] Dies hatte auch eine politische Legitimationsfunktion: Das sozialdemokratische Selbstbild einer Partei der Zukunft, die den Fortschritt in der industriellen Moderne verkörperte, geriet in den 1970er und 1980er Jahren in die Defensive. Infolge der sozioökonomischen und politischen Transformationsprozesse erodierte der sozialdemokratische Demokratisierungs- und Planungsoptimismus der 1960er Jahre. Sozialdemokraten rezipierten ökologische Krisen- und Gefahrendiskurse und stellten teilweise die technisch-industrielle Moderne in Frage. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs, die in die Konzeption des Leitbilds „nachhaltige Entwicklung" mündete, sollte die Sozialdemokratie aus der Defensive herausholen und Legitimation für neue Aufgaben schaffen. In diesem Sinne war die Deutung globaler Interdependenz nicht nur eine Diagnose und Prognose, sondern auch ein Lösungsansatz, da sie die gemeinsame Lösung gemeinsamer Probleme versprach. Dies war in der idealistischen Grundausrichtung nur sehr bedingt umsetzbar; doch bot das neue Sicherheitsverständnis Sozialdemokraten, die tendenziell auf dem linken Parteiflügel verortet waren, die Möglichkeit, der auch andernorts erfolgten Ausweitung des Sicherheitsbegriffs – etwa Helmut Schmidts ‚westlichem' Sicherheitsverständnis – eine eigene Interpretation entgegen zu stellen; diese beschrieb zwar die Gefahrendimensionen in grellen Farben, sollte aber an die erfolgreiche sozialdemokratische Neue Ostpolitik anknüpfen und war mit der Betonung von Solidarität und Frieden auf globaler Ebene aufbruchs- und in der politischen

91 Zweifellos war Frieden auch vorab weltpolitisch gedacht worden, aber nun rückte nicht die Ost-West-Dimension, sondern die Nord-Süd-Dimension und die Erfordernis der gemeinschaftlichen Lösung von Weltproblemen in den Blickpunkt; vgl. auch Kuchenbuch (2012).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Kommunikation zukunftsorientiert. Insofern gerieten in den 1970er Jahren große Zukunftsentwürfe und Planungsbegeisterung der Sozialdemokratie in eine Krise; und dennoch lassen sich die 1970er und 1980er Jahre nicht als Ende des Fortschrittsdenkens und Zeit der Modernitätskritik lesen.[92] Sie stehen im Hinblick auf die Geschichte der „Zukünfte" für eine Transformationszeit: Obwohl Gesellschaften „pluritemporal" sind, also immer unterschiedliche Zeitwahrnehmungen nebeneinander existier(t)en,[93] zeigt auch dieses Beispiel, dass in den 1970er Jahren Verständnisse von Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit auf den Prüfstand gestellt wurden und aus Krisenwahrnehmungen neue Aufbrüche hervorgingen. In der Tat verknüpften viele Sozialdemokraten in den 1990er Jahren, herausgefordert durch ökonomisch gefilterte Debatten um den „Standort Deutschland" und den Sog der Liberalisierung des Welthandels, das Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung" verstärkt mit einer Ökonomisierung und neuen Modernisierungskonzepten; dies lässt sich zugleich als Entsicherheitlichung von Nachhaltigkeit deuten.

Literaturverzeichnis

Andrews, Richard N. L. (1999), Managing the Environment, Managing Ourselves. A History of American Environmental Policy, New Haven.

Bahr, Egon (1982), Vorwort, in: Olof Palme (Hg.), Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin, S. 7-9.

Barney, Gerald O. (1980), The Global 2000 Report to the President. Entering the 21st Century, Washington, D.C.

Becker-Schaum, Christoph u. a. (Hg.) (2012), „Entrüstet euch!". Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u. a.

Böhm, Enrico (2014), Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975-1981), München.

Borowy, Iris (2014), Defining Sustainable Development for Our Common Future. A History of the World Commission on Environment and Development (Brundtland Commission), Milton Park u. a.

92 Dezidiert zur Modernitätskritik der christlichen Friedensbewegung Wiechmann (2017), S. 19 u. 406 ff.; zur Diskussion um ein „Ende der Zuversicht" in den 1970er Jahren u. a. Jarausch (2008), Doering-Manteuffel / Raphael (³2012), S. 135 f.; Seefried (2015a); Esposito (2016).

93 Landwehr (2012), S. 25-29.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Brandt, Willy (1972a), Umwelt als internationale Aufgabe. Rede auf der Tagung der Nobel-Preisträger in Lindau, 26.6.1972, in: Bulletin der Bundesregierung, 28.6.1972, S. 1285-1289.

Brandt, Willy (1972b), Die „Qualität des Lebens", in: Die neue Gesellschaft 19, S. 739-742.

Brandt, Willy (1980), Wandel tut not: Frieden, Ausgleich, Arbeitsplätze, in: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission. Mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Köln, S. 11-40.

Buzan, Barry u. a. (1998), Security. A New Framework for Analysis, New York.

Carius, Alexander / Lietzmann, Kurt M. (Hg.) (1998), Umwelt und Sicherheit. Herausforderungen für die internationale Politik, Heidelberg.

Conze, Eckart (2009), Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von der Gegenwart bis zu den Anfängen, München.

Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38/3, S. 453-467.

Cosgrove, Dennis (1994), Contested Global Visions: One-World, Whole-Earth, and the Apollo Space Photographs, in: Annals of the Association of American Geographers 84/2, S. 270-294.

Daase, Christopher (2009), Der erweiterte Sicherheitsbegriff, in: Mir A. Ferdowsi / Muriel Asseburg (Hg.), Internationale Politik als Überlebensstrategie, München, S. 137-153.

Daase, Christopher (2010), Wandel der Sicherheitskultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50, S. 9-16.

Daase, Christopher u. a. (2013), Gesellschaftliche Verunsicherung als Herausforderung des Staates. Eine Einführung, in: Dies. (Hg.), Verunsicherte Gesellschaft – überforderter Staat. Zum Wandel der Sicherheitskultur, Frankfurt u. a., S. 9-32.

Declaration of the United Nations Conference on the Human Environment. Report of the United Nations Conference on the Human Environment held at Stockholm, 5-16 June 1972, in: The Results from Stockholm / Les Résultats de Stockholm/Stockholmer Resultate, Berlin 1973, S. 17-22.

von Detten, Roderich, Einer für alles? Zur Karriere und zum Missbrauch des Nachhaltigkeitsbegriffs, in: Dieter Füsslein (Hg.), Die Erfindung der Nachhaltigkeit: Leben, Werk und Wirkung des Hans Carl von Carlowitz, München 2013, S. 111-125.

Dingler, Johannes (2003), Postmoderne und Nachhaltigkeit. Eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung, München.

Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz (³2012), Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.

Dryzek, John (1997), The Politics of the Earth. Environmental Discourses, Oxford.

Eblinghaus, Helga / Stickler, Armin (²1996), Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development, Frankfurt/M.

Eckel, Jan (2014), Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Engels, Jens Ivo (2006), Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980, Paderborn.

Engfeldt, Lars Göran (2009), From Stockholm to Johannesburg and Beyond. The Evolution of the International System for Sustainable Development Governance and its Implications, Stockholm.

Eppler, Erhard (1971), Wenig Zeit für die Dritte Welt, Stuttgart.

Eppler, Erhard (1973), Die Qualität des Lebens, in: Günter Friedrichs (Hg.), Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens. Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Bd. 1, Frankfurt/M, S. 86-101.

Esposito, Fernando (2016), Von *no future* bis Posthistoire. Der Wandel des temporalen Imaginariums nach dem Boom, in: Anselm Doering-Manteuffel u. a. (Hg.), Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen, S. 393-423.

Faulenbach, Bernd (2011), Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969-1982, Bonn.

Ferguson, Niall u. a. (Hg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/Mass.

Fischer, Frank (2001), „Im deutschen Interesse". Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum.

Gassert, Philipp (2011), Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Ders. u. a. (Hg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München, S. 175-202.

Gebauer, Annekatrin (2005), Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf, Wiesbaden.

Geyer, Martin H. (2016), Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken. Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben, in: Ariane Leendertz / Wencke Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt/M u. a., S. 281-315.

Gottschlich, Daniela / Friedrich, Beate (2014), Das Erbe der Sylvicultura oeconomica. Eine kritische Reflexion des Nachhaltigkeitsbegriffs, in: GAIA 23/1, S. 23-29.

Graf, Rüdiger (2010), Between National and Human Security. Energy Security in the United States and Western Europe in the 1970s, in: Historical Social Research 35/4, S. 329-348.

Graf, Rüdiger (2014), Öl und Souveränität. Petroknowledge und Energiepolitik in den USA und Westeuropa in den 1970er Jahren, München 2014.

Grauvogel, Julia / Diez, Thomas (2014), Framing und Versicherheitlichung: Die diskursive Konstruktion des Klimawandels, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung 3/2, S. 203-232.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hannig, Nicolai (2014), Erforschungen des Gefährlichen. Zur Versicherheitlichung der Natur in den 1970er Jahren, in: Massimiliano Livi / Carlo Spagnolo (Hg.), Jenseits der Moderne? Die Siebziger Jahre als Gegenstand der deutschen und der italienischen Geschichtswissenschaft, Berlin, S. 175-193.

Haftendorn, Helga (1986), Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluß, München.

Hansen, Jan (2016), Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977-1987), Berlin u. a.

Hauff, Volker (1987), Vorwort, in: Ders. (Hg.), Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven, S. XI-XXV.

Herrera, Amílcar Oscar u. a. (1976), Catastrophe or New Society? A Latin American World Model, Ottawa.

Höhler, Sabine (2015), Spaceship Earth in the Environmental Age, London.

Hünemörder, Kai F. (2004a), Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950-1973), Stuttgart.

Hünemörder, Kai F. (2004b), Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 1970er Jahre, in: Frank Uekötter / Jens Hohensee (Hg.), Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart, S. 78-97.

Hünemörder, Kai F. (2010), Environmental Crisis and Soft Politics. Détente and the Global Environment, 1968–1972, in: Corinna R. Unger / John R. McNeill (Hg.), Environmental Histories of the Cold War, New York, S. 257-279.

Jarausch, Konrad (Hg.) (2008), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen.

Jolly, Richard u. a. (2004), UN Contributions to Development Thinking and Practice, Bloomington u. a.

Johnson, S. P. (1993), Introduction: Did we really Save the Earth at Rio?, in: Ders., The Earth Summit: The United Nations Conference on Environment and Development, London, S. 3-10.

Kapor, Ilan (2002), Capitalism, Culture, Agency: Dependency versus Postcolonial Theory, in: Third World Quarterly 23/4, S. 647-664.

Kuchenbuch, David (2012), „Eine Welt". Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 80er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 38/1, S. 158-184.

Kunkel, Sönke (2012), Zwischen Globalisierung, internationalen Organisationen und „Global Governance". Eine kurze Geschichte des Nord-Süd-Konflikts in den 1960er und 1970er Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 60/4, S. 555–577.

Kupper, Patrick (2003), Die „1970er Diagnose". Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43, S. 325-348.

Kupper, Patrick (2004), „Weltuntergangs-Vision aus dem Computer". Zur Geschichte der Studie „Die Grenzen des Wachstums" von 1972, in: Frank Uekötter (Hg.), Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart, S. 98-111.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Landwehr, Achim, Alte Zeiten, Neue Zeiten. Aussichten auf die Zeit-Geschichte, in: Ders. (Hg.), Frühe neue Zeiten. Zeitwissen zwischen Reformation und Revolution, Bielefeld, S. 9-40.

Leendertz, Ariane (2013), Interdependenz, Krisenbewusstsein und der Beginn eines neuen Zeitalters. Die USA und die Neuverortung der transatlantischen Beziehungen in den 1970er Jahren, in: Frank Bösch / Peter Hoeres (Hg.), Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen, S. 232-250.

Lipschitz, Ronnie (1995), On Security, in: Ders. (Hg.), On Security, New York, S. 1-23.

Lonergan, Steve (2000), Human Security, Environmental Security and Sustainable Development, in: Miriam R. Lowi / Brian R. Shaw (Hg.), Environment and Security. Discourses and Practices, New York, S. 66-83.

Lowi, Miriam R. / Shaw, Brian R. (Hg.) (2000), Environment and Security. Discourses and Practices, New York.

Mansholt, Sicco (1972), Offener Brief zur Revision der europäischen Gesamtwirtschaftspolitik, 9.2.1972, in: Heinrich von Nussbaum (Hg.), Die Zukunft des Wachstums. Kritische Antworten zum „Bericht des Club of Rome", Düsseldorf 1973, S. 333-339.

Mauch, Christof (2014), Mensch und Umwelt. Nachhaltigkeit aus historischer Perspektive, München.

McCormick, John (1989), Reclaiming Paradise. The Global Environmental Movement, Bloomington.

McNeill, John R. (2010), The Environment, Environmentalism, and International Society in the Long 1970s, in: Niall Ferguson u. a. (Hg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/Mass., S. 262-278.

Meadows, Dennis u. a. (1972a), The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind, New York.

Meadows, Dennis / Randers, Jorgen (1972b), Adding the Time Dimension to Environmental Policy, in: International Organization 26, S. 213-233.

Mende, Silke (2011), „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München.

Meteling, Wencke (2014), Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung – Zur politischen Maxime der „Standortsicherung" in den neunziger Jahren, in: Ralph Jessen (Hg.), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken, Werte, Institutionalisierungen, Frankfurt/M, S. 289-316.

Metzler, Gabriele (2005), Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn.

Moll, Peter (1991), From Scarcity to Sustainability. Future Studies and the Environment. The Role of the Club of Rome, Frankfurt/M u. a.

Nye, Joseph S. / Keohane, Robert O. (1977), Power and Interdependence. World Politics in Transition, Boston u.a.

O'Hara, Glen (2007), From Dreams to Disillusionment. British Economic and Social Planning in the 1960s, Basingstoke.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Palme, Olof (1982), Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit, Berlin.

Radkau, Joachim (2011), Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München.

Rist, Gilbert ([4]2014), The History of Development. From Western Origins to Global Faith, London u. a.

Rödel, Michael (2013), Die Invasion der ‚Nachhaltigkeit'. Eine linguistische Analyse eines politischen und ökonomischen Modewortes, in: Deutsche Sprache 2, S. 115-142.

Rome, Adam (2003), „Give Earth a Chance". The Environmental Movement and the Sixties, in: The Journal of American History 90, S. 525-554.

Rother, Bernd (2012), Common security as a way to overcome the (second) Cold War? Willy Brandt's strategy for peace in the 1980s, in: Frédéric Bozo u. a. (Hg.), Visions of the End of the Cold War in Europe 1945-1990, New York u. a., S. 239-252.

Rother, Bernd / Schmidt, Wolfgang (2009), Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992, in: Willy Brandt. Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992 (Berliner Ausgabe, Bd. 10), Bonn, S. 15-111.

Rothschild, Emma (1995), What is Security?, in: Daedalus 124/3, S. 52-98.

Sachs, Wolfgang (1993), Global Ecology and the Shadow of 'Development', in: Ders. (Hg.), Global Ecology. A New Arena of Political Conflict, London, S. 3-21.

Sargent, Daniel J. (2010), The United States and Globalization in the 1970s, in: Niall Ferguson u. a. (Hg.), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge, Mass., S. 49-64.

Schmidt, Helmut (1977), Neue Dimensionen der Sicherheit. Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977, in: Auswärtiges Amt (Hg.), 40 Jahre Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Dokumentation, Stuttgart 1989, S. 356-363.

Schmidt, Wolfgang (2011), Ein Modell für Global Governance? Die Vorschläge der Nord-Süd-Kommission 1977-1983, in: Bernd Rother (Hg.), Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse, Bonn, S. 249-269.

Schmidt, Wolfgang (2015), The Euromissile Crisis, the Palme Commission, and the Search for a New Security Model, in: Leopoldo Nuti u. a. (Hg.), The Euromissile Crisis and the End of the Cold War, Washington DC, S. 348-365.

Schulz-Walden, Thorsten (2013), Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969-1975), München.

Seefried, Elke (2011), Towards the Limits to Growth? The Book and its Reception in West Germany and Great Britain 1972/73, in: Bulletin of the German Historical Institute London 33/1, S. 3-37.

Seefried, Elke (2015a), Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, 1970-2000, in: Journal of Modern European History 13/3, S. 377-400.

Seefried, Elke (2015b), Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980, Berlin u. a.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Seefried, Elke (2017), Partei der Zukunft? Der Wandel des sozialdemokratischen Fortschrittsverständnisses 1960-2000, in: Fernando Esposito (Hg.), Zeitenwandel. Transformationen geschichtlicher Zeitlichkeit nach dem Boom, Göttingen, S. 193-225.

SPD (1972), Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 12. bis 13. Oktober 1972. Protokoll der Verhandlungen, Bonn.

Spohr, Kristina (2016), Helmut Schmidt. Der Weltkanzler, Darmstadt.

Steber, Martina (2017), Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945-1980 (i.E.).

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hg.) (1972), Wahlprogramm der SPD 1972. Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens, Bonn.

Uekötter, Frank (2010), The End of the Cold War: A Turning Point in Environmental History?, in: John R. McNeill / Corinna R. Unger (Hg.), Environmental Histories of the Cold War, Washington/Cambridge Mass., S. 343-351.

Unger, Corinna (2010), Histories of Development and Modernization: Findings, Reflections, Future Research, in: *H-Soz-Kult*, 9.12.2010, http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1130 (23.6.2017).

United Nations Conference on Environment and Development (1992), The Rio Declaration on Environment and Development (1992), http://www.unesco.org/education/pdf/RIO_E.PDF (23.6.2017).

Vorstand der SPD (1977), Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, Bonn.

Waever, Ole (1995), Securitization and Desecuritization, in: Ronnie Lipschitz (Hg.), On Security, New York, S. 46-86.

Ward, Barbara / Dubos, René (1972), Only One Earth. The Care and Maintenance of a Small Planet. An Unofficial Report Commissioned by the Secretary-General of the United Nations Conference on the Human Environment, Harmondsworth.

Wiechmann, Jan Ole (2017), Sicherheit neu denken. Die christliche Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte 1977-1984, Baden-Baden.

Wirsching, Andreas (2006), Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München.

World Commission for Environment and Development (1987), Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future, http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf (4.6.2017).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Standortsicherung = Zukunftssicherung. Zur angebotsökonomischen Modellierung von Zukunft in der Standortdebatte

Wencke Meteling

Mitte der 1970er-Jahre mehrten sich Sorgen um eine mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik, und seither kehrten sie in unregelmäßigen Abständen wieder.[1] Die Aussicht nachlassender Wettbewerbsfähigkeit rührte an einem Nerv, weil sich die Bundesrepublik als eingeschränkt souveräner Staat in hohem Maße über wirtschaftliche Stabilität definierte und deutsche Industrieunternehmen ihre Stärke gerade im Export bewiesen. Der hohe internationale Verflechtungsgrad der bundesdeutschen Volkswirtschaft machte sie indes auch besonders anfällig für Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung sowie Erschütterungen der internationalen Ordnung und der Weltwirtschaft, wie sie sich nach dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods und im Zuge der Ölpreiskrisen ergaben.[2] Die ökonomischen Turbulenzen und die zunehmende internationale wirtschaftliche Integration – neben dem Handel vor allem die ausländischen Direktinvestitionen – waren zwei wesentliche Faktoren, die das Thema Wettbewerbsfähigkeit auch in anderen fortgeschrittenen Industrieländern auf die Agenda von Politikern und Ökonomen brachten. Ihr Augenmerk richtete sich auf den Wettbewerb zwischen heimischen und ausländischen Industrien, in den 1990er-Jahren zunehmend auf den Wettbewerb zwischen Staaten.[3]

---

1 Siehe aus zeitgenössischer Sicht Biedenkopf / Miegel (1989), S. 11-18. – Für die Lektüre des vorliegenden Aufsatzes, Hinweise und Kommentare danke ich meinen Mitherausgebern sowie Ariane Leendertz. Stephanie Bode gilt mein Dank für ein hervorragendes Lektorat.

2 Vgl. zu den unsicheren Rahmenbedingungen aus bundesrepublikanischer Perspektive Geyer (2008); zum „Globalisierungsschock" in internationaler Perspektive Ferguson u. a. (2010); aus Perspektive der Unternehmensgeschichte Rosenberger / Reitmayer (Hg.) (2008).

3 Siehe DeMarting (2001), S. 217 f. Siehe die Definition von Sally (2001), S. 218: „The essence of inter-state competition is the competition of immobile factors, in-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Die Sorge um internationale Wettbewerbsfähigkeit war historisch beileibe nicht neu. Theorien internationaler Marktrivalität – der „jealousy of trade", wie ein berühmter Essay David Humes aus dem Jahr 1758 hieß – gehen bis ins 18. Jahrhundert zurück, als die Interdependenz von Politik und Wirtschaft erstmals zum zentralen Thema politischer Theorie wurde. Erfolg im internationalen Handel wurde zu einer Angelegenheit des militärischen und politischen Überlebens von Nationen – Wirtschaft wurde politisch und ist es seither geblieben.[4] In der Hochphase der ersten Globalisierung Ende des 19. Jahrhunderts waren Diagnosen und Prognosen zur Wettbewerbsfähigkeit einzelner Nationen, vorneweg im Rahmen der Weltmarktkonkurrenzen zwischen dem *British Empire* und dem aufsteigenden Deutschen Reich, besonders virulent und ein politisches sowie journalistisches Großthema, das nicht zuletzt mittels Statistiken zu wirtschaftlichen Erfolgsindikatoren wie Welthandelsanteilen und Weltproduktionsanteilen verhandelt wurde.[5]

Ende der 1980er-Jahre entfaltete sich eine öffentlich-politische Auseinandersetzung über eine mangelnde oder nachlassende Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik als „Wirtschaftsstandort", die in den frühen 1990er-Jahren enorme Breitenwirkung erlangte. Die Standortdebatte war die bislang umfassendste Diskussion in der Geschichte der Bundesrepublik über den Stellenwert von Wirtschaft und Unternehmertum und über die staatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften in Deutschland.[6] Im Mittelpunkt der Debatte stand mit der Gleichung *Standortsicherung = Zukunftssicherung* ein zutiefst angebotsökonomisch geprägter Glaubenssatz, der sich in den 1990er-Jahren als politische Ratio verbreitete.[7] Bei dieser Gleichung handelte es sich um die deutsche Konkretisierung eines transnationalen, neoliberalen Diskurses über internationale Wettbewerbsfähigkeit, der im globalen Norden hegemonial wurde. Auch die heutige Diskurslandschaft ist in hohem Maße durch ihn geprägt. Seine zentrale Gleichung lautet: *Wettbewerbsfähigkeit*

---

cluding national laws and government policies, for internationally mobile resources such as footloose capital."

4 Grundlegend die Studie von Hont (2005), hier bes. S. 1-5.

5 In historischer Langzeitperspektive zum Wettstreit um Produktivität Broadberry (1997).

6 Zur Debatte Meteling (2015); dies. (2014); Jarausch (2008); Ritter ([2]2007a), S. 351-373.

7 Zur Rolle der Angebotsökonomie in der Standortsemantik und umgekehrt Meteling (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

= *Zukunftsfähigkeit*. Sie ist das *ceterum censeo* ökonomischer und politischer Eliten führender Volkswirtschaften in der Ära der zweiten Globalisierung, die an der Spitze internationaler Wertschöpfungsketten operieren. Und die Gleichsetzung ist die wohl kürzeste Formel für eine dahinter stehende transnationale Regierungsrationalität, wobei „Regierung" hier als grundsätzlicher Steuerungsmechanismus, als regulative Idee für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu verstehen ist: Wettbewerbsfähigkeit wurde zu einer neoliberalen *governance*.[8]

Die Begriffe „Wettbewerbsfähigkeit", „Zukunftssicherung" und „Zukunftsfähigkeit" gehören zu den Grundbegriffen der politisch-sozialen Sprache des 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Angesichts ihrer Omnipräsenz in ganz unterschiedlichen Feldern könnte man argwöhnen, es handele sich um bloße „Plastikwörter als Bauelemente neuer Wirklichkeitsmodelle"[9] oder „leere Signifikanten"[10]. Die diskursive Gleichsetzung von „Wettbewerbsfähigkeit" mit „Zukunftsfähigkeit"[11] durchzieht so unterschiedliche Handlungsfelder wie Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bildungs- und Wissenschaftspolitik, Familien- und Sozialpolitik, Verkehrspolitik, Stadtentwicklungspolitik u.v.m. Sie ist so allgegenwärtig und selbstverständlich geworden, dass man sie leicht übersieht. Das macht sie historisch aber nicht minder bedeutsam, im Gegenteil: In der politischen Kommunikation erweisen sich gerade solche Wörter als strategisch und taktisch vorteilhaft, die abstrakt, bedeutungsoffen und somit nach vielen Seiten hin anschlussfähig sind.[12] So wie die sozialwissenschaftliche und historische Sicher-

8 Vgl. die Neoliberalismus-Definition von Brown (2015), S. 9 f.: „a normative order of reason developed over three decades into a widely and deeply disseminated governing rationality [which] transmogrifies every human domain and endeavor, along with humans themselves, according to a specific image of the economic. All conduct is economic conduct; all spheres of existence are framed and measured by economic terms and metrics, even when those spheres are not directly monetized." Äußerst anregend zum Nexus zwischen *competition* und Neoliberalismus und der „reorganization of state, society, institutions and individuals in terms of competitive dynamics and rules" unter New Labour die Studie des Soziologen Davies (2014) (Zitat S. 200).

9 So die Überschrift eines Kapitels in Pörksen ([7]2011) (urspr. 1988), S. 67-84. Er begreift „Experten als Funktionäre der Verwirklichung", S. 85-108.

10 Laclau (1994); in Bezug auf „Governance" Offe (2008); zu leeren Signifikanten in hegemonialen Innovationsprojekten, hier der Nanotechnologie, Wullweber (2014).

11 Vgl. zur „Zukunftsfähigkeit Deutschlands" aus zeitdiagnostischer sozialwissenschaftlicher Sicht den gleichnamigen Sammelband von Kocka (Hg.) (2006).

12 Steinmetz (2008), S. 189.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

heitsforschung „Sicherheit“ als „zentralen Wertbegriff“ und „Goldstandard des Politischen“[13] auffasst und untersucht, so sind auch „Wettbewerbsfähigkeit“ und „Zukunftsfähigkeit“ Wertbegriffe, die es zu historisieren gilt und die reiches Material bieten für eine historische Semantik der Zeitgeschichte.[14] Ihr Aufstieg hängt eng mit einer „Ökonomisierung“ des Sozialen im späten 20. Jahrhundert zusammen,[15] und diese wiederum ist nur zu verstehen im Kontext des Aufstiegs des Neoliberalismus seit den 1970er-Jahren.[16]

Der spezifisch ökonomisch geprägten Konzeptualisierung von Zukunft und Sicherheit in der Standortdebatte ist der folgende Beitrag gewidmet. Darin argumentiere ich, dass die Zukunft, um die es im Standortdenken ging, angebotsökonomisch modelliert war, und dass die angebotspolitische Formel *Standortsicherung = Zukunftssicherung*, die sich im Zuge der Standortdebatte in den 1990er-Jahren etablierte, eingebettet war in die übergeordnete, neoliberal imprägnierte Formel *Wettbewerbsfähigkeit = Zukunftsfähigkeit*. Hierzu greife ich Frageperspektiven und Konzepte aus

13 Daase (2011), S. 139; Conze (2005); siehe auch die Beiträge des Schwerpunktthemas „Sicherheit und Epochengrenzen“ in Geschichte und Gesellschaft: Zwierlein (2012); außerdem Wiechmann (2017).

14 Siehe das Plädoyer von Geulen (2010) für eine Erforschung des 20. Jahrhunderts anhand seiner politisch-sozialen Grundbegriffe; zu Begriffsrevolutionen und Bedeutungsverschiebungen seit den 1970ern Leendertz / Meteling (2016); zum politischen Sprachkampf in der Bundesrepublik der 1970er- und 1980er-Jahre Geyer (2011); außerdem die Studie von Scholl (2015) zu den diskursiven Aushandlungsprozessen von „Wirtschaft“ und „Politik“ im 20. Jahrhundert.

15 „... ‚economization’ can be defined as a process of establishing and accentuating a primacy of ‚the economic’ over society and politics, and of disseminating ‚economic’ terms, arguments, belief systems, and practices in society and public-political discourse and other fields or spheres previously assumed to be ‚non-economic’.” Ariane Leendertz (2017), Economization of the Social. A research group at MPIfG, Cologne, and a conference / book project (unveröffentlichtes Thesenpapier, S. 1). Leendertz leitet eine Forschungsgruppe „Ökonomisierung des Sozialen und gesellschaftliche Komplexität“ am Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln: http://www.mpifg.de/forschung/projdetails_de.asp?ProjekteID=313 (1.3.2017).

16 Vgl. den historischen Abriss von Harvey (2007); zu den ökonomischen Denkschulen des Neoliberalismus Biebricher (^{2}2015); zum Verhältnis zwischen Neoliberalismus und Staat in internationaler Perspektive ders. (2016); für die zeitgeschichtliche Diskussion Doering-Mantueffel / Raphael (^{3}2012); aus linkskritischer sozialwissenschaftlicher Perspektive auf die Bundesrepublik Butterwegge u. a. (^{2}2008).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

der historischen und sozialwissenschaftlichen (Un-)Sicherheitsforschung[17] und der zeithistorischen Zukunftsforschung[18] auf, deren Übergänge fließend sind. Was bedeutete es, den „Standort Deutschland" für die Zukunft zu „sichern", „wettbewerbsfähig" und dadurch „zukunftsfähig", ja „zukunftssicher" zu machen? Unter welchen Bedingungen und wie funktionierte das Bedrohungsnarrativ des „gefährdeten Standorts" in der politischen Kommunikation der Bundesrepublik? Auf welche und wessen Zukunft richtete sich der angebotsökonomische Lichtkegel? Welche Zukunftshorizonte eröffneten sich im Standortdenken, welche verengten oder schlossen sich? Und welche Erkenntnisse ergeben sich aus der Untersuchung der ökonomischen Modellierung von Zukunft und Sicherheit in der Standortdebatte für die zeitgeschichtliche Forschung zum späten 20. und frühen 21. Jahrhundert?

Das erste Kapitel befasst sich mit dem vorderen Teil der Gleichung: „Standortsicherung" (1). Darin skizziere ich kurz Genese und Durchbruch des Standortdenkens in der wirtschaftspolitischen Politikberatung der Bundesrepublik und lege dar, weshalb die Bedrohungskommunikation[19] über den „gefährdeten Standort" in den späten 1980er-Jahren verpuffte, während sie ab den frühen 1990er-Jahren erhebliche Resonanz fand. An einem prominenten Quellenbeispiel zeige ich die spezifische appellative Struktur der Maxime der „Standortsicherung". Die „Standort"-Proponenten versicherheitlichten globalen Wettbewerb und ‚ökonomisierten' soziale und nationale Sicherheit, so meine These. Das zweite Kapitel nimmt den hinteren Teil der Gleichung in den Blick: „Zukunftssicherung" (2). Darin zeige ich, dass die Zukunft, die im Namen des „Standorts" gesichert werden sollte, angebotsökonomisch modelliert war, und dass der Imperativ der „Zukunftssicherung durch Standortsicherung" dem neoliberalen Zeitregime ökonomischer Ungewissheit gehorchte und es zugleich mitkonstituierte. Die Formel *Standortsicherung = Zukunftssicherung* beförderte ein spezifisches Menschen- und Gesellschaftsbild und verdrängte oder desavouierte alternative politische Zukunftsentwürfe, gesellschaftliche Ord-

17 Geyer (2015); ders. (2016); Conze (2009); ders. (2012); Wiechmann (2017); aus der Soziologie zu Risiko und Zukunft Luhmann ([2]2006) (urspr. 1992); Bröckling (2008).

18 Seefried (2011); dies. (2015a); dies. (2015); dies (2015c); Graf / Herzog (2016); Henne (2016). Siehe auch die Synthese von Hölscher (2016b) und den Literaturbericht von Hölscher (2016a). Zu „Planung" van Laak (2008); ders. (2010).

19 Siehe Fechner u. a. (2014).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nungsvorstellungen sowie Menschen- und Weltbilder. In der Schlussbetrachtung „Wettbewerbsfähigkeit = Zukunftsfähigkeit“ (3) bündele ich meine Ergebnisse zur Ökonomisierung von Sicherheit und Zukunft in der Standortdebatte.

I. „Standortsicherung“

Die Bundesrepublik als „Wirtschaftsstandort“ zu denken, war voraussetzungsreich. Ursprünglich stammte das Konzept des Standorts aus der Betriebswirtschaftslehre und bezeichnete den Ort der betrieblichen Leistungserstellung.[20] Es war kein Zufall, dass das Konzept just seit der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre allmählich auf die ganze Volkswirtschaft als „Standort“ ausgedehnt wurde, als das Ende des Währungssystems von Bretton Woods und die erste Ölpreiskrise zu erheblichen Verwerfungen in der Weltwirtschaft führten und als exogener Schock auf die Bundesrepublik einwirkten. Allgemein trieb die Liberalisierung der Güter- und Kapitalmärkte die Integration der Weltwirtschaft und damit den internationalen Wettbewerb voran. Sinkende Kosten des Welt umspannenden Handelsverkehrs ließen geographische Distanzen schrumpfen, die Deregulierung der Finanzwirtschaft und die Finanzialisierung der Wirtschaft steigerten den grenzüberschreitenden, volatilen Kapitalverkehr, Schwellenländer stiegen zu Anbietern auf internationalen Produktmärkten auf, so dass sich insgesamt der Kostendruck auf Industrien der Ersten Welt erhöhte. Wenn man so will, war es naheliegend, den sich verschärfenden Wettbewerb auf den Güter- und Kapitalmärkten als Konkurrenz zwischen nationalen „Standorten“ aufzufassen und deren jeweilige Infrastrukturen, Steuer- und Rechtssysteme sowie Arbeitsmärkte zu vergleichen, so wie es multinationale Unternehmen und Investoren bei Standort- und Investitionsentscheidungen machten. Gängig wurde die Vorstellung des „internationalen Standortwettbewerbs“ in der Bundesrepublik aber erst Ende der 1980er-Jahre, breitenwirksam dann in den 1990er-Jahren.[21]

Frühe Spuren des neuen Standortdenkens finden sich in den Gutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung seit dem Krisenjahr 1975, als die Wirtschaftsweisen in ihrem

20 Vgl. Weber (1909).
21 Ausführlich hierzu Meteling (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Jahresgutachten das Konzept erstmals auf die westdeutsche Volkswirtschaft übertrugen und die Bundesrepublik explizit als „Standort" bezeichneten.[22] Diese Bezeichnungsinnovation[23] war aber noch kein strategisches Konzept, sondern Ausfluss einer veränderten Wahrnehmung des Strukturwandels durch den Sachverständigenrat, insbesondere der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme in der Stagflationskrise. Anstatt staatlicher Steuerung im Rahmen der keynesianischen Globalsteuerung, wie sie das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 und die „Konzertierte Aktion" verkörpert hatten, setzte der Sachverständigenrat nun mehrheitlich auf „strukturelle Anpassung" als Lösungsstrategie für die wirtschaftlichen Probleme. In den Jahren 1975 bis 1977 vollzog er mehrheitlich seine angebotstheoretische und -politische Wende.[24] Nicht die *Nachfrage*bedingungen, sondern die *Angebots*bedingungen bildeten demnach den Schlüssel zu Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Angebotspolitik zielte darauf, die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investitionen zu verbessern und entsprechende Anreize zu setzen. Hier fügte sich das Standort-Konzept ein: Ein nationaler Standort war dann attraktiv, wenn er günstige Bedingungen für Unternehmen und Investitionen bot. Immer mehr verbreitete sich unter Ökonomen und in der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik die Überzeugung, dass Wirtschaftswachstum von Investitionen abhänge, nicht von der gesamtwirtschaftlichen Steuerung durch den Staat und einer Nachfrageorientierung, wie es in der keynesianischen Globalsteuerung der Fall gewesen war. Die – anfangs nur sporadisch auftauchende – nationale Standortsemantik des Sachverständigenrates war Ausdruck dieses grundlegenden epistemischen Wandels innerhalb der ökonomischen Profession. Markierte das Bekenntnis zum Monetarismus und zur Angebotsökonomie im *embedded liberalism* der Nachkriegsära noch eine Außenseiterposition im Fach, in dem – an renommierten Universitäten ebenso wie in der Politikberatung – Keynesianer dominierten, entwickelte es sich in den 1970er- Jahren zur neuen Orthodoxie unter westlichen Ökonomen.

Eine Vorreiterrolle bei der Propagierung der „Standortproblematik" in der Bundesrepublik spielte das industriefinanzierte Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das an der Wende zu den 1980er-Jahren die erste Ta-

22 Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1975/76 vom 24. November 1975, „Vor dem Aufschwung".

23 Siehe die konzeptuelle Grundlegung in Leendertz / Meteling (2016).

24 Schanetzky (2007); ders. (2010).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gung zum Thema veranstaltete.[25] Aber es dauerte noch bis 1987/88, ehe das Thema eine breitere Öffentlichkeit erreichte und eine erste Welle entsprechender Zeitungsartikel und Bücher erschien, darunter die Veröffentlichungen der Wirtschaftsforschungsinstitute im Rahmen der Strukturberichterstattung zum „Standort Deutschland" im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums.[26] Spitzenmanager aus der Industrie wie Hans-Olaf Henkel, damals Chefmanager von IBM Deutschland, und Funktionäre bestimmter Branchen- und der Arbeitgeberverbände betrieben Agenda-Setting in deutschen und ausländischen Presseorganen, um auf drängende Wettbewerbsprobleme des „Standorts Deutschland" aufmerksam zu machen. Ihre Absicht war es, die Bundesregierung zu einer entschiedenen Unternehmenssteuerreform zu bewegen. In einem *Spiegel*-Interview argumentierte Henkel, unter den Bedingungen des europäischen Binnenmarktes werde sich der Standortwettbewerb weiter verschärfen und auch die Bundesrepublik bedrohen, wenn sie nicht rechtzeitig die Angebotsbedingungen für Unternehmen und Investitionen verbessere und wie andere europäische Staaten Steuererleichterungen für die Privatwirtschaft beschließe.[27]

Der beständige Verweis wirtschaftlicher Spitzenfunktionäre auf den künftigen Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt war mit einer rhetorischen Dramatisierungsstrategie gegenüber der politischen Öffentlichkeit verbunden, mit der Bundesregierung als primärem Adressaten. Die Funktionäre versuchten, eine politische Entscheidungssituation zu erzeugen, indem sie eine künftige Gefahr dramatisierten und die Dringlichkeit einer politischen Lösung beschworen.[28] Allerdings, und das war entscheidend für das baldige Abebben der ersten Standortdebatte, wollte die Bedrohungskommunikation nicht so recht funktionieren – die Versicherheitli-

25 Die Beiträge der Tagung „Die wirtschaftlichen Standortbedingungen der Bundesrepublik Deutschland in ihrer internationalen Verflechtung", die im November 1979 in Bonn Bad-Godesberg stattfand, erschienen 1980: Institut der deutschen Wirtschaft (1980).

26 Siehe Institut der deutschen Wirtschaft (1988); Fels / Vogel (1988); Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989).

27 Spiegel-Gespräch, „Irgendwann läuft das Faß mal über." Der deutsche IBM-Chef Hans-Olaf Henkel über die Gefahren für den Industriestandort Deutschland, in: Der Spiegel Nr. 6, 8. Februar 1988, S. 72-80.

28 Diese Überlegungen nach Andreas Langenohl, Eine Typologie von Sicherheitsmacht. Internes Arbeitspapier im SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit", 22.01.2015.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

chung des internationalen Wettbewerbs verfehlte ihre Wirkung. Zu gut fielen die Konjunkturdaten für die Bundesrepublik aus, seit 1983 hatte es einen kontinuierlichen Wirtschaftsaufschwung gegeben, und die niedrigen Direktinvestitionen sowie der Kapitalexport schienen bei genauem Hinsehen maßgeblich dem starken Kursverfall des Dollars und der dadurch bedingten Teuerung der D-Mark geschuldet, nicht einer vermeintlichen Schwäche der Bundesrepublik. Wirtschaftliche Integrationsprozesse schienen keine existenzielle Bedrohung für eine Volkswirtschaft darzustellen, die erst kürzlich zum „Exportweltmeister" geworden war. Mit solchen und ähnlichen Sachargumenten konterten einige kritische Journalisten in den Printmedien die Argumente der selbsternannten Sachwalter und Hüter des „Standorts Bundesrepublik". Deren Warnungen vor dem internationalen Standortwettbewerb taten sie als Unkenrufe des Unternehmerlagers im üblichen Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit ab.[29]

Diese nüchterne Einschätzung sollte sich nach der Wiedervereinigung ändern, als die erste Euphorie über die nationale Einheit abgeklungen war und sich die ökonomischen Krisenzeichen verdichteten. Unter den radikal gewandelten national-, europa- und weltpolitischen Rahmenbedingungen durch den systemischen Umbruch von 1989-1991 sowie die globale und nationale Rezession von 1992/93 akkumulierte sich der Problemdruck, der auf dem wiedervereinigten Deutschland lastete. Damit wandelten sich die Resonanzbedingungen für die Bedrohungskommunikation über den „gefährdeten Standort Deutschland" entscheidend. Jetzt schlug die Stunde der „Standort-Pessimisten" und „Standort-Kassandras", deren alarmistische Warnungen und Gefahrenszenarien *Spiegel*-Redakteure 1988 noch ausgehebelt hatten.[30] In einem wohl einzigartigen historischen Moment, als die „Wiedervereinigungskrise" und die schwerste Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik, das Ende der Blockkonfrontation, die Einführung des gemeinsamen europäischen Marktes und eine weltweite Rezession zusammenfielen, fanden dieselben Warnungen ein breites öffentlich-politisches Gehör. Den wortführenden „neoliberalen Dramatisierern" standen, idealty-

29 Siehe neben dem genannten Spiegel-Interview etwa Nikolaus Piper, Panik im Wunderland. Hohe Löhne sind keine Gefahr für den Industriestandort Bundesrepublik, in: Die Zeit Nr. 15, 8. April 1988.

30 Existenzgefahr für den Standort Deutschland?, in: Der Spiegel Nr. 17, 25. April 1988, S. 118-133, Zitate S. 122 u. 128 u. 133.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

pisch gesprochen, „keynesianische Beschwichtiger“[31] gegenüber, zu denen vor allem die Gewerkschaften und der linke Flügel der SPD, aber auch der christliche Arbeitnehmerflügel der CDU um den Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm gehörten. Die Erwägung oder Ankündigung von Produktionsverlagerungen ins kostengünstigere Ausland, vor allem ins nahegelegene Osteuropa, aber auch nach Ostasien, wirkte als effektiver politischer Hebel, um Forderungen aus der Industrie nach einer Kostensenkung (Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Unternehmenssteuern) politisch Gehör zu verschaffen. *Outsourcing* wurde in der öffentlichen Debatte noch nicht als Expansions- und Globalisierungsstrategie deutscher Unternehmen thematisiert, wie dies später der Fall war, sondern als Anzeichen deutscher „Standortschwäche“ und als empfindlicher Verlust von Arbeitsplätzen.[32] Das galt umso mehr, wenn Standortverlagerungen deutsche ‚Vorzeigebranchen‘ wie die Chemieindustrie oder den Anlagen-, Maschinen- und Fahrzeugbau betrafen.[33] Die Aussicht massenhafter Arbeitsplatzverluste wog schwer im wiedervereinigten Deutschland, das besonders durch den schwierigen Umbau der ostdeutschen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft von Massenarbeitslosigkeit geplagt war. 1993 überschritt die Arbeitslosenstatistik der Bundesrepublik die Drei-Millionengrenze.[34] Dabei hatte die kostenintensive Teilfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherungssysteme den Faktor Arbeit just in einer Phase

31 Begriffe nach Jarausch (2008). Sinnbildliche alarmistische Titel aus der zweiten Hochphase der Standortdebatte in den frühen 2000er-Jahren waren „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“ von Gabor Steingart (2004), zu dem es auch eine gleichnamige TV-Dokumentation gab, und „Ist Deutschland noch zu retten?“, ein weiterer Bestseller des Ifo-Präsidenten Hans-Werner Sinn (2004); beschwichtigend „Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle“ von Peter Bofinger (2005).

32 Zum deutschen neoliberalen Diskurs über Standortverlagerung in den 1990er-Jahren Piotti (2014). Hauptakteure dieses Diskurses waren Unternehmer, Manager, Ökonomen und Berater, die zusammen genommen 79% der in der Presse direkt zitierten Stimmen zum Thema ausmachten, siehe das statistische Schaubild in ebd., S. 23.

33 Siehe als Beispiel die Titelstory: Der Exodus hat begonnen. Deutschlands Unternehmer flüchten ins Ausland, in: Der Spiegel Nr. 4, 20. Januar 1992, S. 88-101.

34 1992 waren 2.978.570 Personen arbeitslos gemeldet, 1993 bereits 3.419.141 Personen. Bis 1997 stieg die Zahl auf 4.384.456; Zahlen nach: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2017, Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Jahre 1991-2016, Code: 13211 (Stand: 27.06.2017), https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=8700789AE5C65B5798F49561CA308800.tomcat_GO_1_2?operation=previous&levelindex=3&levelid=1498574106630&step=3.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

verteuert, in der sich die internationale Marktintegration weiter verdichtete.[35] In diesem gewandelten Kontext konnten die gleichen Protagonisten Macht zur Versicherheitlichung entfalten, d.h. es gelang ihnen nun öffentlichkeitswirksam, den verschärften internationalen Wettbewerb als eine Gefahr für Deutschland zu markieren, die dringender politischer Gegenmaßnahmen bedürfe. Dies war ihnen beim ersten Aufflackern der Standortdebatte 1987/88 noch nicht recht gelungen. Die Macht der Versicherheitlichung zeigte sich in den diskursiven Effekten: In Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien gab es eine erhöhte Sensibilität für die Standortproblematik.[36]

Innerhalb kurzer Zeit avancierte „Standort Deutschland" zu einem Leitbegriff der politischen Sprache – bei der Wahl zum Wort des Jahres 1993 rangierte „Standort D" direkt hinter „Sozialabbau"[37]–, seine „Sicherung" wurde programmatisch und die Losung *Standortsicherung = Zukunftssicherung* stieg zur politischen Maxime der Bundesregierung auf.[38] In einer breit rezipierten Rede, die Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Parteitag der CDU im Oktober 1992 hielt, räumte er der „Sicherung des Standorts Deutschland" neben der „Vollendung der inneren Einheit" und der Einigung Europas oberste Priorität ein und erhob sie zum Wahlkampfthema für die 1994 anstehenden Bundestagswahlen.[39] Unter „Standortsicherung" verstanden Kohl und andere Protagonisten in Politik, Wirtschaft und Medien zum einen gesetzgeberische Maßnahmen zur Förderung von Unternehmen und Direktinvestitionen. Im September 1993 verabschiedete der Bundestag ein entsprechendes Gesetz, das „Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt" (kurz: „Standortsicherungs-

35 Zu den Finanzierungsproblemen der deutschen Einheit Ritter ([2]2007a); ders. (2007b).

36 Zur typologischen Unterscheidung zwischen Macht *zur* und Macht *der* Versicherheitlichung siehe Andreas Langenohl, Eine Typologie von Sicherheitsmacht. Internes Arbeitspapier im SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit", 22.01.2015.

37 Siehe Wörter des Jahres 1993, http://gfds.de/aktionen/wort-des-jahres/ (1.3.2017).

38 Hierzu Meteling (2015).

39 Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB (26. Oktober 1992), in: Christlich Demokratische Union Deutschlands (Hg.), Protokoll 3. Parteitag der CDU Deutschlands, Düsseldorf, 26.-28. Oktober 1992, S. 16-35, hier S. 23.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gesetz“).[40] „Standortsicherung“ implizierte aber mehr als wirtschafts- und sozialpolitische Reformen zu Gunsten der Freisetzung wirtschaftlicher Dynamik und unternehmerischen Handelns, so weitreichend diese politischen Ziele an sich waren: Sie zielte auch auf die mentale Veränderung von Mensch und Gesellschaft. Hierzu sei eine Passage aus dem sogenannten „Standortpapier“ der Bundesregierung zitiert, dem „Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standorts Deutschland“ vom 3. September 1993[41], der ursprünglich im Wirtschaftsministerium unter Günter Rexrodt (FDP) erarbeitet worden und dem „Standortsicherungsgesetz“ unmittelbar vorausgegangen war:

> „Gefordert sind vor allem Veränderungen in den Köpfen und Umdenken von jedem einzelnen. Langjährige Gewohnheiten müssen überprüft und Prioritäten neu gesetzt werden. Leistungs- und Zukunftsfähigkeit unseres Standortes hängen entscheidend ab von Wertungen und Haltungen, die das gesellschaftliche Klima in Deutschland bestimmen. Wir müssen Verkrustungen aufbrechen und dürfen nicht der Illusion erliegen, wir könnten uns auf dem Erreichten ausruhen.
> Der notwendige Wandel kann nicht durch Staat und Politik allein bewirkt werden. Die Sicherung des Standortes Deutschland geht jeden an: Bund, Länder und Gemeinden ebenso wie Parteien, Tarifpartner, Verbände und Kirchen sowie Schulen und kulturelle Institutionen einschließlich der Medien.“[42]

„Standortsicherung“ hatte eine appellative Struktur, die das Kollektiv wie jeden Einzelnen aufforderte, sich in den Dienst des gefährdeten „Standorts“ zu stellen. Wenn man das bedrohte Kollektiv als wirtschaftliche Ressourcengemeinschaft begriff, dann musste dessen Sicherheit – die nationale Sicherheit – ökonomisch hergestellt werden: durch eine gemeinsame,

---

40 Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Europäischen Binnenmarkt (Standortsicherungsgesetz − StandOG) vom 13.09.1993, in: Bundesgesetzblatt, Teil I, 1993, Nr. 49 (17.09.1993), S. 1569-1593.

41 Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5620, 3.9.1993; siehe auch Helmut Kohls Rede zur Erklärung der Bundesregierung „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland“, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 12. Wahlperiode, 21.10.1993, S. 15651-15660; vgl. zur Bundestagsdebatte und der scharfen Kritik der SPD-Opposition an den Vorschlägen der Regierung zur „Zukunftssicherung“ Ritter ([2]2007a), S. 36 f.

42 Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5620, 3.9.1993, S. 5.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

gesamtgesellschaftliche Anstrengung im Zeichen internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Dem Standortdenken wohnte durchaus ein nationalistischer Zug inne, zumal wenn internationaler Wettbewerb als Null-Summen-Spiel begriffen wurde, bei dem der Gewinn für eine Nation den Verlust für eine andere bedeutete.[43] Im Standortwettbewerb gehörte alles auf den Prüfstand: Haltungen und Mentalitäten, Gewohnheiten und Prioritätensetzungen, Individuen gleichermaßen wie die Gesellschaft. Sie alle waren Teil der nationalen Ressourcengemeinschaft des „Standorts", die es zu mobilisieren galt und die sich selbst mobilisieren sollte. Die Deutschen sollten Abschied nehmen vom wohlfahrtsstaatlichen Besitzstandsdenken, von alten „Verkrustungen", vom Zukunfts- und Wachstumspessimismus sowie der vielbeklagten „Technikfeindlichkeit"[44], die seit den 1970er-Jahren gesellschaftlich um sich gegriffen hatten, und stattdessen Risikofreude, Eigeninitiative und technische Innovationsfreudigkeit an den Tag legen, damit sich das im Bericht angesprochene „gesellschaftliche Klima" in ein gutes Produktions- und Innovationsklima verwandelte. Derlei Denkfiguren und Topoi stammten zum Teil aus dem kulturpessimistischen Repertoire des Konservativismus und waren eine Fortsetzung der konservativen und wirtschaftsliberalen „Wende"-Rhetorik seit 1982/83.[45] In der Standortdebatte erhielten sie aber neue Schubkraft, besonders seitdem das Letztargument der „Globalisierung" 1993/1994 beherrschend wurde.[46] Sie verwiesen auf das Leitbild einer unternehmerischen Gesellschaft und eines unternehmerischen Selbst, als dessen Apotheose die Einführung von „Ich-

43 Vgl. die Studie „Standortsicherung im 21. Jahrhundert", die im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erstellt worden war und die sich ausdrücklich gegen die überkommene Vorstellung eines „reinen Wettbewerbs der Nationen (herkömmliche Nullsummenspieldenkweise)" aussprach. Sie plädierte für eine „gemeinschaftliche[.] Verpflichtung für industrielle Spitzenleistungen durch Kooperation und Kompetenz" und für „positive Visionen vor dem Hintergrund weltweit gefährdeter Lebensgrundlagen", Warnecke / Becker (Hg.) (1994), S. 13 f.

44 Die Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie zu „Standortsicherung im 21. Jahrhundert" bezog zu diesem Teilstrang innerhalb der Standortdebatte differenziert Stellung, bestätigte insgesamt aber die Einschätzung starker gesellschaftlicher Vorbehalte gegenüber Technik, insbesondere gegenüber technischen Risiken, Warnecke / Becker (Hg.) (1994), S. 114 f. und S. 139. Zur Ausbreitung von Risiko- und Lückendiskursen seit den 1970er-Jahren Geyer (2015); ders. (2016).

45 Hierzu Wirsching (2002).

46 Meteling (2016), S. 234 u. ö.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

AGs“ im Jahr 2003 im Zuge der Arbeitsmarktreformen durch die rot-grüne Bunderegierung unter Gerhard Schröder gelten kann.[47]

Die Problemdiagnosen und Lösungsvorschläge waren im Wesentlichen dieselben wie beim ersten Aufkommen der Standortdebatte 1987/88, aber die strukturellen Rahmenbedingungen, die gesellschaftliche Resonanz und die Plausibilität der Standortproblematik als politisches Großthema hatten sich grundlegend gewandelt. Aus Sicht vieler politischer und wirtschaftlicher Kommentatoren handelte es sich 1992/1993 um eine existenzielle Krise, da die Stellung und das erreichte Wohlstandsniveau der Bundesrepublik als führende Industrienation und „Exportweltmeister“ gefährdet schienen: gefährdet durch die „Zangenbewegung von High-Tech-Lösungen aus den USA und Japan einerseits und niedrigen Kosten-Preis-Angeboten unserer unmittelbaren Nachbarn im Osten andererseits“[48], wie es in einer grundlegenden Studie von 1994 hieß, die im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) erarbeitet worden war. Vorstellungen wirtschaftlichen Niedergangs und sinkenden gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes blieben unscharf und vage, was einem allgemeinen Charakteristikum wirtschaftlicher Krisen entspricht. Stillstand, Katastrophe oder Tod waren und sind, anders als beim medizinischen Krisenbegriff, im ökonomischen Diskurs nicht denkbar, und zwar weder für Anhänger einer keynesianischen Staatsintervention noch für Befürworter einer neoliberalen Marktideologie.[49] Umso deutlicher trat die Bedrohung aber in Form von Produktionsverlagerungen ins Ausland und weiter steigenden Arbeitslosenzahlen hervor, und statistische Nahrung erhielten Abstiegsängste und -szenarien durch die internationalen Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit.[50]

Neben den Problemen der deutschen Einheit und der Einführung des europäischen Binnenmarktes, der ja von vornherein zur Stimulierung des innereuropäischen Wettbewerbs gedacht war, spielte der Fall des Eisernen Vorhangs eine maßgebliche Rolle dafür, dass sich die Ordnungsvorstellung des internationalen Standortwettbewerbs in Deutschland mit Wucht

47 Vgl. zum Unternehmer als Leitbild zeitgenössischer Subjektivierung Bröckling (2007); ders. (^{5}2013). Zur technologischen Modernisierungseuphorie der rot-grünen Bundesregierung am Beispiel des Nachhaltigkeitsdiskurses Seefried (2015) und ihr Beitrag im vorliegenden Band.

48 Warnecke / Becker (Hg.) (1994), S. 13.

49 Tanner (2014), S. 171 f.

50 Dazu ausführlicher Kapitel 2.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bahn brach. Auf einmal war sie plausibel und erschreckend real. Mit dem Ende des Kalten Krieges war der limitierende Ordnungs- und Denkrahmen weggefallen, Ökonomie entgrenzte sich noch mehr zur Weltwirtschaft, zur globalen Ökonomie, zumindest in den zeitgenössischen Vorstellungswelten. Das vorherrschende Verständnis von „Globalisierung" in der deutschen politischen Kommunikation war prompt der Standortwettbewerb zwischen Staaten.[51] Dabei kam auch zum Tragen, dass es für die Bundesregierung innenpolitisch geschickter war, auf die Zwänge der Globalisierung respektive des Standortwettbewerbs als Letztargument zu verweisen, als auf Folgeprobleme der Einheit oder gar spezifische Probleme Ostdeutschlands.[52] In diesem Sinne hatte die Standort- bzw. Globalisierungsdebatte auch den Charakter einer Stellvertreterdebatte. Zugleich diente sie der Selbstvergewisserung einer verunsicherten Nation, die nicht wusste, welchen „Standort" sie in der Welt einnahm.

Betrachtet man die Stoßrichtung der Standortdebatte im Kontext „erweiterter Sicherheit"[53], so beförderte sie eine Verschiebung im Verhältnis zwischen dem Primat sozialer Sicherheit und dem Primat ökonomischer Sicherheit. Erstere geriet noch stärker in den Sog letzterer, indem soziale Sicherheit immer mehr als abhängige Variable von wirtschaftlicher Sicherheit gedacht wurde. Durch die Ausweitung der ökonomischen Wettbewerbslogik wurde soziale Sicherheit ‚ökonomisiert', und der Sozialstaat geriet noch weiter in die Defensive.[54] Das äußerte sich darin, dass der Sozialstaat zunehmend als Kostenfaktor und Hemmschuh für die Freisetzung wirtschaftlicher Dynamik problematisiert wurde, anstatt als Bedingung, Ermöglichungsstruktur oder Stabilitätsfaktor für wirtschaftlichen Erfolg zu gelten, wie dies im keynesianischen Denken angelegt war. Auch das Verständnis wirtschaftlicher Sicherheit änderte sich. Einerseits wurde sie angebots- und mikroökonomisch *verengt*, indem darunter die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen, vor allem von Industrieunternehmen, verstanden wurde. Andererseits, und das war das Paradoxon, wurde sie angebotspolitisch *entgrenzt*, weil die Logik internationaler Wettbewerbsfä-

51 Deshalb spricht Jarausch (2008) von der „Globalisierungsdebatte", meint aber im Wesentlichen die Standortdebatte.

52 Vgl. Czada (1998), S. 24 und 27, der argumentiert, „Globalisierung" sei als „Alibi für den Umbau des Sozialstaates" genutzt und dadurch der „Beitrag der Wiedervereinigung zur prekären Wirtschaftslage der neunziger Jahre verdrängt" worden.

53 Siehe Daase (2011).

54 Vgl. Geyer (2007); Hockerts (2007); Butterwegge (^{2}2008).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

higkeit ins Soziale hinein ausgriff, es überformte und kolonisierte, wie wir am Beispiel des Berichts der Bundesregierung zur „Standortsicherung" von 1993 gesehen haben. Im „Internationalen Standortwettbewerb", so das Jahresgutachten des Sachverständigenrates von 1995, geriet das *gesamte* staatliche Regelsystem unter dem Gesichtspunkt seiner Attraktivität für Unternehmen und Kapital auf den Prüfstand.[55] Dies entsprach der entgrenzten ökonomischen Rationalität des Neoliberalismus.[56]

In der historischen Rückschau ist allerdings zweierlei hervorzuheben: Erstens führte die Bedrohungskommunikation über die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht in einen radikalen Staats- und Gesellschaftsumbau, wie er unter den Regierungen Margaret Thatchers und Ronald Reagans in Großbritannien und den USA stattgefunden hatte. Gleichwohl gab es in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren transatlantische neoliberale Konvergenzen durch den Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit, dessen Konsequenzen sich freilich in der politischen Praxis in den einzelnen Ländern unterschieden. Zweitens mündete die Versicherheitlichung globalen Wettbewerbs in der Standortdebatte nicht in den Ruf nach Protektionismus. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten bestand in der Bundesrepublik Konsens darüber, dass die Lösung ökonomischer Probleme für eine weltwirtschaftlich so stark verflochtene Volkswirtschaft wie die deutsche nicht im Protektionismus, in der Abschottung von internationaler Konkurrenz liegen konnte, sondern nur in der beständigen und neuerlichen Behauptung im Wettbewerb. Das Bekenntnis zu weltwirtschaftlicher Verflechtung war ein bedeutendes *a priori* in der Standortdebatte – und die Beförderung internationaler Wettbewerbsfähigkeit die dominante Globalisierungsstrategie.

II. „Zukunftssicherung"

Der „internationale Standortwettbewerb" respektive die „Globalisierung" stieg in den 1990er-Jahren in der politischen Kommunikation der Bundesrepublik in den Rang einer Letztbegründung für eine stärker angebotsökonomisch ausgerichtete, das heißt unternehmens-, investitions- und wettbe-

55 Vgl. Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1995/96 vom 15. November 1995, „Im Standortwettbewerb", und in Bezugnahme darauf Hockerts (2010), S. 277, Anm. 73.

56 Vgl. Brown (2015), S. 9 f.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

werbsorientierte Politik auf. Die angebotspolitische Maxime der „Standortsicherung“ wurde zum Synonym für „Zukunftssicherung“, „Wettbewerbsfähigkeit“ stand für „Zukunftsfähigkeit“. Das dem Standortdenken inhärente Zukunftsverständnis war ebenso wie das zugrundeliegende Welt-, Gesellschafts- und Menschenbild angebotsökonomisch modelliert, und das Zeitregime, in das es sich einfügte, war neoliberal geprägt. Das gilt es im Folgenden näher auszuführen.

Dazu sei wieder eine Passage aus dem Bericht der Bundesregierung zur „Standortsicherung“ von 1993 zitiert, die dem weiter oben interpretierten Absatz unmittelbar vorausging:

> „Angesichts dieser großen Herausforderungen und Aufgaben stellt sich die Frage, ob Deutschland Gefahr läuft, seinen Spitzenplatz in der Weltwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Was muß geschehen, um die Attraktivität des Standortes Deutschland auch für die Zukunft zu gewährleisten?“[57]

Die hier angesprochene Zukunft hatte einen bestimmten Gegenstands- und Akteursbezug[58], der in der „Attraktivität des Standortes Deutschland“ lag. Die Zukunft war ausgerichtet auf die Bedürfnisse und Erwartungen von Unternehmen und Investoren. Es ging also primär um *Unternehmens*zukunft: eine mikro- und angebotsökonomisch eng gefasste, zeitlich nahe Zukunft, nicht die *soziale* Zukunft der Gesellschaft oder die *politische* Zukunft des Gemeinwesens. Die Formulierung „Spitzenplatz in der Weltwirtschaft“ war Ausdruck eines gängigen Skalenverständnisses internationalen Wettbewerbs, bei dem jede Volkswirtschaft gemäß ihrer Leistungsfähigkeit auf einer imaginären Länderskala einen bestimmten Platz einnahm. Als „Exportweltmeister“ hatte Deutschland Ende der 1980er-Jahre und kurz nach der Wiedereinigung einen solchen „Spitzenplatz“ noch innegehabt, drohte ihn aber zu verlieren, so eine der Hauptsorgen in der Standortdebatte.

Die Bedeutung wirtschaftlicher Prognostik[59], statistischer Indices wie Standort- und Wettbewerbsfaktoren und internationaler Länderrankings zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit für wirtschafts- und sozialpolitische Krisen- und Reformdebatten wie die Standortdebatte kann kaum hoch genug eingeschätzt werden, stützte sich die Debatte doch maßgeblich auf die

57 Bericht der Bundesregierung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/5620, 3.9.1993, S. 5.

58 Vgl. zu Zukunft als relationalem Begriff Graf (2016), S. 500 ff.

59 Zu Wirtschaftsprognosen Hartmann / Vogel (2010).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

statistischen Abwärtstrends in- wie ausländischer Wirtschaftsprognosen über Deutschland, nicht zuletzt die gesunkenen ausländischen Direktinvestitionen als Gradmesser für nachlassende Wettbewerbsfähigkeit.[60] In den wettbewerbsfixierten 1990er-Jahren erlangten vergleichende Länderberichte zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die von einer rasch wachsenden Industrie neoliberalen Benchmarkings propagiert wurden, große Prominenz. Immer mehr Regierungen riefen nationale *Councils on Competitiveness* nach US-amerikanischem Vorbild ins Leben.[61] Während sich die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens einigermaßen bestimmen ließ, bestanden Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre noch erhebliche theoretisch-methodische Zweifel daran, die Wettbewerbsfähigkeit einer ganzen Volkswirtschaft statistisch erfassen zu können.[62] Zu den schärfsten Kritikern der „Besessenheit" mit Wettbewerbsfähigkeit zählte damals der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman. Mit seinem Artikel „Competitivess: A Dangerous Obsession", der 1994 im US-Magazin *Foreign Affairs* erschien, sorgte er für Zündstoff und provozierte die ökonomische Profession.[63] Krugman argumentierte, „competitiveness" sei keine seriöse ökonomische Kategorie, weil der Welthandel kein Nullsummenspiel sei, in dem Nationen wie Unternehmen miteinander konkurrierten. Der Lebensstandard eines Landes hänge ganz überwiegend von der inländischen Produktivität ab. Gleichwohl sei die Kategorie als politisches Instrument „either to justify hard choices or to avoid them"[64] höchst attraktiv

60 Dazu Meteling (2016); Piotti (2015), S. 16.

61 Die US-Administration unter Jimmy Carter war die erste Regierung, die einen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit erstellen ließ, den sogenannten „Report of the President on US Competitiveness", und zwar durch das Office of Foreign Economic Research, US Department of Labour (1980). Im gleichen Jahr begann das World Economic Forum, den jährlichen „World Competitiveness Index" zu veröffentlichen. US-Präsident Ronald Reagan gründete 1988 den „Council on Competitiveness", sein Nachfolger Bill Clinton 1993 den „Competitiveness Policy Council", die zum Modell für europäische Länder wurden, vgl. Eltis / Higham (1995), S. 71. Der europäische Kommissionspräsident Jacques Santer gründete 1995, als bereits zehn europäische Regierungen entsprechende Beraterstäbe eingerichtet hatten, eine „Competitiveness Advisory Group", siehe deren Berichte: Jacquemin / Pench (1997) (urspr. 1995).

62 Siehe etwa die prinzipielle theoretisch-methodische Skepsis des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (1989), S. 1 ff., die Qualität der Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort ermitteln zu können.

63 Krugman (1994).

64 Ebd. (1994), S. 40.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und darum in der Politik so beliebt. Krugman hielt das Konzept Wettbewerbsfähigkeit für nachgerade gefährlich, weil sie zu schlechter Wirtschaftspolitik wie Protektionismus und Handelskriegen führe, und sie setze den Ton für schlechte Politiken in anderen Bereichen.

Die sich an Krugmans Artikel entzündende Kontroverse unter Ökonomen offenbarte, dass in der ökonomischen Zunft keine Einigkeit darüber herrschte, was der Begriff bezeichnete, welche Faktoren bei der Bemessung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes entscheidend waren oder welche Politik zu ihrer Förderung angemessen sei.[65] Auf Krugmans Kritik erwiderte ein Ökonom entschieden: „Competitiveness is about benchmarking economic performance."[66] In Wahrheit diente „competitiveness" weniger zur Bestimmung des ökonomischen Outputs einer Volkswirtschaft denn als neoliberales Politbarometer zur Bewertung von Ländern.[67] Die OECD empfahl 1996 prompt, die Debatte um Wettbewerbsfähigkeit einfach als „a way of confronting problems and responding to needs" aufzufassen.[68] Die von internationalen Organisationen wie dem *World Economic Forum* und der Weltbank sowie von Wirtschaftsforschungsinstituten wie dem Kölner Institut für Wirtschaftsforschung erstellten Ländervergleiche waren höchst einprägsam im populären und politischen Imaginären.[69] Hierin lag die datengenerierende und faktensetzende Macht der Analysten und Proponenten internationaler Wettbewerbsfähigkeit.[70] Wenn Deutsch-

65 Siehe Dunn (1994).

66 Dunning (1995), S. 315. 1996 legte Krugman mit einem Artikel nach, ders. (1996).

67 Ein eindrückliches Beispiel ist das Weltwirtschaftsforum, eine private Organisation, die schon seit 1980 einen *Global Competitiveness Report* veröffentlichte. Sie fügte eine Reihe von Sub-Indices in diesen Bericht ein, wie die „Offenheit" einer Wirtschaft, die Deregulierung des Arbeitsmarktes oder die „Qualität" der Regierung. 1997 listete sie Singapur und Hong Kong als die weltweiten Nummern 1 und 2. Binnen zweier Jahre kletterte Großbritannien die Skala von Platz 15 (1996) auf Platz 4 (1998) hinauf. Vgl. Tomlinson (2001), S. 108.

68 Zit. nach: Jacquemin / Pench (Hg.) (1997), S. 8, Anm. 9 (Sie beziehen sich auf: OECD [1996], La competitivité industrielle, Paris).

69 Seit 1992 gibt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine Reihe zum „Standort Deutschland" heraus: Beyfuß (1992-2002); Institut der deutschen Wirtschaft (2002 ff.).

70 Vgl. Andreas Langenohl, Eine Typologie von Sicherheitsmacht. Internes Arbeitspapier im SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit", 22.01.2015; zur bedeutenden Rolle des Urteils sogenannter „universalisierter Dritte" (internationaler Organisationen, Sozialwissenschaften, Journalisten/Publizisten, etc.) für nationalstaatliche Konkurrenzen in der Globalisierung Werron (2012); ders. (2015).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

land in einem *competitiveness index* in bestimmten Kategorien nicht (mehr) in der Spitzengruppe der Länder auftauchte, konnte daraus dringender politischer Handlungsbedarf abgeleitet werden. Das änderte sich erst 2005, als sich die statistischen Zeichen mehrten, dass Deutschland in den Augen seiner Beobachter an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen hatte.[71]

In der ersten Jahreshälfte 1992 initiierte der Bundesminister für Forschung und Technologie Rainer Ortleb (FDP) einen breit angelegten „Diskussions- und Klärungsprozeß zum Thema ‚Strategien für die Produktion im 21. Jahrhundert'", an dem neben der Fraunhofer-Gesellschaft über 100 Experten aus Industrie, Staat und Wissenschaft beteiligt waren und dessen Ergebnisse 1994 in Form einer Studie publiziert wurden.[72] Teil 1 „Szenarien der Standortsicherung" fasste die Ergebnisse der Voruntersuchung der Fraunhofer-Gesellschaft zusammen. Die Teile 2 und 3, betitelt „Die Produktion der Zukunft in einer Welt des Wandels" und „Der Prozeß der Standortsicherung", resümierten die Ergebnisse der Hauptuntersuchung der interdisziplinären Arbeitskreise. Bei der Definition der „Aufgabe: Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland" zitierte die Fraunhofer-Gesellschaft den üblichen politischen Forderungskatalog – und verwarf ihn als viel zu kurz gegriffen:

> „Wie ist die Lage des Produktionsstandortes Deutschland wirklich? Ist er nur wegen hohen Lohnkosten, zu geringen Arbeitszeiten, zu geringer Flexibilität, hoher Besteuerung und anderen ungünstigen Einflußfaktoren gefährdet? Reicht allein eine ‚Schlankheitskur', das Vermeiden von Ineffizienzen, die Dämpfung von Lohnkosten und Unternehmenssteuern zur Lösung der Probleme aus oder hat die Problemstellung durch die rasant zunehmende Vernetzung aller Einflußgrößen eine ganz neue Dimension gewonnen, der durch herkömmliche ‚Sparparolen' nicht mehr beizukommen ist?"[73]

71 In einem symptomatischen Artikel auf *abendblatt.de* vom Januar 2005 hieß es: „Die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bewerteten die Topmanager deutlich besser als vor einem Jahr. Auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) kommt das Land jetzt auf eine Durchschnittsnote von 2,9." abendblatt.de, 4.1.2005.

72 Warnecke / Becker (1994), S. 14. Eine Voruntersuchung der Fraunhofer-Gesellschaft hatte die jeweiligen Handlungsbedarfe für Industrie, Forschung und Staat bestimmt (Teil 1). Für die anschließende Hauptuntersuchung (Teile 2 und 3) hatten sich Arbeitskreise mit mehr als 100 Experten aus Industrie, Forschung und Verbänden gebildet.

73 Warnecke / Becker (1994), S. 76 (dort auch das folgende Zitat).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Letzteres entsprach ihrer Einsicht: „Die neue Qualität der vernetzten und turbulenten Standortproblematik ist nicht auf der Basis herkömmlicher Erfahrungen und enger Horizonte lösbar." In der Wahrnehmung der Fraunhofer-Experten waren Erfahrungsraum und Erwartungshorizont unwiderruflich auseinandergedriftet.[74] Dieser Eindruck fußte vor allem auf einem ökonomischen Beschleunigungsparameter. So hieß es in der einleitenden Bestandsaufnahme:

> „Eine vielleicht noch größere Gefahr als der zunehmende Wettbewerb der Standorte steckt jedoch in der sich schnell verändernden Qualität der Wechselwirkungen aller Standortparameter. In der industriellen Welt sieht man sich durch den immer kostengünstigeren und schnelleren Informations- und Materialaustausch weltweiter Märkte und Anbieter in einem immer kürzeren Zyklus von Nachfrage, Innovation, Entwicklung, Produktion, Angebot und Konsum gegenüber. Die Dynamik aller Abläufe und Veränderungen wächst, Szenarien einer turbulenten, ja chaotischen Zukunft industrieller Prozesse werden diskutiert."

Dies war der Grundtenor der Studie: Die Welt der Produktion wandelte sich rasant, ihre Innovationszyklen beschleunigten sich immerfort, immer komplexere Vernetzungs- und Rückkopplungseffekte sorgten für chaotisches Systemverhalten. Die Ingenieurwissenschaften, so die Kritik, hingen jedoch „immer noch einem euklidischen Weltverständnis" nach, das „in der Vorstellung vollständiger Berechenbarkeit aller Phänomene bei Vorhandensein aller Ausgangszustände und Verhaltensregeln kulminiert".[75] Für das wahrscheinlichste Zukunftsbild hielt die Studie das „Turbulenzszenario", bei dem keine Werte aus der Vergangenheit in die Zukunft extrapoliert werden konnten. „Nur die Unsicherheit ist sicher: Die weltweite Vernetzung und damit der Einfluß nichtlinearer Rückkopplungen nimmt weiter zu."[76] Und: „Das Phänomen des Wandels wird die bedeutendste Herausforderung für die Produktion der Zukunft sein. Für viele Bestimmungsgrößen erfolgreichen Produzierens gibt es keine Prognosen außer der, daß ‚das Unsichere sicher ist'."[77] Die Antwort auf diese Herausforderung ständigen Wandels, diese grundsätzlich „chaotische", „turbulente", „instabile", nicht vorhersehbare, geschweige denn planbare Welt der Pro-

74 Vgl. den Klassiker von Koselleck (1989) und Fragen hierzu in Bezug auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts bei Graf (2012), S. 7.
75 Warnecke / Becker (Hg.) (1994), S. 62.
76 Ebd., S. 35.
77 Ebd., S. 89.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

duktion lautete „Vernetzung“[78], Vernetzung durch „Kooperation“, „Kompetenz“, „Verfahren“, „Prozeß“:

> „Standortsicherung vor dem Hintergrund offener Marktwirtschaft ist ständigem Wandel unterworfen. Deshalb muß sie als steter Prozeß verstanden, verfolgt und optimiert werden. Entscheidend ist, daß alle Beteiligten sich bewußt werden, daß die zunehmende Dynamik des Marktes die Sicherung des Produktionsstandortes zu einem Prozeß macht, der ständig optimiert werden muß […].“[79]

Mittelfristige Standortsicherung war ein auf eine offene, turbulente und chaotische Zukunft[80] ausgerichteter, permanenter, vernetzter Optimierungsprozess mit integrierter Wissenszirkulation zwischen Industrie, Wissenschaft und Staat: eine immerwährende Verfahrensoptimierung, eine kontinuierlich zu verbessernde Sicherheitsroutine. Die Arbeit am Standort hörte nie auf, sie begann gerade erst. Deshalb war den an der Studie beteiligten Experten auch ein entsprechender Bewusstseinswandel der Öffentlichkeit so wichtig. Auf die Frage, was der Staat tun könne, lautete ihre Antwort: „Öffentliche sachliche Diskussion zur Standortsicherung moderieren“:

> „Ein offener und objektiver Dialog, zumindest auch schon der Versuch eines solchen, würde der Standortsicherung gut tun. Viele Menschen unserer Gesellschaft lehnen selbst geringfügige Risiken der Technik ab und halten neue Technologien zur Wettbewerbssicherung des Produktionsstandortes Deutschland für unwichtig […]. Dabei sind zunächst nicht einmal schwierige Fragen zu diskutieren, da bereits Trivialitäten, wie die Tatsache, daß z. B. in einer offenen Welt unser aller Wohlstand an unserer Produktivität hängt, nicht verinnerlicht scheinen. […] Industrielle Leistungsfähigkeit hängt bekanntlich nicht vornehmlich an natürlichen Ressourcen, sondern an Menschen.“[81]

Die in der Studie erarbeiteten Lösungsansätze für die schwierige Aufgabe der „Standortsicherung im 21. Jahrhundert“ waren anspruchsvoll und

78 Zu „Netzwerk“ und „Vernetzung“ als gesellschaftlichen Leitmetaphern Friedrich (2015) und (2016). Die ursprünglich linksliberal-emanzipative Sozialutopie sich selbst organisierender „Netzwerke“ wandelte sich seit den 1980er-Jahren zu einem Dispositiv und universalen Realitätsmodell. In der Globalisierung und im Zeitalter des Internets wurde „Vernetzung“ als vermeintlich alternativloses Prinzip gleichsam naturalisiert.

79 Warnecke / Becker (1994), S. 127.

80 Als durchschnittlicher strategischer Planungshorizont der Industrie galten fünf Jahre. Für eine mittelfristige Standortsicherung wurde ein Zeithorizont von bis zu zehn Jahren veranschlagt, Warnecke / Becker (1994), S. 37.

81 Ebd., S. 139.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

komplex und in vielem wohl problemadäquat. Über ihre Umsetzung in Unternehmen, Staat und Wissenschaft ist wenig bekannt. Dabei ist anzunehmen, dass in der Umsetzung neuer Strategien besonders auf Unternehmensebene das eigentliche Erfolgsgeheimnis der im 21. Jahrhundert wieder viel bewunderten deutschen „Wettbewerbsfähigkeit" liegt. Worauf es an dieser Stelle ankommt, ist die zugrundeliegende Zukunftsvorstellung.

Die durch das BMFT initiierte Studie veranschaulicht sehr eindrücklich die angebotsökonomische Rationalität und Temporalität des Standortdenkens. Der Zukunftsbezug zeugte von einer signifikanten Schrumpfung politischer und gesellschaftlicher Zukünfte zu Gunsten ökonomischer Zukunft, der eindeutig Vorrang eingeräumt wurde. Die Gestaltbarkeit der prinzipiell ungewissen Zukunft beschränkte sich in der Studie auf eng definierte Schritte zur Verfahrensoptimierung im Zeichen der „Standortsicherung". Politische und gesellschaftliche Zukünfte wurden zwar nicht getilgt, galten aber als abhängig vom Gelingen der „Standortsicherung". Den Primat angebotsökonomischer Zukunftssicherung durch „Wettbewerbsfähigkeit" strichen die Herausgeber direkt zu Beginn der Studie wie folgt heraus:

> „Die Wettbewerbsfähigkeit produzierender Unternehmen am Standort Deutschland bestimmt in bedeutendem Maße Wohlstand, Angebot und Qualität von Arbeitsplätzen, die Freiheit persönlicher Entfaltung sowie die Möglichkeit, künftigen Generationen eine in ökologischer, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht wünschenswerte Zukunft zu sichern."[82]

Das dem Standortdenken inhärente, angebotsökonomisch modellierte Zukunftsverständnis war Teil eines neoliberalen Zeitregimes. Das Temporalregime des Neoliberalismus[83] gründet auf der Rede von der ungewissen und unsicheren Zukunft. Die engere, ökonomische Vision dieser ungewissen und unsicheren Zukunft (Ungewissheit als Effekt des Wettbewerbs) kolonisiert die fundamentalere politische Vision einer ungewissen Zukunft, die prinzipiell offen ist und gesellschaftliche Denk- und Gestaltungsräume eröffnen könnte, würde sie nicht ökonomisch abgeriegelt. Die ökonomisch gefasste Ungewissheit bzw. ungewisse Zukunft birgt, anders als die politisch verfasste, keine Vision gesellschaftlicher Verbesserung. Im Wandel liegt keine politische Verheißung mehr.[84]

---

82 Ebd., S. 9.

83 Hierzu und zum Folgenden Davies (2014), S. ix-xiii.

84 Siehe Davies (2014), S. xii: „Our vision of uncertainty, indeed of modernity, appears to have become stuck. […] How has the narrower, economic vision of uncer-

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Im transnationalen, neoliberalen Diskurs über internationale Wettbewerbsfähigkeit, der die Standortdebatte durchzog, trat die ökonomische Verengung von Zukunft in Form sozialer Kälte und politischer ‚Alternativlosigkeit' hervor. In diesem Diskurs wurde Zukunft im Kollektivsingular als „die" Zukunft „der" globalen Ökonomie adressiert. Nicht das „Ob" und nur bedingt das „Wie" der „notwendigen Anpassungen" und „Reformen" im internationalen Standortwettbewerb stand zur Debatte, sondern mehr das „Wie schnell" und „Wie weitreichend". Entsprechend schrumpften die politischen Denkhorizonte und Handlungsoptionen, die überhaupt als möglich und sinnvoll in Erwägung gezogen wurden. Zukunftsorientierte Politik musste Standortpolitik sein, sonst würde Deutschland gegenüber wirtschaftlichen Konkurrenten zurückfallen und dadurch gesamtgesellschaftliche Wohlstandsverluste erleiden. Wer sich der Einsicht in die neue Wirklichkeit des internationalen Standortwettbewerbs widersetzte, drohte, in der Debatte als Realitätsverweigerer, als ewig gestrig oder als unverantwortlicher Besitzstandswahrer diffamiert zu werden, der nicht zukunftsorientiert dachte und handelte. Für Reformen war es immer schon höchste Zeit oder zu spät, die Konkurrenz schlief nie, der ökonomische „Abstieg in die zweite Liga"[85] drohte, so die Dramatisierung in den Medien, deshalb konnte es nie genug und vor allem nie schnell genug nationale „Standortsicherung" in Form „notwendiger Anpassungen" an die „Globalisierung" geben. Die angebotsökonomische Rationalität des Standortwettbewerbs präsentierte sich in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren in der politischen Kommunikation der Bundesrepublik als notwendig und alternativlos.

Beim Standortwettbewerb handelte es sich um einen auf Dauer gestellten Wettlauf der Staaten um die *Anerkennung* ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in den Augen Dritter (neben multinationalen Unternehmen und internationalen Investoren vor allem Organisationen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die OECD). Deshalb spielten politische „Signale" eine so herausragende Rolle. Nationale Regierungen wähnten sich unter Druck, die Erwartungen von Unternehmen, Investoren und Analysten besser und schneller zu erfüllen als ihre Konkurrenten. Im Eindruck eines solchen neoliberalen Anpassungs- und Erfüllungsdrucks lag wohl ein wesentlicher Grund für die Absenkung sozialer (Arbeits-

tainty (as the effect of competition) come to colonize the more fundamental, political vision of uncertainty?"

85 O.A., Abstieg in die zweite Liga, in: Der Spiegel Nr. 19, 10. Mai 1993, S. 138-147.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

markt-)Standards im Zuge des *welfare retrenchment*.[86] Der Umstand, dass selbst Kritiker in der Standortdebatte ihre sozialen und politischen Belange in die Standort-Semantik zu kleiden begannen, indem sie die Bedeutung „weicher Standortfaktoren" unterstrichen, offenbart, wie stark der Sog der Standortlogik wirkte und wie schwer es war, sich ihm zu entziehen, wenn man mediales und politisches Gehör finden wollte. So drängte die Standortdebatte sozialemanzipatorische, wohlfahrtsstaatliche und wachstumskritische Zukunftsentwürfe in den Hintergrund oder desavouierte sie. Der Ausblendung oder Verwerfung alternativer Zukünfte entsprach es, dass konkurrierende gesellschaftliche Ordnungsentwürfe wie die Staatsbürgergesellschaft oder die Solidargemeinschaft ebenso ins Hintertreffen gerieten wie alternative Wertsysteme, etwa der Gerechtigkeitsentwurf sozialer Umverteilung oder der sozialemanzipatorische Entwurf gesellschaftlicher Partizipation, die andere politische Lösungsmuster nahelegten. Gesellschaftliche „Zukunftsfähigkeit" wurde auf ökonomische „Wettbewerbsfähigkeit" verkürzt.

III. Wettbewerbsfähigkeit = Zukunftsfähigkeit? Eine Schlussbetrachtung

Seit den 1970er- und 1980er-Jahren wurden betriebswirtschaftliche Konzepte der Angebotsökonomie wie „Standort" und „Wettbewerbsfähigkeit", die eigentlich auf Unternehmen bezogen waren, zunehmend auf ganze Volkswirtschaften, Staaten und Gesellschaften angewendet. Die Standortdebatte ist ein erhellendes Fallbeispiel für diesen Trend zur *Verbetriebswirtschaftlichung des Sozialen*. Seit ihrem Aufkommen in den späten 1980er-Jahren beförderte die Debatte um den „Wirtschaftsstandort Deutschland" eine spezifisch ökonomische Konzeptualisierung von Zukunft und Sicherheit. Das Standortkonzept war genuin angebotsökonomisch. Seine grundlegende Prämisse lautete, die Angebotsbedingungen für Unternehmen und Investitionen zu verbessern. Im Deutschland der 1990er- und frühen 2000er-Jahre wurde unter „Globalisierung" vorrangig internationaler Standortwettbewerb verstanden. So fungierte Globalisierung als Letztargument für „notwendige Anpassungen" bzw. „Reformen".

86 Vgl. Prasad (2006), S. 17. (Sie bezieht sich auf Colin Hay [2001], Globalization, Economic Change and the Welfare State. The ‚Vexatious Inquisition of Taxation'?, in: Robert Sykes u. a. [Hg.], Globalization and European Welfare States. Challenges and Change, New York, S. 38-58, hier S. 15).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Sowohl das Verständnis sozialer und nationaler Sicherheit als auch der Blick in die Zukunft ‚ökonomisierten' sich durch die Maxime der „Standortsicherung". Sie wurden zugleich ökonomisch verengt und ökonomisch entgrenzt: angebotsökonomisch verengt, weil „Standortsicherung" auf Unternehmen und Investitionen in Deutschland zielte; ökonomisch entgrenzt, weil im internationalen Standortwettbewerb das gesamte staatliche und gesellschaftliche Regelsystem unter dem Gesichtspunkt seiner Attraktivität für Unternehmen und Kapitel bewertet und in die binäre Logik „positiver" und „negativer", „weicher" und „harter" Standortfaktoren übersetzt wurde.

Im Diskurs über internationale Wettbewerbsfähigkeit, der die Standortdebatte durchzog und sie selbst überlebte, wurde die Notwendigkeit für Unternehmen, sich auf ständigen Wandel als Prinzip einzustellen, flexibel zu sein, sich anzupassen,[87] um im Wettbewerb zu bestehen und „zukunftsfähig" zu sein, als Notwendigkeit auch für Staaten, Gesellschaften und Individuen proklamiert. Wettbewerbsfähigkeit war eine Anpassungsstrategie in der Ära der Globalisierung. Dies evozierte permanent Unsicherheit, Ungewissheit und eine Verknappung von Zeit in einem Weltentwurf, in dem ökonomisch-technologisch induzierte Beschleunigung und unvorhersehbare, chaotische Veränderung walteten und nur „das Unsichere" „sicher" schien.[88] Damit konstituierte die Standortdebatte das Temporalregime des Neoliberalismus mit.[89] Die bedrohliche, unausweichliche Zukunft des sich ständig verschärfenden internationalen Wettbewerbs der Staaten um die besten Produktions- und Investitionsbedingungen warf ihre Schatten voraus, sie kolonisierte die Gegenwart im Zeichen angebotsökonomischer Prämissen. Insofern glich „Standortsicherung" einem deutschen Sicherheitsdispositiv, das über eine Dekade lang beinahe so selbstverständlich wurde wie Umweltschutz in der Ökologie- und Nachhaltigkeitsdebatte oder *safer sex* in der Aids-Prävention.[90]

Die Dramatisierung der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik funktionierte allerdings nur bis ca. 2005, als sich das Bedrohungsszenario des „gefährdeten Standorts" ähnlich rasch auflöste, wie es

87 Vgl. zum historisch noch recht jungen „Flexibilisierungsimperativ" die ideengeschichtliche Skizze von Lemke (^{5}2013), S. 82-88, Zitat S. 82.
88 Warnecke / Becker (1994), S. 9.
89 Vgl. Davies (2014), S. ix-xiii.
90 Vgl. Haus (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sich verdichtet hatte.[91] Ein Paradox der Standortdebatte hatte von vornherein darin bestanden, dass die wirtschaftlichen Abstiegsszenarien drohten, zu einer *self-fulfilling prophecy* zu werden, anstatt wie erhofft als *self-destroying prophecy* zu wirken. Je mehr die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands dramatisiert und die Abwanderung von Unternehmen und Kapital beschworen wurde,[92] desto mehr beschädigte dies den Ruf des ohnehin angeschlagenen „Standorts". Dabei bedienten sich die Standortproponenten eines verdächtigen *double speak*, setzten sie innenpolitisch doch auf Dramatisierung, während sie auf internationalem Kongressparkett für den „Standort Deutschland" warben. Innenpolitisch erfüllte die medial verstärkte Bedrohungskommunikation über den „gefährdeten Standort" ihren Zweck: Das kritisierte und zum Sanierungsfall erklärte „Modell Deutschland" wurde mit der Agenda 2010 und den Arbeitsmarktreformen (den sogenannten Hartz-Reformen) der Jahre 2003 bis 2005 weiter unternehmens- und investitionsfreundlich reformiert. Obendrein sorgten positive internationale Vergleichsindices zur wiedergewonnenen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik für Beruhigung; der internationale Wettbewerb entdramatisierte sich. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft von 2006 setzten Wirtschafts- und Unternehmerverbände dann ganz auf Imagekampagnen für den „Standort D".[93] Ein nachhaltiges Erbe der Standortdebatte besteht – neben der Optimierung der Unternehmensstrategien und -organisationsformen – wohl darin, dass sie einen öffentlichen Bewusstseinswandel zu Gunsten angebotsökonomisch geprägter Problemwahrnehmungen und Lösungen vorantrieb.

Die *Verbetriebswirtschaftlichung des Sozialen* durch die zunehmende Übertragung mikroökonomischer Konzepte auf Staat, Gesellschaft und Politik war eine wesentliche Facette der Ökonomisierung des Sozialen im Zuge des Aufstiegs des Neoliberalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. Der Trend zu mikroökonomischen, angebotspolitischen Konzepten und Problemlösungen war Teil eines übergreifenden Trends zu kleineren, zeitlich enger begrenzten, flexiblen, projektbasierten Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen seit den 1970er-Jahren. Im Neoliberalismus amalgamierten häufig Organisationsformen des alternativen Milieus mit unternehmens- und marktbezogenen Regulierungen bzw. wurden von ih-

91 Hierzu Meteling (2015), S. 309 f.
92 Vgl. hierzu Piotti (2014).
93 Dazu Speth (2006).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen aufgesogen.[94] Im transnationalen, neoliberalen Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit der 1980er-, 1990er- und 2000er-Jahre galten Unternehmen und Märkte als effiziente Organisationen und Regulationsmechanismen und avancierten in Abgrenzung vom vermeintlich schwerfälligen, umverteilenden und bürokratischen (Wohlfahrts-)Staat zu gesellschaftlichen Leitbildern. Unternehmen schienen schlank, dynamisch, leistungsstark, innovativ, zukunftsorientiert. In der Phase des Nachkriegsbooms – unter den Bedingungen stabilen Wirtschaftswachstums und von Vollbeschäftigung – hatte der Sozialstaat als Modernisierer, Wohlstandsgenerator und wirtschaftlicher Wachstumsfaktor gegolten, der die Nachfrage stimulierte. Er war der Garant sozialer Sicherheit gegenüber den Unzulänglichkeiten und Unsicherheiten von Märkten gewesen. Nun erschien er als Bremse im globalen ökonomischen Wettbewerb. Dass in der Standortdebatte trotzdem „die Politik" Adressat der Dringlichkeitsappelle von Industrieunternehmern, Managern und Vertretern wirtschaftlicher Verbände blieb, belegt allerdings, dass deren Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik und des Staates (ebenso wie in die Stärken des „Standorts") fortbestand. Sie sollten Wirtschaft und Gesellschaft aber nicht steuern oder lenken, sondern sich darauf konzentrieren, gute Angebotsbedingungen für Unternehmen und Investitionen zu schaffen.

Literaturverzeichnis

Beyfuss, Jörg (1992-2002), Industriestandort Deutschland, Köln.

Biebricher, Thomas ([2]2015), Neoliberalismus zur Einführung, Hamburg.

Biebricher, Thomas (Hg.) (2016), Der Staat des Neoliberalismus, Baden-Baden.

Biedenkopf, Kurt / Miegel, Meinhard (1989), Investieren in Deutschland. Die Bundesrepublik als Wirtschaftsstandort, unter Mitarbeit von Stefanie Wahl, Landsberg am Lech.

Bofinger, Peter (2005), Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle, München.

Broadberry, Stephen N. (1997), The productivity race. British manufacturing in international perspective, 1850-1990, Cambridge.

Bröckling, Ulrich (2007), Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierunsform, Frankfurt/M.

Bröckling, Ulrich (2008), Vorbeugen ist besser… Zur Soziologie der Prävention, in: Behemoth 1, S. 38-48.

94 Vgl. Rodgers (2011); Turner (2006); Leendertz / Meteling (2016); am Beispiel des Diskurses über die „Eine Welt" Kuchenbuch (2016).

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Bröckling, Ulrich ([5]2013), Unternehmer, in: ders. u. a. (Hg.), Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M., S. 271-276.

Brown, Wendy (2015), Undoing the Demos. Neoliberalism's Stealth Revolution, New York.

Butterwegge u. a. ([2]2008), Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden.

Czada, Roland (1998), Vereinigungskrise und Standortdebatte. Der Beitrag der Wiedervereinigung zur Krise des westdeutschen Modells, in: Leviathan 26, S. 24-59.

Conze, Eckart (2005), Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer „modernen Politikgeschichte" der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53, S. 357-380.

Conze, Eckart (2009), Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München.

Conze, Eckart (2012), Securitization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz, in: Geschichte und Gesellschaft 38, S. 453-467.

Daase, Christopher (2011), Wandel der Sicherheitskultur. Ursachen und Folgen des erweiterten Sicherheitsbegriffs, in: Peter Zoche u. a. (Hg.), Zivile Sicherheit. Gesellschaftliche Dimensionen gegenwärtiger Sicherheitspolitik, Bielefeld, S. 139-158.

Davies, William (2014), The Limits of Neoliberalism. Authority, Sovereignty and the Logic of Competition, London.

DeMarting, George (2001), Art. „Competition between local and foreign industries", in: R. J. Barry Jones (Hg.), Routledge Encyclopedia of International Political Economy, New York, S. 217 f.

Doering-Manteuffel, Anselm / Raphael, Lutz ([3]2012), Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen.

Dunn, Malcom H. (1994), Do Nations Compete Economically? A Critical Comment on Prof. Krugman's Essay 'Competitiveness: A Dangerous Obsession', in: Intereconomics 29, S. 303-308.

Dunning, John H. (1995), Think Again Professor Krugman: Competitiveness Does Matter, in: The International Executive 37/4, S. 315-324.

Eltis, Walter / Higham, David (1995), Closing the competitiveness gap, in: National Institute Economic Review 154, S. 71-84.

Fechner, Fabian u. a. (2014), 'We are gambling with our survival'. Bedrohungskommunikation als Indikator für bedrohte Ordnungen, in: Ewald Frie / Mischa Meier (Hg.), Aufruhr – Katastrophe – Konkurrenz – Zerfall. Bedrohte Ordnungen als Thema der Kulturwissenschaften, Tübingen, S. 141-174.

Fels, Gerhard / Vogel, Otto (Hg.) (1988), Unternehmensbesteuerung am Standort Bundesrepublik, Köln.

Ferguson, Niall u. a. (Hg.) (2010), The Shock of the Global. The 1970s in Perspective, Cambridge/MA.

Friedrich, Alexander (2015), Metaphorologie der Vernetzung. Zur Theorie kultureller Leitmetaphern, Paderborn.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Friedrich, Alexander (2016), Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels. Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 35-62.

Geulen, Christian (2010), Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 7, S. 79-97.

Geyer, Martin H. (2007), Die Gegenwart der Vergangenheit. Die Sozialstaatsdebatten der 1970er Jahre und die umstrittenen Entwürfe der Moderne, in: Archiv für Sozialgeschichte 47, S. 47-93.

Geyer, Martin H. (2008), Rahmenbedingungen. Unsicherheit als Normalität, in: ders. (Hg.), Bundesrepublik Deutschland 1974-1982. Neue Herausforderungen, wachsende Unsicherheit, Baden-Baden, S. 1-109.

Geyer, Martin H. (2011), War over Words. The Search for a Public Language in West-Germany, in: Willibald Steinmetz (Hg.), Political Languages in the Age of Extremes, Oxford, S. 293-330.

Geyer, Martin H. (2015), „Gaps" and the Re-Invention of the Future. Social and Demographic Policy in Germany during the 1970s and 1980s, in: Social Science History 39/1, S. 39-61.

Geyer, Martin H. (2016), Die neue Wirklichkeit von Sicherheit und Risiken: Wie wir mit dystopischen, utopischen und technokratischen Diagnosen von Sicherheit zu leben gelernt haben, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 281-315.

Graf, Rüdiger (2012), Zeit und Zeitkonzeptionen in der Zeitgeschichte, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, http://docupedia.de/zg/Zeit_und_Zeitkonzeptionen_Version_2.0_Rüdiger_Graf.

Graf, Rüdiger / Herzog, Benjamin (2016), Von der Geschichte der Zukunftsvorstellungen zur Geschichte ihrer Generierung. Probleme und Herausforderungen des Zukunftsbezugs im 20. Jahrhundert, in: Geschichte und Gesellschaft 42, S. 497-515.

Hartmann, Heinrich / Vogel, Jakob (Hg.) (2010), Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, Frankfurt/M / New York.

Harvey, David (2007), Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.

Haus, Sebastian (2016), Risky Sex – Risky Language. HIV/AIDS and the West German Gay Scene in the 1980s, in: Historical Social Research 41/1, S. 111-134.

Henne, Steffen (2016), Das Ende der Welt als Beginn einer neuen Zeit. Zur Formierung der temporalen Ordnung unserer Gegenwart in den 1980er-Jahren, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 155-188.

Hockerts, Hans Günter (2007), Vom Problemlöser zum Problemerzeuger? Der Sozialstaat im 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 47, S. 3-28.

Hockerts, Hans Günther (2010), Abschied von der dynamischen Rente. Über den Einzug der Demografie und der Finanzindustrie in die Alterssicherung, in: ders. u. a. (Hg.), Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart, Bonn, S. 257-286.

Hölscher, Lucian (2016a), Die Entdeckung der Zukunft, Göttingen.

Hölscher, Lucian (2016b), Historische Zukunftsforschung. Eine Besprechung der neueren Literatur, in: Neue Politische Literatur 61, S. 47-62.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Hont, Istvan (2010), Jealousy of Trade. International Competition and the Nation-State in Historical Perspective, Harvard.

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1980), Standort Bundesrepublik Deutschland. Wirtschaftliche Position und internationale Verflechtung (Öffentliche Jahrestagung des Instituts der deutschen Wirtschaft am 6. November 1979 in Bonn-Bad Godesberg), Köln.

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg.) (1988), Schwerpunkt Standort Bundesrepublik Deutschland. Indikatoren, Analysen, Tendenzen, IW-Trends, 15/2.

Institut der deutschen Wirtschaft (2002 ff.), Standort Deutschland. Ein internationaler Vergleich, Köln.

Jacquemin, Alexis / Pench, Lucio R. (Hg.) (1997), Europa competing in the global economy. Reports of the Competitiveness Advisory Group, Luxembourg.

Jarausch, Konrad H. (2008), Zwischen „Reformstau" und „Sozialabbau". Anmerkungen zur Globalisierungsdebatte in Deutschland, 1973-2003, in: ders. (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen, S. 330-349.

Jessen, Ralph (Hg.) (2015), Konkurrenz in der Geschichte. Praktiken – Werte – Institutionalisierungen, Frankfurt/M/New York 2014.

Kocka, Jürgen (Hg.) (2006), Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Sozialwissenschaftliche Essays, WZB-Jahrbuch, Berlin.

Koselleck, Reinhart (1989), ‚Erfahrungsraum' und ‚Erwartungshorizont'. Zwei historische Kategorien, in: ders. (Hg.), Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt/M, S. 349-375.

Krugman, Paul (1994), Competitiveness. A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs 73/2, S. 28-44.

Krugman, Paul (1996), Making sense of the competitiveness debate, in: Andrea Boltho (Hg.), International Competitiveness, special issue, Oxford review of economic policy 12/3, S. 17-25.

Kuchenbuch, David (2016), „Eine Welt" im Bild. Medialisierungen des Selbst-Welt-Verhältnisses in den 1970er- und 1980er-Jahren, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 63-91.

Laclau, Ernest (1994), Why Do Empty Signifiers Matter to Politics?, in: Jeffrey Weeks (Hg.), The Lesser Evil and the Greater Good, London, S. 167-178.

Leendertz, Ariane / Meteling, Wencke (Hg.) (2016), Die neue Wirklichkeit: Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren, Frankfurt/M/New York.

Lemke, Thomas ([5]2013), Flexibilität, in: Ulrich Bröckling u.a. (Hg.), Glossar der Gegenwart, Frankfurt a. M., S. 82-88.

Luhmann, Niklas ([2]2006), Die Beschreibung der Zukunft, in: ders. (Hg.): Beobachtungen der Moderne, Wiesbaden, S. 129-147.

Meteling, Wencke (2014), Miraculous Germany. Changing perceptions of German economic performance, in: Renewal 22, Nr. 3/4, S. 60-73.

Meteling, Wencke (2015), Internationale Konkurrenz als nationale Bedrohung. Zur politischen Maxime der „Standortsicherung" in den neunziger Jahren, in: Jessen (Hg.), Konkurrenz, S. 289-315.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Meteling, Wencke (2016), Nationale Standortsemantiken seit den 1970er-Jahren, in: Leendertz / Meteling (Hg.), Die neue Wirklichkeit, S. 203-237.

Offe, Claus (2008), Governance. „Empty signifier" oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 41, S. 61-76.

Piotti, Geny (2014), Why Do Companies Relocate? The German Discourse on Relocation, MPIfG Discussion Papers 07/14.

Pörksen, Uwe ([7]2011), Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur, Stuttgart.

Prasad, Monica (2006), The Politics of Free Markets. The Rise of Neoliberal Economic Policies in Britain, France, Germany, and the United States, Chicago/London 2006.

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (1989), Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, RWI-Strukturberichterstattung, Schwerpunktthema 1988: Standort Bundesrepublik Deutschland und Veränderungen der Standortfaktoren im sektoralen Strukturwandel, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, bearbeitet von Roland Döhrn, Essen.

Ritter, Gerhard A. ([2]2007a), Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München.

Ritter, Gerhard A. (2007b), Eine Vereinigungskrise? Die Grundzüge der deutschen Sozialpolitik in der Wiedervereinigung, in: Archiv für Sozialgeschichte 47, S. 527-542.

Rodgers, Daniel (2011), Age of Fracture, Cambridge/ MA.

Rosenberger, Ruth / Reitmayer, Morton (Hg.) (2008), Unternehmen am Ende des „goldenen Zeitalters". Die 1970er Jahre in unternehmens- und wirtschaftshistorischer Perspektive, Essen.

Sally, Razeen (2001), Art. „Competition between states", in: R.J. Barry Jones (Hg.), Routledge Encyclopedia of International Political Economy, New York, S. 218.

Schanetzky, Tim (2007), Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982, Berlin.

Schanetzky, Tim (2010), Aporien der Verwissenschaftlichung. Sachverständigenrat und wirtschaftlicher Strukturwandel in der Bundesrepublik 1974-1988, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, S. 153-167.

Scholl, Stefan (2015), Begrenzte Abhängigkeit. „Wirtschaft" und „Politik" im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M/New York.

Seefried, Elke (2010), Experten für die Planung? „Zukunftsforscher" als Berater der Bundesregierung 1966-1972/73, in: Archiv für Sozialgeschichte 50, S. 109-152.

Seefried, Elke (2015a), Reconfiguring the Future? Politics and Time from the 1960s to the 1980s. Introduction, in: Journal of Modern European History 13/3, S. 306-316.

Seefried, Elke (2015b), Rethinking Progress. On the Origin of the Modern Sustainability Discourse, 1970-2000, in: Journal of Modern European History 13, S. 377-400.

Seefried, Elke (2015c), Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980, Berlin u. a. 2015.

Sinn, Hans-Werner (2004), Ist Deutschland noch zu retten?, München.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Speth, Rudolf (2006), Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen. Von „Du bist Deutschland“ bis zur „Stiftung Marktwirtschaft“, in: Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 127.

Steinmetz, Willibald (2008), Vierzig Jahre Begriffegeschichte. The State oft he Art, in: Heidrun Kämper/ Ludwig M. Eichinger (Hg.), Sprache-Kognition-Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung, Berlin, S. 174-197.

Tanner, Jakob (2014), Krise, in: Christof Dejung u. a. (Hg.), Auf der Suche der nach der Ökonomie. Historische Annäherungen, Tübingen, S. 153-181.

Tomlinson, Jim (2001), The Politics of Decline. Understanding Post-War Britain, Harlow.

Turner, Fred (2006), From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, the Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism, Chicago.

van Laak, Dirk (2008), Planung. Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: Geschichte und Gesellschaft 34, S. 305-326.

van Laak, Dirk (2010), Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 16.02.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Planung.

Warnecke, Hans-Jürgen / Becker, Bernd-Dieter (Hg.) (1994), Strategien für die Produktion. Standortsicherung im 21. Jahrhundert. Ein Überblick, Stuttgart a. u.

Weber, Alfred (1909), Reine Theorie des Standorts, Tübingen.

Werron, Tobias (2012), Worum konkurrieren Nationalstaaten? Zu Begriff und Geschichte der Konkurrenz um „weiche“ globale Güter, in: Zeitschrift für Soziologie 41, S. 338-355.

Werron, Tobias (2015), Wettbewerb als historischer Begriff, in: Jessen (Hg.), Konkurrenz, S. 59-93.

Wiechmann, Jan Ole (2017), Sicherheit neu denken. Die christliche Friedensbewegung in der Nachrüstungsdebatte 1977-1984, Baden-Baden.

Wirsching, Andreas (2002), Die mediale „Konstruktion“ der Politik und die „Wende“ von 1982/83, in: Historisch-Politische Mitteilungen 9, S. 127-139.

Wullweber, Joscha (2014), Leere Signifikanten, hegemoniale Projekte und internationale Innovations- und Nanotechnologiepolitik, in: Eva Herschinger / Judith Renner (Hg.), Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 270-306.

Zwierlein, Cornel (Hg.) (2012), Sicherheit und Epochengrenzen. Themenschwerpunkt, Geschichte und Gesellschaft 38/3.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

https://doi.org/10.5771/9783845286730
Generiert durch Philipps-Universität Marburg, am 23.06.2023, 16:28:27.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.